

Kärntner Jahrbuch für Politik 2014



Koroški politični zbornik 2014

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Mohorjeva
Hermagoras

KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2014

Kärntner Jahrbuch für Politik 2014



Herausgegeben

von

Karl Anderwald

Peter Filzmaier

Karl Hren



Mohorjeva
Hermagoras

Gedruckt mit Unterstützung von:

LAND  KÄRNTEN

STRABAG

kelag

WKO
WIRTSCHAFTSKAMMER KÄRNTEN
DIE INDUSTRIE

ISBN: 978-3-7086-0816-7

Hermagoras Verlag/Mohorjeva založba – 2014

© der Texte bei den Autoren

Satz und Layout: Satz & Design Schöffauer, Dr.-Richard-Canaval-Gasse 110/211,
Klagenfurt am Wörthersee.

Druck: Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt am Wörthersee.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
PETER FILZMAIER/FLOOH PERLOT/MARTINA ZANDONELLA Die EU-Parlamentswahl 2014 in Kärnten	9
KATHRIN STAINER-HÄMMERLE Die EU-Wahl aus Kärntner Sicht.	21
ANDREAS HOLZER/MARTINA ZANDONELLA Die Arbeiterkammerwahl 2014 in Kärnten.....	31
KARL ANDERWALD Kärnten vor den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2015....	42
UWE MARKUS SOMMERSGUTER Des Kaisers starke Hände	56
FRITZ KIMESWENGER Opposition in Kärnten – geht das?.....	65
PETER PLAIKNER Der kurze Tweet zum langen Abschied oder: Die Mediamorphose der größten Kleinstformate – Parallel zur politischen Entwicklung verändert sich Kärntens Medienlandschaft vom vielfältigen Sonderfall zum ganz normalen Zukunftskrisenszenario	72
GERD LEITNER Hochkultur der Gartenzwerge oder: Heimat, Heimat, über alles....	83
MARTIN KLEMENJAK/HEINZ PICHLER Implikationen zu den „Kärntner Gesprächen zur demokratie- politischen Bildung“	93
SCHWERPUNKTTHEMA KÄRNTEN UND EUROPA	
MARTINA RATTINGER Die Außenpolitik des Landes Kärnten: Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene und interregionale Kooperationen.	111
DANIEL WUTTI Der lange Hall der Vergangenheit – Zur psychotraumatischen „Transposition“ bei Kärntner Slowenen/innen	119
JÜRGEN PIRKER Visionen für Kärnten: „Neue Wege 2020/Nove poti 2020“ – Ergeb- nisse einer Initiative zu Verständigung und politischer Bildung	131

WILFRIED GRAF/MARJAN STURM/JAN BROUSEK Politik der Gewalt – Politik der Versöhnung. – Vom Kärntner Orts- tafelkonflikt zur Friedensregion Alpen-Adria?	149
EVA-MARIA WUTTE-KIRCHGATTERER Gelingensfaktoren einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – Die europäische Integration als neues Kapitel der österreichisch/ kärntnerisch-slowenischen Geschichte	167
JOSEF BERNHART/PETER DECARLI/ALFRED MERL eDestination Kärnten: Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Angebote	183
SONDERTHEMEN	
ANDREA KLINGLMAIR/DIETER BÖGENHOLD Berufliche Zufriedenheit von Ein-Personen-Unternehmen in Kärnten – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung	197
PETRA RODIGA-LASSNIG/BIRGIT AIGNER-WALDER Arbeitsmarktbeteiligung und Kinderbetreuung – Eine regionale Analyse für Kärnten	219
ROBERT KLINGLMAIR/BIRGIT AIGNER-WALDER Abwanderung zu Arbeitszwecken – Eine empirische Analyse für Kärnten	235
MARIUS EGGER Energienmasterplan Kärnten – Politisches Strohfeuer oder ernst zu nehmende Landesstrategie?	255
SIMON KORENJAK Die Klagenfurter Legistik-Gespräche und die Elektronisierung der Landesgesetzblätter	267
CHRONOLOGIE	281
DIE AUTOREN	311

Vorwort der Herausgeber

Das Kärntner Jahrbuch für Politik erscheint heuer zum 21. Mal in ununterbrochener Reihenfolge, und es ist somit unter allen vergleichbaren Bundesländer-Jahrbüchern jenes mit der längsten Tradition. Durch die engagierte Arbeit von Autoren und Herausgebern, die allesamt ohne Honorar arbeiten, kann erneut ein spannender Spiegel zum politischen Geschehen in Kärnten vorgelegt werden.

Das Kärntner Jahrbuch für Politik 2014 umfasst insgesamt 20 Beiträge sowie eine Chronologie der wichtigsten politischen Ereignisse. Neben den EU-Wahlen 2014 werden auch bereits die bevorstehenden Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im Buch behandelt. Das heurige Schwerpunktthema ist der Thematik „Kärnten und Europa“ gewidmet und umfasst Beiträge zur Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum, zu grenzüberschreitenden EU-Projekten und zur Kärnten-Vertretung in Brüssel. Im Rahmen dieses Schwerpunktthemas werden auch Beiträge zur Volksgruppenpolitik, die immer wieder auch außenpolitische Auswirkungen hatte, einbezogen. Im Rahmen von Sonderthemen – etwa zur Situation am Arbeitsmarkt – wird das heurige Jahrbuch thematisch abgerundet.

Den Autorinnen und Autoren wird völlige Freizügigkeit eingeräumt und wir nehmen keinerlei Einfluss auf die Inhalte. Dementsprechend gilt umgekehrt das Prinzip der Eigenverantwortung. Allen, die das Erscheinen des Kärntner Jahrbuchs 2014 ermöglicht haben, sei an dieser Stelle gedankt, und zwar insbesondere den Autoren, den Sponsoren, dem Verlag Hermagoras sowie unserem umsichtigen Lektor Wolbert Ebner.

Klagenfurt, im Dezember 2014

Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Predgovor izdajateljv

Koroški zbornik za politiko izhaja že enaindvajset let; nobena druga avstrijska zvezna dežela nima podobno dolge tradicije izdajanja političnih letnih zbornikov. S prizadevnim in brezplačnim delom avtorjev in izdajateljv je tudi letos uspelo izdati obsežno publikacijo o političnem dogajanju na Koroškem.

Koroški politični zbornik letos vsebuje dvajset prispevkov ter kronologijo najpomembnejših političnih dogodkov. Poleg volitev v evropski parlament so v knjigi obravnavane tudi že bližajoče se občinske volitve. Letošnja težiščna tematika je namenjena „Koroški in Evropi“ ter obsega prispevke o sodelovanju v prostoru Alpe-Jadran, o čezmejnem evropskem projektu ter o zastopstvu Koroške v Bruslju. V okvir težiščne tematike so vključeni tudi prispevki o narodnostni politiki, saj je le-ta pogosto imela tudi mednarodne razsežnosti. Publikacijo zaokrožajo prispevki o „posebnih temah“, ki so med drugim namenjene izzivom na delovnem trgu.

Avtorji lahko seveda samostojno oblikujejo svoje prispevke in mi izdajateljv ne vplivamo na njihovo vsebino. S tem prevzemajo avtorji tudi odgovornost za svoje prispevke. Zahvaljujemo se vsem, ki so prispevali svoj delež k izidu te knjige, še posebej avtorjem, sponzorjem, Celovski Mohorjevi založbi ter našemu izkušenemu lektorju Wolbertu Ebnerju.

Celovec, v decembru 2014

Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Die EU-Parlamentswahl 2014 in Kärnten

Am 25. Mai 2014 fand in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Anders als bei Nationalratswahlen gibt es bei diesem Anlass keine Regional- oder Landeswahlkreise, sondern nur einen gemeinsamen österreichweiten Wahlkreis, über den die 18 österreichischen Mandate zugeteilt werden. Das Abschneiden von Parteien in einzelnen Bundesländern hat damit eine etwas geringere Bedeutung, da es keine Grundmandate zu gewinnen gibt, sondern nur das Gesamtergebnis zählt – unabhängig davon, ob es in einigen wenigen Hochburgen erzielt wurde oder ob der Stimmenanteil im ganzen Land ähnlich hoch war.

Der Blick in die Regionen und im konkreten Fall nach Kärnten lohnt aber dennoch: Er kann Aufschluss darüber geben, wie einzelne Gruppierungen sich im jeweiligen Umfeld geschlagen haben, was insbesondere im Vergleich mit früheren Nationalrats- und Landtagswahlen interessante Vergleiche ermöglicht. Im Fall von Kärnten war die EU-Wahl 2014 zudem die dritte Wahl nach den massiven Stimmverschiebungen von 2013 (vgl. Filzmaier/Perlot/Zandonella 2013) und damit auch eine Art Zwischenbericht zur Entwicklung der Landespolitik.

Gleichzeitig muss man einschränkend anmerken, dass Wahlen zum Europäischen Parlament bereits vom Anspruch her eben keine Regionalwahlen sind, sondern in erster Linie europäische bzw. österreichweite Wahlen, mit einem entsprechenden Themenfokus und einer dominierenden Rolle der Bundesparteien. Insofern ist ein Rückschluss vom Wahlergebnis vor Ort auf die Akzeptanz der Landesparteien nicht möglich.

1. Ergebnis

Das Ergebnis der EU-Wahl 2014 brachte österreichweit teils recht große Verschiebungen: Die SPÖ blieb zwar mit einem Plus von 0,4 Prozentpunkten praktisch konstant und die ÖVP verlor mit rund 3 Prozentpunkten weniger, als im Vorfeld spekuliert worden war. Die FPÖ legte dagegen um 7, die Grünen um 4,6 Prozentpunkte zu, die erstmals antretenden NEOS schafften 8,1 Prozent. Das BZÖ, bei der letzten EU-Wahl 2009 noch über der Mindesthürde von 4 Prozent, kam nur mehr auf ein halbes Prozent. Auf die übrigen Listen entfielen 6,1 Prozent.

In Mandaten blieb die SPÖ bei fünf Sitzen, die ÖVP verlor einen Sitz und kam ebenfalls auf fünf Abgeordnete, die FPÖ gewann zwei Sitze dazu

und erreichte vier Mandate, die Grünen drei Mandate (plus eins) und die NEOS erhielten einen Sitz.

Das Kärntner Ergebnis unterschied sich deutlich von diesem österreichweiten Trend: Hier verlor die ÖVP nur 0,8 Prozentpunkte, die SPÖ konnte 7 Prozentpunkte dazugewinnen. Auch die Gewinne der FPÖ mit einem Plus von 13,5 Prozentpunkten und der Grünen mit einem Zugewinn von 5 Prozentpunkten fielen höher aus als bundesweit gesehen. Die NEOS blieben mit 6,6 Prozent etwas unter ihrem Gesamtergebnis. Von den übrigen Parteien konnte die Liste EU-Stop in Kärnten überdurchschnittlich gut abschneiden, sie kam auf 4,1 Prozent, der höchste Wert in ganz Österreich.

Das große Potential für diese Zugewinne ergab sich aus dem praktisch völligen Verschwinden des BZÖ in Kärnten. Hatte es 2009 bei der EU-Wahl noch 21 Prozent erreicht, so kam die Partei diesmal nur mehr auf 1,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung war mit 39 Prozent in Kärnten um gut 6 Prozentpunkte niedriger als im Rest von Österreich.

Abbildung 1: Ergebnis der EU-Wahl 2014 in Österreich und Kärnten

	Österreich					Kärnten		
	Stimmen	%	+/-*	Mandate	+/-	Stimmen	%	+/-*
SPÖ	680.180	24,1	+0,4	5	0	55.158	32,8	+7,4
ÖVP	761.896	27,0	-3,0	5	-1	33.586	19,9	-0,8
FPÖ	556.835	19,7	+7,0	4	+2	34.002	20,2	+13,5
Grüne	410.089	14,5	+4,6	3	+1	20.987	12,5	+5,0
BZÖ	13.208	0,5	-4,1	0	-1	2.391	1,4	-19,6
NEOS	229.781	8,1	n. a.	1	n. a.	11.035	6,6	n. a.
REKOS	33.224	1,2	n. a.	0	n. a.	1.853	1,1	n. a.
ANDERS	60.451	2,1	n. a.	0	n. a.	2.369	1,4	n. a.
EU-STOP	77.897	2,8	n. a.	0	n. a.	6.985	4,1	n. a.

* In Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Der Vergleich der Kärnten-Ergebnisse der letzten drei Wahlen zeigt einige interessante Muster: Die SPÖ hat, beginnend bei der Landtagswahl 2013, jeweils deutlich Stimmenanteile dazugewonnen. Das gilt ebenso für die Grünen, die 5 und mehr Prozentpunkte Plus verzeichnen konnten, die ÖVP ist nach leichten Verlusten bei der Landtagswahl überwiegend konstant geblieben. Die FPÖ hat, nimmt man auch die FPK dazu, bei der Landtagswahl massiv Stimmen verloren (für die Hintergründe vgl. Filzmaier/Perlot/Zandonella 2013). Bei der Nationalratswahl und der EU-Wahl hat sie hingegen deutlich dazugewonnen – eine Folge der starken Verluste des

BZÖ bei diesen Gelegenheiten. Die NEOS sind bei der Landtagswahl 2013 nicht angetreten, gegenüber der Nationalratswahl haben sie aber bei der EU-Wahl deutlich besser abgeschnitten, was die generell größere Unterstützung für die Partei widerspiegelt, die in öffentlichen Umfragen nach der Nationalratswahl sichtbar geworden ist.

Die Stimmenanteile sind sowohl zwischen den Wahlen als auch zwischen den Parteien unterschiedlich verteilt. Die SPÖ konnte bei der Nationalratswahl wie der EU-Wahl einen ähnlichen Prozentanteil erreichen, lag damit aber hinter ihrem Landtagsergebnis zurück. Die ÖVP schnitt bei der EU-Wahl am besten ab, was sich mit dem bundesweiten Trend bei der Wahl deckt. Die FPÖ hat sich gegenüber der Nationalratswahl etwas besser platziert, was zumindest in Teilen auf das Nicht-Antreten des Team Stronach im Mai 2014 zurückgeführt werden kann. Die Grünen lagen demgegenüber bei allen drei vergangenen Wahlen in etwa gleich, was ihr derzeitiges Potential in Kärnten andeutet. Zu beachten ist, dass die Wahlbeteiligungen bei den drei genannten Gelegenheiten – und speziell bei der EU-Wahl – sehr unterschiedlich ausgefallen ist, ähnliche Prozentanteile daher keine ähnlichen Stimmenanteile bedeuten.

Abbildung 2: Wahlergebnisse Kärnten bei der EU-Wahl 2014, der Nationalratswahl 2013 und der Landtagswahl 2013 im Vergleich

	EU-Wahl 2014		Nationalratswahl 2013		Landtagswahl 2013	
	%	+/-*	%	+/-*	%	+/-*
SPÖ	32,8	+7,4	32,4	+4,3	37,1	+8,4
ÖVP	19,9	-0,8	15,2	+0,7	14,4	-2,4
FPÖ**	20,2	+13,5	17,9	+10,3	16,9	-28,0
Grüne	12,5	+5,0	11,8	+4,9	12,1	+7,0
BZÖ	1,4	-19,6	10,8	-27,7	6,4	n. a.
NEOS	6,6	n. a.	3,7	n. a.	n. a.	n. a.

* Veränderung des Wahlergebnisses gegenüber der jeweils entsprechenden Vorwahl (EU-Wahl 2009, Nationalratswahl 2008, Landtagswahl 2009).

** Bei der Landtagswahl 2013 als FPK angetreten.

Quelle: Bundesministerium für Inneres; Amt der Kärntner Landesregierung

2. Trends im Wahlverhalten und Einstellungen zur EU

Die vorliegenden Forschungsdaten zur EU-Wahl beziehen sich – entsprechend dem bundesweiten Charakter der Wahl – auf die wahlberechtigte Bevölkerung in ganz Österreich. Die WählerInnen in Kärnten können dabei aufgrund der Größe des Bundeslandes nicht gesondert betrachtet werden,

im Folgenden werden daher kurz einige Aspekte des allgemeinen Wahlverhaltens vorgestellt. Basis dafür ist die ORF-Wahltagsbefragung, die das Institut für Strategieanalysen (ISA) und das Institute for Social Research and Analysis (SORA) durchgeführt haben (ISA/SORA 2014). Dabei wurde telefonisch eine Stichprobe von 1.217 Personen befragt, wobei aufgrund der erwarteten niedrigen Wahlbeteiligung eine fixe Quote von 953 deklarierten WählerInnen kontaktiert wurde. Die Ergebnisse wurden entsprechend repropotionalisiert, um die Repräsentativität wieder herzustellen, die Feldzeit dauerte vom Donnerstag vor der Wahl bis inklusive dem Wahlsonntag am 25. Mai.

Ähnlich zu früheren Wahlen (vgl. zuletzt etwa Filzmaier/Perlot/Zandonella 2014; Kritzinger 2013) lassen sich bei der EU-Wahl 2014 Abweichungen im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen und nach dem Alter zeigen: Männer wählten überdurchschnittlich stark die ÖVP und die FPÖ, Frauen hingegen die SPÖ und die Grünen. Bei den NEOS gab es keine entsprechenden Trends.

Wesentlich unterschiedlicher als das geschlechterspezifische Wahlverhalten fielen die Parteipräferenzen zwischen jungen und älteren WählerInnen aus: SPÖ und ÖVP schnitten bei Personen über 60 Jahren besonders gut ab (mit einem um 15 bzw. 20 Prozentpunkte besseren Wert als bei unter 30-Jährigen, siehe Abb. 3), Grüne, FPÖ und NEOS waren bei jüngeren Personen erfolgreicher. Speziell Grüne und NEOS konnten bei den unter 30-Jährigen klar mehr Stimmen erreichen als in anderen Altersgruppen, während die FPÖ – trotz eines ebenfalls besseren Stimmenanteils bei den Jüngeren – auch bei älteren WählerInnen vergleichsweise nur wenige Prozentpunkte auf ihr Gesamtergebnis verlor. Sie erreichte so gesehen das relativ konstanteste Resultat über alle Altersgruppen hinweg. Im ältesten Wählersegment spielten Grüne und NEOS nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Abbildung 3: Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS
Geschlecht	+7	-4	-7	+6	+1
Alter	-15	-20	+6	+20	+13

Angaben in Prozentpunkt-Differenz. Ein positiver Wert bedeutet, dass mehr Frauen als Männer bzw. mehr Personen unter 30 als Personen über 60 eine Partei gewählt haben. n = 953 (deklarierte WählerInnen).

Quelle: ISA/SORA 2014

Die Kombination von Geschlecht und Alter vertieft diesen ersten Eindruck weiter und deckt sich zudem mit früheren Erfahrungen: Die FPÖ war den

Daten zufolge bei der EU-Wahl bei den unter 30-jährigen Männern einmal mehr die mit Abstand stärkste Partei, die Grünen lagen ihrerseits bei den jungen Frauen klar vor allen anderen Gruppierungen. Die ÖVP konnte ältere Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen, die SPÖ profitierte demgegenüber speziell von den Stimmen von Wählerinnen über 60 Jahren.

Eine Differenzierung nach Erwerbstätigkeit – zwischen ArbeiterInnen, Angestellten und Selbstständigen – führt ebenfalls zu großen Abweichungen. So kam die FPÖ bei ArbeiterInnen auf fast 50 Prozent der Stimmen und war damit doppelt so stark wie die hier zweitplatzierte SPÖ. Unter Angestellten lag die ÖVP voran, dahinter erreichten SPÖ, FPÖ und Grüne ähnlich große Stimmanteile. Die Selbstständigen waren gleichzeitig auch jene Gruppe, in der die ÖVP am besten abschnitt, gefolgt von Grünen, FPÖ und den NEOS, die SPÖ war hier besonders schwach. Bei dieser Unterscheidung ist anzumerken, dass die genannten Gruppen nicht gleich groß sind, ein besonders gutes Ergebnis im vergleichsweise kleinen Segment der Selbstständigen wirkt sich damit weniger stark aus als ein gutes Abschneiden in der großen Gruppe der Angestellten.

Klare Unterschiede finden sich noch nach der formalen Bildung, von PflichtschulabsolventInnen bis hin zu Personen mit Hochschulabschluss: Die Stimmenanteile der ÖVP und der Grünen stiegen nahezu linear mit dem formalen Bildungsabschluss der WählerInnen an, während das Bild bei SPÖ und FPÖ genau umgekehrt war. Fasst man den Bildungsgrad in zwei Gruppen – Personen mit Matura bzw. höheren Abschlüssen und Personen mit anderen Abschlüssen – zusammen, bestätigt sich dieser Eindruck (siehe Abbildung 4) insbesondere für SPÖ, FPÖ und Grüne, während der Unterschied bei der ÖVP eher gering bleibt.

Abbildung 4: Wahlverhalten nach formaler Bildung

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS
ohne Matura oder höhere Ausbildung	29	27	25	10	6
mit Matura oder höherer Ausbildung	12	31	8	26	12

Angaben in Prozent, n = 509 (ohne Matura) bzw. 199 (mit Matura).

Quelle: ISA/SORA 2014

Im Zuge der Wahltagsbefragung wurde zudem gefragt, wie die Befragten die Mitgliedschaft Österreichs in der EU beurteilen würden. Diese Frage ist ein Standard-Item des Eurobarometers der Europäischen Kommission und zeichnet mittlerweile bereits seit mehreren Jahren die entsprechende Einstellung nach. Anlässlich der EU-Wahl 2014 meinte rund die Hälfte der ÖsterreicherInnen, dass die Mitgliedschaft eine gute Sache sei, je ein Viertel bezeichnete sie als schlecht bzw. als weder gut noch schlecht.

Kreuzt man diese Frage mit dem Wahlverhalten, dann ergeben sich massive Unterschiede (siehe Abb. 5): Unter den EU-GegnerInnen wählten demnach rund 60 Prozent die FPÖ, SPÖ und ÖVP kamen nur auf je rund 10 Prozent. Demgegenüber wählten EU-BefürworterInnen zu 37 Prozent ÖVP, zu 25 Prozent SPÖ, zu 20 Prozent Grüne und zu 10 Prozent NEOS. Die FPÖ kam in dieser Gruppe auf gerade einmal 4 Prozent.

Abbildung 5: Wahlverhalten nach Einstellung zur EU-Mitgliedschaft

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS
Mitgliedschaft ist eine gute Sache	25	37	4	20	10
Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache	13	10	60	5	3

Angaben in Prozent, n = 693 (gute Sache) bzw. 245 (schlechte Sache).

„Ist Ihrer Ansicht nach die Mitgliedschaft Österreichs in der EU eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder noch?“

Quelle: ISA/SORA 2014

Die Wahlbeteiligung war in Kärnten 2014 mit 39 Prozent rund 6 Prozentpunkte niedriger als im Bundesschnitt, damit aber um 2,9 Prozentpunkte höher als 2009. Österreichweit lässt sich sagen, dass Männer und Frauen sowie alle Altersgruppen in ähnlichem Umfang an der Wahl teilgenommen haben. Menschen, die der EU eher Gleichgültigkeit entgegenbringen, sind deutlich seltener wählen gegangen als jene Personen, die mit der EU Zuversicht verbinden. Auch EU-GegnerInnen sind häufiger zuhause geblieben.

Ein Austritt aus der EU wurde im Umfeld der Wahl nur von rund 10 Prozent der ÖsterreicherInnen sehr befürwortet, während rund 50 Prozent sich dezidiert dagegen ausgesprochen haben. Tendenziell am höchsten war die Zustimmung für einen solchen Schritt unter FPÖ-WählerInnen. Ein Viertel der Befragten der Wahltagsbefragung gab an, sich sehr gut über die EU informiert zu fühlen. Unter WählerInnen meinten 36 Prozent, weniger oder gar nicht gut informiert zu sein, unter NichtwählerInnen waren es hingegen 56 Prozent.

Etwa ein Viertel der Befragten gab an, dass die offenen Grenzen in Europa mehr Vor- als Nachteile bringen würden, ebenso viele lehnten dieses Argument jedoch gänzlich ab. Insbesondere waren es wiederum FPÖ-WählerInnen, die zu zwei Dritteln überwiegend Nachteile an der Grenzöffnung erkannten. Ebenfalls kritisch wurde das Wechselspiel zwischen EU und Wirtschaftsunternehmen gesehen; 44 Prozent stimmten der These sehr zu, dass es in Europa vor allem um Interessen großer Wirtschaftsunternehmen gehe, soziale Anliegen hingegen auf der Strecke bleiben

würden. Besonders hoch war die Zustimmung wiederum bei Personen, die sich für die FPÖ deklarierten, vergleichsweise niedrig hingegen bei ÖVP-WählerInnen. Insgesamt meinte zudem ein Drittel, dass die EU in entscheidenden Fragen zumeist versage, unter NichtwählerInnen war dieser Anteil mit 42 Prozent noch höher.

3. Wahlmotive und Parteikonzepte

Für die Wahlmotive gilt wie für das Wahlverhalten, dass eine gesonderte Darstellung für die Kärntner Bevölkerung nicht möglich ist. Österreichweit sind Unterschiede zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auf der einen und FPÖ und Grünen auf der anderen Seite zu erkennen. Für WählerInnen der Oppositionsparteien spielte die Kontrolle von Missständen eine deutlich größere Rolle als Wahlmotiv, SPÖ und ÖVP wurden demgegenüber eher gewählt, weil sie die Interessen Österreichs in der EU besser vertreten würden. Bei den NEOS dominierte das Argument, dass sie für eine glaubhafte Erneuerung der Politik stehen würden. Ihnen und den Grünen ordneten ihre WählerInnen darüber hinaus noch die Aussage stärker zu, dass sie die Hoffnung auf ein besseres Europa vermitteln würden. Von den SpitzenkandidatInnen konnte ÖVP-Kandidat Othmar Karas seine Wählerschaft am ehesten überzeugen. Die Innenpolitik spielte für rund 20 Prozent eine sehr große Rolle in ihrer Wahlentscheidung, wichtig war sie besonders für FPÖ- und NEOS-WählerInnen: Von diesen stimmten 44 bzw. 30 Prozent der Aussage sehr zu, dass es vor allem darum gehe, ein Zeichen gegen die österreichische Innenpolitik zu setzen.

Neben den Wahlmotiven wurde erhoben, wie die WählerInnen die Konzepte ihrer Parteien in unterschiedlichen Feldern bewerteten, was zu erwartbaren, aber doch eindeutigen Resultaten führte. WählerInnen der SPÖ waren der Ansicht, dass ihre Partei die besten Konzepte zum Erhalt von Sozialleistungen sowie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit habe. ÖVP-AnhängerInnen ordneten ihrer Partei die besten Konzepte für Wirtschaftswachstum und den Abbau der Staatsschulden zu. Bei der FPÖ verorteten die Befragten die Themen Zuwanderung und Integration sowie Sicherheit und Kriminalität, die Grünen überzeugten mit Umweltschutz und der Qualität der Lebensmittel (ein Punkt, der aufgrund der im Wahlkampf geführten Debatten über das TTIP-Abkommen und dem damit verbundenen symbolischen „Chlorhuhn“ abgefragt wurde). Bei den NEOS waren Wirtschaftswachstum und Abbau der Staatsschulden jene Konzepte, bei denen der Partei von ihren WählerInnen eine vergleichsweise hohe Kompetenz zugeordnet wurde.

Abgesehen von den unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten fällt auf, dass bei den NEOS insgesamt die Konzeptzuschreibung deutlich

niedriger blieb als bei den anderen Parteien. Unabhängig von der tatsächlichen Kompetenz deutet dies an, dass die WählerInnen zumindest teilweise Schwierigkeiten hatten, bei dieser neuen Partei zu erkennen, wofür genau sie ein- und welche Haltungen sie vertritt. Angesichts auch der Wahlmotive war offenbar das Image der Neuheit und die Distanz zu den etablierten Gruppierungen wichtiger als eine inhaltliche Positionierung.

Abbildung 6: Konzepte der Parteien

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS
Sicherheit und Kriminalität	49	54	77	39	34
Zuwanderung und Integration in Europa	40	47	78	63	38
Umweltschutz	13	17	8	96	14
Qualität der Lebensmittel	27	37	15	89	10
Wirtschaftswachstum	38	82	26	30	46
Frieden in Europa	60	52	25	66	30
Abbau der Staatsschulden	38	63	41	25	43
Regulierung der Finanzmärkte	35	56	38	46	35
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	76	52	50	29	34
Erhalt von Sozialleistungen	86	35	41	40	20

Angaben in Prozent, jeweils WählerInnen der genannten Parteien. Markiert sind jeweils die beiden höchsten Werte. n = 953 (deklarierte WählerInnen).

„Und welche Partei hat Ihrer Ansicht nach die besten Konzepte für ...?“

Quelle: ISA/SORA 2014

4. Wählerstromanalyse

Wie haben die KärntnerInnen bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 im Vergleich zu der Wahl 2009 gewählt? Die in diesem Abschnitt dargestellten Wählerströme geben Auskunft über die Wanderungen der WählerInnen zwischen den einzelnen Parteien bzw. der Gruppe der NichtwählerInnen.

Die ÖVP wurde von 67 Prozent ihrer WählerInnen von 2009 auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wiedergewählt. Ihren stärksten Zugewinn verzeichnete sie mit rund 6.000 Stimmen von ehemaligen NichtwählerInnen, weitere 4.000 Stimmen hat sie von ehemaligen BZÖ-WählerInnen erhalten. Rund 4.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen haben sich

diesmal für die SPÖ, weitere 2.000 für die Grünen entschieden. Ebenfalls 2.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen sind diesmal nicht zur Wahl gegangen.

Der SPÖ ist es gelungen, 63 Prozent ihrer WählerInnen von 2009 bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wieder von sich zu überzeugen. Dazugewinnen konnte die SPÖ mit rund 17.000 Stimmen besonders viele ehemalige NichtwählerInnen. Jeweils rund 4.000 Stimmen erhielt sie von ehemaligen ÖVP- und Liste-Martin-WählerInnen. Insgesamt 9.000 SPÖ-WählerInnen von 2009 gingen diesmal nicht zur Wahl. Außerdem hat die SPÖ 3.000 ihrer WählerInnen von 2009 an die FPÖ verloren.

Die Grünen konnten bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 rund 61 Prozent ihrer WählerInnen von 2009 wieder von sich überzeugen. Rund 5.000 Stimmen erhielten sie von ehemaligen Liste-Martin- und weitere 4.000 Stimmen von ehemaligen NichtwählerInnen. Weitere Zugewinne verzeichneten sie von der ÖVP und vom BZÖ (jeweils 2.000 Stimmen). Rund 2.000 ihrer ehemaligen WählerInnen entschieden sich dieses Mal für die NEOS.

Mit 41 Prozent verzeichnete die FPÖ eine deutlich geringere Behalterate als die zuvor genannten Parteien. Nicht einmal jede/r zweite WählerIn von 2009 hat sich auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wieder für die FPÖ entschieden. Gewinnen konnte sie rund 12.000 Stimmen vom

Abbildung 7: Wählerwanderungen von der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 auf die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 (Kärnten)

	VP 14	SP 14	FP 14	GR 14	BZ 14	NE 14	SO 14	NW 14	Gesamt
VP 09	22	4	1	2	0	1	1	2	33
SP 09	0	26	3	1	0	0	1	9	40
MA 09	0	4	6	5	0	3	2	8	28
FP 09	1	1	4	1	0	2	1	1	11
GR 09	0	1	1	7	0	2	0	0	12
BZ 09	4	3	12	2	0	0	0	11	33
SO 09	0	0	0	0	0	0	0	0	2
NW 09	6	17	7	4	1	2	5	245	286
SUMME	34	55	34	22	2	11	11	276	445

Angaben absolut in 1.000 Stimmen.

Beispiel: Von den 33.000 ÖVP-WählerInnen von 2009 haben bei der Wahl 2014 22.000 wieder ÖVP gewählt, 4.000 haben die SPÖ, 2.000 die Grünen gewählt.

Quelle: SORA (2014). Wählerstromanalysen zur EU-Wahl 2014, verfügbar unter:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/eu-wahl14.html>

BZÖ und 7.000 Stimmen von ehemaligen NichtwählerInnen. Im Gegenzug verlor sie 2.000 Stimmen an die NEOS, und 1.000 ihrer WählerInnen von 2009 gingen diesmal nicht zur Wahl.

Nur 1 Prozent der BZÖ-WählerInnen von 2009 hat auch 2014 wieder für das BZÖ votiert. Jeweils rund ein Drittel der ehemaligen BZÖ-WählerInnen entschied sich dieses Mal für die FPÖ (12.000 Stimmen) oder ging nicht zur Wahl (11.000 Stimmen).

Rund ein Viertel der WählerInnen der bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 erstmals angetretenen NEOS sind ehemalige Liste-Martin-WählerInnen (rund 3.000 Stimmen). Jeweils rund 2.000 Stimmen erhielten die NEOS von ehemaligen Nicht-, FPÖ- und GrünwählerInnen.

Der Vergleich der Kärntner Wählerwanderungen mit jenen österreichweit zeigt durchgängig höhere Behalteraten auf Bundesebene, im Besonderen für die FPÖ (64 Prozent), aber auch für die SPÖ (73 Prozent) und die Grünen (70 Prozent).

Während die ÖVP in Kärnten vor allem an die SPÖ Stimmen verloren hat, gingen auf Bundesebene besonders viele ehemalige ÖVP-WählerInnen diesmal nicht zur Wahl. Für ehemalige SPÖ-WählerInnen zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Sie gingen in Kärnten zu einem weitaus höheren

Abbildung 8: Wählerwanderungen von der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 auf die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 (Österreich)

	VP 14	SP 14	FP 14	GR 14	BZ 14	NE 14	SO 14	NW 14	Gesamt
VP 09	603	23	26	40	2	48	17	102	859
SP 09	19	495	28	36	1	14	18	69	680
MA 09	54	57	130	54	1	46	39	127	506
FP 09	15	14	232	15	1	15	15	58	364
GR 09	8	9	4	198	0	35	11	20	285
BZ 09	13	11	33	14	3	16	12	29	131
SO 09	2	2	3	8	0	10	10	3	40
NW 09	63	67	99	65	6	40	49	3157	3546
SUMME	778	678	554	430	13	224	169	3565	6411

Angaben absolut in 1.000 Stimmen.

Beispiel: Von den 859.000 ÖVP-WählerInnen von 2009 haben bei der Wahl 2014 603.000 wieder ÖVP gewählt, 23.000 haben die SPÖ, 26.000 die FPÖ gewählt.

Quelle: SORA (2014). Wählerstromanalysen zur EU-Wahl 2014, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/eu-wahl14.html>

Prozentsatz als auf Bundesebene diesmal nicht zur Wahl. In Kärnten profitierte die SPÖ außerdem stärker als die SPÖ auf Bundesebene von den Stimmen ehemaliger ÖVP-, FPÖ- und Grün-WählerInnen.

Die FPÖ verlor in Kärnten einen größeren Prozentsatz ihrer WählerInnen von 2009 an die NEOS und die SPÖ als dies für die FPÖ auf Bundesebene zutrifft. Im Gegenzug gingen auf Bundesebene ehemalige FPÖ-WählerInnen in einem höheren Ausmaß nicht zur Wahl. Die Zugewinne der FPÖ von ehemaligen BZÖ-WählerInnen waren wiederum in Kärnten noch einmal größer als jene auf Bundesebene.

Für die Grünen zeigt der Vergleich der Wählerwanderungen allen voran, dass sie in Kärnten deutlich höhere Verluste an die SPÖ in Kauf nehmen mussten als auf Bundesebene. Die Wählerschaft der NEOS setzt sich schließlich in Kärnten im Vergleich zu Gesamt-Österreich zu einem höheren Anteil an ehemaligen FPÖ- und zu einem geringeren Anteil an ehemaligen ÖVP-WählerInnen zusammen.

5. Fazit

Die Ergebnisse der EU-Wahl in Österreich und Kärnten sind sehr unterschiedlich ausgefallen: Hat österreichweit die ÖVP den ersten Platz trotz Verlusten verteidigen können, so ist in Kärnten die SPÖ mit großen Zugewinnen stimmenstärkste Partei geblieben. Parallelen finden sich in den Stimmentwicklungen von FPÖ und Grünen; beide Parteien konnten auf Bundes- und Landesebene deutlich zulegen.

Der große Unterschied zwischen den beiden Ebenen lässt sich in erster Linie am BZÖ festmachen: Erreichte dieses österreichweit bei der EU-Wahl 2009 nicht ganz 5 Prozent, so konnte es damals in Kärnten 21 Prozent der Stimmen binden. Mit dem Zerfall der Partei war damit in Kärnten automatisch ein größeres Potential vorhanden, das die Parteien unterschiedlich gut nutzen konnten. Für die SPÖ wiederholte sich der Wiederaufstieg, der bei der Landtagswahl begonnen hatte. Die ÖVP stabilisierte sich, die FPÖ und die Grünen legten klar zu. Aber auch für neue Listen eröffneten sich damit Möglichkeiten, wie der Stimmenanteil für EU Stop zeigt.

Nachdem zumindest plangemäß in den kommenden vier Jahren keine Landtags- oder Bundeswahlen (mit Ausnahme der Bundespräsidentenwahl) in Kärnten stattfinden werden, beschließt die EU-Wahl die Reihe an Wahlentscheidungen, die im Gefolge der innenpolitischen Verwicklungen im Bundesland in den vergangenen Jahren frühzeitig mit der vorgezogenen Landtagswahl 2013 begonnen und sich aufgrund der außergewöhnlichen Umstände durch massive Stimmenverschiebungen ausgezeichnet hatte. Erst bei den nächsten Anlässen wird sich zeigen, wie nachhaltig die Veränderungen wirklich waren.

Quellen:

- Bundesministerium für Inneres: Europawahl 2014. <http://euwahl2014.bmi.gv.at/> (27. 6. 2014).
- Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahl 2013. <http://wahl13.bmi.gv.at/> (27. 6. 2014).
- Amt der Kärntner Landesregierung: Landtagswahl Kärnten 2013. <https://info.ktn.gv.at/ltwahl2013/> (27. 6. 2014).
- Filzmaier, Peter/Perlot, Flooh/Zandonella, Martina: Kärntner Landtagswahl 2013, in: Anderwald, Karl/Filzmaier, Peter/Hren, Karl (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2013. Klagenfurt 2013, S. 9–27.
- Filzmaier, Peter/Perlot, Flooh/Zandonella, Martina: Das Wahljahr 2013. Wahlverhalten, Wählerwanderung und neue Parteien, in: SWS-Rundschau, 2/2014, S. 108–132.
- Kritzinger, Sylvia et al.: Der österreichische Wähler. Wien 2013.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/Institute for Social Research and Consulting (SORA): Wahltagsbefragung zur Wahl zum Europäischen Parlament 2014 im Auftrag des ORF. Wien 2014, <http://www.strategieanalysen.at/wahlen> (27. 6. 2014).

Die EU-Wahl aus Kärntner Sicht

Frühstart

In einem vorgezogenen Wahlkampfauftakt diskutierten bereits Ende Jänner 2014 Spitzenvertreter aller Parteien über die bevorstehende EU-Wahl im Rahmen eines Bürgerforums des Europaparlaments in Klagenfurt. Auf dem Podium saßen Elisabeth Köstinger (ÖVP), Jörg Leichtfried (SPÖ), Ulrike Lunacek (Grüne), Andreas Mölzer (FPÖ) und Hans-Peter Martin (Liste Martin). Die Fragen des Publikums, aber auch die Eingangsstements der Kandidaten waren durchwegs EU-kritisch. Grundtenor bei beinahe allen Wortmeldungen war der Schutz einheimischer Interessen vor befürchteten Brüsseler Ein- und Zugriffen. Unabhängig ob es um Transit, Landwirtschaft oder Arbeitsplätze ging – die Vorteile, die der EU-Beitritt 1995 auch den Kärntnerinnen und Kärntnern gebracht hat, schienen nach wie vor nicht wirklich bewusst zu sein. Dementsprechend geloben alle Abgeordneten zum Europäischen Parlament ständig die Verbesserung der Kommunikation. Allerdings bleibt es meist bei leeren Versprechungen. Dass aber Europa-Themen auch auf Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern stoßen, bewies der randvolle Saal an diesem Abend.

Bis zur Wahl änderte sich allerdings einiges: Sowohl konnte das Interesse an diesem Abend nicht die Wahlbeteiligung entscheidend erhöhen, und so gaben am 25. Mai nur 39 Prozent der wahlberechtigten Kärntnerinnen und Kärntner ihre Stimme ab (Details zu Wahlverhalten und -motiven siehe Filzmaier/Perlot/Zandonella in diesem Band, S. 9 ff.). Aber auch bei den Kandidaten setzte ein munteres Ringenspiel ein. Manche verließen während des Wahlkampfes freiwillig oder unfreiwillig ihre Partei bzw. es kamen bis zur heißen Phase noch einige neue Listen hinzu. Andere Kärntner Spitzenkandidaten stolperten durch eine Reihe von Fettnäpfen und minderten so mehr oder weniger den Erfolg ihrer Parteien. Aber alles der Reihe nach.

Skeptisches Kärnten

Am 12. Juni 1994 stimmte Österreich über den Beitritt zur Europäischen Union ab. Jörg Haider mobilisierte bundesweit mit Schildlaus-Joghurt und Anti-Ausländer-Parolen gegen eine Mitgliedschaft. Dennoch stimmten die meisten Kärntner Regionen überdurchschnittlich für die EU. 82,3 Prozent

der Österreicher nahmen an der Volksabstimmung teil, davon sprachen sich genau zwei Drittel für den Beitritt aus. In Kärnten beteiligten sich trotz Haiders Propaganda 81,9 Prozent, davon sagten 68,2 Prozent Ja zur EU. Keine einzige Kärntner Gemeinde sprach sich mehrheitlich gegen die EU aus. Dies war zum Beispiel in Tirol nicht der Fall.

Bei den folgenden EU-Wahlen 1996, 1999, 2004 und 2009 unterschied sich das Kärntner Ergebnis immer mehr vom Rest Österreichs. Beim Verhältnis von gültigen Stimmen zu den Wahlberechtigten (entspricht der Wahlbeteiligung minus der ungültigen Stimmen) lag Kärnten 1996 noch unter einem Prozentpunkt hinter dem Österreichwert. 2009 erreichte die Differenz dann mit beinahe 10 Prozentpunkten den Höchststand (siehe Tab. 1).

Tab. 1: Verhältnis von Wahlberechtigten und gültigen Stimmen in Österreich und Kärnten bei den EU-Wahlen 1996 bis 2014

	Wahlberechtigte		gültige Stimmen absolut		Gültige Stimmen in Prozent		Differenz
	Österreich	Kärnten	Österreich	Kärnten	Österreich	Kärnten	
1996	5,800.377	422.109	3,794.145	272.104	65,4	64,5	-0,9
1999	5,847.660	424.647	2,801.353	183.259	47,9	43,2	-4,7
2004	6,049.129	433.621	2,500.610	152.295	41,3	35,1	-6,2
2009	6,362.761	450.336	2,864.621	159.437	45,0	35,4	-9,6
2014	6,410.602	445.394	2,823.561	168.366	44,0	37,8	-6,2

Quelle: BM für Inneres.

Auch bei den Parteiergebnissen wählte Kärnten immer deutlich anders als der Rest Österreichs (siehe Tab. 2). So lag die ÖVP in Kärnten konstant hinter ihrem Bundesergebnis. Die SPÖ hingegen war im Süden bei allen Wahlgängen stärker. Am deutlichsten waren aber die Unterschiede bei der FPÖ (z. B. bei der Wahl 2004 mit einer Differenz von 13 Prozentpunkten) bzw. beim BZÖ (2009 mit einem Plus von 16,4 Prozentpunkten). Daher war es bei der Wahl 2014 auch besonders spannend, wohin die rund 33.500 BZÖ-Stimmen in Kärnten wandern (Details dazu siehe Filzmaier/Perlot/Zandonella in diesem Band, S. 9 ff.). Ein Teil der EU-Skeptiker ging jedenfalls zur Liste EU-STOP mit dem Spitzenkandidaten Robert Marschall, dessen Hauptforderung der EU-Austritt war.

Tab. 2: Wahlergebnisse 1996 bis 2014 in Österreich und Kärnten

		1996	1999	2004	2009	2014
ÖVP	Österreich	29,7	30,7	32,7	30,0	27,0
	Kärnten	19,6	21,1	22,3	20,7	19,9
	Differenz	-10,1	-9,6	-10,4	-9,3	-7,1
SPÖ	Österreich	29,2	31,7	33,3	23,7	24,1
	Kärnten	34,4	36,0	36,3	25,4	32,8
	Differenz	5,3	4,3	3,0	1,7	8,7
FPÖ	Österreich	27,5	23,4	6,3	12,7	19,7
	Kärnten	37,2	34,2	19,3	6,7	20,2
	Differenz	9,7	10,8	13,0	-6,0	0,5
Grüne	Österreich	6,8	9,3	12,9	9,9	14,5
	Kärnten	3,9	5,4	9,0	7,5	12,5
	Differenz	-2,9	-3,9	-3,9	-2,4	-2,0
LIF	Österreich	4,3	2,7			
	Kärnten	2,5	1,5			
	Differenz	-1,7	-1,2			
Martin	Österreich			14,0	17,7	
	Kärnten			12,6	17,7	
	Differenz			-1,4	0,0	
BZÖ	Österreich				4,6	0,5
	Kärnten				21,0	1,4
	Differenz				16,4	0,9
Neos	Österreich					8,1
	Kärnten					6,6
	Differenz					-1,5
EUSTOP	Österreich					2,8
	Kärnten					4,1
	Differenz					1,3

Quelle: BM für Inneres.

Wechselnde Spitzenkandidaten

Am 11. April 2014 endete die Frist für die Einreichung von Listen inklusive der Reihung der Kandidaten. Da es bei der EU-Wahl nur einen Wahlkreis gibt, der ganz Österreich umfasst, ist nur eine bundesweite Liste erforderlich und es gibt keine Regional- oder Landeslisten. Maximal 42 Personen dürfen auf die Liste aufgenommen werden, wobei – je nach Partei – bei 18 zu vergebenden Mandaten selbstverständlich nur die ersten Aussicht auf Einzug ins Europäische Parlament haben. Ein Vorzugsstimmenwahlkampf ist möglich und mit einer seit 2014 zu erreichenden Marke von fünf Prozent der Parteistimmen auch durchaus aussichtsreich. Aber bereits mit der früheren Sieben-Prozent-Hürde gelang es 2004 dem damals auf der FP-Liste drittgereichten Andreas Mölzer den Spitzenkandidaten Hans Kronberger zu verdrängen.

Insgesamt traten 2014 neun Parteien an, ein neuer Rekord. Der Stimmzettel umfasste aber kurioserweise zehn Listen, davon mittendrin eine Zeile ohne Möglichkeit, sein Kreuz zu machen. Ebenfalls eine Premiere in Österreich. Weil Hans-Peter Martin, der 2009 am dritten Platz gelandet war, nicht mehr kandidierte, stand am für diese Liste 3 vorgesehenen Platz lediglich „leer“. Den ersten Platz erhielt die 2009 stimmenstärkste Partei, die ÖVP. Der zweite Platz am Stimmzettel stand demnach der SPÖ zu, der vierte der FPÖ und der fünfte den Grünen. Der sechste Platz am Stimmzettel ging an das BZÖ, das bei der EU-Wahl 2009 noch fünftstärkste Partei war. Hier prüfte die Bundeswahlbehörde, ob es sich formal noch um dieselbe Partei handelte. Andernfalls wäre auch der sechste Platz „leer“ geblieben. Jene Parteien, die bei der vorigen Wahl noch nicht kandidiert hatten, wurden am Ende des Stimmzettels nach dem Zeitpunkt des Einbringens ihres Wahlvorschlages gereiht: Somit standen NEOS vor REKOS, „Europa anders“ und EU-STOP. Alle diese Listen erreichten die erforderlichen 2.600 Unterstützungsunterschriften in ganz Österreich.

Die Kandidaten konnten zwischen dem 75. Tag (11. März) und dem 44. Tag (11. April) vor dem Wahltag bekanntgegeben werden. Die Kärntner Beteiligung auf den ersten Plätzen war – entgegen der Wahlbeteiligung und der Größe des Bundeslandes – exorbitant hoch. Vier von neun Spitzenkandidaten kamen aus Kärnten bzw. waren in Kärnten aufgewachsen. Drei Tage vor Ablauf der Frist sollte sich allerdings einiges ändern.

ÖVP – endlich Karas

Bereits Anfang Dezember präsentierte die ÖVP ihren Spitzenkandidaten Othmar Karas. 2009 wurde ihm noch der ehemalige Innenminister Ernst Strasser bei der Reihung vorgezogen. Eine Entscheidung in der

Parteigeschichte, an die die ÖVP nicht mehr gerne zurückdenkt. Karas hatte damals in einem Vorzugsstimmenwahlkampf 97.000 Stimmen eingefahren. Delegationsleiter wurde er trotzdem nicht. Eine späte Rache Karas' für das damalige zweifache Zurücksetzen war wohl das Verschwinden des ÖVP-Logos von den Wahlplakaten 2014.

Die Entscheidung über die restlichen Plätze wurde auf den Jahresbeginn verschoben und schlussendlich erst am 28. Februar gefällt. Bei einer Sitzung der 15 Landespartei- und Bündechefs wurden zunächst die Plätze zwei und drei an den Bauernbund (die Kärntnerin Elisabeth Köstinger) und an den Wirtschaftsbund (der Oberösterreicher Paul Rübiger) vergeben. Über die Plätze vier bis sechs wurde nach längeren Diskussionen in einer geheimen Kampfabstimmung entschieden. Dabei blieben die Steirer mit Beatrix Karl auf der Strecke. Die Ex-Ministerin musste mit dem aussichtslosen sechsten Listenplatz vorliebnehmen. Die „Westachse“ sowie der Seniorenbund sicherten sich mit der Salzburgerin Claudia Schmidt und Heinz Becker die chancenreichen Plätze vier und fünf.

SPÖ – Quereinstieg in den Fettnapf

Ebenfalls am 28. Februar fixierte die SPÖ ihre Liste. Bereits Mitte Jänner war aber durchgesickert, dass die Partei mit einem prominenten Spitzenkandidaten in die Auseinandersetzung gehen will. Die Nominierung von Eugen Freund war dennoch überraschend. Der bekannte Zeit-im-Bild-Moderator war erst zwei Wochen zuvor eher unwillig in ORF-Pension gegangen und präsentierte am Silvestertag seine letzte Sendung. Freund wurde zwar in Wien geboren, wuchs aber in Kärnten auf und galt auch als Erfindung des Kärntner Parteichefs Peter Kaiser. Mit Evelyn Regner (Wien), Jörg Leichtfried (Steiermark), Karin Kadenbach (Niederösterreich) und Josef Weidenholzer (Oberösterreich) folgten auf den Plätzen hinter Freund durchwegs erfahrene Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs). Erst auf Platz 20 findet sich mit Verena Mischitz eine Kandidatin mit Wohnort in Kärnten.

Eugen Freund, Quereinsteiger in die Politik und Kurzaussteiger aus den Medien, erfuhr allerdings keine Schonung von seinen ehemaligen Journalismuskollegen. In einem ausführlichen Interview im Nachrichtenmagazin Profil plauderte Freund über vieles, aber auf die Frage, wieviel ein Arbeiter in Österreich durchschnittlich verdiene, griff er einen satten Tausender daneben. 3.000 Euro statt der korrekten 2.000 Euro lautete seine Schätzung. Daraufhin wird Freund Abgehobenheit vorgeworfen und permanent unterstellt, er wäre kein glaubwürdiger Vertreter der Interessen einer sozialdemokratischen Klientel. Darüber hinaus ist Freund kein Mitglied der SPÖ (und wird es bis zum Wahltag auch nicht, sondern erst, als

er – schon MEP – zum Mitglied in den Kärntner Parteivorstand kooptiert wird). Sein Glück war allerdings, dass ihm dieser Fehler zu Beginn des Wahlkampfes unterlief und die Partei dennoch an ihm als Spitzenkandidaten festhielt. Im Verlauf des weiteren Wahlkampfes ist Freund deutlich überlegter, fast schon übervorsichtig.

FPÖ – Neger und Fußballer

Am 10. Jänner präsentierte auch die FPÖ ihre ersten zwölf Teammitglieder für die EU-Wahl. Angeführt wurde die Liste zu jenem Zeitpunkt von Andreas Mölzer (Kärnten) und Harald Vilimsky (Wien). Auf den folgenden Plätzen kandidierten Franz Obermayr (Oberösterreich), Georg Mayer (Steiermark), Barbara Kappel (Wien), Sepp Hintermayer (Niederösterreich) und Karin Berger (Salzburg). Die Beschlüsse erfolgten im Bundesparteivorstand einstimmig und waren aus Sicht der Parteistrategie auch schlüssig. Mölzer war nicht nur ein erfahrener EU-Politiker, sondern auch ein Repräsentant des blauen Kernlandes Kärnten, aus dem 2009 zwar nur 10.704 von 364.207 Stimmen kamen, aber zusätzlich 33.448 BZÖ-Stimmen aus dem dritten Lager zu holen waren. Bis zur Wahl sollte sich allerdings nicht nur der Spitzenkandidat ändern, sondern auch die Reihenfolge auf den Plätzen dahinter. So findet sich dann beim Wahlvorschlag der erste Kärntner Vertreter in der Person von Erwin Angerer auf Platz 6. Der wahre Paukenschlag war allerdings der Rücktritt von Spitzenkandidat Andreas Mölzer am 8. April.

„... Es ist eine Frage auch des gestalterischen, des Arbeitsethos, was aus diesem Europa wird: Entweder sind wir ein Negerkonglomerat, totales Chaos, sage ich jetzt bewusst brutal politisch nicht korrekt. Wo das Chaos sich vermehrt, wo Massenzuwanderung, wo institutionelles Chaos, wo wirre Konzerninteressen (sind)“¹, sind Teile einer Wortmeldung Andreas Mölzers bei einer Veranstaltung im Palais Epstein im Februar, publik gemacht von einem Reporter der Süddeutschen Zeitung. Zusätzlich meinte der FP-Spitzenkandidat, dass die EU eine Diktatur sei, gegen die „das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal“ gewesen sei.² Vergleiche mit der NS-Zeit und EU-Kritik, kombiniert mit rassistischen Untertönen, waren dann selbst der eigenen Partei zuviel. Oder die FPÖ fürchtete vielmehr ihr selbstgestecktes Ziel von 20 Prozent nach diesem Rechtsruck nicht mehr erreichen zu können. Jedenfalls dauerte es einige Tage der Kritik von allen Seiten, bis sowohl der Partei als auch Mölzer selbst die Einsicht kam, dass er mit seinen Aussagen dem blauen Wahlerfolg schaden könnte. Denn endgültig zu Fall brachte Mölzer ein Zitat, wo er unter dem Synonym F. X. Seltsam den größten Werbeträger für den österreichischen Fußball und den zweifachen Sportler des Jahres, David Alaba, in der Wochenzeitung Zur Zeit als

das „typische Wiener Produkt unserer wunderbaren multikulturellen Zuwanderungsgesellschaft“ bezeichnete und Alaba absprach, ein echter Österreicher zu sein. Für eine Partei, die den größten Wähleranteil bei jungen Männern hat, wirklich keine günstige Ausgangslage.

Darüber, wie freiwillig dieser Rückzug war, gehen die Sichtweisen auseinander. FP-Parteichef Heinz Christian Strache betonte, dass es Mölzers eigene Entscheidung gewesen sei. Dennoch wurde Mölzer in den Tagen zuvor sehr deutlich gemacht, dass er als Kandidat nicht mehr tragbar sei. Die immer wieder geforderte Distanzierung von Nationalsozialismus und Rassismus wollte die FPÖ zeigen, indem sie ihren Spitzenkandidaten rasch fallen ließ. Mölzer betonte dazu: *„Um der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, für die ich jahrzehntelang als Publizist, Zeitungsmacher und Abgeordneter gekämpft habe, keinen Schaden zuzufügen, setze ich von mir aus diesen Schritt. Dies in der Gewissheit, nicht Unredliches getan zu haben außer der politisch nicht korrekten Formulierung nonkonformistischer Meinungen.“*³ Einsicht klingt anders. Am Wochenende zuvor schloss Mölzer in einem Interview in der Zeitung Der Standard noch einen Rückzug aus und hatte die Debatte um seine Aussagen als „Wahlkampfpoematik“ und „Menschenhatz“ bezeichnet. Mölzer im Wortlaut: *„Nicht der anhaltende Druck der gesamten politisch korrekten Medienlandschaft des Landes und die geheuchelte Empörung des politischen Establishments der Republik, auch nicht die von der ultralinken Jagdgesellschaft organisierte Hetze zwecks strafrechtlicher Verfolgung meiner Person veranlassen mich dazu. Es ist der offensichtliche Vertrauensverlust in meiner Partei, der mich dazu bewegt.“*⁴ Harald Vilimsky wird rasch vom Parteivorstand einstimmig zum Nachfolger Mölzers nominiert. Immerhin fehlen nur mehr drei Tage zum Abgabeschluss der Liste.

BZÖ – unerfahrene Tochter

Doch an diesem 8. April sollte die Rücktritt-Bühne nicht Andreas Mölzer allein gehören. Nur wenige Stunden nach der Ankündigung Mölzers wirft – auch für die eigene Partei – völlig überraschend die Spitzenkandidatin des BZÖ, Ulrike Haider-Quercia, das Handtuch. Die Tochter Jörg Haiders hatte allerdings bereits nach ihren ersten öffentlichen Auftritten rundum mit Häme zu kämpfen. Zu unerfahren, rhetorisch ungeübt und inhaltlich leichtgewichtig war sie ein willkommenes Opfer der politischen Gegner, aber auch der zahlreichen Kommentatoren im World Wide Web.

„Es gab ständig Kritik aus den eigenen Reihen, wenn ich meine unabhängige politische Richtung kundgetan habe“, begründete Haider-Quercia ihren Schritt. Vielmehr dürfte ihr im Vorfeld nicht klar gewesen sein, welcher Wind ihr in einem Wahlkampf entgegenwehen wird. Auch hier rückte die Zweitgereichte nach. Angelika Werthmann, bereits eine

erfahrene EU-Politikerin, die 2009 an der Seite von Hans-Peter Martin ins EU-Parlament einzog, übernahm die Aufgabe von Haider-Quercia. Parteichef Gerald Grosz war vom mangelnden Kampfwillen Haider-Quercias enttäuscht, ließ sich aber für die Wahl vorerst nicht entmutigen. Mit der Kärntner Landtagsabgeordneten Johanna Trodt-Limpl fand sich zumindest eine Kandidatin für das Haiderland auf Platz 3.

Grüne – Erfahrung gewinnt

Weniger turbulent war die Kandidatensuche für die Grünen. Da die Tirolerin Eva Lichtenberger ihren Rückzug aus der Politik bereits angekündigt hatte, war klar, dass die zweite Abgeordnete Ulrike Lunacek (Wien) als Spitzenkandidatin antreten wird. Bereits am 1. Dezember 2013 wählten die Delegierten beim Bundeskongress die Liste. Spannend wurde dabei das Rennen um Platz zwei und drei, durchaus Positionen mit Mandatschancen. Die Vorwahl gewann Michel Reimon (Burgenland), der die niederösterreichische Klubobfrau Madeleine Petrovic ausstach, vor Monika Vana (Wien), der Petrovic ebenfalls unterlag. Auch ein Vorzugsstimmwahlkampf Petrovics konnte diese Reihenfolge nicht stürzen. Auf aussichtsloser Platzierung fand sich die erste Kärntnerin Barbara Lesjak, die allerdings sowieso nie vorhatte, ihren Klubobfrausessel im Kärntner Landtag zu räumen.

Martin – bin da und schon wieder weg

Hans-Peter Martin, der ehemalige SP-Quereinsteiger in die Europapolitik, Bestsellerautor und Krone-Kolumnist, verkündete Ende März seinen Abschied von Brüssel. Seine Erklärung – auch des späten Zeitpunktes der Bekanntgabe – war selbst für politische Beobachter schwer nachzuvollziehen. Das Zerwürfnis mit seinem gesamten Team mag wohl eine gewichtige Rolle gespielt haben. So entschieden sich seine einstigen Mitstreiter Angelika Werthmann und Martin Ehrenhauser auf anderen Listen zu kandidieren: Werthmann wurde nach dem Rücktritt Ulrike Haider-Quercias Spitzenkandidatin beim BZÖ und Ehrenhauser startete seinen Wahlkampf für seine Liste „Europa anders“ spektakulär, indem er am 13. April 2014 bei laufender Sendung das ORF-Studio verließ, um anschließend mehrere Wochen am Ballhausplatz gegen die Bankenrettung zu demonstrieren.

Mit dem Rückzug Hans-Peter Martins wurden österreichweit 506.092 Wählerinnen und Wähler politisch heimatlos, in Kärnten waren es 28.235. Viele Protestwähler also, von denen sich die neuen Listen und EU-Gegner sicherlich Zugewinne versprochen.

Die Neuen – mit bekannten Gesichtern

Fehlen noch die politischen Newcomer wie die NEOS, die REKOS, Europa Anders und EU-STOP. Für die NEOS, als selbst-deklarierte Europa-Partei (Slogan „Wir lieben Europa“), war nach dem Rückenwind durch den Erfolg bei der Nationalratswahl klar, dass sie die Vier-Prozent-Hürde für das EU-Parlament locker überspringen würden. Manche Umfragen prognostizierten ihnen sogar bis zu 13 Prozent. Dass es dann doch deutlich weniger wurden, mag wohl auch an der Performance der Spitzenkandidatin Angelika Mlinar gelegen sein. Zunächst gewann die frühere LIF-Chefin und Kärntner Slowenin souverän die partei-internen Online-Vorwahlen. Sie galt als Favoritin und ideale Kandidatin, da sie bereits über Europa-Erfahrung als Mitarbeiterin des liberalen MEPs Friedhelm Frischenschlager besaß. Doch ihre Art war dann manchen doch zu unbekümmert, und vielen wird sie noch mit der Aussage „Scheiße, das ist echt schwierig“ bei der ORF-Konfrontation zwei Tage vor der Wahl in Erinnerung sein. Mlinars Statements zur Wasserprivatisierung müssen die Neos bis heute immer wieder dementieren bzw. richtig stellen.

Der Kärntner Anteil bei den anderen neu antretenden Listen ist bescheiden. Bei den REKOS – Die Reformkonservativen, mit ihrem Spitzenkandidaten Ewald Stadler (Vorarlberg bzw. jetzt Niederösterreich), der 2011 als BZÖ-Vertreter in das EU-Parlament nachrückte, findet sich kein einziger Kärntner auf der Liste. Das mag nicht nur an der aussichtslosen Kandidatur gelegen sein, sondern auch an der sehr wechselvollen Beziehung zwischen Stadler und der FPÖ. Die Liste „Europa Anders“ kandidierte gemeinsam mit der KPÖ, den Piraten sowie Wandel und Unabhängige. Daher findet sich an sechster Stelle der langjährige KPÖ-Chef Mirko Messner sowie an 21. Stelle Peter Grassberger, beide aus Klagenfurt. Bei der Liste EU-STOP, die in Kärnten einen überproportionalen Erfolg feiern konnte, fand sich unter den 15 Personen auf der Liste keine aus Kärnten.

Zieleinlauf Brüssel

Die SPÖ hat in Kärnten entgegen dem Österreich-Trend den Abstand vergrößert. Das BZÖ wurde erwartungsgemäß auch im Süden pulverisiert. Die Freiheitlichen konnten hingegen die ÖVP überholen und landeten wie 1999 auf Platz 2. Beim EU-Wahlkampf haben in Kärnten regionale Fragen nur eine marginale Rolle gespielt. Selbstverständlich waren Bankenrettung und Arbeitsplatzsicherung wichtige Themen, aber einen besonderen Aufreger aus Kärntner Sicht gab es nicht. Sehr wohl beobachtet wurde aber das Wechselspiel der Kandidatinnen und Kandidaten, vor allem von jenen, deren Kärntner Bezüge stärker waren. Die Kärntner Vertreter in

Brüssel sind allerdings nicht so zahlreich wie zu Beginn des Wahlkampfes erwartet oder erhofft. Das liegt vor allem am Parallel(ab)schwung der Spitzenkandidaten von FPÖ und BZÖ. Aber dennoch sind mit Eugen Freund (SPÖ), Elisabeth Köstinger (ÖVP) und Angelika Mlinar (NEOS) drei Personen mit engen Beziehungen zu Kärnten vertreten.

Woher sie kommen, sagt allerdings meist wenig aus über ihre politische Leistungsbilanz oder über ihre Vermittlungsfähigkeit. Denn schließlich sollte die Hauptaufgabe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments nicht in der Verteidigung nationaler oder gar regionaler Interessen bestehen, sondern beim Umsetzen ihrer Vision von Europa.

Anmerkungen

- 1 Siehe Die Presse vom 24. 3. 2014.
- 2 Siehe ebd.
- 3 Siehe Der Standard vom 8. 4. 2014.
- 4 Siehe ebd.

Die Arbeiterkammerwahl 2014 in Kärnten

Einleitung

Die Arbeiterkammerwahl 2014 fand genau ein Jahr nach der Landtagswahl vom 3. März 2013 statt, die zu einer politischen Wende in Kärnten geführt hat. Der vorliegende Text versucht, das Ergebnis der AK-Wahl in diesem landespolitischen Kontext zu beschreiben und zu analysieren sowie Gründe für die weiterhin sinkende Wahlbeteiligung aufzuzeigen.

Zu Beginn erfolgt außerdem eine kurze Darstellung der Institution Arbeiterkammer und jener Besonderheiten, die Arbeiterkammerwahlen von nationalen und regionalen Wahlen unterscheiden.

Die Arbeiterkammer und ihre Mitglieder

Als gesetzliche Interessensvertretung aller ArbeitnehmerInnen ist die Arbeiterkammer Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Ihre Organisation und ihre Aufgaben sind im Bundesgesetz über die Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammergesetz) geregelt.¹ Zentrale Aufgaben der Arbeiterkammer umfassen die Begutachtung sowie Kontrolle der Gesetzgebung, die Überwachung von Arbeitsbedingungen, Rechtsschutz sowie Information und Beratung ihrer Mitglieder.

Organisatorisch gliedert sich die Arbeiterkammer entsprechend der Bundesländer in neun Länderkammern, deren Vollversammlungen alle fünf Jahre im Rahmen der Arbeiterkammerwahlen gewählt werden. Diese Wahlen begründen die demokratische Legitimität der Tätigkeiten der Arbeiterkammern sowie ihrer Nominierungsrechte etwa in das Arbeits- und Sozialgericht oder den Verwaltungsrat im Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Jeder Länderkammer steht ein Präsident/eine Präsidentin vor, der/die wiederum durch die Vollversammlung gewählt wird. Als österreichweite Dachorganisation fungiert die Bundesarbeiterkammer, deren Hauptversammlung von den Organen der Länderkammern beschickt wird. Die Hauptversammlung wählt ihrerseits den Vorstand sowie das Präsidium der Bundesarbeiterkammer.

Die Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer ist für die ArbeitnehmerInnen grundsätzlich verpflichtend. Alle Mitglieder sind wiederum wahlberechtigt, wobei jene Mitglieder, die nicht AK-umlagepflichtig sind – dies sind

Arbeitslose, Karenzierte, Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte sowie Präsenz- und Zivildienstler – nicht automatisch wahlberechtigt sind. Um an der Arbeiterkammerwahl teilzunehmen, können sich diese Gruppen bis zu einem festgelegten Stichtag in die Wählerlisten eintragen lassen. Automatisch wahlberechtigt sind hingegen all jene AK-Mitglieder, die am Stichtag (für die AK-Wahl 2014 in Kärnten war dies der 25. November 2013²) umlagepflichtig waren.

Die Stimmabgabe kann bei der Arbeiterkammerwahl auf unterschiedliche Weise erfolgen: Wahlberechtigte, in deren Betrieb ein Wahllokal eingerichtet wird, können ihre Stimme dort abgeben. Wird ein Betrieb nicht eingesprengelt, erhalten die Wahlberechtigten – ohne dies beantragen zu müssen – eine Wahlkarte zugesandt und können ihre Stimme per Brief abgeben. Auch SprengelwählerInnen können eine Wahlkarte beantragen, um so unabhängig von ihrem Aufenthaltsort per Brief zu wählen. Außerdem richtet die Arbeiterkammer in ihren Geschäftsstellen Wahllokale ein, die WahlkartenwählerInnen die Stimmabgabe ermöglicht. Die Möglichkeit zur Briefwahl wurde im Zuge der Novelle des AK-Gesetzes 1998 geschaffen.

Bei der Arbeiterkammerwahl in Kärnten 2014 konnten von den über 159.000 Wahlberechtigten insgesamt 59,6 Prozent ihre Stimme in ihrem Betrieb abgeben, der Rest hatte die Möglichkeit per Briefwahl oder in einem öffentlichen Wahllokal zu wählen und wurde dem allgemeinen Wahlsprengel (= BriefwählerInnen) zugeordnet. Zur Wahl standen fünf Fraktionen, die dem Wahlergebnis entsprechend die 70 KammerrätInnen der Vollversammlung stellen. Diese tritt zweimal jährlich zusammen und beschließt die interessenpolitischen Forderungen der Arbeiterkammer.³

Einige Besonderheiten von Wahlen in Interessenvertretungen

Wahlen in Interessenvertretungen kennzeichnet eine im Vergleich zu nationalen oder regionalen Wahlen wesentlich geringere Wahlbeteiligung: In Kärnten lag die Wahlbeteiligung bei der Arbeiterkammerwahl 2014 mit rund 40 Prozent in etwa so hoch wie jene bei der Wahl zum Europäischen Parlament im selben Jahr. Damit machten bei diesen beiden Wahlen wesentlich weniger Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht Gebrauch als dies bei den Nationalrats- oder Landtagswahlen 2013 der Fall war (Abbildung 1).

Eine geringe Wahlbeteiligung ist ein zentrales Merkmal von *Second Order Elections*.⁴ Darunter versteht die Politikwissenschaft Wahlen, die von den Wahlberechtigten im Vergleich zu Wahlen erster Ordnung

Abbildung 1: Wahlbeteiligungen im Vergleich

	Wahlbeteiligung Österreich	Wahlbeteiligung Kärnten
Nationalratswahl 2013	74,9	72,5
Landtagswahl Kärnten 2013	–	75,2
Europawahl 2014	45,4	39,0
Wirtschaftskammerwahl 2010	41,3	35,8
Arbeiterkammerwahl 2014	39,8	40,8

Angaben in Prozent.

Quellen: Bundesministerium für Inneres, verfügbar unter: <http://www.bmi.gv.at>
 Kärntner Landesregierung, verfügbar unter: <http://www.ktn.gv.at/>
 Wirtschaftskammer Österreich, verfügbar unter: <http://www.wko.at/>
 Arbeiterkammer, verfügbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/>

(z. B. Nationalratswahlen) als weniger wichtig wahrgenommen werden, weil sie keine Möglichkeit beinhalten, eine Regierung zu bestätigen oder abzuwählen. Eben diese Entscheidung über zukünftige Regierungen, die in Österreich indirekt über die Wahl der Abgeordneten stattfindet, ist ein zentrales Element der WählerInnenmobilisierung und fehlt bei Second Order Elections.

Für Wahlen in den großen österreichischen Interessenvertretungen wie der Arbeiterkammer kommt hinzu, dass pro Länderkammer im Regelfall eine Fraktion die mit Abstand dominierende ist. So verfügt in den neun österreichischen Landeswirtschaftskammern der ÖVP-Wirtschaftsbund über eine absolute Mehrheit, während selbiges in sieben der neun Landesarbeiterkammern für die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen zutrifft (in den traditionell ÖVP-dominierten Bundesländern Vorarlberg und Tirol hat die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen die absolute Mehrheit). Aufgrund dieser überlegenen Mehrheiten ist es den Wahlberechtigten relativ schwer zu vermitteln, welche Art von Veränderung sie mit ihrer Stimme bewirken können.

Die geringe Wahlbeteiligung und dominierende Fraktionen machen Wahlen in Interessensvertretungen zu Mobilisierungswahlen. Bei diesen steht nicht die Überzeugung von WechselwählerInnen im Vordergrund, sondern die Motivierung der eigenen (potentiellen) WählerInnen zur Wahlteilnahme. Schließlich sei noch darauf verwiesen, dass die geringe Beteiligung an Wahlen in Interessensvertretung nicht notwendigerweise ein Gradmesser für die Akzeptanz dieser Organisation ist. Im Gegenteil: Sowohl Arbeiter- als auch Wirtschaftskammer genießen ein besonders hohes Vertrauen in der österreichischen Bevölkerung.⁵

Politisches Umfeld der Arbeiterkammerwahl 2014

Das wohl wichtigste politische Ereignis im Vorfeld der AK-Wahl war die Landtagswahl 2013, die zu einer politischen Wende in Kärnten geführt hat: Während die Freiheitliche Partei von knapp 45 Prozent auf 16,8 Prozent einbricht, kann die SPÖ über acht Prozentpunkte dazugewinnen. Mit 37,1 Prozent wird sie, ausgehend von ihrem historisch schlechtesten Ergebnis bei der Landtagswahl 2009, nun stimmenstärkste Partei in Kärnten. Ein Blick auf die Wählerströme zeigt, welche Entscheidung die freiheitlichen WählerInnen von 2009 bei der Landtagswahl 2013 getroffen haben: Die stärksten Wanderungen weg vom freiheitlichen Lager (BZÖ und FPÖ) gingen in Richtung der NichtwählerInnen und der SPÖ (Abbildung 2).

Abbildung 2: Wählerwanderungen von der Landtagswahl 2009 auf die Landtagswahl 2013 in Kärnten

	2013								
	FPK	SPÖ	ÖVP	GRÜ	STR	BZÖ	SON	NW	Ge- samt
BZ 09	46	35	3	8	18	11	2	37	160
SP 09	2	72	3	6	7	1	2	10	102
VP 09	2	4	38	7	3	2	0	3	60
GR 09	0	4	1	11	0	0	0	1	18
FP 09	1	3	1	3	1	1	1	3	13
SO 09	0	0	0	1	0	0	1	0	2
NW 09	2	4	3	4	8	4	1	60	85
Gesamt	55	121	47	40	36	21	6	114	441

Angaben absolut in 1.000 Stimmen.

Beispiel: Von den 160.000 BZÖ-WählerInnen von 2009 haben bei der Wahl 2013 46.000 die FPK gewählt, 35.000 haben die SPÖ, 37.000 haben nicht gewählt.

Quelle: SORA (2014). Wählerstromanalysen zur Landtagswahl 2013 in Kärnten, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-kt13.html>

Demnach waren nach der Landtagswahl 2013 beinahe zwei Drittel der ehemals freiheitlichen WählerInnen entweder demobilisiert oder zu anderen Parteien gewandert. Welche Auswirkungen dies auf die entsprechenden Fraktionen innerhalb der Arbeiterkammer (BZÖ und Freiheitliche Arbeitnehmer FPÖ) gehabt hat, wo das freiheitliche Lager seit zwanzig Jahren rund ein Fünftel der Stimmen gewinnen kann und damit den stärksten Mitbewerber der stimmenstärksten Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen darstellt, werden die folgenden Abschnitte aufzeigen.

Wahlwerbende Fraktionen

Bei der Arbeiterkammerwahl 2014 in Kärnten sind fünf Fraktionen zur Wahl angetreten: die „Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in der AK – Günther Goach“, die „BZÖ Arbeitnehmer“, der „ÖAAB – Christliche GewerkschafterInnen (ÖAAB – FCG)“, die „Grünen & unabhängigen GewerkschafterInnen“ und die „Freiheitlichen Arbeitnehmer – FPÖ“.⁶

Die „Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen“ (FSG) ging mit ihrem Spitzenkandidaten und AK-Kärnten-Präsidenten Günther Goach ins Rennen. Dieser konnte auf seine mehr als zehnjährige Präsidentschaft und die dabei gesammelten Erfahrungen bzw. durchgeführten Projekte verweisen. Die zentralen Forderungen der FSG kreisten im Wahlkampf um das Thema faire und gerechte Arbeit, im Vordergrund stand dabei eine Entlastung der ArbeitnehmerInnen durch die Senkung der Lohnsteuer. Ebenfalls thematisiert wurden ein Vorbeugen von Arbeitslosigkeit durch Ausbildung bzw. den Ausbau von Weiterbildung und ein Kündigungsverbot im Krankenstand. Das Wahlziel, das sich die FSG gesetzt hat – ein ähnlich gutes Ergebnis wie 2009 zu erreichen –, konnte sie mit einem Plus von zehn Prozentpunkten deutlich übertreffen.⁷

An zweiter Stelle kandidierte die „Liste BZÖ Arbeitnehmer“. Diese ist nicht mit dem bei der Wahl 2009 kandidierenden BZÖ zu verwechseln, welches 2014 wieder als FPÖ (siehe unten) antrat. Klaus Kotschnig, BZÖ-Landesgeschäftsführer und Spitzenkandidat der „Liste BZÖ Arbeitnehmer“, sprach sich im Wahlkampf dafür aus, dass die Arbeiterkammer die Rolle einer Chefverhandlerin einnehmen solle, um durch kollektive Bestellungen kostengünstigeren Strom oder Treibstoff für die ArbeitnehmerInnen zu ermöglichen. Als Wahlziel formulierte das BZÖ den Einzug in die Vollversammlung, welcher mit zwei Mandaten erreicht werden konnte.⁸

An der Spitze des ÖAAB kandidierte Christian Struger, ÖVP-Gemeinderat in Villach und Betriebsrat bei Infineon. Im Mittelpunkt des ÖAAB-Wahlkampfes stand das Motto „leistbares Leben“, konkreter beispielsweise die Entlastung der PendlerInnen durch günstige Kinderbetreuung. Ebenfalls thematisiert wurden altersgerechte Arbeitsplätze und ein Bonus-Malus-System für die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen sowie der Schutz des freien Sonntags. Das erklärte Wahlziel bestand im Wiedergewinn der im Zuge der Wahl 2009 verlorenen zwei Mandate. Dieses Ziel konnte der ÖAAB nicht erreichen, er musste darüber hinaus noch auf ein weiteres Mandat verzichten.⁹

Die Grünen und unabhängigen GewerkschafterInnen gingen als einzige Liste mit einer Spitzenkandidatin in die Wahl. Birgit Niederl, Zahntechnikerin am Klinikum Klagenfurt und bereits Mitglied der AK-Vollversammlung, forderte im Wahlkampf die Gleichstellung von Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern in Bezug auf Lohn sowie Ausbildungs- und Aufstiegschancen ein. Darüber hinaus wurden mit Investitionen in alternative Energien und öffentlichen Verkehr bekannte „grüne“ Themen aufgegriffen. Ihr Wahlziel haben die Grünen und unabhängigen GewerkschafterInnen nicht ganz erreicht: Anstelle der angepeilten Verdoppelung ihrer bisherigen Mandate auf vier gewannen sie nur eines dazu.¹⁰

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer traten mit Spitzenkandidat Manfred Mischelin, Infineon-BR und bereits Mitglied des AK-Vorstands, an. Die Forderungen der Freiheitlichen Arbeitnehmer umfassten einen Mindestlohn von 1.600 Euro, die gesetzliche Verankerung von Lehre mit Matura, kostenlose Meisterprüfungen und den Erhalt der Landestankstellen. Ihr Wahlziel – den Erhalt der 20 Prozent von 2009 – konnte nicht erreicht werden.¹¹

Ergebnis der Kärntner Arbeiterkammerwahl 2014

Die Arbeiterkammerwahl in Kärnten brachte mit 76,9 Prozent das beste Ergebnis für die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen seit 1949. Auch in keinem anderen Bundesland konnte ein ähnlich hoher Wert erzielt werden. Im Vergleich zu 2009 hat sich die FSG Kärnten damit um mehr als 10 Prozentpunkte gesteigert.¹²

Im Gegensatz dazu erreichten die Christlichen GewerkschafterInnen des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer-Bundes bei den Arbeiterkammerwahlen 2014 in Kärnten ihr historisch schlechtestes Ergebnis. Mit 5,19 Prozent fielen Sie erstmals auch hinter die Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen zurück. Diese konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu 2009 um zwei Prozentpunkte auf 5,46 Prozent steigern.

Die ehemals zweitstärkste Fraktion innerhalb der Arbeiterkammer Kärnten – die BZÖ Arbeitnehmer – verlor bei ihrer zweiten Kandidatur mehr als 16 Prozentpunkte und erzielte 3,96 Prozent der Stimmen. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer konnten ihr Ergebnis hingegen von 2,73 Prozent auf 8,5 Prozent steigern. Insgesamt schrumpfte das freiheitliche Lager in der Arbeiterkammer Kärnten damit von einem knappen Viertel der Stimmen von 2009 auf 12,46 Prozent der Stimmen von 2014.

Bei der Kärntner Arbeiterkammerwahl 2014 waren 159.551 ArbeitnehmerInnen wahlberechtigt, das sind über 4000 Personen mehr als bei der Wahl 2009. Dennoch gaben in diesem Jahr über 3.000 Personen weniger als noch vor fünf Jahren ihre Stimme ab.¹³ Die Entwicklung der Wahlbeteiligung über die Jahre lässt sich in der Abbildung 3 nachvollziehen: Während im Jahr 1989 mit 58 Prozent noch deutlich über die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machte, nahm an der

darauffolgenden Wahl 1994, infolge einer Vertrauenskrise in Zusammenhang mit den Arbeiterkammerskandalen, nur knapp über ein Drittel der Wahlberechtigten teil. Die Wahlbeteiligung erholte sich daraufhin wieder und pendelte sich für die Jahre 2000 und 2004 bei rund 50 Prozent ein, um im Jahr 2009 wieder auf 44 Prozent und 2014 schließlich auf 40,8 Prozent abzusinken.

Abbildung 3: Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse bei AK-Wahlen in Kärnten

Wahljahr	Beteiligung	FSG	ÖAAB	FA	Grüne	BZÖ	Sonstige
1989	57,7	65,9	14,5	18,6			
1994	34,0	63,0	11,6	20,9			4,5
2000	49,9	66,4	13,47	19,04			1,07
2004	51,5	71,97	8,32	16,17	3,18		0,37
2009	44,4	66,75	6,59	2,73	3,41	20,04	0,48
2014	40,8	76,90	5,19	8,50	5,46	3,96	

Angaben in Prozent.

Quelle: Arbeiterkammer Kärnten, verfügbar unter: http://kaernten.arbeiterkammer.at/ueberuns/akwahl/Wahlergebnisse_1949_bis_2009.html

Der Vergleich der Wahlbeteiligung in Kärnten (Abbildung 3) mit jener österreichweit (Abbildung 4) zeigt, dass die Wahlbeteiligung seit der Wahl im Jahr 2000 dem österreichischen Schnitt entspricht. Die Ergebnisse der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen lagen in Kärnten bei sämtlichen Wahlen deutlich über dem gesamtösterreichischen Wert, 2014 ist das Kärntner Ergebnis um nahezu 20 Prozentpunkte höher. Der ÖAAB spielte

Abbildung 4: Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse seit 1989 bei AK-Wahlen in Österreich

Wahljahr	Beteiligung	FSG	ÖAAB	FA	Grüne	BZÖ	Sonstige
1989	47,96	59,81	29,14	7,7	1,56	1,71	0,08
1994	31,06	54,33	26,12	14,41	1,76	1,13	2,24
2000	49,09	57,53	26,18	9,72	3,52	0,78	2,27
2004	48,79	63,41	23,73	4,90	4,14	0,78	3,04
2009	43,83	55,81	24,94	8,71	4,68	0,87	5,00
2014	39,77	57,16	21,03	9,68	6,01	1,35	4,77

Angaben in Prozent.

Quellen: Arbeiterkammer, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/AK_Wahlen_1949_bis_2014_Ergebnisse.pdf

in Kärnten bereits Ende der 1980er Jahre eine geringere Rolle als österreichweit, wo er auch 2014 wieder die zweitstärkste Fraktion in der Arbeiterkammer ist bzw. in zwei Länderkammern (Tirol und Vorarlberg) auch die absolute Mehrheit hält.

Fortsetzung des Trends der sinkenden Wahlbeteiligung

Im Vergleich zur AK-Wahl 2004 sank die Wahlbeteiligung 2009 in Kärnten um 7,1 Prozent auf 44,4 Prozent und 2014 abermals um 3,6 Prozent auf 40,8 Prozent der Wahlberechtigten. Ein ähnlicher Trend kann bei den Arbeiterkammerwahlen österreichweit beobachtet werden (siehe Tabelle 3). Im Zusammenhang mit Wahlen zweiter Ordnung ist diese Wahlbeteiligung nicht dramatisch gering, dennoch ist sie (mit Ausnahme der AK-Wahl 1994, die in Folge der Arbeiterkammerskandale stattfand) sowohl in Kärnten als auch österreichweit die geringste seit 1949.¹⁴ Die sinkende Wahlbeteiligung ist darüber hinaus Teil eines seit den 1980er-Jahren zu beobachtenden Trends, der auch bei Nationalratswahlen beobachtet werden kann.¹⁵

Ein weiterer Grund für die sinkende Wahlbeteiligung bei Arbeiterkammerwahlen liegt im Strukturwandel, der mit einer besonders hohen Zahl an ErstwählerInnen, zunehmenden Fluktuationen am Arbeitsmarkt, Teilzeitbeschäftigung und neuen Mitgliedergruppen wie z. B. ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund einhergeht. Im Vergleich zur Gesamtheit der AK-Mitglieder weisen all diese Gruppen eine geringere Wahlbeteiligung auf. Auch die sinkende Anzahl an Beschäftigten in Großbetrieben wirkt sich negativ auf die Wahlbeteiligung aus, da diese Betriebe üblicherweise eine besonders hohe Wahlbeteiligung verzeichnen.¹⁶

Auch eine schlechte wirtschaftliche Lage kann einen Teil der aktuell geringen Wahlbeteiligung erklären. Eine unter Wiener ArbeitnehmerInnen durchgeführte Erhebung hat gezeigt, dass Personen in von Personalabbau oder Lohnkürzungen betroffenen Betrieben eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufweisen.¹⁷

An dieser Stelle sei noch auf den Einfluss des Wahlmodus auf die Wahlbeteiligung verwiesen. Bei den Kärntner Arbeiterkammerwahlen 2014 konnten 58,04 Prozent der Wahlberechtigten in einem Wahllokal im Betrieb wählen (Betriebswahlsprengel), 41,96 Prozent der Wahlberechtigten waren dem allgemeinen Wahlsprengel zugeordnet und konnten ihre Stimme mittels Briefwahl abgeben.¹⁸ Die Wahlbeteiligung lag schließlich in den Betriebsprengeln bei 51 Prozent, während sie bei den BriefwählerInnen nur 26 Prozent ausmachte. Damit weisen ArbeitnehmerInnen, welche in ihrem Betrieb wählen konnten, eine beinahe doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit auf, an der AK-Wahl teilzunehmen, als die BriefwählerInnen.

Eingesprengelte Betriebe sind üblicherweise größere Betriebe und Betriebe mit BetriebsrätInnen bzw. PersonalvertreterInnen, die an der Organisation und Durchführung der Wahl mitwirken. Zusätzlich zur Verfügbarkeit eines Wahllokals im Betrieb ist dieses Engagement der BetriebsrätInnen bzw. PersonalvertreterInnen für das Ausmaß der Wahlbeteiligung entscheidend.

Über die letzten zehn Jahre bzw. drei Kärntner AK-Wahlen kann außerdem beobachtet werden, dass die Wahlbeteiligung in den Betriebsprengeln stärker sinkt (minus 12,9 Prozent) als in den allgemeinen Sprengeln der BriefwählerInnen (minus 5,7 Prozent) (Abbildung 5).

Abbildung 5: Wahlbeteiligung in Betriebsprengeln und bei BriefwählerInnen 2004 und 2009

	Wahlbeteiligung 2004	Wahlbeteiligung 2009	Wahlbeteiligung 2014
Allgemeiner Wahlsprengel (BriefwählerInnen)	32,0	28,9	26,3
Betriebswahlsprengel	64,2	55,9	51,3
Gesamt	51,5	44,4	40,8

Angaben in Prozent.

Quellen:

Arbeiterkammer Kärnten (2014).

AK-Wahl 2014 – Die Ergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.

Arbeiterkammer Kärnten (2009).

AK-Wahl 2009 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.

Arbeiterkammer Kärnten (2004).

AK-Wahl 2004 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Der politische Sonderfall Kärnten in Hinblick auf die Stärke der Freiheitlichen ist gegenwärtig also nicht nur im Land, sondern auch in der Arbeiterkammer Geschichte. Die ebenfalls charakteristische Schwäche der Konservativen manifestiert sich weiterhin, wie auch das schwache Abschneiden des ÖAAB bei der Arbeiterkammerwahl zeigt. Die Grünen wachsen langsam aber stetig, bleiben bis dato in ihrer Bedeutung jedoch gering.

Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen konnten auch 2009 in einem freiheitlich dominierten Landesumfeld ihre Zwei-Drittel-Mehrheit halten, eine zehnpromtente Steigerung dieses bereits hohen Anteils an Wählerstimmen bei der Wahl 2014 war jedoch in keinem anderen Bundesland zu beobachten. Dieser starke Zugewinn ist auch eine Folge des

im Zuge der Landtagswahl 2013 offensichtlich gewordenen Zerfalls des freiheitlichen Lagers in Kärnten: Auf dem Wählermarkt verfügbar waren mehr SPÖ-WählerInnen, welche sich in höherem Ausmaß an AK-Wahlen beteiligen als WählerInnen anderer Parteien.

Hinzu kommt, dass WählerInnen anderer Parteien auf Landesebene bei den AK-Wahlen häufiger der dominierenden Fraktion und damit der FSG ihre Stimme geben. Dies hängt damit zusammen, dass das hohe Vertrauen in die Arbeiterkammer und die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit häufig mit der am stärksten vertretenen Gruppierung in Zusammenhang gebracht wird.¹⁹

Nicht unterschätzt werden darf auch die starke Verankerung der FSG in den Betrieben, welche ihr bei der Mobilisierung der WählerInnen zugutekommt. Das Ergebnis der Arbeiterkammerwahl in Kärnten weist demnach auch auf die unzureichende betriebliche Verankerung der anderen Fraktionen hin und darauf, dass diese weder Protest gegen die Bundesregierung noch gegen die sozialdemokratische AK-Spitze mobilisieren konnten.

Die Arbeiterkammerwahl in Kärnten wird von einer kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung überschattet, wengleich diese mit 40,8 Prozent für Wahlen zweiter Ordnung (noch) nicht bedenklich gering ist. Die sinkende Beteiligung ist einerseits Teil eines allgemeinen Trends, der auch bei anderen Wahlen beobachtbar ist. Andererseits führen der Strukturwandel mit einem zunehmend fluktuierenden Elektorat und die Folgen der Wirtschaftskrise in den Betrieben zu einer Abnahme der Beteiligung bei Arbeiterkammerwahlen.

Dass schließlich die Wahlbeteiligung bei den BetriebswählerInnen stärker sinkt als bei den BriefwählerInnen, kann mehrere Ursachen haben: So kann das Bemühen der Arbeiterkammer, möglichst weitreichend Betriebs-sprengel einzurichten, dazu führen, dass Bereiche mit bisher geringerer Beteiligung die Beteiligung der BetriebswählerInnen nach unten korrigieren. Auch ein Rückgang an organisierten Betrieben bzw. ein Rückgang an BetriebsrätInnen, die einer in der Vollversammlung der Arbeiterkammer vertretenen Fraktion angehören, kann zur beobachteten Abnahme der Wahlbeteiligung beitragen. Da zu diesen Vermutungen jedoch kein aktuelles Datenmaterial zur Verfügung steht, kann an dieser Stelle keine abschließende, evidenzbasierte Bewertung vorgenommen werden.

Anmerkungen

- 1 Das Arbeiterkammergesetz ist verfügbar beim Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes unter: <http://www.ris.bka.gv.at/>
- 2 Arbeiterkammer Kärnten, verfügbar unter: http://kaernten.arbeiterkammer.at/service/presse/AK-Wahl_startet_am_3._Maerz.html
- 3 Arbeiterkammer Kärnten (2014). AK-Wahl 2014 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.
- 4 Reif, K. und H. Schmitt (1980). Nine Second Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research* 8 (1): 3–44. Marsh, M. (1998). Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. *British Journal of Political Science*, 28: 591–607.
- 5 Vgl. APA/OGM Vertrauensindex Institutionen 2012, verfügbar unter <http://www.ogm.at/2012/03/apaogm-vertrauensindex-institutionen>
- 6 Arbeiterkammer Kärnten (2014). AK-Wahl 2014 – Wahlergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.
- 7 Kleine Zeitung, 20. Jänner 2014; Kleine Zeitung, 26. Februar 2014; Kärntner Tageszeitung, 25. Februar 2014.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda.
- 12 Arbeiterkammer Kärnten, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/AK_Wahlen_1949_bis_2014_Ergebnisse.pdf
- 13 Arbeiterkammer Kärnten, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/kaernten/akwahl/Endgueltiges_Ergebnis_AK_Wahl_Kaernten_2014.pdf
- 14 Arbeiterkammer, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/AK_Wahlen_1949_bis_2014_Ergebnisse.pdf
- 15 Vgl. Oberhuber / Holzer / Ogris / Zandonella (2014): Arbeiterkammerwahlen in Österreich 1949–2014. Noch unveröffentlicht.
- 16 Vgl. SORA (2014) im Auftrag der AK Wien: Erste Wahlanalysen zur AK-Wien-Wahl, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/SORA_Presseunterlage_AK_Wahl_2014.pdf
- 17 Ebenda.
- 18 Arbeiterkammer Kärnten (2014). AK-Wahl 2014 – Die Ergebnisse: Informationsbroschüre über den Ausgang der AK-Wahl.
- 19 Vgl. SORA (2009) im Auftrag der AK Wien: Erste Wahlanalysen zur AK-Wien-Wahl, verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/SORA_Presseunterlage_AK_Wahl_2009.pdf

Kärnten vor den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2015

1. Besonderheiten im südlichsten Bundesland

Am 1. März 2015, auf den Tag genau wie vor sechs Jahren, finden in den Kärntner Kommunen wiederum Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen statt. Gewählt werden 132 Bürgermeister und 2552 Gemeinderäte.

Die Kommunalpolitik im südlichsten österreichischen Bundesland ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet. Hier hatte man schon zu Beginn der 1970er Jahre den Prozess der Gemeindezusammenlegungen durchgezogen. Trotz der in der Zwischenzeit erfolgten Wiederverselbstständigung einiger Gemeinden ist Kärnten nach Salzburg das Bundesland mit dem zweithöchsten Durchschnitt der Einwohnerzahl pro Gemeinde. Lässt man bei dieser Berechnung die Landeshauptstädte außer Betracht, ist man sogar die Nummer eins.

Anders als im Nachbarbundesland Salzburg gab es in Kärnten nie Mangel an Bürgermeisterkandidaten. Im Jahr 2009 stiegen 436 Bewerber für das Bürgermeisteramt in den Ring. Nur in zwei Gemeinden gab es eine einzige Bewerbung. Ein Wermutstropfen war der geringe Anteil der Frauen. Die 30 Bewerberinnen in 22 Gemeinden ergaben hier eine Frauenquote von nur 4,5 Prozent. Dass die Wahl dann sogar eine Verminderung der Zahl der Bürgermeisterinnen von fünf auf drei brachte, passte in dieses negative Bild. Kärnten war österreichweit Vorreiter bei der Direktwahl des Bürgermeisters, die dann auch von den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Burgenland übernommen wurde. Ebenso war Kärnten Pionierland bei der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Nach dem Vorbild deutscher Bundesländer befasste sich der Landtag auf Grund einer Initiative der SPÖ bereits im Jahr 1996 mit diesem Thema. Der Beschluss im Landesparlament erfolgte dann am 12. Juli 2000 unter freiheitlicher Ägide.

Namenslisten kam in der Kärntner Kommunalpolitik bisher nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Meistens traten sie nach Bürgerinitiativen in Erscheinung und lösten sich dann nach ein oder zwei Gemeinderatsperioden wieder auf. Dagegen gibt es mit der Einheitsliste/Enotna lista den österreichischen Sonderfall einer eigenen ethnischen Partei der Kärntner Slowenen. Alle anderen österreichischen Volksgruppen integrieren sich bei Wahlen in die etablierten Parteien.

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern – mit Ausnahme von Wien – dominierte hier seit 1945 immer die SPÖ. Kärnten ist daher das einzige Bundesland mit einem sozialdemokratischen Präsidenten des landesweiten Gemeindebundes. Im Burgenland, wo die SPÖ erst seit den 1970er Jahren – immer mit einem knappen Abstand zur ÖVP – stärkste Kraft bei den Gemeinderatswahlen ist, gibt es wie in Niederösterreich keinen gemeinsamen Gemeindebund, sondern jeweils eigene Organisationen der ÖVP und der SPÖ. Die Vormachtstellung der SPÖ in Kärnten überdauerte sogar die mit dem Verlust des sozialdemokratischen Landeshauptmannes im Jahr 1989 beginnende Talfahrt der Partei. Bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in den Jahren 1991, 1997 und 2003 lagen die Sozialdemokraten beim Anteil an Bürgermeistern und Gemeinderäten weiterhin unangefochten voran.

2. Der freiheitliche Ansturm auf die Gemeinden 2009

Die Dominanz der SPÖ war aber ernsthaft bedroht, als 2009 die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen gleichzeitig mit der Landtagswahl stattfanden. Die Kommunalwahlen standen damals im Schatten der am gleichen Tag – wenige Monate nach dem Unfalltod von Jörg Haider – abgehaltenen landespolitischen Entscheidung, die als „Gedächtniswahl“ in die Landesgeschichte eingegangen ist. Der gemeinsame Wahltermin wirkte sich positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Mit 80,6 Prozent (gegenüber 75,7 Prozent vor sechs Jahren) war die Beteiligung ungewöhnlich hoch.

Auch bei den Gemeinderatswahlen vom 1. März 2009 war vor allem die SPÖ Leidtragende des Erinnerungskults an den früheren Landeshauptmann. Bei den Wahlen für die Gemeinderäte erreichten die sozialdemokratischen Listen insgesamt nur mehr einen Wähleranteil von 36,7 Prozent, was ein Minus von 9,8 Prozent und den Verlust von 229 Gemeinderatssitzen bedeutete. Die Partei kam trotzdem mit einem blauen Auge davon, da ihr der Amtsbonus der Mehrzahl ihrer Bürgermeister bei der Verteidigung des Amtes half. In den Gemeinden Weißensee und Mallnitz gelang dies sogar bei gleichzeitiger absoluter Mehrheit von ÖVP bzw. einer gemeinsamen Namensliste von BZÖ und ÖVP im Gemeinderat. Trotz einiger Einbußen kam die SPÖ auf eine Zahl von 66 Bürgermeistern und stellte somit genau die Hälfte aller Kärntner Gemeindechefs.

Ganz nach Wunsch verlief es für die damals noch als BZÖ angetretenen Freiheitlichen: Die Gemeinderatswahlen brachten geradezu einen Erdbeben. Das BZÖ und ihm zuzuordnende Namenslisten kamen auf einen Anteil von 31,4 Prozent. Der Wettstreit mit der „alten“ FPÖ, die landesweit nur auf einen Stimmenanteil von 2,1 Prozent kam, wurde souverän gewonnen. Mit 809 Mandaten und weiteren 28 Mandaten der FPÖ

überholte das freiheitliche Lager die ÖVP und kam der SPÖ (928 Mandate) schon sehr nahe.

Ihren spektakulärsten Erfolg fuhren die Freiheitlichen in der Landeshauptstadt ein. Bei der Gemeinderatswahl kam man auf einen Anteil von 38,5 Prozent und verwies damit die SPÖ (23,5 Prozent) mit dem Respektabstand von 15 Prozent auf Rang zwei. Bei der Bürgermeisterwahl, zu der acht Kandidaten antraten, konnte Christian Scheider bereits beim ersten Wahlgang einen Stimmenanteil von 40,7 Prozent erreichen. Bei der Stichwahl gegen Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) erzielte Scheider 63,4 Prozent und kratzte damit ganz knapp an einer Zwei-Drittel-Mehrheit.

Nicht ganz so erfolgreich verliefen die Bürgermeisterwahlen in den anderen Gemeinden. Neuen BZÖ-Gemeindefürs in Albeck, Hüttenberg, Flattach und Kirchbach stand der Verlust des Bürgermeisteramtes in der bedeutenden Tourismusgemeinde Seeboden und in Weitensfeld gegenüber. Mit den der Partei zuzurechnenden Bürgermeistern von Frauenstein und Sachsenburg steigerte sich das BZÖ auf 28 Gemeindefürs.

Bei der Anzahl der Bürgermeister blieb die ÖVP trotzdem zweite Kraft. 26 Bürgermeister hatten sich direkt als Kandidat der Volkspartei deklariert. Zumindest in Grafenstein, Ludmannsdorf, Heiligenblut, Rosegg und Feistritz ob Bleiburg bestand schon auf Grund des Umstandes, dass diese Bürgermeister ausdrücklich von der ÖVP unterstützt wurden und es Gegenkandidaten von BZÖ und SPÖ gab, keinen Zweifel an der Zuordnung. Ähnliches gilt für die Berechnung der Mandate in den Gemeinderäten. In der Statistik der Wahlabteilung des Landes Kärnten wurde für die Volkspartei bei den Gemeinderatswahlen ein Prozentsatz von 20,4 ausgerechnet. Bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Listenbezeichnungen, unter denen sich die Partei zur Wahl stellte, ergibt sich ein Anteil von 22,6 Prozent und eine Zahl von 652 Mandaten in den Gemeinderäten.¹ Das Minus von ca. drei Prozent ist zu einem großen Teil dem katastrophalen Abschneiden in Klagenfurt zuzuordnen. Der amtierende Bürgermeister Harald Scheucher erreichte nicht einmal mehr den Einzug in die Stichwahl. Besser schnitt man in der zweitgrößten Stadt des Landes ab. In Villach konnte die ÖVP bei den Gemeinderatswahlen um 4,9 Prozent zulegen, was sich in einem Gewinn von drei Mandaten auswirkte. Der junge Bürgermeisterkandidat Peter Weidinger übertraf mit einem Stimmenanteil von 22,4 Prozent das Resultat seiner Partei sogar noch um acht Prozent.

Für die anderen wahlwerbenden Gruppen blieb vom Kuchen der zu vergebenden Mandate nicht mehr allzu viel übrig. Bei der Zahl der Gemeinderäte erreichte die Einheitsliste/Enotna lista (EL) mit ihren 50 Mandaten in Südkärnten landesweit immerhin Platz vier. Ihr größter Erfolg war die Wahl von Franz Josef Smrtnik zum Bürgermeister von Bad Eisenkappel. Die Grünen kamen bei den Gemeinderatswahlen auf einen Anteil von

3,3 Prozent. Trotz der Verbesserung um 0,9 Prozent zeigte das Ergebnis deutlich die fehlenden Strukturen in der Organisation auf. Mit 26 Gemeinderäten (davon drei Mandate in einer gemeinsamen Liste mit der EL) konnte die Zahl der grünen Kommunalpolitiker immerhin gegenüber 2003 um zwölf gesteigert werden.

Namenslisten konnten wiederum kaum reüssieren. Hinter den in der Wahlstatistik als parteilos ausgewiesenen Bürgermeistern stand – wie bereits geschildert – in den meisten Fällen die ÖVP. Nur in Bad Bleiberg, Malta und Althofen konnte von unabhängigen Gemeindefürsorgeleitern ohne Naheverhältnis zu einer Partei ausgegangen werden. Auch diese Bürgermeister mussten sich – jeweils unterstützt von der örtlichen ÖVP – gegen Mitbewerber des BZÖ und der SPÖ durchsetzen.

3. Bürgermeister-Nachwahlen in drei Bezirksstädten

Auf Grund ihres guten Abschneidens in den Bezirksstädten machten sich die in der Zwischenzeit vom BZÖ zur FPK mutierten Freiheitlichen Hoffnungen, bei den zu erwartenden Bürgermeister-Nachwahlen nach Klagenfurt auch die eine oder andere Kärntner Bezirksstadt zu erobern. Die erste Gelegenheit dafür gab es am 19. Juni 2011 in Wolfsberg, der drittgrößten Stadt des Landes.² Dort hatte der mit den Freiheitlichen auf Landesebene gut harmonisierende SPÖ-Bürgermeister Gerhard Seifried überraschend das Handtuch geworfen. Ausgehend vom Gleichstand mit der SPÖ von je vier Mandaten im Stadtrat wurden dem FPK-Kandidaten Heinz Hochegger realistische Chancen eingeräumt. Die Partei scheute im Wahlkampf keine Kosten und Mühen, das Ergebnis war aber ernüchternd: Der von der SPÖ ins Rennen geschickte Obmann ihres Landtagsklubs, Hans-Peter Schlagholz, setzte sich bereits im ersten Wahldurchgang mit einem Wähleranteil von 61,3 Prozent durch. Der freiheitliche Hoffnungsträger erreichte mit 29,3 Prozent davon nicht einmal die Hälfte und konnte sich nur damit trösten, dass für den dritten Bewerber, Mario Woltsche von der ÖVP, nur 8,7 Prozent votierten.

Der erste Dämpfer für die bisher siegesgewohnten Freiheitlichen sollte nicht der letzte sein. In der Bezirksstadt Hermagor war wenige Monate später der langgediente Bürgermeister Vinzenz Rauscher aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, sodass es auch hier am 25. September 2011 zur Nachwahl kam.³ Anders als in Wolfsberg hatte die SPÖ dafür gesorgt, dass ihr bisheriger Vizebürgermeister Siegfried Ronacher vom Gemeinderat bis zum Wahltermin als amtsführender Bürgermeister bestellt wurde. Die FPK nominierte mit dem Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneten Helmut Haas einen erfahrenen Kommunalpolitiker, der auch von der „alten“ FPÖ unterstützt wurde und von Landesobmann Uwe Scheuch

bereits voreilig als neuer Bürgermeister der Wulfeniasstadt gehandelt wurde. Der erste Durchgang der Wahl brachte für die FPK eine herbe Enttäuschung: Der freiheitliche Kandidat brachte es nur auf einen Stimmenanteil von 12,5 Prozent. Gegner von Wahlsieger Siegfried Ronacher in der Stichwahl am 9. Oktober 2011 war daher der Kandidat der ÖVP, Stadtrat Siegfried Astner, der sich beachtlich schlug und im zweiten Wahlgang mit 46,7 Prozent mehr als nur einen Achtungserfolg einfuhr.

Den endgültigen Beweis, dass die Freiheitlichen in Kärnten die Siegerstraße verlassen hatten, lieferte die Bürgermeister-Nachwahl in Spittal an der Drau, der viertgrößten Stadt des Landes.⁴ Dort musste der zum Team Stronach übergewechselte Gerhard Köfer auf Grund seiner Wahl in die Landesregierung im März 2013 das Amt des Bürgermeisters zurücklegen. Bis zur Nachwahl im Juni konnte daher wieder die SPÖ in der Person des 1. Vizebürgermeisters Bernd Sengseis interimistisch den Gemeindecchef stellen. Überraschend nominierte sie für die Nachwahl jedoch nicht Sengseis, sondern den bis dahin kaum bekannten Gemeinderat Gerhard Pirih. Da der Wunsch kandidat der ÖVP, Franz Eder, aus beruflichen Gründen absagen musste, schien vieles für die Wahl des freiheitlichen Urgesteins Vizebürgermeister Herbert Haupt zu sprechen. Es war ein Herzenswunsch des früheren Nationalratspräsidenten und Vizekanzlers, einmal Bürgermeister in seiner Heimatstadt zu sein. Trotz einer indirekten Wahlempfehlung durch Gerhard Köfer kam Herbert Haupt im ersten Wahlgang am 23. Juni 2013 nur auf einen Stimmenanteil von 32,3 Prozent und lag damit deutlich hinter dem SPÖ-Kandidaten zurück, der sich mit 46,4 Prozent bereits der absoluten Mehrheit genähert hatte. Mit einem Stimmenanteil von 21,3 Prozent verbuchte der nun ausgeschiedene Kandidat der Spittaler Volkspartei, Stadtrat Robert Stadler, einen Achtungserfolg. In der Stichwahl am 7. Juli 2013 setzte sich Gerhard Pirih mit 57,7 Prozent klar durch. Ein Negativum bei dieser Stichwahl waren die geringe Wahlbeteiligung von nur 45,5 Prozent und der hohe Anteil von ungültigen Stimmen.

4. SPÖ auf Erfolgskurs

Dass die SPÖ in Spittal an der Drau trotz der Turbulenzen um Gerhard Köfer und innerparteilicher Spannungen ihren Newcomer gegen den in der Bevölkerung beliebten Herbert Haupt durchbringen konnte, war ein Indiz für den Stimmungswandel in Kärnten. Der Trend zur SPÖ setzte sich auch bei den anderen Nachwahlen für vakante Bürgermeisterämter durch.⁵

In der Gemeinde Reißeck wurde nach dem Rücktritt des von der ÖVP-nahen „Freien Liste Reißeck“ gestellten Bürgermeisters Gerd Pichler im Frühjahr 2012 neu gewählt. Im ersten Wahlgang am 20. Mai 2012 lag noch

der Kandidat dieser Liste, Werner Rindler, mit 40,7 Prozent klar vorne. Auf seine Mitbewerber Kurt Felicetti (SPÖ) und Michael Gradnitzer (FPK) entfielen 30,0 bzw. 26,2 Prozent. Bei der Stichwahl am 3. Juni 2012 hatte jedoch der sozialdemokratische Kandidat mit 52,0 Prozent die Nase vorn.

Auch das Bürgermeister-Nachwahljahr 2013 begann für die SPÖ erfolgreich. In der Gemeinde Treffen konnte sich Klaus Glanznig als Nachfolger des langjährigen Bürgermeisters Karl Wuggenig am 14. April 2013 mit einem Stimmenanteil von 51 Prozent bereits im ersten Wahlgang durchsetzen. Nicht so einfach verlief die Titelverteidigung in der Gemeinde Trebesing. Nach dem Verzicht des Bürgermeisters Johann Oberlerchner (SPÖ), der im Jahr 2009 noch alleiniger Kandidat war, stellten sich diesmal drei Bewerber der Wahl. Es kam zu einer Stichwahl am 28. April 2013, bei der Christian Genshofer mit 53 Prozent gegenüber Gerhard Koch von der ÖVP siegreich war.

Nach der Bürgermeisterwahl in Spittal standen im Jahr 2013 noch die Wahlen in den Gemeinden Lurnfeld und Lavamünd am Programm. In Lurnfeld, einer bisherigen Domäne der Freiheitlichen, gelang der SPÖ die Eroberung des Bürgermeisteramtes. Gerhard Preiml wurde am 25. August 2013 schon im ersten Wahlgang mit einem Anteil von 63,4 Prozent gewählt. Sein freiheitlicher Konkurrent und Bruder des zurückgetretenen Bürgermeisters Rudolf Hartlieb, Franz Hartlieb, sowie der Kandidat der Grünen, Günter Krammer, blieben hinter ihren Erwartungen zurück. Auch das Bürgermeisteramt in Lavamünd konnte nun wieder der ÖVP entrissen werden. Hier setzte sich ebenfalls bereits im ersten Wahlgang am 17. November 2013 der bisherige SPÖ-Vizebürgermeister Josef Ruthart mit einem klaren Votum von 60,7 Prozent durch und trat damit die Nachfolge des langjährigen Bürgermeisters Herbert Hantinger (ÖVP) an. Für den neuen Kandidaten der Volkspartei, Erich Pachler, votierten 31,7 Prozent, der freiheitliche Bewerber Rudolf Grubelnig kam gar nur mehr auf einen Anteil von 7,6 Prozent.

Die SPÖ kann daher nach den insgesamt acht Bürgermeisternachwahlen als einzige Partei positiv bilanzieren. Zwei Bürgermeisterposten wechselten von der ÖVP zu ihr, einer von den Freiheitlichen. In allen fünf Gemeinden, in denen sie selbst den Bürgermeistersessel zu verteidigen hatte, gelang dies. Das traf auch für die Stadt Spittal zu, wo sie diese Position auf Grund des Parteiwechsels von Gerhard Köfer kurzfristig verloren hatte. Für Landesparteiobmann und Landeshauptmann Peter Kaiser kam noch der angenehme Nebeneffekt dazu, dass er mit den „beiden Gerhards“ aus Wolfsberg und Spittal seine schärfsten parteiinternen Kritiker verloren hatte. Nur der wie Gerhard Köfer ebenfalls zum Team Stronach gewechselte Bürgermeister von St. Georgen im Lavanttal, Karl Markut, trübte diese Bilanz. Unter dem Strich kam aber heraus, dass die SPÖ in Kärnten

nunmehr 68 Bürgermeister und somit um zwei mehr als zu Beginn der Wahlperiode stellt.

5. Der Einfluss der Landespolitik

Welche Auswirkungen wird die Landespolitik auf das Abschneiden der drei in der Kärntner Kommunalpolitik dominierenden Parteien haben? Die häufig vertretene These, dass bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen der Einfluss der Landes- und der Bundespolitik eher gering ist, da es sich dabei hauptsächlich um Persönlichkeitswahlen handelt, traf im Jahr 2009 für Kärnten nicht zu. Es zeigte sich vielmehr, dass die Landespolitik auf Grund des gleichen Wahltermins von großer Bedeutung war.

Diese Terminkollision fällt diesmal weg. Der Machtwechsel im Land nach den dramatischen Verlusten der Freiheitlichen vor zwei Jahren und mit der völlig neuen Konstellation in der Landesregierung wird dennoch als Faktor zu beachten sein.

Durch ihre umfangreiche Machtfülle kann am ehesten die SPÖ auf den Rückenwind der Landespolitik hoffen. Das haben die Bürgermeister-Nachwahlen eindeutig gezeigt. Landeshauptmann Peter Kaiser ist in der Öffentlichkeit überaus präsent, seine beiden Stellvertreterinnen decken wichtige Aufgaben ab. Die Kritik an umstrittenen Postenvergaben prallte bisher ab. Im OGM-Vertrauensindex vom November 2013 erzielte der Kärntner Landeschef nach den Landeshauptleuten von Burgenland, Oberösterreich und Niederösterreich das viertbeste Ergebnis. Die Ablehnung der Forderung der Bundesregierung nach Beteiligung des Landes an den Kosten der Sanierung der Hypo brachte dem Landeshauptmann Pluspunkte ein. In der heftigen Diskussion um eine Schiabfahrt am Mölltaler Gletscher laviert der Landeschef geschickt zwischen den gegensätzlichen Anliegen der Wirtschaft und der Umweltschützer. Die Partei zeigt sich geschlossen, ihr hoher Organisationsgrad bringt ihr, verteilt auf alle Kärntner Gemeinden, eine große Zahl von ehrenamtlichen Funktionären. Die SPÖ kann es sich sogar leisten, ehemaligen Gesinnungsfreunden wie Reinhart Gaugg, die zur FPÖ abgewandert waren, den Wiedereintritt zu verweigern. Zuwächse in Kärnten bei der Wahl zum EU-Parlament am 25. Mai 2014 trugen zum Selbstwertgefühl bei.

Für die Kärntner ÖVP gab es hingegen in den letzten eineinhalb Jahren ein Wechselbad der Gefühle. Zunächst schien es, dass sich die Partei unter dem Duo Gabriel Obernosterer als Parteiohmann und Wolfgang Waldner als Landesrat konsolidiert hätte. Dann mehrte sich aber die Kritik am neuen Landesrat, dem man vorwarf, abgehoben und nicht bürgernah zu agieren. Speerspitze war der Wirtschaftsbund, dessen Obmann

Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher am 8. März 2014 offen den Aktionsradius Waldners kritisierte und anbot, selbst das ÖVP-Mandat in der Landesregierung anzunehmen. Zwei Tage später gab es den Knalleffekt, dass Obernosterer und Waldner ihre Funktionen zurücklegten und die Parteispitze mit dem 52jährigen Unternehmer und Forstwirt Christian Benger aus Griffen einen neuen Parteiobmann und Landesrat aus dem Hut zauberte. Auf Benger warteten einige Baustellen, wie ein von Spaltung bedrohter Seniorenbund und eine von der Jungen ÖVP heftig kritisierte Stadtparteiorganisation in der Landeshauptstadt. Innerhalb der Regierungskoalition bieten die Referate Kultur und Landwirtschaft wenigstens die Chance, sich zu profilieren.

Noch mehr Probleme gab es für die in der Kommunalpolitik bisher stark vertretenen Kärntner Freiheitlichen. Die Weigerung der bei der Landtagswahl abgewählten Führungsriege, aus der Politik auszusteigen, führte zu einer Zerreißprobe und zum Kompromiss, den glücklosen ehemaligen Landeshauptmann Gerhard Dörfler in den Bundesrat zu entsenden. Parteiintern wurde kritisiert, dass der neue Obmann Landesrat Christian Ragger selbst Teil der Verlierer gewesen sei. Der Wolfsberger Rechtsanwalt hat auch kaum ein Durchgriffsrecht bei den eigenständigen Ortsorganisationen. Eine Eingliederung in die Bundes-FPÖ, die auf Grund der aktuellen Meinungsumfragen am ehesten für Rückenwind sorgen könnte, ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Referatseinteilung in der Landesregierung lässt nur wenig Spielraum für publikumswirksame Auftritte in der Öffentlichkeit. Ragger und seine Mitstreiter greifen daher aktuell auf die Ablehnung der Asylpolitik zurück, um Aufsehen zu erregen.

6. Die Parteien in den Startlöchern

6.1 Das Dreigestirn SPÖ, ÖVP und FPÖ

Kärntens Sozialdemokraten erhoffen sich deutliche Gewinne bei den Wahlen in die Gemeinderäte. Bei den Bürgermeisterwahlen gibt sich Landesgeschäftsführer Daniel Fellner bescheidener und hofft auf ein Halten der Anzahl der Bürgermeister. Wo der bisherige Bürgermeister nicht mehr kandidiert, wie dies bisher in Villach, Brückl und Oberdrauburg bekannt ist, wurde rechtzeitig Vorsorge für eine Nachfolge getroffen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Zahl der amtsmüden sozialdemokratischen Gemeindechefs klein sein wird. Die Vorbereitungen auf die Wahlen laufen bereits seit dem Februar. Mit einer „Kommunalpolitischen Akademie“ schult man amtierende und künftige Mandatäre.⁶ Die Partei kann sich auf gut funktionierende Strukturen in den einzelnen Gemeinden stützen, die für das „Erfolgsrezept Hausbesuche“ sorgen. Die SPÖ wird in allen Gemeinden antreten und auch Bürgermeisterkandidaten stellen.

Mit einer Bürgermeisterkonferenz am 27. April 2014 in Pörtlach stellte auch die FPÖ schon frühzeitig die Weichen. Bei dem Mitte Oktober 2014 in einer dreitägigen Klausur gesteckten Ziel, in 124 der 132 Gemeinden anzutreten, gibt es aber einige Fragezeichen. Nachdem bereits der Bürgermeister von Maria Wörth, Adolf Stark, die Partei verlassen hatte, kriselt es in mehreren Gemeinden ebenfalls: In Keutschach forderte die FPÖ-Fraktion die Ablöse ihres Bürgermeisters Gerhard Oleschko.⁷ In Wolfsberg legte Nachwahl-Bürgermeisterkandidat und Vizebürgermeister Heinz Hohegger am 4. Mai 2014 sein Mandat zurück und trat wegen seiner Differenzen mit der Kärntner Parteispitze aus der FPÖ aus. In Gurk wurde Bürgermeister Siegfried Kampl von Landesobmann Christian Ragger wegen verharmlosender Aussagen über den Nationalsozialismus aus der FPÖ ausgeschlossen. Die Ortspartei stellte sich hingegen geschlossen hinter Kampl. Man will in Gurk ohne Unterstützung der Landespartei als „Die Freiheitlichen in Gurk“ antreten.⁸ Eine eigenständige Kandidatur als Namensliste kündigen auch die drei bisherigen FPÖ-Gemeinderäte von Poggersdorf an. Theresia Kleinberger, Gemeinderätin in Rosegg, trennte sich von der FPÖ und will für die Grünen kandidieren. Mit der Abspaltung der Gruppe um den bisherigen Vizebürgermeister Albert Gunzer in der Landeshauptstadt Klagenfurt erreichten die parteiinternen Auseinandersetzungen einen Höhepunkt. Der genervte Landesparteiobmann Christian Ragger sprach von einem „Affentheater“.⁹ Das erklärte Ziel, die Zahl der Bürgermeisterämter zu halten, ist durch diese Rahmenbedingungen sicher schwieriger geworden, zumal auch in Frauenstein, Mölbling, Gitschtal, Winklern und Steindorf die vor sechs Jahren gewählten Amtsinhaber nicht mehr antreten wollen.

Weit weniger vom Spaltpilz betroffen ist die Kärntner ÖVP. Immerhin ist aber der vom Seniorenbund ausgeschlossene Ex-Obmann Karl Petritz ÖVP-Bürgermeister in Steuerberg, und Moosburgs VP-Vizebürgermeister Georg Malle hat die Partei verlassen und will mit einer eigenen Liste in den Ring steigen. Wie vor sechs Jahren wird sich die ÖVP in fast allen Gemeinden zur Wahl stellen; zum größten Teil unter ihrem Namen, in einigen Gemeinden aber auch als Namensliste bzw. in Partnerschaft mit unabhängigen Gruppierungen.

6.2 Die Mühe der Ebenen

Alle anderen Parteien tun sich bei der Listenerstellung weit schwerer. Die auf Bundes- und Landesebene erfolgreichen Grünen hätten mit ihrem derzeitigen Stand von nur 26 Gemeinderäten und einem landesweiten Stimmenanteil von 3,3 Prozent ausreichend Luft nach oben. Hauptproblem der Partei ist, dass es noch immer nicht gelungen ist, außerhalb der Landeshauptstadt Klagenfurt eine flächendeckende Organisation aufzubauen.

Das ursprüngliche Vorhaben, diesmal in mindestens der Hälfte der Gemeinden anzutreten, wird daher kaum zu verwirklichen sein. Fünf Monate vor der Wahl ging man von einer Kandidatur in 43 der 132 Gemeinden aus und machte sich bei neun weiteren Gemeinden noch Hoffnung.¹⁰ Realistischer könnte die Verwirklichung des bei der Landesversammlung vor einem Jahr erklärten Ziels sein, 2015 eine Verdoppelung der Stimmen zu erreichen. Aktivitäten werden eher in den Bezirksstädten oder durch Gruppen in einzelnen Gemeinden wie in Maria Saal, Velden, aber auch in Millstatt gesetzt. In Millstatt wurde von der Partei sogar das ehrgeizige Ziel verkündet, mit Judith Oberzaucher erstmals ein Bürgermeisteramt in Kärnten zu erobern. Es gab aber auch Rückschläge wie in Spittal an der Drau, wo der einzige Gemeinderat zur SPÖ wechselte. Bei der Suche nach Kandidaten ging man neue Wege: Es wurden im Sommer Plakate mit der Botschaft affiziert, dass diese Gemeinde „dein grünes Herz braucht“. 150 Interessenten meldeten sich darauf telefonisch bei Wahlkampfmanager Christoph Gräßling. Davon haben 75 Bewerber auf 43 Kandidatenlisten Platz gefunden.¹¹ Eine andere interessante Neuheit war der Übertritt der freiheitlichen Gemeinderätin Theresia Kleinberger in Rosegg. Landessprecher Frank Frey versicherte in diesem Zusammenhang, dass bei Übertritten „Ideologien bis ins kleinste Detail“ überprüft würden.¹²

Mit 50 Gemeinderäten verfügt die Einheitsliste/Enotna lista (EL) über mehr Sitze in Gemeinderäten als die Grünen. Nach der Ortstafelregelung und der danach spürbaren Entspannung im Volksgruppenkonflikt wird die Profilierung als rein ethnische Partei nicht leichter. Die EL wird daher noch stärker auf ihr zweites Standbein als regionale Partei in Südkärnten setzen und vermehrt auch Kandidaten aus der Mehrheitsbevölkerung einbeziehen. Der Bezug auf lokale Themen in einzelnen Gemeinden wird auch Einfluss auf die Listenbezeichnungen haben. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Verteidigung des Bürgermeisteramtes in Eisenkappel. Dort ist auch der neue Landesobmann Gabriel Hribar als Fraktionssprecher im Gemeinderat aktiv. Hribar löste am 6. Mai 2014 den langjährigen Landesobmann Vladimir Srmtnik ab, der sich nicht mehr der Wahl gestellt hatte.

Mit der Siegerpartei vom Jahr 2009 hat das BZÖ in der heutigen Zusammensetzung nichts mehr zu tun. Mit mageren 63,3 Prozent der Delegierten am Landeskonvent wurde nach parteiinternen Turbulenzen am 30. November 2013 Landtagsabgeordnete Johanna Trodt-Limpl – ohne Gegenkandidatur – zur neuen Landeschefin gewählt. Kandidaturen sind nach Aussage der Parteiobfrau nur in Klagenfurt und Villach vorgesehen. In Klagenfurt wird eine gemeinsame Wahlplattform mit der „Bürgerallianz (BA)“ des Ex-FPÖ-Vizebürgermeisters Albert Gunzer angestrebt. Bei weiteren Gemeinden gibt es Überlegungen für gemeinsame Kandidaturen mit anderen Gruppierungen. Trodt-Limpls Kollege im Landtag, Wilhelm

Korak, will sich in Brückl auf der „Unabhängigen Liste“ des Ex-SPÖlers Erich Tellian zur Wahl stellen. Als BZÖ wolle man nicht mehr antreten, „der Name ist beschädigt“.¹³

Auch beim „Team Stronach“ ist die Euphorie, die noch vor der Landtagswahl 2013 geherrscht hatte, verflogen. Nach dem Übertritt von Siegfried Schalli zur FPÖ ging der Klubstatus im Landtag verloren. Im Dezember 2013 legte Landesobfrau Andrea Krainer nach Differenzen mit Landesrat Gerhard Köfer ihre Funktion zurück. Köfers Plan, bei den Gemeinderatswahlen unter dem Namen „Team Kärnten“ anzutreten, wurde im Februar von seinem im Streit geschiedenen Ex-Parteichef von Klagenfurt, Ferdinand Stefitz, durchkreuzt, der sich diesen Namen sichern ließ und eine eigene Kandidatur ankündigte. Am 4. April trat der als Bürgermeisterkandidat für die Landeshauptstadt vorgesehene Ex-ORF-Landesdirektor Willy Haslitzer aus dem Team Stronach aus, weil ihn die Partei bei der Bewerbung für den ORF-Stiftungsrat im Stich gelassen habe. Im August erklärte Gerhard Köfer, man werde dort kandidieren, wo man geeignete Kandidaten findet. „Jetzt zu sagen, es sind fünf Gemeinden oder fünfzehn, wäre noch zu früh. Wo wir antreten wollen, ist im Bereich Klagenfurt und Villach.“¹⁴ Vier Monate vor dem Wahltermin beschäftigte die Medien hauptsächlich die Frage, ob sich der Spittaler Ex-Bürgermeister in seiner Heimatstadt wiederum zur Wahl stellen werde.

Einen leichteren Start in den Gemeinderatswahlkampf hätten sich auch die Neos vorgestellt. Die ursprünglichen Vorschusslorbeeren für die Partei machten einem ernüchternden Ergebnis bei der Wahl zum Europäischen Parlament Platz. Der Stimmenanteil von 6,5 Prozent war nicht berauschend, Angelika Mlinar erwies sich nicht als das erhoffte Zugpferd im Südkärntner Raum. Nur 24 erschienene Mitglieder der Landesgruppe Kärnten wählten am 31. Mai 2014 Klaus-Jürgen Jandl, den 49jährigen Berater für Softwarefirmen und Sohn des früheren ÖVP-Stadtrates von Klagenfurt Dieter Jandl, zu ihrem ersten Landesobmann. Die Rekrutierung von Kandidaten gestaltete sich schwierig. Bei der Eröffnung des neuen Parteilokals „NEOSphäre“ in Klagenfurt am 15. Oktober 2014 gestand der Landesobmann ein, dass er bisher der Einzige ist, der sich in Klagenfurt der parteiinternen Vorwahl für das Bürgermeisteramt stellt. „Die Bürger wollen mitarbeiten, aber nicht kandidieren.“¹⁵ Vom Plan, in der Hälfte der Gemeinden anzutreten, blieb die beabsichtigte Kandidatur in 20 Gemeinden übrig.¹⁶ Mit dem von der FPÖ abgewanderten früheren Wolfsberger Vizebürgermeister Heinz Hohegger und dem Spittaler Unternehmensberater Hermann Bärntatz wurden zwei „Regionalkoordinatoren“ für die beiden Kärntner Bezirke vorgestellt. Durch das finanzielle Engagement von Hans-Peter Haselsteiner dürfte die angekündigte Sponsorensuche für den Wahlkampf nicht allzu schwierig sein.

Um die Piraten-Partei ist es still geworden. Unabhängige Namenslisten, die ja in Kärnten nie eine große Rolle gespielt haben, dürfte es auch diesmal wieder im überschaubaren Ausmaß geben. Durch die beiden neuen Player haben sie zusätzliche Konkurrenz bekommen. Andererseits sorgen auch Dissidenten aus den im Landtag vertretenen Parteien für neue Konstellationen. So kreierte Ex-Team-Stronach-Obfrau Andrea Krainer in Villach die Partei „Das Moderne Österreich (DMÖ)“. Mit im Boot Ex-FPÖ- und Ex-Team-Stronach-Gemeinderat Albert Gangl und Ex-FPÖ-Gemeinderat Hartwig Warmuth.

7. Die Schlacht um die Landeshauptstadt

Von besonderem Interesse ist bei Kommunalwahlen naturgemäß das Abschneiden der Parteien in den beiden großen Städten Klagenfurt und Villach, daneben aber auch in den weiteren sechs Bezirksstädten. Dort haben alle sechs amtierenden Bürgermeister ihre Wiederkandidatur angemeldet. Die SPÖ kann sich daher berechtigte Hoffnungen machen, überall weiterhin die Spitzenposition in den Rathäusern zu besetzen und ihre Mandatsstärke im Gemeinderat zu halten oder gar auszubauen. Wie in den meisten Gemeinden werden absolute Mehrheiten kaum mehr zu erreichen sein. In Spittal an der Drau könnte es spannend werden, wenn Gerhard Köfer als Bürgermeisterkandidat antritt. Sollte Köfer die SPÖ tatsächlich spalten können, hätten auch er oder andere Kandidaten – wie der von der Spittaler Volkspartei nominierte parteifreie Stadtrat Franz Eder – eine Chance in einer Stichwahl.

In Villach tritt Langzeitbürgermeister Helmut Manzenreiter nicht mehr an, sorgt aber seit Juni 2014 für eine geordnete Hofübergabe an seinen Vizebürgermeister Günther Albel. Die Auftritte von Albel in der Öffentlichkeit, entweder in Vertretung des Bürgermeisters oder gemeinsam mit Manzenreiter, sind sorgfältig vorbereitet. Als erster Herausforderer um das Bürgermeisteramt wird eher ÖVP-Stadtrat Peter Weidinger als Erwin Baumann, Newcomer bei der FPÖ, gehandelt.

Die „Mutter aller Wahlkampfschlachten“ wird in der Landeshauptstadt ausgetragen. Dort drohen italienische Verhältnisse. Schon im Oktober 2014 war fix, dass es zur Gemeinderatswahl neun Listen geben wird, weitere waren im Gespräch. Neben SPÖ, FPÖ, ÖVP und den Grünen wollen das Team Stronach, die Neos, die „Bürgerallianz“, die „Unabhängigen“ und das „Team Kärnten“ um die Wählergunst werben.

Mit dem amtierenden Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ) und der Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) stehen sich die beiden Konkurrenten der Stichwahl im Jahr 2009 neuerlich gegenüber. Die

SPÖ-Kandidatin hat das Handicap zu tragen, dass sie damals ganz klar den Kürzeren gezogen hatte. Trotz Amtsbonus hat aber Christian Scheider mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen: Im Streit mit seinem Vizebürgermeister Albert Gunzer hatte er noch am 15. März 2014 die Vertrauensfrage gestellt und die Rückendeckung seiner Gemeinderatsfraktion erhalten. Im September 2014 kam es aber zum endgültigen Bruch. Albert Gunzer gründete die „Bürgerallianz (BA)“, nahm vier weitere bisher der FPÖ angehörende Gemeinderäte mit und schließt nicht aus, dass noch weitere Mitglieder des freiheitlichen Klubs diesem Beispiel folgen werden.¹⁷ Unterstützung für Gunzer wurde zudem vom BZÖ signalisiert. Als Nachfolgerin Gunzers im Stadtsenat nominierte Christian Scheider daraufhin die ehemalige SPÖ-Gemeinderätin Brigitte Schmelzer, um damit „ein klares Signal an alle roten Wähler“ zu setzen.¹⁸

Um Stimmen der SPÖ-Wähler buhlt auch der Spitzenkandidat der Grünen. Die Kür des Landessprechers der Partei, Frank Frey, war nicht unumstritten. Für die knapp unterlegene Bewerberin, Stadträtin Andrea Wulz, war die Meinung ausschlaggebend, dass ein Mann gegenüber Maria-Luise Mathiaschitz bessere Chancen hätte.¹⁹ Die Klagenfurter ÖVP schickt mit dem Unternehmer und Faschingsstar im „Stadtgerücht“, Otto Umlauf, einen parteifreien Kandidaten ins Rennen. Auf ÖVP-Stimmen – schon auf Grund seines Namens – hofft aber auch der Kandidat der Neos, Klaus-Jürgen Jandl. Das Team Stronach nominierte Renate Kanovsky-Wintermann, Ex-Landtagsabgeordnete und Ex-Stadträtin der FPÖ. Vom Team Stronach enttäuscht sind hingegen zwei weitere Bewerber: Ex-ORF-Landesintendant und früherer Stellvertreter von Gerhard Köfer in der Landesregierung, Willy Haslitzer, stellt sich mit der Liste „Unabhängige“ der Wahl, Köfers früherer Parteiobmann von Klagenfurt, Ferdinand Stefitz, will mit der Liste „Team Kärnten“ an den Start gehen.

Drei Monate vor der Wahl war der Ausgang völlig ungewiss. Meinungsumfragen in der letzten Zeit brachten recht unterschiedliche Resultate. Je nach Auftraggeber dienten sie eher dazu, die eigene Anhängerschaft zu motivieren und die Gegnerschaft zu verunsichern. Nach einer im März 2014 von der FPÖ bestellten Umfrage lagen die Freiheitlichen mit Bürgermeister Christian Scheider vor der SPÖ. Die SPÖ konterte mit einer Umfrage im August 2014, laut der die Sozialdemokraten klar an der Spitze liegen, die FPÖ in Gefahr ist, von den Grünen überholt zu werden, und ÖVP sowie Neos nur um Platz vier ringen.²⁰ Mit einer von ihr am 5. Oktober 2014 bekannt gegebenen neuen Umfrage gab die FPÖ an, knapp hinter der SPÖ, aber mit Respektabstand vor den Grünen zu liegen.

Beim Kampf um die Stimmen sind zwei Stoßrichtungen zu erwarten: Einmal der Versuch der Grünen, sich als bessere Sozialdemokraten zu präsentieren, und dann vor allem der fast schon inflationäre Wettbewerb um

das „bürgerliche Lager“. Die Spannung wird jedenfalls bis zum Wahltermin am 1. März und wahrscheinlich auch noch 14 Tage danach erhalten bleiben.

Anmerkungen:

- 1 Karl Anderwald: Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009, in K. Anderwald/P. Filzmaier/K. Hren (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2009, S. 82.
- 2 Vgl. Karl Anderwald: Bürgermeisterwahlen in zwei Bezirksstädten, in K. Anderwald/P. Filzmaier/K. Hren (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2011, S. 48–57.
- 3 Ebd., S. 57–61.
- 4 Vgl. Karl Anderwald: Bürgermeister-Nachwahlen 2013, in K. Anderwald/P. Filzmaier/K. Hren (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2013, S. 112–129.
- 5 Ebd.
- 6 Kleine Zeitung vom 22. August 2014, S. 16.
- 7 Kronenzeitung vom 1. Oktober 2014, S. 16.
- 8 Kleine Zeitung vom 4. Oktober 2014, S. 21.
- 9 Kronenzeitung vom 16. Oktober 2014, S. 14.
- 10 Kleine Zeitung vom 23. Oktober 2014, S. 22.
- 11 Ebd.
- 12 Kleine Zeitung vom 9. Oktober 2014, S. 18.
- 13 Kleine Zeitung vom 22. August 2014, S. 17.
- 14 Woche vom 13. August 2014, S. 16.
- 15 Kleine Zeitung vom 16. Oktober 2014, S. 17.
- 16 Kronenzeitung vom 16. Oktober 2014, S. 14.
- 17 Kleine Zeitung vom 26. Oktober 2014, S. 20.
- 18 Kronenzeitung vom 16. Oktober 2014, S. 14.
- 19 Kleine Zeitung vom 21. September 2014, S. 22.
- 20 Kronenzeitung vom 15. August 2014, S. 27.

Des Kaisers starke Hände

Das „Lei losn“-Feeling hat Kärnten nach turbulenten Jahren wieder eingelullt – Kärntens Politik trottet gemütlich in Richtung Gemeinderatswahl 2015 – Dabei drängt für Reformen die Zeit, doch Tempomacher sind nicht in Sicht

„Starke Menschen, starkes Land“ – Plakate mit dieser Botschaft fanden sich im Herbst 2014 im ganzen Land. Ihr Absender: die SPÖ Kärnten. Das Ziel: das nicht zuletzt durch die Hypo-Krise schwer in Mitleidenschaft gezogene Selbstbewusstsein der Kärntner aufzubauen und die Stärke des Landes den Leistungen der SPÖ-geführten Landesregierung zuzuschreiben. Mit diesen Plakaten zog sich die SPÖ gleich einmal einen spitzen Speil ein, denn Polit-Werbung ist in Kärnten wenn schon kein vermintes, dann zumindest dicht verdorrtes Gebiet. Zu lange trommelten jene pausenlos und in voller Lautstärke auf dem so genannten „PR-Klavier“, die dem Land – freilich nicht nur damit – dauerhaft Schaden zufügten. Und die Erinnerung an Haiders und Dörflers Vollgas-PR-Gigs sind in den Hinterköpfen der Kärntner weiterhin präsent. Und plötzlich kommt die SPÖ und spielt die gleiche Sonate? Na ja, nicht ganz.

Denn die SPÖ-Botschaft hat ja durchaus reichlich Charme. Nicht nur optisch, weil statt des Gesichts etwa des Parteivorsitzenden Hände Arbeitskraft symbolisieren; nicht nur weil der Werbespruch durchaus klug gewählt ist; sondern weil das in dieser Hinsicht verdorrte Kärnten tatsächlich ein Samenkorn der Zuversicht und des Selbstwertgefühls bitter nötig hätte. Selbst wenn ein solcher Nukleus vorerst nur zaghaft auf manchen Kärntner Plakatwänden sprießt. Die schlechte Nachricht ist: Das allein reicht leider ganz und gar nicht.

Denn zu lachen gibt es in Kärnten derzeit wenig. Selbst der Fasching ist nicht mehr das, was er war, auch weil den Klagenfurter Stadtrichtern einige Faschingsstars abhandenkamen und sich in der Politik umtun – Grünen-Landesrat Rolf Holub hochehrgeglückt, der ÖVP-Bürgermeisterkandidat und Ex-Burggraf zu Clagenfurth, Otto Umlauft, vorerst einmal hoffnungsvoll.

Schuld an der schlechten Stimmung ist jedoch Handfesteres: Die Arbeitslosenquote bleibt stabil hoch – und deutlich über dem Bundesschnitt; 21.000 Kärntner waren Ende September ohne Job, knapp 4.000 in Ausbildung. Im Winter erklimmen diese Zahlen, die nicht annähernd in der Lage sind,

den einzelnen Schicksalen vieler dauerhaft Beschäftigungsloser gerecht zu werden, unweigerlich neue Höhen.

Rund 67.000 Kärntner sind laut Arbeiterkammer armutsgefährdet, haben also – als Einzelperson – weniger als 1066 Euro pro Monat zum Leben. Das sind rund 15 Prozent der Bevölkerung.

Und auch die Abwanderung bleibt eine akute und höchst präzente Gefahr, wenngleich Kärnten erstmals seit Jahren einen minimalen Bevölkerungszuwachs erzielte, was wohl eher der gestiegenen Lebenserwartung als der wachsenden Attraktivität des Landes für junge Menschen geschuldet ist. Vor allem in peripher gelegenen Tälern des Landes herrscht ungebrochen eine Ebbe an Arbeitsplätzen und eine Talsohle der Zuversicht.

Kampf dem „Triple-A“

Arbeitslosigkeit. Armut. Abwanderung – war das nicht das schlimme „Triple-A“, dem Kaiser als Landeshauptmann den Kampf ansagen wollte? Die Erfolge der von ihm geführten Landesregierung in dieser Auseinandersetzung sind bisher überschaubar, nach einem Triple-A-Rating Kaisers schaut es jedenfalls nicht aus. Zu seiner Verteidigung muss gesagt werden: Kärnten ist nicht allein auf dieser Welt, und steigende Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen sind wahrlich keine Kärntner Phänomene allein. Ist Kärnten also allein vom Schicksal seiner Nachbarn abhängig, den Gezeiten der Konjunkturmeere, dem Fluss der Zeit?

Von wegen. Wesentliche Reformen könnte das Land ganz allein beschließen. Welche? Man braucht nur in die Steiermark zu schauen und sich die Reformpartnerschaft dort zum Vorbild nehmen. Vielleicht mit einer abgewandelten Agenda, aber dem gleichen Ziel: Null Toleranz gegenüber Schulden.

Und das stünde auch dem schwer in der Kreide stehenden Kärnten gut. Doch was tun, wenn die Zahl der Gemeinden eh schon recht straff ist, die Landesverwaltung angeblich fit und Bezirkszusammenlegungen nicht einmal andiskutiert werden (dürfen)? Einen Vorgeschmack lieferte der grüne Landtagsabgeordnete Michael Johann, der im Oktober forderte, „ein paar Tabus“ zu brechen. Etwa die marode Rollbahn des Flughafens doch nicht zu sanieren – und damit dem Airport das Licht auszuhauchen – oder gar Feuerwehren zusammenzulegen. Mehr hat es nicht gebraucht – selbst Holub rückte aus, um zu beruhigen, Johann habe nur „seine Privatmeinung“ geäußert. Dass die aber ganz und gar nicht dumm und durchaus diskussionswürdig war, stand nicht einmal zur Debatte.

Das Reform-Pflänzchen

Reformen. In der Steiermark seit Jahren ein geflügelter Gassenhauer, in Kärnten noch ein zartes Wort-Pflänzchen, schon kurz, nachdem es den Mund eines Abgeordneten verließ, vom Totschweigen bedroht. Bis dato reichte es der Dreierkoalition, ein paar (durchaus wesentliche) Sünden der Vorgängerregierung zu vermeiden, einen neuen Ton zu pflegen und dort oder da den Sparstift anzusetzen, um sich wohltuend von der FPÖ-geführten Regierung abzuheben. Aber Kärnten ganz neu denken? Das Land, in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten, gänzlich neu aufzurichten, wie es einst der glücklose Peter Ambrozy auf einem Wahlplakat forderte und Jörg Haider damit vergeblich den Kampf ansagte? Das wird auf später, irgendwann, verschoben. Wenn überhaupt.

Weil Reformer verlieren. Das lehrt einen die Steiermark. Und verlieren will diese SPÖ ihre neugewonnene, liebgewonnene Macht gewiss nicht – das ist keine Option. Und außerdem: Reformen wären ein Skalpell-Schnitt ins Fleisch der SPÖ-Klientel. Pflege. Spitäler. Strukturen. Widerstand wie in der Steiermark will man hierzulande nicht riskieren, zu schmerzlich sind die langen Jahre der blauen Herrschaft in Erinnerung. Finanzlandesrätin Gaby Schaunig lebt diese SPÖ-Doktrin und versucht wenigstens überall dort zu kürzen, wo scheinbar ein bisschen Spielraum herrscht. Und so kratzte sie auch einige Millionen zusammen. Aber das Schuldenkorsett drückt weiter eng auf den Leib; die nötige Luft, zu agieren statt zu reagieren und etwa die Wirtschaftsförderung oder die Bildungslandschaft im Land weiterzuentwickeln, hat man sich ebenso wenig verschafft wie dringende Baustellen – Stichwort: Landesmuseum – überhaupt ernsthaft in Angriff genommen.

Während sich die SPÖ-Regierungsmannschaft abmüht und als Dompteure versucht, die bissigen Hardcore-Ressorts Soziales, Spitäler und Finanzen wenschon nicht zu bändigen, dann wenigstens im Zaum zu halten, hat sich Grünen-Chef Rolf Holub als vifer Schönggeist am Arnulfplatz nett eingerichtet. Der Energiemasterplan, Holubs Steckenpferd, ist vorgelegt und doch so weit weg, dass jegliche Stolpergefahr gering ist. Die „Öffis“ sind auch ein feines Thema, wenngleich Kritik des Rechnungshofes am Vorgänger beherzigt werden will. Größere Verwerfungen tun sich für Holub damit keine auf. Und auch sonst sind die Grünen als Vorreiter für Demokratisierung und Abschaffung des Proporz längst angesehener Gast am Mittagstisch der Mächtigen geworden. Und wetten: Sollte der Proporz jemals abgeschafft werden, es werden die Grünen sein, die davon nach den nächsten Wahlen profitieren und sich ihre Koalitionspartner aussuchen dürfen.

Ganz anders verhält es sich mit dem Dritten im Bunde, Christian Beniger und seine ÖVP. Die Volkspartei bewegt sich in Kärnten seit jeher am schmalen Grat zwischen Klientel- und Bagatellpartei. Die schwarze Klientel erwartet vom Forstwirt nun handfeste Ergebnisse, was à la longue der ÖVP das Genick brechen könnte. Denn breit aufgestellt sein, das geht gewiss anders. Ob der Partei, die unter Gabriel Obernosterer noch den wilden Aufbruch signalisierte, der Spagat gelingen wird, in der Koalition Reformeifer zu demonstrieren, ohne gleich als Spaßverderber vom Gabentisch verbannt zu werden, bleibt abzuwarten. Erfahrungsgemäß zerbrechen Koalitionen eher, je näher Wahlen rücken.

Als Chefdompteur ist Peter Kaiser am Werk. Es ist schon beachtlich, mit wie viel Geschick der Langzeitpolitiker den Posten des Landeshauptmannes heute ausfüllt. Seine linke Vergangenheit kommt nur in verträglicher Dosis zum Vorschein, etwa in der Asylfrage; aber das sind Reststücke, einer frühen Parteikarriere am linken Rand der Kärntner SPÖ geschuldet. Heute ist Kaiser, der sogar schon Kleidung in Trachtenoptik trägt, als wäre er damit aufgewachsen, auf dem besten Weg, vom nach der prompten Scheidung vom freiheitlichen Familienoberhaupt im März 2013 adoptierten Landesvater zu einem echten zu werden. Genetisch ist ihm diese Rolle gewiss nicht auf den Leib geschneidert. Aber er arrangiert sich auch dank seiner sozialen Intelligenz deutlich besser, als man es erwarten durfte. Und er findet Gefallen daran, nicht mehr nur den intellektuellen Moralapostel spielen zu müssen. Das strengt auf die Dauer wohl auch sehr an.

Und er darf eh auch stolz sein auf sich. Sein Bravourstück des Jahres war der Gerade-doch-nicht-Konkurs der Hypo Alpe-Adria. Zumindest der Bundesregierung konnte Kaiser klar machen, wie fatal ein Bankrott der Hypo – und damit des für die Skandalbank haftenden Landes Kärnten – geworden wäre. Dem Rest Österreichs blieb diese Erkenntnis jedoch, verfolgt man die noch immer bedauerlichen Kommentare ob des Nicht-Konkurses, offenbar verwehrt. Dabei ist es so klar wie Kärntner Seewasser: Eine Pleite hätte Kärntens Ehre – und Erde – auf Jahre oder Jahrzehnte verb(r)annt. Erstmals hätte sich ein Bundesland beim Konkursgericht melden müssen – die Folgen: unabsehbar für Land und Leute. Die Vermeidung dessen: ein unermesslicher Erfolg.

Dankabstättung

Allein dafür gebührt dieser Landesregierung ein aufrichtiges Dankeschön. Wetten, dass einer freiheitlich geführten Regierungsmannschaft ein solcher Erfolg niemals vergönnt gewesen wäre? Ja, schon dieser nicht eingelöste Wechsel macht den Regierungswechsel für Kärnten bezahlt.

Aber damit hat es sich schon mit der Dankabstimmung. Denn die vergangenen eineinhalb Jahre waren für Kärnten – gemessen an dem, was möglich gewesen wäre – weitgehend verlorene Jahre. Schließlich war nach dem blauen Offenbarungseid das einmalige Zeitfenster geöffnet, Kärnten fit für die Zukunft zu machen. Nie waren die Voraussetzungen besser, einer ohnehin zutiefst verunsicherten Bevölkerung zwei Wege aufzuzeigen: Der eine, den wir jetzt beschreiten, der von dauerhaftem Sparzwang und Nöten an allen Ecken und Enden gekennzeichnet ist, aber keine wirklichen Perspektiven bietet. Mag sein, dass mit viel Glück und Konjunktur-Rückenwind dieser Weg sogar aufgeht und Kärnten auf die Gewinnerstraße biegt. Kann aber auch sein, dass das laue Konjunkturlüfterl schon bald ganz einschläft, der Sturm Land und Leuten wieder von vorne ins Gesicht bläst und der Druck auf die Regierung steigt, Reformen schlichtweg zu verordnen – als allerletzten Ausweg.

Die Alternative dazu wäre (gewesen): Die Dreierkoalition nutzte die Gunst der Stunde, den landesweit spürbaren Frust über die blauen Machthaber von einst, die alles versprochen und fast nichts gehalten haben, und macht Tabula rasa mit überholten Strukturen, gibt dem Land und sich ein gänzlich neues Gesicht, ohne Furcht vor Volkszorn. Ein auf den ersten Blick wegwegender Vergleich sei erlaubt. Frühere Pleitestaaten wie Spanien, Portugal und sogar Griechenland zeigten es vor: Wer sich nach der Drecke streckt, Veränderungen, so schmerzhaft sie auch sein mögen, aktiv zulässt, der hat zumindest die Chance, irgendwann wieder als Phönix aufzutauchen. Will man hierzulande wirklich darauf warten, bis es gar keine Alternativen mehr zu dramatischen, von außen aufgezwungenen Veränderungen gibt?

Das Risiko, in einem allfälligen Reformeifer selbst unterzugehen, ist ÖVP, Grünen und SPÖ bis dato freilich zu groß. Noch geht's ja auch anders. Und so bleibt – im Grunde – alles beim Alten. Natürlich, die Seebühne wurde als Kostgänger des Landes versenkt, absurde Auswüchse wie Mega-Neujahrsempfänge, Dobersticks und Heimatherbst sind Geschichte. Das Land wurde friedfertiger, Häme und verbale Brutalität haben spürbar an Konjunktur verloren. Allein das könnte einen schon einlullen, dieses neue, liebliche Kärnten. Ja, es ist schon wieder da, dieses Lei-Gefühl: Lei einzigartig schön, unsa Landle. Da mischt sich sogar der Landeshauptmann, einst kein ausgewiesener Freund der VIP-Klubs, sogar unter die Reichen und Schönen am Wörthersee. Man tut es ja fürs Land. Und man glaubt es ihm sogar.

Doch von der Lei losn-Stimmung haben all jene nichts, die ohne neue Dynamik von vornherein als Verlierer feststehen: die Langzeitarbeitslosen, viele Jugendliche, die hierzulande keine Zukunft sehen, Unternehmer, für die Kärnten als Markt zu klein, zu unattraktiv und zu flau ist. Sie alle brauchen einen Ruck, Kraftanstrengung, Mut.

Klare Richtung fehlt

Zum Spiegelbild für die Schwierigkeiten der rot-schwarz-grünen Koalition, klare Entscheidungen herbeizuführen, wurde 2014 die Auseinandersetzung um ein Hotelprojekt am Mölltaler Gletscher. Zwei höchst potente Bauherrn winken in einer an Arbeitsplätzen armen Region mit einem Megaprojekt, dem „nur“ ein naturschutzrechtlich geschützter Teil des Skiberges im Wege steht. Während die ÖVP klar für das Tourismusvorhaben eintritt und die Grünen – no na net – dagegen sind, ist die SPÖ innerlich zerrissen. Bis Redaktionsschluss gab es in dieser Endlos-Causa keinen endgültigen Beschluss. Das Aufrechnen von Arbeitsplätzen gegen geschützte Natur ist zwar kein Kärntner Phänomen, aber die Gemengelage aus unterschiedlichsten Interessen in der regierenden Dreierkoalition engt die Handlungsspielräume für die Regierung weiter ein. Entscheidungen werden in strittigen Causen besonders schwierig.

Das ist umso bemerkenswerter, als dass Kärnten im Tourismus dringenden Reformbedarf hat. 2014 geht wohl als katastrophales Tourismusjahr in die Annalen ein. Seit vielen Jahren ist der Tourismus in der Hand von ÖVP-Referenten, die offensichtlich zu wenig unternommen haben, um Kärntens Tourismusangebot fit für einen verregneten Sommer wie diesen zu machen. Schlussendlich griff der neue Tourismusreferent Bengler zu einem altbewährten politischen Rezept und gründete einen Arbeitskreis.

Es ist kaum zu sagen, woran es Kärnten derzeit mehr mangelt – bloß am Geld, um die vielen Probleme zu lösen, oder (auch) an den Lösungen selbst?

Ohne weiteres und praktisch kostenlos zu lösen wäre ein Dauerproblem: die Abschaffung des Proporz. Dazu reichen ihre Stimmen der Koalition. Wohl aus wahltaktischen Überlegungen wollte man den Vollzug per Verfassungsänderung nicht an den Beginn der Legislaturperiode stellen und wartet weiter zu. Dabei wäre es ein nicht zu unterschätzendes Signal an die Wählerschaft, in diesem Punkt radikal und rasch mit einer Regierungsform zu brechen, deren Gegengeschäftshandel (beim so genannten „Spiel der freien Kräfte“) dem Steuerzahler stets teuer zu stehen kam und die allen Nicht-Koalitions-Parteien mit mehr als 10, 11 Prozent der Stimmen einen bequemen Lenz im Regierungs-Liegestuhl versprach. Was Kärnten braucht sind klare Verhältnisse – Regierung auf der einen und Opposition auf der anderen Seite. Punkt. Je früher die Weichen in diese deutlich zeitgemäßere Form des Regierens gestellt werden, desto besser fürs Land.

Und die Opposition?

Denn eine klar deklarierte Opposition gibt es ja auch schon heute, auch wenn sie zum Teil – FPÖ und Team Stronach – ganz an den Rande gestellt

noch mitregieren darf. Hätte vielleicht die Opposition die Kraft, dem Land einen Schub nach vorne zu verpassen? Die Antwort lautet: eher nein. Beginnen wir bei der größten Oppositionspartei im Land, der FPÖ. Man kann deren Chef Christian Ragger ja vieles vorwerfen, aber dass er einen untypischen Weg für eine Partei nach so einer verheerenden Wahlniederlage gegangen wäre, gewiss nicht. Denn alles war vorherzusehen. Die Marginalisierung durch den Wähler führte zum Aufstand in der Partei, einer scheinbaren Begradigung der Fronten und einer Rückbesinnung der früheren „Partei für alle Kärntner“ auf ihre Kernklientel – und die steht ziemlich weit rechts. Und so bleiben eigentlich nur mehr drei Themen übrig, an denen sich freiheitliche Politik im Land festzumachen versucht: 1. Alles, was früher unter blauer Herrschaft gemacht wurde, ist zu bewahren – aber die Dreierkoalition zieht es in den Dreck. 2. Alles, was die Dreierkoalition tut, macht sie schlecht. Und 3.: Asylwerber – im FPÖ-Jargon: Asylanten – sorgen im Land für jede Menge Probleme. Die – weniger als 2000 – Asylsuchenden in Kärnten sind angeblich schon zu viele, arbeiten dürfen sie auch nicht und untergebracht werden schon gar nicht. Zumindest dann nicht, wenn Kärntner in unmittelbarer Nähe wohnen. Überall werden Gefahren gewittert. Ob mit solchen Themen auch Zielgruppen außerhalb der Kernklientel erfolgreich anzusprechen sind, wird sich weisen, Zweifel sind jedenfalls berechtigt. Und so nehmen vor der Gemeinderatswahl 2015 bereits erste Absetzbewegungen Form an. Das blaue, einst beinahe sichere Wahlerfolge versprechende Boot ist weit vom Kurs abgekommen, höchste Zeit für neue Rettungsboote. Und die, die noch den blauen Kurs halten, katapultieren sich mutmaßlich in einen ziemlichen Sturm.

Und doch: Im Verhältnis zum Team Stronach freilich geht es der FPÖ blendend, schließlich ist diese ja mit einem Bundesparteiobmann – na ja, „gesegnet“ ist der falsche Ausdruck – gestählt, der weiß, wie Erfolge einzufahren sind. Wie man erfolgreich kantige Oppositionspolitik betreibt. Wie man markige Sprüche so verpackt, dass jeder weiß, was gemeint ist, ohne dass man gleich rechter Umtriebe bezichtigt wird. Ja, HC Strache kann das.

Dem Team Stronach gehen aber solche Erfolgstypen ab. Der Fränk ist im (N)Irgendwo, Klubobfrau Nachbaur kämpft wacker bis wackelig auf aussichtslosem Posten, und auch im Kärntnerland schaut es trist aus. Die Galionsfigur Gerhard Köfer macht zwar angesichts seines dramatisch gekürzten Straßenbaubudgets eine durchaus gute Figur in der Regierung, ohne vom Arbeitsanfall überfordert zu sein. Die Herzen fliegen ihm freilich nicht (mehr) zu. Und es ist fraglich, ob das Team Stronach jemals wieder Boden unter die Füße bekommt. Vielleicht mit einem anderen Namen. Als andere Partei. Mit anderen Kandidaten. Oder vielleicht gelingt dem „TS“ ja tatsächlich eine unerwartete Trendumkehr. Mit Stefan Petzner als

Marketingmann wären zumindest solche Überraschungen drinnen. Und die braucht man dringend.

Und dann gibt es noch das BZÖ. Und die Neos. Erstere versuchen die FPÖ bisweilen rechts zu überholen, aber da ist so wenig Platz, dass die Orangen zerquetschen mussten. Und die Neos? Werden sie auch in Kärnten zur großen Überraschung? Zumindest Zweifel sind angebracht. Zum einen sind urbane, liberale und reformbegeisterte Kärntner nicht an jeder Straßenecke zu finden. Wenngleich die fehlende Reformbereitschaft der Regierung in diesem Feld den Neos regelrecht Frischluft zuführen würde. Zum anderen war das Neos-Personalangebot bislang eher mau. Gewiss, Gemeinderatswahlen sind für Kleinparteien meist ein Graus, und erst bei Landtagswahlen wird man sehen, ob pinkes Gedankengut auch in Kärnten erfolgreich sein kann. Gut möglich, dass der auf Gemeindeebene bereits spürbare Zerfallsprozess der FPÖ weitere Kreise zieht und die Vorzeichen noch ganz massiv ändert.

Gemeinden wählen 2015

An dieser Stelle ein kurzer Vorgriff auf den Spätwinter 2015. Am 1. März werden in 132 Gemeinden Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Spannung ist da oder dort garantiert, etwa in Villach, wo Langzeitbürgermeister und Kurzzeit-SPÖ-Kärnten-Chef Helmut Manzenreiter nicht mehr antritt und der zwar nicht farblose, aber unbeschriebene Günther Albel um das Bürgermeisteramt und die Erringung der Absoluten ins Rennen geschickt wird. Am schillerndsten wird die Wahl aber gewiss in Klagenfurt werden. Bereits jetzt begehrt eine nur mehr nach italienischen Maßstäben erfassbare Zahl von Parteien und Splittergruppen Einlass ins Rathaus. Besonders bemerkenswert ist dabei die Aufdröselung der Bürgermeisterpartei FPÖ, die noch in der laufenden Periode kräftig Federn lassen musste. Christian Scheider, ein durchaus achtbarer, aber glückloser Politiker, muss um sein Amt zittern. Eine Wiederholung der Geschichte, als der 2009 ebenfalls amtierende ÖVP-Bürgermeister Harald Scheucher überraschend Scheider Platz machen musste, scheint möglich.

Ist nun Klagenfurt ein freiheitlicher Sonderfall oder steht es nur an der Spitze weitreichender Veränderungen? Vermutlich Zweiteres: 2009 fielen Landtags- und Gemeinderatswahlen an einen Tag; über seinen Tod hinaus einte der frühere FPÖ/BZÖ-Landeshauptmann Jörg Haider das blaue Lager und beinahe die Hälfte der Wählerschaft. Spätestens seit der Wahlkatastrophe 2013 ist jeglicher Kitt von einst verhärtet, stehen in der freiheitlichen Bewegung die vielen Partikularinteressen häufig wieder über jener der Partei. Gut möglich also, dass Klagenfurt nicht das Ende, sondern der Beginn für eine besonders bei den Freiheitlichen beliebte Form

innerparteilich wirkender Kräfte ist, nämlich der Fliehkraft. Jedenfalls wird diese Wahl in einigen Gemeinden vor allem für die FPÖ ein Kräfte-messen mit offenem Ausgang.

Bis zur nächsten Landtagswahl (geplant: 2018) sind es hingegen noch mehr als drei Jahre. Gepflastert mit Weggabelungen, an denen sich die Regierenden Kaiser, Benger und Holub fragen müssten: Wer sind wir? Was wollen wir? Und: Was müssen wir tun, damit in Kärnten künftige Generationen weder verarmen, beschäftigungslos werden oder auswandern müssen? Also das böse Triple-A zu einem Triple-L wird: Lösungen für alle drei Probleme präsentiert werden. Wenn sie darauf die richtigen Antworten geben, könnte Kärnten ja doch noch zu einer zweiten Steiermark werden, die heute nicht nur wirtschaftlich deutlich besser dasteht als Kärnten. Das heißt: beim Sparen auch mal grob werden, heilige Kühe schlachten und eigene Wählerschichten zur Not auch mal vergrämen. Dann könnten diese Politiker aufrechten Ganges ihren Weg gehen und eine Wahl bestreiten – und dort vielleicht eine Niederlage einfahren (oder auch nicht). Denn es sei nicht verschwiegen, dass bei den Nachbarn jenseits der Pack an Wahltagen FPÖ und Grüne zu den Reform-Profiteuren gehören. Was aber an der Entschlossenheit der Reformzwillinge Franz Voves (SPÖ) und Hermann Schützenhöfer (ÖVP) bislang nichts geändert hat. Und das ist gut so.

So betrachtet ist die SPÖ-Kampagne „Starke Menschen. Starkes Land“ wohl auch ein Mutmacher der größten Partei des Landes an sich selbst. Starke Hände gibt es im Land ja ohne Zweifel, doch ein starkes Land ist Kärnten leider (noch) nicht. Es schwächelt in nahezu allen Indikatoren. Will Kärnten Stärke demonstrieren, ist freilich mehr notwendig als zugegebenermaßen hübsche Werbesujets. Es bedarf Tatkraft und Entschlossenheit, auch einmal ein Risiko einzugehen, zum Wohle des Landes. Vielleicht startet ja die SPÖ ohnehin noch eine nächste Plakatwelle, ein bisschen abgewandelt zur ersten: „Diese starken Hände formen ein starkes Land.“ Und dafür könnte man auch jene des ohnehin fleißigen Parteichefs bei der Reform-Arbeit zeigen. Es wäre eine klare Ansage für ein modernes Kärnten.

Opposition in Kärnten – geht das?

Für den Bürger scheint es einfach: Opposition sind die, die dagegen sind. Oder eben die, die gerade nicht zum Futtertrog dürfen. Freilich: In Kärnten ist beides möglich: Futtertrog und Opposition. Denn solange der Proporz nicht abgeschafft ist, solange darf opponierend mitregiert werden. Oder regierend opponiert.

Unter Proporz darf man die verhältnismäßige Beteiligung von Parteien an der Regierung verstehen. Etwa zehn Prozent der Stimmen sind dazu nötig, sprich für einen Sitz in der Landesregierung. Mit diesem Proporz wollten die Gründungsväter der Zweiten Republik alle Parteien mittels Regierungsverantwortung zur Zusammenarbeit zwingen. Eine hehre Motivation, die von der Geschichte überholt wurde.

Mit den Landesräten Ragger und Köfer stellen zwei Parteien Regierungsmitglieder, die im Landtag eindeutige Oppositionspolitik machen. Die einen (die FP) mehr, die anderen (Team Stronach) weniger, aber Oppositionspolitik bleibt es trotzdem. So gesehen sind eigentlich nur die zwei BZÖ-Mandatare Trodt-Limpl und Korak und der „wilde“ Abgeordnete Schalli lupenreine Oppositionelle. Weil sie eben nicht in der Regierung vertreten sind.

FPÖ: Absturz der Diadochen und die Trümmerfrau

Schlüsselszene eins: Kurt Scheuch, freiheitlicher Landesobmann, bezeichnet in einem ORF-Interview pfeifende Demonstranten im Landhaushof als „Mob“ und als „kleines Häuflein elender Lichtleinträger“. Das entsprechende Video auf Youtube (hochgeladen am 29. 7. 2012) brachte es binnen kürzester Zeit auf Zehntausende Klicks.

Schlüsselszene zwei: Eben dieser Kurt Scheuch schließt im ORF-Interview unmittelbar nach der Landtagswahl Rücktritte aus: „Ich gehe nicht von personellen Konsequenzen aus. Gerhard Dörfler und ich werden in der Regierung vertreten sein.“ Auch diese kurze Sequenz ist nachzusehen auf Youtube (hochgeladen am Wahlabend, also am 3. März 2013).

Schlüsselszene drei: Gerhard Dörfler, zu dieser Zeit bereits abgewählter Landeshauptmann, erinnert sich – es dürfte drei, vier Monate nach der Wahl gewesen sein: „14 Tage vor dem Wahltag bemerkte ich, dass die Stimmung kippt. Bei Veranstaltungen war keine Euphorie mehr, keine Begeisterung. Da wusste ich, das geht schief.“

Was war passiert? Die Freiheitlichen erlitten am 3. März 2013 ein Debakel, wie es in der Geschichte der Zweiten Republik beispieillos war. Minus 28 Prozentpunkte, das gab's noch nie. Minus 11 Mandate, ebenfalls ohne Beispiel. Der Landeshauptmann weg, der Landtagspräsident weg, zwei weitere Regierungsmitglieder verloren, der Landtagsklub mehr als halbiert.

In den Redaktionen wurde diskutiert, wie definiert man Derartiges: Erd-rutsch? Erdbeben? Debakel? Schlappe? Kein Wort schien von seiner Bedeutung her ausreichend, um ein solches Geschehen korrekt zu beschreiben.

Dabei war es ganz einfach: Die Diadochen Jörg Haiders hatten sein Erbe streitend, rivalisierend, skandalisierend, übermütig und arrogant gegen die Wand gefahren. Historische Parallelen für die Folgen des plötzlichen Abgangs einer einzelnen dominanten Führungsperson gibt es zur Genüge.

Masseverwalter (und das ist durchaus auch finanziell gemeint, da das Wahlergebnis die Partei Millionen an Förderungen kostete und an den Rand der Pleite führte) wurde nach monatelangem Streit Christian Ragger. Der Landesrat mit dem de facto nicht vorhandenen Referat darf seither versuchen, Trümmerfrau zu spielen.

Wie konnte so etwas passieren? Ist Peter Kaiser im ganzen Ausmaß dieses Wahlergebnisses besser? So gut wie alle Beobachter sind sich einig: nein. Er ist anders, vielleicht besser, seriöser, jedenfalls ruhiger, intellektueller und konstanter. Aber die Wahl war nicht nur eine Entscheidung FÜR die SPÖ mit Kaiser, sie war durchaus eine Entscheidung GEGEN die alles beherrschenden Freiheitlichen. Gegen die Herrenbauern aus dem Mölltal. Gegen die fehlende Distanzierung Gerhard Dörflers von eben diesen Machtbrüdern. Die Sozialdemokraten hatten es bestens verstanden, den Slogan „Wer Dörfler wählt, bekommt Scheuch“ als Flüsterpropaganda unters Volk zu bringen. Die so genannten Neuen Medien wurden diesbezüglich auch erfolgreich bespielt.

Denn die Kärntner rückten in ihrer politischen Grundeinstellung nicht in diesem Ausmaß nach links.

Christian Ragger, 41-jähriger Jurist aus dem Lavanttal, schaffte es zumindest, sich aus der vom Wähler abgestraften Landesregierung in die neue Legislaturperiode zu retten. Ein Kunststück, wohl auch darin begründet, dass Ragger als der am wenigsten mit Skandalen belastete Freiheitliche galt. Auch an der gesamten Hypo-Skandal-Kriminal-Thematik schien Ragger nicht wesentlich angestreift zu sein.

Er schien keine Leiche im Keller zu haben und wurde so zum kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen freiheitlichen Denkschulen. Also, wenn man so will, der moderaten ehemaligen BZÖ-Sympathisanten und des national-freiheitlichen Lagers rund um Andreas Mölzer, Klubobmann

Christian Leyroutz und Co. Was als Stärke ausgelegt werden kann, trägt aber in sich stets die Gefahr einer Sollbruchstelle.

Dazu kommt, dass die Freiheitlichen seit der Wahl noch immer kein Thema gefunden haben, das sie in ihrer bewährten kampagnenartigen Bespielung für sich nutzen konnten und könnten. Der von den Grünen initiierte „Laibach-Bus“ ist zwar teuer, aber in seiner Bedeutung zu gering. Das Hotelprojekt im Mölltal ist auch kein Thema, das Freiheitliche aus dem Wahlschock reißt. Und mehr ist nicht, die Sozialdemokraten, eigentlich die gesamte „Kenia-Koalition“, vermeiden bisher grobe Fehler.

Was Ragger geschafft hat, ist die oberflächliche Stabilisierung. Im Frühjahr 2014 gab die „Kärntner Krone“ bei IMAS eine Umfrage zur politischen Stimmungslage in Auftrag. 17 bis 19 Prozent entschieden sich bei der berühmten Sonntagsfrage für die Freiheitlichen. Eine stabile Bilanz im Vergleich zum Landtagswahlergebnis und angesichts der darauf folgenden Turbulenzen.

Die Nagelprobe kommt am 1. März 2015. Gelingt es Ragger, bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen einigermaßen gut abzuschneiden, dürfte er im Chefsessel unbestritten bleiben. Fährt er hingegen ein schlechtes Ergebnis ein, darf er sich auf einige Sägen freuen, die sich an diesem Stuhl zu schaffen machen.

Darin begründet liegt auch Ragers Bemühen, so rasch wie möglich ein geeintes freiheitliches Lager in Kärnten wieder herzustellen. Sein Werben um die Reste des BZÖ ist so zu interpretieren. Immerhin sind die Kommunalwahlen die letzten, die noch dieses BZÖ als Vergleichszahlen ausweisen. Und da hat die einstige Haider-Gründung 27 Bürgermeister und 789 Gemeinderäte zu verteidigen. Auch wenn diese längst wieder ins blaue Lager wechselten, die Statistik führt sie noch als orange Gemeindepolitiker.

Ragers einzige und wohl auch letzte Chance wird es sein, dieses freiheitliche Lager wieder als kompakten Block rechts der Mitte aufzustellen. Denn dort ist in Kärnten relativ viel Platz. Dem neuen Obmann der Volkspartei, Christian Benger, wird immer noch ein Defizit in der Authentizität – vor allem im Vergleich zu seinem knorrigen Vorgänger Gabriel Obernosterer – nachgesagt. Die ehemaligen Stronach-Wähler sind ebenfalls am Markt. Und Neos ist rechts der Mitte nicht wirklich eine Gefahr. Mit Betonung auf rechts.

Wie weit rechts diese Neuaufstellung einzuordnen sein wird, das allerdings wird noch für einige Grabenkämpfe innerhalb der Freiheitlichen sorgen.

Team Stronach: Schlusspiff oder Verlängerung?

„Geld schießt keine Tore“, lautet – angeblich – eine Weisheit aus dem Fußball. „Geld macht nicht glücklich“, sagt der Volksmund. Diese Allerweltsprüche auf die Politik abzuwandeln fällt leicht: „Geld garantiert auch keine gute Politik.“ Sie ahnen es: Wir sind beim „Team Stronach“. Oder besser: Beim „Team Köfer“, denn etwas anderes ist diese Gruppe aktuell in Kärnten nicht. Hier schließt sich der Kreis zum Fußball, denn der Landesrat ist ein begeisterter Hobbykicker.

36.256 Kärntnerinnen und Kärntner gaben dem Team Stronach bei der Landtagswahl ihre Stimmen. Vier Mandate im Landtag, sogar ein Regierungssitz waren und sind die Folge. Ein aus heutiger Sicht unglaubliches Wahlergebnis. Dabei gilt: „Aus heutiger Sicht.“ Es wäre wohl noch besser ausgefallen, hätte sich der austrokanadische Milliardär im Wahlkampf nicht selbst demontiert und ins Skurrile karikiert.

Doch was kam nach dem Wahltag? Vorerst wenig. Sendepause. Streit. Chaos. Pikante Einblicke. Was heißt eigentlich pikant? Teilweise expliziert sexuell! Wochenlang drehte sich die inhaltliche Diskussion in und um das Team Stronach nur um diese Frage: Hat er oder hat er nicht? Hat das unzweifelhafte Alphamännchen Köfer im ehelichen Revier seines – damals noch – Parteifreundes Siegfried Schalli gewildert oder nicht? Und wenn, wie, wann, wo und warum?

Das brachte völlig überhastete und teilweise diktierete Führungswechsel, irgendwann musste sogar die Juristin und Köfer-Büroleiterin Andrea Krairner kurzzeitig an die Spitze der Partei bzw. des Teams. Was die kuriose und beispiellose Folge hatte, dass die ihm eigentlich weisungsuntergebene beamtete Juristin parteipolitisch zu Köfers Chefin wurde.

Solche Situationen halten sich nie lange, so auch in diesem Fall.

Und Siegfried Schalli? Dessen Abgang Richtung Freiheitliche, der eigentlich keiner ist, machte aus dem Klub Stronach nur noch eine Interessengemeinschaft und aus Klubobmann Hartmut Prasch nur noch den Obmann der diesbezüglichen IG.

Doch was wird aus den eingangs erwähnten 36.256 Stimmen bei der nächsten Landtagswahl? Die neuerliche Kandidatur eines „Team Stronach“ ist auszuschließen. Diese Marke, um in der Sprache der vom Parteigründer so geliebten Wirtschaft zu bleiben, ist am Ende. Damit wären diese Stimmen samt Regierungssitz am freien Markt.

Doch sollten sich die Mitbewerber nicht zu früh freuen. Das wiederum liegt ausschließlich an der Person Köfers, der zwar nicht der engagierteste Sachpolitiker, aber zweifelsohne ein guter Wahlkämpfer mit einem ausgezeichneten Gehör für die Stimmen am Stammtisch ist. Gelingt es Köfer, eine Bürgerliste, vielleicht ein „Team Kärnten“ oder „Team Köfer“ rund

um seine Person, Prasch und die als Obfrau des Kontrollausschusses gute Figur machende Isabella Theuermann zu formen und mit dem einen oder anderen attraktiven Kandidaten zu ergänzen, ist ein Wiedereinzug in den Landtag vorstellbar.

Voraussetzung: Er will es selbst und es juckt ihn nicht zuvor ein Comeback-Versuch in Spittal. Was nach derzeitigem Stand aber nicht sehr wahrscheinlich ist.

Wo sich eine solche Gruppe im handelsüblichen politischen Spektrum einordnen könnte, ist aber völlig unklar. Rechts, links, Mitte, ganz rechts, ganz links – alles besetzt. Bleiben die unzufriedenen Protestwähler. Wie viele das allerdings im Jahr 2018 sein werden, steht in den Sternen. Doch daran entscheidet sich, ob (und wir sind wieder beim Fußball) das politische Gastspiel im Landtag in die Verlängerung geht oder nicht.

Derzeit sieht es eher nach einem Schlusspfeiff aus.

Siegfried Schalli: Was macht ein „Wilder“ eigentlich?

Erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Erst recht in der Politik. Nach dem peinlichen Konflikt mit Landesrat Gerhard Köfer (Schalli in der „Krone“: „Shades of Grey ist nichts dagegen!“) war der Villacher Siegfried Schalli kurzzeitig sogar Parteichef des „Team Stronach“, ehe er letztlich aus der Gruppe ausgeschlossen wurde. Doch der geplante nahtlose Übergang in den freiheitlichen Landtagsklub klappte auch nicht. Zwar betonten sowohl Obmann Christian Ragger als auch Klubobmann Christian Leyroutz Ende Oktober die „einstimmige Aufnahme Schallis als unabhängigen Abgeordneten in den freiheitlichen Landtagsklub“ (Das diesbezügliche Video auf Youtube von der Pressekonferenz schaffte es in mehr als einem Jahr auf magere 200 Klicks ...), doch Schalli ist und bleibt wilder Abgeordneter. Laut Landesverfassung dürfen nur Landtagsabgeordnete einen Klub bilden, die der selben wahlwerbenden Gruppe angehören. Also anders als auf Bundesebene können sich Abgeordnete nicht zu einem Klub zusammenschließen, wenn sie bei der Landtagswahl auf verschiedenen Listen gereiht waren.

Der wahre Hintergrund ist wie oft das Geld. Jeder Abgeordnete bringt den Parteien und Landtagsklubs Förderungen. So wäre Schalli für die Freiheitlichen bares Geld wert gewesen. Was er für das Land als wilder Abgeordneter wert ist, bleibt zu hinterfragen. Den diesbezüglichen Beweis blieb Schalli bisher schuldig.

BZÖ: Kurz vor der allerletzten Wahl

Ist da jemand? Zu Zeiten eines Jörg Haider wäre einem diese Frage nach der Existenz des BZÖ wohl zu allerletzt eingefallen. Zum aktuellen

Zeitpunkt ist das Bündnis nur noch mit den zwei Abgeordneten Johanna Trodt-Limpl und Willi Korak politisch aktiv. Es ist in keinem anderen Landtag vertreten, es flog aus dem Nationalrat, einige Gemeinderäte in Kärnten, der Steiermark und in Oberösterreich blieben übrig. 2013 war für die Orangen tatsächlich ein Seuchsjahr, ob die Partei sich jemals davon erholt? Im Kärntner Landtag versucht das orange Duo Nischen zu besetzen, weiß aber nicht so recht welche. Das BZÖ hat ein ähnliches Problem wie es das Team Stronach hat. Keiner weiß, wofür es steht, selbst weiß man es auch nicht so genau.

Das liegt wohl auch an der fehlenden Führungsfigur. Noch nie ist jemand derart rasch und derart vollständig von der politischen Bühne abgetreten wie Josef Bucher. Der Friesacher tauchte nach der Katastrophe bei der Nationalratswahl in die Versenkung ab und politisch nie mehr auf. Keine Wortmeldungen, keine Aussendungen, keine Stellungnahmen, nichts, absolut nichts. Gerald Grosz kann dieses Vakuum ohnehin nicht auffüllen, und über allen schwebt der übermächtige Schatten eines Jörg Haider. Doch Nostalgie ist nicht wählbar, und die bevorstehenden Gemeinderatswahlen machen die Lage nicht leichter.

Es wird die (durch die sechsjährige Legislaturdauer bedingte) allerletzte Wahl sein, in der noch das „alte BZÖ“ auf den Listen nominiert sein wird. Will heißen: Es stehen 789 Mandate oder 30,9 Prozent in 132 Kärntner Gemeinden als Vergleichsbasis fest. 110.830 Stimmen sammelten die verschiedenen BZÖ-Listen bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2009. Diese fand am selben Tag mit der Landtagswahl statt, die in der Rückschau gerne als „Jörg-Haider-Gedenkwahl“ bezeichnet wird. Ein Aspekt, der sicher auch auf das Ergebnis bei den kommunalen Entscheidungen des 1. März 2009 durchschlug.

Mittelfristig wird das BZÖ wohl in den Freiheitlichen aufgehen. Die Wähler des Bündnisses sind großteils schon vorangegangen.

Dividae et impera

„Teile und herrsche!“, niemand kennt exakt den Ursprung des Sprichwortes. Die lateinische Formulierung wird Machiavelli zugeschrieben, aber auch Ludwig XI. von Frankreich wird des Öfteren als Quelle genannt. In der politischen Praxis lässt sich dieses „Teile und herrsche!“ bis ins Römische Reich zurückverfolgen, hat aber nichts an seiner realpolitischen Aktualität verloren. Unter einer solchen Aufteilung leidet auch die so genannte Opposition im Kärntner Landtag – egal, ob man damit nur das nicht in der Regierung vertretene BZÖ und Siegfried Schalli versteht. Oder ob man alle

inkludiert, die nicht der Koalition aus SPÖ, ÖVP und Grünen angehören. Also auch das Team Stronach und die Freiheitlichen.

Eine wieder mächtige Sozialdemokratie mit 14 Mandaten einerseits und vier etwa gleich starke andere Gruppierungen (FP, VP, Grüne, Stronach), eine noch schwächere (BZÖ) und ein „Wilder“. Unter diesen Voraussetzungen kann die SPÖ teilen und herrschen, und sie ist nicht einmal auf die Kenia-Koalition angewiesen. Denn auch mit nur einem der derzeit zwei Partner (wohl am ehesten nach einem Ausstieg der ideologisch ohnehin nicht sehr koalitionskompatiblen Volkspartei mit den Grünen) hätte sie eine knappe Mehrheit im Landtag. Solche Verhältnisse machen unerpressbar.

Und die Opposition? Die kann nur abwarten und auf einen Ausrutscher hoffen, der derart gravierend ist, dass er sich bei den nächsten Wahlen für die SPÖ rächt. Das erklärt auch die vielfach abwartende Haltung der Sozialdemokratie, die manchmal den Eindruck erweckt, sie regiere nach dem Motto „Nur keinen Fehler machen“.

Selbst eine gemeinsame Plattform der Oppositionsparteien würde im Moment wenig ausrichten können. Doch was ist ein Moment in der Politik? Gar in der Kärntner Politik?

Der kurze Tweet zum langen Abschied oder: Die Mediamorphose der größten Kleinstformate

Parallel zur politischen Entwicklung verändert sich
Kärntens Medienlandschaft vom vielfältigen Sonderfall
zum ganz normalen Zukunftskrisenszenario

Prolog: Kärnten – ein Sonderfall

Kärnten und die Politik.¹ Ein Sonderfall. In keinem anderen Bundesland gab es mehr Machtwechsel, stellten vier Parteien einen Landeshauptmann, war die FPÖ führend und regierte Jörg Haider.

Kärnten und die Medien. Ein Sonderfall. In keinem anderen Bundesland mischte länger ein Parteiblatt mit, standen mehr Journalistinnen² den Politikern gegenüber, war die Quote der Zeitungsläser so hoch³ und blieb der Wettbewerb auf Kleinstformate beschränkt.

Von der Rivalität der sechst- und siebtgrößten Stadt Österreichs – dem immer schon roten Villach und dem buntscheckigen Klagenfurt – bis zum höchsten Prozentsatz an Heimatradiohörern und dem reichweitenstärksten „Bundesland heute“⁴ ließe sich diese Liste der Kärntner Besonderheiten fortsetzen. Zumindest bis 2013. Seitdem absolvieren Politik und Medien einen Parallelsalom zur österreichischen Normalität. Die erste Landesregierung in Dreierkoalition sticht zwar ebenso heraus wie die größte Reichweite einer Tageszeitung in ihrem Heimatbundesland, doch neben der Parteipräferenz nähert sich hier auch die Pressegewichtung dem Bundesdurchschnitt an. Dabei teilen die privatwirtschaftlichen Medien eine Entwicklung der demokratiepolitischen Exponenten: Sie stecken in einer tiefen Krise. Es grassiert die Zukunftsangst. Kärnten ist ein Labor wie viele für den radikalen Umbruch der Medienlandschaft. Doch durch die rasante Entwicklung vom Sonderfall zum Normalzustand wirkt die Darstellung von regionalen Eigenheiten wie ein Zeitraffer der großen Veränderungen.

Österreichs stärkste Krone

Augenscheinlich ist die immer noch wachsende Konzentration im Printmedienbereich. Das beginnt mit dem Wettbewerb der beiden größten

Tabelle 1: Reichweitenentwicklung der Tageszeitungen in/ aus Kärnten im 20-Jahre-Vergleich. Die Prozentwerte (für die Bevölkerung ab 14 Jahren) aus den jährlichen Media-Analysen bzw. rollierenden Studien ab 2007/2008 sind aufgrund von Methodenänderungen (z. B. 2013/2014) nicht durchwegs miteinander vergleichbar, doch der Abstand zwischen den Blättern innerhalb eines Jahres unterliegt immer der jeweils gleichen Methode.

	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13							
Reichweite in %																											
Kärnten																											
Kleine Zeitung						61,8	59,5	58,0	58,0	57,8	56,3	56,0	55,0	55,4	55,7	54,7	52,4	52,8	49,8	50,1	52,4	51,0	48,7	48,6	47,7	52,7	
Kronen Zeitung						51,2	53,3	54,2	50,7	49,7	50,9	50,5	50,5	42,2	46,9	46,7	47,3	46,3	46,2	42,8	41,5	40,6	42,1	46,0	44,2	40,8	41,0
Neue KTZ						14,3	15,8	15,0	17,1	16,0	17,7	15,0	14,8	11,1	10,9	10,3	10,5	12,3	11,2	9,0	8,0	8,6					
Kärnten/Osttirol																											
Kleine Zeitung	53,8	53,9	55,9	54,5	56,6	58,1	55,9	55,0	55,4	54,9	53,4	54,5	53,6	53,6	54,3	54,2	52,4	50,7	51,8	49,4	49,1	51,2	50,0	47,4	48,1	47,1	51,6
Kronen Zeitung	44,7	42,7	44,7	47,2	51,7	50,7	53,1	53,1	50,0	48,2	50,0	48,8	49,7	42,1	46,4	46,1	45,8	45,5	45,3	42,1	41,2	40,0	38,2	44,2	43,1	39,7	40,0
Neue KTZ	15,3	15,9	16,0	14,0	15,1	13,3	14,4	13,7	15,6	14,7	16,3	14,0	13,7	10,7	10,3	9,6	9,7	11,5	10,4	8,4	7,5	8,1					

Kauf-Tageszeitungen Österreichs (*Krone* und *Kleine*), deren Wettbewerb in Kärnten kurzfristig so „Kopf an Kopf“ gewirkt hat, wie er es zuletzt vor einem Jahrzehnt in der Steiermark war. Das geht weiter mit der Begleitung durch die stärksten Gratis-Wochenblätter (*Meine Woche* der RMA – Regionalmedien Austria) im künstlichen Wettbewerb mit den 14-tägig erscheinenden Produkten (den *Kärntner Regionalmedien*) aus dem eigenen Hause (Styria Media Group AG) und der gemeinsamen echten Konkurrenz zum Kost-Nix-Magazin (Weekend) des einstigen Mitbegründers ihres Unentgeltlich-Ringes (Familie Lengauer). Das endet beim sang- und klanglosen Verlust der dritten Tageszeitung im Lande (*KTZ – Kärntner Tageszeitung*), wodurch es im gesamten Staat nur noch 13 solche Dinosaurier-Medien gibt⁵, was ein weltrekordverdächtiger Tiefstwert in Relation von Bevölkerungsgröße zu Titelvielfalt sein dürfte – zumindest für Demokratien.

Während in der österreichischen Gesamtbetrachtung die *Krone* sich zusehends vom Thron eines solchen globalen Champions stürzt – sie galt lange als die reichweitenstärkste Tageszeitung im Verhältnis zur Einwohnerzahl –, wirkt sie aus der Kärntner Perspektive nach wie vor stärker als in allen anderen Bundesländern. 41,0 Prozent der über Vierzehnjährigen lesen sie hier täglich⁶, auf eine höhere Quote kommt sie nicht einmal in Niederösterreich und im Burgenland, Österreichs beiden einzigen NUTS-2-Regionen ohne eigene Tageszeitung.

Die Kleine ist noch stärker

Doch dieser Erfolg zählt wenig, wenn der direkte Konkurrent hier mit 52,7 Prozent außer Reichweite enteilt: Die *Kleine* ist allein durch ihre Verbreitung in der Steiermark und Kärnten seit vielen Jahren stabil die zweitstärkste Kauftageszeitung Österreichs. Sie hat diesen Status – vorbei am *Kurier*, dem einst größten Blatt der Republik – vor allem durch ihre frühzeitige Regionalisierung erreicht. Mit einer eigenen Redaktion für jeden Bezirk und einer speziell für dessen Bevölkerung mutierten Ausgabe kämpfte sie sich 1994 auch in der Steiermark wieder nachhaltig vorbei an der *Krone*, hinter der sie zuvor allzu viele Jahre mit Platz 2 vorlieb nehmen musste. In Kärnten reichte ihr Spagat zwischen Qualität und Regionalität ohnehin seit jeher für die Spitzenposition und wurde nicht einmal durch das Zusammenspiel von *Krone* und *KTZ* über den gemeinsamen Vertrieb in der Mediaprint wirklich gefährdet. Umso überraschender war es, dass die Media-Analyse 2012 dem Platzhirschen im Reich der regionalen Kleinstformate mit 48,7 nur noch 2,7 Prozentpunkte Vorsprung auf den Mitbewerber auswies – ausgerechnet für das Vorbereitungsjahr jener politischen Veränderung, an der die *Kleine* durch ihre pointiert kritische Berichterstattung durchaus Anteil hatte. Die Redaktion verstand die Welt nicht mehr – und die Verkaufsabteilungen haderten mit der Media-Analyse (MA).

Österreichs größte kontinuierliche Marktforschung ist nach 50 Jahren ein methodisches Auslaufmodell.⁷

Erst seit 16. Oktober 2014 wirkt wieder alles nach eitel Wonne am Verlags-sitz in der Klagenfurter Hasnerstraße. Denn die an diesem Tag veröffentlichte MA 2013/14 ist zwar mit den früheren Ausgaben der Media-Analyse nicht vergleichbar, bescheinigt der *Kleinen* aber wieder den magischen Fünfer als erste Ziffer der Reichweite und ihren drittgrößten Vorsprung aller Marktforschungszeiten vor der *Krone*.⁸ Dadurch fühlt sich die Redaktion auch in ihrem politischen Kurs wieder bestätigt, dessen leichte Zeichen der Verunsicherung zuvor aber ohnehin eher der Positionsfindung gegenüber den veränderten politischen Machtverhältnissen geschuldet waren als einem befürchteten Druck des Marktes.

Die Kärntner ist nicht Meine Woche

Eine solche Neupositionierung hat auch *Meine Woche* vollzogen, jene einst *Kärntner Woche*, die durch ihr Aufgehen in der Regionalmedien Austria (RMA) den Nomen-est-omen-Kurs des stärkeren Partners *Bezirksblätter* annehmen musste. Von der wöchentlichen Landeszeitung im inhaltlichen Wettstreit mit dem Leitprodukt des eigenen Konzerns ist nicht viel geblieben. Zwei Seiten für Kärnten, eine für Österreich, der Rest ist Lokalberichterstattung für den jeweiligen Bezirk. Das verführt entfernte Betrachter leicht zur Vermutung des Unpolitischen, gilt aber als Erfolgsgeheimnis nicht nur der Gratiswochenzeitungen: „Every business is local“ oder wie Medienmanager Hermann Petz, der Vorstandsvorsitzende des zweiten RMA-Eigners Moser Holding (50 Prozent wie die *Kleine-* und *Woche-*Mutter Styria) immer wieder verkündet: „95 Prozent der Menschen verbringen 95 Prozent ihrer Zeit in einem Umkreis von 25 Kilometern.“

Die Nagelprobe, ob *Meine Woche* die politische Relevanz der *Kärntner Woche* fortsetzen kann, steht also erst bevor: Ihre Wirkung wird sich bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im März 2015 zeigen. Angesichts einer Renaissance des Klinkenputzens im Wahlkampf und der sich parallel dazu rasant entwickelnden Internet- und Social-Media-Affinität Kärntens ist die These relativ risikolos, dass *Meine Woche* in der politischen Auseinandersetzung eine umso größere Rolle spielen wird, je kleiner die Gemeinde ist, aus der sie berichtet. Als landespolitischer Mitspieler hat sie dagegen nahezu abgedankt.

Das Ende der Parteizeitung(en)

Unfreiwillig und komplett verschwunden als intervenierender Faktor im Kampf der größten Kleinstformate ist dagegen die *Kärntner Tageszeitung*.

Erst ein Haftbefehl aus München, dann das Auslieferungs-Okay aus Graz, schließlich der Konkurs in Klagenfurt: Was am 28. Oktober 1945 hoffnungsvoll als *Neue Zeit* begonnen hatte, fand am 28. Februar 2014 als *KTZ* ein trauriges Ende. Das Untertauchen von Ex-Geschäftsführer und de-facto-Eigentümer Dietmar Wassermann war dafür Anlass, aber nicht Ursache. Mit dem Tod der *KTZ* endet die traditionsreiche Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie als Tageszeitungsverleger. Das ist aber erst die vorletzte Etappe im langen Sterben der Parteiblätter⁹, von denen jetzt nur noch eines im Besitz der ÖVP besteht – das *Neue Volksblatt* in Linz (siehe auch Fußnote 11).

Der Anfang vom Ende des roten Kleinformats in Klagenfurt war der teilweise Rückzug der SPÖ Ende 2009, als der damalige Chefredakteur Ralf Mosser und Geschäftsführer Bernhard Wernig je 22,5 Prozent übernahmen und der Verleger Hansjörg Berger mit der BB&Partner Vermögens- und Liegenschafts GesmbH 10 Prozent. 45 Prozent blieben vorerst bei der SPÖ, bis ein Jahr später plötzlich Bergers Firma zum Alleineigentümer avancierte, um schließlich 75 Prozent an die Consultingfirma MS 4 abzugeben, hinter der sich jener Dietmar Wassermann verbarg, dessen Untertauchen den Untergang der *KTZ* besiegelte. Diese galt ungeachtet der Bundespressförderung von jährlich rund einer Million Euro und einer bis 2012 auch reichlich sprudelnden Landespressförderung als Musterschülerin unter den Parteiblättern.

Als die gelernte Lehrerin Claudia Grabner¹⁰ – ab Februar 2013 letzte Chefredakteurin der *KTZ* – 1993 das Klassenzimmer zugunsten der Redaktion am Viktringer Ring in Klagenfurt verließ, kam das Blatt auf 15,6 Prozent Reichweite in Kärnten und Osttirol. Noch 1985, ein Jahr vor Jörg Haiders Aufstieg zum Bundesparteichef der FPÖ, hatte es mit 29,1 Prozent die höchste Reichweite in seiner Geschichte erreicht, die später viele Jahre lang durch eine Verlagskooperation mit der Mediaprint und dadurch der *Krone* mitbestimmt wurde. Die Partnerschaft endete erst im Zuge der Privatisierung 2009. Bei ihrer letzten Teilnahme an der Media-Analyse 2011 erreichte die *KTZ* noch 8,6 Prozent der über 14-Jährigen im Land.

Willkommen in der Normalität

2013 und 2014 werden also in Kärntens Mediengeschichte eingehen als die Jahre der großen Flurbereinigung und der Angleichung an österreichische Verhältnisse. Deren auffälligstes Charakteristikum sind die Medienkonzentration im Allgemeinen und die Pressekonzentration im Besonderen. Letztlich können die Bürger fast überall nur aus zwei Blättern wählen, wenn sie tagesaktuelle regionale Informationen wollen – ergänzt durch noch lokalere Nachrichten im Wochenrhythmus.¹¹ Kärnten ist nach der

Politik also auch mit seinen Medien in der Normalität à l'Autriche angelangt. Spitzfindige könnten aber bemerken, dass nun im einen Bereich eine Dreierkoalition werke, während im anderen Sektor nur die Zweifalt herrsche.

Dies stimmt allerdings nur unter Einordnung des ORF als eigener Liga statt als Mitbewerber in der täglichen Berichterstattung. Diese Konkurrenzsituation stellen Tageszeitungen wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwar mitunter kokettierend in Abrede, doch sie existiert mehr denn je in Inhaltsschöpfung wie Werbefinanzierung. Infolge der technischen Medienkonvergenz, dem Zusammenwachsen von Print, Audio, Video und Online, wird sie noch deutlich intensiver. Denn die Zeitungen verspüren massiven Druck, via Internet auch Bewegtbilder anzubieten. Nach dem Angriff durch die den Blättern über ihre Konzernstrukturen zuzuordnenden Privatradios – in Kärnten also *Antenne* und *KroneHit* – ist die Attacke im Fernsehbereich längst absehbar. *Kleine.tv* nutzt die flexibleren Strukturen seines Medienhauses, um permanent früher mit Videos über regionale und lokale Themen online zu sein als der öffentlich-rechtliche Anbieter es mit seiner aufwändigeren Technik und handwerklichen Qualitätsverpflichtung vermag.

ORF-Kapriolen gestern und heute

Anders als die privatwirtschaftlich organisierte Presse befindet sich der ORF allerdings in der Zwitterrolle, ausgerechnet über jene Politik zu berichten, von der er direkt abhängig ist. Wie in Wien der Stiftungsrat in ganz offen parteipolitischer Zusammensetzung als Aufsichtsorgan agiert, dem letztlich auch die Wahl des Direktoriums obliegt, so ist die Bestimmung des regionalen Statthalters seit jeher ein Wechselspiel mit dem Landeshauptmann. Dreister als bei der Bestellung von Landesdirektorin Karin Bernhard hat dieses Machtspiel allerdings noch keiner formuliert: „Der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler und ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz haben sich (...) endgültig auf eine neue Führung des ORF-Landesstudios geeinigt“, ließ der Freiheitliche schon zwei Tage vor ihrer Wahl durch den angeblich unabhängigen ORF-Stiftungsrat aussenden.¹² Selten agiert die Realpolitik derart transparent.

Umso erstaunlicher verhält sich sein sozialdemokratischer Nachfolger Peter Kaiser gegenüber dem ORF. Die Wahl der/s nächsten Landesdirektorin/s ist zwar erst 2016, die Gelegenheit, sich von einem Stiftungsrat aus der orange-blauen Ära zu trennen, ließ der rote Hoffnungsträger aber schon im März 2014 spektakulär ungenutzt verstreichen. Dass Sigggi Neuschitzer weiterhin die Interessen Kärntens im höchsten Gremium des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vertritt, soll dessen Führung auf dem Wiener

Küniglberg *not amused* haben. Manche Politikbeobachter dagegen werten es als geradezu grenzgenialen Schachzug: Einerseits werde der wider Erwarten wieder Bestellte dies mit totaler Loyalität danken, andererseits könne der generöse Kaiser dies immer als Alibi seiner parteiübergreifenden Politik verwenden.

Personalwechsel in Chefsesseln

Es braucht erst Personalien wie diese, um jene ins Gerede zu bringen, die alles lieber ins Gerede bringen als ihre Branche und Arbeit. Das Paradoxon einer Branche, deren Inhaltsschöpfer sich grundsätzlich auch im Spannungsfeld zwischen Eitelkeit, Exhibitionismus und Narzissmus bewegen müssen, um an die Spitze ihrer Organisationseinheiten zu gelangen, wurde in Kärnten zuletzt jedoch an nahezu allen Fronten durchbrochen. Das liegt nicht nur an wachsendem unternehmerischem Marketingzwang und steigender persönlicher Auftrittslust der journalistischen Akteure, sondern mehr noch an den Personalwechseln für die redaktionellen Schlüsselpositionen. Solche Namen sind Nachrichten: Während im Herbst 2012 in der *Kleinen* Eva Weißenberger als Chefredakteurin Reinhold Dottolo nachgefolgt ist, der das Blatt seit 1992 geleitet hatte, hat im Sommer 2013 in der *Krone* Fritz Kimeswenger die Politikberichterstattung von Waltraud Dengel übernommen, die dem Blatt dreißig Jahre lang gedient hatte. Seit es die *KTZ* nicht mehr gibt, ist auch ihre letzte Chefredakteurin Claudia Grabner aus der Branche verschwunden. Unterdessen wollte Uwe Sommersguter als letzter Chefredakteur der *Kärntner Woche* schon im April 2012 deren Neupositionierung nicht exekutieren und wechselte zur *Kleinen*, wo er als Leitender Deskchef in Klagenfurt fungiert – und den „Relaunch aller Plattformen“ der *Kleinen* leitet, der dadurch die größte Veränderung ihrer Geschichte bevorsteht. Seitdem ist Gerd Leitner Chefredakteur von *Meine Woche*.

So wie viele Führungsrollen der Politik in Kärnten neu vergeben sind, so haben also auch zahlreiche Gegenüber in den Medien gewechselt. Dieser Umbruch reicht bis tief ins Management der Konzerne. Der Kärntner Horst Pirker leitet zwar schon seit 2010 nicht mehr die *Styria*, doch der Exodus seiner Leute hält an. Dietmar Zikulnig, erst Geschäftsführer der *Woche* und dann der *Kleinen*, wurde dort von seinem Vorgänger Walter Walzl abgelöst. Nun versucht er – erneut unter Pirker – den News-Verlag, die größte Magazingruppe Österreichs, wieder flott zu kriegen. Die steht u. a. im Wettbewerb mit dem neuen Magazinring der *Bundesländerinnen*, zu dem nun auch der *Kärntner Monat* gehört – nach dem Wochenzeitungsriesen RMA ein weiteres Joint Venture von Moser Holding und *Styria*, die an diesem Unternehmen jedoch statt 50 nur die Sperrminorität von 25,1 Prozent hält.

Epilog: Kärnten – eine Chance zum Wandel

Das Personalkarussell verdeckt aber wie die Quotenschau letztlich bloß den Überlebenskampf einer allzu lange überaus verwöhnten Branche, deren Ansehen gesunken ist wie ihre Gewinne. Den Geltungsverlust teilen die traditionellen Medien mit der etablierten Politik: Sie unterliegen einem technisch getriebenen Wandel der Massenkommunikation, in dem Marktmacht nicht mehr über Großunternehmen oder Mitgliederparteien definiert wird. Durch rasantes Aufholen seines fast zwei Jahrzehnte währenden Rückstands in der Internetnutzung insgesamt, aber vor allem durch die ebenso rasch steigende Anwendung neuer Tools und Apps erlebt Kärnten diesen Umbruch der Öffentlichkeit, das Austarieren im Wechselspiel von digitaler Ansprache und analoger Präsenz besonders heftig. Von der Neuausrichtung im Landespressedienst bis zur Positionierung der Tourismuswerbung

Tabelle 2: Bundesländervergleich von diversen Internet-Nutzungen (laut Media-Analyse 2013/2014). Nach jahrelangem Nachhinken holt Kärnten in einigen Kategorien deutlich auf. Während es bei den Online-Informationen der traditionellen Anbieter von Print, Radio und TV weiter zurückbleibt, liegt es bei Social Media bereits auf Rang 3.

Internet-Nutzung in den letzten vier Wochen (Bevölkerung über 14 in %)	aktuelle Nachrichten News	Zugriff auf Zeitungs- und Zeitschrifteninhalte	TV-Sendungen und Mediatheken nutzen	Radio hören	eigene Inhalte gestalten	Chatten, Newsgroups, Foren, Blogs	Soziale Netzwerke Social Networks	Videoclips ansehen	Internet-Banking
ÖSTERREICH	44,8	32,9	22,0	17,0	24,9	26,9	36,9	42,5	41,6
Bundesland									
Wien	54,7	41,9	29,0	23,0	32,8	34,4	44,6	51,0	45,5
Niederösterreich	40,7	28,6	20,8	14,1	22,6	25,8	34,3	39,6	39,8
Burgenland	40,7	32,5	18,4	15,2	18,4	23,5	31,7	37,4	28,8
Steiermark	41,1	33,7	19,9	15,8	22,0	23,3	36,0	41,2	35,9
Kärnten	38,1	25,8	17,8	12,9	23,3	20,6	36,3	41,5	39,1
Oberösterreich	42,8	29,8	22,0	15,3	23,7	25,7	34,9	40,8	44,9
Salzburg	44,3	32,7	20,7	17,5	20,4	25,3	32,5	36,7	43,2
Tirol	41,5	30,7	17,5	15,9	24,2	25,4	33,4	39,8	43,1
Vorarlberg	56,9	34,7	21,8	21,2	26,9	29,3	40,2	44,9	45,7

Tabelle 3: Bundesländervergleich von diversen Social-Media-Nutzungen (laut Media-Analyse 2013/2014, bei leeren Feldern war die Fallzahl zu klein für seriöse Aussagen). Auch hier ist das Bild uneinheitlich: Geht es um den Kontakt zu Familie und Freunden, liegen die Kärntner bereits auf Rang 3. Ein Drittel der über 14-Jährigen nutzt hier Facebook und Ähnliches für solche Zwecke. Bei der freien Meinungsäußerung herrscht dagegen Nachholbedarf.

Social Media Nutzung in den letzten vier Wochen (Bevölkerung über 14 in %)	Mit Familie/Freunden in Verbindung bleiben	Berufliche Kontakte knüpfen	Meine Meinung mitteilen	Mich über Produkte austauschen	Direkter Kontakt mit Unternehmen	Zur Unterhaltung bzw. Entspannung	Spielen (Online-Games)	Meine Bilder/Videos verwalten/teilen	Mit Marken/Unternehmen verlinken
ÖSTERREICH	34,1	10,0	10,5	8,1	5,6	24,7	11,1	16,7	9,4
Bundesland									
Wien	42,3	14,8	16,8	13,0	8,6	32,3	14,8	24,6	13,5
Niederösterreich	30,9	9,7	9,9	7,6	5,8	22,4	10,8	15,7	9,7
Burgenland	29,4	8,0	6,4			19,0	8,1	10,1	8,0
Steiermark	31,8	9,5	9,7	6,8	5,0	24,7	10,5	16,3	8,4
Kärnten	33,7	6,8	7,6	7,4	4,4	23,7	10,0	11,8	7,2
Oberösterreich	32,8	8,7	9,4	6,8	4,8	23,4	11,4	14,5	9,2
Salzburg	29,8	7,0	6,5	6,4		19,6	8,5	13,4	7,5
Tirol	31,6	7,8	8,0	5,8		20,3	9,4	13,2	6,3
Vorarlberg	37,6	11,0	8,6	6,5		24,7	7,9	17,5	7,0

werden zuhauf neue Mitspieler auftauchen, die nicht mehr eindeutig in Medienmacher und Mediennutzer zu unterscheiden sind.

Das Tempo dieser Veränderung diktieren unterdessen Einzelpersonen vor dem Hintergrund ihrer Massenmedien – aber auf jenen neuen Plattformen, in denen die Kärntner noch unterrepräsentiert sind. Das Ost-Süd-Gefälle in der professionellen Nutzung von Facebook und Twitter ist nicht flacher als die Abfahrt von der Pack. Dennoch wird Social Media spätestens im nächsten Landtagswahlkampf auch hier eine entscheidende Rolle spielen – im Wechsel mit den etablierten Massenmedien. Einen Vorgeschmack darauf gab soeben Armin Wolf: Der Anchorman der ZIB 2 und Österreich-Meister der Twitter-Blase erreichte via Facebook allein mit seiner Bemerkung „Versenkt.“ 4,5 Millionen Menschen. Er erhielt dafür 70.000 Likes, wurde 6.000 Mal geteilt und erntete 1.500 Kommentare. Dabei hatte er

damit nur die süffisante, sprachlich präzise Antwort der grünen Abgeordneten Alev Korun an einen ausländerfeindlichen, aber der deutschen Rechtschreibung wenig mächtigen Kritiker gewürdigt. Aber was hat dies mit Kärnten zu tun? Das alles auslösende rassistische Posting kam von hier.

Dennoch ist die Veränderung des Landes in vollem Gange. Das kritische Wechselspiel von Politik und Medien wirkt als Motor dafür. Denn der Wandel birgt mehr Chancen als Risiken. In der Kommunikationsära ziehen die hochmobilen kreativen Köpfe der Digitalisierung dorthin, wo sie die besten Rahmenbedingungen für ihre Work-Life-Balance vorfinden. Dieser Zug der digitalen Nomaden hat schon Städte am Rande der Welt – wie Estlands Metropole Tallin – zu globalen Hotspots der nächsten Generationen geadelt. Kärnten verfügt über alles, um auch solch ein Anziehungspunkt zu werden. Doch es muss diesen Weg erst gehen wollen.

Anmerkungen

- 1 Da dies kein wissenschaftlicher Artikel, sondern ein journalistischer Beitrag ist, dienen die Fußnoten – falls nicht als Erläuterungen oder Quellenangaben – vor allem als Hinweise auf weiter führende frühere Arbeiten des Autors.
- 2 Siehe auch: Peter Plaikner, „Stadt der Frauen“, *Der österreichische Journalist*, Ausgabe 12/2011+01/2012, online verfügbar unter: <http://www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-122011012012/stadt-der-frauen/> (2. 11. 2014)
- 3 Siehe auch: Verein ARGE Media-Analysen, Berichte 2001–2013/14, online verfügbar unter <http://www.media-analyse.at/studies.do> (2. 11. 2014)
- 4 2011 hatte „Kärnten heute“ mit 67 Prozent den höchsten Marktanteil aller „Bundesland heute“-Sendungen, um 2012 wieder hinter Vorarlberg und 2013 auch Tirol zurückzufallen, die auch früher voran lagen. – Siehe auch: ORF, Jahresberichte 2009–2013, online verfügbar unter http://zukunft.orf.at/show_content2.php?s2id=170 (2. 11. 2014)
- 5 Siehe auch: Peter Plaikner, „Patient Printmedium und Prinzip Presseförderung“, *Salzburger Nachrichten*, 11. 8. 2014.
- 6 Media-Analyse 2013/14, online verfügbar unter <http://www.media-analyse.at/studien-PublicPresseTageszeitungBundesland.do?year=13/14&title=Tageszeitungen&subtitle=Bundesland> (2. 11. 2014)
- 7 Siehe auch: Peter Plaikner: „Media-Analyse: Reform überfällig“, *Die Presse*, 13. 10. 2011; bzw. Peter Plaikner: „Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich“, *Der österreichische Journalist*, Ausgabe 10-11/2014.
- 8 Für Kärnten und Tirol werden von der Media-Analyse erst seit 1999 Bundesländer-Reichweiten ausgewiesen, bis dorthin beziehen sich die veröffentlichten Daten immer auf Kärnten und Osttirol bzw. Nordtirol. Nur 2007 (12,9) und 2011 (11,8) lag die *Kleine* in Kärnten noch mehr Prozentpunkte vor der *Krone* als in der MA 2013/14 (11,7).
- 9 Siehe auch: Peter Plaikner, „Der letzte Mohikaner“, *Der österreichische Journalist*, Ausgabe 06-07/2011, online verfügbar unter: <http://www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-06072011/der-letzte-mohikaner/> (2. 11. 2014)
- 10 Siehe auch: Peter Plaikner, „Sag zum Abschied leise: Zukunft“, *Der österreichische Journalist*, Ausgabe 04-05/2014.

- 11 Abgesehen vom urbanen Sonderfall Wien und seinem Umfeld in Niederösterreich und dem Burgenland – beide ohne eigene Tageszeitungen – herrscht in fünf Bundesländern das Duell: regionaler Platzhirsch kontra *Krone*; also gegen *Kleine Zeitung*, *Tiroler Tageszeitung*, *Salzburger Nachrichten*, *Oberösterreichische Nachrichten*. Im Krone-losen Ländle haben die *Vorarlberger Nachrichten* hauseigenen Wettbewerb durch die *Neue Vorarlberger Tageszeitung*. In Oberösterreich existiert zwar auch noch die letzte Parteizeitung Österreichs, das *Neue Volksblatt* der dortigen ÖVP ist allerdings kein Faktor auf dem Lesermarkt. Es unterzieht sich seit Jahren keiner Reichweitenstudie oder Auflagenkontrolle, bekam aber regelmäßig Bundespresseförderung. – Siehe auch: Peter Plaikner, „Wert & Preis: Eine Formel für Presse und Parteien“, *Der Standard*, 5./6. 4. 2014.
- 12 APA-OTS Originaltext-Service, „Karin Bernhard wird neue ORF-Kärnten Chefin“, 13.11.2011, online verfügbar unter http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110913_OTS0061/karin-bernhard-wird-neue-orf-kaernten-chefin (2. 11. 2014)

Hochkultur der Gartenzwerge oder: Heimat, Heimat, über alles!

Wenn Kultur ein Teil der Identität eines Landes ist, muss man sich eine Frage stellen: Was sagen das ruinöse Landesmuseum, die Endlos-Geschichte der Seebühne – von Abbau über Verkleinerung bis hin zum möglichen Verkauf an einen Wiener Partymeile-Pächter – und ein Gartenzwerge-Casting im Klagenfurter Stadttheater über den Zustand Kärntens aus? Über den Zustand der Kultur und der Identität.

Der Kultur ein finanzmarodes Dasein zu bescheinigen fällt in Kärnten insofern leicht, weil die klamme Situation des Landes hinlänglich bekannt und in vielen Bereichen der öffentlichen Finanzierung sichtbar wird. Die blaue Vorgänger-Regierung unter Landeshauptmann Gerhard Dörfler mit ihrer – oft gehörten – „verschwenderischen Politik“ muss bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Erklärung oder Sündenbock herhalten. Einschnitte, Förderstopps und schwindende Leistungen der öffentlichen Hand sind wohl zu einem Teil damit erklärbar. Und wenn Leistungen des Landes teils nur mehr schwer bis gar nicht finanzierbar sind, gehen Argumente für gekürzte Kulturförderung oder ein klares Aus für gewisse Projekte vergleichsweise wie geschmiert über die Lippen. Als Sinnbild für das Ende umstrittener Kulturprojekte dient die Seebühne samt ihrer bewegten Geschichte der letzten Monate – von Abbau über Rückbau bis zum Verkauf an potenzielle Betreiber.

Ein Symptom namens „Seebühne“

Angesichts schmerzhafter Budgetsanierung, die auch die Kärntner Kultur nicht ohne Blessuren überstehen kann, ist die Verlockung groß zu behaupten, früher war alles besser. Dass es zumindest anders war, zeigt jede Rückschau, wenn man sie auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit betreibt.

Und auch da eignet sich die Seebühne seit ihrer Installierung und erstmaligen Bespielung im Jahr 1999 als leicht begreifbares, weil stets öffentlich diskutiertes Symbol für laufende Veränderungen.

Als Ziehvater einer Musicalbühne, die ursprünglich international für Aufmerksamkeit sorgen sollte, wurde der Stadttheater-Intendant Dietmar Pfliegerl auserkoren. Jörg Haider behandelte sein künstlerisches Baby als schillerndes Prestigeprojekt und wollte – wie so oft – für Furore sorgen. In der Premieren-Saison musste es allerdings schnell gehen. Die knappe

Vorbereitungszeit reichte für eine Musical-Revue, die auf den, rückblickend betrachtet, bedeutungsschwangeren Namen „It's Showtime“ hörte – Uwe Kröger stand auf der Bühne; die Show wurde mit einem aufwändigen Feuerwerk am Himmel über dem Wörthersee beendet. Immerhin: In den Jahren zwei und drei – mit der „Rocky Horror Show“ und „Evita“ – brachte Pflegerl mit seinem Team eigens inszenierte Musicals zur Aufführung. Die Vorstellungen waren – so die kolportierten Zahlen – gut besucht. Kritiker auch jenseits der Kärntner Grenzberge fanden lobende Worte für die künstlerische Leistung. Erste Schritte auf dem Weg zu einer renommierten Sommer-Bühne für Musical-Produktionen schienen getan. Die Stimmung unter den stolzen Stammmitarbeitern im Stadttheater war trotz des erhöhten Aufwands zwischen den Spielsaisonen im Haupthaus entsprechend optimistisch – allerdings nicht von langer Dauer.

Wenig überraschend überwarf sich der damalige Landeshauptmann mit seinem – politisch und ideologisch betrachtet – Gegenpol Pflegerl. Der öffentlich ausgetragene Streit der beiden Alphatiere sorgte für Aufsehen der anderen Art. Haider präsentierte kurzer Hand Elmar Ottenthal als künstlerischen Leiter. Im Jänner des vierten Seebühnen-Jahres beschloss man alternierende Bespielungen von Stadttheater und „Wörtherseefestspiele“. Nach dem Ausstieg des Stadttheaters machte die Seebühne vor allem mit zwei Umständen von sich reden.

Erstens: Die als obszön wahrgenommene Gage von Kurzzeitintendant Renato Zanella – kolportierte 189.000 Jahreseuro.

Zweitens: Desaströse Finanzgebarung nach künstlerisch wenig beachteten Produktionen wie Falco, Grease und Tosca. Allein für das Jahr 2004 wurden die Kosten mit fünf Millionen Euro beziffert.

Zwischen 2005 und 2008 machte ohnehin nur mehr ein singender und tanzender Wanderzirkus am Wörthersee Station. Die Diskrepanz zwischen ursprünglich gesetztem Ziel einer international renommierten Festivalbühne und tatsächlich Erreichtem war schon bei bloßer Betrachtung der Stücke augenscheinlich: Die Seebühne mit ihrer Größe von 40 mal 20 Metern lasteten die Künstler mit Kulisse und Inszenierung nur zu einem Bruchteil aus. Auch die Zuschauerränge füllten sich – so die damals wiederholte Kritik – nur dank von zum Beispiel Landesräten angekauften und als Geschenk unters Volk gebrachten Tickets.

Der – künstlerische und finanzielle – Tod auf Raten war nur schwer zu verbergen. Mit einem Stopp-Schild in Händen verkündeten Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Kulturreferent Harald Dobernig Anfang 2010 den Ausstieg des Landes, wenn es um die Bespielung geht. Sie haben damit einem Prestige-Projekt ihres Idols Jörg Haider ein Ende gesetzt. Und Wolfgang Waldner versetzte nach der politischen Zeitenwende im

März 2013 der Konstruktion den politischen Todesstoß. Vehement trat er – schon vor der für die blauen bitteren Landtagswahl – für den Abbau der Seebühne ein. Die von Waldner und auch den Grünen präferierte konsequente Exekution des Vorhabens scheiterte vorerst am Umstand, dass die Stadt Klagenfurt das gute Stück aufkaufte und weiter einen Käufer beziehungsweise Betreiber für eine verkleinerte Plattform sucht. Es gibt Interessenten, etwa: Schifffahrts-Eigner Martin Ramusch und Lokalmeile-Betreiber Norbert Weber. Ersterer macht vor allem mit der publikums-wirksamen Starnacht am Wörthersee von sich reden, letzterer mit einem Rechtsstreit mit der Stadt Wien. Das Ende der Geschichte bleibt soweit also offen.

Klar ist allerdings für das ungleiche blaue Gespann in der Landeshauptstadt, Bürgermeister Christian Scheider und Vize Albert Gunzer, dass das – wie sie es selbst sehen – „Kulturjuwel“ erhalten werden müsse. Mit welch kulturellen Perlen das Juwel glänzt, zeigt sich unmissverständlich an der vorerst letzten Veranstaltung auf der schwimmenden Bühne: die Starnacht am Wörthersee mit unter anderen Helene Fischer, Conchita Wurst und Petra Frey.

Wie weit eine Schlager-Veranstaltung von der ursprünglichen Intention einer international beachteten Musical-Bühne entfernt ist, bedarf keiner weiteren Kommentierung. Vielmehr zeigt es die bemerkenswerte Entwicklung des Begriffs Kultur während der blau-orangen Regentschaft in Kärnten.

Kulturförderung mit Stil

Weiteres Indiz für die eigenwillige, aber immerhin recht konsequent ausgelegte Bedeutung von Kultur beziehungsweise ihrer Förderung findet man zum Beispiel im Kulturbericht 2011 des früheren Referenten Harald Dobernig. Eine Anfrage aus dem Jahr 2013 zu Einzelheiten der Kultursubventionen wurde von der entsprechenden Abteilung in der Landesregierung mit einer detaillierten – wenn wohl auch nicht vollständigen – Auflistung beantwortet. In der Liste Brauchtum findet man die berühmterberichtigten „Dobersticks“ – USB-Sticks mit Dobernigs Konterfrei – im Wert von 13.140 Euro nebst diverser Bekleidungsstücke und Accessoires. Taschenuhren gibt es um 6.336 Euro. Eine „Kärntnerjoppe Stadlwirt/Silvesterstadel LR Mag. Dobernig“ schlägt mit 196 Euro zu Buche, „div. Bekleidung LR Mag. Dobernig“ kostet weitere 222,57 Euro. Eine „Kärntnerjoppe und Weste Geschenk Friedl Würcher“ um 301,50 geht an einen Kulturschaffenden. Im Übrigen finden sich auf der Liste Brauchtum unter den Begriffen „Bewirtung“ oder „Getränke“ mehr als 30 Positionen zwischen 38,50 und 2.362 Euro im Gesamtwert von über 16.000 Euro.

Welche liebevolle Aufmerksamkeit die Freiheitlichen der Volkskultur im Allgemeinen schenkten, machte nicht zuletzt die geteilte Zuständigkeit nach dem Eintritt von Wolfgang Waldner in die Landesregierung deutlich. Während der ÖVP-Landesrat sich um die Hochkultur kümmern durfte, blieb die Volkskultur bei den Freiheitlichen und ihrem Referenten Harald Dobernik. Dass die schiere Liebe zu Brauchtum und Volksmusik der Grund für die Teilung gewesen ist, darf bezweifelt werden. Auch inhaltlich macht die Teilung selbstverständlich wenig Sinn. Kultur ist Kultur, ob sie sich der Kärntner Tradition mit Volksweisen oder einer zeitgemäß kritischen Betrachtung aktueller gesellschaftlicher Vorgänge – in welcher Darstellungsform auch immer – verpflichtet sieht. Motive für die Trennung in Hoch- und Volkskultur sind wohl allein im den einzelnen Interessengruppen innewohnenden Wählerpotenzial zu suchen.

Die latente Suche nach neuen Wählern und die Bemühungen, sich deren wahltechnische Treue zu sichern, verschob die kulturpolitische Aufmerksamkeit der blauen Regierung. Kultur war und ist, was am meisten Menschen anzog: Volkskultur-Events. Bierzelt-Atmosphäre statt Opernbesuch; oberflächliche Gefälligkeit statt sozialkritischer Unterton. Maximierung der guten Laune war oberstes Ziel der Kulturunterstützung durch den blauen Volkskulturreferenten. Die Kärntnerjoppe avancierte zur Uniform der angesagtesten Kulturellen des Landes. Um die spröden Kritiker – von Theatermacher über Maler bis hin zu Autoren – durfte sich Hochkultur-Referent Wolfgang Waldner kümmern. Dobernik nämlich splittete die Kärntner Kultur in Volkskultur und eine Höhere. Was er, abgesehen von wahlkämpferischem Bedienen eigener Wähler, damit bezweckte, blieb bis zu seiner Abwahl am 3. März 2013 ein Geheimnis.

Freilich betonte der aus Wien heimgekehrte Gailtaler Waldner stets, keine Berührungsgängste mit Bierzelten zu haben, seine kulturelle Leidenschaft war allerdings anderswo zu finden und das Aufatmen der Kärntner Hochkulturellen entsprechend. Allerdings ein wenig voreilig. Ein Geldregen blieb auch nach geschlagener Landtagswahl, die Waldner logischerweise zum alleinigen Kulturreferenten machte, aus. Der politische Stil änderte sich, der Umgang mit den Kulturschaffenden – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – auch. Wo aber kein Geld vorhanden ist, kann man auch keines verteilen.

Erstes sichtbares Opfer wurde der Heimatherbst. Unter lautstarker Kritik der ehemals Machthabenden, die einmal mehr die Vernichtung freiheitlicher Politik diagnostizierten, wurde die politische Vermarktung der Kärntner Brauchtumsveranstaltungen zwischen Ende August und Mitte Oktober abgeblasen. Stattdessen hob Waldner den „Kulturherbst“ aus der Taufe; er sollte kleiner, leise und billiger sein. Der Kärntner FPÖ-Chef Christian Ragger setzte sich umgehend mit „Herz und Leidenschaft“ für

die Erhaltung des Heimatherbstes ein. 200.000 Besucher der Veranstaltungen wählte er im Sommer 2013 vor den Kopf gestoßen. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass dies tatsächlich so war. Ein Beispiel: Der St. Veiter Wiesenmarkt – eine Veranstaltung des Heimatherbstes – fand im Jahr 2013 trotz angeblicher Einstellung der Veranstaltungsreihe statt. Und zwar zum 652. Mal.

Wenig überraschend wiederholte sich das Schauspiel im Jahr 2014. Erneut rückte Ragger aus, um das jähe Ende des Heimatherbstes zu beschreiben. Das neue Opfer der blauen Briefe war Waldners Nachfolger Christian Benger; der Griffner schlüpfte im Mai offiziell in die Rolle des Kulturlandesrates und wurde Ende Juni in Feldkirchen mit knapp 97 Prozent Zustimmung auch zum Chef der Kärntner Volkspartei gekürt. „ÖVP in kulturpolitischer Ohnmacht“ titelte Ragger Ende September in der alljährlichen FPÖ-Kritik am koalitionären Umgang mit den volkskulturellen Veranstaltungen. Untertitel: „Heimatherbst gestrich“ [sic!]. Die Aussendung des blauen Landesrates war nicht nur grammatikalisch vollkommen falsch. Zwar gab es – wie auch schon im Jahr zuvor – den Namen „Heimatherbst“ nicht mehr, der 653. St. Veiter Wiesenmarkt begann allerdings zwei Tage nach Veröffentlichung des Raggerischen Opus. Viele andere Veranstaltungen fanden wie auch die Jahre zuvor ebenfalls im Kärntner Herbst statt. Benger konterte umgehend per Aussendung.

Für kritische Beobachter war rasch klar: Ebenso wenig wie die blauen Recken in der Landesregierung die Veranstaltungen erfunden hatten, wurden selbige von der Nachfolger-Regierung – der Koalition aus Rot, Schwarz und Grün – abgeschafft. Augenscheinlich war die Veränderung dennoch: Die politische Vereinnahmung der Lederhosen-Events fand nach der Landtagswahl im Jahr 2013 ein schlagartiges Ende. Aus irgendeinem Grund empfand der kulturell versierte Wolfgang Waldner das Anstechen von Bierfässern in Bierzelten nicht als die vordringlichste Aufgabe eines Kulturreferenten. Zurückhaltung war die neue Kultur. Und Kultur war plötzlich etwas anderes oder auch mehr als das Tragen eines Trachten-Janckers auf einer volkstümlichen Veranstaltung.

Bescheiden oder respektlos?

Dass sich mehr oder weniger dekorierte blaue Exponate rasch nach Waldners Amtsantritt über seine Zurückhaltung echovierten, ist ja schon der Ende März wieder entdeckten Rolle als Opposition geschuldet. Doch auch jene, die kurz zuvor aufgeatmet hatten, äußerten recht bald ihre Kritik – mehr oder weniger öffentlich. Der Kulturreferent hielt sich nämlich nicht nur von den Bieranstichen gerne fern, auch bei anderen kulturellen Veranstaltungen glänzte er zunehmend mit Abwesenheit. Und das, obwohl er

sich – samt Regierungskollegen Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Rolf Holub – kurz nach der Wahl noch in der Loge im Stadttheater beklatschen ließ, Standing Ovations inklusive.

Im Juli 2013 ließ sich Waldner etwa mehrere Plätze bei der Premiere des Heunburg-Theaters reservieren. Die noch junge Truppe gab in dem Jahr „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?“ unter der Regie von Ronald Pries zum Besten. Eine mögliche Verspätung entschuldigte er nach Angaben der Veranstalter schon im Vorfeld mit der längeren Dauer einer koalitionsären Budgetsitzung. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass andere Teilnehmer an besagter Sitzung – darunter der Grüne Landesrat Rolf Holub – es pünktlich zur Vorstellung schafften. Und sie wollten auch vom geplanten Fernbleiben Waldners gewusst haben. Das jedenfalls kommunizierten sie kurz vor dem Einlass. Zu den Theatermachern hat sich das nicht durchgesprochen. Intendant, Regisseur und Marketing-Verantwortliche marschierten nervös vorm Aufgang zur Burg auf und ab – und verzögerten in Erwartung des Kulturreferenten den Beginn des Stückes. Die Premierenbesucher kamen indes in den optischen Genuss namentlich auf Waldner reservierter, allerdings verwaister Stühle – die Heunburg zeichnet sich nämlich unter anderem auch dadurch aus, dass man sie mit Blick auf die Zuschauer-Plätze über die Bühne betritt.

Später ließ Wolfgang Waldner über Mitarbeiter in seinem Regierungsbüro wissen, der Landesrat habe zwei Tage zuvor telefonisch abgesagt. Die Theatermacher hätten also von der Verhinderung des Kulturreferenten zeitgerecht erfahren. Die Erklärung, warum eine engagierte Schauspiel-Truppe mehrere Plätze in der ersten Reihe – also deutlich sichtbar für alle Besucher – für jemanden namentlich und lesbar freihalten sollte, der zwei Tage zuvor sein Kommen storniert hat, blieben sie schuldig. Kritik am Fernbleiben konterten Waldners Mitarbeiter jedenfalls scharf.

Auch andernorts sprießte bald die Kritik an der Zurückhaltung des neuen Kulturreferenten Wolfgang Waldner. So erfrischend sein Verzicht auf lautstarke Anwesenheit bei sämtlichen Bieranstichen für viele auch war, so lähmend empfanden einige seine Unzugänglichkeit. Am liebsten soll er sich in seinem Büro aufgehalten haben; sogar seine Post soll er – so erzählt man sich – mit Vorliebe selbst geöffnet und bearbeitet haben (für einen Landesrat wohl eher unüblich). Auch von Leuten aus mehr oder weniger eigenen Reihen – nämlich von der schwarzen „Vorfeldorganisation“ Wirtschaftsbund – hörte man zunehmend Kritik. Eines Tages soll er sich sicht- und hörbar irritiert gezeigt haben, als statt einem angekündigten Parteikollegen gezählte drei in der Türe seines Regierungsbüros standen.

In den eigenen vier Bürowänden hat Waldner dennoch eine Neuheit ausgetüfelt: die Transformale. Auch hier treffen Kulinarik und Kultur aufeinander. Nur anders. Statt Würstel und Polka soll sich hierbei gehobene

Gastronomie mit ebensolcher künstlerischer Darbietung treffen. „Die Transformation der Kultur in Kärnten will vorangetrieben werden“, schreiben die Kuratoren auf der Homepage für die Ausschreibung für das Jahr 2015. Im Jahr der politischen Wende feierte die Veranstaltungsreihe Premiere. 22 Projekte mit einem Durchführungsbudget von 200.000 Euro wurden realisiert. So hieß es in der offiziellen Stellungnahme. Und die Kritik blieb nicht aus. Zu hohe Kosten für zu wenig Besucher, sagten einige. Im Jahr 2014 rechnete der Oppositionelle Christian Ragger auf: 120 Euro pro Gast. Seine Darstellung: 5.000 Besucher konsumierten 600.000 Euro aus dem Kulturbudget. Ragger freilich sehnte die Rückkehr des Heimat Herbstes herbei.

Stattdessen aber setzte Waldners Nachfolger Christian Bengler das Budget mit 454.000 Euro für die beiden Jahre 2014 und 2015 fest. Gegen die Stimme von Ragger. Er erinnerte in einer Presseaussendung an Kosten von lediglich vier Euro pro Gast für die 200.000 Heimaterbst-Besucher. Als Wiederholung: Kultur ist in freiheitlicher Weltanschauung dort, wo am meisten Wahlvolk anzutreffen ist. Von zeitkritischer Betrachtung aktueller Vorgänge kann da keine Rede sein.

So hat der Chef der Kärntner Volkspartei, Christian Bengler, als noch neuer Kulturreferent einiges an Erbe zu schultern; von seinen blauen, aber auch schwarzen Vorgängern: Die Seebühne harrt im Herbst 2014 ihrer Zukunft. Das Landesmuseum – nach Schimmelbefall und Wassereintritt – ebenfalls. Immerhin gab es zu Letzterem einen Grundsatzbeschluss – sozusagen als Bekenntnis zum Erhalt der Kärntner Kulturschätze – der Kärntner Landesregierung. Dass dies den Verantwortlichen wohl zu wenig ist, muss man annehmen. Denn: Bereits im Jahr 2012 soll es Hilferufe gegeben haben. Der desolate Zustand des Landesmuseums ist also keine Neuigkeit; Lösungen lassen seitdem auf sich warten – die längst bekannten Probleme haben sich wenig überraschend auch nicht selbst gelöst. Bis Ende Jänner 2015 soll nun endlich ein Konzept für die Zukunft der Exponate stehen. Bengler nennt es das „größte Kulturprojekt des Landes“. Das Rudolfinum in Klagenfurt selbst bleibt bis Mitte 2018 wegen notwendiger Sanierungsmaßnahmen geschlossen.

Gartenzwerge im Stadttheater

Geerbt hat Kulturreferent Christian Bengler – gleiches gilt für seinen Vorgänger Wolfgang Waldner – eine weitere hochkulturelle Großbaustelle im Land. Das Stadttheater Klagenfurt lässt seit einigen Jahren die meisten Gründe für Stolz auf die größte Kultureinrichtung des Landes vermissen. Und: Immerhin fließen rund 20 Millionen Euro pro Jahr in das Drei-Sparten-Haus in Klagenfurt. Gerne erinnert man sich in Kreisen der Belegschaft

an vergangene Zeiten. Während der Ära Dietmar Pflegerls als Intendant des Hauses tingelten Techniker, Assistenten und auch Künstler mit Inszenierungen quer durch Europa. Mit etwa „Tosca“ und „La Bohème“ ging es nach Dublin, Monte Carlo und Teneriffa. Internationale Kritiker fanden lobende Worte für Pflegerls Inszenierungen.

Schon bald nach Pflegerls Ableben – sein Nachfolger stand im Jahr 2007 mit Josef Ernst Köpplinger noch vor seinem Tod fest – war Schluss mit den schillernden und auch gefeierten Auswärtsspielen. Gut, Köpplinger glänzte vorwiegend mit gefälligen Darbietungen. Der zitierte sich mit etwa in St. Gallen bereits erprobten Inszenierungen selbst. Oft fanden Kritiker wenig auszusetzen, Köpplingers Mut zu Neuem, das mitunter auch einmal richtig unter die Haut gehen darf, vermissten sie allemal. Immerhin: Zu seinem Abschied machte der Intendant einen Besucherrekord für sich geltend. Rund 85 Prozent soll die Auslastung – nach Köpplingers Angaben – während seiner Intendanz betragen haben. Seit September 2012 werkt er erfolgreich am Staatstheater am Gärtnerplatz in München.

Weniger erfolgreich geht man indes am Stadttheater Klagenfurt zu Werke. Köpplingers Nachfolger Florian Scholz wurde nach Ausschreibung und Hearing noch von der blauen Regierung in den Sessel des Intendanten gehievt. Er sorgte zu Saisonbeginn im September 2012 für eine Premiere in Kärnten: Erstmals inszeniert der künstlerische Leiter des Hauses selbst keine Stücke. Der gebürtige Deutsche hat zwar Schauspiel studiert und arbeitete auch als Regieassistent, in Klagenfurt gilt er aber als Manager des Kulturbetriebs – immerhin taucht er gerne selbst in kleinen Rollen auf der Bühne auf.

Das Inszenieren überlasst er anderen. Ein gutes Händchen scheint ihm allerdings nicht gegeben zu sein. Bereits seine Eröffnungspremiere – ein „Freischütz“, der im Süden der USA mit entsprechender Waffen-Affinität angesiedelt war – war klares Indiz. Die Regisseurin Anna Bergmann wurde mit Kritik überhäuft, und Scholz konnte sich bestimmt einen besseren Einstand in seiner neuen Heimat Klagenfurt vorstellen. Selbst Besucher, die nicht zu jedem Freischütz einen Tannenwald als optische Beilage benötigen, vermissten Werkstreue. Es ging in dieser Tonart weiter; auch die Idee einer weiteren Inszenierung in dieser Spielsaison endete als künstlerischer Rohrkrepiere. Im Dezember 2012 ging die Premiere der Operette „Der Zigeunerbaron“ über die Bühne. Der britische Regisseur Sam Brown siedelte das Stück in einem Urlaubsressort an. Mit Schlapfen und weißen Socken trieben die Darsteller als preisbewusste All-inclusive-Touristen auf der Bühne ihr Unwesen. Viele Gäste im Publikum quittierten die Leistung mit dem vorzeitigen Verlassen des Zuschauerraums.

Apropos: vorzeitig. Kurz nach der politischen Wende in Kärnten im März 2013 spekulierten die neuen Regierenden – zumindest hinter den Kulissen

– mit einem frühzeitigen Wechsel auf dem Intendanten-Schreibtisch im Stadttheater. Vollzogen wurde die Rochade nie – zu sehr forderten wohl andere politische Baustellen im Land ihre Aufmerksamkeit. Und: vorzeitige Vertragsauflösungen mit hochdotierten Spaziergängern – und eventuell sogar Rechtsstreitigkeiten als Konsequenz – gab es in Kärnten und speziell in der Krankenhausbetriebsgesellschaft Kabeg in den vergangenen Jahren wohl genug. Gerade in Zeiten massiver finanzieller Einschnitte in der Politik und nach Ankündigung von mehreren mageren Jahren macht sich ein kostspieliger Wechsel am Stadttheater wohl nicht so schick.

Und so blieb Scholz im Amt. Er lavierte sich ein wenig erfolgreicher durch die zweite Spielsaison und startete im September 2014 seine dritte – mit einer Aktion, die wohl genauso einzigartig wie bedeutungsschwanger für die jüngere Geschichte der Klagenfurter Kulturinstitution ist. Es waren nämlich Gartenzwerge, die die Kulisse des ersten Stücks „Die „Fledermaus““ schmücken sollten. In Ermangelung entsprechender Auswahl im Fundus des Theaters musste man wohl zu kreativen Mitteln greifen. Kurzerhand demonstrierte man am Haus Volksnähe und lud zu einem Gartenzwerge-Casting in die kulturellen Hallen. Begleitet wurde die skurrile Idee von mehreren Kärntner Medienvertretern – mit folgendem Effekt: Zum Casting selbst erschienen mehr Journalisten und Kamerateams als gesuchte Gartenzwerge. Nur ein einziger der kleinen Vorgarten-Knirpse wollte nämlich an Olivier Tambosis Inszenierung der Operette aktiv mitwirken. Was genau die Motivation des stummen Zeitgenossen darstellte, ist nicht überliefert.

Tatsache allerdings ist, dass bei der Premiere der „Fledermaus“ selbst mehrere Dutzend Gartenzwerge die Bühne zierten. Zu verdanken soll man diese nachträgliche Invasion einigen Kärntner Sammlern haben, die ihre guten Stücke freimütig zur Verfügung stellten. Angeblich waren sie lediglich nicht bereit, ihre Sammlung auf einen Wagen zu laden und für das Casting – womöglich erfolglos – nach Klagenfurt zu reisen. So war die Premiere gerettet, zumindest was die optische Idee der Inszenierung betraf. Die Darbietung als solche fand bei den Kritikern – charmant formuliert – wenig Anklang. Immerhin aber schafften es die Gartenzwerge in zahlreiche Rezensionen von Journalisten. Schon der Erwähnung wegen könnte sich der Casting-Aufwand für die Verantwortlichen – zumindest aus ihrer Sicht – gelohnt haben. Ob es Aufgabe des Stadttheaters ist, eine Sammlung von Gartenzwerge aufwändig und kostspielig inszeniert zum Besten zu geben, sei einmal dahingestellt.

Der im Herbst 2014 noch frische Kulturreferent Christian Bengner könnte sich während seiner noch kommenden Amtszeit also auch die kulturelle Sanierung des Stadttheaters auf seine Fahnen heften, so er den Kampf aufnehmen und gewinnen sollte. Zu tun gäbe es jedenfalls ausreichend. Das

gilt auch für andere nach Selbstwahrnehmung vernachlässigte Kulturschaffenden im Land. Und: Seine Liebe zur Kultur hat er schon zu Amtsantritt unmissverständlich kund getan. Der Beweis müsste bald folgen. Denn, ein Beispiel: Der Organisator eines durchaus renommierten Kärntner Festivals formulierte in einer internen E-Mail folgendermaßen: Aus Warten auf Wolfgang Waldner ist Warten auf Christian Bengler geworden.

Die gefühlte Vernachlässigung hat also auch einige Monate nach Amtsantritt unter den Kulturellen kein Ende gefunden. Unter den meisten zumindest. Einer bestimmten Gruppe stellte Bengler nämlich Mitte September 2014 erhöhte Zuneigung in Aussicht: Der Kulturreferent ernannte das Jahr 2015 zum „Jahr des Brauchtums“. Erklärt und begründet hat er diesen Schachzug mit dem ehrenamtlichen Engagement von über 100.000 Kärntnern in den 21 Verbänden und Institutionen, mit denen das Brauchtumsjahr vollzogen werden soll. Damit feiert die Volkskultur eine frühe und ebenso überraschende Renaissance. Der teils harschen Kritik an der übertriebenen politischen Konzentration auf selbige zum Trotz. Argwöhnische Beobachter können sich kaum dagegen wehren, sich schon bei bloßer Ankündigung eines „Jahrs des Brauchtums“ auf überwunden geglaubte Zeiten zu erinnern. Ob die Volkskultur mit der Initiative ihre verdiente Aufmerksamkeit erlangt oder die Sache ein vorsorglicher politischer Knicks vor dem Jahr, in dem am 1. März die Gemeinderäte und Bürgermeister in den 132 Kärntner Gemeinden neu gewählt werden, ist, wird der Verlauf des Jahres 2015 zeigen.

Implikationen zu den „Kärntner Gesprächen zur demokratiepolitischen Bildung“

Vorbemerkungen

Die vorliegenden Erläuterungen zu den „Kärntner Gesprächen zur demokratiepolitischen Bildung“ sowie die Darstellung zur Entwicklungsgeschichte dienen der weiterführenden Vertiefung und können als Präzisierungsversuch verstanden werden, um die längst anstehende Debatte zur demokratischen Grundbildung in der Gesellschaft mit weiterführenden Fakten zu unterfüttern. Gleichzeitig sollen die vorliegenden Überlegungen die politischen Akteur/innen in ihrer Argumentation animieren, legislative Grundlagen für Veränderungen zu schaffen.

Als Leitgedanke sei dem Beitrag vorangestellt: Demokratische Handlungspraxis erfordert einen umfassenden Bildungsprozess und ist geleitet von der Option, dass eine Demokratie erst ihre Wirklichkeit im Zusammenwirken von demokratisch verfestigten Strukturen sowie durch den Bestand von Demokraten/innen erfährt. In diesem Verständnis sei an jene Verfertigung erinnert, die Oskar Negt in seinem Werk „Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform“ als zentrale Botschaft formuliert:

„Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die in ständig erneuerter Kraftanstrengung gelernt werden muss; eine solche politische Verfassung der Gesellschaft ist auf Dauer nur haltbar, wenn die im Wesenskern einer solcher Ordnung erhaltene Idee der tendenziellen Überwindung nicht-legitimer Ungleichheit, der Herrschaft der Menschen über Menschen, für eine Bevölkerung Überzeugungskraft behält.“ (Negt 2010, S. 495)

Der Bestand eines demokratischen Gemeinwesens hängt entscheidend von der demokratischen Partizipationsmöglichkeit der Menschen ab. Demokratisches Denken in ständiger Kraftanstrengung zu lernen, bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Subsysteme. Damit gemeint sind nicht nur formal bestehende Bildungseinrichtungen wie Kindergarten, Schule, Universität oder die Erwachsenenbildung, sondern auch demokratische Handlungsmöglichkeiten in den vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen.

Leitgedanken zur demokratiepolitischen Bildung

Soziales Bewusstsein wird maßgeblich von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Demokratiepolitische Bildung bedingt eine kritische

Reflexion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, sozialen Ungerechtigkeiten und eine Vertiefung über deren Ursachen. Sie leistet so einen Beitrag zur Urteilskraft in der Analyse sozialer Wirklichkeiten und fördert die reflexiven Handlungskompetenzen (Rohs) der Menschen, insbesondere der gesellschaftlichen Akteur/innen.

So definiert wäre demokratiepolitische Bildung mehr als eine „Institutionenlehre“, sondern ein sozialpolitisches Grundlagenwissen, das auch den Willen zur aktiven Teilhabe an sozialen Prozessen einbezieht. Bildung und Lernen wären in diesem Licht als ein umfassender Formungsprozess zu verstehen.

Das Einüben demokratischer Verhaltensweisen und die Gestaltung demokratischer Verhältnisse ist ein lebenslanger Prozess. Unterschiedliche Lebensphasen erfordern unterschiedliche Angebote demokratiepolitischer Bildung. Neben der Förderung demokratischer Grundprinzipien kommt der Erwachsenenbildung im Prozess des Einübens demokratischer Verhaltensweisen und der Gestaltung demokratischer Verhältnisse quantitativ und qualitativ eine bedeutende Rolle zu.

Alle gesellschaftlichen Instanzen sind berufen, sich ihrer politisch-demokratischen Funktion (wieder mehr) bewusst zu sein. Die ideelle Zielsetzung: Akzeptanz der „Demokratie als Lebensform“, die zu einer verinnerlichten Werthaltung beiträgt und die positiven Effekte eines demokratischen Gemeinwesens konstituiert.

Demokratie sollte nicht als etwas von außen „Aufgesetztes“ verstanden werden, sondern Demokratie muss als eine Art Habitus entwickelt, verinnerlicht und in allen Bereichen menschlichen Lebens gelebt werden. Das bedeutet auch, dass wir Bildung und Erwachsenenbildung wieder stärker als ein politisches und demokratisches Projekt sehen, in der Gesamtheit all ihrer Themen und Bereiche, ihrer Formate und Settings. (Gruber 2008, S. 287)

Demokratiebildung im historischen Kontext

Die „Mutterländer“ der modernen Demokratien – Frankreich, England und Amerika – fokussierten das Politische pragmatisch mit Gleichheit vor dem Gesetz, Herrschaftsteilung und Machtkontrolle. Im deutschsprachigen Raum vertrat man die Ansicht, dass politische Freiheit ein Produkt des Wissens, der Empfindsamkeit und der Freiheit des Herzens sei. Unter diesen Prämissen entwickelte sich eine eigentümliche „Gemengelage“ von Ästhetisierung und Ideologisierung, von Vereinnahmung und Distanz, die bis in die Gegenwart das Verhältnis von Bildung und Politik prägt. (Gruber 2012, S. 281 f.)

Die staatsphilosophischen Grundlegungen Montesquieus, mit seinem Modell einer Gewaltenteilung und dem Gedanken der Subsidiarität, und Rousseaus Vorstellungen einer direkten, radikal-demokratischen Volksbeteiligung durchziehen die Gründungsgedanken aller modernen Demokratievorstellungen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Karl Löwenstein meinte am Schluss seiner „Verfassungslehre“, dass vermutlich jede Generation den Kampf zwischen Rousseau und Montesquieu neu austragen müsse. In diesem Spannungsfeld hat sich offensichtlich in der österreichischen Demokratientwicklung letztlich eher Montesquieu durchgesetzt. (Korinek 2012, S. 4)

Die Inkraftsetzung des Vereinsrechtes (1867) und die Entstehung von Arbeiterbildungsvereinen in der Habsburgermonarchie können als Renaissance um das Bemühen demokratischer Gesellschaftsverhältnisse gedeutet werden. Angesichts der Angst vor einer Radikalisierung der Arbeiterschaft durch die „Sozialdemokraten“, wie die Vordenker von demokratischen Beteiligungsformen genannt wurden, waren selbst liberale Kreise geneigt, sich mit Demokratiemodellen zu befassen, um eine friedliche Lösung der „Sozialen Frage“ zu erwirken.

Das demokratische Gemeinwesen Österreichs entstand im Jahr 1919 mit der Gründung der „Ersten Republik“. Hans Kelsen, Architekt der österreichischen Bundesverfassung von 1920, die größtenteils bis heute besteht, prägte die demokratische Ausrichtung des frühen 20. Jahrhunderts und schuf schließlich deren Rechtsrahmen.

Zahlreiche bildungspolitische Bemühungen wurden in der jungen, von den Signatarmächten eingeforderten Republik bis zum Jahr 1934 gesetzt, um Grundwerte eines demokratischen Gemeinwesens im Denken und Handeln der Menschen zu verankern. Die Reformbemühungen des Staatssekretärs für das Bildungswesen, Otto Glöckel (Achs 1985), und die Etablierung einer umfassenden Arbeiterbildung im Austromarxismus sowie die Entwicklung der modernen Volksbildungsbewegung mit dem Versuch, die Gesellschaft mit demokratischen Grundwerten zu durchdringen, seien nur beispielgebend angeführt (Filla 2012). In diesem Kontext sind auch sozialpolitische Reformwerke zu nennen, die umfangreiche soziale Beteiligungsmodelle schufen, etwa das Wahlrecht für Arbeitnehmer/innen im betrieblichen Kontext durch das Betriebsrätegesetz (1920), die Etablierung der Selbstverwaltung in die Sozialversicherungen oder die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen u. a. m.

Im Zeitraum des „Austrofaschistischen Herrschaftssystems 1933–38“ (Tálos 2013) bzw. der „ständestaatlichen Restaurationspolitik“ wurden demokratisch legitimierte Parteien und Organisationen ausgeschaltet. Lehrer/innen wurden gedrängt, in die „Vaterländische Front“ einzutreten, und die neuen Schulbücher konzentrierten ihre politisch-erzieherischen

Absichten auf ein Erziehungsideal, das geprägt war von den Qualitäten: religiös-sittlich, vaterländisch-österreichisch und sozial-volkstreu. Durch die Einführung eines Unterrichtsfaches „Vaterlandskunde“ in den Abschlussklassen der Mittelschulen sollte diese Neuorientierung gefestigt werden. (Dachs 2008, S. 21)

Ein lückenloser Übergang zum endgültigen Niedergang der Demokratie vollzog sich mit der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich (1938) und damit einhergehend mit einer grundlegenden Änderung der Bildungsmodelle. Die Erziehungsinstitutionen des nationalsozialistischen Regimes fokussierten die Bildung eines „völkischen Herrenmenschen“, gekoppelt mit einer ideologischen Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche. Demokratische Organisationen wurden „ausgelöscht“ und deren Proponenten, sofern sie nicht rechtzeitig flüchten konnten, in Konzentrationslagern inhaftiert bzw. in diesen ermordet. Im öffentlichen Sprachgebrauch wurden durch gezielte Sprachsetzungen Begrifflichkeiten und Wertemuster tradiert, die im umgangssprachlichen Gebrauch über die Generationen überliefert und, vielfach unbewusst, heute noch eingesetzt werden. Beispielhaft sei einer dieser „belasteten Begriffe“ genannt, etwa „... durch den Rost fallen“, der vielfach auch von politischen Repräsentanten heute noch unreflektiert verwendet wird.

Demokratisch gewählte Parteien und Organisationen konnten sich mit der Gründung der Zweiten Republik (1945) wieder etablieren. Der schulische Bildungsbereich war allerdings vielfach durch „NS-Pädagogen/innen“ unterwandert. Die NS-Verbrechen wurden lange Zeit in einen Schweigemantel gehüllt; deren systematische Aufarbeitung vollzog sich erst drei Jahrzehnte später – viele Gräueltaten wurden erst in den letzten Jahren bekannt. Mit dem „Erlass zur Staatsbürgerlichen Erziehung“ im Jahr 1949 wurde auf zwei Aspekte fokussiert: erstens die Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins (Heimaterziehung) und zweitens die Erziehung „zu treuen und tüchtigen Bürgern der Republik“. Das betraf die politische Erziehung, die zusätzlich in Form von diversen Schulveranstaltungen ihren Ausdruck fand. (Dachs 2008, S. 24)

Die Wiedererrichtung der Volkshochschulen und die Gründung des Verbandes österreichischer Volkshochschulen erfolgten im Jahr 1950. Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung, wie etwa das der Wirtschaftskammer angegliederte Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI), entstanden bereits im Jahr 1946. Das der Arbeitnehmerinteressenvertretung nahestehende Berufsförderungsinstitut (BFI) wurde 1959 installiert. Die 1972 gegründete Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ), eine Arbeitsplattform von Bildungseinrichtungen, zählt heute zu einem fixen Bestandteil der Bildungslandschaft.

Die großen bildungspolitischen Reformen der 1970er Jahre ermöglichten eine Neuorientierung. Politische Bildung bzw. Staatsbürgerkunde wurden als Unterrichtsfächer bzw. als fächerübergreifendes Prinzip eingeführt und lösten die bisherige „Heimatkunde“ ab. Am 9. Juli 1972 beschloss der Nationalrat das „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“. 1973 folgte die Gründung politischer Akademien der im Nationalrat vertretenen Parteien: Dr.-Karl-Renner-Institut (SPÖ), Politische Akademie (ÖVP) und Freiheitliches Bildungswerk (FPÖ) sowie im Jahre 1987 die Grüne Bildungswerkstatt. Als Aufgabenstellung definiert das Gesetz die Förderung der staatsbürgerlichen, politischen und kulturellen Bildung sowie politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Bewusstseinsbildung.

Die Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz von 1973) führte zur institutionellen Anerkennung bzw. Etablierung dieser Bildungsstruktur in Österreich. Die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung (ÖGPB) wurde 1977 gegründet und unterstützt durch Projektförderungen die politische Bildungsarbeit in den Bundesländern.

Am 21. November 2008 feierte der „Universitätslehrgang politische Bildung in Österreich“ sein 25-Jahre-Bestandsjubiläum. Die Festschrift bietet 50 Perspektivenbeiträge. Politische Bildung reduziert sich heute im schulischen Kontext vielfach auf strukturelle Merkmale der republikanischen Instanzen und deren Staatsformen. Seit 1978 ist der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung – die rechtliche Basis der Politischen Bildung – in Kraft. Als „Unterrichtsprinzip“ gilt er für alle Schultypen und für alle Unterrichtsgegenstände. (Kremser 2009, S. 3)

Drei Entwicklungsphasen der „Kärntner Gespräche“

Gründungsphase: Gesprächsreihe „Panoptikum Politische Bildung“

In Kooperation zwischen dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule und der Interessensgemeinschaft Politische Bildung wurde im Jahr 2011 eine Gesprächsreihe zur Politischen Bildung konzipiert und umgesetzt. Die Zielsetzung bestand darin, unterschiedliche Aspekte von Politischer Bildung kontrovers zu beleuchten und mit dem Publikum zu diskutieren.

Zwischen April und Dezember 2011 wurde die Gesprächsreihe „Panoptikum Politische Bildung“ schließlich durchgeführt. Bei insgesamt vier Abendveranstaltungen trafen sich Wissenschaftler/innen, Praktiker/

innen, Politiker/innen und Studierende, um über den Status quo und über Entwicklungsperspektiven der Politischen Bildung aus der Sicht von Forschung, Lehre und Praxis zu diskutieren. Eröffnet wurde jede Veranstaltung durch ein wissenschaftliches Impulsreferat, mit der Zielsetzung, das Thema des Abends aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Im Anschluss daran stand jeweils eine moderierte Podiums- und/oder Publikumsdiskussion auf dem Programm. Nachfolgend sollen die einzelnen Veranstaltungen näher vorgestellt werden:

□ *Politische Bildung in Österreich – lei losn?*

Die Auftaktveranstaltung fand an der Fachhochschule Kärnten in Feldkirchen statt. Der Geschichtswissenschaftler Thomas Hellmuth von der Johannes-Kepler-Universität Linz referierte zum Thema „Politische Bildung in Österreich – lei losn?“ Der Referent präsentierte eine kritische Bestandsaufnahme der Politischen Bildung in Österreich. Im Detail ging Hellmuth auf den schulischen Bereich ein, widmete sich aber auch der Aus- und Fortbildung von Lehrenden im Bereich der Politischen Bildung.

□ *Didaktik der Politischen Bildung – quo vadis?*

Der Politikdidaktiker Andreas Petrik von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg beschäftigte sich in seinem Referat – an der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule in Klagenfurt – mit dem Thema „Didaktik der Politischen Bildung – quo vadis?“ Petrik verwies darauf, dass jede Wissenschaft ihre Legitimation daraus zieht, Lösungen für gesellschaftlich relevante Problemlagen bereitzustellen. Lernprobleme im Politikunterricht sind der Fokus der Politikdidaktik.

□ *Jugend und Politik – weder politisch noch gebildet?*

An der Fachhochschule Kärnten in Feldkirchen referierten die Erziehungswissenschaftlerin Cornelia Klepp von der Universität Wien und der Erwachsenen- und Berufsbildungswissenschaftler Martin Klemenjak von der Fachhochschule Kärnten zum Thema „Jugend und Politik – weder politisch noch gebildet?“ Klepp stellte ausgewählte Ergebnisse der Pilotstudie „Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen“ vor. Nach diesem empirischen Befund skizzierte Klemenjak – anhand eines durchgeführten Projektes –, wie die politische Partizipation von Jugendlichen gefördert werden kann.

□ *Populismus und Demokratie*

Die Abschlussveranstaltung dieser Gesprächsreihe fand an der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule in Klagenfurt statt. Der Politikwissenschaftler Herbert Dachs von der Universität Salzburg referierte zum Thema „Populismus und Demokratie“. Den

Ausgangspunkt seiner Ausführungen bildeten die Merkmale von Populismus sowie dessen Stil und Kommunikationsmethoden. Weitere zentrale Themen des Vortrages stellten die Wähler/innen, deren Motive sowie das Scheitern bzw. die Erfolge von Rechtspopulist/innen dar. Dachs verwies auch auf die demokratiepolitischen Gefahren, die Populismus mit sich bringen kann. Den Abschluss bildete ein Ausblick. (Klemenjak 2012, S. 31 f.)

Entwicklung der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“

Nachdem im Rahmen der Gesprächsreihe „Panoptikum Politische Bildung“ der Versuch unternommen wurde, die Vielschichtigkeit von Politischer Bildung darzustellen und kontrovers zu diskutieren, stellte sich folgende Frage: Wird es eine Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung geben?

In einem ersten Schritt wurde der Entschluss gefasst, die Beiträge der Referent/innen – sowie die Sichtweisen des Organisationsteams zur Politischen Bildung – einer noch breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck konnte im Mai 2012 der Sammelband „Politische Bildung – Dokumentation zur Gesprächsreihe – April bis Dezember 2011“ im Rahmen der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten herausgegeben werden. Dieses Vorhaben konnte nur realisiert werden, weil es gelungen ist, eine weitere Kooperationspartnerin – die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten – zu gewinnen.

Zusätzlich wurde vereinbart, dass die Gesprächsreihe „Panoptikum Politische Bildung“ unter dem Titel „Kärntner Gesprächsreihe zur demokratiepolitischen Bildung 2012“ weiterentwickelt werden soll. In diesem Kontext konnten drei Abendveranstaltungen – zwischen Mai und Dezember 2012 – konzipiert und umgesetzt werden, die nachfolgend näher vorgestellt werden sollen:

□ *Der politische Mensch – Demokratie als Lebensform*

Der Sozialphilosoph Oskar Negt referierte im Konferenzsaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten in Klagenfurt zum Thema „Der politische Mensch – Demokratie als Lebensform“, dem Titel seiner gleichnamigen Publikation. Negt verwies in diesem Kontext auf einen – wie ich meine – bemerkenswerten Aspekt: *„Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss (...). Das Lernen der Demokratie ist nicht auf einen bestimmten Lebensabschnitt begrenzt. Es ist ein alltäglicher Akt der Beteiligung und der dadurch bedingten Veränderungen von Wahrnehmungsweisen. (...) Die Bildung politischer Urteilskraft beginnt in der alltäglichen Praxis der Kindertagesstätten und sie endet auch im Seniorenheim nicht.“* (Negt 2012, S. 60 f.)

□ *Demokratie und lebenslanges Lernen – Neue Chancen für die Politische Bildung?*

Die zweite Abendveranstaltung fand an der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule in Klagenfurt statt. Die Erwachsenenbildungswissenschaftlerin Elke Gruber beschäftigte sich mit dem Thema „Demokratie und lebenslanges Lernen – Neue Chancen für die Politische Bildung?“ Die Referentin knüpfte bei den Ausführungen Negts an und formulierte fünf Thesen – wie zum Beispiel „Erwachsenenbildung muss sich ihrer politisch-demokratischen und gesellschaftlichen Funktion wieder mehr bewusst werden und diese Aufgabe offensiver vorantreiben“ – mit folgendem Ziel: „Demokratie als Lebensform“.

□ *Good-Practice Politischer Bildung in der Lehrlingsausbildung – mit Podiumsdiskussion*

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung dieser Gesprächsreihe referierte der Erwachsenen- und Berufsbildungswissenschaftler Martin Klemenjak zum Thema „Good-Practice Politischer Bildung in der Lehrlingsausbildung“. Ausgehend vom österreichischen Berufsbildungssystem erläuterte Klemenjak die Rahmenbedingungen der Lehrlingsausbildung, um darauf aufbauend folgende These zu formulieren: „Weg von der Wissensvermittlung und hin zur Aktivierung von Lehrlingen.“ Abschließend wurden ausgewählte Ansätze – wie zum Beispiel Pro- und Kontrastdebatten oder Zukunftswerkstätten – skizziert. Im Anschluss an den Vortrag fand eine moderierte Podiumsdiskussion mit Praktiker/innen statt, darunter Kurt Lasnig (Geschäftsführer des BFI Kärnten), Roman Lobner (Leiter des Ausbildungszentrums der Flextronics International Gesellschaft m. b. H.), Otto Wucherer (Politikpädagoge an der Fachberufsschule für Tourismus Oberwollanig) und Martin Klemenjak (Kärntner Gemeinde-Lehrlingsnetzwerk). (u. a. Klemenjak 2012, S. 32)

Die „Kärntner Gespräche“ entwickeln sich zur Fachtagung

Zu Beginn des Jahres 2013 konnte das Organisationsteam bereits auf zweijährige Erfahrungen zurückblicken. Um die einzelnen Themen noch detaillierter diskutieren zu können, erfolgte die Entscheidung, zukünftig die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ als jährliche Fachtagung – jeweils zu einem konkreten Thema – durchzuführen. Am Vormittag sollten Key-Notes auf dem Programm stehen. Am Nachmittag folgen mehrere parallel stattfindende Workshops mit der Zielsetzung, die referierten und diskutierten Themen des Vormittages zu vertiefen. Zum Abschluss ist jeweils eine Podiumsdiskussion mit den Referent/innen sowie den Workshopleiter/innen angedacht. Als Veranstaltungsort wurden das ÖGB/AK-Bildungsforum und der Konferenzsaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten in Klagenfurt vereinbart. In diesem

Kontext ist auch zu erwähnen, dass mit dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung ein neuer Kooperationspartner gewonnen werden konnte. Andererseits ist seit dem Jahr 2013 die Interessensgemeinschaft Politische Bildung nicht mehr Kooperationspartnerin der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“.

Aufgrund der soeben beschriebenen Weiterentwicklung beschäftigten sich die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2013“ – die im Oktober des vergangenen Jahres stattfanden – mit dem Thema „Populismus und Rassismus im Vormarsch?“. Am Vormittag referierten die Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger von der Universität Wien zum Thema „Integrationspolitik – ein Politikfeld mit vielen Kanten!“ und Walter Ötsch von der Johannes-Kepler-Universität Linz zum Thema „Populismus und Demagogie – Inhalte und Muster eines gefährlichen Denkens!“

Die folgende Aufstellung zeigt die einzelnen Workshops, die parallel am Nachmittag stattfanden:

Workshop 1: Wie denken „wir“ über „andere“?

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger

Inhalt: Diskussion über Befunde zur öffentlichen Meinung über Migration und Integration sowie zu Einstellungen über Gruppen, denen bestimmte Merkmale zugeschrieben werden.

Ziel: Kritische Analyse zu Erklärungsansätzen für Entwicklungen und Möglichkeiten sowie Grenzen der Erhebungsmethoden.

Moderation: Dr.ⁱⁿ Cornelia Klepp | Universität Wien

Workshop 2: Eigene Bilder von Identität und Zugehörigkeit erfahren und verändern

Univ.-Prof. Dr. Walter Ötsch

Inhalt: Wie repräsentieren sich selbst konstruierte Bilder der eigenen Identität? Mit welchen Gefühlen sind diese inneren Modelle (Selbst-Bilder) verbunden?

Ziel: Entwicklung eines besseren Verständnisses über populistische und demagogische Praktiken und deren Wirkung auf Veränderungen der eigenen kaum bewussten Prozesse.

Moderation: Martin Gressl | Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung

Workshop 3: Migration und Vielfalt im Schulalltag

Mag.^a (FH) Marika Gruber

Inhalt: Nach einer Definition von häufig undifferenziert verwendeten Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit Migration, Asyl und Integration und einem zahlenmäßigen Überblick zur Migration in Österreich/Kärnten werden Herausforderungen insbesondere auch für den Schulalltag abgeleitet und diskutiert.

Ziel: Kritische Auseinandersetzung anhand von Praxisbeispielen, wie Integration und ein positiver Umgang mit Vielfalt in der Schulpraxis gelebt werden können.

Moderation: Mag.^a Josefine Scherling | Pädagogische Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule

Workshop 4: NS-Tatorte und Schauplätze in Kärnten

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Nadja Danglmaier

Inhalt: Darstellung der Entwicklung der Kärntner Gedenk- und Erinnerungskultur anhand von Orten und Plätzen einer lang tabuisierten Geschichte in unserem unmittelbaren Umfeld.

Ziel: Auseinandersetzung mit Lernchancen aus der regionalen Geschichte nach dem Motto „Grabe, wo Du stehst!“ und Aufzeigen von Verbindungen zwischen Nationalsozialismus und dem Bundesland Kärnten.

Moderation: Mag. (FH) Mag. Martin Klemenjak | Fachhochschule Kärnten, Studiengang Soziale Arbeit

Die Beiträge der Referent/innen und die Dokumentationen der Workshops wurden im April 2014 in einer Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten unter dem Titel „Populismus und Rassismus im Vormarsch?“ – Dokumentation der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2013“ publiziert.

Im Oktober 2014 standen die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ unter dem Motto „Demokratie vererbt sich nicht – Partizipation RELOADED“.

Am Vormittag gaben der ehemalige österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Cesy Leonard vom Zentrum für Politische Schönheit in Berlin in einem moderierten Impulsgespräch über Demokratie und Partizipation einen ersten Einblick in die Thematik. Anschließend wurden folgende Workshops angeboten:

Workshop 1: Demokratie und Arbeitswelt

Mag. Sepp Wall-Strasser, Österreichischer Gewerkschaftsbund – Oberösterreich

Im Workshop werden Mitbestimmungsmodelle auf betrieblicher Ebene und neue Formen der Mitwirkung im Kontext der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sowie öffentliche Aktionsformen erläutert und zur Diskussion gestellt.

Moderation: Martin Gressl

Workshop 2: Politische Partizipation als Bildungsziel in der VHS-Grundbildung

MMag^a Katharina Zimmerberger, Die Kärntner Volkshochschulen

Das Konzept der Kärntner Volkshochschulen zur politischen Bildung von der Basisbildung bis zum Nachholen von Formalabschlüssen wird im Rahmen dieses Workshops vorgestellt und diskutiert.

Moderation: Mag^a Aurelia Wolf

Workshop 3: Exkursionen & Bildungsreisen: Partizipative Ansätze in der Geschichtsdidaktik

Univ.-Ass. Mag. Florian Kerschbaumer, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Welche Rolle spielt Partizipation in der Geschichtsdidaktik und -vermittlung? Anhand eines von Studierenden der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt in Zusammenarbeit mit der Neuen Mittelschule Annabichl (Klagenfurt) entwickelten Exkursionskonzeptes soll dieser Frage nachgegangen werden.

Moderation: Claudia Kollenz, BA

Workshop 4: Das Kleine Einmaleins für Demokratie und Partizipation

Dr.ⁱⁿ Cornelia Klepp, Pädagogische Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule

Das Kleine Einmaleins gehört zum Grundwissen in der Mathematik. Doch wie sieht es in Bezug auf Begriffe wie Demokratie und Partizipation aus? Welches Grundwissen ist im schulischen Alltag notwendig? Wie kann es adäquat vermittelt und gelernt werden?

Moderation: Mag^a Josefine Scherling

Workshop 5: Die Alternative Politische Bildung

Univ.-Doz. Dr. Wilhelm Filla, Verband Österreichischer Volkshochschulen

Wie kann Politische Bildung im Rahmen der Erwachsenenbildung forciert werden? Welche inhaltliche Ausrichtung ergäbe sich als Alternative zur dominanten, vermeintlich unpolitischen Ausrichtung der Erwachsenenbildung?

Moderation: Mag. Martin Klemenjak

Workshop 6: Partizipationsförderung durch Soziale Arbeit

FH-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bringfriede Scheu, Fachhochschule Kärnten

Im Workshop werden Chancen und Notwendigkeiten einer Partizipationsförderung durch die Soziale Arbeit diskutiert und in diesem Kontext eine exakte Bestimmung von Partizipation vorgenommen.

Moderation: Doris Rottermanner, BA

Workshop 7: **Reloadedversuche gesellschaftlichen Zusammenwirkens
im Bereich Jugendpartizipation**

Dipl.-Päd. Dr. Peter Egg, mitbestimmung.cc

Anhand von zwei erfolgreichen Partizipationsmodellen werden Vernetzungsaktivitäten für gesellschaftliche Institutionen und ein Modell verbesserten gesellschaftlichen Zusammenwirkens im Bereich Jugendpartizipation vorgestellt.

Moderation: Dr. Pier Paolo Pasqualoni

Den Abschluss der „Kärnten-Gespräche 2014“ bildete eine Podiumsdiskussion mit Vertreter/innen der Kärntner Landesregierung. In diesem Kontext wurden zahlreiche Forderungen aus den einzelnen Workshops vorgetragen und diskutiert.

Bestandsaufnahme und Anforderungen

Politische Bildung befindet sich gegenwärtig in Österreich in einem „dysfunktionalen Schwebезustand“ und hat sich in der Entwicklungsgeschichte seit 1945 nur in wenigen Teilbereichen aus der ehemaligen Staatsbürgerkunde emanzipiert. Die politische Bildung liegt daher im Argen, sie bewegt sich – je nachdem – knapp unterhalb oder oberhalb der Wahrnehmungsgrenze. (Klemenjak/Klepp/Pichler/Wucherer 2012, S. 4)

Hinsichtlich der demokratiepolitischen Bildungsarbeit ist der EU-Empfehlung Nr. 12/2002 des Minister/innen-Komitees vom 16. Oktober 2002 an die Mitgliedsstaaten besondere Beachtung zu schenken. Sinngemäß heißt es darin: Die Regierungen der Mitgliedsstaaten werden, unter Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Strukturen, ihrer nationalen und regionalen Gegebenheiten und ihrer Bildungssysteme aufgefordert, der demokratischen Bildung im Rahmen ihrer „Bildungspolitik und -reformen höchste Priorität“ einzuräumen. Es wären dahingehende Initiativen zur Förderung der demokratischen Bildung innerhalb der Mitgliedsstaaten und unter den Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Die demokratische Bildung wäre als wichtiges Instrument zur Entwicklung, Sicherung und Förderung einer demokratischen Kultur auf gesamteuropäischer Ebene anzuerkennen. Die Staatengemeinschaft wird aufgefordert, sich bei der Durchführung der gegenwärtigen und zukünftigen Bildungsreformen von den im Anhang der vorliegenden Empfehlung aufgeführten Prinzipien leiten zu lassen. (Kremser 2009, S. 47)

In der Erwachsenenbildung ist der Stellenwert demokratiepolitischer Bildung nur begrenzt wahrnehmbar, diesbezügliche Forschungsergebnisse für Österreich sind nur in geringem Maße gegeben, und am schwierigsten können Aussagen über Personen, die in der politischen Erwachsenenbildung tätig sind, getroffen werden. (Gruber 2008, S. 286)

Hinweise eines Definitionsrahmens zur politischen Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung finden sich zwar in einem einseitigen „Grundsatzpapier für Politische Bildung“ der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. (ÖGPB 2007) Ein derartiger „Bildungsauftrag“ wird definitiv, etwa im Leitbild der Volkshochschulen, verfolgt.

Hinsichtlich der Lernorte, dies betrifft vor allem den Gestaltungsrahmen und das Design von Bildungsarrangements, ist nach wie vor eine „Verschulung der Erwachsenenbildung“ festzustellen. Demokratiepolitische Bildung erfordert Gestaltungsräume, die den gängigen Seminar- oder Vortragsrahmen verlassen. In Ansätzen erfolgt zwar eine methodisch-didaktische Rückbesinnung auf Methoden, wie etwa Zukunftswerkstätten, Studienreisen, Workshops oder Lesezirkel. Dies gilt auch für die Schularchitektur und die schulischen Lernumgebungen, in denen die Bewegungsräume von Kindern und phantasiereichen Schulformen entwickelt werden müssten. (Pichler/Gruber 2014, S. 29)

Fünf Grundprinzipien zur demokratiepolitischen Bildung

Wie bereits ausgeführt, sollte der Leitgedanke einer demokratiepolitischen Bildung darin bestehen, Demokratie als Staatsform und gleichzeitig als Lebensform zu respektieren, damit diese als ein menschenwürdiges Sozialmodell allgemeine Anerkennung findet und gleichzeitig zu einer humanistischen Gestaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft führt. Die dazu erforderlichen „Prinzipien“ (Heintzel 1977), „Maßstäbe“ (Hentig 1999) oder „gesellschaftlichen Schlüsselqualifikationen“ (Negt 2014) wären hinsichtlich ihrer Relevanz in den Bildungsbemühungen zu prüfen, um daraus weiterführende Erkenntnisse und Vorschläge abzuleiten.

Die nachfolgenden fünf Prinzipien, verstanden als Wegweisungs- und Orientierungspunkte für die Verwirklichung demokratiekritischer Denkweisen, sind als vorläufige Bestandsaufnahme zu werten.

Erstens: Die Verinnerlichung von Toleranz und Wertschätzung, verstanden als humanistische Formung des Individuums und als Maßstab für die Ausformung einer toleranten Politikkultur. Der Grundsatz von Toleranz bezieht sich in erster Linie auf einen grundsätzlichen Respekt einer politischen Opposition. Toleranz ist nicht nur ein schützenswertes Gut, sondern die notwendige Voraussetzung für Frieden und für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Wie die „Toleranzerklärung“ der UNESCO ausführt, wären die Prinzipien der Toleranz auf allen sozialen Ebenen mit geeigneten Bildungsaktivitäten zu forcieren. Das Vermitteln von Toleranz und Offenheit, die Fähigkeit zum Zuhören und die Förderung einer Kultur des solidarischen Denkens

sollten in Schulen und Universitäten sowie in der außerschulischen Bildung, zu Hause und am Arbeitsplatz vermittelt werden.

Die Massenmedien sind aufgerufen, eine konstruktive Rolle einzunehmen, indem sie Räume für offene Dialoge und Diskussionen schaffen. Die Werte der Toleranz zu verbreiten, auf die Gefahren der Indifferenz gegenüber der Ausbreitung intoleranter Gruppen und Ideologien hinzuweisen, stellt eine allgemeine Grundsatzverantwortung dar, so die Prinzipien der UNESCO-Kommission.

Zweitens: Die Bereitschaft zu Dialog und Konsensorientierung, verstanden als die Bereitschaft und die Fähigkeit, miteinander zu reden, getragen von der Absicht, konstruktive Lösungen zu finden. Dabei ist eine Orientierung an Konsensprinzipien unabdingbar. Dialogbereitschaft bedeutet, dass selbst bei widersprüchlichen Auffassungen das Gespräch gesucht und als Mittel zur Problemlösung selbstverständlich ist. Gesprächsverweigerung ist das Gegenteil einer dialogischen Kommunikationskultur. Die Ausgrenzung, beispielsweise sozialer Bewegungen (NGO) aus der politischen Entscheidungsfindung, widerspricht einem dialogischen Maßstab.

Drittens: Die Gewährleistung der Teilhabe an den sozialen Gütern und Werten, verstanden als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einbindung, anstelle sozialer Ausgrenzung in ihren unterschiedlichen Ausprägungsformen. Teilhabe wird ermöglicht durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die eine Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand sichert und durch eine wohlstandssichere Einkommensbasis garantiert wird. Soziale Ausgrenzung, bedingt durch eklatante Einkommensunterschiede bei armutsgefährdeten Menschen, ist ein Armutszeugnis einer reichen Gesellschaft.

Viertens: Soziale Empathie und das Erkennen, Benennen und Bekämpfen von Unrecht, verstanden als Einfühlungsvermögen, wäre die Befähigung, gesellschaftliches Unrecht in seinem Werden und in der Grundstruktur zu erkennen. Die Fähigkeit, dieses zu benennen, und der Wille, aktiv gegen soziale Ungerechtigkeiten aufzutreten, wären anzustrebendes Ideal. Soziales Einfühlungsvermögen bedeutet, menschliches Leid nicht als Werbe- oder Profilierungsmittel zu missbrauchen. „Propagandaaktionen“, die in der Vergangenheit in Form von Geldgeschenken an Notleidende aus öffentlichen Mitteln erfolgten, sind primitive Untugenden. Diese Praxis einer „neofeudalen Almosenpolitik“ entspricht keinesfalls humanistischem Empathievermögen. Sie gehört, so ist zu hoffen, in Kärnten der Vergangenheit an.

Fünftens: Gemeinwohlorientierung und Abscheu vor sozialem Raubbau, verstanden als die Sicherung jener sozialen Güter, die zu einer Sicherung der existenziellen Grundbedingungen beitragen und die Chancengleichheit

ermöglichen. Diese Gemeinwohlüter, die nicht einem gewinnorientierten Marktmechanismus folgen, sind beispielsweise: ein egalitärer Zugang zu allen Bildungsstätten, die Gewähr einer optimalen Gesundheitsversorgung, die Reduktion der Wohnkosten oder eine kostengünstige Regelung der Wasser-, Energie- und Grundversorgung aller Haushalte. Den Veräußerungsabsichten, die zum Ausverkauf dieser „Gemeinwohlschätze“ führen, ist entschieden entgegenzuwirken. Insofern wären den vorherrschenden betriebswirtschaftlichen Denkkategorien und deren Begründungen ein Katalog von Gemeinwohlkriterien entgegenzustellen.

Resümee und Ausblick

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass alle gesellschaftlichen Bildungsaktivitäten gleichzeitig als politische Bildung zu definieren sind. Geleitet vom Gedanken, dass „Politische Bildung als Prinzip aller Bildung“ (Heintel 1977) gilt, wäre zu definieren, welche Bildungsprinzipien in der gegenwärtigen historischen Epoche zur Stabilität des demokratischen Gemeinwesens beitragen. Wenn Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung ist, die immer wieder gelernt werden muss (Negt 2012), so müsste dieser Leitgedanke im schulischen Kontext, aber auch in der Sphäre der politischen Erwachsenenbildung fest verankert sein.

Die „Kärntner Gespräche“ leisten einen wesentlichen Beitrag, die „demokratiepolitische Bildung“ zu thematisieren. Über ihre „drei Entwicklungsphasen“ wurde im Rahmen dieses Beitrages ausführlich berichtet. Abschließend ist noch zu erwähnen, dass auch zukünftig „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ geplant sind.

Literaturhinweise:

- ACHS, Oskar (Hg.) (1985): Otto Glöckel. Ausgewählte Schriften und Reden. Wien.
- DACHS, Herbert (2008): Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick. In: 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Cornelia Klepp; Daniela Rippitsch (Hg.). Wien. S. 17–34.
- FILLA, Wilhelm (2012): Die Alternative politische Bildung. Hannover.
- GRUBER, Elke (2008): Politische Bildung und Erwachsenenbildung – ein pädagogisch-struktureller Blick. In: 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Cornelia Klepp; Daniela Rippitsch (Hg.). Wien. S. 281–289.
- HEINTEL, Peter (1977): Politische Bildung als Prinzip aller Bildung. Klagenfurt/Wien.
- HENTIG, Hartmut von (1999): Bildung – ein Essay. Weinheim/Basel.
- KLEMENJAK, Martin; KLEPP, Cornelia; PICHLER, Heinz; WUCHERER, Otto (2012): Einleitende Bemerkungen zur Politischen Bildung. In: Politische Bildung. Dokumentation zur Gesprächsreihe April bis Dezember 2011. Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“. Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten (Hg.). Klagenfurt. S. 4–6.

- KLEMENJAK, Martin (2012): „Panoptikum Politische Bildung“ – eine Gesprächsreihe. In: Die Österreichische Volkshochschule – Magazin für Erwachsenenbildung, 63. Jg., September 2012, Heft 245. S. 31–32.
- KORINEK, Karl (2012): Die staatsrechtliche und staatspolitische Bedeutung der gesetzlichen Arbeitnehmervertretung. In: Das Recht der Arbeit. Heft 335. Februar 2012. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.). Wien. S. 4–6.
- KREZAR, Kurt (2009): Politische Bildung in Österreich – eine Bestandsaufnahme. (Arbeitsdokument der AK-Bildungsreferenten/innen-Tagung). Wien.
- NEGT, Oskar (1973): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung. Frankfurt/Main.
- NEGT, Oskar (2002): Arbeit und menschliche Würde. Göttingen.
- NEGT, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- NEGT, Oskar (2012): Gesellschaftsentwurf Europa. Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen. Göttingen.
- PICHLER, Heinz (2012): Bildung zur Demokratie – Ein Plädoyer zur Belebung demokratischer Bildung. In: Politische Bildung. Dokumentation zur Gesprächsreihe April bis Dezember 2011. Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“. Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten (Hg.). Klagenfurt. S. 64–76.
- PICHLER, Heinz; GRUBER, Elke (Hg.) (2014): Nur noch Utopien sind realistisch. Perspektiven und Wegweisungen für eine solidarische Gesellschaft. Oskar Negt im Gespräch mit Peter Kaiser. Gehört gelesen und gesehen Nr. 11. Wieser Verlag. Klagenfurt.
- ROHS, Matthias (Hg.) (2002): Arbeitsprozessintegriertes Lernen. Neue Ansätze für die berufliche Bildung. Münster.
- TÁLOS, Emmerich (2013): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938. Wien.

SCHWERPUNKTTHEMA
KÄRNTEN UND EUROPA

Die Außenpolitik des Landes Kärnten: Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene und interregionale Kooperationen

Einleitung

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 besteht für Kärnten nicht nur die Möglichkeit der Einflussnahme auf den EU-Gesetzgebungsprozess auf formeller und informeller Ebene, sondern es ist auch politisch im Ausschuss der Regionen in Brüssel vertreten. Die regionale und lokale Ebene als Tor zum Bürger werden in einem „Europa der Regionen“ spätestens seit den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden über den Vertrag von Lissabon groß geschrieben. Im Vertrag von Lissabon wurden die strukturellen Weichen für die Zukunft der Europäischen Union gestellt. Es war eine Reise, bei der die Europäische Union mehrfach an entscheidenden Weggabelungen stand. Letztlich wurden mit der Unterzeichnung des Vertrages geografische Entfernungen aufgehoben und die europäischen Regionen näher als je zuvor ins Zentrum der Europäischen Union gerückt. Die Union verbesserte sich institutionell und kann auf der globalen Bühne nach außen besser geschlossen auftreten. Neben dem Auftritt nach außen gibt es ganz entscheidende Verbesserungen in den Innenwirkungen der Europäischen Union. Vor allem wurde die Rolle der europäischen Regionen aufgewertet!

Ein Meilenstein in der Stärkung der Regionen und damit auch Kärntens war, dass erstmals – neben dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt als Ziel der Union – auch der territoriale Zusammenhalt als Eckpfeiler der künftigen EU-Regionalpolitik ausdrücklich niedergeschrieben wurde. Was territorialer Zusammenhalt bedeuten kann, lebt Kärnten mit seinen Nachbarregionen vor Ort und in Brüssel schon lange vor. Das Haus der Regionen, in dem Kärnten mit Friaul-Julisch Venetien, Istrien und Sarajevo seit 2005 grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorlebt, ist ein europäisches Musterbeispiel und ein Ort europäischer Begegnung und Kooperation.

Grenzüberschreitende interregionale und transregionale Kooperationen werden im Sinne einer Integration des EU-Raums durch Mittel der EU-Regionalpolitik finanziell unterstützt. In den letzten Jahren zeigte sich nachhaltig, wo das integrative Herz Europas schlägt: in seinen Regionen. Ebendiese europäischen Kraftfelder, die wie keine andere Gebietskörperschaft die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der EU vertreten, wurden in den vergangenen Jahren entscheidend gestärkt und aufgewertet.

1. Ausschuss der Regionen

Seit 1994 existiert der Ausschuss der Regionen (AdR). Er wurde auf Betreiben des damaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl in Maastricht durchgesetzt und vertraglich fixiert. Als Tagungsort wurde Brüssel bestimmt. Die EU sollte endlich dem föderalen Charakter mancher EU-Mitgliedsstaaten Rechnung tragen, und das Schlagwort „Europa der Regionen“ machte Anfang der Neunzigerjahre längst die Runde.

Um dem Ausschuss der Regionen großes politisches Gewicht zu verleihen, wird eine hochrangige Besetzung angestrebt. Österreich hat 12 von 353 Sitzen und nominierte neben den Landeshauptleuten für EU-Angelegenheiten zuständige Landesräte, Landtagspräsidenten und politische Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes.

Als Vertretung der regionalen und lokalen Ebene im EU-Gesetzgebungsprozess muss der Ausschuss der Regionen in einer Reihe von EU-Gesetzesvorhaben angehört werden, und seine Stellungnahmen fließen in EU-Verordnungen und Richtlinien ein. Kritisiert wird häufig, dass er nur beratenden Charakter hat. Bedenkt man jedoch das geringe Alter des AdR – er wurde 1994 ins Leben gerufen – und vergleicht ihn mit dem Europäischen Parlament (EP), welches 1952 gegründet wurde, und ruft sich in Erinnerung, welch geringen Einfluss das EP in seinen Anfängen hatte, relativiert sich diese Kritik unweigerlich. Erst seit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, verfügt das EP in wesentlichen Bereichen wie der Regionalpolitik oder der Agrarpolitik im Rahmen des so genannten Mitentscheidungsverfahrens über wesentliche Entscheidungsrechte.

Zusätzlich muss unterstrichen werden, dass auf europäischer Ebene aufgrund der beiden negativen Referenden über die Annahme des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden 2005 der Bedeutung der Bürger und folglich der Ebene, die diesen am nächsten ist – also den politischen regionalen und lokalen Vertretern – stärker Rechnung getragen wird. Vor diesem Hintergrund bekommen die Stellungnahmen des AdR ein anderes Gewicht, obwohl dieser „de iure“ lediglich eine beratende Funktion innehat. Immerhin spiegeln sie dennoch die Positionen dieser Ebene eindeutig wider.

2. Kärnten mischt in Brüssel im EU-Gesetzgebungsprozess rechtzeitig mit

Von den europäischen Institutionen werden auch die regionalen Vertretungen stark wahrgenommen. Es sind gerade die Verbindungsbüros der

Regionen, die als direkter Kontakt zum europäischen Bürger gesehen werden.

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU gibt es auch eine Vertretung des Landes Kärnten in Brüssel. Durch seine Präsenz in Brüssel hat Kärnten die Möglichkeit, unmittelbar auf europäischer Ebene zu agieren und reagieren, das heißt, den EU-Gesetzgebungsprozess auf informeller Ebene im Sinne der Interessen der Kärntner Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen, wofür oft der Begriff „Lobbying“ strapaziert wird.

Brüssel ist neben Washington D. C. die Welthauptstadt des Lobbyings. Ohne dieses gäbe es massive Informationsassymetriem seitens der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der EU. Lobbying ist nichts anders als eine Form der Interessensvertretung.

Dem Vernehmen nach versuchen nirgendwo mehr Gruppen Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu gewinnen als in Brüssel. Folglich kann es sich auch keine Region, keine nennenswerte Interessensvertretung oder kein großer Konzern leisten, nicht in Brüssel präsent zu sein. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft essentiell, in die Vorbereitungen der EU-Rechtsakte rechtzeitig eingebunden zu sein. Immerhin beeinflussen rund 80 Prozent der EU-Entscheidungen unser tägliches Leben in vielfacher Weise.

Die Kärntner Vertretung versteht ihre Arbeit in der europäischen Hauptstadt als systematischen Prozess zur Durchsetzung von Interessen des Landes Kärnten. Politik und politische Weichenstellungen entstehen in Brüssel nicht im „luftleeren Raum“, sondern stets in Interaktion mit der Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Politiker und Beamte sind in Brüssel auf Interessensvertreter als wichtige Informationsquelle angewiesen. Für beide Seiten gehört Lobbying daher nicht zur Kür, sondern zum Pflichtprogramm.

Die zahlreichen europäischen Legislativvorschläge bedingen ein präzises Monitoring, um genau einschätzen zu können, welche Vorhaben für die vertretenen Interessen welche Konsequenzen mit sich bringen, und um sie gegebenenfalls durch gezieltes Lobbying abfangen oder für sich entscheiden zu können.

Um dies umzusetzen, bedarf es einerseits fachlich hervorragend qualifizierter Experten vor Ort und andererseits eines profunden Wissens über die Verfahren und Abläufe in den einzelnen Institutionen. Die Arbeit folgt natürlich bestimmten Grundsätzen, um erfolgreich zu sein: genaue Kenntnis der relevanten Entscheidungsträger und primären Ansprechpartner. Lobbying ist Überzeugungsarbeit – nicht Überredungskunst. Das bessere Argument macht schlussendlich den entscheidenden Unterschied. Meinungen in Europa entstehen nicht nur in den offiziellen Institutionen der

EU. Sehr oft sind es Think-Tanks, Regionalvertretungen oder andere Interessensvertretungen, die den entscheidenden Impuls setzen und den Stein ins Rollen bringen. Daher ist der Zugang zu einem umfassenden Netzwerk vor Ort in Brüssel unabdingbar! Um den EU-Gesetzgebungsprozess beeinflussen zu können, bedarf es Informationen über Vorhaben der Europäischen Kommission, die auf europäischer Ebene das Vorschlagsmonopol in allen legislativen Fragen besitzt – das so genannte „Initiativrecht“.

Es gilt in diesem frühen Stadium – weit bevor der Rechtsakt als Vorschlag an das EP und den Rat übermittelt wird bzw. auf der offiziellen Homepage der Europäischen Kommission zu finden ist – tätig zu werden. Wem der Zugang zu solchen Informationen fehlt, der wird in Brüssel nicht erfolgreich sein können.

Das Land Kärnten stellt durch sein gezieltes Monitoring der EU-Vorhaben sicher, dass für Kärnten bedeutende Rechtsakte rechtzeitig erkannt werden. Durch professionelles Lobbying – in einem reibungslosen Zusammenspiel von Politik und Fachbeamten – werden diese für Kärnten relevanten EU-Vorhaben beeinflusst.

Genannt werden können in diesem Zusammenhang das Gentechnik-Vorsorge-Gesetz, wodurch die Koexistenz gentechnisch veränderter und gentechnikfreier Produkte ermöglicht wurde, ebenso wie das Lukrieren von zusätzlichen EU-Fördergeldern im Rahmen der EU-Regionalpolitik für so genannte Grenzregionen – wie Kärnten eine war. Auch die Sicherstellung von Wirtschaftsförderungen für wirtschaftlich starke Regionen im Rahmen der EU-Regionalpolitik ab 2014 und die Aufnahme der Koralmbahn und des Semmeringbasistunnels als Teil der Baltisch-Adriatischen Verkehrsachse in die Liste der neun bedeutendsten Verkehrskorridore der EU (TEN-Liste) sind Beispiele für erfolgreiche Lobbying-Arbeit Kärntens bei den EU-Institutionen.

Alle diese Lobbying-Projekte hatten und werden auch in Zukunft EU-Förderungen nach Kärnten fließen lassen und konnten nur durch das Eingreifen vor der Veröffentlichung des EU-Vorschlages und bevor er an das EP und an den EU-Fachministerrat übermittelt wurde, erfolgreich sein. Bemühungen nach der Veröffentlichung des EU-Vorschlages wären in diesen genannten Fällen eindeutig zu spät gewesen.

Zu diesen klassischen „Lobbying-Projekten“ gehört auch die Unterstützung bei der Notifizierung von regionalen Beihilfen bei der Europäischen Kommission, wie beispielsweise im Zuge der Kärntner Breitbandinitiative oder der beabsichtigten Finanzierung des Kärntner Flughafens durch die öffentliche Hand.

In Brüssel gibt es rund 250 regionale Vertretungen, und mit jedem Beitritt eines neuen EU-Mitgliedsstaates erhöht sich auch ihre Anzahl. Einige

davon eröffnen ihre Repräsentanzen sogar schon Jahre vor dem Beitritt ihres Nationalstaates. So ist die Gespanschaft Istrien schon seit 2005 in Brüssel vertreten – also rund zehn Jahre vor dem Beitritt Kroatiens zur EU im Jahre 2013. Die Gespanschaft Istrien zeichnete sich auch durch ihren Weitblick aus, nicht nur das Brüsseler Parkett frühzeitig kennen zu lernen und dort Fuß zu fassen, sondern von Anbeginn an mit seinen Nachbarn und strategischen Partnern, Friaul-Julisch Venetien und Kärnten, in Brüssel auch räumlich einen Standort zu teilen.

3. Ist die Außenpolitik ausschließlich der Republik überlassen?

Obwohl die Außenpolitik Österreichs laut österreichischer Bundesverfassung eindeutig zu den Bundeskompetenzen zählt, verfügt ein Bundesland – abgesehen von der Einflussnahme auf den EU-Gesetzgebungsprozess auf formeller und informeller Ebene im Sinne einer „multi level governance“ – über Möglichkeiten zur interregionalen Kooperation – und das nicht erst seit dem Beitritt Österreichs zur EU.

Diese interregionalen Kooperationen wurden allerdings durch den EU-Beitritt Österreichs und die damit einhergehende finanzielle Unterstützung im Rahmen der EU-Regionalpolitik erleichtert. Seit dem Beitritt unseres Nachbarn Slowenien (2004) und Kooperationspartners Kroatien (2013) zur EU ist die Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum leichter geworden. Zusätzlich ermöglicht das neue Instrument des EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) regionalen Verwaltungen auch in ihrem nicht hoheitlichen Kompetenzbereich grenzüberschreitend zu kooperieren.

Vor diesem Hintergrund muss auch das außenpolitische Wirken des Landes Kärnten im Alpen-Adria-Raum betrachtet werden. Kooperationen Kärntens im Alpen-Adria-Raum haben schon seit Jahrzehnten eine bewährte und äußerst erfolgreiche Tradition. Die ARGE Alpen-Adria entstand 1978 als Kopfgeburt der politischen Eliten und war zu ihrer Gründerzeit eine Innovation und ein sehr ambitioniertes Projekt. Als eine „EU im Kleinen“ hat sie insbesondere zu Zeiten des Kalten Krieges nationalstaatliche und mentale Grenzen überwunden und über ideologische und Systemgrenzen hinweg die Zusammenarbeit zwischen Kärnten und seinen Nachbarregionen erleichtert.

Dieses gemeinsame Vorgehen im Rahmen der „ARGE Alpen-Adria“ mit ihren zwölf Mitgliedern wurde vergangenes Jahr einem „facelifting“ unterzogen: Die aus dieser Reorganisation hervorgegangene „Alpen-Adria-Allianz“ zeichnet sich durch eine flache Verwaltungsstruktur, Nutzung

aller Synergien zwischen den Partnern und dem Ziel einer Integration dieses Raums durch verstärkte Teilnahme an EU-Projekten und Nutzung von EU-Geldern aus. Hinzu kommt das bereits erwähnte Instrument des EVTZ, das nicht zuletzt auf Initiative Österreichs im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft geschaffen wurde und den Regionen neue Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperationen eröffnet. Kärnten hat dieses noch recht neue Instrument genützt und den EVTZ „Euregio senza confini“ mit den Regionen Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto ins Leben gerufen. Die Gespanschaft Istrien befindet sich in einem Beitrittsprozess. So soll den neuen Herausforderungen und Chancen Rechnung getragen werden.

4. Ein „Europa der Regionen“ und die Regionen als „Kraftfelder der EU“

Regionale Kooperationen in einem „Europa der Regionen“ verfolgen – nicht wie von Kritikern oft unterstellt – keinen politischen Selbstzweck, sondern einen zutiefst europäischen Gedanken.

Ziel ist es, dem Brüsseler Zentralismus, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern als einer der Hauptgründe für ihre Ablehnung gegenüber der Europäischen Verfassung angeführt wird, ein entsprechendes Gegengewicht entgegenzustellen.

Ein bürgernahes Europa „bottom up“ oder „von unten nach oben“ soll die Identifikation mit diesem abstrakt wirkenden politischen Gebilde erhöhen. Die Regionen in den Mitgliedsstaaten sollen im Rahmen des Konzeptes „Europa der Regionen“ gefördert und in ihrer regionalen Eigenständigkeit unterstützt werden.

Im Vordergrund des Konzeptes liegt die Förderung der Vielfalt in jeder einzelnen Region. Das föderalistische Konzept soll ganz konkrete Vorteile mit sich bringen: Verwirklichung des „Grundsatzes der Subsidiarität“, Verbesserung einer gemeinsamen, vor allem grenzüberschreitenden Infrastruktur, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, stärkere Bürgernähe, eine höhere Sachkompetenz durch Bündelung der Kompetenz von mehreren Regionen und eine effizientere regionale Verwaltung.

Um diese Ziele umzusetzen, werden mehrere Wege beschritten – einige davon sind absolut unbestritten, andere werden noch kontroversiell diskutiert. Einigkeit besteht hinsichtlich der Anerkennung und Beachtung der regionalen, kulturellen Vielfalt, der Akzeptanz der innerstaatlichen Gliederung sowie der Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen im Rahmen des Prinzips der Subsidiarität. Schon eher umstritten ist die vollständige Akzeptanz und Eingliederung des AdR als EU-Regionalorgan mit

EU-Mitentscheidungsbefugnissen und das eigenständige Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof für Regionen.

Einigkeit herrscht allerdings auch darüber, dass sich Regionen in einer globalen Welt behaupten und sich anderen, neuen Herausforderungen in einem höheren Ausmaß stellen müssen, als es noch vor 20 Jahren der Fall war.

Die Begriffe „global“ und „Region“ scheinen einander auf den ersten Blick zu widersprechen. Die gesamte globale Welt ist während der letzten Jahrzehnte durch stärkere Vernetzung zusammengerückt, vielleicht sogar überschaubarer, aber auch verletzlicher geworden. Menschen können sich erstmals mit dem „Gesamten“ identifizieren. Dadurch werden aber globale Veränderungen stärker wahrgenommen. Am intensivsten werden sie aber dort wahrgenommen, wo man lebt und arbeitet, also im regionalen Umfeld, das aber auch immer mehr als kleiner Teil des „globalen Ganzen“ gesehen werden kann bzw. muss.

Die Möglichkeiten zur Belebung und positiven Entwicklung einer Region sind vielseitig und vor allem von regionalpolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekten abhängig.

Einigkeit herrscht darüber, wann von einer starken Region gesprochen wird. Sie muss auf ein quantitatives wirtschaftliches Wachstum, Abbau von Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien sowie Modernisierung und Industrialisierung entwicklungsschwacher Gebiete ausgerichtet sein. Genau darauf – also auf die Beseitigung von Schwächen und Defiziten – zielte und zielt unsere Förderpolitik ab. Bis dato konnte dieser Disparitäten-Abbau nur teilweise erfolgreich gemeistert werden. Daher wurden seit den 1980er-Jahren neue Ansätze verfolgt, und zwar die Stärkung des Potentials der Regionen. Hier sind vor allem die Verbesserung regionaler Innovationsfähigkeit, wie z. B. wirtschaftliche Infrastrukturen, oder verbesserte Rahmenbedingungen für Unternehmen oder Qualifikations- und Beschäftigungsinitiativen als Maßnahmen zu nennen, die in Kärnten vor allem durch EU-Gelder aus den EU-Fonds wie dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE), dem „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes“ (ELER), dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) und dem Programm „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) unterstützt wurden bzw. immer noch werden.

Die Außenpolitik des Landes Kärnten zielt bei der Entwicklung der Region daher auch auf die Entwicklung des Alpen-Adria-Raums ab, um durch die Erschließung dieses Raums und eine bessere Integration gemeinsam zu einer wettbewerbsfähigen Region – einer Alpen-Adria-Region – zu werden.

Gegenwärtig müssen durch eine darauf abgezielte Außenpolitik des Landes Kärnten Rahmenbedingungen gesetzt werden, um mittel- und langfristig ganz selbstverständlich in einer wettbewerbsfähigen Alpen-Adria-Region

leben zu können. Diese Außenpolitik kann nur mit einer darauf ausgerichteten Regionalentwicklung Hand in Hand gehen, denn Regionalentwicklung ist gelebte Zukunftsentwicklung.

Regionalentwicklung heißt, sich in stetiger Interaktion mit seinen Nachbarn und der regionalen Wirtschaft – eingebettet in einen globalen Kontext – dergestalt kontinuierlich weiter zu entwickeln, dass auf Grundlage der bestmöglichen Nutzung vorhandener Ressourcen und eines positiven Klimas für Veränderung eine aktive Gestaltung des unmittelbaren regionalen Umfeldes Platz greift.

Die Grundvoraussetzung stellt dabei eine übergeordnete große Idee dar, ohne die eine Regionalentwicklung im soziökonomischen „Klein-Klein“ stecken bleibt.

Heute ist es Zeit, Verantwortung für das große Ganze zu übernehmen und das Fundament für eine Zukunft zu legen. Das ist das Ziel der Kärntner Außenpolitik in Bezug auf den Alpen-Adria-Raum und Kärntens Mitwirkung auf europäischer Ebene. So soll schrittweise eine Lebens- und Wirtschaftskultur entwickelt werden, die mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen einhergehen.

Wir benötigen eine attraktive Region, denn letztendlich entscheidet ihre Attraktivität den Standortwettbewerb um Bevölkerungswachstum, Tourismus, Arbeitsplatz und Ansiedlung von Unternehmen. Regionale und lokale Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft erkennen immer mehr das Potential von Synergien interregionaler Potenziale. Der globale Wettbewerb hat schon längst gezeigt, dass es gilt, diese Chance zu nutzen!

Quellen:

- Heike Egon/Peter Groß (Hrsg.): Die Alpen-Adria-Region, Bindungen und Grenzen
Moritsch, Andreas (Hrsg., 2001): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region. Klagenfurt, Ljubljana, Wien
Valentin, Hellwig: Drehbuch im Zentrum Europas. Kärntens Nachbarschaftspolitik im Alpen-Adria-Bereich mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1965 bis 1995, in: Anderwald, Karl/Karpf, Peter/Valentin Hellwig (Hrsg., 1998): Kärntner Jahrbuch für Politik
Neisser, Heinrich (2014): Europa – eine kritische Zwischenbilanz
Miedl/Ausserladscheiter/Reiter (2013): Starke Regionen, starkes Europa
Tätigkeitsberichte des Verbindungsbüros in Brüssel 2004 und 2007–2010

Websites:

- www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik
www.euractiv.de/regionalpolitik
de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus
en.wikipedia.org/wiki/Lobbying

Der lange Hall der Vergangenheit

Zur psychotraumatischen „Transposition“ bei Kärntner SlowenInnen

1. Psychotherapie für Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten

Der Klagenfurter Verein „Aspis – Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt“ arbeitet seit dem Jahr 2005 psychotherapeutisch mit Kärntner Opfern des Nationalsozialismus. Die meisten der KlientInnen, die dieses kostenlose, da vom österreichischen Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus in Zusammenarbeit mit der Gebietskrankenkasse finanzierte Angebot in Anspruch nehmen, sind Kärntner SlowenInnen. Aspis arbeitet für dieses Programm eng mit dem Wiener psychosozialen Zentrum ESRA zusammen, das ein ähnliches Angebot für Jüdinnen und Juden anbietet. Das Projekt richtete sich seit Beginn an so genannte „Kinderüberlebende“ des Nationalsozialismus, d. h. Menschen, die als Kinder oder Jugendliche Zielscheibe des nationalsozialistischen Terrors waren und deren Lebensalter zum Zeitpunkt des Anfangs ihrer Therapie bereits weit vorangeschritten war.¹ Ärztliche Erkenntnisse ergaben, dass diese Bevölkerungsgruppe im hohen Alter etwa doppelt so oft an chronischen Konzentrationsstörungen, Schlafstörungen mit Albträumen oder Kopfschmerzen leidet wie vergleichbare Bevölkerungsgruppen, die nicht Opfer des Nationalsozialismus waren. Dazu leidet diese „erste Generation“ vermehrt unter Magengeschwüren, erhöhtem Blutdruck, Wirbelsäulenbeschwerden sowie Nacken-, Rücken- und/oder Kreuzschmerzen. Auch Bluthochdruck, koronare Herzkrankheiten und Herzinfarkt oder Schlaganfall treten bei den ehemaligen Opfern des Nationalsozialismus vermehrt auf.² Diese Beschwerden haben viele Betroffene ihr Leben lang, in vielen Fällen aber traten sie erst in späteren Jahren auf. Während ihres erwerbstätigen Alters konnten sich die Betroffenen vielfach ablenken, um nicht an das während des Nationalsozialismus Erlebte denken zu müssen. Viele arbeiteten um so härter, um sich nicht erinnern zu müssen. Doch im höheren Alter und insbesondere mit der Pensionierung kamen die Erinnerungen zurück. Nicht selten erinnerten sich die älteren Menschen nun wieder an jahrzehntelang völlig vergessene Details.³ Die bei Aspis arbeitenden TherapeutInnen konnten hierbei einer Vielzahl von Menschen helfen, mit dieser zuvor unbekanntem „Überflutung“ von Erinnerung umzugehen.

Um etwa 2008 weitete Aspis die kostenlose psychotherapeutische Versorgung auch auf Angehörige der zweiten, nach dem Krieg geborenen Generation aus. Inzwischen entstammt etwa ein Drittel der bei Aspis in diesem Rahmen behandelten Personen dieser Gruppe. Um etwa 2010 begannen auch einige Menschen aus der dritten Generation, der Enkelgeneration der eigentlichen NS-Opfer, ihre Psychotherapie bei Aspis. Dem zugrunde liegen wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse, dass die Nachkommen der Opfer des Nationalsozialismus an Symptomen leiden können, als hätten sie den Nationalsozialismus selbst miterlebt. Besondere familiäre Dynamiken haben zur Folge, dass Traumata generationsübergreifend weitergegeben werden. Bezogen auf Kärnten bedeutet dies, dass der Nationalsozialismus und sein Kontext für eine bestimmte Personengruppe selbst heute noch – fast 70 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reichs – höchst sensible Themen sind. Über den Mechanismus der *Transposition* kann die Vergangenheit immer wieder Eingang in den Alltag der Menschen finden. Um diese Thesen zu untermauern, beziehe ich mich im Weiteren auf neuere und klassische wissenschaftliche Literatur, insbesondere im Bereich der Psychotraumatologie, sowie die wissenschaftliche Auswertung einer Reihe von im Jahr 2012 durchgeführten Interviews mit ehemaligen Kärntner slowenischen Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachkommen.⁴ In der weiteren Folge ist dabei von der „ersten Generation“ (der ZeitzeugInnengeneration bzw. der „Kinderüberlebenden“ des NS-Terrors), der „zweiten Generation“ (ihrer Kinder) und „dritten Generation“ (die Enkelgeneration der ZeitzeugInnen) die Rede, wobei die Namen aller Personen verändert wurden.

2. Transposition. Der lange Hall der Vergangenheit

„Trauma ist immer ein schmerzhaft Unerledigtes, ein ‚unfinished business‘. Etwas ist überhaupt nicht in Ordnung, ein nicht gesicherter Abgrund, ein schreiendes Unrecht. In der zweiten Generation und in gewisser Weise/Hinsicht auch in der dritten tritt keine Ruhe ein, es arbeitet bewusst und unbewusst weiter, so als sollte ein ungeheurer Missstand korrigiert werden. Während die Angehörigen der zweiten Generation die Angst und die Trauer ihrer Eltern noch ganz direkt spüren, sich oftmals nicht getrauen nachzufragen und sich den bewussten und unbewussten Aufträgen der Eltern kaum entziehen können, ist die Beschäftigung mit dem Trauma der Großeltern bei den Enkeln zwar auch noch ein zentrales und manchmal Angst machendes Lebensthema, aber sie haben weniger Hemmungen, die Großeltern zu fragen. Sie können sich diesem Thema, welches für sie bereits ein Thema unter anderen ist, mit größerer Freiheit oftmals mit erstaunlicher Kreativität zuwenden.“

*Klaus Ottomeyer im Vorwort des Buchs „Vom Leben danach.
Eine transgenerationelle Studie über die Shoah“⁵*

Der wissenschaftlichen Literatur über Holocaust-Überlebende und ihre Nachfahren zufolge neigen die Kinder und Enkel von traumatisierten Überlebenden des Nazi-Terrors dazu, Sequenzen aus dem Leben ihrer Eltern und Großeltern im eigenen Leben – unbewusst – nachzuspielen bzw. nachzuerleben. Es handelt sich dabei gewissermaßen um ein erlebnismäßiges Ineinanderrücken dreier Generationen. Der Wiener Psychoanalytiker Markus Zöchmeister charakterisierte dieses Phänomen jüngst als eine „Verdopplung der Realitäten, die sich zu jedem zufälligen Zeitpunkt ins Subjekt einschleichen kann“.⁶ Während Haydée Faimberg mit dem Begriff „Teleskopung“ die unbewusste Weitergabe genereller pathogener Konfliktmuster auf nachkommende Generationen bezeichnet⁷, meint Ilany Kogan mit dem Begriff des „Enactment“⁸ „den Zwang der Kinder von Holocaust-Überlebenden, die Erfahrungen der Eltern durch konkretes Handeln im eigenen Leben erneut zu konstellieren“⁹. Bereits 1995 beschrieb Judith Kestenberg den damit zweifellos verwandten Mechanismus der *Transposition*, der psychoanalytisch eine „Extremform der Identifizierung“ bezeichnet.¹⁰ Die Transposition drückt, mit Kurt Grünberg gesprochen, eine „doppelte Realität“¹¹ aus – Szenen aus dem Leben der Nachkommen werden von diesen empfunden wie Szenen aus der NS-Zeit aus dem Leben ihrer Großeltern oder Eltern. Um mit Markus Zöchmeister zu sprechen: Egal wohin es geht, es passieren Dinge, die die betreffenden Nachfahren immer wieder auf die Geschichte der Eltern stoßen lassen.¹² In einem „normalen“ eigenen Aufenthalt im Krankenhaus kann so die Lagererfahrung der Eltern *wiedergefunden* werden.¹³ Die Transposition ist ein Blick in die Welt der Großeltern oder Eltern, der mehr ist als eine Vorstellung oder Fantasie, er ist etwas sehr Reales.¹⁴ Die Verdopplung der Realitäten kann sich zu jedem zufälligen Zeitpunkt ins Subjekt einschleichen. Dabei gibt es Momente, die als Pendeltüren, als Öffnungen und Verbindungen zwischen den Zeiten fungieren.¹⁵ Es sind oft kleine, unscheinbare Alltagsszenen, in denen Momente aus der Vergangenheit ihrer Familiengeschichte zum Vorschein kommen – und die Nachkommen in die Vergangenheit ihrer Eltern und Großeltern für Momente oder Augenblicke zurückwerfen. Im Folgenden möchte ich drei Beispiele für Transposition bei Kärntner slowenischen Angehörigen der zweiten Generation beschreiben.

2.1 Beatrix und die Deutschnationalen

Beatrix ist zum Zeitpunkt des Interviews Anfang fünfzig. Die Familie ihres Vaters wurde von den Nationalsozialisten im April 1942 „ausgesiedelt“, d. h. in ein Arbeitslager nach Deutschland deportiert. Ihr Vater war damals etwa 12 Jahre alt und musste später auch selbst Zwangsarbeit verrichten. In Beatrix' Kindheit sei bei den verschiedensten, auch alltäglichsten Gesprächen mit ihm das Thema beim Nationalsozialismus, dem Weltkrieg und der Deportation gelandet. Ihr Vater habe ihr nie etwas aus

seiner Vergangenheit verheimlicht, mein Beatrix. Dennoch habe er seine Geschichten so oft wiederholt, dass sie sie bereits auswendig kannte. Oft seien die Erzählungen ihres Vaters sehr emotional gewesen, das Erlebte habe ihn bis ins hohe Alter begleitet: „Diese ganze Vergangenheit des Vaters war immer gegenwärtig und lag wie ein Schatten über uns. Sie hat uns auch, wie soll ich sagen, den Weg vorgezeigt“, ließ mich Beatrix wissen.

Auf meine Frage hin, ob Beatrix selbst je antislowenische Gewalt erlebt habe, bekomme ich folgende Geschichte zu hören. Einige Jahre lang seien Beatrix und ihre MitschülerInnen noch in das „alte“ Slowenische Gymnasium, das in der Lerchenfeldstraße in Klagenfurt untergebracht war und in dem die slowenischen SchülerInnen immer nachmittags unterrichtet wurden¹⁶, gegangen. „Als wir dann, äh, als wir vom Gymnasium (abends, schon bei Dämmerung, Anm.) zum Bahnhof gingen, gingen wir durch den Schillerpark, der war damals noch nicht so beleuchtet wie heute. Und dort bekamen wir von Zeit zu Zeit, ah, bekamen wir eine Ohrfeige. Also, wir wurden echt physisch angegriffen, aber ... wir hätten auch einen anderen Weg nehmen können, aber das war interessant...“ Beatrix und ihre MitschülerInnen seien halt so aufgewachsen. Sie hätten sich nicht einschüchtern lassen, weil sie wussten, dass das, was ihre Eltern erlebt (und überlebt) hatten, würde sich so nicht wiederholen, meint sie.

„Und so sind wir aufgewachsen, und wir haben uns auch nicht, hm, also, von keiner Drohung, dass sie uns ich weiß nicht wie eingeschüchtert hätte, weil wir wussten, dass das nicht so sein wird.“

Auf meine Nachfrage, warum sie als junge SchülerInnen bewusst den gefährlichen Weg durch den Schillerpark, wo antislowenisch gesinnte Männer in böser Absicht bewusst auf die SchülerInnen des Slowenischen Gymnasiums warteten, genommen hätten, antwortet Beatrix, es sei halt lustig gewesen: „No, lustig, natürlich spielte die Angst auch, äh, ich kann nicht sagen, wir seien Helden gewesen, im Gegenteil, wir hatten ab und zu auch volle Hosen, aber, hm, ich denke halt, es war damals so unsere Generation.“ Als SchülerInnen des Slowenischen Gymnasiums seien sie und ihre MitschülerInnen direkt in den „politischen Zirkus“ involviert gewesen. An der Schule sei es selbstverständlich gewesen, dass es ab und zu Bombendrohungen gab und die Polizei anwesend war. „Aber das war unser Alltag. Und auch als wir in das neue Gebäude übersiedelten, ähm, zweimal, erinnere ich mich, dass sie die Schule evakuiert haben.“ Sie selbst sei damals aber schon in der siebten Klasse und diesbezüglich ruhiger gewesen. Leid getan hätten ihr nur die Jüngeren, die „wirklich Panik gehabt haben und damit Probleme gehabt haben mit dem, einige Zeit.“

Mit Markus Zöchmeister könnte hier festgestellt werden, „die Transposition stellt in diesem Sinne einen Wiederholungszwang dar, der die

Zeitlichkeit der Generationenfolge außer Kraft setzt“.¹⁷ Indem sich Beatrix wiederholt dem „Kampf“ mit physisch überlegenen „Deutschen“ aussetzte, belebte sie unbewusst signifikante Szenen aus der Vergangenheit ihres Vaters wieder. Während ihr Vater aber als junger, von seinem „Herren“ gepeinigter Zwangsarbeiter in seiner Handlungsfähigkeit sehr eingeschränkt war, konnte Beatrix gewissermaßen tagtäglich neue Handlungen oder auch neue Auswege in der Auseinandersetzung mit den Kontrahenten ausprobieren. Über dieses wiederholte Herstellen der Vergangenheit in der Gegenwart wurde somit etwas Neues in die Szene eingeschrieben.¹⁸ Eventuell konnte Beatrix in ihrem eigenen Gefühlsleben die damalige Hilflosigkeit ihres Vaters auflösen, vielleicht half ihr dieses Erleben von der Vergangenheit ihres Vaters ähnlicher Szenen am eigenen Körper auch, ihn in seiner Lebensgeschichte besser zu verstehen. Vielleicht produzierte sie auch eben unbewusst das, was ihre Eltern bewusst im weiteren Verlauf des Lebens mieden. Beatrix selbst konnte sich im Interview nicht erklären, weshalb diese abendlichen Kämpfe eine wahrhaftige Faszination auf sie ausübten.

2.2 Majda und das zweisprachige Schulwesen

Majda ist zum Zeitpunkt des Interviews im Alter von Ende 50. Die Familie ihrer Mutter wurde von den Nationalsozialisten deportiert, als sie etwa 13 Jahre alt war.

Als Majda klein war, hätten ihre Eltern nicht viel über diese Zeit erzählt. „Sie hatten noch den Schock in sich, die Angst, wenn sie den Kindern das Erlebte vermitteln würden.“ Das Thema sei aber doch immer wieder ein wenig angesprochen worden. Vor allem sei in ihrer Familie über die Aussiedlung der Eltern gesprochen worden, wenn Majda als Jugendliche erneut mit antislowenischer Gewalt konfrontiert gewesen war und diesbezüglich Redebedarf gehabt hatte. „Dann haben sie schon angefangen zu erzählen, ja, wir waren ja ausgesiedelt und so. Aber in die Tiefe hinein haben sie nie erzählt.“ Es sei halt schwer gewesen, darüber zu sprechen. Die Kinder sollten auch keinesfalls wegen der Erfahrungen ihrer Eltern das Gefühl bekommen, die slowenische Sprache könnte ihnen zum Nachteil werden. Als es dann aber dennoch soweit kam und Majda als Schülerin diskriminiert wurde, hätten sie das Thema zumindest anschnitten müssen.

In der Volksschule habe Majda bereits ein wenig den Widerstand gegen das Slowenische gespürt. In der Hauptschule aber sei sie richtig fertig gemacht worden. „Es war so eine Stimmung, wenn du ein Wort auf Slowenisch gesagt hast, hast du Freunde verloren.“ Heimlich hätten die MitschülerInnen sie schon auf Slowenisch angesprochen, aber sonst sei

es besser gewesen, sich nicht in Majdas Gesellschaft blicken zu lassen. Andere konnten zwar Slowenisch sprechen, hätten sich aber nicht dazu bekannt – nicht so wie Majda, die dazu gestanden sei. Vor allem im Auto-bus habe man sie beschimpft: „Red Deutsch, wos soll denn dos, des is doch schirch“, habe sie ständig zu hören bekommen. Die Situation habe sich erst gebessert, als sich die finanzielle Situation der Familie gebessert habe und Majda so ins Slowenische Gymnasium eingeschrieben werden konnte.

Ich bin meinerseits bereits fertig mit dem Interview, als Majda von sich aus noch eine Geschichte erzählen möchte. Ihr sei unlängst während einer Unterrichtsstunde in ihrem Beruf als Pädagogin an einer zweisprachigen Schule in Kärnten etwas geschehen, das sie noch nie erlebt habe – davon habe sie auch ihrer Mutter noch nichts erzählt. Als sie den Unterrichtsstoff auf Slowenisch vorgetragen habe, habe prompt eine Schülerin von ihr laut verlangt, sie solle die Sprache wechseln. Majda erzählt: „Und ich hab gedacht, mich trifft der Schlag. Ein Kind! Sagt sie zu mir: ‚Reden´s Deutsch!‘ oder ‚Red Deutsch!‘ sogar. Das war so, als hätte mich der Blitz getroffen, du kannst dir nicht vorstellen, wie ich reagiert habe. (...) Ich bin so aus der Haut gefahren, ... ich war so fertig ... Weißt du, das ist so wie das, als sie mir in der Hauptschule ständig gesagt haben ‚Red Deutsch‘.“ Nach einer Lektion an die ganze Klasse, warum der Unterricht in slowenischer Sprache in Kärnten höchst bedeutend sei, habe Majda schließlich alle Fenster geöffnet und sei mit dem normalen Unterricht fortgefahren. „Ich habe ihnen so eine Standpauke gehalten, weißt du, das hat so geschmerzt...“

Majda sprach in ihrer Kindheit mit ihren Eltern nicht viel über das Erlebte im Nationalsozialismus. Auf das Thema kam die Familie insbesondere zu sprechen, wenn Majda selbst antislowenische Gewalt erfahren hatte. Erklärungen für ihre antislowenischen Erfahrungen wurden stets mit der Gewaltgeschichte ihrer Eltern im Nationalsozialismus verbunden, womit eine generationenübergreifende Kontinuität hergestellt wurde. „Der Kärntner spricht Deutsch!“, hieß es zur Zeit des Nationalsozialismus. Dieser Spruch hat sich unzweifelhaft ins Leben von Majdas Eltern eingebrannt. Eine Generation später, etwa auf Majdas Busfahrten von der Schule nach Hause, erlangt er im Leben der Tochter eine ähnliche Bedeutung. Als Majda nun als erwachsene Person in einer eigentlich alltäglichen Situation die fordernd vorgetragene Aufforderung erhält, sie möge Deutsch sprechen, ist dieser schmerzliche Teil ihrer Vergangenheit sofort wieder präsent – und mit ihm höchstwahrscheinlich auch die unbewusst damit verbundene schmerzliche Vergangenheit ihrer Eltern. Für Augenblicke dürften für Majda die räumlichen und zeitlichen Grenzen verschwunden sein, und sie reagiert gewissermaßen inadäquat auf eine wohl anders gemeinte Bitte oder Aufforderung einer Schülerin, die

vielleicht des Slowenischen noch nicht ausreichend mächtig ist. Nach kurzer Zeit fasst sich Majda erneut und findet zurück zur gegebenen Situation.

2.3 Natalijas Fantasien

Natalija ist zum Zeitpunkt des Interviews Anfang 50 Jahre alt. Ihr Vater war zur Zeit des Nationalsozialismus bei den PartisanInnen. Ihre Mutter wurde zusammen mit ihrer gesamten Herkunftsfamilie in ein Arbeitslager nach Deutschland deportiert; sie war damals etwa 13 Jahre alt. Natalija berichtet mir, sie habe stets sehr viel von der Geschichte ihrer Mutter gewusst, es sei viel darüber geredet worden. Im Gegensatz dazu erfuhr sie nie Details über die Geschichte ihres Vaters, was sie zum Fantasieren über seine Erlebnisse im Widerstand anleitete: „Bei den Partisanen zu sein, im Wald, mit dem Gewehr, und allein, ohne Familie um dich herum ...“ sei für Natalija immer eine schlimme Vorstellung gewesen. „Und mein Vater war ja erst 15 Jahre alt damals.“ Sie erinnere sich, sich vorgestellt zu haben, wie grausam es gewesen sein müsste, wenn man als Partisane von den Nazis gefangen genommen wurde. „Und wenn sie dich dann foltern, dass du verrätst, wo die anderen Partisanen versteckt sind ... aber ich weiß nicht, wo ich diese Geschichten gehört habe.“ Vielleicht habe sie davon diese Angst, gefangen zu werden, vielleicht sei ihr das unterbewusst weitergegeben worden, überlegt sie, „dass sie dann mit dir was weiß ich für Grausamkeiten anstellen.“ Diese Angst habe sie schon sehr lange in sich. Als Jugendliche habe sie sich in ihrer Fantasie immer wieder ausgemalt, wohin sie fliehen könne, wenn plötzlich „die Faschisten“ kämen, „wo ich mich verstecken könnte, sodass sie mich ja nicht kriegen – stell dir das einmal vor, sogar solche Fantasien habe ich gehabt!“ Sie habe sich vorgestellt, wo denn in der Nähe des Bauernhofes, auf dem ihr Vater aufgewachsen war, Gruben und Gräben seien, die als Versteck dienen könnten. Natalija könne noch heute keine Zeitungsartikel über Folter lesen. Wenn sie Informationen von Amnesty International erhalte, müsse sie sofort die Bilder von Folteropfern abdecken. Sie könne solche Berichte und Fotos einfach nicht ertragen. Noch heute, wenn Natalija Partisanenlieder höre, bekomme sie so ein Gefühl, „dass mir das nicht gefällt“.

Natalija schien in ihrer Jugend so genannte *Transpositionsfantasien*¹⁹ zu haben. Im Gegensatz zu „normalen“ Fantasien konnte sie diese Fantasien nicht kontrollieren, sondern wurde davon regelrecht eingeholt. Es könnte sich dabei um signifikante historische Szenen aus der Familiengeschichte gehandelt haben, die durch Natalijas Vorstellungen die Verfolgungs- und Lagervergangenheit der Eltern ins Leben der Tochter reproduzierten. Als Erwachsene hat Natalija solche Vorstellungen nicht mehr, sie reagiert aber noch gewissermaßen „allergisch“ auf Berichte von Folter – auch wenn diese aus einem ganz anderen Kontext stammen.

3. Transgenerationale Aufträge

Während Markus Zöchmeister im Rahmen seiner Studie zu jüdischen Überlebenden des Holocaust und ihrer Familien herausfand, dass die Transposition in der zweiten Generation nicht endete, sondern auch bei der dritten Generation weiterging²⁰, zeigten die bisherigen Ergebnisse meiner Forschung bei Kärntner slowenischen Familien keine dermaßen direkten Transpositionsphänomene bei der heutigen Jugend (d. h. der dritten Generation) von Kärntner SlowenInnen. Ich führe dies insbesondere auf die veränderte gesellschaftliche Atmosphäre in Kärnten zurück. Viele Angehörige der zweiten Generation wuchsen in den 1970er Jahren auf, unbestritten einer volksgruppenpolitisch höchst brisanten Zeit. Einschneidende Erlebnisse wie etwa den Ortstafelsturm erlebten diese Menschen in ihrer Schulzeit, in der sie zugleich auch politisiert wurden; Peter Gstettner bezeichnete diese gewaltsame Entfernung aller zweisprachigen Ortstafeln bereits früh als „Ortstafelpogrom“²¹, und jüngst wurde diese Zeit als „am Rande des Bürgerkriegs“ beschrieben.²² Dem Ortstafelsturm folgten etwa österreichweite Solidaritätskomitees für die Rechte der slowenischen Minderheit und eine jahrelange Debatte um das Minderheitenschulwesen in Kärnten. Die politischen und gesellschaftlichen Grabenkämpfe um Kärntens Zweisprachigkeit zogen sich über Jahrzehnte – und wurden auf Kärntner slowenischer Seite zunehmend geführt von Angehörigen der zweiten Generation. Familiendynamisch standen diese Aktivitäten im Einklang mit unbewussten Aufträgen und Wünschen von Seiten ihrer Eltern („Meine Kinder sollen in Kärnten gleichberechtigt slowenisch sprechen dürfen, immerhin habe ich dafür gelitten!“), und zugleich vergaben die Akteure auf sie selbst darauf bezogene Aufträge („Meine Eltern haben für das Slowenische in Kärnten gelitten – jetzt liegt es an mir, sicherzustellen, dass dies nicht umsonst war.“).

Der in den 1970er- und 80er-Jahren in Kärnten gesellschaftlich präsente antislowenische Druck hatte jedenfalls zur Folge, dass die Generation der Opfer des Nationalsozialismus psychisch stets aufs Neue an das vor Jahrzehnten Erlebte erinnert wurde. Viele Angehörige der zweiten Generation bekamen gewissermaßen von klein auf eine kämpferische Einstellung für das Slowenische in Kärnten und wurden stets aufs Neue in einer besonderen Sensibilität für Kärntens Zweisprachigkeit geschult – die sie wohl als noch immer gefährdet erlebten.

Noch im Jahr 2006 drohte der damalige Landeshauptmann Haider mit einem erneuten Ortstafelsturm und ließ öffentlich plakatieren: „Kärnten wird einsprachig!“ Dennoch wuchs die dritte Generation generell in einer Zeit auf, in der das Slowenische in Kärnten zunehmend alltäglicher und selbstverständlicher wurde und wird. Zwar klagen slowenischsprachige SchülerInnen auch heute noch über antislowenische Übergriffe²³,

im Vergleich zu früheren Generationen sind diese aber größtenteils verbal.²⁴ Der knapp über 20jährige Milan ist Natalijas Sohn. Er erwähnt im Interview, aufgrund seiner Familienvergangenheit sei er definitiv „Antifaschist“. Er reagiere sensibel auf jegliche Diskriminierung, wobei sich diese Sensibilität aber nicht nur auf das slowenische Wort in Kärnten beziehe, sondern generell auf Unrecht gegenüber anderen Menschen. Er sieht den Nationalsozialismus als „vergangene Angelegenheit“, die heute zwar noch Ableger produziere, sich aber nicht mehr wiederholen werde. Peter ist ebenfalls um die 20 Jahre alt und der Sohn von Beatrix. Er meint, die Leidensgeschichte seiner Familie während der NS-Zeit sei selbstverständlich sehr traurig. Er persönlich könne nun aber gewissermaßen etwas daraus ziehen. So könne er bewusst Multikulturalität und Mehrsprachigkeit genießen und beides wertschätzen. Seine Familiengeschichte habe ihm dazu verholphen, für sein eigenes Leben tolerante Werte zu entwickeln, und helfe ihm auch, Unmenschliches zu verurteilen.

Sowohl Milan als auch Peter leben zu Studienzwecken zum Zeitpunkt des Interviews in einer größeren Stadt außerhalb Kärntens. Sie scheinen, insbesondere im Vergleich zu ihren Eltern, einen recht unbefangenen Zugang zur Familienvergangenheit zu haben und scheinen es in mancher Hinsicht sogar geschafft zu haben, das Negative aus der Vergangenheit zur Ressource umzukehren. Beide wünschen sich, die slowenische Sprache auch an ihre Nachkommen weiter zu geben.

Rafaela ist die Tochter von Majda, als Angehörige der dritten Generation um die dreißig Jahre alt und arbeitet in Kärnten im Medienbereich zu Minderheitenthemen. Im Interview erinnert sie sich an Diskriminierungen aus ihrer Kindheit. Einem Mädchen aus der Nachbarschaft hätten die Eltern verboten, mit ihr zu spielen, als sie erfuhren, dass die Familie slowenisch spreche. Sie habe damals nicht verstanden, warum sie „jetzt weniger wert sein sollte oder warum ich jetzt nicht mehr Teil dessen und dessen sein darf, und was ich Falsches getan habe.“ Wenn heute jemand aus ihrer Familie wegen des Slowenischen angegriffen werden würde, würde es in ihr „schon noch so von innen ein wenig brennen“, erzählt sie mir. Weil sie nicht nur privat, sondern auch beruflich mit dem Thema beschäftigt sei, bekomme sie oft ein einengendes Gefühl: „Dass wir jeden Tag mit ein und demselben Thema konfrontiert sind. Dass es immer um einen Kampf um etwas geht ... dass du dich auch über diesen Kampf identifizierst. Und ... da habe ich häufig das Gefühl, ich muss raus.“ Dies sei dann oft nur ein Urlaub oder ein größeres Projekt im Ausland, aber so könne sie sich ein wenig Distanz verschaffen.

Rafaelas Beispiel macht gut die Ambivalenz deutlich, an der viele Angehörige der dritten Generation zu arbeiten haben. Der sicherlich berechtigte Wunsch der jungen Menschen nach einem „normalen Leben“ stößt auf

innere, mit der Familienvergangenheit belastete Aufträge, die auch hier aus zwei Seiten kommen: von den Familienangehörigen etwa Wünsche, auch die Jugend möge in bestimmten Vereinen tätig sein oder sich für die Vergangenheit aktiv interessieren, und von sich aus im Gefühl, Bestimmtes für seine Eltern und Großeltern noch erledigen zu müssen. Gewissermaßen handelt es sich dabei um eine „Ausbruchsschuld“.

4. Resüme

Über Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die unmittelbaren Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten durch politische und gesellschaftliche Debatten um Kärntens Zweisprachigkeit stets aufs Neue an ihr Erlittenes erinnert. Statt psychische Kompensation zu erfahren, die den Betroffenen die Heilung der Wunden der Vergangenheit erleichtert hätte, durchlebte diese „erste Generation“ beispielsweise im Ortstafelsturm und in späteren politischen Debatten längst vergangene antislowenische Szenen stets aufs Neue wieder. Insbesondere im hohen Lebensalter machte sich diese Kumulierung von traumatischen Sequenzen bemerkbar. In vielen Fällen konnte die vom Verein Aspis ab 2005 angebotene Psychotherapie die Menschen dabei unterstützen, mit ihrer hohen psychischen Vulnerabilität besser umzugehen – was jedenfalls nötig war, als es beispielsweise 2007 und 2008 vonseiten des damaligen Landeshauptmanns hieß: „Kärnten wird einsprachig!“

Die eigenen, dem Erlebten der Eltern in mancher Hinsicht ähnlichen anti-slowenischen Erfahrungen, das mit den Eltern dazu Besprochene und verschwiegene Anteile der Familiengeschichte, die Fantasie über das tatsächlich Vorgefallene im Zweiten Weltkrieg und nicht zuletzt der über Jahrzehnte aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendige „Schutz“ des Slowenischen Wortes in Kärnten macht die zweite Generation der Opfer des Nationalsozialismus noch heute sehr sensibel auf gewisse, den Nationalsozialismus und Antislowenismus betreffende Themen. Eine Extremform dieser Sensibilität ist die Transposition, die bewirken kann, dass sich Betroffene in den alltäglichsten Szenen plötzlich gefühlsmäßig in der Vergangenheit wiederfinden und signifikante historische Szenen aus der Familiengeschichte reinszenieren.

Viele Angehörige der dritten Generation schaffen es inzwischen offenbar, aus der Vergangenheit gewisse Ressourcen zu ziehen, wie etwa tolerante Werte oder Sensibilität für Unrecht. Nicht selten sehen sich die Enkel der Opfer des Nationalsozialismus aber konfrontiert mit einer gewissen „Ausbruchsschuld“, bezogen auf ihre familiäre Vergangenheit, die sie mehr oder weniger daran hindert, ein „normales“, also unbelastetes Leben zu führen. Auch hier liegen die Gründe dafür sowohl innerfamiliär (etwa Enkel, die

die Großeltern nicht zusätzlich belasten wollen, indem sie sich zu deutlich distanzieren, bzw. Großeltern und Eltern, die sich von ihren Enkeln und Kindern „erwarten“, eine slowenischsprachige Familie zu gründen) als auch in den gesellschaftlichen Verhältnissen: Die eigene Erfahrung von antislowenischer Gewalt verbindet auch die dritte Generation mit dem vergangenen Leid ihrer Großeltern und gibt so auch der jungen Generation von Kärntner SlowenInnen das Gefühl, Kärntens Zweisprachigkeit sei nach wie vor umstritten.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse sollten künftige politische und gesellschaftliche Debatten um Kärntens Zweisprachigkeit sensibler geführt werden. Weiterführende generationsübergreifende psychotraumatologische Studien, die über die Kärntner slowenischen Opfer des Nationalsozialismus hinausgehen und dabei auch das komplexe Thema von Täter- und Komplizenschaft im Nationalsozialismus sowie damit einhergehende (unterdrückte) Schuld- und Schamgefühle behandeln, stehen weiterhin aus. Dabei sind es insbesondere solche bisher unbehandelte Fragen, die die Vergangenheit nach wie vor in Kärnten wirken lassen. Inzwischen, fast 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ist noch ein kleines Zeitfenster offen, in dem uns die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen noch als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Die KärntnerInnen sollten diese Möglichkeit nutzen, um innerfamiliär belastende Themen klären zu können.

Literatur:

- Grünberg, K. (2002): Tradierung des Nazi-Traumas und Schweigen. In: I. Özkan, A. Streeck-Fischer & U. Sachsse (Hg.), *Trauma und Gesellschaft. Vergangenheit in der Gegenwart*. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 34–63.
- Faimberg, H. (2009): *Teleskopng. Die intergenerationelle Weitergabe narzisstischer Bindungen*. Frankfurt/Main, Brandes & Apsel.
- Kestenberg, J. S. (1995): Die Analyse des Kindes eines Überlebenden. Eine metapsychologische Beurteilung. In: M. S. Bergmann, M. E. Jucovy & J. S. Kestenberg (Hg.), *Kinder der Opfer, Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust*. Frankfurt/Main, Fischer, S. 173–206.
- Kogan, I. (2009): Die Durchlässigkeit der Grenzen in Holocaust-Überlebenden und ihren Nachkommen. In: H. Radebold, W. Bohleber & J. Zinnecker (Hg.), *Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten*, Weinheim und München, Juventa, S. 119–128.
- Ottomeyer, K. & Lackner, G. (2009): Traumatherapie mit Kinder-Überlebenden des Nazi-Terrors. In: *Zeitschrift für Psychodrama und Soziometrie*, 8/2009, S. 53–63.
- Valentin, H. (2013): *Am Rande des Bürgerkriegs. Der Kärntner Ortstafelkonflikt 1972 und der Sturz Hans Simas*. Klagenfurt/Celovec, Mohorjeva/Hermagoras.
- Vavti, Š. (2012): *Včasih ti zamanjka besed. Etnične identifikacije pri mladih Slovenkah in Slovencih na dvojezičnem avstrijskem Koroškem*, Klagenfurt/Celovec, Drava.
- Wutti, F. & Wutti, D. (2012): Kein Ende traumatischer Erfahrungen der Kärntner SlowenInnen nach dem 2. Weltkrieg. In: T. Heise, I. Özkan & S. Golsabahi (Hg.), *Integration. Identität. Gesundheit. 5. Kongress des Dachverbands der transkulturellen Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im deutschsprachigen Raum e. V. (DTPPP)* 23.–25. September 2011. *Alpen-Adria Universität Klagenfurt*. Berlin, VWB, S. 49–54.

Wutti, D. (2013): *Drei Familien, drei Generationen. Das Trauma des Nationalsozialismus im Leben dreier Generationen von Kärntner SlowenInnen*. Klagenfurt/Celovec, Drava.

Zöchmeister, M. (2013): *Vom Leben danach. Eine transgenerationelle Studie über die Shoah*. Gießen, Psychosozial.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Ottomeyer & Lackner 2009: 54.
- 2 Vgl. Wutti & Wutti 2012: 51 f.
- 3 Vgl. Wutti 2013: 106.
- 4 Eine ausführlichere Beschreibung der Interviews befindet sich in Wutti 2013.
- 5 Zöchmeister 2013: 14 f.
- 6 Zöchmeister 2013: 507.
- 7 Vgl. Faimberg 2009.
- 8 Vgl. Kogan 2009: 122.
- 9 Kogan 2009: 122.
- 10 Vgl. Kestenberg 1995: 190.
- 11 Vgl. Grünberg 2002: 38.
- 12 Vgl. Zöchmeister 2013: 448.
- 13 Vgl. Zöchmeister 2013: 573, Kursivschreibung im Original.
- 14 Vgl. Zöchmeister 2013: 331 f.
- 15 Vgl. Zöchmeister 2013: 507.
- 16 Von 1956/57, als das BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt gegründet wurde, bis zum Schuljahr 1975 war die Schule in einem Gebäude in der Lerchenfeldstraße untergebracht. Vormittags hatten die SchülerInnen der Lerchenfeldschule Unterricht, am Nachmittag dann die SchülerInnen des Slowenischen Gymnasiums. Schließlich übersiedelte das Slowenische Gymnasium an den heutigen Standort in Klagenfurt.
- 17 Zöchmeister 2013: 329.
- 18 Vgl. Zöchmeister 2013: 524.
- 19 Zöchmeister 2013: 509.
- 20 Vgl. Zöchmeister 2013: 523.
- 21 Vgl. http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Gstettner_4_02.html, zuletzt aufgerufen im September 2014.
- 22 Vgl. Valentin 2013.
- 23 Vgl. Vavti 2012: 98.
- 24 Vgl. Wutti 2013: 25.

Visionen für Kärnten: „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“

Ergebnisse einer Initiative zu Verständigung
und politischer Bildung

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“
(Napoleon)

1. Einführung: Vergangenheit, Jugend und Zukunft

In Kärnten wirft die Vergangenheit lange Schatten, jedenfalls in Fragen des Zusammenlebens. Das zeigte sich im jahr(zehnt)elangen Ringen um zweisprachige Ortstafeln und andere Minderheitenrechte ebenso wie in den wiederkehrenden Diskussionen um die Gestaltung der Feierlichkeiten zu den Jubiläen der Kärntner Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920. Man blickt hierzulande gerne zurück, könnte man den Eindruck gewinnen. Im Gegensatz dazu favorisierte Landeshauptmann Peter Kaiser für den 10. Oktober 2013 die Schwerpunkte „Jugend, Zukunft und Europa“.¹ Er äußerte diesen Wunsch anlässlich der Konstituierung des Kärntner Dialogforums, eines Gremiums zur Erörterung der Entwicklung des gemischt-sprachigen Gebietes. Als noch im Oktober 2012 Landeshauptmann Gerhard Dörfler ein Buch über die Lösung der „Kärntner Ortstafelfrage“ präsentierte, aus der dieses Dialogforum hervorgegangen ist, stellte der Radsportler Paco Wrolich den Vorschlag zur Diskussion, Jugendliche sollten die offiziellen Feierlichkeiten des Landes zum 100-Jahre-Jubiläum der Volksabstimmung am 10. Oktober 2020 gestalten. „Jugend ist Zukunft“, „Jugend soll gestalten“ lautet der Tenor. Doch gibt Landeshauptmann Kaiser 2013 ebenfalls zu bedenken, man müsse „die Vergangenheit kennen, um in der Gegenwart richtige Schlüsse für die Zukunft ziehen zu können“.²

Der Herausforderung, Jugendliche einzubinden und mit ihnen „Zukunft“ zu gestalten, ohne auf die Vergangenheit zu vergessen, stellte sich 2013/14 das Projekt „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“.³ Es forderte Jugendliche auf, durch ihre Ideen und Visionen Perspektiven für die Zukunft des Landes aufzuzeigen, ohne die Konfliktlinien der Vergangenheit (insbesondere in der Volksgruppenfrage) auszublenden. Als soziale Interventionsmaßnahme zielte das Projekt darauf ab, zu einem positiven Image Kärntens beizutragen und Potenziale hervorzuheben, die sich aus Zwei- und

Mehrsprachigkeit und der Lage des Landes am Schnittpunkt dreier Kulturkreise ergeben.⁴ Diese wurden aufgrund der Bruchlinien der nationalen Frage und des Volksgruppenkonflikts im Laufe des 20. Jahrhunderts nur unzureichend genutzt. Politisch und öffentlich setzte man stattdessen wiederholt auf die Instrumentalisierung der Gegensätze. Um Polarisierungen aufzubrechen und dem Trend einer zunehmend positiven Wahrnehmung und Lernbereitschaft gegenüber der slowenischen Sprache zu entsprechen,⁵ rückte das Projekt den Fokus auf Chancen der Mehrheiten/Minderheiten-Situation und lud Jugendliche dazu ein, ihre Visionen für Kärnten und die Region zu formulieren und daraus umsetzbare Konzepte zu erarbeiten. Der Beitrag dokumentiert die Konzeption und Entwicklung dieses Vorhabens und analysiert erste Ergebnisse.

2. Hintergründe und Zielsetzungen

Die Hintergründe der Initiative „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“ bilden verschiedene Parameter und Herausforderungen der Mehrheiten/Minderheiten-Situation in Kärnten:

- Dazu gehören die Verletzungen und Konfliktlinien in der nationalen Frage, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Geschichte des Bundeslandes beeinflusst.⁶ Im Zuge der wechselseitigen Nationalisierungsprozesse wurde die Sprache zur zentralen Trennlinie zwischen Deutsch und Slowenisch.⁷ Die Ereignisse der Konfliktgeschichte bilden die Grundlage für gegensätzliche Narrative der Bevölkerungsgruppen: beginnend bei der Forderung der Zulassung von Slowenisch als Amts- und Unterrichtssprache 1848, gefolgt von Auseinandersetzungen um das zweisprachige Schulwesen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der intensiven nationalen Lagerbildung beider Seiten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts; die Ansprüche des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen auf Teile Südkärntens am Ende des Ersten Weltkrieges, die zu militärischer Gegenwehr von Kärntner Seite („Abwehrkampf“) führen und in die Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 münden, die für Österreich und Kärnten entschieden wird; „Germanisierungspolitiken“ entgegen den Versprechungen, die die Kärntner Landesversammlung den Slowenen im Vorfeld der Volksabstimmung gemacht hatte, und die ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus erreichen, als Angehörige der slowenischen Volksgruppe deportiert werden; der Widerstand der Partisanen gegen das NS-Regime und deren Übergriffe auf die Zivilbevölkerung; die neuerlichen Gebietsansprüche Jugoslawiens auf Teile Südkärntens und die daraus letztlich hervorgehenden Minderheitenrechten in Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages von 1955; die Auseinandersetzungen

um das zweisprachige Schulwesen in den 1950er und 1980er Jahren und um zweisprachige topographische Aufschriften („Ortstafeln“) in den 1970ern und neuerlich nach einem Erkenntnis des VfGH im Jahr 2001 – bis im Jahr 2011 die „Ortstafellösung“ erarbeitet wird.⁸ „Typisierte“ Argumentationen beider Seiten beziehen sich auf die gegenseitigen Verletzungen: Die „slowenische“ Position betont die gebrochenen Versprechungen im Vorfeld der Volksabstimmung oder die Unterdrückung durch das NS-Regime und fordert die Minderheitenrechte des Staatsvertrages ein, während die Angst vor Assimilation der Gruppe dominiert. Die „deutsche“ Position bezieht sich dagegen auf die Gefahr der Teilung Kärntens und betont mitunter die ohnehin privilegierte Position der Minderheit.⁹ Solche „offiziellen“ Erinnerungen und großen „Erzählungen“ einer Gruppe oder Gesellschaft stabilisieren die gemeinsame Identität. Einzelne neigen dazu, sich mit ihren persönlichen Geschichten in diese Narrative einzuordnen.¹⁰ In der Dialektik von „großen“ und „kleinen“, „offiziellen“ oder „inoffiziellen“ Erzählungen – oder Gegenerinnerungen – werden die Konfliktlinien der Geschichte sichtbar.¹¹ Zu Tage treten sie etwa in der Diskussion um die Gestaltung und Deutung von Jubiläen wie dem 10. Oktober, der z. B. als Sieg der Demokratie, Sieg über die „Slawen“ oder Tag der „Gemeinsamkeit“ interpretiert und inszeniert werden kann.¹²

- Für diese Ereignisse der Konfliktgeschichte, aber auch den Konflikt an sich, zeigt ein Teil der (nur) deutschsprachigen Kärntner Jugendlichen, wie eine Studie aus dem Jahr 2011 nahelegt, kein Bewusstsein.¹³ Damit einher gehen z. T. eine positive Einstellung gegenüber Minderheitenanliegen und Zwei- oder Mehrsprachigkeit, aber auch Vorurteile, die fehlende Information, emotionale Abwehrhaltungen und Vermengung von Migrations- und Minderheitenfragen (i. S. v. „Dann sollen sie halt zurück gehen.“) offen legen.¹⁴ Jugendliche, die der Volksgruppe angehören, werden z. T. intensiv mit dem Konflikt und der Vergangenheit befasst.¹⁵ Um vorurteilsbehaftete Annahmen transformieren oder überhaupt Bezüge herstellen zu können ist es notwendig, nicht nur Informationen zu vermitteln, sondern die Konfliktstrukturen offen zu legen und eine Emotionalisierung zu ermöglichen: durch Kontakte, die Erforschung persönlicher Einstellungen, Bezüge und Familiengeschichten.¹⁶ Wie eine exemplarische Umfrage der Kleinen Zeitung zum Zweiten Weltkrieg jüngst andeutet, scheint das Wissen um historische Fakten und Zusammenhänge unter Jugendlichen abzunehmen, insbesondere da diese jederzeit abrufbar seien, weshalb es anstelle der Faktenvermittlung, so Herbert Brettl, notwendig sei, „ein Gefühl für die Schrecken der Vergangenheit zu vermitteln“.¹⁷
- Im Schulunterricht kommt die Beschäftigung mit der Volksgruppenfrage und ihrer Geschichte zu kurz. Sie gehört zur politischen Bildung,

die als Unterrichtsprinzip in allen Gegenständen zu berücksichtigen ist und einen Schwerpunkt im Geschichte- und im betreffenden Sprachunterricht bildet.¹⁸ Dennoch reicht die Erörterung vielfach nicht über die Ereignisse des 10. Oktober 1920 hinaus, Schulbücher vermitteln die Ereignisse z. T. unvollständig,¹⁹ und Lehrkräfte sehen mitunter aus Vorsicht von einer Thematisierung ab.²⁰ Dagegen äußern befragte Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren an allen allgemeinbildenden Schulen Kärntens im Jahr 2011 mehrheitlich den Wunsch nach einer intensiveren Erörterung.²¹ Die Kontrollgremien des Europarates zur Überprüfung der Einhaltung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen haben Österreich auf Defizite in diesem Bereich mehrfach hingewiesen.²²

- In den letzten Jahren lässt sich ein stetig wachsendes Interesse an der slowenischen Sprache beobachten, auch unter Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung. Die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht erreichen mehr als 40 Prozent im Bereich des Minderheitenschulgesetzes.²³ Während der intensiven Phasen des Konfliktes wurden sie als „nationales Bekenntnis“ gewertet, und Angehörige der Mehrheitsbevölkerung lehnten es zumeist ab, Slowenisch zu lernen.²⁴ Im Gegensatz zu den 1950er oder 1970er Jahren fungiert Slowenisch heute als Staatssprache eines unabhängigen Nachbarstaates unter dem gemeinsamen Dach der Europäischen Union, als europäische Amtssprache und regional bedeutsame Wirtschaftssprache.²⁵ Slowenisch wird aus wirtschaftlichen, kulturellen und emotionalen Motiven attraktiv, wobei Jugendliche mitunter dem Motto folgen: „Je mehr Sprachen, umso besser!“, unabhängig davon, um welche konkrete Sprache es sich handelt.²⁶ In Kärnten sehen in Umfragen unter 16- bis 18-Jährigen an allen allgemeinbildenden höheren Schulen mehr als 40 Prozent (2011: 44 Prozent, 2013: 46 Prozent) einen Vorteil darin, Slowenisch zu sprechen oder zu lernen.²⁷ Sprachkenntnisse erweisen sich zudem als wichtiger Faktor für eine positive Einstellung gegenüber dem Slowenischen in Kärnten.²⁸ Die Chancen, die sich daraus ergeben, bergen aber intensive didaktische Anforderungen, da zunehmend weniger Kinder mit originären Slowenischkenntnissen in die Volksschule kommen und diese gemeinsam mit „Anfängern“ unterrichtet werden. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Angehörigen der Volksgruppe ein hohes Sprachniveau erlangen, um später ihre Minderheitenrechte (z. B. Nutzung der Amtssprache) ausüben zu können, während Anfänger überhaupt erst an die Sprache heranzuführen sind.²⁹
- Weitere Herausforderungen birgt die Wirtschaftssituation des Bundeslandes, insbesondere der zweisprachigen Gebiete in Südkärnten: Kärnten liegt österreichweit in den Bereichen Wohlstand und Bevölkerung unter dem Durchschnitt.³⁰ Schwach entwickelt zeigt sich das traditionelle

Siedlungsgebiet der slowenischen Volksgruppe in Südkärnten. Es ist – wie das Bundesland insgesamt – betroffen vom Rückgang der Bevölkerung und der Abwanderung in städtische Zentren.³¹ In Völkermarkt, Wolfsberg und Hermagor liegt der Bevölkerungsrückgang von 2002 bis 2012 zwischen 3,1 und 4,6 Prozent,³² im gesamten Bundesland bei 0,4 Prozent. Diese „Landflucht“ ist ein Problem für die gesamte Bevölkerung in den Gebieten, sie trifft Angehörige der Volksgruppe aber besonders, weil sie außerhalb der autochthonen Siedlungsgebiete ihre spezifischen Rechte des Staatsvertrages (z. B. Amtssprache, zweisprachige topographische Aufschriften) nicht geltend machen können. Dementsprechend identifiziert Christoph Pan Abwanderung neben Assimilation als Gefahren, die Minderheiten in demokratischen Rechtsstaaten in ihrer Existenz bedrohen.³³ Dem entgegenwirken könnte eine Förderung dieser Gebiete, die insbesondere Potenziale berücksichtigt, die eine zweisprachige Struktur und Grenzlage in sich bergen. Nicht umsonst hat die österreichische Bundesregierung im Zuge der letzten Reformbemühungen des Volksgruppenrechts 2009–2012 die Arbeitsgruppe „Wirtschafts- und Regionalpolitik“ neben den Gruppen „Sprache und Bildung“ und „Rechts- und Strukturfragen“ eingerichtet.³⁴

Das Projekt „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“ sollte Jugendliche motivieren, sich mit der Vielfalt und den historisch begründeten Besonderheiten Kärntens auseinanderzusetzen und eigene Visionen für die Zukunft der Region zu entwickeln. Durch die Aufforderung, eigene Ideen in einen Wettbewerb einzureichen, zielte es auf aktive Beteiligung und leistete einen Beitrag zur politischen Bildung. Die Kooperation mit Schulen, der Universität und Pädagogischen Hochschule ermöglichte, das Projekt zu verbreiten und Mehrsprachigkeit und Volksgruppenfragen als Themen der politischen Bildung in den Unterricht einzubringen.³⁵ Ziel war es, Jugendlichen die Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Diskurs zu eröffnen und sie bei der Umsetzung von Projekten zu unterstützen, die Zwei- und Mehrsprachigkeit und die geographische Lage des Landes als Potenziale nutzen.³⁶

Getragen wurde das Projekt vom Verein „Unser Land“, einer parteifreien Initiative, die sich seit der „Lösung“ der Kärntner Ortstafelfrage für einen „nachhaltigen Aussöhnungsprozess zwischen den beiden Volksgruppen auf verschiedenen Ebenen“ einsetzt.³⁷ Hierzu fördert der Verein Maßnahmen in den Bereichen Gesellschaft, Kultur, Bildung, Sport, Wirtschaft, Kunst und Soziales.³⁸ Proklamierter Höhepunkt des „Zusammenwachsens“ soll eine „gemeinsam zelebrierte – basierend auf gegenseitiger Wertschätzung – unbelastete Jubiläumsveranstaltung ‚100 Jahre Kärntner Volksabstimmung‘ am 10. 10. 2020“ sein.³⁹ Der Fokus der Tätigkeiten – und auch des beschriebenen Jugendprojektes – liegt im Bereich der Zivilgesellschaft. Die Initiativen in politischer Bildung, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit zielen

– im Gegensatz zu politischen Verhandlungs- oder Dialogprozessen, die mit einflussreichen Akteuren, Entscheidungsträgern oder Meinungsmachern arbeiten⁴⁰ – auf die positive Wahrnehmung der Zweisprachigkeit und des Zusammenlebens: Es soll ein Veränderungsprozess in der Öffentlichkeit gefördert werden, der komplementär zu den politischen Prozessen fungiert, da er – wie das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten als Voraussetzung für die effektive Umsetzung von Minderheitenrechten proklamiert – ein „Klima der Toleranz und des Dialogs“ fördert, „damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der Bereicherung erweisen kann“.⁴¹

3. Aufbau und Struktur

Gegliedert wurde die Initiative in drei Abschnitte:

- ❑ Phase I: Zwischen Juni und Oktober 2013 konnten Personen im Alter von 15 bis 29 Jahren langfristige und kurzfristige Projekte in einen Wettbewerb einreichen. Im November erfolgte die Auswahl der besten Ideen durch eine Jury⁴² und ihre Prämierung.
- ❑ Phase II: Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die ein langfristiges Projekt eingereicht hatten, wurde die Möglichkeit eröffnet, ihre Projektidee in einer zweiten Projektphase bis Ende 2014 unter Begleitung durch Expertinnen und Experten in den jeweiligen Fachbereichen („Mentorinnen und Mentoren“) zu einem konkreten Konzept, inklusive Plan für die Realisierung, auszuarbeiten.
- ❑ Phase III: Bis zum 10. Oktober 2020 sollen die jeweiligen Projekte umgesetzt werden.⁴³

Abb. 1: Projektstruktur für „langfristige“ Projekte



Für Einreichungen standen mehrere Bereichen zur Verfügung: Geschichtsbewusstsein und Bildung, Wirtschaft und Tourismus, Politik und Gesellschaft, Sport und Natur, Kunst und Kultur.⁴⁴ Dabei hatten Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen und die Zweisprachigkeit zu berücksichtigen. Kurzfristige Projektideen sollten einer Realisierung unmittelbar nach der Prämierung zugänglich sein. Sie hatten Budgetplan und Umsetzungskonzept zu

enthalten, wohingegen langfristige Visionen erst in einer zweiten Phase durch Umsetzungspläne konkretisiert werden sollten. Die Besonderheit liegt in der Begleitung durch Expertinnen und Experten, die einen Zuzugewinn an Kompetenzen und Einblicke in die jeweiligen Tätigkeitsbereiche „erfolgreicher“ Akteure (z. B. in Sport, Wirtschaft, Tourismus, Politik oder Bildung)⁴⁵ in Aussicht stellte und zugleich – im Sinne der Nachhaltigkeit – ein Angebot machte, die eigene Projektidee nicht nur zu entwerfen, sondern mit professioneller Unterstützung weiter zu entwickeln und umzusetzen. Um die Entwicklung von Ideen zu unterstützen, hatten Schulen die Möglichkeit, Vorträge und Workshops zum Projekt anzufordern und damit das Thema in den Unterricht einzubinden. Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde die Gelegenheit geboten, am „Tag des Respekts“ (20. September) ein professionelles „Coaching“ bei verschiedenen Institutionen⁴⁶ in Anspruch zu nehmen oder sich anlässlich der „Langen Nacht der Museen“ an einem „Open Space“-Großgruppenworkshop zu beteiligen.⁴⁷ Verschiedene lokale und überregionale Plattformen und Medien fungierten als Multiplikatoren des Projektes, um eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen.⁴⁸

4. Einreichungen: Ideen und Visionen für Kärnten

Insgesamt brachten 58 Teilnehmerinnen und Teilnehmer⁴⁹ 30 Ideen⁵⁰ in den Wettbewerb ein. Die Zahl der langfristigen Einreichungen mit Aussicht auf die „Mentoring-Phase“ (II) und professionelle Begleitung übersteigt deutlich die kurzfristigen Ideen (Tab. 1). Dies entspricht der Intention des Projektes, möglichst langfristig eine Beschäftigung mit der Thematik zu gewährleisten und die Umsetzung nachhaltig zu gestalten.

Tab. 1: Projekteinreichungen nach Kategorien

Kategorie		Projekte	Personen
Kurzfristig	Einzeleinreichung	2	2
	Gruppeneinreichung	3	8
Langfristig	Einzeleinreichung	14	14
	Gruppeneinreichung	11	38
Gesamt		30*	62**

* Ein Einzelprojekt wurde als kurzfristiges und langfristiges eingereicht (Event/Serie).

** Davon haben sich mehrere Personen an mehreren Projekteinreichungen beteiligt.

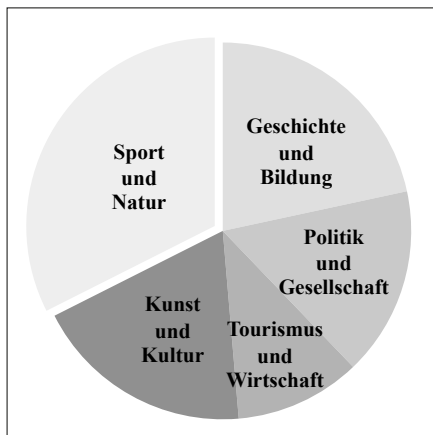
Unter den vorgeschlagenen Themenbereichen dominiert „Sport und Natur“ vor den Bereichen „Geschichte und Bildung“ und „Politik und Gesellschaft“, die häufig Mehrfachzuordnungen aufweisen, da sie viele Überschneidungen zu anderen Bereichen bergen (Tab. 2 und Abb. 2).

Tab. 2: Projekteinreichungen nach Themenbereichen

Themenbereiche	Projekte*	(Mehrfachzuordnungen)
Geschichte und Bildung	8	4
Politik und Gesellschaft	6	4
Tourismus und Wirtschaft	4	2
Kunst und Kultur	7	3
Sport und Natur	12	1

* Angaben inklusive Mehrfachzuordnungen.

Abb. 2: Projekteinreichungen nach Themenbereichen



Der Großteil der Einreichungen im Bereich „Sport und Natur“ schlägt Sportveranstaltungen vor. Sie können Identität stiften (wie z. B. Welt- und Europameisterschaften zeigen),⁵¹ aber auch Frieden.⁵² Über ein Fußballturnier zwischen israelischen und palästinensischen Kindern und Jugendlichen nach dem jüngsten bewaffneten Konflikt 2014 wird z. B. als „Versuch zur Versöhnung“ berichtet.⁵³ Die Ideen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzen vor allem auf Begegnung, gemeinsame Zielsetzungen und Erlebbarkeit der Sprachen, mit oder ohne Wettkampf. Dazu gehört der Vorschlag, den in Israel populären Sport „Matkot“ in Kärnten einzuführen. Es handelt sich um eine Art „Strandtennis“, bei dem der Ball möglichst lange hin und her gespielt wird.⁵⁴ Events sollen „Miteinander statt Gegeneinander“ vermitteln, argumentiert die Einreichung.⁵⁵ Andere Projekte beinhalten grenzübergreifende Aktivitäten: gemeinsame Radtouren und Jugendlager in Friaul, Kärnten und Slowenien, verbunden mit Live-Berichterstattung in sozialen Medien,⁵⁶ ein Radrennen über den Loibl nach Klagenfurt,⁵⁷ ein Drachenboot-Wettkampf auf dem Wörthersee,⁵⁸

Stand-Up-Paddling-Events in Kärnten und Slowenien⁵⁹ oder wechselseitige Begegnungen von Schulklassen in den Nationalparks Triglav (Slowenien) und Hohe Tauern (Kärnten).⁶⁰ Die Initiativen sollen eingerahmt werden durch Veranstaltungen (Workshops, Kräuterwanderung, Feste) zu den Gemeinsamkeiten von Kultur und Kulinarik in Kärnten und Slowenien. Dazu gehört, in Kontakt mit der anderen Sprache zu kommen. Die Projekte setzen auf sichtbare und erfahrbare Elemente der Gemeinsamkeit, die das verwandte deutsche und slowenische Liedgut oder die Küche bieten, aber auch auf den Austausch über derartige Kulturelemente über die Landesgrenzen hinaus. Solche Maßnahmen können auf sehr einfache Weise Reflexion ermöglichen. In diesem Sinne haben z. B. Südtiroler Gemeinden im Jahr 2012 ein Buch herausgegeben, in dem Migrantinnen und Migranten 41 Gerichte aus ihren Herkunftsländern vorstellen und ihre Lebensgeschichte schildern – in Anlehnung an das bekannte Kochbuch „So kocht Südtirol“⁶¹ unter dem Titel „Auch so kocht Südtirol“.⁶² Diese Initiativen lenken den Blick auf die Geschichten des Gegenübers und alltägliche Lebensbereiche, in denen Gemeinsamkeiten liegen können. In Konfliktsituationen werden sie häufig ausgeblendet und stattdessen auf Trennendes reduziert und rekuriert: z. B. werden Muslime dann nicht als Mütter, Angestellte oder Bürger mit ähnlichen Anliegen und Sorgen wahrgenommen, sondern als Fremdgruppe, die primär durch die andere Religion gekennzeichnet ist.⁶³ Der Blick auf Gemeinsamkeiten stellt eine mögliche Strategie zur Aufweichung solcher Reduktionen dar. Dies bezwecken auch die eingereichten Projekte, wenn sie auf Kennenlernen und den Abbau von Vorurteilen zielen.⁶⁴ Ähnlich gelagert sind jene Projekte, die zusätzlich zur Begegnung ein gemeinsames, aber thematisch anders ausgerichtetes Ziel verfolgen, z. B. gemeinsames Laufen für einen karitativen Zweck⁶⁵ oder Müllsammelaktionen in Kärnten und Slowenien.⁶⁶ Ein solches Ziel, das Mitglieder verschiedener Gruppen in Treffen miteinander verfolgen sollen, gilt im Rahmen der „Kontakthypothese“ als wesentliche Voraussetzung für die Reflexion oder Transformation von Vorurteilen – da der Blick auf eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe gerichtet wird.⁶⁷

Maßnahmen im Bereich „Geschichtsbewusstsein und Bildung“ setzen auf Information: Eine Umfrage soll z. B. zeigen, wie Kärntnerinnen und Kärntner über die slowenische Volksgruppe denken, und die Ergebnisse sollen im Unterricht analysiert und in die Öffentlichkeit transportiert werden.⁶⁸ Wissen über Sprache und Kultur konnte ein Thementag im Stadtzentrum Klagenfurts vermitteln,⁶⁹ zweisprachige „Apps“ könnten relevante Nachrichten zweisprachiger Zeitungen verbreiten, soziale Medien über Veranstaltungen informieren,⁷⁰ zweisprachige Zeitungen in allen Cafés der Landeshauptstadt aufliegen, Vorträge von Jugendlichen über das Thema in Schulen informieren oder durch Computer-Links die Anzeige auf dem Handy oder dem Computer kurzzeitig auf Slowenisch erscheinen.⁷¹

Neben Information geht es diesen Vorschlägen um die Sichtbarkeit der slowenischen Sprache. Andere fokussieren auf Erinnerungen und Lebensgeschichten: Ein „Raum der Erinnerungen“ könnte als interaktive Wanderausstellung älteren Personen die Gelegenheit bieten, Erinnerungsstücke und Geschichten zu präsentieren und mit Jugendlichen zu diskutieren. In jeder Region wären die Besucher eingeladen, eigene Erinnerungen einzubringen und die Ausstellung zu erweitern.⁷² Vorgeschlagen wird auch ein Aufruf zur Einsendung von Lebensgeschichten oder Episoden, um daraus ein Buch in beiden Sprachen zu erstellen.⁷³ Diese Projekte verfolgen die Auseinandersetzung mit der lokalen Vergangenheit, um die vielen persönlichen Versionen der Geschichte offenzulegen und damit Bewusstsein für diese Geschichte/n zu schaffen und zugleich ein Verstehen, insbesondere des Volksgruppenkonfliktes, seiner Mechanismen und Folgen, zu ermöglichen.⁷⁴ Auch grenzübergreifende Schulkontakte und Lehreraustausch⁷⁵ gehören zu den Projektideen und zählen zu Maßnahmen politischer Bildung, die in verschiedensten Formen zwischen Kärnten und Slowenien bestehen oder durchgeführt werden. Besonders bei den Begegnungsprojekten, aber auch als Bedingungen für andere interkulturelle Maßnahmen ist es wesentlich, dass sie eine bestimmte Regelmäßigkeit und Intensität erreichen, z. B. in den Regelunterricht integriert werden, um die Erfahrungen und Inhalte auch in den Alltag übertragen zu können.⁷⁶

Weitere Einreichungen widmen sich der Inszenierung von gemeinsamen Aspekten der Kunst und Kultur. Dazu zählt z. B. eine Theateraufführung, in der die Akteure in der jeweils anderen Sprache spielen müssen: deutschsprachige Kärntner in Slowenisch, Slowenen auf Deutsch. Aufführungen sollen in Klagenfurt und Slowenien stattfinden.⁷⁷ Eine Bibliothek mit Café soll Literatur aus Kärnten und Slowenien bieten und ein Treffpunkt für Jugendliche sein, um kulturelle Veranstaltungen durchzuführen;⁷⁸ eine Kunstwand Kulturelemente aus Kärnten und Slowenien in Form eines Logos verbinden;⁷⁹ ein Musik-Festival mit jungen (über-)regionalen Interpreten das Kennenlernen unterstützen, der Erlös aber karitativen Zwecken zugeführt werden.⁸⁰ Zu grenzübergreifenden Aktivitäten lädt das Projekt „Pixathlon“ ein: In Klagenfurt und Ljubljana sollen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einem Fotowettbewerb innerhalb von zehn Stunden Motive zu zehn Themen fotografieren, woraus am Ende aus den Bildern eine Wanderausstellung entstehen soll. Ziel ist, das andere Land und die Stadt kennenzulernen, aus neuen Blickwinkeln zu erkunden und sich untereinander auszutauschen.⁸¹ Vernetzung und Austausch sind auch Schwerpunkte von Initiativen, die für junge Wirtschaftstreibende im Sinne eines „Alpen-Adria Think Tank“ eine Plattform schaffen wollen, um neue Impulse für den Wirtschaftsraum zu setzen⁸² oder Jugendlichen aus Kärnten die Möglichkeit zu geben, im Rahmen eines „Mentoring“-Programms von Expertinnen und Experten zu lernen, sich zu vernetzen, Exkursionen

zu unternehmen und wertvolle Zusatzkompetenzen zu erwerben.⁸³ Nicht zuletzt beschäftigen sich Projekte mit sichtbarer Zweisprachigkeit und schlagen vor, Straßen und Namen in Kärnten mit „Kärnten/Koroška“ zu benennen⁸⁴ oder zweisprachige Aufschriften auf Bahnhöfen anzubringen.⁸⁵

5. Fazit und Ausblick

Zu „Verständigung“ und „Sprache“ beinhalten die Projektideen⁸⁶ (Gesamtübersicht Tab. 3): Kontakt und gemeinsame Aktivitäten, Information und Emotionalisierung, Sprachkontakt und sichtbare Zweisprachigkeit. Sie sind verbunden mit zusätzlichen Anreizen, wie übergreifende Zielsetzungen, Spaß- und Erlebniskomponenten oder dem Erwerb von Zusatzkompetenzen. Die Initiativen der Einzelbereiche verhalten sich insgesamt komplementär zueinander, da für nachhaltige Konfliktbearbeitung die Aufarbeitung der Geschichte und ihrer Narrative ebenso notwendig ist wie Kontakt und Begegnung. Historisch lassen sich viele Beispiele anführen für Initiativen als Teil von Verständigungsprozessen in verschiedensten Bereichen, z. B. das deutsch-französische Jugendwerk, das sich seit 1963 der Verbindung und dem Verständnis junger Menschen füreinander widmet,⁸⁷ der TV-Sender Arte, der seit 1991 kulturelle Integration in Europa und Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen unterstützen soll,⁸⁸ der Eurovision Song Contest als multinationale Veranstaltung seit 1956,⁸⁹ Kultur- und Austausch zwischen Deutschland und Polen als Teil des Friedensprozesses durch Sprach-, Informations- und Austauschprogramme (z. B. für Jugendliche oder Akademiker), Maßnahmen kultureller oder politischer Bildung und Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte⁹⁰ oder das „Friedensprojekt“ EU auf Basis des gemeinsamen Binnenmarktes. In mehrsprachigen Regionen bestehen zusätzliche Mehrwertfaktoren, die eine Grundlage für regionalpolitische Maßnahmen bilden können. Dazu gehört „interkulturelle Kompetenz“, die durch das Eintauchen in zwei Sprachsysteme – und zwei Kultur- und Deutungssysteme – gefördert wird.⁹¹ Die Parallelität der kulturellen Hintergründe kann Innovationen und Vorteile im Wettbewerb eröffnen, die z. B. Finnland nutzt, wo alle Kinder in Vor- und Grundschulen Schwedisch lernen, obwohl Schweden nur 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen.⁹² In Kärnten liegt ein Schlüssel ebenfalls in der Sprache. Die Projekte nutzen sie als Zusatzkompetenz oder Teil der Kultur. Die Attraktivität einer Minderheitensprache ist vor allem abhängig von ihrer Funktionalität im öffentlichen Leben. Sie beeinflusst das Prestige und den Marktwert einer Sprache – je höher das Prestige, umso eher lässt sich eine Sprache positiv ins Selbstbild integrieren.⁹³ Sprachenrechte für Minderheiten stellen die Nutzbarkeit und Sichtbarkeit einer zweiten Sprache sicher. Zusätzlich bedarf es komplementärer Maßnahmen, die an die Sprache heranführen und ihr Potenzial aufzeigen – im Fall Kärntens z. B. durch die Projektvisionen in den

Tab. 3: Projekteinreichungen nach Kategorien

Kurzfristig		Langfristig	
Einzel	Gruppe	Einzel	Gruppe
Pixathlon Klagenfurt/Ljubljana 2014	Fragebogen über Kärntner Slowenen	ISA SUMMIT Italien – Slowenien – Österreich ...thinking beyond borders	Zukunfts-Mentoring
MATKOT* – In Ferlach wird scharf geschossen: Event	Computer/Handy-Anzeige erscheint plötzlich auf Slowenisch; Zeitungen auflegen; Jugendvorträge über Slowenen in Kärnten	Raum der Erinnerungen – Plattform zum Austausch zwischen den Generationen	Pull 2gether. Wir sitzen alle im selben Boot
	Umetnost Stena – Art wall – Kunst-Wand	Deutsches-Slowenisches Theater	Help the Beauty to stay – Pomagi da lepota obstaja
		3 in 1 – die „Natur und Kultur“-Radtour	Zweisprachige Aufschriften auf Bahnhöfen
		... et vice versa	Künstlercafé – Bibliothek
		MATKOT* – Veranstaltungsreihe	Ženske tečejo za ... Frauen laufen für ...
		Radrennen mit kulinarischem Abschluss	The Helping Sound – Musca ki pomaga
		Talente-Entdecker	Lesen verbindet
		E-Mobilität	Kärntner Slowenen-Tag
		Energieautarke Landwirtschaft	Straßen & Gassen mit dem Namen Kärnten/Koroška
		Natural – Natura – Ship	48-h-Lauf
		Trocken durchs Wasser	
		Kärnten/Koroška App	
		Schwimmbecken	

* Einreichung als kurzfristiges und langfristiges Projekt (Event/Serie).

Bereichen Bildung, Wirtschaft, Tourismus oder Sport, aber auch durch die Intention des Projektes „Neue Wege 2020 | Nove Poti 2020“.

Die ersten Plätze im Wettbewerb belegten die Projekte: „Pixathlon Klagenfurt/Ljubljana 2014“ (Kategorie: Einzelerreichung/kurzfristig), „Zukunfts-Mentoring“ (Kategorie Gruppe/langfristig), „ISA SUMMIT

Italien – Slowenien – Österreich (Kategorie: Einzel/langfristig) und „Fragebogen über Kärntner Slowenen“ (Kategorie: Gruppe/kurzfristig). Bereits in die Umsetzungsphase eingetreten sind – unter allen ausgezeichneten Ideen – das Projekt „Pixathlon“, erweitert um die Städte Triest und Villach neben Klagenfurt und Ljubljana,⁹⁴ das „Zukunfts-Mentoring“ mit einer Pilotphase im Rahmen des „Mentoring-Programms“ von „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“ und der karitative Lauf „Ženske tečejo za ... – Frauen laufen für ...“.⁹⁵ Andere befinden sich in der Konzeptphase, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kontakt mit Expertinnen und Experten bringt. Weitere Untersuchungen zur Initiative „Neue Wege 2020 | Nove poti 2020“ werden diese Phase begleiten und Einblick geben in die Perspektiven der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – im Hinblick auf die Wirkungen und Folgen des Gesamtprojektes, die Entwicklung der Projektideen und das Engagement der Jugendlichen. Sie sollen Lektionen aufzeigen für Verständigungsmaßnahmen und Perspektiven eröffnen für künftige Initiativen: für Kärnten, die Jugend und die Zukunft.

Anmerkungen:

- 1 ORF, Dialogforum neu konstituiert, in: <http://kaernten.orf.at/news/stories/2589392/> (26. 8. 2014).
- 2 Ebda.
- 3 Das Projekt wurde getragen vom Verein „Unser Land“, siehe: www.zusammenwachsen.at.
- 4 Neue Wege 2020 – Nove poti 2020, in: <http://neuewege2020.at>.
- 5 Busch Brigitta, Slowenisch in Kärnten – Sprache jenseits ethnischer Kategorien, in Wintersteiner Werner/Gombos Georg/Gronold Daniela (Hrsg.), Grenzverkehr/ungen. Mehrsprachigkeit, Transkulturalität und Bildung im Alpen-Adria-Raum (2010), S. 178–179; Domej Theodor, Das Schulwesen für die Bevölkerung Südostkärntens, in Moritsch Andreas (Hrsg.), Kärntner Slowenen – Koroški Slovenci 1900–2000 (2000), S. 47–48; Reiterer Albert, Lebenswelt Muttersprache. Das Slowenische und seine heutige Wahrnehmung – Ein Bericht, in Anderwald Karl/Karpf Peter/Valentin Hellwig (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2000 (2000), S. 349–351; Vavti Stefanie, „Wir haben alles in uns“. Identifikationen in der Sprachenvielfalt. Beispiele aus Südkärnten (Österreich) und dem Kanaltal (Italien) (2009), S. 166; Pirker Jürgen, Wir sind Kärnten – Mi smo Koroška. Jugend, Begegnung und Politische Bildung in Volksgruppenfragen (2013), S. 58–66.
- 6 Für einen Überblick über die Konfliktgeschichte siehe u. a.: Haas Hanns/Stuhlpfarrer Karl, Österreich und seine Slowenen (1977); Barker Thomas, The Slovene ethnic minority of Carinthia (1984); Inzko Valentin, Geschichte der Kärntner Slowenen von 1918 bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der gesamtslowenischen Geschichte (1988); Moritsch Andreas (Hrsg.), Austria Slovenica (1996); Fräss-Ehrfeld Claudia, Geschichte Kärntens Band 3/2. Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche (2000); Karner Stefan (Hrsg.), Kärnten und die Nationale Frage. 5 Bände (2005); Valentin Hellwig, Der Sonderfall. Kärntens Zeitgeschichte 1918–2004/08² (2009); Klemenčič Matijaž/Klemenčič Vladimir, Die Kärntner Slowenen und die zweite Republik (2010); Suppan, Zur Geschichte Südkärntens. Aus der Perspektive einer zweisprachigen Region, in Pandel/Polzer-Srienz/Polzer/Vospernik (Hrsg.), Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance? (2004) S. 128; Rumppler Helmut, Der schwierige Weg aus der Vergangenheit in die Zukunft, in Rumppler Helmut (Hrsg.), Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland (1998), S. 48 ff.

- 7 Zur Funktion der Sprache im Nationalismus: Hobsbawm Eric J., Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780 (2005), S. 114; Anderson Benedict, Die Erfindung der Nation, Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts² (1996), S. 72–82.
- 8 Vgl. Pirker Jürgen, Vom (Eigen-)Sinn der Geschichte(n). Große und kleine Erzählungen in Kärnten, in: Petritsch Wolfgang/Graf Wilfried/Kramer Gudrun (Hrsg.): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität, (2012), S. 448–465.
- 9 Ebda.; Kramer Stefan, Zweisprachigkeit – Spiegelbild meiner Seele. Eine psychologisch-therapeutische Annäherung an den Kärntner Volksgruppenkonflikt, in: Pandel Martin/Polzer-Srienz Mirjam/Polzer Miroslav/Vospernik Reginald (Hrsg.): Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance? (2004), S. 208–209. Kramer, 2004, S. 208–209; vgl. Pirker, Kärnten liegt am Meer.
- 10 Vgl. Assmann Aleida 1999: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses (1999), S. 133–141; Assmann Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen² (1997).
- 11 Pirker, op. cit. (Fn. 8).
- 12 Zu Zuschreibungen: Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 74–79; zu Mythen des 10. Oktober und ihrer Entkräftung u. a.: Fräss-Ehrfeld, op. cit. (Fn. 6); Valentin Hellwig/Haiden Susanne/Maier Barbara (Hrsg.), Die Kärntner Volksabstimmung 1920 und die Geschichtsforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven (2002); Valentin Hellwig, Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918–1920. Mythen und Fakten (1993).
- 13 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 137–138.
- 14 Ebda.
- 15 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 74–79; S. 131–135. Zur Weitergabe und Veränderungen der Auseinandersetzung mit Traumata über Generationen: Wutti Daniel, Drei Familien, drei Generationen. Das Trauma des Nationalsozialismus im Leben dreier Generationen von Kärntner Slowenen (2013).
- 16 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 99–103.
- 17 Kleine Zeitung, Der verblasste Schrecken, in: Sonntag, Der erzwungene Krieg (Beilage), 31. 8. 2014, S. 5.
- 18 Z. B. Anl. D, Erster Teil, Pkt. 5 und Sechster Teil, A. 2. lit. a »Geschichte und Sozialkunde/ Politische Bildung« der Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen (Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen), BGBl. 1985/88 idF BGBl. II 2006/321; Anl. D, Zweiter Teil, Pkt. 2 Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen; Stainer-Hämmerle Kathrin, Politische Bildung in Österreich, Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Gruber Bettina/Stainer-Hämmerle Kathrin (Hrsg.), Demokratie lernen heute. Politische Bildung am Wendepunkt (2008), S. 103–105.
- 19 Pinter Štefan, Die Behandlung der Volksabstimmung in slowenischen und österreichischen Schulbüchern, n. g. Vortrag am 8. 10. 2010 (2010).
- 20 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 131–132.
- 21 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 78–79.
- 22 Z. B. Advisory Committee on the Framework Convention for the Protection of National Minorities, Second Opinion on Austria (2008), Rz. 140–141; Advisory Committee on the Framework Convention for the Protection of National Minorities, Third Opinion on Austria (2011), Rz. 99–10; Council of Europe, European Charter for Regional or Minority languages. Application of the Charter in Austria. 2nd Cycle, ECRML 2009 (1) (2009), Rz. 212–214.
- 23 Kleine Zeitung, Zweisprachiger Unterricht in Kärnten bleibt beliebt, 16. 10. 2012, in: <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/3143598/zweisprachiger-unterricht-kaernten-bleibt-beliebt.story> (26. 8. 2014).

- 24 Domej, op. cit. (Fn. 5).
- 25 Siehe Verweise in Fn. 5.
- 26 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 66.
- 27 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 62–63. Pirker Jürgen, Getrennte Wege | Gemeinsame Zukunft – Ločene poti | skupna prihodnost. Kärnten und Slowenien: Erinnerungen und Visionen – Koroška in Slovenija: Spomini in vizije. Umfrage an 44 allgemeinbildenden höheren Schulen in Kärnten und Slowenien (n = 5141) (2013) [Veröffentlichung geplant: 2014].
- 28 Pirker, op. cit. (Fn. 5), S. 99–103.
- 29 Bundeskanzleramt, 3. Bericht der Republik Österreich gemäß Artikel 15 Abs. 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (2011), S. 94; Domej, op. cit. (Fn. 5), S. 48–49.
- 30 2012 stagniert die prognostizierte demographische Entwicklung, und Geburten- und Wanderungsbilanz zeigen negative Trends; hierzu eingehend: Rodiga-Lasnig Petra/Aigner-Walder Birgit/Bliem Markus Gilbert, Wo steht Kärnten? – Die österreichischen Bundesländer im Vergleich, in Anderwald/Filzmaier/Hren (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2012 (2012), S. 347 ff. 2013 weist Kärnten als einziges Bundesland einen Bevölkerungsrückgang gegenüber dem Vorjahr auf: Statistik Austria, Bevölkerungszahl Österreichs stieg 2012 um rund 45.000 Personen, in http://www.statistik.at/web_de/presse/070030 (10. 10. 2013).
- 31 Daten zu den Bezirken in Aigner-Waldner Birgit/Bliem Markus Gilbert, Demographie und Daseinsvorsorge in Kärnten. Herausforderungen und Lösungsansätze auf kommunaler Ebene (2012), S. 4; 8 ff.
- 32 Ebda.
- 33 Pan Christoph, Minderheitenschutz und seine Durchsetzung in Südtirol – Die Bedeutung der politischen Organisation von Minderheiten, in Hafner Gerhard/Pandel Martin (Hrsg.), Schutz und Durchsetzung der Rechte nationaler Minderheiten (2008), S. 179.
- 34 371/ME 24. GP 2.
- 35 Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 2; vgl. http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=1867 (26. 8. 2014).
- 36 Ebda.
- 37 Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 2.
- 38 Unser Land, Vision, in: http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=1846 (26. 8. 2014).
- 39 Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 2; vgl. Unser Land, Vision, in: http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=1846 (26. 8. 2014).
- 40 Siehe für Kärnten insbesondere Graf Wilfried, Konfliktbearbeitung durch interkulturellen Dialog? Gedanken zum laufenden Dialogprojekt „Kärnten neu denken“, in Wintersteiner Werner/Gombos Georg/Gronold Daniela (Hrsg.), Grenzverkehren. Mehrsprachigkeit, Transkulturalität und Bildung im Alpen-Adria-Raum (2010), S. 125.
- 41 Präambel Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, BGBl. III 1998/120 (RÜ); vgl. Art. 6 RÜ.
- 42 Zur Jury gehörten: Eva Weissenberger (Chefredakteurin, Kleine Zeitung), Karin Bernhard (Direktorin, ORF Kärnten), vertreten durch Klaus Wachschütz, Rudolf Altersberger (Präsident LSR) und Gerlinde Duller (Landesschulrat für Kärnten), Erhard Busek (Politiker, Vizekanzler a. D.), Valentin Oman (bildender Künstler), Kurt Gasser (Unternehmer, Vorstand Volkswirtschaftliche Gesellschaft), Werner Wintersteiner (Univ.-Prof., Leiter Literaturdidaktik und Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt), Paco Wrolich (ehem. Radprofi, Präsident des Kärntner Radverbandes),

- Moritz Maerkel (Vorsitzender Österreichische Hochschülerschaft Klagenfurt/Celovec). Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 8–9; vgl. http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=2811 (26. 8. 2014).
- 43 Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 4–5; vgl. http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=3059 (26. 8. 2014).
- 44 Die Aufzählung wurde demonstrativ konzipiert. Ausdrücklich zulässig und erwünscht war die Einreichung in weiteren Kategorien, z. B. „Technik“.
- 45 Das „Mentoring“ wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch den Verein „Unser Land“ und die jeweiligen Expertinnen und Experten bestätigt. Als solche bereit erklärten sich bereits zu Beginn von Phase I u. a.: Sonja Engl-Kleindienst (ORF-Redakteurin und Moderatorin), Marija Šikoronja (seit 1985 Galeristin mit dem Schwerpunkt Alpe-Adria), Andrea Springer (Geschäftsführerin Springer Reisen), Kathrin Stainer-Hämmerle (FH-Prof. und Politologin, Fachhochschule Kärnten), Johannes Majdič (Geschäftsführer Hi-Fi Video Majdič GmbH), Klaus Scheder (Geschäftsführer TPA Horwath Österreich), Roman Stary (Nachwuchstrainer Fußball-Akademie Kärnten). Für die Kandidatinnen und Kandidaten wurden die Mentorinnen und Mentoren individuell passend zu ihrer Projekteinreichung ausgewählt. Unser Land, Presseinformation. Jugendprojekt. Neue Wege 2020 – Jugend formt Kärnten, Nove poti 2020 – Mladina oblikuje Koroško, 1. September 2013, S. 8–9; vgl. http://www.zusammenwachsen.at/?page_id=3072 (26. 8. 2014).
- 46 Darunter: ORF Kärnten, Kleine Zeitung, Wirtschaftskammer Kärnten, build! Gründerzentrum Kärnten GmbH, business frauen center, Kärntner Bildungswerk, Krščanska kulturna zveza - Christlicher Kulturverband, Slovenska gospodarska zveza (Slowenischer Wirtschaftsverband), Slovenska športna zveza/Slowenischer Sportverband, Kärnten Sport, Alpen-Adria Universität/Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, Novice – Slovenski tednik za Koroško, nedelja – cerkveni list Krške škofije, WoW – World of Working; i.c.i.c. - Idea Creativity Innovation Competence.
- 47 <http://www.zusammenwachsen.at/?p=4936> (26. 8. 2014).
- 48 U. a. ORF Kärnten, Kleine Zeitung, Respekt.net; vgl. ORF Kärnten, Wettbewerb: Jugend formt Kärnten, in: <http://kaernten.orf.at/studio/stories/2587219/> (26. 8. 2014); Kleine Zeitung, Jugend soll neue Wege finden, 13. 9. 2013, in: <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/3408019/jugend-soll-neue-wege-finden.story> (26. 8. 2014); Respekt.net, Pressemitteilung, 34 Aktionen in ganz Österreich zum Respekt-Aktionsmonat angemeldet. Ein Tag des Respekts ist nicht genug, 26. August 2013.
- 49 Vier Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich an je zwei Einreichungen.
- 50 Ein Projekt wurde als kurzfristiges und langfristiges Projekt eingereicht.
- 51 Vgl. Facius Gernot, Ein Sommer des Patriotismus? Deutschland nach der Fußball-WM 2006, in: Karpf Peter/Platzer Werner/Puschnig Udo, Anstoß zum Frieden. Sport und Sportgroßveranstaltungen als Friedensinitiative (2006), S. 89.
- 52 Vgl. Fritz Peter, Anstoß zum Frieden – Sport und Sportgroßveranstaltungen als Friedensinitiativen, in: Karpf Peter/Platzer Werner/Puschnig Udo, Anstoß zum Frieden. Sport und Sportgroßveranstaltungen als Friedensinitiative (2006), 9; zur Entwicklung in Österreich Knoll Harald, Sport und Identität in Österreich im 20. Jahrhundert. Am Beispiel der Nachkriegszeit, in: Karpf Peter/Platzer Werner/Puschnig Udo, Anstoß zum Frieden. Sport und Sportgroßveranstaltungen als Friedensinitiative (2006), S. 21.
- 53 Kleine Zeitung, Versöhnung durch Fußball, 3. September 2014, S. 8.
- 54 Vgl. Der Standard, Widerstand gegen Israels Nationalsport, in : <http://derstandard.at/1342139019462/Widerstand-gegen-Israels-Nationalsport> (26.08.2014); Haaretz, Beach Paddle Battle, in: <http://www.haaretz.com/news/beach-paddle-battle-1.279837> (26. 8. 2014).

- 55 Projekt: MATKOT – In Ferlach wird scharf geschossen: Event.
- 56 Projekt: 3 in 1 Natur und Kultur Radtour.
- 57 Projekt: Radrennen mit kulinarischem Abschluss.
- 58 Projekt: Pull 2gether.
- 59 Projekt: Trocken durchs Wasser.
- 60 Projekt: Natural-Natura-Ship.
- 61 Gasteiger Heinrich/Wieser Gerhard/Bachmann Helmut, So kocht Südtirol. Eine kulinarische Reise von den Alpen in den Süden (2009).
- 62 Stol.it, Auch so kocht Südtirol. Rezepte und Geschichten aus fünf Kontinenten, in: <http://www.stol.it/Artikel/Chronik-im-Überblick/Lokal/Auch-so-kocht-Suedtirol-Rezepte-und-Geschichten-aus-fuenf-Kontinenten> (26. 8. 2014).
- 63 Sen Amartya, Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt² (2007), S. 8–9.
- 64 Z. B.: in der Schülerbegegnung mit Themenwanderung im Projekt: Natural-Natura-Ship.
- 65 Projekt: Ženske tečejo za... – Frauen laufen für....
- 66 Projekt: 48-h-Lauf, mit gemischten Gruppen aus Kärnten und Slowenien; Projekt: Help beauty to stay, insbesondere neben Autobahnen.
- 67 Zur Kontakthypothese und ihren Bedingungen u. a.: Allport George W., The Nature of Prejudice (1954) 281; Stürmer Stefan, Die Kontakthypothese, in: Petersen Lars-Eric/Six Bernd (Hrsg.), Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen (2008), S. 283–284.
- 68 Projekt: Fragebogen über Kärntner Slowenen.
- 69 Projekt: Kärntner Slowenen-Tag.
- 70 Projekt: App und soziales Netzwerk.
- 71 Projekt: Computer/Handy erscheint plötzlich auf Slowenisch; Zeitungen auflegen; Jugendvorträge über Slowenen in Kärnten.
- 72 Projekt: Raum der Erinnerungen – Plattform zum Austausch zwischen den Generationen.
- 73 Projekt: Lesen verbindet.
- 74 Vgl. den in Pirker, op. Cit. (Fn. 8) dargelegten Ansatz.
- 75 Projekt: et vice versa . . .
- 76 Vgl. Gruber Bettina, Interkulturelle Schulkontakte im Alpen-Adria-Raum (1991), 74; Gstettner Peter, Offene Grenzen – Offene Schulen? Eine Fallstudie über aktuelle Trends und Programme, in: Schulheft 62 (1991), S. 107.
- 77 Projekt: Deutsches-Slowenisches Theater.
- 78 Projekt: Künstlercafé – Bibliothek.
- 79 Projekt: Kunstwand.
- 80 Projekt: The Helping Sound – Musca ki pomaga.
- 81 Projekt: Pixathlon. Siehe: www.pixathlon.at.
- 82 Projekt: ISA-Summit.
- 83 Projekt: Zukunfts-Mentoring.
- 84 Projekt: Straßen oder Gassen mit dem Namen Kärnten/Koroška.
- 85 Projekt: Zweisprachige Aufschriften auf Bahnhöfen in Kärnten.
- 86 Einzelne Einreichungen haben den „Bezug zur Region“ oder „Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit“ nicht berücksichtigt; z. B. die Projekte: Energieautarke Landwirtschaft, Talente-Entdecker, E-Mobilität. Es handelte sich jedoch um deutlich kommunizierte Bewertungskriterien der Projekte.
- 87 Siehe: <http://www.dfwj.org/dfwj> (26. 8. 2014).
- 88 Siehe: <http://www.arte.tv/de/arte-the-channel-engl/2197470.html> (26. 8. 2014).

- 89 Vgl. Raykoff Ivan, *Camping on the Borders of Europe*, in: Raykoff Ivan/Deam Tobin Robert, *A song for Europe. Popular Music and Politics in the Eurovision Song Contest (2007)* S. 2–3.
- 90 Siehe: Auswärtiges Amt, *Beziehungen zu Deutschland*, in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Polen/Bilateral_node.html (26. 8. 2014).
- 91 Javier Rafael, *The bilingual mind. Thinking, Feeling and Speaking in Two Languages (2007)*, S. 23 ff.; Gombos Georg, *Mehrsprachigkeit für unsere Kinder? Thesen über den Umgang mit Sprachen*, in *Anderwald Karl/Karpf Peter/Valentin Hellwig, Politisches Jahrbuch Kärnten 2002 (2002)*, S. 145 f.
- 92 Vogt Matthias, *Mehrwert durch Minderheiten? Das VIII. Collegium PONTES Görlitz-Zgrozelec-Zhočelec*, in: *EJM 2/2009*, S. 60 ff.
- 93 Vgl. z. B. Bradean-Ebinger Nelu, *Deutsch im Kontakt als Minderheits- und als Mehrheits-sprache in Mitteleuropa. Eine soziolinguistische Untersuchung zum Sprachgebrauch bei den Ungarndeutschen, Donauschwaben und Kärntner Slowenen (1997)*, S. 98–99; Larcher Dietmar, *Fremde in der Nähe, Interkulturelle Bildung und Erziehung – im zweisprachigen Kärnten, im dreisprachigen Südtirol, im vielsprachigen Österreich (1991)*, S. 85–87.
- 94 Durchführung: 13. und 14. September 2014, siehe: <http://pixathlon.in/alpsadria/> (26. 8. 2014).
- 95 Vgl. *Kleine Zeitung, Jugend beschreitet neue Wege 2020*, in: <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/3518263/jugend-beschreitet-neue-wege-2020.story> (26. 8. 2014).

Politik der Gewalt – Politik der Versöhnung

Vom Kärntner Ortstafelkonflikt zur Friedensregion Alpen-Adria?

Der vorliegende Artikel versteht sich zum einen als Zwischenbericht eines österreichisch-slowenischen Dialogprojekts, zum anderen als Plädoyer für die Intensivierung grenzüberschreitender, zivilgesellschaftlicher Verständigungsprozesse zum Umgang mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft in der Alpen-Adria-Region und in ganz Südosteuropa.

Dem zugrunde liegt die Hypothese, dass es für eine friedliche Zukunft des europäischen Projekts einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit historischen Konfliktlinien auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene bedarf, als Voraussetzung für friedensorientierte Erinnerungskultur, Versöhnungspolitik und Zukunftsgestaltung in Europa. Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs erleben wir im Kontext von Finanz- und Wirtschaftskrisen eine Phase, in der das europäische Integrationsprojekt teilweise fundamental infrage gestellt wird. Diese Entwicklung ist nicht nur Folge des Aufkeimens neuer politischer und gesellschaftlicher Konflikte aufgrund gegenwärtiger Herausforderungen – von der ökonomischen Krise und den Konflikten um die Migration bis zur Ohnmacht der europäischen Diplomatie (von der Ukraine bis zum Nahen Osten) –, sondern auch der Wiederkehr hartnäckiger alteuropäischer Einstellungen, wie Xenophobie, Anti-Semitismus, Islamophobie oder Anti-Ziganismus.

Die Kriege, die in den 90er-Jahren zum Zerfall des ehemaligen Jugoslawien führten, zeigten bereits das große Eskalationspotential historischer Konfliktlinien und Traumata auch in Europa. Die im Jahr 2013 aufgeflamten Proteste wegen der – neben lateinischen auch – kyrillischen Beschriftung von Amtstafeln in Vukovar, im kroatischen Grenzgebiet zu Serbien, zeigen deutlich, wie rasch unbearbeitete historische Konflikte immer wieder neu aufbrechen und zu ernsthaften gesellschaftlichen Destabilisierungen führen können. (vgl. Graf/Brousek 2014: 318)

1. Gerechtigkeit versus Recht am Beispiel des Kärntner Ortstafelkonflikts

Die historische Ausgangslage, die eine inhaltlich vertiefte und geografisch erweiterte Auseinandersetzung rund um die historischen Konflikte

zwischen Slowenien und Österreich ermöglicht, ist die Kärntner „Ortstafellösung“. Mehr als 55 Jahre nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags konnten sich die politischen Parteien im Kärntner Ortstafelstreit im Juni 2011 auf einen Kompromiss mit 164 zweisprachigen Ortstafeln in Südkärnten einigen. Ein Großteil der Kärntner Bevölkerung stimmte der Regelung zu. Das hat zu einer veränderten Stimmung im Lande sowie zu einer Entspannung zwischen Österreich und Slowenien geführt. Doch nach wie vor gibt es auch Kritiker an diesem Kompromiss – auf Seiten beider Sprachgruppen.

Die Kritik wird leicht nachvollziehbar, wenn man in Betracht zieht, dass sich hinter der vordergründigen Frage nach zweisprachigen Ortstafeln eine viel komplexere Konfliktkonstellation verbirgt, die seit Jahrzehnten nicht auf eine für alle Seiten befriedigende und „gerechte“ Weise gelöst werden konnte.

Mit der 2011 erfolgten Einigung auf die „Ortstafellösung“ kann der Kärntner Ortstafelkonflikt zwar als „geregelt“ gelten. Geregelt ist damit jedoch nur ein Aspekt des Kärntner Volksgruppenkonflikts, und zwar jener der symbolischen Repräsentation, konkret der Anzahl zweisprachiger Ortstafeln in Südkärnten. Von einer für alle Seiten befriedigenden und „gerechten“ Konfliktlösung kann deshalb noch nicht gesprochen werden. Denn solange der Konflikt auf der Ebene der Konfliktregelung verbleibt, gibt es „keine Garantie, dass in einer tiefen europäischen oder globalen Krise“, wie etwa der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, „ein Rückfall in die Ideologeme, Mentalitäten und Tiefenkulturen der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts ausgeschlossen bleibt“. Dafür benötigt es der Realisierung gemeinsamer Projekte unter dem Leitbild interaktiver Konfliktbearbeitung mit der Perspektive einer Politik der Versöhnung. (Graf/Kramer/Ernstbrunner 2012: 63)

Der Konflikt wurde innerhalb und zwischen den Konfliktparteien immer wieder unterschiedlich interpretiert: als politischer Konflikt zwischen Rechtspopulismus und Rechtsstaat, als sozialer Konflikt zwischen Mehrheit und Minderheit, als kultureller Konflikt zwischen ethnischen, nationalen bzw. sprachlichen Identitäten beziehungsweise als rechtlicher und politischer Konflikt um die Interpretation einer adäquaten Umsetzung der Bestimmungen des Österreichischen Staatsvertrags – im Spannungsfeld zwischen minimalistischen und maximalistischen Zielsetzungen. (sh. Graf/Kramer/Ernstbrunner 2012: 34)

Was im Rahmen der „Ortstafellösung“ geregelt wurde, war – wie bereits angemerkt – nur der Aspekt der symbolischen Repräsentation; und das auf Basis des Paradigmas „Recht“, innerhalb dessen das Paradigma „Gerechtigkeit“ eine untergeordnete, um nicht zu sagen keine Rolle spielt.

Die ideologische Trennung von Recht und Gerechtigkeit geht auf den Rechtspositivismus Hans Kelsens, des Architektenden der österreichischen Bundesverfassung von 1920, zurück. Sie verdankt sich der Skepsis gegenüber den aus Philosophie, Religion und Weltanschauung stammenden Definitionen von Gerechtigkeit. Kelsen verweist in diesem Zusammenhang auf die Gefahr, dass die dadurch erzielten Gerechtigkeitsdefinitionen sich als „völlig leere Formeln“ erweisen würden, „durch die jede beliebige gesellschaftliche Ordnung als gerecht gerechtfertigt werden kann“. (Kelsen 1975: 18) Der dem Rechtspositivismus kritisch gegenüberstehende Rechtsphilosoph Gustav Radbruch brachte das Problem wie folgt auf den Punkt: „Weil es unmöglich ist festzustellen, was gerecht ist, muss man festsetzen, was rechtens sein soll. An Stelle eines Aktes der Wahrheit, welcher unmöglich ist, wird ein Akt der Autorität notwendig.“ (Radbruch 2002: 300) Daraus lässt sich schließen, dass Recht bloß die Summe der vom Menschen für Menschen in einer bestimmten Weise erlassenen Normen zur Verhaltenssteuerung ist. (Holzleithner 2009: 88 f.)

Trotz aller – nicht unberechtigten Kritik – am Rechtspositivismus ist festzustellen, dass der Inhalt des Begriffs Gerechtigkeit nicht unabhängig von historischen, kulturell-weltanschaulichen und religiösen Voraussetzungen ist. Daraus folgt, dass von Gerechtigkeit in pluralistischen Gesellschaften auch nur im Plural gesprochen werden kann, weil sich darin die unterschiedlichen Gerechtigkeitsideale in der Gesellschaft widerspiegeln. Infolgedessen kann nicht mehr von „der“ Gerechtigkeit im Singular gesprochen werden, was große Herausforderungen für Konfliktbearbeitung auf Basis des Gerechtigkeitsbegriffs mit sich bringt und nachvollziehbar macht, weshalb das Recht versucht, ohne Gerechtigkeit auszukommen. (vgl. Rütters 2009)

Damit soll hier nicht gesagt sein, dass die Kategorie der „Gerechtigkeit“ für die Bearbeitung, die Lösung bzw. Transformation von Konflikten keine Rolle mehr spielen kann oder soll. Ganz im Gegenteil: Was damit gesagt wird ist, dass Konfliktbearbeitung auf dem Rechtsweg – aus ganz pragmatischen Überlegungen heraus – nicht imstande ist, die (inter-)subjektiven Gerechtigkeitsvorstellungen (entsprechend) zu adressieren.

Ein zentrales Problem ist somit, dass das Paradigma eines „Friedens durch Recht“ per definitionem nicht imstande ist, eine „gerechte“ Lösung herbeizuführen. Dafür benötigt es der Erweiterung um das Paradigma „Frieden durch Dialog“.

Im seinem Beitrag zum Buch „Kärnten liegt am Meer“ benennt der Rechtssoziologe Wolfgang Stangl das Problem damit, dass „Recht und insbesondere positives Recht, das im Prinzip jederzeit geändert werden kann (...), ein hoch rationales Mittel“ sei, „Konflikte zu lösen“, jedoch nur unter der Voraussetzung der „Säuberung“ des Konflikts von Emotionen“. Der

Konflikt wird damit in einen rationalen und einen irrationalen Anteil gespalten. Während der erstere durch das Recht geregelt wird, bleibt der letztere dem Feld nicht-staatlicher, ziviler Konfliktbearbeitung überlassen. Stangl bringt die Konsequenz daraus folgendermaßen auf den Punkt: „Der zivilisatorische Fortschritt, den das Recht für die Beilegung von Streit darstellt, wurde durch die Abspaltung von Emotionen erkauft, die Teil des Konflikts sind, und diese Spaltung verhindert eine integrierte Bearbeitung des Konflikts.“ Mit Blick auf den Kärntner Ortstafelkonflikt lässt sich daraus folgern, dass „die jetzt erzielte ‚Konfliktregelung‘ zwar eine Durchsetzung des Artikels VII des Staatsvertrags, aber mit großer Wahrscheinlichkeit keine ‚Konfliktlösung‘ oder gar ‚Konflikttransformation‘ im Sinne einer ‚Lösung‘ des emotionalen Konflikts“ bedeute, „weil Recht bzw. rechtliche Entscheidungen wegen der Abspaltung von Emotionen auf der emotionalen Ebene nicht wirken“. (Stangl 2012: 440 ff.)

Bevor weiter unten die Rolle ziviler Konfliktbearbeitung zum Kärntner Ortstafelkonflikt näher erläutert wird, soll zunächst auf den Charakter des Ortstafelkonflikts als rechtlicher und politischer Konflikt eingegangen werden.

1.1 Minimalistische versus maximalistische Auslegung des Artikels VII

Der Absatz 3 des Artikels VII des Österreichischen Staatsvertrages, der die Frage der zweisprachigen Ortstafeln und der slowenischen Amtssprache regelt, lautet:

„In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfasst.“ (Österreichischer Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 – BGBl. Nr. 152/1955, Artikel VII, Absatz 3)

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat dazu am 13. 12. 2001 entschieden und eine Passage des Volksgruppengesetzes hinsichtlich der 25-Prozent-Klausel für zweisprachige Ortstafeln aufgehoben. Damit war entschieden, dass ein 25-prozentiger slowenischsprachiger Bevölkerungsanteil als Bedingung für das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln zu hoch sei. In der Begründung zum Urteil, auf Basis der Interpretation der Entstehung des Artikels VII des Staatsvertrages von Wien, schlug der VfGH eine 10-Prozent-Klausel auf eine „längere Sicht“ vor; spricht, dass bereits bei einem Durchschnittswert von 10 Prozent slowenischsprachigem Bevölkerungsanteil im Zeitraum mehrerer Volkszählungen zweisprachige Ortstafeln anzubringen seien.¹

Vertreter der slowenischen Minderheit hatten als Berechnungsgrundlage die Volkszählungen von 1951 bis 1991 (als längeren Zeitraum) genommen und knapp 400 zweisprachige Ortstafeln vorgeschlagen. Sie argumentierten, wenn man den Staatsvertrag – als einen völkerrechtlichen Vertrag – bereits 1955 umgesetzt hätte, würden es heute schon etwa 800 zweisprachige Ortstafeln sein. Daher sei der slowenische Vorschlag ausgewogen und „mehr als gerecht“. Auf der deutschsprachigen Mehrheitsseite wurde unter Hinweis auf die drohende „Slowenisierung“ eine Regelung ohne Minderheitenfeststellung abgelehnt.

Beide Seiten brachten historische Bilder in die Diskussion ein: einerseits das Bild der historisch argumentierten Gerechtigkeit, unterstützt durch das Völkerrecht, auf slowenischsprachiger Seite und andererseits die Bilder des historischen Grenzstreits als Begründung für eine restriktive Haltung auf der deutschsprachigen Seite. Auf rechtlicher Ebene argumentierte die slowenische Seite damit, dass das VfGH-Erkenntnis umgesetzt werden muss und es hierbei keinen Spielraum gebe. (sh. Sturm 2014b: 6)

Der damalige Landeshauptmann Haider argumentierte wiederum damit, dass der Vorschlag der 10-Prozent-Klausel des VfGH nur in der Begründung des Erkenntnisses vorkomme, nicht aber im Urteil selbst und insofern nicht relevant sei. Auf dieser Argumentationsebene eskalierte der Konflikt und erlangte weit über Kärnten hinaus, sogar international, Aufmerksamkeit.

Die Positionen zu diesem Zeitpunkt lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Landeshauptmann (LH) Haider hatte den VfGH in einer noch nicht gekannten Weise massiv kritisiert und verbal attackiert, was international registriert wurde. Dabei ist der VfGH ein negativer Gesetzgeber, was bedeutet, dass er Gesetze oder Teile von Gesetzen aufheben, jedoch nicht positives Recht sprechen kann. Dafür waren in diesem Fall nur die Bundesregierung auf Verordnungsebene und das Parlament auf Gesetzes- bzw. Verfassungsgesetzesebene zuständig. Das bedeutet, dass der Prozentsatz des VfGH tatsächlich nur ein Vorschlag und keineswegs bindend war. Die Regierung hätte sich an diesen Vorschlag halten können, musste es aber nicht. Bindend war nur, dass 25 Prozent zu hoch sind. In der völkerrechtlichen und internationalen Diskussion wird von einer Bandbreite von 10 bis 20 Prozent für bilinguale Aufschriften ausgegangen. In der öffentlichen Diskussion in Österreich aber sah es so aus, als würde LH Haider über die Frage der zweisprachigen Ortstafeln allein entscheiden. (sh. Sturm 2014b: 6)

Die slowenische Seite hingegen argumentierte mit dem Staatsvertrag und der Einhaltung des Völkerrechts. In diesem Zusammenhang sei auf den Kommentar des österreichischen Außenministers Gruber im Vorfeld

der wichtigen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag vom 19. 7. 1949 in Paris verwiesen. Um sich vorab die Genehmigung zur Zustimmung zum Artikel 7 im Ministerrat einzuholen, begründete Außenminister Gruber seinen Vorschlag damit, dass der Staatsvertrag in diesem Punkt einen großzügigen Interpretationsspielraum offen ließ:

„Ein kurzer Blick auf den sowjetischen Vorschlag zeigt, dass die darin vorgeschlagenen Bestimmungen zwar sicherlich jene Präzision und Klarheit vermissen lassen, die wir traditionsgemäß von der Regelung einer so schwierigen Materie erwarten, Österreich aber in meritorischer Hinsicht, vielleicht gerade wegen ihrer Unpräzision, geradezu unerwartet wenig Bindung auferlegt. In der Tat reichen diese Bindungen, die nur ganz wenig über die uns heute schon zufolge des Staatsvertrages von St.-Germain obliegenden Verpflichtungen hinausgehen, in ihrer Bedeutung jedenfalls an den Verzicht der Sowjetunion auf Grenzänderung ... nicht im Entferntesten heran.“ (Retzl/Koroschitz 2005: 111)

Zusammenfassend lassen sich aus obigen Ausführungen folgende Schlussfolgerungen und Kritikpunkte ableiten:

In der Annahme, dadurch eine weitere Konflikteskalation vermeiden zu können, überließ die Bundesregierung den Diskurs über die Umsetzung eines VfGH-Erkenntnisses der Landespolitik; nicht zuletzt weil die Bundesregierung durch die historischen Erfahrungen, allem voran den Ortsstafelsturm im Jahre 1972, eine Regelung anstrebte, in die das Land eingebunden sein sollte. Diese Annahme erwies sich als illusionär: Landeshauptmann Haider war an keiner (schnellen) Lösung interessiert, sondern an einem Fortbestehen des Konflikts, um nicht zu sagen an einer weiteren Eskalation.

Haider nutzte diese öffentlichkeitswirksame Diskussion, um sich als eine Art „Trauma-Heiler“ zu vermarkten, wobei er suggerierte, dass nur durch die Einsprachigkeit der Ortstafeln der Friede im Lande erhalten werden könne, und sprach damit die Traumata des 20. Jahrhunderts in Kärnten in ihrer tiefsten Dimension an. (vgl. Ottomeyer 2006: 15 ff.)

Dem gegenüber stand die slowenische Seite, die eine maximalistische Sicht vertrat und die reale Bedeutung der VfGH-Entscheidung ignorierte. Hinzu kam, dass manche Funktionäre auf der slowenischen Seite auch nicht so sehr an einer schnellen Lösung interessiert waren, sondern eher die Hoffnung hatten, durch ein Fortbestehen des Konflikts im Laufe der Zeit mehr Zugeständnisse der bislang nicht gewährten Rechte zu erwirken. Außerdem kann kritisch bemerkt werden, dass die slowenische Seite – wegen der historisch erlebten Ungerechtigkeit durch die Nichtumsetzung des Artikels 7 – zu sehr auf das Konzept eines „Friedens durch Recht“ fokussierte und dabei zu wenig alternative, dialogische Wege für die Konfliktransformations verfolgte. (vgl. Sturm 2014b: 7)

Wie bereits weiter oben angemerkt, ist die Fokussierung auf das Paradigma „Frieden durch Recht“ nicht ausreichend, um „gerechte Lösungen“ herbeizuführen. Dafür braucht es immer auch das Paradigma eines „Friedens durch Dialog“, sprich die kreative Verbindung des Kampfs um legitime Rechte *und* den Dialog mit allen Konfliktparteien, einschließlich der so genannten Hardliner.

Erst der Dialog eröffnet die Möglichkeit, die Dimension der „Gerechtigkeit“ zu adressieren und zwischen – weltanschaulich bedingt – unterschiedlich gearteten Gerechtigkeitsvorstellungen oder gar – kulturell bedingt – verschiedenen Legitimitätsmodellen zu vermitteln.

Als Referenzrahmen können dabei Menschenrechte als universelle Wertsetzungen bzw. auch noch tieferliegende allgemeinemenschliche Grundbedürfnisse dienen – etwa Freiheit, Sicherheit, Anerkennung, Identität, wobei im Dialog erst zu erörtern ist, auf welche allgemeinen, übergreifenden Grundbedürfnisse bzw. Grundbedürfniskonzepte man sich beziehen bzw. einigen kann. Dadurch öffnet sich ein kreativer „Spiel-raum“ für dialogisches Vorgehen, der im Rahmen von Rechtsinterpretationen nicht erreicht, aber gerade im Spannungsfeld von Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung dringend benötigt wird.

2. Von der Regelung des Kärntner Ortstafelkonflikts zum Dialogprojekt „Friedensregion Alpen-Adria“

Unabhängig davon, wie man zur rechtlichen Regelung des Ortstafelkonflikts steht, ist offensichtlich klar, dass man noch ein ganzes Stück weit von einer nachhaltigen und als *gerecht* empfundenen Lösung im Kärntner Volksgruppenkonflikt entfernt ist. Für eine nachhaltige und tiefgehende Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Volksgruppen braucht es offensichtlich mehr als bloß eine Konfliktregelung auf Basis von Interessen. Dafür bedarf es u. E. auch einer bedürfnisbasierten und im Besonderen auch einer identitätsbasierten Konflikttransformation mit der Perspektive einer historischen Versöhnung. Damit soll nicht gesagt sein, dass die erzielte Konfliktregelung keinen substanziellen Beitrag zur Bearbeitung des Volksgruppenkonflikts darstellt. Im Gegenteil, *Versöhnung* „benötigt das Fundament einer kognitiven, rechtlichen und politischen Konfliktregelung“, um darauf aufbauend die „Lösung und Transformation des Konflikts auf der Ebene sozialer Strukturen, kultureller Identität und kollektiver Emotion“ zu vollziehen. (Graf/Kramer/Ernstbrunner 2012: 63 ff.; vgl. Kelman 2010a: 2)

Grundlage für eine so geartete Bearbeitung der Tiefendimensionen ist zunächst das Erfassen der Komplexität des Kärntner Volksgruppenkonflikts

– auf der inhaltlichen Ebene, wie auch im Hinblick auf die regionalen Verstrickungen.

Auf der Ebene des Inhalts handelt es sich neben der politischen und sozio-ökonomischen Dimension vor allem um einen Konflikt kollektiver *kultureller Identitäten*. Aus einer geschichtspolitischen Perspektive kann der Volksgruppenkonflikt als Konflikt „zwischen denen, die teilweise noch in einer Tradition der nach 1945 militärisch geschlagenen, aber kulturell nicht wirklich überwundenen NS-Ideologie sozialisiert wurden, und denen, die in Traditionen des Widerstands und des Partisanentums aufgewachsen sind“ (Wintersteiner 2012: 525), betrachtet werden, was Marjan Sturm im Gespräch mit Josef Feldner folgendermaßen auf den Punkt bringt:

„Wenn wir den Nationalitätenkonflikt in Kärnten aber aus einer historischen Perspektive betrachten, aus der Perspektive der Geschichte der Gewalt und der Barbarei des 20. Jahrhunderts, dann haben wir es in Kärnten nicht nur mit einem extrem asymmetrischen Konflikt zwischen der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung und der slowenischsprachigen Minderheit zu tun, sondern auch mit einem äußerst destruktiv geführten Kampf zweier totalitärer Systeme und Ideologien – mit dem Nationalsozialismus und den Faschismen auf der einen Seite, mit dem Stalinismus und den anderen bürokratischen Sozialismen wie dem Titoismus auf der anderen Seite. So vergleichbar die beiden Systeme in ihren totalitären Herrschaftsformen waren, darf man sie natürlich auch nicht einfach gleichsetzen. Der Weltkonflikt dieser beiden Lager, der im vorigen Jahrhundert extrem gewaltsam ausgetragen wurde, spiegelt sich in gewisser Hinsicht auch heute noch im kollektiven Denken und Fühlen in Kärnten. Wir haben noch immer die klassischen Feindbilder des Partisanen und des Titoisten auf der Seite der Rechten, aber genauso noch das klassische antifaschistische Feindbild auf Seiten der Linken, und auf beiden Seiten ist prinzipiell kein Dialog mit der anderen Seite erlaubt.“ (Feldner/Sturm 2012: 389)

Die historische Dimension des Kärntner Volksgruppenkonflikts in den Blick nehmend wird klar, dass tiefgehende Konfliktarbeit nicht an den Grenzen (Österreichs) Halt machen können. In sinnvoller Weise kann dieser Konflikt nur bearbeitet werden, wenn die konfliktreiche Geschichte der gesamten Region mit ihren Verstrickungen und Wechselwirkungen berücksichtigt wird bzw. mehrere Länder der Alpen-Adria-Region in einen Verständigungsprozess mit der Perspektive einer historischen Versöhnung miteinbezogen werden. Aus dieser Überlegung entstand die Idee für ein österreichisch-slowenisches Dialogprojekt, das letztlich darauf abzielt, unter schrittweiser Einbeziehung weiterer Länder der Alpen-Adria-Region den Aufbau einer Friedensregion Alpen-Adria voranzutreiben.

2.1 Interaktive Konflikttransformation als Methode für den Aufbau einer „Friedensregion Alpen-Adria“

Im Zentrum des Dialogprojekts mit dem programmatischen Titel „Building the Peace Region Alps-Adria (PRAA) – Envisioning the Future by Dealing with the Past. Promoting Open and Inclusive Dialogue and Public Discourse within Austria and Slovenia and between the Countries“² steht die Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld von Erinnerung, Versöhnung und Zukunftsgestaltung. Methodisch ist das Projekt inspiriert von den „Problem Solving Workshops“ des Harvard-Professors Herbert C. Kelman. (sh. Kelman 2010b) Gleichzeitig steht es in der Tradition der in der Alpen-Adria-Region über viele Jahre gewachsenen vielfältigen Aktivitäten im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung.

In diesem Sinne versteht es sich zum einen als Fortsetzung und Intensivierung der langjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der „Minderheitenfrage“ in Kärnten und dem Alpen-Adria Raum an der Universität Klagenfurt sowie der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Thema Umgang mit gesellschaftlicher Diversität des Institute for Ethnic Studies in Ljubljana. (sh. z. B. Žagar 2009)

Im Vorfeld der politischen Lösung der „Kärntner Ortstafelfrage“ kam es zur Gründung der „Kärntner Konsensgruppe“, die 2005 mit einem ersten Kompromissvorschlag wesentlich zur Lösung der Ortstafelfrage beigetragen hat. Ab 2006 intensivierte sich ein zivilgesellschaftlicher Dialogprozess zwischen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischsprachigen Minderheit in Kärnten, der in mehreren Büchern und Dokumentationsreihen dokumentiert wurde. Neu daran war, dass deutschsprachige und slowenischsprachige Persönlichkeiten, die Jahrzehnte hindurch Hauptakteure eines Konflikts in Kärnten waren, in der „Kärntner Konsensgruppe“ zu einem konstruktiven Dialog gefunden haben, quasi ein „Gespräch der Feinde“ (Friedrich Heer), auch wenn es sich schon um ehemalige Feinde handelte, um ideologische und minderheitenpolitische Gegner. (vgl. Feldner/Grafenauer/Stergar/Sturm 2014: 2)

Das österreichisch-slowenische Dialogprojekt sieht sich insbesondere als Weiterführung und Vertiefung dieser Dialogprozesse neuen Typs, die in den Publikationen „Josef Feldner/Marjan Sturm – Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog“ (Graf/Kramer 2007) und „Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität“ (Petritsch/Graf/Kramer 2012) dokumentiert sind.

Das Projekt zielt somit auf ein Leitbild der zivilen Konfliktbearbeitung ab, das drei Dimensionen zusammenführt: die geschichtliche Erinnerung der Vielfalt eigener Identitäten, die Versöhnung mit den anderen und die

Perspektive gemeinsamer Zukunftsgestaltung. (vgl. Graf/Brousek 2014, Wintersteiner 2014)

Inzwischen wurde von VertreterInnen aus Politik und Zivilgesellschaft in beiden Ländern erkannt, dass es für eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen nicht nur gemeinsame Zukunftsperspektiven braucht, sondern auch eine Aufarbeitung der tieferen Konfliktursachen, die die Geschichte der slowenisch-österreichischen Beziehungen prägen.

Als besonders vielversprechende Methode, durch Dialoge kollektive Lernprozesse zwischen historischen Feinden wie auch aktuellen Konfliktparteien anzuregen, haben sich die so genannten *Interactive Problem Solving Workshops* (auch als *Interaktive Konfliktlösung* oder *Track Two Diplomacy* bezeichnet) nach Herbert C. Kelman bewährt, die über einen Zeitraum von rund vier Jahrzehnten insbesondere in Bezug auf Israel und Palästina entwickelt und durchgeführt wurden. *Interactive Problem Solving Workshops* versuchen die Schwächen herkömmlicher internationaler Mediation durch sozialpsychologische Zugänge der Konfliktanalyse und Konfliktvermittlung auszugleichen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Methoden internationaler Mediation sind die Zielgruppe dabei nicht die offiziellen Führungskräfte der Konfliktparteien, sondern einflussreiche Schlüsselpersonen der mittleren Ebene aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (Vertreter politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Vereine, religiöse VertreterInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen etc.), die als Vermittler zwischen EntscheidungsträgerInnen und Zivilgesellschaft fungieren können.

Die FacilitatorInnen solcher Prozesse sind nicht-offizielle, allparteiliche ModeratorInnen, welche die Konfliktparteien in einem facilitierten Dialogprozess in vertraulichen Workshops dabei unterstützen, tieferliegende Motivationen, Bedürfnisse und Ängste der Konfliktparteien bewusst zu machen, Feindbilder abzubauen und kreative Lösungsperspektiven zu erarbeiten.

Inspiziert von diesem Ansatz wurde am *Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation* (HKI) in Kooperation mit dem Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik (ZFF) der Universität Klagenfurt ein Mehr-Ebenen-Ansatz entwickelt, der auf Methoden partizipativer Aktionsforschung beruht.

Dieser Ansatz versucht nicht zuletzt drei Defizite auszugleichen, die sich bei den „Problem Solving Workshops“ tendenziell gezeigt haben (vgl. Graf/Brousek: 324):

- Die Schwierigkeit TeilnehmerInnen zu finden, die gleich guten Zugang zu EntscheidungsträgerInnen mitbringen, was die Gefahr birgt, dass

die erarbeiteten Konzepte nicht gleichermaßen auf allen Seiten an die EntscheidungsträgerInnen kommuniziert werden (können).

- Die mangelnde Einbindung von so genannten „Hardlinern“ in den Dialogprozess, was auf lange Sicht die Aussicht auf erfolgreiche Umsetzung der Lösungsvorschläge beschränkt, weil diese von einem Teil der Bevölkerung nicht mitgetragen werden.
- Die mangelhafte Einbringung der erarbeiteten Lösungsperspektiven in den öffentlichen Diskurs, wodurch ein wesentliches Korrektiv fehlt.

Das Projektdesign des Dialogprojektes „Building the Peace Region Alps-Adria“ zielt darauf ab, die erwähnten Defizite bestmöglich zu überwinden.

Eine Möglichkeit, dem ersten Defizit zu begegnen, ist die Einbindung von „Upcoming Leaders“ in die Dialoggruppen. Unter „Upcoming Leaders“ sind (nicht unbedingt nur jüngere) Personen zu verstehen, die als ausgewiesene ExpertInnen in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld (Wissenschaft, Religion, Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien, ...) gelten und über Zugang zu (politischen) EntscheidungsträgerInnen verfügen und insofern in der Lage sind, die erarbeiteten Konzepte im Laufe einiger Jahre in Politik und Medien zu verankern.

Dem zweiten Defizit entsprechend entgegen zu wirken erfordert neben internationalen Dialogen auch die Durchführung von Intra-Dialogen, sowohl zwischen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung im jeweiligen Land als auch innerhalb der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung zwischen den unterschiedlichen Lagern bzw. Vertretungsorganisationen. Auf diese Weise eröffnet sich die Möglichkeit, (vorerst) im Rahmen von Intra-Dialogen auch so genannte Hardliner einzubinden, die womöglich zu große Vorbehalte für eine Teilnahme auf internationaler Ebene haben.

Das dritte Defizit auszugleichen, soll in Form einer zusätzlichen Projektkomponente geschehen, deren Ziel es ist, die erarbeiteten Ergebnisse verstärkt in den öffentlichen Diskurs einzubringen. (vgl. Graf/Brousek 2014: 327)

Das Projekt umfasst demnach drei Komponenten: internationale und intranationale Dialogworkshops sowie öffentliche Dialogveranstaltungen.

2.1.1 Internationaler Dialog zwischen Österreich und Slowenien

Die erste Projektkomponente – internationale Dialogworkshops – zielt auf die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Vergangenheit und den wechselseitigen Mehrheiten-/Minderheitensituationen in Österreich (vor allem in der Steiermark und Kärnten) und Slowenien ab; längerfristig auch unter Einbeziehung weiterer Länder der Alpen-Adria-Region.

Die im Rahmen dieser Projektkomponente anvisierte Form einer gemeinsamen *zivilgesellschaftlichen* Geschichtsaufarbeitung der wechselseitigen Beziehungen der involvierten Staaten will keineswegs die Arbeit von Historikerkommissionen ersetzen, hat aber eine eigenständige kulturelle und politische Bedeutung. Es geht dabei vor allem um Lernprozesse und Modelle, die für künftige Verständigungsprozesse in der Alpen-Adria-Region, in Südosteuropa und ganz Europa von Bedeutung sein könnten.

Die TeilnehmerInnen dieser Workshops sollen eine in Bezug auf Herkunftsland, Ideologie, Alter und Geschlecht heterogene Gruppe aus den Bereichen Ökonomie, Kultur, Medien, Bildung und Politik sein. Entsprechend Kelmans Design von *Interactive Problem Solving Workshops* sollen die TeilnehmerInnen aktuell keine Funktion als EntscheidungsträgerInnen auf politischer Ebene innehaben, jedoch Einfluss auf diese haben. Im Hinblick auf die oben geäußerte Kritik ist es wichtig, „Upcoming Leaders“ miteinzubeziehen. Um der Kontinuität willen wurden bewusst auch InitiatorInnen und AutorInnen von „Kärnten neu denken“ (Feldner/Sturm 2007) und „Kärnten liegt am Meer“ (Petritsch/Graf/Kramer 2012) als zivilgesellschaftliche KoordinatorInnen und TeilnehmerInnen der Dialoggruppen eingeladen. (siehe Graf/Brousek 2014: 328)

Ein wesentliches Ziel dieser Projektkomponente ist, dass „Proponenten und Traditionsträger des *Abwehrkampfes* einerseits und des *Kampfes um die Nordgrenze* andererseits im Gespräch und Dialog die Narrative dieser Zeit bearbeiten und reflektieren und zu einer neuen Einschätzung kommen, die auch bis zur Gegenwart reichen kann und soll“. (Sturm 2014a)

2.1.2 *Intra-nationaler Dialog innerhalb Österreichs und Sloweniens*

Die zweite Herausforderung liegt darin, Gespräche zwischen VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen im nationalen Rahmen – in Österreich wie auch in Slowenien – zu initiieren, sowohl zwischen den Volks- bzw. Sprachgruppen als auch innerhalb dieser. In Kärnten geht es darum, den im Rahmen der so genannten Konsensgruppe in Gang gesetzten Prozess auf einer breiteren Ebene fortzuführen, um eine bewusste Einbeziehung von KritikerInnen zu ermöglichen, die ihre Sichtweise durch den Ortstafelkompromiss nicht ausreichend berücksichtigt sahen. In diesem Sinne sollen in Kärnten nicht zuletzt die inneren Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Vertretungsorganisationen innerhalb der Sprachgruppen bearbeitet werden.

2.1.3 *Öffentliche Dialoge in Österreich und Slowenien*

Die dritte Aufgabe besteht in der Etablierung eines öffentlichen Diskurses, um dadurch vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit den in den

Dialogworkshops erarbeiteten Leitideen für eine Friedensregion Alpen-Adria in Gang zu setzen und dadurch eine schrittweise Implementierung konkreter Projektideen in Politik und Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Kurzfristig ist dabei an öffentliche Veranstaltungen, wie die kürzlich erfolgte Pressekonferenz am 9. 10. 2014 in Klagenfurt und das gemeinsame Opfergedenken unter Teilnahme aller vier zivilgesellschaftlichen Projektkoordinatoren³ am 10. 10. 2014 in Völkermarkt gedacht. Diese Aktivitäten sollen in naher Zukunft durch öffentliche Roundtables und Diskussionsveranstaltungen in Slowenien und Österreich ergänzt und durch den Einsatz neuer Medien unterstützt werden. (sh. dazu z. B. die Website: www.kaerntenneu.at)

Mittelfristig, bis zum Jahr 2020 – dem 100-Jahre-Jubiläum der Festlegung der slowenisch-österreichischen Grenze –, ist die Durchführung mehrerer neuer und gemeinsamer slowenisch-österreichischer Gedenktage geplant.

Im Sinne der Nachhaltigkeit sind darüber hinaus langfristig weitere Maßnahmen angedacht: wie etwa die Umsetzung der Idee für die Errichtung eines österreichisch-slowenischen Dialogzentrums für „Erinnerung, Versöhnung und Zukunftsgestaltung“.

In einer ersten „Gemeinsamen Erklärung“ der „Österreichisch-Slowenischen Arbeitsgruppe für grenzüberschreitenden Dialog“, die im September 2014 unter dem Titel „1914–2014: Von den Kriegen zur Friedensregion Alpen-Adria“ beschlossen wurde, wird die übergreifende Zielsetzung des Projekts gut zusammengefasst:

„Voraussetzung für die Gestaltung einer Friedensregion Alpe-Adria muss – als eine der Erfahrungen aus der Geschichte – die Dialogbereitschaft aller Seiten sein, bei der der Wille zur Versöhnung angestrebt wird. Ein grenzüberschreitender Dialog kann zwar historisch untergegangene Kulturen dieser Region nicht wieder beleben. Er kann aber versuchen, die Erinnerung an diese untergegangenen Formen eines Zusammenlebens zu nutzen, um neue Formen eines regionalen, europäischen und globalen Zusammenlebens zu finden.“

Ein solcher grenzüberschreitender Dialog ist der nächste Schritt beim Aufbau einer transnationalen, multikulturellen, mehrsprachigen und wirtschaftlich prosperierenden Friedensregion Alpen-Adria – mit den Leitbildern Anerkennung von Diversität, interkulturelle Bildung, regionale Entwicklung und konstruktive Konfliktbearbeitung.“ (sh. Feldner/Grafenauer/Stergar/Sturm 2014: 2)

Gemeinsame Erklärung

1914–2014: Von den Kriegen zur Friedensregion Alpen-Adria

Erinnern – Versöhnen – Zukunft gestalten

- In Erinnerung an alle Opfer, die starben, weil die Politik die Konflikte nicht friedlich löste.
- Dialog als Weg zur Anerkennung von Diversität, historischer Versöhnung und gemeinsamer Zukunftsgestaltung.

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges erleben wir eine globale Krise und tiefe Umbrüche, die das große Projekt der Europäischen Integration fundamental infrage zu stellen drohen. Diese Entwicklung ist nicht nur Folge des Aufkeimens neuer politischer und gesellschaftlicher Konflikte, von der ökonomischen Krise und den Konflikten um die Migration bis zur Ohnmacht der europäischen Diplomatie angesichts neuer kriegerischer Auseinandersetzungen (von der Ukraine bis zum Nahen und Mittleren Osten), sondern auch der Wiederkehr hartnäckiger „alteuropäischer“ Einstellungen wie Nationalismus, Chauvinismus, Fundamentalismus, Xenophobie und anderen Formen der Intoleranz und fehlender Anerkennung des Anderen.

Die Last der Vergangenheit

Als Folge des Ersten Weltkrieges und des Zerfalls dreier Weltimperien (Österreichisch-Ungarische Monarchie, Osmanisches Reich und Zaristisches Russland) entstanden viele neue Nationalstaaten. Zumeist wurden Grenzen von den Siegern neu gezogen, mancherorts mit Volksabstimmungen. So auch in Kärnten, wo sich bei einem Plebiszit die Mehrheit der Bevölkerung im Abstimmungsgebiet für die Zugehörigkeit zur Republik Österreich entschieden hat.

Das Ergebnis des Ersten Weltkriegs waren neue Staaten, neue Grenzen und ethnisch definierte Minderheiten in allen betroffenen Staaten, was dazu führte, dass die Logik der nationalen Auseinandersetzung fortgesetzt wurde, etwa in Form von Assimilation und Unterdrückung von Minderheiten. Daher haben sich (auch als Reaktion darauf) einige Minderheiten an ihre Schutzstaaten gewandt, die oftmals die Volksgruppenfrage für außenpolitische Zwecke missbrauchten.

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert zweier fürchterlicher Weltkriege, mit dem Holocaust als Höhepunkt bisher nicht gekannter Menschenverachtung und industrieller Menschenvernichtung, ein Jahrhundert totalitärer und fundamentalistischer Ideologien, kurz ein „Zeitalter der Extreme“. Diese Wunden sind heute – nach Ende des Kalten Krieges – vernarbt, aber noch keineswegs verheilt. Es genügt daher keineswegs, sich damit zu begnügen, dass – noch – politischer Frieden herrscht und gute ökonomische Beziehungen zwischen den Staaten und ethnisch definierten Nationen Europas bestehen. Wir müssen überwinden, was uns lange getrennt und uns manchmal zu Feinden gemacht hat. Sonst besteht die Gefahr, dass in Krisenzeiten alte Feindbilder wieder aufleben, wie in diesem Jahr in der Ukraine und im Nahen Osten oder in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien.

Alpen-Adria – ein Europa im Kleinen

Auch die Alpen-Adria-Region ist von den Folgen dieser gesamteuropäischen historischen Auseinandersetzungen noch heute besonders geprägt. Deshalb sollte in der gesamten Alpen-Adria-Region, beginnend in Slowenien und in Österreich und im Besonderen auch im Grenzland Kärnten, die Geschichte kritisch und selbstkritisch reflektiert werden, mit dem Willen, eine tiefere Anerkennung der Potentiale der kulturellen Unterschiede in der Region zu erzielen, eine „objektivere“ historische Erinnerung zu erreichen und erste Schritte in Richtung Versöhnung zwischen Minderheiten und Mehrheiten zu setzen. Dabei muss man damit beginnen, die Erfahrungen der deutsch-französischen Versöhnung und weiterer positiver Beispiele für gemeinsame Erinnerungspolitik und Zukunftsgestaltung zu berücksichtigen. Im Vorfeld der Politik müssen gemeinsame Ideen und Projekte für eine wirtschaftlich, politisch, ökologisch und kulturell erfolgreiche Friedensregion Alpen-Adria geschaffen werden.

Im 20. Jahrhundert wurde die Alpen-Adria-Region ein Kampfplatz verschiedener totalitärer Ideologien, die bis heute noch nicht aus dem kollektiven Gedächtnis der Völker verschwunden sind. Diese Kämpfe kulminierten im Zweiten Weltkrieg. Das heutige slowenische Territorium wurde zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland, dem faschistischen Italien, dem Horthy-Ungarn und Ustascha-Kroatien aufgeteilt und die Slowenen als Nation zum Tode verurteilt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat das Ziehen neuer Grenzen erneut Spannungen in der gesamten Alpen-Adria-Region verursacht, die durch den „Kalten Krieg“ und den ideologischen Ost-West-Konflikt noch verschärft wurde.

Dialog als Weg

Seit Jahrzehnten entwickeln sich immer wieder Aktivitäten der Kirchen (z. B. Kärntner Diözesansynode 1970–1972), der Universitäten und verschiedener Organisationen der Zivilgesellschaft: seit 1975 die Veranstaltungsreihe „Guten Abend Nachbar – Dober večer sosed“, die Verständigungspreise Rizzi, Einspieler und Kugy, interkulturelle und grenzüberschreitende mehrsprachige Sprachinitiativen, Dialogkonferenzen und zahlreiche andere Aktivitäten von Vereinen, Institutionen und Einzelpersonlichkeiten. All diese Initiativen sollten Dialog und Konfliktlösung befördern.

Im Vorfeld der politischen Lösung der „Kärntner Ortstafelfrage“ kam es zur Gründung der „Kärntner Konsensgruppe“, die 2005 trotz unterschiedlicher Beurteilung in der Öffentlichkeit mit ihrem Kompromissvorschlag zur Lösung der Ortstafelfrage beigetragen hat. Ab 2006 intensivierte sich ein zivilgesellschaftlicher Dialogprozess zwischen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischsprachigen Minderheit in Kärnten, der in mehreren Büchern und Dokumentationsreihen dokumentiert wurde.

Neu daran war, dass deutschsprachige und slowenischsprachige Persönlichkeiten, die Jahrzehnte hindurch Hauptakteure eines Konflikts in Kärnten waren, in der „Kärntner Konsensgruppe“ zu einem konstruktiven Dialog gefunden haben. Dabei waren sie auch um sprachenübergreifende Vertrauensbildung mit gemeinsamen Informationsveranstaltungen in zweisprachigen Kärntner Gemeinden und grenzüberschreitend mit Kulturveranstaltungen in Slowenien bemüht.

Dieser Prozess mündete 2013 in einen grenzübergreifenden Dialog der Zivilgesellschaft zwischen Österreich und Slowenien, der in den kommenden Jahren vertieft und schrittweise auf andere Länder der Alpen-Adria-Region und Südosteuropas erweitert werden soll. Dabei versuchen Persönlichkeiten und Organisationen an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Diplomatie und Wissenschaft aus Slowenien und Österreich die tieferliegenden Ursachen und Ressourcen für Konflikt und Frieden in der Alpen-Adria-Region

durch strukturierten Dialog interaktiv und konstruktiv zu bearbeiten. Voraussetzung für die Gestaltung einer Friedensregion Alpe-Adria muss – als eine der Erfahrungen aus der Geschichte – die Dialogbereitschaft aller Seiten sein, bei der der Wille zur Versöhnung angestrebt wird. Ein grenzüberschreitender Dialog kann zwar historisch untergegangene Kulturen dieser Region nicht wieder beleben. Er kann aber versuchen, die Erinnerung an diese untergegangenen Formen eines Zusammenlebens zu nutzen, um neue Formen eines regionalen, europäischen und globalen Zusammenlebens zu finden.

Ein solcher grenzüberschreitender Dialog ist der nächste Schritt beim Aufbau einer transnationalen, multikulturellen, mehrsprachigen und wirtschaftlich prosperierenden Friedensregion Alpen-Adria – mit den Leitbildern Anerkennung von Diversität, interkulturelle Bildung, regionale Entwicklung und konstruktive Konfliktbearbeitung. In der Folge bedarf es aber auch der Schaffung grenzüberschreitender Projekte (z. B. Schüler- und Jugendaustausch), die zur Konfliktbearbeitung, der Regionalentwicklung und Mehrsprachigkeit in diesem Raum beitragen.

Im Namen der Arbeitsgruppe:

Josef Feldner, Danijel Grafenauer, Janez Štergar, Marjan Sturm
Klagenfurt/Celovec – Ljubljana/Laibach – Maribor/Marburg

Literatur:

- Feldner, Josef/Grafenauer, Danijel/Stergar, Janez/Sturm, Marjan (2014): Gemeinsame Erklärung – 1914–2014: Von den Kriegen zur Friedensregion Alpen-Adria. Veröffentlicht im Rahmen einer Pressekonferenz am 9. 10. 2014 in Klagenfurt anlässlich des gemeinsamen Opfergedenkens am 10. 10. 2014 in Völkermarkt.
- Feldner, Josef/Sturm, Marjan (2012): Ein Dialog über den Dialog. In: Petritsch, Wolfgang/Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) 2012: Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn, S. 384–404.
- Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) (2007): Josef Feldner/Marjan Sturm – Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn.
- Graf Wilfried/Kramer, Gudrun/Ernstbrunner, Thomas (2012): Vom Kompromiss zur Versöhnung? Zwischenbericht zum Projekt „Kärnten neu denken/verstehen/gestalten“. In: Petritsch, Wolfgang/Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) (2012): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn, S. 33–77.
- Graf, Wilfried/Brousek, Jan (2014): Dialog als Methode zum Aufbau einer Friedensregion Alpen-Adria. In: Gruber, Bettina/Wintersteiner, Werner (Hg.) (2014): Building Peace. Culture of Remembrance – Conflict transformation – Peace Education in the Alps-Adriatic Region (Working title). Yearbook 2014 of the Centre for Peace Research and Peace Education (CPP) of the Alps-Adriatic University Klagenfurt), S. 317–330.
- Rettl, Lisa/Koroschitz, Werner (Hg.) (2005): Heiss umfедhet, wild umstritten. Geschichtsmysmen in Rot-Weiss-Rot. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.
- Hobsbawm, Eric J. (1998): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Holzleithner, Elisabeth (2009): Gerechtigkeit. Grundbegriffe der europäischen Geistesgeschichte. Hg. v. Konrad Paul Liessmann. Wien: Facultas WUV.
- Kelman, Herbert C. (2010a): Conflict Resolution and Reconciliation – A Social-Psychological Perspective on Ending Violent Conflict Between Identity Groups. In: Landscapes of

- Violence. An Interdisciplinary Journal Devoted to the Study of Violence, Conflict and Trauma; Vol. 1, No. 1, Article 5. URL: http://scholar.harvard.edu/files/hckelman/files/conflict_resolution_and_reconciliation_lov_2010.pdf [21. 9. 2014].
- Kelman Herbert C. (2010b): Interactive Problem Solving. Changing Political Culture in the Pursuit of Conflict Resolution. In: Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology 2010; 16(4): 389–413. London: Routledge.
- Kelsen, Hans (1975): Was ist Gerechtigkeit? Wien: Manzsche Verlagsbuchhandlung.
- Ottomeyer, Klaus (2006): Warum in Kärnten die Uhren anders gehen. In: Hitz, Martin/Stuhlfarrner, Karl (Hg.): Grenzfall Kärnten. Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Klagenfurt/Celovec: Wieser Verlag, S. 15–22.
- Österreichischer Staatsvertrag (1955): Bundesgesetzblatt. Nr. 152/1955. URL: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf [28. 9. 2014].
- Petritsch, Wolfgang/Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) (2012): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn.
- Radbruch, Gustav (2002): Der Relativismus in der Rechtsphilosophie. In: Horn, Christoph/Scarano, Nico (Hg.) (2002): Philosophie der Gerechtigkeit: Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, S. 299–304.
- Rüthers, Bernd (2009): Das Ungerechte an der Gerechtigkeit – Fehldeutungen eines Begriffs. 3. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Stangl, Wolfgang (2012): Über den Ortstafelkonflikt in Kärnten und die Grenzen des Rechts. In: Petritsch, Wolfgang/Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) (2012): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn, 436–447.
- Sturm, Marjan (2014a): Leitbild Kärnten 2020. URL: http://www.slo.at/zso/index_de.php [accessed July 6th, 2014].
- Sturm, Marjan (2014b): Gerechtigkeit und Recht am Beispiel des Kärntner Ortstafelkonflikts. Handschriftliches Manuskript.
- Traverso, Enzo (2008): Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945. München: Siedler Verlag.
- Wintersteiner, Werner (2012): Kärnten liegt am Meer. Vision einer Friedensregion Alpen-Adria. In: Petritsch, Wolfgang/Graf, Wilfried/Kramer, Gudrun (Hg.) (2012): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn, S. 524–545.
- Žagar, Mitja (2009): Strategies for the prevention, management and/or resolution of (ethnic) crisis and conflict. The case of the Balkans. In: Sandole/Byrne/Sandole-Staroste/Senehi (Eds.) (2009): Handbook of Conflict Analysis and Resolution. London: Routledge, 454–472.

Anmerkungen:

- 1 Im Jahre 1964 hat das österreichische Parlament die Absätze 1, 2, 3 und 4 des Artikels 7 des Staatsvertrags innerstaatlich in den Verfassungsrang erhoben. Erst durch diese Regelung kommt überhaupt der Verfassungsgerichtshof ins Spiel, da der österreichische Verfassungsgerichtshof keine operative Rechtsgrundlage hat, internationale bzw. Völkerrechtsverträge zu prüfen. Erst mit dem Verfassungsrang der erwähnten Absätze des Artikels 7 konnte der VfGH aktiv werden und Entscheidungen treffen, was er einige Male getan hat.
- 2 Projektträger sind folgende Institutionen (in Klammer jeweils der/die Verantwortliche/n): das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik (ZFF) der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Celovec (Werner Wintersteiner und Wilfried Graf), das Institut für

Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre, Karl-Franzens-Universität Graz (Jürgen Pirker), das Institute for Ethnic Studies (IES) in Ljubljana (Mitja Žagar, Janez Stergar und Danijel Grafenauer), das Slowenische Wissenschaftliche Institut (SZI) in Klagenfurt/Celovec (Daniel Wutti), die Fachhochschule Kärnten (Karl Anderwald) sowie das Herbert C. Kelman Institut für Interaktive Konflikttransformation (HKI) in Wien (Wilfried Graf und Jan Brousek). Als zivilgesellschaftliche Koordinatoren fungieren Dr. Josef Feldner (Obmann des Kärntner Heimatdienstes) und Dr. Marjan Sturm (Obmann des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen) für Österreich sowie Janez Stergar (Vorsitzender der Ortsgruppe Ljubljana/Laibach der Kärntner Slowenen) und Dr. Danijel Grafenauer (Vorsitzender der Ortsgruppe Maribor/Marburg der Kärntner Slowenen) für Slowenien.

- 3 Dr. Danijel Grafenauer (Vorsitzender der Ortsgruppe Maribor/Marburg der Kärntner Slowenen) und Janez Stergar (Vorsitzender der Ortsgruppe Ljubljana/Laibach der Kärntner Slowenen) für Slowenien und Dr. Josef Feldner (Obmann des Kärntner Heimatdienstes) und Dr. Marjan Sturm (Obmann des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen) für Österreich.

Gelingensfaktoren einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die europäische Integration als neues Kapitel der österreichisch/kärntnerisch-slowenischen Geschichte

1. Einleitung

In einer Dissertation am Institut für Interventionsforschung und Kulturelle Nachhaltigkeit habe ich mich mit dem Thema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ im Rahmen von EU-geförderten Projekten auseinandergesetzt (betreut durch em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Heintel). In diesem speziellen Fall ging es um das Programm der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit¹ zwischen Österreich und Slowenien mit einem besonderen Fokus auf die Beziehungen der Verwaltungsebenen zwischen Österreich/Kärnten und Slowenien. Ein Interesse der Politik der Europäischen Union ist es, grenzüberschreitende Projekte mit dem Ziel, die europäische Integration im Sinne des „Friedenszieles“ zu unterstützen, hauptsächlich monetär zu fördern. Ganz allgemein betrachtet kann der Erfolg dieses Programms nicht außer Streit gestellt werden – sind doch beispielsweise in der Förderperiode² 2007 bis 2013 inklusive der nationalen Mittel rd. 79 Millionen Euro (davon 67,1 Millionen Euro EFRE-Mittel³) an Projekte in diesem Grenzraum geflossen, die auf Basis eines akkordierten inhaltlichen Programms⁴ genehmigt und abgewickelt wurden. Das Programm ist in zwei Prioritätsachsen unterteilt. Die Priorität 1 umfasst *Wettbewerb, Wissen und Wirtschaftskooperation* mit den Aktivitätsfeldern:

- Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen,
- Tourismus,
- Rahmen für wissensbasierte Wirtschaft,
- thematische Stärkenfelder der Regionen.

Die zweite Priorität ist mit *nachhaltige und ausgewogene Entwicklung* betitelt und umfasst folgende Aktivitätsfelder:

- Management von Naturressourcen,
- Umwelt und Energie,
- städtische und regionale Entwicklung,
- soziale und kulturelle Entwicklung.

Auf EU-Ebene ist man sich bewusst, dass insbesondere in den Grenzregionen der „neuen“ Mitgliedstaaten (v. a. seit 2004) und in den Regionen zu beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs noch einiges zu tun ist, um eine kohärente Politik zur Zusammenarbeit in sektoralen Bereichen zu entwickeln. Darüber hinaus bin ich zur Überzeugung gelangt, dass viele Probleme des Grenzraumes nicht in vorhandene Politikbereiche der Europäischen Union eingeordnet werden und daher auch nicht immer mit den vorgesehenen bzw. existierenden Mechanismen und Instrumentarien gelöst werden können. Die Verantwortung für das Gelingen und Vertiefen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist nicht nur auf EU-Ebene zu sehen, sondern liegt zu einem großen Teil in der Eigenverantwortung der beteiligten Länder und Regionen mit ihren Institutionen, Organisationen und letztendlich den Personen selbst. Das erfordert, so meine ich, eine erweiterte Diskussion, die weg von der (moralischen) Verpflichtung zur Kooperation mit dem Nachbarland und über die politisch-rechtlich-formale Vorgabe seitens der Europäischen Union hin zu grundlegenden, auch sozialpsychologischen Ursachen für Schwierigkeiten gehen muss.⁵ Die speziellen Problemfelder und deren Ursachen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien herauszuarbeiten, ein gemeinsames Bild entstehen zu lassen und daraus Gelingensfaktoren für eine solche Zusammenarbeit zu entwickeln, war für mich daher die wichtigste Absicht dieser Arbeit.

Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Slowenien und Österreich fristete in den 1990er Jahren ein Schattendasein, das einerseits auf die erst 1995 und 2004 erfolgten EU-Beiträge Österreichs und Sloweniens, andererseits auf die damalige Dominanz der wirtschaftlichen Agenden innerhalb der EU, aber auch auf das geringe Interesse und fehlende Initiativen vor Ort zurückzuführen ist. Bis heute konnte diese Benachteiligung nicht zur Gänze abgelegt werden. Die politischen, aber auch regionalen Kontakte zu Slowenien waren in den 1990er Jahren schwach ausgeprägt und bewegten sich vor den offiziellen EU-Programmen in Form von Kontaktkomitees oder Grenzkommissionen auf diplomatischer und politischer Ebene. In Kärnten gab und gibt es außerdem Kontakte der slowenischen Volksgruppe nach Slowenien. Regionalentwicklung über die Grenze bzw. Kontaktaufbau und -pflege wurden in dieser Phase aber nicht strukturiert und nicht mit höchster Priorität betrieben.

Der EU-Beitritt Österreichs brachte für die bis dahin eigenständige und endogene Vorgangsweise in der Regionalentwicklung sowohl konzeptuell-inhaltlich als auch operativ und institutionell große Veränderungen mit sich, da von da an EU-Vorgaben einen immer größeren Stellenwert einnahmen.⁶ Die grenzüberschreitenden EU-Programme wurden neben anderen EU-Initiativen und Programmen zu Elementen der Regionalentwicklung, mit denen man sich erst nach und nach vertraut machen musste. Damit

war man auf regionaler Ebene in mehrfacher Hinsicht gefordert: Einerseits mussten die gewohnten Wege in der Regionalentwicklung im strategisch-konzeptiven Sinn verlassen bzw. erweitert werden, und andererseits musste man sich inhaltlich-operativ über die „Grenzen“ (regionale, nationale, territoriale Grenzen, Verwaltungsgrenzen, mentale Grenzen) zu bewegen beginnen.

Ein Blick über die Grenze nach Slowenien förderte in den 1990er Jahren große Disparitäten, aber auch große Hoffnungen zutage, denen man sich ab 1995 im Rahmen des PHARE CBC-Programms⁷ und nach dem EU-Beitritt Sloweniens 2004 im Rahmen des damaligen INTERREG-Programms⁸ zu widmen begann. Der Funktionswandel der nationalen Grenze konfrontierte die Menschen der Grenzregion mit kulturellen, sozialen und ökonomischen Differenzen, die bis zu diesem Zeitpunkt durch eine territoriale Grenze im Sinne einer klaren Trennung geregelt schienen.⁹ Auch für Österreich und im Speziellen für die an den ehemaligen Osten angrenzenden Bundesländer sollten die historischen Momente Anfang der 1990er Jahre eigentlich sehr bedeutsam sein, verlor damit doch eine über etwa ein Jahrhundert teilweise umkämpfte nationalstaatliche Grenze ihre trennende und spaltende Kraft – sie entwickelte sich zu einer EU-Binnengrenze. Bald wurden mit EU-Programmen offizielle Anstöße zur Zusammenarbeit gegeben, um zusammenzuwachsen und ehemals periphere Regionen aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken. Trotz aller anfänglichen Euphorie beidseits der Grenze Ende der 1990er Jahre wollte sich eine tragfähige Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, die nunmehr auch zum allgemeinen politischen Bekenntnis zählte, jedoch nicht so recht einstellen. Je länger die Zusammenarbeit dauerte und je intensiver sie wurde, je mehr sie auch (formal) in den folgenden Förderperioden von der Europäischen Kommission eingefordert wurde, umso schwieriger, konfliktreicher und anspruchsvoller wurde sie auch.

In den Förderperioden 2000 bis 2006 und 2007 bis 2013 entwickelte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter. Es kam zu inhaltlichen Änderungen, neuen EU-Reglements, höheren Dotationen, einer institutionellen Neuausrichtung und einer daraus resultierenden engeren grenzüberschreitenden Verschränkung. Die formal-organisatorisch-rechtliche Ebene hat sich von Förderperiode zu Förderperiode für diese grenzüberschreitende Gemeinschaftsinitiative maßgeblich verändert: die Anforderungen haben sich mit dem Anspruch, die Kooperation zu vertiefen, erhöht, und was in den Anfängen (1990er Jahre) vielleicht schnell „erledigt“ (Stichwort „Spiegelprojekte“) werden konnte, bedurfte nunmehr auf Verwaltungs- und Projektebene einer intensiveren Auseinandersetzung. Vieles konnte plötzlich nicht mehr unbeachtet bleiben, denn es mussten *gemeinsame* Lösungen auf Verwaltungs- und Projektebene gefunden und praktiziert werden. Unterschiede und Widersprüche traten

damit deutlicher und unmittelbarer zutage, sie entwickelten sich mitunter zu Konflikt- und Problemfeldern, und im direkten Kontakt, insbesondere auf Verwaltungsebene, ging es im Hintergrund oft um Abgrenzungs- und Anpassungsprozesse, um Sozialdynamiken zwischen den Partnern, um die Stärkung oder das Finden der eigenen Identität und um Macht und Einfluss in der eigenen Region genauso wie im Verhältnis zu anderen Regionen und zwischen Organisationen. Dieser Motivationslagen und Ursachen war und ist man sich im gegenseitigen Verhältnis meistens nicht bewusst geworden.¹⁰ Insbesondere zwischen Slowenien und Österreich treten und traten auf Verwaltungsebene immer wieder massive Verständnis- und Koordinationsprobleme auf. Verhaltensweisen, Handlungen und Haltungen werden und wurden nicht verstanden, werden und wurden als Affront wahrgenommen und führten auch zu Frustration und ungelösten Konflikten, die die operative Arbeit behinderten und noch immer behindern. Es stellt sich – vor all den Erfahrungen, die die beiden Länder in den vergangenen rund 20 Jahren in diesem EU-Programm gemacht haben – immer wieder von Neuem die Frage, wie diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit denn (besser) gelingen könnte, wie es möglich gemacht werden kann, trotz aller Verschiedenartigkeit gut zusammenzuarbeiten und diese existierende Vielfalt – wie von der EU in diversen Dokumenten¹¹ gefordert – auch auf regionaler Ebene dauerhaft als Chance, Bereicherung und Stärke begreifen zu können.

2. Forschungsfokus und -methodik

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit sind jene Personen, die in und mit diesem EU-Programm arbeiten, es verwalten bzw. von diesem als Projektträgerinnen und Projektträger betroffen sind. Sie werden in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, denn sie kennen die kritischen Punkte am besten, die sich immer wieder in Form von Handlungs- und Reaktionsmustern zeigen und zu Konflikten führen. Es sind soziale Phänomene, die neben sachlich-inhaltlichen Unterschieden (Gesetze, Richtlinien und Programme, Institutionen, Abläufe etc.) eine wichtige Rolle spielen; ihnen wird in diesem interkulturellen Zusammenarbeitsprogramm wenig Raum gegeben und sie bleiben daher größtenteils verborgen, unreflektiert und unbearbeitet. Diese sozialen Phänomene neben anderen Einflussfaktoren, wie etwa Sprachhürden oder Auffassungen über den Zweck, Nutzen und die Implementierung des Programms, sichtbar zu machen, wurde mithilfe der Interviews versucht. Es wurden Hypothesen generiert, die sich mit diesen Themenfeldern beschäftigen. Verdichtet wurden diese Ergebnisse zu zentralen Hintergrundtheorien, die zu einem besseren Verständnis der Situation und der Entwicklung von Gelingensfaktoren dienen sollten.

Aus meiner beruflichen Tätigkeit beim Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds kann ich auf ein fachliches, aber auch auf Erfahrungswissen in Zusammenhang mit diesem EU-Programm zurückgreifen. Die Kenntnis der formalen Richtlinien, der bürokratischen Instanzen, der zu verfolgenden Wege und der zuständigen politischen und verwaltungsexekutiven Institutionen ist eine Seite der Zusammenarbeit und war als Basis für dieses Forschungsprojekt sicherlich dienlich. Mein Interesse in dieser Arbeit bestand aber hauptsächlich darin, auf verschiedensten (anderen) Ebenen den Schwierigkeiten in der Umsetzung und Interpretation dieses grenzüberschreitenden Programms nachzugehen und diese plakativ darzustellen. Dafür bot sich als Methode die Interventionsforschung an, da sie in konsequenter Weise ein Instrumentarium zur Verfügung stellt, das es ermöglicht, das Praxiswissen und die Erfahrungen der in das Programm involvierten Personen als wesentliche Informations- und Datenbasis zu nutzen. Gleichzeitig wird in einem fortlaufenden Prozess den Praktikerinnen und Praktikern die Möglichkeit geboten, zu ihrem Tun in Distanz zu treten und gemeinsam darüber zu reflektieren (z. B. Rückkopplung der Interviewergebnisse während des Forschungsprozesses). Insofern handelt es sich bei diesem methodischen transdisziplinären Zugang um eine Art Experiment, wo durch die aktive Beteiligung der in das Forschungsfeld involvierten Personen und der Forscherin selbst versucht wird, der komplexen Situation, die die Abwicklung eines grenzüberschreitenden Programms zweifellos ist, gerecht zu werden.

In 24 Interviews wurden insgesamt 27 Personen interviewt. Qualitativ gesehen setzt sich die Gruppe aus in diesem laufenden Programm (Förderperiode 2007 bis 2013) tätigen Personen und Personen, die (operativ und strategisch) in Vorperioden in das Programm involviert waren, zusammen. Die Verteilung auf Slowenien und Österreich bzw. auf die Verwaltungs- und Projektebene gestaltete sich folgendermaßen:

Tabelle 1: Verteilung der Interviewpartner/-innen

24 Interviews mit 27 Personen im Zeitraum 12/2009 bis 01/2013			
	Slowenien (Sl)	Österreich (At)	Europäische Kommission (EU)
Verwaltungsmitarbeiter/-innen (V)	9	9	1
Projekträger/-innen (P)	3	5	–

3. Forschungsergebnisse und Hypothesen

Die formale Ausgestaltung des Programms (Verwaltungsmechanismen, Ablauf- und Aufbauorganisation, Evaluation, Einhaltung und Überprüfung von Verordnungen und Richtlinien etc.) wird in der Dissertation

ausführlich beschrieben. Ich möchte hier darauf verzichten, weil es den vorgesehenen Rahmen des Beitrages sprengen würde. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass es in der Interpretation und Umsetzung dieses Formales, wo es noch gar nicht um inhaltliche Projektarbeit geht, bereits zu massiven Ansichtsdiskrepanzen zwischen den Beteiligten kommt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und wurden basierend auf den Interviews auf folgenden Ebenen identifiziert:¹²

Historische Ebene mit verschiedenen Facetten:

- das nicht unproblematische Verhältnis zwischen Kärnten und Slowenien (Volksabstimmung, Minderheitenthematik, Grenzziehung durch das alte Jugoslawien usw.),
- die Stellung und Bedeutung Sloweniens im altösterreichischen Staatenverband,
- die Herauslösung Sloweniens aus Jugoslawien und die Erlangung der Souveränität bzw. „Nationswerdung“,
- Slowenien als nunmehriger „Partner“ Österreichs innerhalb der Europäischen Union (im EU-Programm sind allerdings aktuell die österreichischen Bundesländer Kärnten, Steiermark und das Burgenland Partnerregionen und nicht Österreich).

Mit diesen Entwicklungen geht ein neues Selbstbewusstsein Sloweniens einher, das von der Angst, von Österreich mit seiner längeren Erfahrung als souveräner Staat dominiert zu werden, begleitet wird.

Institutionsgeschichtliche Ebene:

- Österreich ist schon länger mit der Abwicklung von EU-Projekten beschäftigt; das Verwaltungssystem ist ein anderes, mit einer längeren Tradition; es gibt mehr Erfahrung, und im Verlauf der Zeit hat sich eine pragmatische Vorgangsweise entwickelt,
- Slowenien muss auf „junge“ Einrichtungen zurückgreifen, ist in einer weit größeren Abhängigkeit zur Politik (wobei Politiker rasch wechseln),
- Slowenien wurde eine Zeit lang als „Musterschüler“ bezeichnet und ist bemüht, EU-Reglements besonders genau zu befolgen, keine Fehler zu machen und zu beweisen, dass es womöglich „prinzipientreuer“ ist als sein Partner; mit dieser Grundhaltung können die seitens der EU-Strukturpolitik zugestandenen regionalen und nationalen „Freiheiten“ nicht in vollem Ausmaß genutzt werden.

Bürokratische Ebene:

Hier geht es um ein Spannungsfeld, das sich nicht nur bei EU-Programmen, sondern ganz allgemein bei Förderungen zeigt. Es könnte als Dilemma

zwischen *zentralen* Förderprogrammen und *dezentral ausgeführten* Projekten bezeichnet werden oder auch inhaltliche Projektebene, die größtmögliche Bewegungsfreiheit möchte, versus Kontroll- und Prüfinstanzen, deren Aufgabe es ist, die Einhaltung von Richtlinien und Zielsetzungen einzufordern und ein Budget vorschriftsmäßig zu verwalten (inhaltlich-qualitative versus formal-quantitative Systemlogik). Im grenzüberschreitenden Kontext erhöht sich die Komplexität und Intensität dieses Spannungsfeldes weiter, weil EU-Einrichtungen unmöglich einzelne Projekte verfolgen und kontrollieren können und zudem nationale Sichtweisen und Obliegenheiten ins Spiel kommen. Nationale und regionale bürokratische Zwischeninstanzen haben EU-Vorschriften bei gleichzeitiger Beachtung nationaler und regionaler Interessen zu exekutieren. In diesem Feld entwickelt sich eine eigene Dynamik mit wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den Verwaltungsebenen und zwischen den Verwaltungseinheiten und der Projektträgerschaft, die ihrerseits über die Zunahme bürokratischer Vorschriften klagt und gleichzeitig die Zwischeninstanzen braucht, um sich im formalen Dschungel zurechtzufinden. Die zentralistischen Institutionen tendieren unter diesen Gegebenheiten zu einer Bürokratieintensivierung und Überformalisierung als Kompensationsform, die Zwischeninstanzen befinden sich in einem enormen, nahezu unkontrollierbaren Spannungsfeld.

Um einen weiteren Einblick in die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit zu geben, möchte ich die m. E. wichtigsten im Forschungsprozess generierten Hypothesen kurz darstellen. Es sind Thesen, die sich mit dem Nutzen und Wirken des EU-Programms, den Voraussetzungen und Spannungsfeldern/Dialektiken der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und gruppendynamischen Phänomenen im Gemeinsamen Begleitausschuss des Programms beschäftigen. Jede dieser Thesen ist mit reichem Interviewmaterial versehen, das die vorhin erwähnten Ebenen praxis- und alltagsbezüglich macht und ein Bild davon zeigt, wie mit Problemen, Themen und Spannungsfeldern umgegangen wird und vor allem, was sich die involvierten Personen dabei denken. In diesem Beitrag kann ich – wie bereits erwähnt – nur Auszüge aus den einzelnen bearbeiteten Thesen anführen und auf die ausführliche Darstellung in meiner Dissertation verweisen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglicht das Kennenlernen von und das Erlernen des Umgangs mit Widersprüchen und Unterschieden.

[...] Unterschiede oder auch Widersprüche werden als konstitutives Element der grenzüberschreitenden Arbeit gesehen. Eine Interviewpartnerin aus einem slowenischen Ministerium betont die Notwendigkeit der beiden „Partner“ oder man könnte auch sagen der beiden „Pole“. Sie sieht das Programm als Rahmen, der es ermöglicht, dass sich zwei Völker kennenlernen und die Zusammenarbeit gemeinsam erlernen: *„This program*

can not exist without Austrians or without Slovenians [...]. I think there has to be an understanding and I think also this is the reason why these programs exist, it's just to teach us how to work together and to make us closer." (IP11-SI-V, S. 14) Sich diesen Unterschieden bewusst zu widmen, erfordert besondere Fähigkeiten, eine besondere Haltung und stellt die Beteiligten, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter genauso wie Projekträgerinnen und Projekträger, immer wieder vor große Herausforderungen. Es gibt verschiedene Reaktionsmuster, wie auf Unterschiede, die dem Programm inhärent sind, reagiert wird. Unterschiede – oft sind es auch Widersprüche oder sogar aporetische Situationen innerhalb des Programms – führen häufig zu Konflikten bzw. treten als Konflikte in Erscheinung. In seltenen Fällen werden aktiv Wege beschritten, die einen reflektierten Umgang mit diesen Unterschieden vorsehen: Wenn der Fokus auf dem Akt der Zusammenarbeit und nicht auf dem Ergebnis im Sinne eines Gewinnes oder Verlierens liegt, dann können während eines gemeinsamen partnerschaftlichen Prozesses gute gemeinsame Ergebnisse gefunden werden: *„In doing things together you grow together. Und man braucht nicht das Gleiche zu machen – um zusammenzuwachsen. Im Gegenteil – das ist vielleicht schon eher nicht gut.*" (IP8-EU-V, S. 13) Widersprüche und Unterschiede werden als Quelle und Notwendigkeit für Entwicklung gesehen. Eine solche Sichtweise erfordert ein hohes Maß an Autonomie der Beteiligten, über das direkt in die Programmabwicklung oder Projektumsetzung involvierte Personen selten verfügen. Personen, die relativ unparteiisch sind bzw. in Distanz zum Geschehen stehen und die Rolle einer Außeninstanz, die den Prozess steuert, aber nicht entscheidet, wahrnehmen, können eine solche Position leichter vertreten.¹³ [...]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll das Überwinden von (nationalen) Grenzen bewirken.

[...] Nationale Grenzen werden seit jeher als Trennungen produzierendes staatliches Element¹⁴ eingesetzt. Im Unterschied zu Grenzen sozialer Systeme sind sie sichtbar, sie teilen oder begrenzen Territorien, oft auch durch „natürliche“ Gegebenheiten wie Flüsse oder Bergketten.¹⁵ Innerhalb der EU fungieren Staatsgrenzen nunmehr als Kontaktzone, die Austausch und Überschreitungen anregen und die europäische Integration vorantreiben soll.¹⁶ Ein Interviewpartner unterstreicht diesen Zweck, indem er meint, dass der Einsatz finanzieller Mittel zur Überwindung der nationalen Grenzen innerhalb der EU keiner Rechtfertigung bedarf: *„Ich brauch' das nicht zu rechtfertigen, weil wir haben vor 30 Jahren entschieden – dass der europäische Integrationsprozess ein komplementäres Instrument zur harmonischen Entwicklung braucht. [...] Die Kohäsionspolitik ist halt dieses Ding.*" (IP8-EU-V, S. 50 f.) Eine nationale Grenze, die bis 1991 noch den Rand (des EU-)Europas kennzeichnete, eine ideologische wie auch wirtschaftliche

Trennlinie markierte, soll innerhalb der Europäischen Union ihre Bedeutung und Funktion verändern und so die Verschiebung der Außengrenzen des politisch und ökonomisch integrierten Europas nach Osten bewirken.¹⁷ Die Grenzziehung zwischen Österreich und Slowenien ist und war in ihrer Geschichte zu einem gewissen Grad eine willkürliche, von politischen Interessen staatlicher Akteure getriebene Entscheidung, die nicht unbedingt Ausdruck verschiedener Kulturen ist und war.¹⁸ Nation ist speziell in diesem Raum nicht mit Kultur gleichzusetzen. Vielmehr haben sich im Laufe der Geschichte die verschiedenen Kulturen in diesem Gebiet phasenweise gemeinsam entwickelt, vermischt und wurden auch wieder durch Grenzen getrennt. Für einen Interviewpartner stellt die Europäische Integration an dieser Grenze daher eine Selbstverständlichkeit dar, die aufgrund mental verhafteter Vorurteile und Stereotype noch nicht in dem Ausmaß gelebt wird, wie es möglich wäre: „... wir haben ja eine 700 Jahre gemeinsame Geschichte. Und das akzeptieren vielleicht manche in Kärnten nicht. Aber wenn ich hinunterfahre – das ist dort unten k. u. k., das ist das Gleiche – wie heroben. Und die Steirer, die Krainer-Wurst – die kommt von da unten. [...] Und das muss nur in den Kopf hinein. [...] Wir sollten nicht den 100-jährigen Jahrestag der Abstimmung feiern. Wir sollten feiern den Tag – wo Slowenien zur EU gegangen ist. Auf dass zusammenwächst, was zusammengehört, hat einmal einer gesagt. [...] Und selbst wenn es nicht k. u. k. wäre, wir leben in einem Europa der Regionen.“ (IP20-At-P, S. 3, 8) [...]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit lässt die Verwaltungen Sloweniens und Österreichs näher zusammenrücken. Verwaltungsgrenzen werden aufgebrochen.

[...] Die abstrakte Vorstellung des Überwindens und Weiterentwickelns nationaler Grenzen wird für viele Interviewpartnerinnen und -partner in einer verbesserten Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene sichtbar und konkret. Die Tätigkeiten der Programmorganisationen auf regionaler und nationaler Ebene in Österreich und Slowenien sind auf die Programmdurchführung, das heißt auf das Initiieren, Genehmigen, Abwickeln und Prüfen von kofinanzierten Vorhaben und auf die strategische Festlegung von inhaltlichen Programmschwerpunkten für die beteiligten Regionen ausgerichtet. Basierend auf den unterschiedlichen Zugängen, ein gemeinsames Verständnis zu administrativen Prozessen einerseits und regionalstrategischen Vorstellungen andererseits zu entwickeln und gleichzeitig in den jeweiligen Herkunftssystemen zu verankern, ist Teil und Voraussetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungsorganisationen, insbesondere jene, die laufend operativ und nicht nur punktuell oder konzeptuell zusammenarbeiten, bestätigen trotz aller Unterschiede eine inhaltliche Annäherung und die Entwicklung eines Verständnisses füreinander: „Wenn ich zuerst

jetzt einmal das aus Sicht der Kooperation zwischen den Programmpartnern [...] sehe, ... z. B. die Kooperation zwischen unserem GOSP¹⁹ und [dem] Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Amt der Kärntner Landesregierung, Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds, Bundesministerium Wien [...], sind da natürlich sehr feste Beziehungen entstanden. Wir haben uns sehr gut schon kennengelernt. Wir haben voneinander schon ziemlich viel gelernt. Wir sehen, dass da ab und zu verschiedene Mentalitäten aufeinandertreffen und dass da gewisse Kompromisse halt entstehen müssen. Sonst geht das nicht weiter.“ (IP7-SI-V, S. 7) [...]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit führt (noch) nicht zwangsläufig zu gemeinsamer grenzüberschreitender Regionalentwicklung.

Regionalentwicklung wurde von den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern als ein wesentlicher Zweck des grenzübergreifenden Programms gesehen. Es hat sich jedoch – auch aufgrund der Rückkopplung – gezeigt, dass eine gemeinsame Regionalentwicklung über Grenzen hinweg aus vielerlei Gründen schwer realisierbar und problematisch ist. Grenzen und deren Durchlässigkeit werden innerhalb der EU als Ausgangspunkt und Indikator für die gesamte (wirtschaftliche) Entwicklung der EU gesehen. Nationalstaatliche Grenzen werden im EU-Binnenraum neu definiert, und neben dem Nationalstaat als Handlungsansatz werden kulturgeschichtliche Aspekte und der Begriff „Regionen“²⁰ bei Überlegungen zur Überwindung von Grenzen und zur Gestaltung des Grenzraumes zusehends miteinbezogen.²¹ „... there are empirical studies which show that border still do – even in spite of all the talk about open Europe and no border etc. – you still see that in terms of economic cooperation, the borders have a major impact. And that translates from and to everything. [...] You know, whatever you take in your hands, even history, culture, language, just getting together there is always an element that cooperation across the border can bring added value.“ (IP21-SI-V, S. 3) [...]

Ohne Kenntnis der Sprache gibt es kein tiefer gehendes Verständnis. Die Kooperationsreife hängt wesentlich vom Kommunikationsverhalten, das durch das Sprachvermögen bestimmt ist, ab.

[...] Projektträgerinnen und Projektträger, die es gewohnt sind, im nationalen Umfeld zu arbeiten, werden durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor zusätzliche Kommunikationsaufgaben gestellt. Das Ausweichen auf eine Drittsprache wird als pragmatischer Weg gesehen, um Sprachdifferenzen aus dem Weg zu gehen. Zugleich bedeutet dies eine Reduktion der Sprachenvielfalt und eine Unterstützung der bereits vorhandenen globalen Vormachtstellung des Englischen. Es ist ein Trugschluss, dass diese internationale englische Einsprachigkeit zu problemloserer Kommunikation führt. Es ist vielmehr so, dass vieles aufgrund der mangelnden Sprachkompetenz und der mangelnden emotionalen Bindung zur Sprache unausgesprochen bleibt, daher nicht kommuniziert wird und

zwangsläufig zu Vereinfachungen führt. Slowenische Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter und Projektträgerinnen und Projektträger passen sich den jeweiligen Erfordernissen an, forcieren das Sprachthema aber ihrerseits nicht explizit. Sie sehen sich als Angehörige einer Minderheitensprache meistens dazu gebracht, außerhalb ihres engen Alltags auf eine „größere“ Sprache zurückgreifen zu müssen. Es ist also für Slowenen üblich, auf Englisch zu kommunizieren, und es stellt sich für diese grenzüberschreitenden Programme die Frage, wie eine vernünftige Mehrsprachigkeit, wie die Rolle der vorhandenen Kultursprachen neben und unter dem Englischen in Projekten, aber auch in der Verwaltung aussehen kann.²² *„Also, in der ersten Phase würde ich sagen, dass die Sprachdifferenzen noch immer sehr, sehr groß sind. Also, dass die Partner eigentlich meistens Englisch kommunizieren zwischeneinander. Also, die Sprachbarriere ist schon groß. Also, sehr oft verstehen die sich nicht richtig (lacht) und dann meint jeder, was weiß ich. Oder auch wenn sie Dokumentationen abgeben, ist es sehr oft, dass diese Übersetzungen nicht so richtig sind, weil nicht beide die beiden Sprachen sprechen. [...] Also, ich glaube, das Sprachenbewusstsein wird durch diese Projekte gefördert, auch wenn wir das nicht direkt machen.“* (IP15-SI-V, S. 8, 12) [...]

Inner- und zwischengesellschaftliche Ungleichzeitigkeiten sind ein dem Programm inhärentes dauerhaftes Widerspruchsfeld. Es zeitigt unterschiedliche Bedürfnislagen, Logiken, kann zu einem Gefühl der Überlegenheit bzw. Minderwertigkeit führen und birgt Konfliktpotenzial.

„Nicht alle sind im selben Jetzt da, sie sind es nur äußerlich, dadurch, daß sie heute zu sehen sind. Damit aber leben sie noch nicht mit den anderen zugleich. Sie tragen vielmehr Früheres mit, das mischt sich ein.“²³ Ernst Bloch entwickelte den Begriff der Ungleichzeitigkeit basierend auf den Klassenverhältnissen der zwanziger und dreißiger Jahre als Erklärung für den Faschismus und seine Folgen. Er beschreibt, wie verschiedene Zeiten mit ihrer Geschichte und ihrer Entwicklung auf die gerade gelebte soziale Wirklichkeit wirken und diese beeinflussen. Es geht um Vergangenes genauso wie um gerade Gelebtes und Zukünftiges, das sich ineinander verkettet und zu einem heterogenen Zustand von Gesellschaften führen kann. Die Thematik der Ungleichzeitigkeit hat im Kontext der Europäischen Union Aktualität, und sie kann auch hier als Instrument des Verstehens von Konfliktursachen herangezogen werden.²⁴ Übertragen auf das Verhältnis europäischer Staaten untereinander und insbesondere von Staaten dies- und jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs heißt das, dass es bei Kohäsion nicht nur um unterschiedliche Wirtschaftsleistung, Größe oder so genannte Entwicklungsverzögerungen, sondern vielmehr um unterschiedliche, aber gleichwertige und gleichberechtigte gesellschaftliche Qualitäten als Basis des sozialen Zusammenlebens und Zusammenhalts und des jeweiligen Selbstverständnisses geht.

Bezogen auf die Verwaltung in Slowenien kann die Diskrepanz zwischen Sein und Bewusstsein, zwischen Wesen und Erscheinung Ursache für Unsicherheit sein, die sich in Entscheidungsintransparenz bzw. in kurzfristigen und oftmaligen Meinungsänderungen zeigen kann. In Kooperationen ist für das Gegenüber das Verhalten dann oftmals schwer einzuschätzen.²⁵ *„Und dementsprechend ist es schwierig, wenn man versucht – ein direktes Gespräch zu führen. Und wenn man sich ein Agreement irgendwie erarbeitet, dass man da dieses Agreement – dass das auch hält, für die nächste Zukunft. Und das ist eher das Problem – vor dem wir stehen. Das heißt, man macht sich etwas aus und man versucht sozusagen – da mit Argumenten auf eine Linie zu kommen. Dann hat man diese Linie gefunden, und dann kann es passieren, dass es in der nächsten Sitzung plötzlich wieder zu einer kompletten anderen Linie wieder kommt.“* (IP24-At-V, S. 21 f.) Slowenien ist ein selbstständiger und souveräner und vor allem junger Staat; in welchem Bewusstsein die Entscheidungsträger leben und agieren, kann jedoch von außen schwer nachvollzogen werden und es ist auch den Betroffenen selbst meistens nicht bewusst. Welches Rollenverständnis gibt es? Was hat sich im Bewusstsein festgesetzt? Woher wird es inspiriert? Was ist zur Norm geworden oder Norm geblieben und wie viel kann und will verändert werden?

Im EU-Programm zeigen sich diese Ungleichzeitigkeiten beispielsweise auch in der Haltung gegenüber staatlicher, öffentlicher Einflussnahme etwa beim Thema der Projektentwicklung. Ein Interviewpartner erklärt, warum es für Slowenien schwierig sein kann, diesen Ansatz umzusetzen. *„Es ist sehr schwierig zu kommunizieren, weil Begriffe, weil ein ganz anderes Denken dahinter ist für jeden. Und wenn du dort ein Staat bist und ein neuer Staat bist, der Verwaltung hat, der früher stark gesteuert wurde, dann ist es sicher aus der Sicht sehr schwierig, wieder zu sagen, jetzt fangen wir quasi wieder zu steuern an und versuchen denen zu sagen, was sie [die Projektträger] zu tun haben. Also, das ist im Denken sicher sehr schwierig.“* (IP1-At-V, S. 22) [...]

Im Kapitel über **gruppendynamische Phänomene am Beispiel des Gemeinsamen Begleitausschusses** als das zentrale Entscheidungsgremium wird ausführlich über dessen Sinn, Funktion und Gestalt berichtet, um zu zeigen, welche Verantwortung, aber auch welch enormes Potenzial einer solchen Einrichtung inne wohnt. Behandelt werden dabei die Umwelten und daraus entstehenden Beziehungen von Mitgliedern, aber auch die innere Struktur als wichtiger Aspekt für die Arbeitsfähigkeit dieses Ausschusses.

4. Hintergrundtheorien

Der Bogen des Wissens wurde im Rahmen dieses Forschungsprozesses in der Form aufgespannt, als implizit vorhandenes Praxiswissen durch die Formulierung von Hypothesen in der Sprache des Forschungsfeldes

(Interviews) explizit gemacht wurde. In dieser engen Kopplung von Praxiswissen und theoretischem Wissen, in diesem Prozess, entsteht gemäß Hegel die Einheit der Idee des Lebens und der Idee des Erkennens als die absolute Idee. Mithilfe von Hintergrundtheorien wurde daher in einem weiteren Schritt versucht, das „Leben“ bzw. das „Erlebte“ der Forschungsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit daraus generiertem theoretischem Wissen zu verknüpfen und so Erkenntnis zu befördern.²⁶ Die Hintergrundtheorien dieser Arbeit beziehen sich zu einem Großteil auf **Widersprüche**, die in einem grenzüberschreitenden Programm schon per Definition grundgelegt sind, aber auch auf Widersprüche, die sich auf die konkrete gemeinsame Situation der beiden Staaten mit ihren Systemen und Strukturen beziehen. Systeme und Strukturen entwickeln sich und haben eine Historie (beispielsweise Systemlogiken des jugoslawischen Nachkriegskommunismus und der westlichen Demokratien mit ihren Grundparametern oder Widersprüche, die zwischen dem slowenischen und dem österreichischen Verwaltungssystem existieren). So spielt in diesem Programm **die Geschichte der beiden Staaten** mit ihren Regionen, aber auch die Geschichte Europas bzw. der Europäischen Union eine wichtige Rolle, und sie kann als Erklärung für verschiedene gegenwärtige „Zustände“ und „Verfasstheiten“ herangezogen werden. Es geht um den Alpen-Adria-Raum als Kulminationsraum verschiedener Kulturen und Ethnien unter dem Blickwinkel der Identitätsentwicklung Sloweniens, aber auch Kärntens, um damit zusammenhängende Gemeinsamkeiten, Bedrohungen und (unbewusste) Ängste. Die (nationale) **Grenze mit ihrer Symbolik, Soziologie und ihrer wandelnden Funktion** (wie Grenze „wirkt“ und wahrgenommen wird; insbesondere in einer Epoche, in der „alte“ Bestimmungsstücke von Grenze aufgehoben werden) stellt einen weiteren Anknüpfungspunkt einer Hintergrundtheorie dar. Last but not least wird das **Vertrauen als qualitative Komponente der europäischen Integration** thematisiert, der in einem bilateralen, interkulturellen Programm eine nicht außer Acht zu lassende Funktion zukommt. Es wird eine differenzierte Sichtweise auf den oft vereinfachten und reduzierten Begriff im Kontext des Forschungsthemas gegeben und gezeigt, durch welche konkreten Maßnahmen Vertrauen gefördert werden kann.

5. Resümee

Aus der umfassenden Analyse und Beschreibung der Voraussetzungen und Bedingungen eines solchen grenzüberschreitenden Programms wird deutlich, dass es unmöglich ist, sich all diesen Problemen im Rahmen der regulären Abwicklungsarbeit bewusst zu widmen. Mangelnde Zeit, Ungeübtheit und fehlende Kompetenz im Umgang mit widersprüchlichen Interessenslagen sowie die unterschwellige Sorge, dass einmal

heraufbeschworene Dynamiken und Konflikte nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden können und die Umsetzung des Programms gefährden, erschweren das aktive Herangehen an diese Themen. Das, was hier sozusagen im Mikrokosmos eines einzigen EU-Programms geübt und gefordert wird, nämlich eine dauerhafte Kohäsion und Arbeitsfähigkeit durch Selbstreflexion herzustellen, steht im größeren Zusammenhang der Kohäsionspolitik der Europäischen Union, die dieses Ziel im Großen für die transnationale Zusammenarbeit in Europa verfolgt und als Voraussetzung für dauerhaften Frieden sieht. Das Gelingen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, das, allgemein gesprochen, im Entstehen und Bestehen von neuen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien und speziell im gelingenden Zusammenarbeiten der Verwaltungssysteme als Grundlage für gute Projektkooperationen zu sehen ist, hängt davon ab, inwieweit trotz aller Sachzwänge, Abhängigkeiten und Regularien des (Verwaltungs-)Systems kollektive Autonomie im Sinne einer Eigenverantwortung für das Programm erreicht werden kann. Es bedeutet, die Fähigkeit zu entwickeln, zu sich selbst als Individuum und als Kollektiv in Distanz treten zu können und darüber zu reflektieren – einen Prozess einzuleiten, der auf die Entwicklung dieser Fähigkeiten, basierend auf den jeweiligen Voraussetzungen der Beteiligten, achtet, um durch Kooperation einen vor allem qualitativen Mehrwert zu erreichen.

Literatur und Glossar

- 1 Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) spielt beim Aufbau eines gemeinsamen Europas eine zentrale Rolle: Wenn Grenzen keine Barrieren mehr sind, können die Europäerinnen und Europäer näher zusammenkommen, Probleme gemeinsam lösen, Ideen austauschen, Ressourcen gemeinsam nutzen und systematisch auf gemeinsame Ziele hinarbeiten. Die ehemalige Gemeinschaftsinitiative INTERREG zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Regionen der Europäischen Union ist seit der Strukturfondsperiode 2007–2013 in ein eigenes Ziel „ETZ“ überführt worden. Wie bereits im Förderzeitraum 2000–2006 erfolgt die Umsetzung der europäischen territorialen Zusammenarbeit auf drei territorialen Ebenen:
 - grenzüberschreitend: regionale Zusammenarbeit der Grenzregionen;
 - transnational: großräumige Zusammenarbeit, österreichische Beteiligung an den Programmräumen Alpenraum, CENTRAL EUROPE, SOUTH-EAST EUROPE;
 - interregional: EU-weite Zusammenarbeit über INTERREG IV C.
 Hinzu kommen drei weitere thematische Programme: INTERACT, URBACT und ESPON.
- 2 EU-Programme werden samt ihrer Maßnahmen und ihres finanziellen Rahmens im Sieben-Jahres-Rhythmus geplant und umgesetzt. In dieser Arbeit lag der Fokus auf der Förderperiode 2007 bis 2013, die vom 1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2013 dauerte.
- 3 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE): Der EFRE dient dem Ziel, die Ungleichgewichte zwischen den Regionen der Gemeinschaft zu verringern. Der 1975 geschaffene Fonds gewährt finanzielle Hilfen für die Entwicklung bedürftiger Regionen. Der EFRE ist von der finanziellen Ausstattung mit Abstand der größte unter den Strukturfonds der EU.

- 4 Operationelles Programm Grenzübergreifende Zusammenarbeit Slowenien-Österreich 2007–2013, Ziel 3 – Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Dezember 2007, genehmigt in der Entscheidung der Kommission Nr. C (2007) 6607 vom 21. 12. 2007.
- 5 Vgl. Heintel, P. (1982): Zur Sozialpsychologie des Mehrheiten-/Minderheitenproblems. In: Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfragen an der Universität Klagenfurt (Hrsg.): *Kein einig Volk von Brüdern. Studien zum Mehrheiten-/Minderheitenproblem am Beispiel Kärntens. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 9*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 301.
- 6 Vgl. Heintel, M. (2001b): *Mainstream Regionalentwicklung*. In: *Landnutzung und Landentwicklung* Heft 5/2001, Berlin: Blackwell Wissenschaftsverlag, S. 194 f.
- 7 PHARE CBC (Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies Cross Border Cooperation): *Das Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas ist das wichtigste Finanzinstrument der Heranführungsstrategie für die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), die Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union sind. Das Programm konzentriert sich auf zwei Hauptprioritäten: die Stärkung der Institutionen und der Verwaltungskapazität sowie die Finanzierung von Investitionen. Das ursprünglich auf die MOEL begrenzte Programm wird nun auf die Kandidatenländer des westlichen Balkans ausgedehnt.*
- 8 INTERREG war eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), welche auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Ländern abzielte. In der Förderperiode 2007–2013 trug das Programm die Bezeichnung Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ). Es ist neben dem Ziel „Konvergenz“ und dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ ein eigenständiges Instrument der europäischen Strukturpolitik.
- 9 Vgl. Neumann, M. (2004): *Einführung*. In: Banse, C./Strobe, H. (Hrsg.): *Nationale Grenzen in Europa. Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung*, Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 9.
- 10 Vgl. Heintel, P. (1982), 301.
- 11 *Territoriale Agenda der Europäischen Union 2020 – Für ein integratives, intelligentes und nachhaltiges Europa der vielfältigen Regionen, gemäß Übereinkunft auf dem informellen Treffen der für Raumordnung und territoriale Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister, Gödöllő, Ungarn, 2011, S. 3-4.*
Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt – Territoriale Vielfalt als Stärke (2008), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Brüssel: Europäische Kommission, S. 5 ff.
- 12 Vgl. Gutachten zur Dissertation von Heintel, P. (2014).
- 13 Vgl. Schwarz, G. (2001): *Konfliktmanagement. Konflikte erkennen, analysieren, lösen*. Wiesbaden: Gabler Verlag, S. 297.
- 14 Vgl. Banse, C. (2004): *Sozialwissenschaftliche Deutungsprobleme und einige konzeptuelle Gedanken*. In: Banse, C., Strobe, H. (Hrsg.): *Nationale Grenzen in Europa. Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung*. Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 18.
- 15 Heintel, P. (2005). *Widerspruchsfelder, Systemlogiken und Grenzdialektiken als Ursprung notwendiger Konflikte*. In: Falk, G./Heintel, P./Krainz, E. (Hrsg.): *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 28.
- 16 Vgl. Banse, C. (2004), S. 18.
- 17 Vgl. Bach, M. (2006): *Unbounded Cleavages – Grenzabbau und die Europäisierung sozialer Ungleichheit*. In: Eigenmüller, M., Vobruba, G. (Hrsg.): *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145.

- 18 Vgl. Banse, C. (2004), S. 19.
- 19 Abkürzung für Government Office of Local Self Government and Regional Policy, umfasste zwei Direktorate innerhalb des Slowenischen Ministeriums für Wirtschaft und Technologie.
- 20 Europa der Regionen ist die Bezeichnung für ein politisches Konzept, das die Regionen in den EU-Mitgliedsländern fördern und in ihrer regionalen Eigenständigkeit unterstützen soll. Von der EU selbst wurde vor allem die Einrichtung von so genannten Europaregionen gefördert, also die Zusammenarbeit zwischen grenznahen Regionen. Dadurch soll insbesondere wirtschaftlich und infrastrukturell schwachen Regionen geholfen werden.
- 21 Vgl. Pretenthaler-Ziegerhofer, A. (2011): Zwischenräume. Grenznahe Beziehungen in Europa seit den 1970er Jahren. In: Pretenthaler-Ziegerhofer, A., Kißner, M., Kusber, J. (Hrsg.): Zwischenräume. Grenznahe Beziehungen in Europa seit den 1979er Jahren, Innsbruck: Studienverlag, S. 8.
- 22 Vgl. Eichinger, L. (2008): Kultursprachen. Bemerkungen zur herrschenden Sprachlage, In: Die Macht der Sprache, Goethe-Institut München (Hrsg.), S. 14.
- 23 Vgl. Bloch, E. (1973): Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 104.
- 24 Vgl. Burkhard, C. (2002): Zur Ungleichzeitigkeit in der Weltgesellschaft. Erkenntnistheoretische Kommentare zur Kriegsursachenforschung, Universität Hamburg – IPW, S. 3, 25.
- 25 Vgl. Behrens, R.: Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozesslogik einer mehrschichtigen Dialektik. In: Utopie kreativ, H. 153/154 (Juli/August 2003), S. 712.
- 26 Vgl. Hegel, G. W. F. (1989): Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse 1830. Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik Mit den mündlichen Zusätzen. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 388 f.

eDestination Kärnten: Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Angebote

1. Einleitung

Gemeinden und Regionen stehen im nationalen und internationalen Wettbewerb miteinander: als interessanter Wirtschaftsstandort für Unternehmen¹, als attraktiver Wohnort für Bürger und als moderne und zeitgemäße Urlaubs- und Feriendestination für Gäste.

„Gerade im touristischen Kontext ist der Bedarf nach ortssensitiven, relevanten und dahingehend aktuellen sowie nach Möglichkeit personalisierten Informationen augenscheinlich. Wer sich als Tourist an einem ihm bislang unbekanntem Ort aufhält, besitzt in der Regel ein Informationsdefizit. Während das Internet vor allem die Vor- und Nachreisephase unterstützt, sind Mobile Dienste und Services in der Lage, den Nutzer mit den nötigen ‚on-Trip-Informationen‘ zu versorgen.“²

Durch die zahlreichen Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien wurde ein Wandel am Tourismusmarkt initiiert, indem das Feld des Electronic Tourism (eTourismus) entstand. Mit dem rapide ansteigenden Smartphone-Markt und seinen neuen Möglichkeiten ist der Tourismus mittlerweile beim Mobile Tourism (mTourismus) angekommen. Mobile Telekommunikationstechnologien entwickeln sich sehr schnell und führen zu enormen Veränderungen.

Der Tourismus ist als Branche für den Einsatz mobiler Dienste prädestiniert, zumal eine besondere Eigenheit des Tourismus im Ortswechsel von Reisenden besteht und sich daraus besondere Erfordernisse an Information ergeben.

Vor diesem technologischen Hintergrund positioniert sich das Projekt O-STAR. In seiner Anwendung kann es zur Generierung von kundenbezogenen Mehrwertdiensten beitragen.

2. Das Interreg IV-Projekt O-STAR

O-STAR ist ein grenzüberschreitendes Interreg-Projekt mit Partnern aus Italien und Österreich mit dem Ziel, ein innovatives Online-System für individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen zu entwickeln.³ Projektpartner sind die Europäische Akademie Bozen

Abbildung 1: O-STAR-Logo, Projektpartner und EU-Förderprogramm



(EURAC-Institut für Public Management), die Freie Universität Bozen (Fakultät für Informatik), das Amt für raumbezogene und statistische Informatik der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, die Universität Klagenfurt (Institut für Angewandte Informatik) sowie als Pilotgemeinden Bad Kleinkirchheim in Kärnten und Latsch in Südtirol.

2.1 Projekthintergrund

Technologie-Innovatoren haben das Potenzial von Smartphones innerhalb der Tourismusbranche erkannt und arbeiten an Möglichkeiten, um durch neue Anwendungen verbesserte Reiseerlebnisse zu vermitteln. Mit der immer größeren Verbreitung von Smartphones, günstigeren Datentarifen und einer stetig wachsenden Auswahl von Apps befindet sich das Reisen im Wandel. Ein Beispiel kann dies illustrieren:

Man stelle sich einen Urlauber vor, der ein begeisterter Mountainbiker ist und seine Ferien in einem Tourismusort in den Alpen plant. Bereits vor seinem Urlaub hat er sich mittels Internet mit seiner Reisezieldestination beschäftigt, mögliche Urlaubsaktivitäten recherchiert und auch Entscheidungen über die Unterbringung in einem Viersternehotel (mit speziellen Angeboten für Biker wie Versorgung des Rads in Boxen) getroffen. Aus dem umfassenden Routenangebot für Wanderer und Biker in der Destination hat er Routen für die einzelnen Urlaubstage ausgewählt und diese

auch auf seinem Smartphone gespeichert. Am ersten Urlaubstag ist er mit seinem Mountainbike auf einem ausgewiesenen Radweg unterwegs. Das Smartphone verfügt über GPS, und das geöffnete Routensystem dient ihm zur Navigation. Aus den Kopfhörern tönt seine Lieblingsmusik, die er über die Spotify-App von seinem Smartphone aus eingestellt hat. Ein Hungergefühl überkommt den Biker, und er benutzt die integrierte Suchfunktion, um das nächstgelegene Hüttenrestaurant zu finden. Ein Blick auf die digital angebotene Jausenkarte verstärkt seine Motivation. Wie er dort ankommt, checkt er mit seiner Foursquare-App ein. Sofort ist sein Status aktualisiert, und er kann mit seinen Freunden über die verschiedenen Social Networks interagieren. Er macht von der untergehenden Sonne Bilder mit der Kamera seines Smartphones und versendet diese an seine Freunde. Da er viel Zeit auf der Hütte verbracht hat, kann er die geplante Rückfahrt nicht mehr realisieren. Er lässt sich von seiner Touren-App eine kürzere Variante vorschlagen, die er dann auch bewältigt und zeitgerecht in seinem Hotel eintrifft. Von unterwegs hat er sich während einer Rast noch über die Öffnungszeiten der Hotelsauna informiert und eine Rückenmassage bei seinem geschätzten Masseur gebucht.

Vor nicht allzu langer Zeit wäre dieses Szenario nicht denkbar gewesen, doch energiesparende Prozessoren, moderne Betriebssysteme, mobiles Breitbandinternet, größere und kontrastreichere Displays, benutzerfreundliche Interfaces, starke Rechenleistung und eine Fülle von Apps sind einige Punkte, die dazu führen, dass Konsumenten die Funktionen des Smartphones ausreizen wollen. Besonders im Tourismus können viele dieser Funktionen eingesetzt werden, um das Reiseerlebnis hochgradig zu verbessern.

Tourismus ist somit zu einem Informationsgeschäft geworden, und mobile Dienste können in bestehende oder neue Geschäftsmodelle auf Basis der Internettechnologie integriert werden.

2.2 Projektziele

Die Internetnutzer und Anwender von mobilen Medien sehen sich häufig mit einem Überangebot oder mit einem Mangel an Informationen konfrontiert und sind daher vielfach mit der Entscheidungsfindung zur Bewältigung einer Situation überfordert. Das Projekt O-STAR setzt bei dieser Thematik mit dem Ziel der Entwicklung innovativer mobiler Anwendungen zur Unterstützung von Freizeitaktivitäten in alpinen Regionen an. Im Rahmen des gemeinsamen Forschungs- und Pilotprojekts in den Kooperationsgemeinden Latsch (Träger: Viva Latsch GmbH als 100-Prozent-Tochter der Gemeinde) im Vinschgau (Südtirol, Italien) und Bad Kleinkirchheim (Kärnten, Träger: Bad Kleinkirchheimer Tourismus Marketing GmbH) erfolgt die Umsetzung direkt vor Ort mit einem Prototypen.

Innovationen wie O-STAR im Informations- und Kommunikationsbereich können einen wesentlichen Beitrag leisten, um Entscheidungsfindungen für Freizeitaktivitäten zu vereinfachen und gleichzeitig den Destinationen helfen, sich im Wettbewerb besser zu positionieren.

Seit 2012 forschen die Projektpartner der Europäischen Akademie Bozen (EURAC research), der Freien Universität Bozen⁴, des Amtes für raumbezogene und statistische Informatik der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol sowie der Universität Klagenfurt⁵ an innovativen Routen- und Tourenempfehlungssystemen.

Die Universität Klagenfurt verfügt über Expertisen und erprobte Systeme zur Generierung von personalisierten Empfehlungen (Systeme, die dem Nutzer Hilfe bei der Entscheidungsfindung im Internet bieten) und die Freie Universität Bozen über Erfahrung im Bereich von räumlichen Datenbanken und Isochronen (diese geben an, wie viele Punkte im selben Radius – Minuten/km – von einem gewählten Standpunkt aus erreichbar sind).

Das Projekt verfolgt daher die Weiterentwicklung der Technologie zur Generierung von Empfehlungen. Dabei werden räumliche Aspekte und geografische Informationen mitberücksichtigt und dem Nutzer personalisierte Routenvorschläge unterbreitet.

Ziel des Projektes ist es, einen Prototypen zu entwickeln, der das Empfehlungssystem der Universität Klagenfurt mit den Erreichbarkeitsanalysen (Algorithmen zur Berechnung von Isochronen) der Freien Universität Bozen koppelt und so dem Benutzer eine oder mehrere personalisierte Routen vorschlägt. Zudem wurde nicht nur theoretisch geforscht, sondern die praktische Anwendbarkeit der Ergebnisse auch in den Pilotregionen Südtirol und Kärnten erprobt.

Die technische Lösung gilt als Innovation im standortbasierten Empfehlungsmanagement, da individualisierte Routenempfehlungen unter Berücksichtigung von Interessen, Einschränkungen und geographischen Gegebenheiten generiert und vorgeschlagen werden. Als ein weiteres Ergebnis ist die erfolgreiche Integration des geo-basierten Empfehlungssystems in den Pilotgebieten zu sehen. Dem Endnutzer werden bessere Informationen ermöglicht. Auch die Verwaltung der lokalspezifischen Daten wird erleichtert.

Das Projekt fördert u. a. die Erweiterung und den Innovationsgrad der Angebote in den Pilotgebieten (z. B. GPS-CUPS, Geo-Caching). Dieses innovative Empfehlungssystem unterstützt die Pilotregionen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und wirkt sich dadurch positiv auf deren Positionierung am Markt aus.

2.3 O-STAR – Prototyp

Ein zentrales Ergebnis des O-STAR-Projekts ist die Entwicklung eines funktionalen Prototyps eines Routenempfehlungssystems in den Pilotgemeinden Bad Kleinkirchheim (Kärnten) und Latsch (Südtirol). Die zweite und aktuellste Version des Prototyps kann unter <http://OSTAR.unibz.it/> abgerufen und von jedermann getestet werden.

Die Benutzeroberfläche wurde so einfach und intuitiv wie möglich gestaltet und erlaubt eine schnelle Berechnung von Routenempfehlungen sowohl auf dem PC oder Laptop als auch direkt mit dem Smartphone.

2.4 Die Destination als Wettbewerbs-einheit

Die Destination ist das eigentliche touristische Produkt. Sie verfügt in ihrem Angebotspektrum über natürliche Faktoren wie Landschaft, Klima u. a. m. und über Beherbergungs-, Verpflegungs- und Handelsbetriebe.

Der Begriff Destination umschreibt den vom Gast als Reiseziel wahrgenommenen Raum. Thomas Bieger empfiehlt die Destination wie folgt zu definieren:

„[...] eine Destination (muss) nachfrageorientiert definiert werden als geografischer Raum (Ort, Region, Weiler), den der jeweilige Gast (oder ein Gästesegment) als Reiseziel auswählt. Sie enthält sämtliche für einen Aufenthalt notwendigen Einrichtungen für Beherbergung, Verpflegung, Unterhaltung und Beschäftigung. Sie ist damit die Wettbewerbseinheit im Incoming Tourismus, die als strategische Geschäftseinheit geführt werden muss.“⁶

Destinationsmanagement zielt darauf ab, aus dem beziehungslosen Nebeneinander von touristischen Anbietern eine funktional definierte Wettbewerbseinheit zu entwickeln. Natürlich sind die örtlichen und regionalen Ausgangsbedingungen als unterschiedlich zu betrachten, doch die Aufgabenstellung der Tourismusorganisationen besteht darin, das Zielgebiet durch Managementhandeln wettbewerbsorientiert zu führen.

Abbildung 2: O-STAR – Prototyp



Dabei geht es um die Durchsetzung marktorientierter Zusammenarbeitsformen sowie um die Organisation einer vielfach vernetzten Vermarktung touristischer Angebote. Mit Blick auf das Aufgabenspektrum einer Destinationsmanagement-Organisation (DMO) werden insbesondere geografische Informationssysteme (GIS) mit kontextbasierten Diensten als Lösungsansatz für innovative Mehrwertdienstleistungen gesehen. Durch Informationsintegration kann die „Lücke“ zwischen einem fragmentierten Destinationsangebot und dem grundsätzlich ganzheitlichen Aufenthaltserlebnis des Touristen enorm verkleinert werden. Mobile Interaktionsformen ermöglichen einen interaktiven Echtzeitkontakt zu nomadischen Endkunden und damit neue situationsbedingte (kontextsensitive) Geschäfte. In jedem Fall muss der Kunde die gewünschte Information oder das gewünschte touristische Produkt bequem und effizient auffinden können, wobei die Generierung von individualisierten Angeboten für die Kunden eine tragende Rolle spielt.

2.5 O-STAR – Inhalte

Smartphones sind voll im Trend, und mobile Apps sind die wichtigsten Erfolgstreiber der kleinen mobilen „Alleskönner“. Durch die Apps wird das Endgerät zum individuellen und personalisierten Allzweckwerkzeug. Mobile Anwendungen und Location-based Services (LBS) sind für Touristen, die Freizeitaktivitäten wie Biken oder Wandern ausüben, hervorragend prädestiniert.

O-STAR ist als App gedacht, die Bikern und Wanderern individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen als Entscheidungsgrundlage bereitstellt. Dabei werden räumliche Aspekte und geografische Informationen mitberücksichtigt und dem Nutzer personalisierte Routenvorschläge unterbreitet. Damit kann O-STAR als eine benutzerorientierte und kontextsensitive Applikation bewertet werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür wird durch die benutzerorientierte Datenanalyse des bestehenden Freizeitangebotes der Pilotregionen, deren strukturierte Erfassung und Integration in ebendieses intelligente Empfehlungssystem geschaffen.

Bei diesen Daten handelt es sich um Geodaten sowie deren attributive Beschreibung, so genannte Points of Interest (POIs). Die aktuellen Datenbestände der Pilotregionen wurden erhoben, vorhandene Daten bei Bedarf überarbeitet bzw. umstrukturiert und fehlende Daten erfasst. Dadurch wurde bereits ein Mehrwert für die beiden Projektgemeinden Bad Kleinkirchheim (Kärnten) und Latsch (Südtirol) geschaffen, aber der eigentliche Nutzen entsteht durch die Integration der nunmehr strukturierten Daten in das neu entwickelte Empfehlungssystem.

Die erhobenen POIs wurden anschließend zu sieben Kategorien bzw. Interessensgebieten zusammengefasst, aus denen der Benutzer wählen kann. Die Kategorien sind:

- Kunst & Kultur
- Kulinarisch unterwegs
- Wandern
- Natur Highlights
- Radln und Biken
- Entspannen
- Wasser & Spielen

Die einzelnen POIs innerhalb einer Kategorie haben zudem einen Punktewert, der ihren Rang bei der Routenempfehlung bestimmt. Dieser beruht fürs Erste auf einer Reihung und Bewertung durch die lokalen Touristiker und Experten, soll in Zukunft aber durch Benutzerbewertungen ermittelt und so stets aktuell gehalten werden.

Jeder Nutzer hat zudem die Möglichkeit, die vom System empfohlenen Wegpunkte noch weiter an die eigenen Bedürfnisse und Wünsche anzupassen, indem er die maximale Anzahl zu besuchender POIs aus jeder gewählten Kategorie festlegt. Zudem kann er die Kategorien selbst gewichten, sodass beispielsweise mehr Aufenthalte bei Sehenswürdigkeiten aus dem Bereich „Kunst & Kultur“ eingeplant werden als „Natur Highlights“. Zusätzlich zu der Angabe von Interessenskategorien muss der Nutzer lediglich Start- und Endpunkt der Tour sowie die verfügbare Zeit festlegen. Zudem kann angegeben werden, ob man zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs ist. So wird berücksichtigt, dass ein Radfahrer schneller vorankommt als ein Fußgänger und dadurch in der gegebenen Zeit mehr erkunden kann.

2.6 O-STAR Challenge: GPS-Radrennen als Attraktion

Innovative, geo-basierte und individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen entwickeln: So lautet das längerfristige Ziel des O-STAR-Projekts, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität insbesondere strukturschwacher Regionen im Alpenraum zu stärken.

Als weiteres Ergebnis haben die Projektpartner aus Südtirol und Kärnten Anfang 2014 eine neue App präsentiert⁷: Radfahrer können damit ihre Leistung auf einer bestimmten Strecke aufzeichnen und mit jener anderer Biker vergleichen. Dazu benötigen sie nichts weiter als ein GPS-fähiges Smartphone. Werden die Daten anderer Radfahrer heruntergeladen, kann ein „virtuelles“ Rennen gegen diese gefahren werden. Die Applikation wurde für je eine Teststrecke in Südtirol (die Giro d'Italia-Etappe

ins Martelltal mit Schlussanstieg ab Goldrain/Latsch) und Kärnten (den Zielanstieg der Ö-Tour-Etape Villach–Dobratsch) entwickelt.

Die Idee der Zeiterfassung und insbesondere der Aufzeichnung der zurückgelegten Strecke ist nicht neu. Bereits 2009 hat das EURAC-Institut für Public Management mit dem „GPS Bike CUP Latsch“ ein Online-Radrennen ganz ohne fixen Termin, bei dem jeder mitmachen kann, wenn er gerade Zeit und Lust hat, etabliert. Damals war für die Teilnahme noch ein spezielles GPS-Gerät nötig, und die aufgezeichneten Zeiten konnten erst im Nachhinein auf den PC übertragen werden, um den Online-Vergleich zu aktivieren.

Nichtsdestotrotz war das Feedback positiv, und der „GPS Bike CUP Latsch“ hat Einheimische und Gäste zum Radfahren und Mitmachen animiert. Auf diese Erfahrungen hat das Institut für Public Management der EURAC aufgebaut und in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Bozen und der Universität Klagenfurt im Projekt O-STAR eine zeitgemäße Neuauflage entwickelt: die „Giro Challenge Martelltal“ in Südtirol und die „Ö-Tour Challenge Kärnten“.

Ein spezielles GPS-Gerät ist nicht mehr nötig, der Nutzer kann die Fahrt mit seinem Smartphone aufzeichnen und sich bereits während der Fahrt mit den aufgezeichneten Zeiten von Freunden und Radsportstars (Testimonials) messen.

Nach der Fahrt kann der Nutzer die eigene Zeit bequem direkt vom Smartphone ins Online-Leaderboard eintragen lassen und Freunden und Bekannten als Challenge zur Verfügung stellen.

Abbildung 3: Ö-Tour Challenge Kärnten



Das Tracking selbst erfolgt ausschließlich über GPS, sodass auch Gäste sich der Herausforderung stellen können, ohne zusätzliche Kosten zu befürchten. Die App lässt sich einfach von zuhause oder im Hotel per WLAN installieren, Vergleichszeiten können in der App abgerufen und es kann losgeradelt werden. Nach der Rückkehr ins Hotel oder aus dem Urlaub kann die eigene Zeit auf die gleiche Weise geteilt werden.

Anders als bei einem klassischen Radrennen müssen keine Straßen gesperrt werden, und der Mehrwert für die Region beschränkt sich nicht auf die paar Tage vor und nach dem Rennen, sondern wird auf die gesamte Saison gestreckt.

Wie die Namen der beiden Apps vermuten lassen, wurden die GPS CUPs mit dem jeweils größten Radrennen des Landes, dem Giro d'Italia und der Internationalen Österreich Rundfahrt, kombiniert. Dies schafft zusätzliche mediale Aufmerksamkeit⁸, und gleichzeitig ist durch die Kombination mit sportlichen Großereignissen der touristische und wirtschaftliche Nutzen dieser Events nicht zeitlich beschränkt. Vielmehr kann ganzjährig bzw. während der gesamten Radsaison davon profitiert werden.

2.6.1 Ö-Tour Challenge Kärnten

Die Internationale Österreich Rundfahrt, kurz Ö-Tour, ist eine der traditionsreichsten Sportveranstaltungen Österreichs und wurde 2014 zum 66. Mal ausgerichtet.

Abbildung 4: Präsentation der Ö-Tour-App am Aufstieg zum Dobratsch in Villach am 11. Juli 2014



www.tiny.cc/oetourchallenge⁹

Am 11. Juli führte die 6. Etappe den Ö-Tour-Tross nach Jahren wieder nach Kärnten: vom Alpendorf in Sankt Johann im Salzburger Pongau bis zum Zielanstieg auf den Villacher Hausberg Dobratsch – 2014 erstmals Etappenziel der Internationalen Österreich Rundfahrt. Dieser Zielanstieg wurde in der „Ö-Tour Challenge Kärnten“-App abgebildet.

Über 1.400 Höhenmeter sind auf dem 16 Kilometer langen Anstieg im Naturpark Dobratsch zu bewältigen. Mit der „Ö-Tour Challenge Kärnten“-App kann nun jeder seine Fahrt mit dem Smartphone aufzeichnen und sich bereits während der Fahrt mit den Zeiten der Profis oder von Freunden vergleichen.

3. Zusammenfassung

Das Projekt O-STAR nutzt die technologisch verfügbaren Optionen von Smartphones, die die Voraussetzungen für den Ausbau und die Nutzung von mobilen Informationssystemen darstellen. Das Ziel eines mobilen Informationssystems darf nicht darin bestehen, dem Nutzer eine unüberschaubare Menge an Objektinformationen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen müssen Informationen sinnvoll gefiltert werden, und der Nutzer sollte nur genau jene Hinweise erhalten, die er vor Ort benötigt. Deshalb ist es bei der Konzeption von Informationssystemen wie O-STAR besonders wichtig, den Fokus auf einen sinnvollen Inhalt zu legen, denn ein Informationssystem ist eben nur so gut wie die angebotenen Inhalte. Erhält ein Nutzer vor Ort nicht die gewünschten Informationen, wird er das System nicht akzeptieren und keine weitere Nutzung vornehmen. Das Informationssystem verfehlt somit seinen Zweck.

Zusammenfassend gilt, dass O-STAR dabei helfen kann, das Informationsbedürfnis von Bikern und Wanderern als Gäste in einer Destination zu befriedigen. Der entwickelte Prototyp stellt die Grundlage für ein intelligentes Empfehlungssystem dar. Wenn Gäste mit O-STAR ihren Destinationsaufenthalt optimal gestalten können, dann verbessert sich das Destinationserlebnis, und damit erhöht sich die Zufriedenheit der Gäste. Tourismusorganisationen können mit O-STAR die touristische Wertschöpfung beeinflussen, indem Gäste gezielt auch zu touristischen Unternehmen geführt werden. Gästezufriedenheit und Wertschöpfung sind in diesem Zusammenhang wichtige Parameter in der Bewältigung der Wettbewerbssituation.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die potentiellen Nutzer von der Existenz des O-STAR-Prototyps Kenntnis haben. Nur wenn abgestimmte Maßnahmen auf diversen Informationskanälen das Projekt O-STAR begleiten, kann die Nutzung ausgelöst werden. Sowohl das

Destinationsmanagement als auch die einzelnen Leistungsträger müssen den Prototypen bewerben und allfällige Verlinkungen herstellen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, welche Zielgruppen angesprochen werden sollen und welche Medien für die ausgewählten Zielgruppen die geeigneten sind.

Konkrete und kurzfristig realisierbare Anwendungen wie die „Giro Challenge Martelltal“ in Südtirol und die „Ö-Tour Challenge Kärnten“ können einen wichtigen Beitrag leisten, indem Aufmerksamkeit generiert und ein unmittelbarer Wettbewerbsvorteil für die Destination geschaffen wird. Aus wissenschaftlicher Sicht ermöglichen die GPS-Radrennen zudem die Ausarbeitung und Erprobung von Algorithmen, die für Touren- und Routenempfehlungssysteme fundamental sind. Konkret handelt es sich hierbei um die GPS-Ortung in Verbindung mit einer vordefinierten oder individuell generierten Route, aber auch um die individuelle und kontinuierliche Berechnung der voraussichtlichen Ankunftszeit (Estimated Time of Arrival, kurz ETA).¹⁰

Eine Anmerkung im Zusammenhang mit Urlaub und der Unterwerfung gegenüber technischen Medien muss auch gemacht werden. Ist es nicht ein Widerspruch in der Urlaubslogik mit der Suche nach Freiheit, dass Touristen in der schönsten Zeit ihres Jahres technische Medien nutzen und damit ein Verhalten zeigen, das als „always on ... always in touch“ beschrieben werden kann? Sollte nicht digitale Abstinenz praktiziert werden, um das höchste Urlaubsglück zu ermöglichen? Die kritische Antwort dazu: Entscheidend ist die Freiheit der Nutzung für den Touristen. Digitale Abstinenz kann ein Urlaubs-Treatment sein, aber digitale Nutzung kann das Urlaubserlebnis auch fördern.

Anmerkungen:

- 1 PROMBERGER, K., BERNHART, J., GANDER, H.: Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Südtirol. Athesia Spectrum, Bozen, 2008.
- 2 EGGER, R., JOOSS, M. (Hg.): mTourism: Mobile Dienste im Tourismus. Gabler Verlag, Heidelberg, 2010.
- 3 Interreg IV Italien-Österreich, 4. Aufruf 2011, Projekttitel: „Entwicklung eines innovativen Online-Systems für individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen“ (Akronym: O-STAR), Projektcode: 5343, CUP: B29E11001440007. Das Projekt wurde u. a. durch den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds KWF kofinanziert.
- 4 Vertreten durch ein Team der Fakultät für Informatik unter der Leitung von Professor Johann Gamper.
- 5 Vertreten durch ein Team des Instituts für Angewandte Informatik unter der Leitung von Professor Markus Zanker.
- 6 BIEGER, T.: Management von Destinationen; 5., neu bearbeitete und ergänzte Auflage. Oldenbourg, München, 2002.
- 7 Die erste offizielle Präsentation erfolgte anlässlich der Pressekonferenz zur Südtirol-Etappe des Giro d'Italia am 7. Mai 2014.

- 8 Die „Kronen Zeitung“ („Neue ‚App‘ für Hobbysportler: Jeder fährt gegen die Radstars“, 10. 7. 2014) und die „Kleine Zeitung“ („Österreich-Radrundfahrt kehrt nach Villach zurück“, 9. 7. 2014) berichteten über die App. Zusätzlich wurden Beiträge in Online-Portalen der Radsportszene veröffentlicht (u. a. „Vergleichen mit den Profis: App zur Kärnten-Etappe der Österreich Rad-Rundfahrt 2014“, 8. 7. 2014, www.velototal.de/2014/07/08/vergleichen-mit-den-profis-app-zur-kärnten-etappe-der-österreich-rad-rundfahrt-2014/ und „Giro-Flair am Dobratsch: Sieger-App für die Ö-Tour in Kärnten“, 14. 7. 2014, www.velototal.de/2014/07/14/giro-flair-am-dobratsch-sieger-app-für-die-ö-tour-in-kärnten/). Peter „Paco“ Wrolich, Ex-Radprofi und Radkoordinator des Landes Kärnten, und Thomas Michor, Geschäftsführer der Region Villach Tourismus GmbH, haben die Entwicklung und Bewerbung der App unterstützt.
- 9 Die „Giro Challenge Martelltal“-App der Etappe in Latsch (Südtirol) ist unter www.tiny.cc/girochallenge verfügbar. Testimonial ist die deutsche Radsportlegende Dietrich „Didi“ Thurau, erfolgreicher Radprofi in den 1970er und 1980er Jahren und selbst fünffacher Giro-Teilnehmer. Didi Thurau war bei der Pressekonferenz am 7. Mai 2014 anwesend, ebenso bei der Giro-Etappe am 27. Mai 2014, und stand für diverse Interviews (u. a. ORF „Südtirol heute“ vom 27. Mai 2014) und einen Imagefilm über die App auf YouTube zur Verfügung: <http://www.fnp.de/sport/Bjoern-Thurau-ueberzeugt-beim-Giro-dItalia;art684,871625>
- Als weiteres Testimonial für die Giro-App konnte die Südtiroler Weltklasse-Mountainbikerin Eva Lechner gewonnen werden: <http://www.velototal.de/2014/07/01/giro-challenge-martelltal-wer-schl%C3%A4gt-worldcup-star-eva-lechner/>
- 10 PITMAN, A., BERNHART, J., POSCH, C., ZAMBALDI, M., ZANKER, M.: Time-of-arrival estimation in mobile tour guides. Proceedings of 20th Conference on Information and Communication Technologies in Tourism (ENTER), Springer, Innsbruck, 2013.

SONDERTHEMEN

Berufliche Zufriedenheit von Ein-Personen-Unternehmen in Kärnten

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

1. Einleitung

Im Zusammenhang mit Diskussionen über neue Informations- und Kommunikationstechnologien und spezifische Ideen bezüglich innovativer Regionalcluster entpuppt sich in den letzten Jahren in den Augen vieler Kommentatoren in Wissenschaft und Politik das Unternehmertum, vor allem in seiner englischsprachigen Variante als „Entrepreneurship“, immer mehr als eine Art Universalschlüssel, der einen wichtigen Weg in eine nachhaltige Wirtschaftszukunft anbietet (vgl. Audretsch, 2007; Bonnet et al., 2010; 2012). In diesem Sinne fungiert Entrepreneurship oftmals als Dreh- und Angelpunkt zahlreicher wirtschafts- und innovationspolitischer Diskussionen. Allerdings zeigt eine kritische Nachfrage, dass Entrepreneurship als *Terminus technicus* in der wissenschaftlichen Diskussion nicht immer präzise definiert ist und dass vor allem die enorme sozioökonomische Heterogenität nicht hinreichend reflektiert wird. Wenn wir die erwerbs- und arbeitsmarktstrukturelle Kategorie der beruflichen Selbstständigkeit als eine Proxy für Entrepreneurship heranziehen, was nicht immer konsensual ist, aber dennoch der landläufigen Praxis in vielen Diskussionen entspricht, dann wird sichtbar, dass die Majorität der Unternehmer in die Kategorie der Mikrofirmen fällt, die hauptsächlich als Ein-Mann- bzw. Eine-Frau-Firmen existieren.

Grundsätzlich spiegelt sich das komplexe Zusammenspiel, welches wir heute zwischen technologischem Wandel, Globalisierung und grundsätzlichen Wandlungen von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur in Richtung einer zunehmenden Dienstleistungsökonomie beobachten können, auch im Entstehen neuer Muster der Erwerbstätigkeit und deren institutionellen Kontexten wider (vgl. Bögenhold, 1996). Im Bereich der Selbstständigkeit sehen wir in diesem Zusammenhang allgemein einen steigenden Trend in Richtung Teilzeitselbständigkeiten sowie Ein-Personen-Firmen (vgl. Mandl et al., 2007; Bank Austria, 2012). Diese neu entstehenden Firmen werden zunehmend auch als eine Alternative zu Formen lohn- oder gehaltsabhängiger Beschäftigung angesehen. Während Schumpeter (1912) die Figur des Unternehmers noch als einen „Kapitän der Industrie“ porträtierte, fallen die Kleinstunternehmer/innen entsprechend eher in die Kategorie von „Matrosen“, um in der Metaphorik zu bleiben: Sie leiten keine

großen Firmen mit entsprechenden Hierarchieebenen, sondern arbeiten in ihren Firmen gänzlich ohne weitere Beschäftigte. Gelegentlich zeigen ihre Situationen und deren Biographien eine Art Zwitterstatus zwischen abhängiger Beschäftigung und der Freiheit von Unternehmertum, wie wir es vom Idealporträt kennen (vgl. Folta et al., 2010).

Grundsätzlich gibt es zwei ganz unterschiedliche Interpretationen des Phänomens ansteigender Ein-Personen-Unternehmen, nämlich eine kritisch-düstere und eine positiv-optimistische Variante. Die erstere Position interpretiert das Phänomen als ein Problem neuerer Prekarisierungstendenzen am Arbeitsmarkt, wonach viele Erwerbstätige vor dem Hintergrund von Flexibilisierungstendenzen und Arbeitsmarktproblemen in die (Klein-)Selbstständigkeit gedrängt werden, um überhaupt eine Nische im System der Erwerbstätigkeit zu finden bzw. zu halten. Umgekehrt wird argumentiert, dass eine Wirtschaft ständig Unternehmensgründungen benötigt und diese naturgemäß zumeist „klein“ anfangen. Das macht den Nährboden für zukünftige ökonomisch erfolgreiche Wachstumsfirmen aus, die dann positive Arbeitsmarkt- und Technologieimpulse liefern (vgl. Bögenhold, 1985). Insofern werden Mikro-Unternehmen eher als eine Brücke zu positiven Effekten interpretiert. Eine dritte Perspektive wird dabei weit weniger genannt. Es gibt auch zahlreiche Ein-Personen-Firmen, die sich sehr bewusst in diesem Größensegment engagieren und keine Wachstumsintentionen hegen.

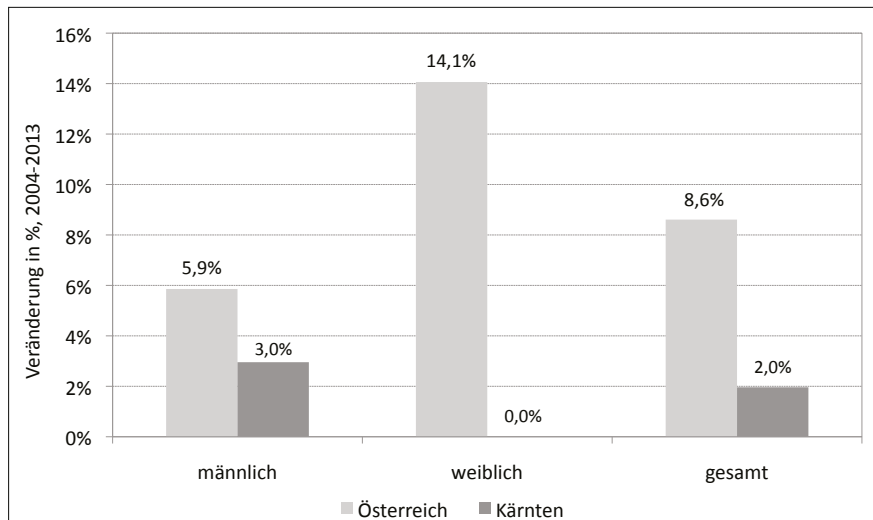
Die vorliegenden Ergebnisse versuchen, in diese Wissenslücke zu stoßen und bisherige Forschungen mit neuen Befunden anzureichern. Mehr als 50 Prozent der Unternehmen in Österreich fallen in die Kategorie der Ein-Personen-Firmen (vgl. Statistik Austria, 2013a; Wirtschaftskammer Österreich, 2013a). Zusätzlich starten mehr als die Hälfte der Neugründungen als Ein-Personen-Unternehmen (vgl. Statistik Austria, 2013b). Frühere Studien zu dieser Thematik aus Deutschland (vgl. hierzu etwa Leicht und Strohmeyer, 1999; Leicht, 2000; Bögenhold et al., 2001; Bögenhold und Fachinger, 2007; 2011) befassten sich hauptsächlich mit der Auswertung von Daten der amtlichen Statistik, während der vorliegende Beitrag auf primärerhobenen Daten basiert. Wir fragen nach den Rationalitäten der Akteure: Was sind deren wirtschaftliche und soziale Intentionen, welche Erwerbsbiographien lassen sich beobachten, wie steht es um die Arbeitszufriedenheit und wie kann das Phänomen der Mikro-Selbstständigkeit am sinnvollsten interpretiert werden?

2. Ein-Personen-Unternehmen in Österreich und Kärnten

Seit Jahren wird auf dem Arbeitsmarkt ein steigender Trend bei den selbstständig Beschäftigten beobachtet. So stieg die Zahl der Selbstständigen in Österreich von 439.100 im Jahr 2004 auf 476.900 im Jahr 2013, ein Anstieg

von 8,6 Prozent.¹ Insbesondere beim weiblichen Geschlecht kam es in den vergangenen Jahren zu deutlichen Steigerungsraten bei der Zahl der Selbstständigen. In Österreich verzeichnen die weiblichen Selbstständigen einen Anstieg von 14,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2004; bei den Männern beträgt die Steigerungsrate hingegen nur 5,9 Prozent. In Kärnten ist die Zahl der Selbstständigen im Vergleich zum Jahr 2004 nur um 2,0 Prozent (von 30.600 auf 31.200) angestiegen und bleibt damit hinter der österreichischen Entwicklung zurück; im Gegensatz zur österreichischen Entwicklung sind in Kärnten die weiblichen Selbstständigen auf einem konstanten Niveau verblieben, während es bei den Männern im betrachteten Zeitraum zu einer Steigerung um 3,0 Prozent kam (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Selbstständigen in Österreich und Kärnten, Veränderung 2004–2013 (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria (2014); eigene Berechnungen und Darstellung

Selbstständige lassen sich dabei grundsätzlich in zwei Gruppen gliedern: Auf der einen Seite gibt es Selbstständige, die Arbeitnehmer/innen beschäftigen; diese werden auch als „Arbeitgeberbetriebe“ bezeichnet. Einen Spezialfall der Selbstständigen stellen – auf der anderen Seite – jene dar, die keine Mitarbeiter/innen beschäftigen. Diese Unternehmensformen sind auch als Ein-Personen-Unternehmen (EPUs), Solo-Selbstständige oder Mikro-Unternehmen bekannt. Laut Eurostat liegt der Anteil der Selbstständigen ohne Arbeitnehmer/innen an der Gesamtzahl der Selbstständigen aktuell (2013) bei 59,9 Prozent; Deutschland weist mit 55,7 Prozent einen sehr ähnlichen Wert auf. In der Europäischen Union (EU-28) haben die

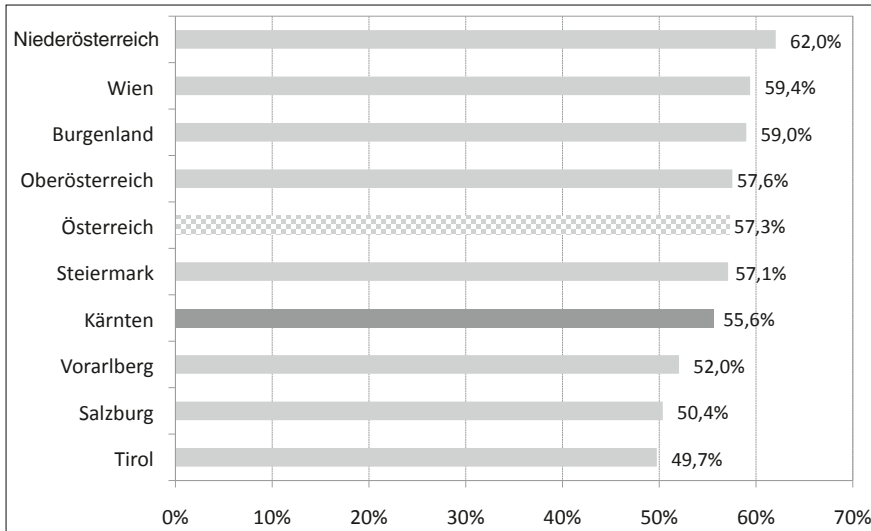
EPUs einen noch wichtigeren Stellenwert; hier liegt der Anteil mit 71,2 Prozent deutlich höher (Eurostat-Datenbank, 2014). Diese „Mikroformen“ der Selbstständigkeit stellen den Fokus des vorliegenden Beitrags dar.

Wie bereits erwähnt, sind Ein-Personen-Unternehmen (EPUs) eine Unternehmensform, die im österreichischen Unternehmenssektor eine besonders wichtige und zunehmende Rolle spielen. Neben Eurostat untermauert auch die österreichische amtliche Statistik die Bedeutung von EPUs; diese stellen mehr als die Hälfte der heimischen Betriebe. Laut Arbeitsstättenzählung gibt es österreichweit 329.481 Unternehmen, die nur aus einer selbstständig beschäftigten Person ohne Mitarbeiter/innen bestehen. Diese Mikro-Firmen machen somit 52,9 Prozent aller österreichischen Unternehmen aus (vgl. Statistik Austria, 2013a, S. 27).² Die Mitgliederstatistik der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) weist für das Jahr 2013 mit 266.910 eine – im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung der Statistik Austria – geringere Anzahl an EPUs auf. Dies resultiert daraus, dass die so genannten „Neuen Selbstständigen“ – das sind die nicht in gesetzlichen Vertretungen organisierten und gewerbescheinlosen Freiberufler/innen wie etwa freie Journalist/innen – in der Aufstellung der WKÖ fehlen (vgl. Puchleitner, 2014). Bezogen auf die Anzahl der aktiven Mitglieder insgesamt beträgt der EPU-Anteil in der WKÖ-Statistik rund 57,3 Prozent. Die höchsten EPU-Anteile weisen im Bundesländervergleich Niederösterreich (62,0 Prozent), Wien (59,4 Prozent) und das Burgenland (59,0 Prozent) auf. In Kärnten gibt es insgesamt 16.446 EPUs, was im Vergleich zur Gesamtzahl der Mitglieder einem EPU-Anteil von 55,6 Prozent entspricht. Damit liegt Kärnten marginal unter dem Österreich-Durchschnitt. Die Bundesländer Salzburg und Tirol finden sich mit einem Anteil von rund 50 Prozent am Ende der Skala (vgl. Abbildung 2; Wirtschaftskammer Österreich, 2013a). Seit dem Jahr 2008 ist die Zahl der EPUs in Kärnten um 30,8 Prozent angestiegen (Österreich: +30,0 Prozent). Dabei kam es allein im letzten Jahr (2012–2013) zu einer Steigerung um 9,5 Prozent, in Österreich um 6,3 Prozent (vgl. Wirtschaftskammer Kärnten, 2014).

Zu finden sind die EPUs vorwiegend in den Sparten „Gewerbe und Handwerk“ (z. B. gewerbliche Dienstleister/innen, Kosmetiker/innen, Masseur/innen, Gesundheitsberufe) sowie „Information und Consulting“ (z. B. Unternehmensberater/innen, Finanzdienstleister/innen, Ingenieurbüros); in diesen Branchen beträgt der EPU-Anteil über 60 Prozent. Auch im Handel sind mit einem Anteil von 47,4 Prozent viele EPUs vertreten, beispielsweise im Direktvertrieb oder Internethandel (vgl. Abbildung 3; Wirtschaftskammer Kärnten, 2013).

Bei Betrachtung dieser Zahlen stellt sich die Frage, ob die bedeutende Rolle von EPUs ein Zeichen der heutigen Zeit ist oder ob diese

Abbildung 2: Anteil der Ein-Personen-Unternehmen nach Bundesländern, 2013 (in Prozent)

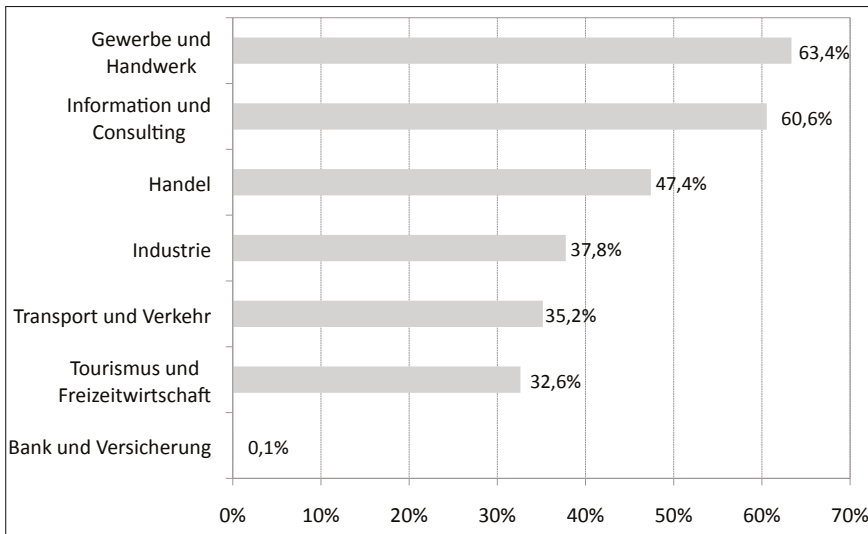


Quelle: Wirtschaftskammer Österreich (2013a); eigene Darstellung

Unternehmensformen bereits in der Vergangenheit eine tragende Rolle im österreichischen Unternehmenssektor gespielt haben. Grundsätzlich bestehen klassische Einzelunternehmer/innen in traditionellen Handwerksberufen (z. B. Tischler/innen) oder kleine Ladenbesitzer/innen (z. B. Trafikant/innen oder Direktvermarkter/innen) seit jeher in der österreichischen Unternehmenslandschaft. Allerdings ließen Faktoren wie das Internet (Stichwort: „digitales Zeitalter“), der Strukturwandel am Arbeitsmarkt hin zu einer Dienstleistungsökonomie, sich verändernde soziale Einstellungen und Rahmenbedingungen sowie Wirtschaftskrisen neue Berufe, neue Lebensziele und neue Anforderungen an Jobs entstehen; Umstände, die mitunter einen Trend hin zur selbstständigen Beschäftigung ausgelöst haben bzw. weiter auslösen (vgl. Gatterer und Kühmayer, 2014, S. 3; Mandl et al., 2009, S. 215; Puchleitner, 2014). Darüber hinaus werden klassische unselbstständige Beschäftigtenverhältnisse in bestimmten Branchen – insbesondere im IT- und Consultingsektor, aber auch im Gesundheitsbereich – immer weniger (vgl. Korunka et al., 2011, S. 446); so arbeiten beispielsweise Grafiker/innen, Werbetexter/innen, IT-Berater/innen, Immobilienmakler/innen, aber auch Physiotherapeut/innen oder Pfleger/innen verstärkt auf selbstständiger Basis anstatt in „Festanstellungen“.

Selbstständige verdienen im Vergleich zu den unselbstständig Beschäftigten jedoch weniger und sind verstärkt von Armut und finanzieller

Abbildung 3: EPU-Anteil nach Sparten in Österreich, 2013 (in Prozent)



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich (2013b); eigene Darstellung

Deprivation betroffen. Dies bestätigt sich auf Basis von Daten der amtlichen Statistik. Ein Vergleich der jährlichen Medianeinkommen lässt eine deutliche Schlechterstellung von selbstständig Beschäftigten erkennen. Die Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Beschäftigten sind (im Median) mehr als doppelt so hoch als die jährlichen Einkünfte (vor Steuern) der ausschließlich selbstständig Erwerbstätigen (vgl. Statistik Austria, 2013d, S. 235; Rechnungshof, 2012, S. 222 ff.). Zudem ist die Armutsgefährdung bei den Selbstständigen deutlich höher als bei den unselbstständig Beschäftigten, was sich in einer vergleichsweise höheren Armutsgefährdungsquote³ und Armutsgefährdungslücke⁴ äußert (vgl. Statistik Austria, 2013e, S. 66). Schließlich zeigt sich bei den Selbstständigen auch eine signifikant stärkere Betroffenheit von finanzieller Deprivation, ein Indikator, der das Unvermögen, aus finanziellen Gründen an einem definierten Mindestlebensstandard teilzuhaben, widerspiegelt (vgl. Statistik Austria, 2013e, S. 68).⁵

Trotz dieser finanziellen Faktoren und der Tatsache, dass Selbstständige zumeist einen höheren zeitlichen Arbeitsaufwand betreiben, weisen diese im Vergleich zu den unselbstständig Erwerbstätigen eine höhere Arbeitszufriedenheit auf. Dies ist auf Faktoren wie mehr Selbstbestimmung („sein eigener Chef sein“), fehlende Hierarchien, die flexiblere Einteilung der Arbeitszeit, den Aufwand, der in das eigene Unternehmen investiert wird, und die Möglichkeit der Ausübung von interessanteren Jobs

zurückzuführen. Diese Vorteile, die grundsätzlich mit höherer persönlicher Autonomie verbunden sind, dürften Faktoren wie das niedrigere Einkommen oder den höheren Arbeitsaufwand mehr als überkompensieren (vgl. Andersson, 2008, S. 230; Binder und Coad, 2010, S. 19). Individuen sind auch nicht ausschließlich ergebnisorientiert; d. h. „Outcomes“ wie Umsatz oder Einkommen sind nicht vordergründig. Vielmehr ziehen selbstständige Individuen einen Nutzen aus der Selbstbestimmung, die mit einer unternehmerischen Tätigkeit verbunden ist. Dies wird gemeinhin auch als Prozessnutzen („procedural utility“) bezeichnet (vgl. Benz und Frey, 2008, S. 454).⁶ Neben dem Maß an Freiwilligkeit, der finanziellen Situation bzw. Absicherung, dem zeitlichen Aufwand, den die Beschäftigung in Anspruch nimmt, und der beruflichen Perspektive sind vor allem auch die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, die in der jeweiligen beruflichen Situation gegeben sind, ausschlaggebend für eine hohe Arbeitszufriedenheit. Vor allem unter den Selbstständigen (insbesondere den „Neuen Selbstständigen“ und EPU) hängt die Arbeitszufriedenheit in hohem Maße mit den Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zusammen (vgl. Kaupa et al., 2005, S. 48 ff.).

3. Empirische Erhebung und Stichprobe

Obwohl Selbstständige im Mittel weniger verdienen und verstärkt von Armut sowie finanzieller Deprivation betroffen sind, zeigt sich auf Grund unterschiedlicher Faktoren (z. B. Strukturwandel am Arbeitsmarkt) ein steigender Trend bei der Zahl der Selbstständigen. Vor allem EPU spielen dabei eine wichtige Rolle. Doch was treibt diese Mikroformen des Unternehmertums an, aus welchen Gründen haben sie den Weg in die Selbstständigkeit gewagt, wie zufrieden sind sie mit ihrer beruflichen Situation und wie ist es um ihre wirtschaftliche Situation bestimmt? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, wurde in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Kärnten (WKK) eine umfangreiche Online-Befragung von Kärntner EPU initiiert. Hierzu wurde in einem mehrmonatigen Prozess ein umfassender, modular aufgebauter Fragebogen (mit insgesamt 52 Fragen) entwickelt, getestet und mit Hilfe geeigneter Software für die Online-Befragung adaptiert. Zu den wesentlichen Inhalten des Fragebogens zählen Fragestellungen zum Ausmaß und den Motiven der selbstständigen Tätigkeit, zur Kundenarbeit, zu den Inhalten, Erfolgen und der Zufriedenheit mit der selbstständigen Tätigkeit, zu den Zukunftsperspektiven von Selbstständigen sowie zu den sozio-ökonomischen Charakteristika der Befragten. Im Februar 2014 wurden von der WKK insgesamt 9.002 EPU angeschrieben und zur Teilnahme an der Online-Befragung eingeladen. Bei einer Rücklaufquote von 7,0 Prozent konnte eine Stichprobe von 626 Kärntner EPU generiert werden.

Die Stichprobe ist grundsätzlich repräsentativ in Hinblick auf die Rechtsform (mit mehr als 90 Prozent Einzelunternehmer/innen), das Alter (Durchschnittsalter: 47 Jahre) sowie das Geschlecht, wobei männliche EPU's mit einem Anteil von 58,1 Prozent im Sample versus 54,9 Prozent in der Grundgesamtheit leicht überrepräsentiert sind. Bei der Spartenzugehörigkeit zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen von der Grundgesamtheit der Kärntner EPU's. Während die Gewerbe- und Handwerksparte mit einem Anteil von 37,4 Prozent im Vergleich zur Grundgesamtheit (48,5 Prozent) deutlich unterrepräsentiert ist, trifft auf die Informations- und Consultingbranche genau der umgekehrte Fall zu. Mit einem Anteil von 30,2 Prozent sind EPU's in diesem Bereich fast doppelt so stark vertreten wie in der Grundgesamtheit (15,8 Prozent), ein Umstand, der auf die höhere Technikaffinität dieser Gruppe von EPU's zurückzuführen sein dürfte (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Spartenzugehörigkeit im Sample und in der Grundgesamtheit

Sparte	Sample (n = 626)	Grundgesamtheit	
	<i>in %</i>	<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Gewerbe und Handwerk	37,4 %	7.654	48,5 %
Industrie (Musik- und Filmindustrie)	1,8 %	190	1,2 %
Handel	17,7 %	3.640	23,1 %
Transport und Verkehr	1,6 %	407	2,6 %
Tourismus und Freizeitwirtschaft	8,1 %	1.389	8,8 %
Information und Consulting	30,2 %	2.494	15,8 %
Bank und Versicherung	0,0 %	1	0,0 %
Sonstiges	2,2 %	0	0,0 %
Weiß nicht	1,0 %	0	0,0 %
Summe	100,0 %	15.775	100,0 %

Quelle: Wirtschaftskammer Kärnten (2014); eigene Berechnungen

Darüber hinaus zeigt sich, dass in der Sparte Gewerbe und Handwerk verstärkt weibliche EPU's tätig sind (Männer: 47,9 Prozent, Frauen: 52,1 Prozent), während die Informations- und Consultingbranche männlich dominiert ist (Männer: 73,5 Prozent, Frauen: 26,5 Prozent). In Hinblick auf die höchste abgeschlossene Schul- bzw. Berufsausbildung ist im Informations- und Consultingbereich der höchste Akademiker/innen-Anteil zu beobachten. Demgegenüber weisen die EPU's in den Sparten Gewerbe und Handwerk, Handel sowie Sonstige (darunter werden die Sparten Transport und Verkehr sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft subsumiert) ein deutlich geringeres Bildungsniveau auf, was sich in einem vergleichsweise höheren Anteil an EPU's unter Maturaniveau äußert.

4. Empirische Ergebnisse

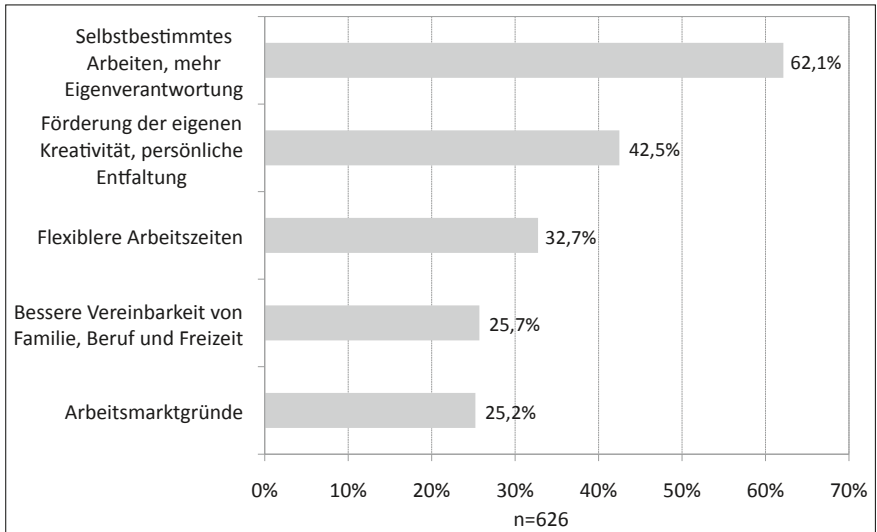
Die durchgeführte Online-Befragung behandelt eine Vielzahl von Aspekten der beruflichen Selbstständigkeit als EPU, von denen nicht alle im vorliegenden Beitrag analysiert werden können. So konzentrieren sich die folgenden empirischen Auswertungen auf den Gesichtspunkt der beruflichen Zufriedenheit von Solo-Selbstständigen. Ergänzend werden die persönlichen Motive für den Weg in die Selbstständigkeit sowie die häufigsten Problemfelder der Tätigkeit als EPU dargestellt.

Die Hauptmotive für die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit werden in Abbildung 4 dargestellt. Der meist genannte Grund für den Weg in die Selbstständigkeit ist die Möglichkeit des selbstbestimmten Arbeitens und die damit zusammenhängende höhere Eigenverantwortung; insgesamt 62,1 Prozent der befragten EPUs wählten dies als einen ihrer Beweggründe. An zweiter Stelle stehen mit einem Anteil von 42,5 Prozent die Förderung der eigenen Kreativität und die persönliche Entfaltung. Auch flexiblere Arbeitszeiten stellen für fast ein Drittel der befragten EPUs (32,7 Prozent) mitunter einen Beweggrund für die Gründung ihres Unternehmens dar. Damit in Zusammenhang steht die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit („Work-Life-Balance“), ein Motiv, das für rund ein Viertel der Befragten (25,7 Prozent) einen ausschlaggebenden Grund darstellte. In Hinblick auf die Motive für den Weg in die Selbstständigkeit gibt es auch (statistisch signifikante) geschlechtsspezifische Unterschiede. Während die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie flexiblere Arbeitszeiten für Frauen eine bedeutendere Rolle spielen als für Männer, werden höhere Verdienstmöglichkeiten von Männern verstärkt als Motiv für die Unternehmensgründung angegeben.

Neben Beweggründen wie mehr Eigenverantwortung, persönliche Entfaltung oder flexibleren Arbeitszeiten (*nicht-wirtschaftliche Faktoren*), spielen auch *wirtschaftliche Faktoren* eine zunehmend wichtige Rolle bei der Entscheidung, sich selbstständig zu machen. So gibt es auch EPUs, die ihre selbstständige Tätigkeit aus arbeitsmarktrelevanten Gründen aufgenommen haben. Als Arbeitsmarktgründe gelten dabei das Unvermögen, ein unselbstständiges Beschäftigungsverhältnis zu finden, der Ausweg aus der bzw. die Alternative zur Arbeitslosigkeit sowie die Notwendigkeit der Selbstständigkeit auf Grund der prekären Arbeitsmarktsituation. Für rund ein Viertel (25,2 Prozent) der befragten EPUs waren solche wirtschaftlichen Gründe mitunter ausschlaggebend (vgl. Abbildung 4).

Ähnliche Hauptbeweggründe finden sich auch in der Jungunternehmerbefragung von Statistik Austria (2007, S. 83 ff.). Darin wurden der Wunsch nach einer neuen Herausforderung sowie die Möglichkeit, sein eigener Chef zu sein, als wichtigste Motive für die Unternehmensgründung

Abbildung 4: Hauptmotive für die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit als EPU (in Prozent; Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Berechnungen

identifiziert. Daneben spielt aber auch die Vermeidung von Arbeitslosigkeit bei der Unternehmensgründung eine wichtige Rolle. Benke (2013, S. 10) untersuchte die Situation von Solo-Selbstständigen in Deutschland. Auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels konnte gezeigt werden, dass „Sein eigener Chef sein“ und „Mehr Geld verdienen“ zu den Hauptmotiven für die Existenzgründung neuer Solo-Selbstständiger zählen. Gleich dahinter rangiert der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit als drittwichtigstes Motiv, ein Ergebnis, das den steigenden Trend bei Ein-Personen-Unternehmen als ein Problem von Prekarisierungstendenzen am Arbeitsmarkt verdeutlicht. In der Schweiz zählen die Durchsetzung eigener Ideen, Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit zu den wichtigsten Motiven für den Schritt in die Selbstständigkeit. Auch das höhere Ansehen und die gesellschaftliche Anerkennung spielen hier eine wichtige Rolle für Existenzgründungen, ein Motiv, das in Österreich bzw. Kärnten nur von untergeordneter Bedeutung ist. Der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit rangiert in der Schweiz – im Gegensatz zu Österreich und Deutschland – am unteren Ende der Rangordnung der wichtigsten Motive für den Weg in die Selbstständigkeit (vgl. Meyer und Sidler, 2009, S. 31).

In der vorliegenden Befragung gaben auch 16,9 Prozent der befragten EPU an, dass sie ihre unternehmerische Tätigkeit aus einer (prekären) Arbeitsmarktsituation heraus (d. h. während oder im Anschluss an die

Arbeitslosigkeit) aufgenommen haben. Der Großteil der Befragten (59,9 Prozent) startete jedoch während oder im Anschluss an ein unselbstständiges Beschäftigungsverhältnis als Solo-Selbstständige(r). Immerhin 11,1 Prozent gründeten ihr Unternehmen bereits während oder nach Abschluss der Ausbildung bzw. des Studiums, weitere 6,8 Prozent (insbesondere weibliche Unternehmer/innen) nach der (Eltern-)Karenz (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Berufliche Situation bei der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit (in Prozent)

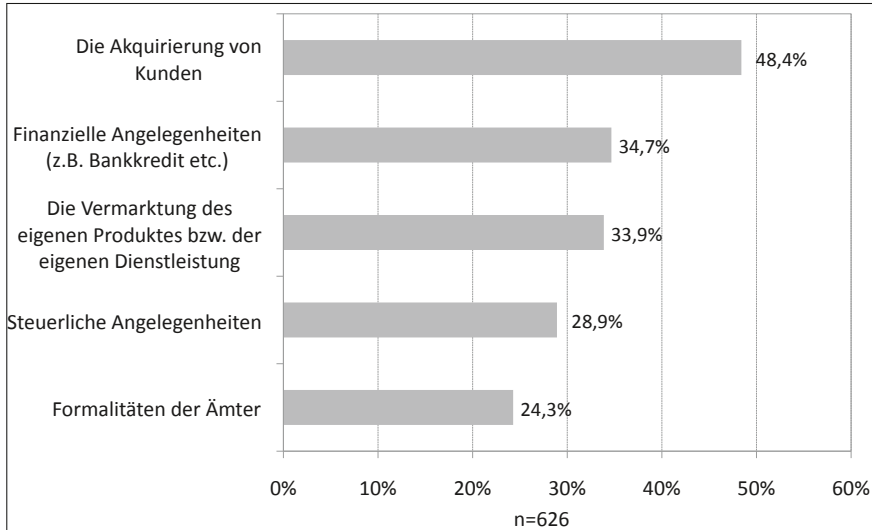
Situation	absolut	in %
Während oder nach Abschluss der Ausbildung	69	11,1 %
Während oder im Anschluss an eine unselbstständige Beschäftigung	375	59,9 %
Während oder im Anschluss an die Arbeitslosigkeit	106	16,9 %
Während oder im Anschluss an die (Eltern-)Karenz	43	6,8 %
Sonstiges	33	5,3 %
Gesamt	626	100,0 %

Quelle: Eigene Berechnungen

Obwohl das Leben als selbstständige(r) Unternehmer/in mit Vorteilen wie mehr Eigenverantwortung, sein eigener Chef sein, persönlicher Entfaltung oder flexibleren Arbeitszeiten verbunden ist, ist die unternehmerische Tätigkeit als EPU auch mit Problemen behaftet. Die größten Problemfelder – insbesondere in der Anfangsphase als EPU – sind neben der Akquirierung von Kunden, finanziellen Angelegenheiten (z. B. Finanzierung durch Bankkredit) und der Vermarktung des eigenen Produktes bzw. der eigenen Dienstleistung auch steuerliche Angelegenheiten sowie die Formalitäten der Ämter (vgl. Abbildung 5). Das unsichere Einkommen, die Notwendigkeit, ständig verfügbar zu sein, sowie der hohe zeitliche Aufwand, der in das Unternehmen investiert werden muss, werden von den Befragten zudem als die wesentlichen Nachteile der selbstständigen Tätigkeit empfunden.

Ähnliche Problemfelder zeigt die Jungunternehmerbefragung von Statistik Austria (2007, S. 103 ff.) auf. Hier werden das Finden von geeignetem Personal, die Abwicklung rechtlicher und administrativer Angelegenheiten, der Aufbau von Kundenkontakten sowie die Finanzierung als die wesentlichen Schwierigkeiten bei der Unternehmensgründung angegeben. Auch die Ergebnisse von Meyer und Sidler (2009, S. 38) stehen in Einklang mit den vorliegenden Resultaten. So stellen die Suche nach neuen Kunden sowie die Kapitalbeschaffung bzw. Liquidität die wesentlichen

Abbildung 5: Problemfelder der selbstständigen Tätigkeit (in Prozent; Mehrfachnennungen)



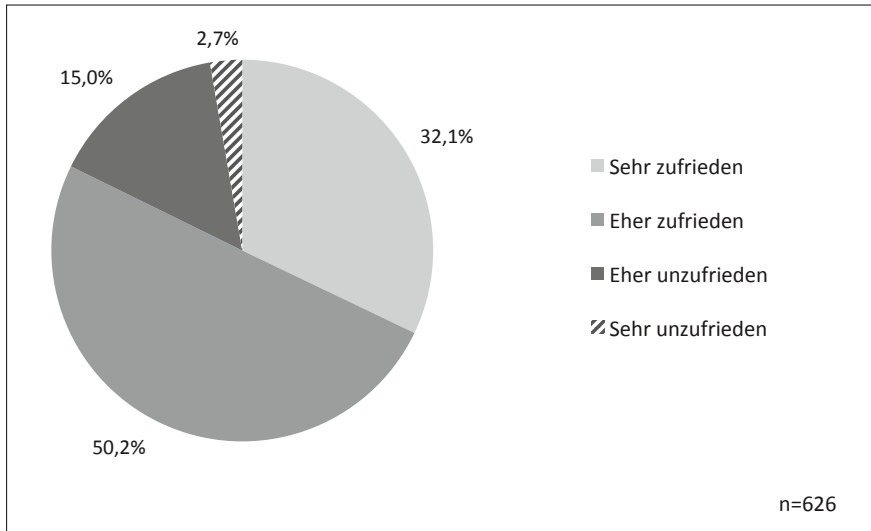
Quelle: Eigene Berechnungen

Schwierigkeiten der Gründer/innen in der Schweiz dar. Auch rechtliche und steuerliche Angelegenheiten bereiten den Unternehmensgründer/innen Probleme.

Trotz dieser Probleme zeigt sich in Hinblick auf die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation als Selbständige(r) ein sehr positives Bild. Wie aus Abbildung 6 ersichtlich, gab rund ein Drittel (32,1 Prozent) der befragten EPUs an, mit ihrer aktuellen beruflichen Situation sehr zufrieden zu sein; weitere 50,2 Prozent sind eher zufrieden, womit die Gesamtzufriedenheitsrate bei über 80 Prozent liegt. Demgegenüber sind rund 17,7 Prozent der befragten EPUs mit ihrer beruflichen Situation eher bis sehr unzufrieden. Hauptgründe für die Unzufriedenheit sind neben finanziellen Engpässen, dem unregelmäßigen Einkommen und der fehlenden Absicherung auch der ausbleibende geschäftliche Erfolg sowie der zu hohe zeitliche Aufwand, der mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden ist.

In Kaupa et al. (2005, S. 129 ff.) wird die Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit im Bundesland Wien für unterschiedliche Erwerbsformen analysiert. Bei den Neuen Selbständigen und EPUs zeigt sich – im Vergleich zu allen anderen Erwerbsgruppen (z. B. Vollzeitbeschäftigte oder freie Dienstnehmer/innen) – mit 53 Prozent der höchste Anteil an sehr

Abbildung 6: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen

Zufriedenen. Zählt man die ziemlich Zufriedenen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtanteil von 83,0 Prozent, ein Wert, der auch der Zufriedenheitsrate (sehr und eher zufrieden) im vorliegenden Sample entspricht. Bisherige Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Arbeitssituation zwischen den unterschiedlichen Erwerbsformen beträchtlich variiert. So sind etwa Neue Selbstständige und EPU's bezüglich ihrer beruflichen Perspektiven zufriedener als Beschäftigte anderer neuer Erwerbsformen. Gleiches gilt für die Entwicklungsmöglichkeiten, ein Resultat, das auf den größer wahrgenommenen Gestaltungsspielraum der beruflichen Tätigkeit, der mehr Raum für die Umsetzung eigener Ideen lässt, zurückzuführen sein dürfte. Demgegenüber sind Neue Selbstständige und EPU's mit ihrem Einkommen als auch der sozialen Absicherung weniger zufrieden als andere Erwerbsformen. Diese Ergebnisse bestätigen sich auch in Kerst und Minks (2005, S. 35 ff.), wonach Selbstständige in der Regel mit jenen Aspekten am zufriedensten sind, die sie selbst stark beeinflussen können. Insbesondere das wahrgenommene weitere Entwicklungspotenzial (Aufstiegsmöglichkeiten) trägt unter den Selbstständigen zu einer hohen Zufriedenheit mit der beruflichen Position bei, wobei ihnen aber auch das Risiko der unternehmerischen Tätigkeit und die Abhängigkeit von Marktprozessen und unternehmerischen Rahmenbedingungen bewusst ist.

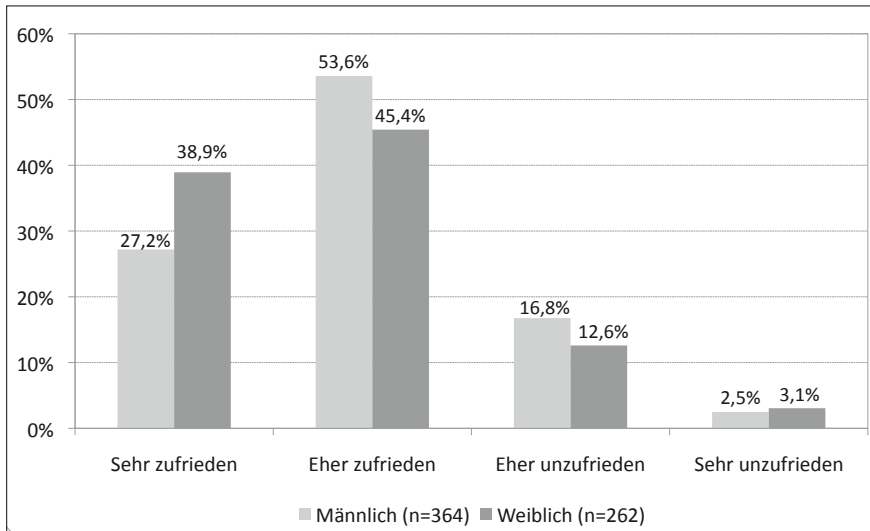
Hauptziel des vorliegenden Beitrages ist es, auf Basis der erhobenen Daten für Kärnten herauszufinden, ob sich die berufliche Zufriedenheit nach sozio-demographischen Charakteristika, Ausmaß der selbstständigen Tätigkeit und/oder Berufsbiographien (statistisch signifikant) unterscheidet. Im Rahmen der statistischen Vergleichsanalysen konnten zunächst geschlechtsspezifische Unterschiede identifiziert werden. Wie aus Abbildung 7 hervorgeht, zeigt sich bei den weiblichen EPU's eine deutlich höhere Zufriedenheit mit ihrer aktuellen beruflichen Situation. Der Anteil der EPU's, die mit ihrer beruflichen Situation sehr zufrieden sind, beträgt bei den Frauen 38,9 Prozent, bei den Männern hingegen nur 27,2 Prozent. In der Kategorie „eher zufrieden“ verhält es sich umgekehrt; hier ist der Anteil der männlichen EPU's höher. Die Unzufriedenheitsrate liegt beim männlichen Geschlecht mit 19,3 Prozent deutlich über jener der Frauen (15,7 Prozent). Statistische Signifikanz der Unterschiede ist auf dem 5-Prozent-Niveau gegeben (Pearson- $\chi^2 = 10,498$, p-Wert = 0,015). Dieses Ergebnis steht auch in Einklang mit bisherigen Untersuchungen, die zeigen, dass Frauen grundsätzlich eine höhere Arbeitszufriedenheit aufweisen (vgl. hierzu etwa Gazioglu und Tansel, 2006).

Zudem nimmt die berufliche Unzufriedenheit mit dem Alter zu. Während der Anteil der sehr zufriedenen EPU's in der Altersgruppe ≤ 45 Jahre deutlich über einem Drittel (37,2 Prozent) liegt, beträgt dieser bei den älteren Unternehmer/innen (> 45 Jahre) nur 28,3 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil der EPU's mit unzufrieden stellender beruflicher Situation in der Altersgruppe der über 45-Jährigen signifikant höher (20,6 Prozent) als bei den jüngeren EPU's, wo die Unzufriedenheitsrate bei 13,9 Prozent liegt (statistische Signifikanz: Pearson- $\chi^2 = 8,229$, p-Wert = 0,042).

In Bezug auf das Bildungsniveau und die Branche, in der die EPU's tätig sind, konnten auf Basis der erhobenen Daten keine statistisch signifikanten Unterschiede festgestellt werden. Allerdings steigt die Unzufriedenheit auch mit zunehmender Arbeitsbelastung; je höher die wöchentliche Arbeitszeit für die selbstständige Tätigkeit, desto unzufriedener sind die EPU's mit ihrer beruflichen Situation. Dies zeigt sich in Tabelle 3. Während die Zufriedenheitsrate bei den EPU's mit einer Normalarbeitszeit von wöchentlich bis zu 40 Stunden 84,2 Prozent beträgt, sind unter jenen mit einer höheren Arbeitsbelastung (mehr als 40 Stunden pro Woche) signifikant weniger EPU's (76,9 Prozent) sehr oder eher zufrieden mit ihrer aktuellen beruflichen Situation. Demgegenüber ist der Anteil der unzufriedenen Einzelunternehmer/innen in der Gruppe der bis zu 40 Stunden arbeitenden EPU's mit 15,8 Prozent deutlich niedriger als in der Vergleichsgruppe (23,0 Prozent; statistische Signifikanz: Pearson- $\chi^2 = 10,610$, p-Wert = 0,014).

Auch das monatliche Einkommen (Unternehmerlohn) hängt positiv mit der beruflichen Zufriedenheit zusammen. Wie Abbildung 8 zeigt, sind

Abbildung 7: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen

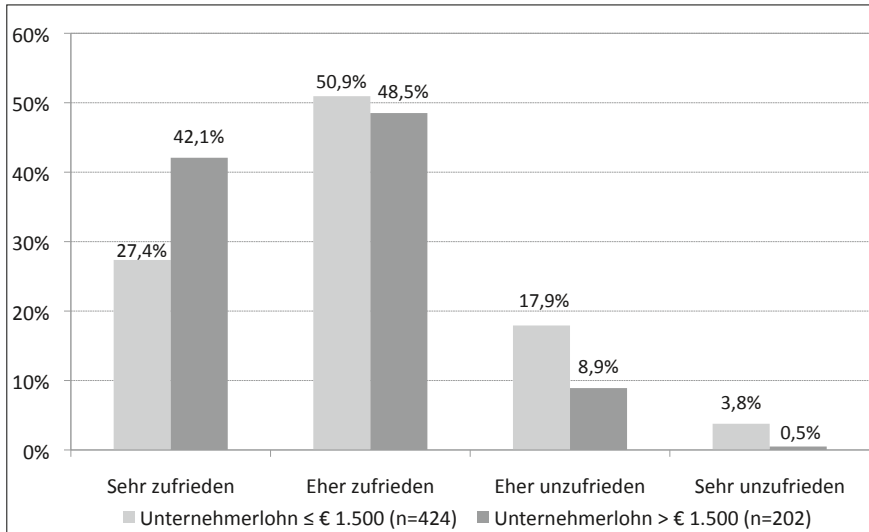
Tabelle 3: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach Arbeitszeit (in Prozent)

Berufliche Zufriedenheit	Arbeitszeit ≤ 40 h (n = 457)	Arbeitszeit > 40 h (n = 169)
Sehr zufrieden	35,4 %	23,1 %
Eher zufrieden	48,8 %	53,8 %
Eher unzufrieden	13,6 %	18,9 %
Sehr unzufrieden	2,2 %	4,1 %

Quelle: Eigene Berechnungen

jene EPUs mit einem monatlichen Netto-Unternehmerlohn von mehr als € 1.500 deutlich häufiger zufrieden als die Unternehmer/innen mit einem monatlichen Einkommen von höchstens € 1.500. Besonders stark fällt diese Diskrepanz in der Kategorie der sehr zufriedenen EPUs aus (27,4 Prozent versus 42,1 Prozent). Im Vergleich dazu zeigt sich bei der Gruppe der EPUs mit einem niedrigen monatlichen Netto-Unternehmerlohn (\leq € 1.500) eine deutlich stärkere Unzufriedenheit. So sind 21,7 Prozent eher bis sehr unzufrieden; bei der Gruppe der besser Verdienenden ist dieser Anteil mit 9,4 Prozent nur halb so hoch (statistische Signifikanz: Pearson- $\chi^2 = 22,213$, p-Wert = 0,000). Dieses Ergebnis steht auch in Einklang mit bisherigen

Abbildung 8: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach monatlichem Netto-Unternehmerlohn (in Prozent)

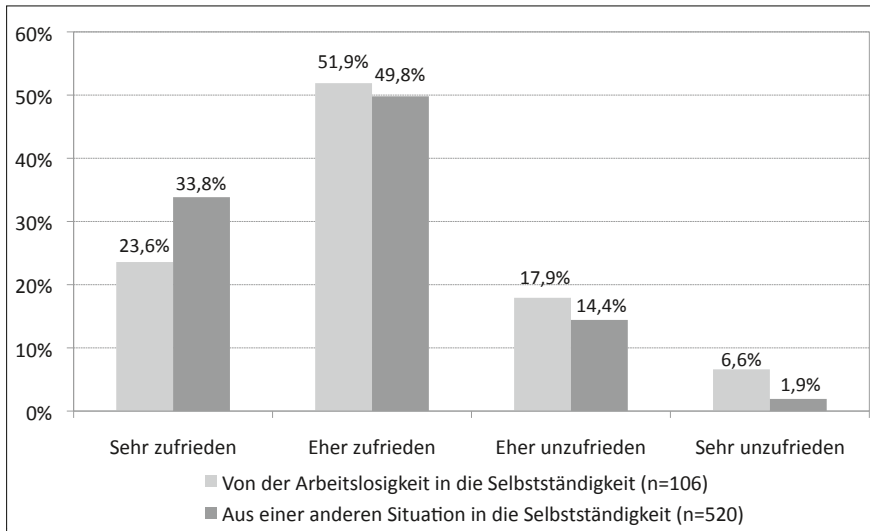


Quelle: Eigene Berechnungen

Resultaten. So wurde der positive Zusammenhang zwischen Einkommen und Arbeitszufriedenheit bereits in zahlreichen Untersuchungen analysiert und bestätigt (vgl. hierzu etwa Gazioglu und Tansel, 2006; Sousa-Poza und Sousa-Poza, 2000; Judge et al., 2010).

Entscheidend für die berufliche Zufriedenheit sind neben den sozio-demographischen Charakteristika, dem Einkommen sowie der Arbeitsbelastung auch die Berufsbiographien der selbstständigen Einzelunternehmer/innen. So zeigt sich bei jenen EPU, die von der Arbeitslosigkeit den Weg in die Selbstständigkeit gewählt haben, eine deutlich stärker ausgeprägte Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation. Von diesen sind insgesamt 6,6 Prozent sehr unzufrieden und 17,9 Prozent eher unzufrieden. In der Vergleichsgruppe liegen diese Anteile bei 1,9 Prozent bzw. 14,4 Prozent. Bei rund einem Viertel (23,6 Prozent) der EPU, die von der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit gegangen sind, stellt sich die berufliche Situation als sehr zufriedenstellend dar; im Vergleich zur Gruppe der Mikro-Selbstständigen, die aus einer anderen Situation heraus (z. B. aus einem unselbstständigen Beschäftigungsverhältnis) den Weg in die Selbstständigkeit gewählt haben, ist dies ein deutlich niedrigerer Anteil (33,8 Prozent; vgl. Abbildung 9). Die Unterschiede in der Häufigkeitsverteilung zwischen den beiden Gruppen sind auch statistisch signifikant (Pearson- $\chi^2 = 10,786$, p-Wert = 0,013).

Abbildung 9: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach Startsituation (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen

Mit diesem Ergebnis in Einklang steht auch der Zusammenhang zwischen den Motiven für die Unternehmensgründung und der beruflichen Zufriedenheit. Im Subsample der EPU, die sich u. a. aus den zuvor erläuterten Arbeitsmarktgründen für die Selbstständigkeit entschieden haben, ist der Anteil jener, die mit ihrer beruflichen Situation (eher bis sehr) unzufrieden sind, mehr als doppelt so hoch als in der Vergleichsgruppe (28,5 Prozent versus 14,1 Prozent). Im Vergleich dazu ist der Anteil der sehr zufriedenen EPU unter jenen, die den Weg in die Selbstständigkeit ausschließlich auf Basis nicht-wirtschaftlicher Faktoren gewählt haben, mit 38,2 Prozent fast dreimal so hoch wie in der Gruppe der „prekären“, vom Arbeitsmarkt verdrängten EPU (13,9 Prozent; vgl. Tabelle 4). Statistische Signifikanz der Unterschiede ist auf dem 1-Prozent-Niveau gegeben (Pearson- $\chi^2 = 22,213$, p-Wert = 0,000).

Auch Probleme mit den Kunden wirken sich negativ auf die berufliche Zufriedenheit der befragten Selbstständigen aus. EPU, die zumindest manchmal mit Problemen wie der Nichteinhaltung von Vertragsbedingungen, Zahlungsverzug, Zahlungsausfällen oder Reklamationen der Kunden in Bezug auf das Produkt bzw. die erbrachte Leistung konfrontiert sind, sind vergleichsweise unzufriedener mit ihrer aktuellen beruflichen Situation. Dies zeigt Abbildung 10. Die Zufriedenheitsrate ist bei den EPU mit manchmal auftretenden Kundenproblemen deutlich niedriger

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach Motiven für die Selbstständigkeit (in Prozent)

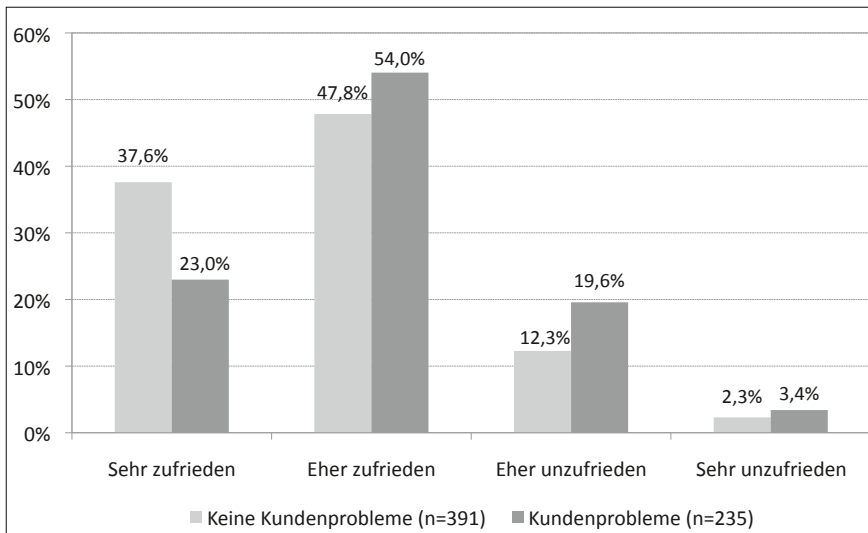
Berufliche Zufriedenheit	Arbeitsmarktgründe (n = 158)	Ausschließlich nicht-wirtschaftliche Gründe (n = 468)
Sehr zufrieden	13,9 %	38,2 %
Eher zufrieden	57,6 %	47,6 %
Eher unzufrieden	24,1 %	12,0 %
Sehr unzufrieden	4,4 %	2,1 %

Quelle: Eigene Berechnungen

(77,0 Prozent versus 85,4 Prozent) und vice versa, die Unzufriedenheitsrate deutlich höher (23,0 Prozent versus 14,6 Prozent) als bei den EPU, die selten oder nie mit Kundenproblemen konfrontiert sind (statistische Signifikanz: Pearson- $\chi^2 = 37,871$, p-Wert = 0,000).

Ähnlich verhält es sich in Hinblick auf die subjektiv wahrgenommene Eigenverantwortung und Arbeitsbelastung. So sind jene EPU, welche die hohe Eigenverantwortung und Arbeitsbelastung als Problem empfinden,

Abbildung 10: Zufriedenheit mit der aktuellen beruflichen Situation nach auftretenden Kundenproblemen (in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen

vermehrt unzufrieden mit ihrer beruflichen Situation als jene, für die diese Arbeitsumstände kein Problem darstellen (statistische Signifikanz: Pearson- $\chi^2 = 12,046$, p-Wert = 0,007).

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Daten der amtlichen Statistik lassen auf Grund unterschiedlicher Faktoren wie etwa den Strukturwandel am Arbeitsmarkt in Richtung Dienstleistungsökonomie oder sich verändernden sozialen Einstellungen und Lebensbedingungen einen deutlichen Wachstumstrend bei der Selbstständigkeit – insbesondere beim weiblichen Geschlecht – erkennen. Vor allem EPU's spielen dabei eine wichtige Rolle, stellen diese immerhin mehr als 50 Prozent aller heimischen Unternehmen. Obwohl das Leben als (Einzel-) Unternehmer/in bzw. EPU mit Vorteilen wie mehr Eigenverantwortung, sein eigener Chef sein, persönlicher Entfaltung oder flexibleren Arbeitszeiten verbunden ist, ist diese unternehmerische Tätigkeit auch mit Problemen behaftet. Die Akquirierung von Kunden, finanzielle Angelegenheiten und die Vermarktung des eigenen Produktes bzw. der angebotenen Dienstleistung stellen die größten Problemfelder für die befragten Einzelunternehmer/innen dar. Darüber hinaus werden das unsichere Einkommen, die Notwendigkeit, ständig verfügbar zu sein, und der hohe zeitliche Aufwand als wesentliche Nachteile der unternehmerischen Tätigkeit empfunden. Tatsächlich verdienen Selbstständige im Mittel weniger und sind verstärkt von Armut und finanzieller Deprivation betroffen, ein Resultat, das sich auf Basis von Daten der amtlichen Statistik bestätigt.

Trotz dieser Probleme weisen Selbstständige im Vergleich zu den unselbstständig Erwerbstätigen eine höhere Arbeitszufriedenheit auf. Dies ist auf Faktoren wie mehr Selbstbestimmung, fehlende Hierarchien, flexiblere Arbeitszeiten und interessantere Jobs zurückzuführen. Damit einher geht eine höhere persönliche Autonomie, aus der die Unternehmer/innen einen größeren Nutzen ziehen als aus Kriterien wie Umsatz oder Einkommen. So zeigt sich auch im vorliegenden Sample der Kärntner EPU's eine hohe Zufriedenheit mit der beruflichen Situation. Die berufliche Zufriedenheit variiert jedoch nach sozio-demographischen Charakteristika, der Arbeitssituation und den individuellen Berufsbiographien. Demnach weisen weibliche Einzelunternehmer/innen eine höhere Arbeitszufriedenheit auf; gleiches gilt für jüngere EPU's. Darüber hinaus nimmt die berufliche Zufriedenheit mit steigender Arbeitsbelastung ab. Auch zwischen dem monatlichen Netto-Unternehmerlohn und der Arbeitszufriedenheit konnte ein positiver Zusammenhang identifiziert werden: je höher der Lohn aus der unternehmerischen Tätigkeit, desto zufriedener sind die EPU's mit ihrer beruflichen Situation. Auch die Konfrontation mit

Kundenproblemen wie Zahlungsausfällen etc. wirkt sich negativ auf die berufliche Zufriedenheit aus. Schließlich hängt die Arbeitszufriedenheit auch mit den Motiven für die Unternehmensgründung zusammen; EPU, die ihr Unternehmen aus einer Arbeitslosigkeitssituation heraus gegründet haben, sind vergleichsweise unzufriedener.

Literatur

- Andersson, P. (2008): Happiness and health: Well-being among the self-employed. In: *The Journal of Socio-Economics* 37 (2008), S. 213–236.
- Audretsch, D. B. (2007): *The Entrepreneurial Society*, Oxford University Press: Oxford.
- Bank Austria (2012): *Ein-Personen-Unternehmen. Charakteristika, Rahmenbedingungen und der Weg zum Erfolg*. UniCredit Bank Austria AG: Wien.
- Benke, K. (2013): Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringe Einkommen. In: *DIW Wochenbericht* 7 (2013), S. 3–16.
- Binder, M. und Coad, A. (2010): Life Satisfaction and self-employment: A matching approach. In: *The Papers on Economics and Evolution*. Max Planck Institute of Economics: Jena.
- Benz, M. und Frey, B. (2008): The value of doing what you like: Evidence from the self-employed in 23 countries. In: *Journal of Economic Behaviour & Organization* 68 (2008), S. 445–455.
- Bögenhold, D. (1985): *Die Selbständigen. Zur Soziologie dezentraler Produktion*. Campus: Frankfurt und New York.
- Bögenhold, D. (1996): *Das Dienstleistungsjahrhundert. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Wirtschaft und Gesellschaft*. Enke: Stuttgart.
- Bögenhold, D., Fachinger, W. und Leicht, R. (2001): Entrepreneurship, Self-Employment, and Wealth Creation. In: *The International Journal of Entrepreneurship and Innovation* 2 (2001), S. 81 f.
- Bögenhold, D. und Fachinger, U. (2007): Micro-firms and the Margins of Entrepreneurship: The Restructuring of the Labour Market. In: *The International Journal of Entrepreneurship and Innovation* 8 (2007), S. 281 f.
- Bögenhold, D. und Fachinger, U. (2011): Entrepreneurial Diversity: Theoretische und empirische Beleuchtungen der Heterogenität beruflicher Selbständigkeit in Deutschland. In: *Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship* 59 (2011), S. 251 f.
- Bonnet, J., García-Pérez-de-Lema, D. und van Auken, H. (2010): *The Entrepreneurial Society: How to fill the Gap between Knowledge and Innovation*. Edward Elgar: Cheltenham.
- Bonnet, J., Dejardin, M. und Madrid-Guijarro, A. (2012): *The Shift to the Entrepreneurial Society: A Built Economy in Education, Support and Regulation*. Edward Elgar: Cheltenham.
- Eurostat-Datenbank, Selbstständigkeit nach Geschlecht, Alter und Beruf (lfsa_espais). Verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database. Download am 11. 5. 2014.
- Folta, T., Delmar, F. und Wennberg, K. (2010): Hybrid Entrepreneurship. In: *Management Science* 56 (2010), S. 253 f.
- Gatterer, H. und Kühmayer, F. (2010): *EPU machen Zukunft. Trenddossier zur Zukunft von Ein-Personen-Unternehmen*. Zukunftsinstitut Österreich GmbH: Wien.
- Gazioglu, S. und Tansel, A. (2006): Job satisfaction in Britain: individual and job related factors. In: *Applied Economics*, 2006, 38, S. 1163–1171.
- Hanglberger, D. und Merz, J. (2011): Are Self-Employed Really Happier Than Employees? An Approach Modelling Adaption and Anticipation Effects to Self-Employment and General Job Changes. In: *IZA Discussion Paper Series*. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit: Bonn.

- Judge, T. A., Piccolo, R. F., Podsakoff, N. P., Shaw, J. C. und Rich, B. L. (2010): The relationship between pay and job satisfaction: A meta-analysis of the literature. In: *Journal of Vocational Behavior* 77 (2010), S. 157–167.
- Kaupa, I., Kien, C., Kreiml, T., Riesenfelder, A., Steiner, K., Weber, M. und Wetzel, P. (2005): Zufriedenheit, Einkommenssituation und Berufsperspektiven bei Neuen Erwerbsformen in Wien. Studie im Auftrag der MA27 in Kooperation mit dem WAFF. L&R Sozialforschung: Wien.
- Kerst, C. und Minks, K.-H. (2005): Selbständigkeit und Unternehmensgründung von Hochschulabsolventen fünf Jahre nach dem Studium. Eine Auswertung der HIS-Absolventenbefragungen 2002/2003. Hochschul-Informations-System: Hannover.
- Korunka, G., Kessler, A., Frank, H. und Lueger, M. (2011): Conditions for growth in one-person-startups: A longitudinal study spanning eight years. In: *Psicothema* 23 (2011), S. 446 ff.
- Leicht, R. (2000): Die 'neuen Selbständigen' arbeiten alleine. Wachstum und Struktur der Soloselbständigen in Deutschland. In: *Internationales Gewerbearchiv* 48 (2000), S. 75 f.
- Leicht, R. und Strohmeier, R. (1999): Die Bedeutung von lokaler, individueller und professioneller Arbeit für die Persistenz kleiner Betriebe, In: Bögenhold, D. und Schmidt, D. (Hrsg.). *Eine neue Gründerzeit. Die Wiederentdeckung kleiner Unternehmen in Theorie und Praxis*. Fakultas: Amsterdam.
- Mandl, I., Dörflinger, C., Gavac, K., Hölzl, K., Kremser, S. und Pecher, I. (2007): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich. Endbericht. KMU Forschung Austria: Wien.
- Mandl, I., Gavac, K. und Hölzl, K. (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 35 (2009), S. 215 ff.
- Meyer, R. und Sidler, A. (2009): Die neuen Selbständigen 2009. Forschungsbericht. Fachhochschule Nordwestschweiz – Institut für Unternehmensführung: Windisch.
- Puchleitner, K. (2014): Chef allein zu Haus: Das Leben als Ein-Personen-Unternehmen. In: *Format* vom 13. 2. 2014.
- Rechnungshof (2012): Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung (Allgemeiner Einkommensbericht 2012). Wien.
- Schumpeter, J. A. (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. J. C. B. Mohr: Tübingen.
- Sousa-Poza A. und Sousa-Poza, A. A. (2000): Well-being at work: a cross-national analysis of the levels and determinants of job satisfaction. In: *Journal of Socio-Economics* 29 (2000), S. 517–538.
- Statistik Austria (2007): Erfolgsfaktoren österreichischer Jungunternehmen. Wien.
- Statistik Austria (2013a): Census 2011 Arbeitsstättenzählung, Ergebnisse zu Arbeitsstätten aus der Registerzählung. Wien.
- Statistik Austria (2013b): Ergebnisse im Überblick: Statistik zur Unternehmensdemografie 2004 bis 2011, Untergliederung nach Beschäftigungsgrößenklasse. Wien.
- Statistik Austria (2013c): Ergebnisse im Überblick: Statistik zur regionalen Unternehmensdemografie 2008 bis 2011 nach NUTS-Gliederung. Wien.
- Statistik Austria (2013d): *Statistisches Jahrbuch 2014*. Wien.
- Statistik Austria (2013e): Tabellenband EU-SILC 2012, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.
- Statistik Austria (2014): Stat-Cube Datenbank: Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung – Jahresdaten. Wien.
- Wirtschaftskammer Kärnten (2013): *Fachgruppenkatalog*. Klagenfurt am Wörthersee.
- Wirtschaftskammer Kärnten (2014): *EPU-Statistik, Sonderauswertung*. Klagenfurt am Wörthersee.
- Wirtschaftskammer Österreich (2013a): *Ein-Personen-Unternehmen (EPU) 2013, EPU-Anteil nach Bundesländern (EinzelunternehmerInnen, GmbH)*. Wien.
- Wirtschaftskammer Österreich (2013b): *Ein-Personen-Unternehmen (EPU) 2013, EPU-Anteil nach Sparten (Mehrfachmitgliedschaften) (EinzelunternehmerInnen, GmbH)*. Wien.

Anmerkungen

- 1 In diesem Zeitraum ist gleichzeitig auch die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 10,8 Prozent angestiegen.
- 2 Auch bei den Unternehmensneugründungen zeigt sich die Bedeutung der EPU's. Bei mehr als der Hälfte der in Österreich neu gegründeten Unternehmen (53,5 Prozent) handelt es sich um Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte; die gesamte Neugründungsrates – das ist das Verhältnis der neu gegründeten Unternehmen zur Gesamtzahl der bestehenden aktiven Unternehmen – lag im Jahr 2011 bei 5,9 Prozent (Kärnten: 5,4 Prozent; vgl. Statistik Austria, 2013b; 2013c).
- 3 Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Armutsgefährdeten an der Gesamtbevölkerung bzw. der jeweiligen Teilgrundgesamtheit wieder. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medians liegt.
- 4 Die Armutsgefährdungslücke gibt die durchschnittliche Abweichung des Äquivalenzeinkommens der armutsgefährdeten Personen von der Armutsgefährdungsschwelle (60 Prozent des Medianeinkommens) wieder.
- 5 Finanzielle Deprivation bedeutet, dass sich ein Haushalt mindestens zwei der folgenden sieben Punkte nicht leisten kann: die Wohnung angemessen warm halten, regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig begleichen, notwendige Arzt- und Zahnarztbesuche in Anspruch nehmen, unerwartete Ausgaben bis zu € 1.000 finanzieren, neue Kleidung kaufen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch zu essen, Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einladen.
- 6 Im Gegensatz dazu zeigen Hanglberger und Merz (2011, S. 18), dass auf Grund negativer Antizipationseffekte, die mit der Selbstständigkeit verbunden sind, langfristig keine positiven Effekte auf die Arbeitszufriedenheit zu erwarten sind.

Arbeitsmarktbeteiligung und Kinderbetreuung – Eine regionale Analyse für Kärnten

1. Einleitung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Thematik, welche vor allem für Frauen – trotz des hohen Entwicklungsstandes des Landes Österreich – nach wie vor eine Herausforderung darstellt. Für den Großteil der Frauen ist eine Mutterschaft mit einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit verbunden: Während 87,3 Prozent der Frauen mit Kindern unter acht Jahren ihre Erwerbstätigkeit für die Betreuung ihres jüngsten Kindes unterbrechen, gilt das gegenteilig nur für 6,4 Prozent der Männer. Die durchschnittliche Dauer der Unterbrechung lag bei Frauen bei 22 Monaten, bei Männern bei acht Monaten. Auch nach der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zeigt sich die traditionelle Rollenverteilung: Der überwiegende Anteil der Frauen reduziert die Erwerbstätigkeit, mit auch deutlichen Konsequenzen für die Einkommensentwicklung (vgl. Statistik Austria, 2011: 51 ff.).

Gegen eine entsprechende Unterbrechung bzw. Reduktion der Erwerbstätigkeit ist aus sozialer Sicht nichts einzuwenden, sofern diese auch gewollt ist. Untersuchungen für Österreich als auch Deutschland zeigen jedoch, dass Frauen häufig eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit präferieren bzw. sich eine Erwerbsarbeit wünschen würden (vgl. Statistik Austria, 2011: 43 f.; Bundeskanzleramt Österreich, 2010: 140 f.; Esch und Stöbe-Blossey, 2005: 134 f., sowie Engelbrech und Jungkunst, 2001). Damit eng verbunden ist meist der Wunsch nach zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und/oder flexibleren Arbeitszeiten. So klagen in Österreich 12,0 Prozent der Personen von 15 bis 64 Jahren mit Betreuungspflichten für Kinder unter 15 Jahren über Probleme bei Kinderbetreuungsangeboten, wobei für 58,4 Prozent das fehlende Angebot das Hauptproblem darstellt; in Südtirol sogar für 67,0 Prozent (vgl. Statistik Austria, 2011: 45 f.).

Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist die Unterbrechung bzw. Reduktion der Erwerbstätigkeit von Frauen kritisch zu sehen. Das gilt sowohl vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen, den damit verbundenen erhöhten Lastenquotienten, als auch dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigkeit von Frauen

bzw. eine Erhöhung dieser ist als ein potentieller Baustein zur Entgegnung der bestehenden Herausforderungen anzusehen (vgl. Bliem, Aigner-Walder und Klinglmair, 2012). Der Kinderbetreuung ist in diesem Zusammenhang eine nicht unerhebliche Rolle zuzuschreiben (vgl. Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder, 2014). Dabei scheint im genannten Bereich ein Potential in Österreich gegeben: So liegt die Teilzeitquote von Frauen in Österreich deutlich über dem EU27-Durchschnitt, jene der Betreuungsquote 0- bis 2-Jähriger hingegen unter dem Mittel (vgl. Aigner-Walder, 2013 sowie 2014).

Der vorliegende Beitrag gibt auf Basis einer repräsentativen empirischen Erhebung einen Einblick in die Thematik aus Sicht von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern im Bundesland Kärnten und damit einem der strukturschwächeren und eher ländlich geprägten Bundesländer Österreichs. Abgesehen von dem Erwerbsstatus von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren und der Organisation der Kinderbetreuung stehen dabei insbesondere Herausforderungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund, wobei zwischen dem Zentralraum (Klagenfurt und Villach) und den eher ländlich geprägten Regionen Oberkärnten und Unterkärnten unterschieden wird.

Zu Beginn des Beitrages wird ein kurzer Einblick in die Erwerbstätigkeit von Frauen in Kärnten – im Vergleich zu Österreich – sowie die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen gegeben. Im Anschluss daran erfolgt eine Darstellung der Eckpfeiler der empirischen Erhebung. Darauf folgend werden zentrale regionale Aspekte der Untersuchung dargestellt, wobei insbesondere auf Unterschiede in der Erwerbstätigkeit, der Betreuungsform von Kindern und Herausforderungen in Bezug auf die Kinderbetreuung im Zentralraum sowie Ober- und Unterkärnten eingegangen wird. Die gesamten Untersuchungsergebnisse finden sich in Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder (2013).

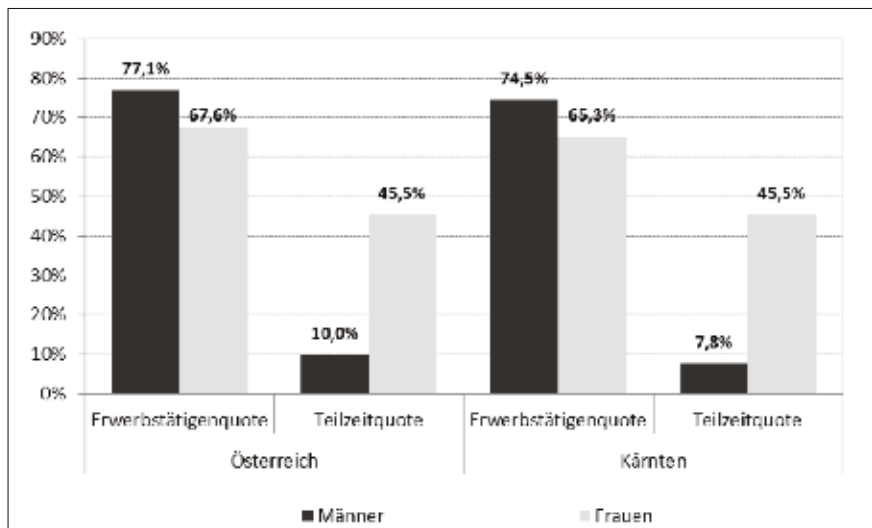
2. Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und Kinderbetreuungsangebot in Kärnten

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Österreich deutlich gestiegen. Lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren bis zum Jahr 1987 noch unter 50 Prozent, so betrug diese im Jahr 2013 67,6 Prozent. Durch den kontinuierlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote der Frauen ist es zu einer stetigen Annäherung an jene der Männer gekommen. Dennoch betrug die Differenz zwischen den Geschlechtern im Jahr 2013 noch knapp 10 Prozentpunkte (Frauen: 67,6 Prozent; Männer: 77,1 Prozent). Wie in Abbildung 1 ersichtlich, lagen die entsprechenden Werte in Kärnten mit 65,3 Prozent bzw. 74,5 Prozent

deutlich unter dem österreichischen Wert; lediglich Wien weist geringere Quoten auf. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird im Verlauf des Lebens nach wie vor stark durch familiäre Betreuungsaufgaben beeinflusst. Insbesondere im mittleren Lebensalter liegt der Anteil erwerbstätiger Frauen deutlich unter jenem der Männer. So unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen am geringsten (4,4 Prozentpunkte) und steigt bis zur Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen deutlich an (8,7 Prozentpunkte; vgl. Statistik Austria, 2014a).

In vielen Fällen ist eine Teilzeiterwerbstätigkeit für Mütter die einzige Möglichkeit für eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt: 45,5 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Österreich arbeiten Teilzeit. Dies gilt im Vergleich dazu für lediglich 10,0 Prozent der Männer. Für Kärnten fällt die Teilzeitquote von Männern mit 7,8 Prozent noch geringer aus (vgl. Abbildung 1); jene der Frauen entspricht dem österreichischen Wert (vgl. Statistik Austria, 2014a). Im mittleren Alter (30 bis 39 Jahre) liegt der Anteil an Frauen, welche aktiv einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, um ca. 10 Prozentpunkte unter jener von Frauen zwischen 25 und 29 Jahren; erst ab einem Alter von rund 40 Jahren, d. h. nach der „Familienpause“, steigt die Vollzeiterwerbstätigkeit wieder an. Während im mittleren Alter neun von zehn Männern Vollzeit arbeiten, gilt dies lediglich für ein Drittel der Frauen (vgl. Statistik Austria, 2012a).

Abbildung 1: Geschlechterspezifische Erwerbstätigen- und Teilzeitquote, Österreich und Kärnten (2013, in Prozent)



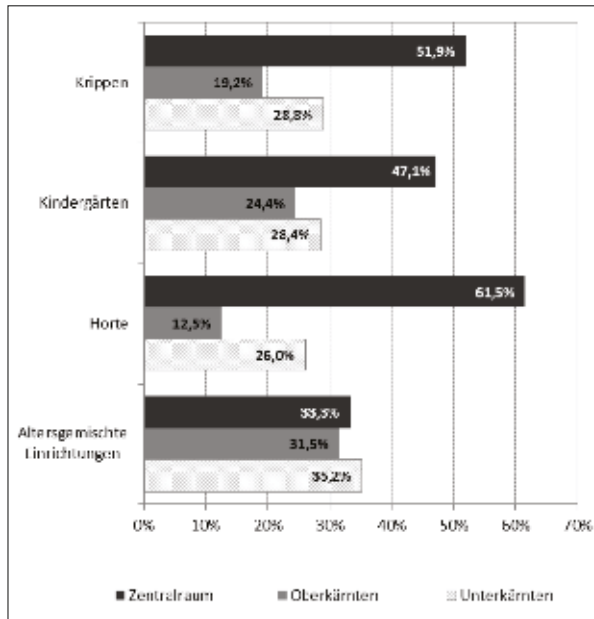
Quelle: Statistik Austria (2014a), eigene Darstellung

Die Zurverfügungstellung institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen bieten ein hohes Potential, um die Arbeitsmarktteilnahme von Frauen zu erhöhen. Empirische Untersuchungen belegen, dass Frauen früher nach der Geburt ihres Kindes und in einem höheren Ausmaß arbeiten würden, sofern qualitative und kosteneffiziente institutionelle Betreuungsplätze verfügbar wären (vgl. beispielsweise Fuchs, 2006, oder Statistik Austria, 2011). Eine aktuelle Untersuchung für Westdeutschland zeigt außerdem, dass fehlende Betreuungsangebote für Kinder dazu führen, dass gebildete Frauen in Westdeutschland eher kinderlos bleiben als in der Vergleichsregion Belgien (vgl. Klüsener, 2014). Als besonders große Herausforderungen bezüglich der Kinderbetreuung in Österreich werden von Frauen vor allem genannt, dass institutionelle Angebote fehlen, die Öffnungszeiten der Angebote nicht den Erfordernissen entsprechen (z. B. am späten Nachmittag) sowie die häufige Schließung dieser während Ferienzeiten ein Problem darstellt (vgl. Statistik Austria, 2011).

Nicht nur die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in Kärnten geringer als in den weiteren Bundesländern, sondern auch in Bezug auf das Kinderbetreuungsangebot fällt die Bewertung durch Frauen für Südösterreich kritischer aus bzw. wird ein fehlendes Kinderbetreuungsangebot – wie bereits dargestellt – wesentlich häufiger genannt (67,0 Prozent zu 58,4 Prozent, vgl. Statistik Austria, 2011). Das Kinderbetreuungsangebot in Kärnten ist aus der Kindertagesheimstatistik, welche jährlich veröffentlicht wird, ersichtlich (vgl. Statistik Austria, 2014b). So gab es in Kärnten im Schuljahr 2013/14 insgesamt 225 Kindergärten, in denen 11.230 Kinder betreut wurden (von zwei Drittel der betreuten Kinder waren die Mütter berufstätig), 104 Krippen, in denen 2.592 Kinder betreut wurden (von 83 Prozent der betreuten Kinder waren die Mütter berufstätig), und 104 Horte, in denen 4.217 Kinder nach der Schulpflicht betreut wurden (von 89 Prozent der betreuten Kinder waren die Mütter berufstätig). Des Weiteren bestanden 54 altersgemischte Einrichtungen, in denen insgesamt 1.534 Kinder betreut wurden (von 65 Prozent der betreuten Kinder waren die Mütter berufstätig). Insgesamt wurden damit 19.573 Kinder in einer institutionellen Einrichtung betreut, das entspricht einem Anteil von 25,5 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in Kärnten (76.778).

Wie in Abbildung 2 ersichtlich, konzentriert sich der überwiegende Teil der Kinderbetreuungsangebote auf den Kärntner Zentralraum. 48,5 Prozent der unter 15-Jährigen leben in dieser Region, während der Anteil in Oberkärnten 23,1 Prozent und in Unterkärnten 28,4 Prozent beträgt (vgl. Statistik Austria, 2012b). Besonders problematisch ist die Angebotsituation für schulpflichtige Kinder außerhalb des Zentralraumes: Während nur 12,5 Prozent der Horte in Oberkärnten und rund 26 Prozent der Horte in Unterkärnten angesiedelt sind, entfallen 61,5 Prozent der

Abbildung 2: Kinderbetreuungsangebote in Kärnten nach Region – NUTS-3-Ebene (in Prozent)

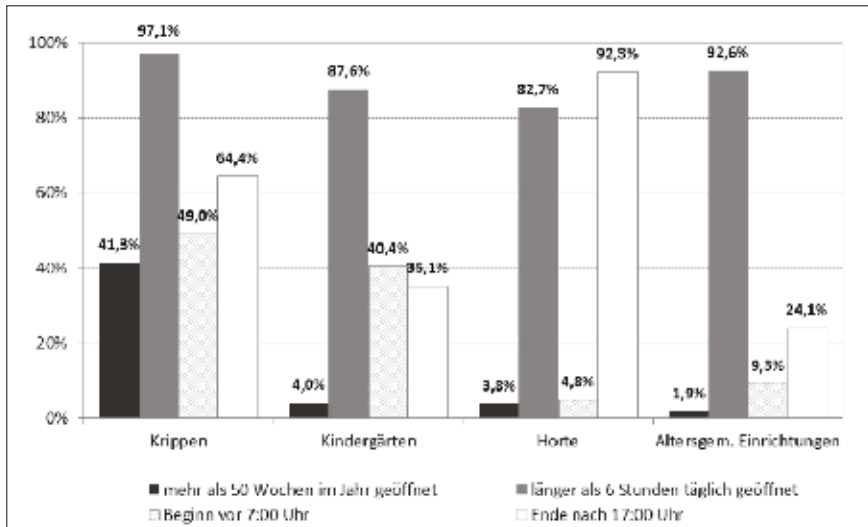


Quelle: Statistik Austria (2014b), eigene Darstellung

Horte auf den Zentralraum. Oberkärnten weist bei allen Formen der Kinderbetreuung die geringsten Anteile auf. Auffallend ist darüber hinaus der relativ gleich hohe Anteil altersgemischter Einrichtungen in den Regionen.

Wenngleich in der Kindertagesheimstatistik Daten auf regionaler Ebene für die von den Frauen als problematisch dargestellte Situation in Bezug auf die Öffnungszeiten als auch die Ferienzeiten fehlen, so zeigt Abbildung 3 die wesentlichen Lücken bezüglich der Angebotsmerkmale (Anzahl der Betriebswochen, tägliche Öffnungszeiten, Öffnungszeiten in der Früh und Öffnungszeiten am Abend) für die verschiedenen Betreuungsformen in Kärnten gesamt auf: Nicht einmal die Hälfte der Krippen hat eine fast ganzjährige Betriebszeit; bei den Kindergärten sind es 4 Prozent und bei den Horten bzw. altersgemischten Einrichtungen noch weniger. Zwar hat der überwiegende Teil der Betreuungseinrichtungen mehr als sechs Stunden täglich geöffnet, aber nur 64,4 Prozent der Krippen und nur 35,1 Prozent der Kindergärten schließen nach 17:00 Uhr. Das stellt vor allem jene Frauen, welche keine typischen Büro-Arbeitszeiten vorfinden, vor Herausforderungen, um Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung zu vereinbaren.

Abbildung 3: Angebotsmerkmale der Kinderbetreuung in Kärnten nach Betreuungsform (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria (2014b), eigene Darstellung

Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Problematik außerhalb des Zentralraumes verstärkt gilt, d. h. einerseits Kinderbetreuungsangebote verstärkt fehlen und andererseits die bestehenden in vielen Fällen nicht jene Angebotskriterien vorweisen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie erlauben würden.

3. Eckpfeiler der empirischen Erhebung

Mit dem Ziel, die Situation von Kärntner Frauen in Bezug auf ihre Arbeitsmarktteilnahme und die Betreuung ihrer Kinder zu analysieren, wurde vom IHS Kärnten eine umfassende empirische Untersuchung durchgeführt. Der modular aufgebaute Fragebogen enthielt 45 Fragen zu den Themenfeldern Betreuung von Kindern, Kinder als Teil des eigenen Lebenskonzepts, Erwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie soziodemographische Fragestellungen. Im Zentrum der Untersuchung standen u. a. die folgenden Fragen:

- Welchen Schwierigkeiten hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder sehen sich Frauen im Zuge der Erwerbstätigkeit ausgesetzt?
- Wollen oder können nicht erwerbstätige Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern nicht arbeiten und welche Gründe gibt es dafür?
- Gibt es Unterschiede zwischen den Regionen?

Eine repräsentative Fünf-Prozent-Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Kärntner Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren wurde gezogen. Im Zuge der Stichprobenziehung wurde keine Trennung nach Erwerbstätigkeit und dem Vorhandensein von Kindern getroffen. Der Fragebogen wurde im Jänner 2013 postalisch an 5.554 Kärntner Frauen versandt. Bis März 2013 wurden insgesamt 1.121 Fragebögen retourniert; das entspricht einer Rücklaufquote von 20,2 Prozent. Sechs Fragebögen waren unvollständig, sodass für die Analyse 1.115 Fragebögen einbezogen werden konnten. Das verfügbare Datensample ist in hohem Maße repräsentativ: Die Stichprobe zeigt in Hinblick auf die regionale Verteilung (auf Bezirksebene) als auch die Altersverteilung der Kärntner Frauen kaum Abweichungen von der Grundgesamtheit (vgl. Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder, 2013).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Frauen mit Kindern unter 15 Jahren; dies entspricht 685 Frauen bzw. 61,4 Prozent. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder in der Stichprobe beträgt 1,9 Kinder, bei einer maximalen Anzahl von sechs Kindern. Im Mittel waren die befragten Frauen 36,6 Jahre alt. 14,9 Prozent waren zwischen 20 und 29 Jahre, 50,2 Prozent zwischen 30 und 39 Jahre und 34,8 Prozent zwischen 40 und 49 Jahre alt. Der überwiegende Anteil der befragten Frauen verfügt über eine abgeschlossene Lehre oder Fachschule (38,4 Prozent), gefolgt von einem Abschluss auf Maturaniveau (29,8 Prozent). 25,5 Prozent haben eine tertiäre Ausbildung (Universität, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule) abgeschlossen und 6,3 Prozent keine abgeschlossene Ausbildung oder lediglich einen Pflichtschulabschluss. 60,7 Prozent sind verheiratet, 25,3 Prozent leben in einer Lebensgemeinschaft und 14 Prozent sind alleinerziehend (ledig, verwitwet oder geschieden). 50,5 Prozent der Frauen leben im Zentralraum Kärntens, d. h. entweder in den Bezirken Klagenfurt Stadt, Klagenfurt Land, Villach Stadt oder Villach Land. 24,5 Prozent der Befragten stammen aus Oberkärnten (Feldkirchen, Hermagor und Spittal an der Drau) und 25,0 Prozent aus Unterkärnten (St. Veit an der Glan, Völkermarkt und Wolfsberg).

69,0 Prozent der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind erwerbstätig; der überwiegende Teil davon ist unselbstständig beschäftigt. Das Erwerbsausmaß liegt bei durchschnittlich 27 Stunden pro Woche, wobei rund vier von fünf erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren teilzeiterwerbstätig sind. Die am häufigsten genannten Branchen sind der sonstige Dienstleistungsbereich, das Gesundheits- und Sozialwesen und der Handel. Bei der deutlichen Mehrheit der erwerbstätigen Frauen ist das jüngste Kind über drei Jahre alt (82,9 Prozent). Das Erwerbsausmaß steigt mit dem Alter des Kindes. Trotz Teilzeiterwerbstätigkeit geben knapp 30 Prozent der Befragten an, dass ihr Arbeitsende nach 17:00 Uhr liegt. 16,5 Prozent geben an, dass der Arbeitsbeginn vor 7:00 Uhr liegt. Alleinerziehende sind signifikant eher vollzeiterwerbstätig als verheiratete Frauen oder Frauen

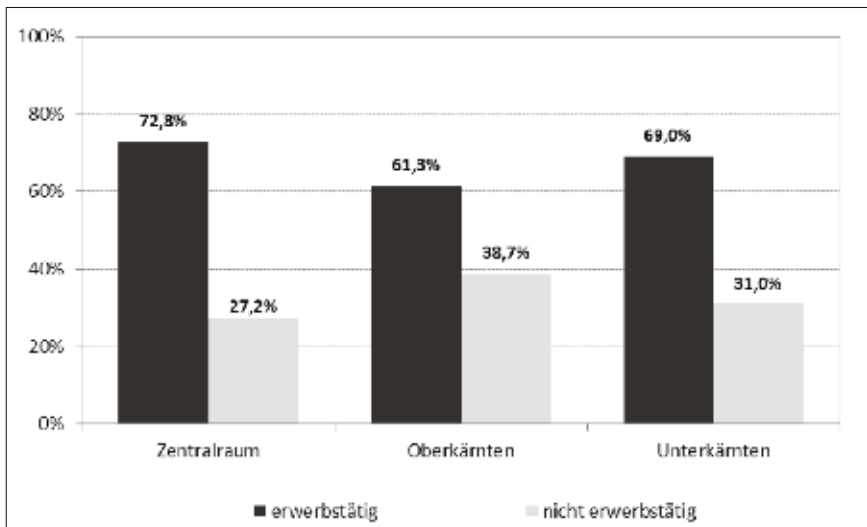
in Lebensgemeinschaften und deshalb besonders auf ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot angewiesen.

Nicht erwerbstätige Frauen weisen mit 2,0 eine etwas höhere durchschnittliche Anzahl an Kindern auf. Zudem befanden sich 54,9 Prozent der zum Zeitpunkt der Befragung nicht erwerbstätigen Frauen in Elternkarenz/Mutterschutz und 28,8 Prozent waren haushaltsführend. Die restlichen Anteile entfielen auf Arbeitslosigkeit (10,7 Prozent) und Sonstige (z. B. in Pension). 74,3 Prozent gaben zudem an, die (Wieder-)Aufnahme der Erwerbstätigkeit anzustreben. 82,2 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen nehmen für die Betreuung ihrer Kinder keine außerfamiliäre Betreuungseinrichtung in Anspruch (vgl. Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder, 2013).

4. Ergebnisse der Untersuchung mit Fokus auf regionale Unterschiede

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird wesentlich durch den Wohnort beeinflusst. Während im Zentralraum das Kinderbetreuungsangebot wesentlich besser ausgebaut ist (vgl. Abschnitt 2), gibt es in den peripheren Bezirken neben der Problematik der Mobilität und der schwierigeren Situation am Arbeitsmarkt auch Lücken beim Kinderbetreuungsangebot. Im Zentralraum sind Frauen, deren jüngstes Kind unter 15 Jahre alt ist,

Abbildung 4: Erwerbstätigkeit von Frauen – NUTS-3-Ebene (n = 684)

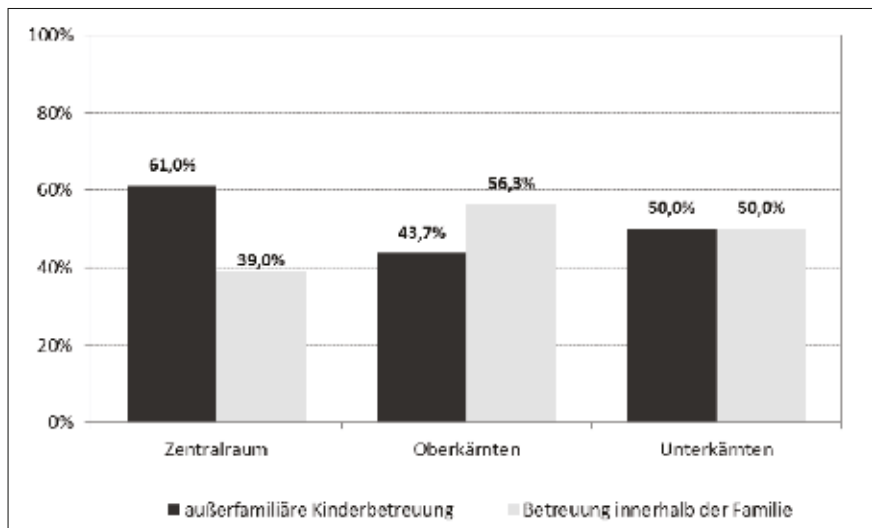


Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

statistisch signifikant eher erwerbstätig als Frauen in Ober- oder Unterkärnten (Pearson $\chi^2 = 6,92$; $p = 0,03$). Besonders niedrig ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen in Oberkärnten. Während der Anteil erwerbstätiger Frauen in Unterkärnten 3,8 Prozentpunkte unter jenem im Zentralraum liegt (69,0 Prozent zu 72,8 Prozent), sind es in Oberkärnten 11,5 Prozentpunkte (61,3 Prozent zu 72,8 Prozent) (vgl. Abbildung 4).

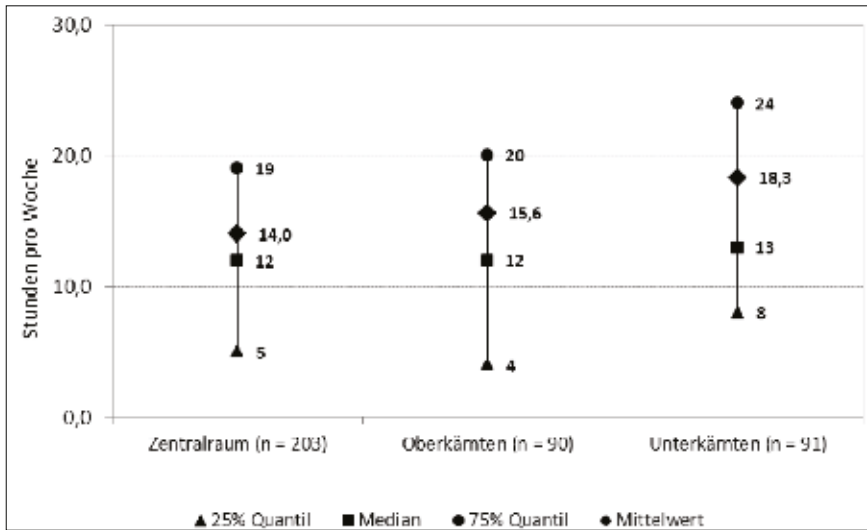
Frauen im Zentralraum sind nicht nur eher erwerbstätig, sondern sie nehmen auch eher eine außerfamiliäre Kinderbetreuungseinrichtung für ihr jüngstes Kind in Anspruch. Eine Kontingenztafelanalyse bestätigt einen signifikanten Unterschied zwischen den NUTS-3-Regionen und der Inanspruchnahme außerfamiliärer Kinderbetreuungsangebote (Pearson $\chi^2 = 10,03$; $p = 0,00$). Während im Zentralraum fast zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen (61,0 Prozent) ein außerfamiliäres Kinderbetreuungsangebot in Anspruch nehmen, sind es in Oberkärnten 43,7 Prozent und in Unterkärnten 50,0 Prozent. In Oberkärnten erfolgt die Betreuung des jüngsten Kindes in mehr als der Hälfte der Fälle (56,3 Prozent) ausschließlich innerhalb der eigenen Familie (vgl. Abbildung 5). Eine mögliche Ursache ist, dass das Kinderbetreuungsangebot in den ländlichen Gebieten – und hier im Besonderen in Oberkärnten – weniger stark ausgebaut ist als im Kärntner Zentralraum (vgl. Abschnitt 2). Österreichweit gibt es eine starke Benachteiligung ländlicher Gemeinden bezüglich der

Abbildung 5: Inanspruchnahme außerfamiliärer Kinderbetreuung bei Erwerbstätigkeit der Frauen in Kärnten, NUTS-3-Ebene (n = 472)



Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

Abbildung 6: Betreuungsunterstützung durch das persönliche Umfeld bei Erwerbstätigkeit der Frauen in Kärnten, NUTS-3-Ebene



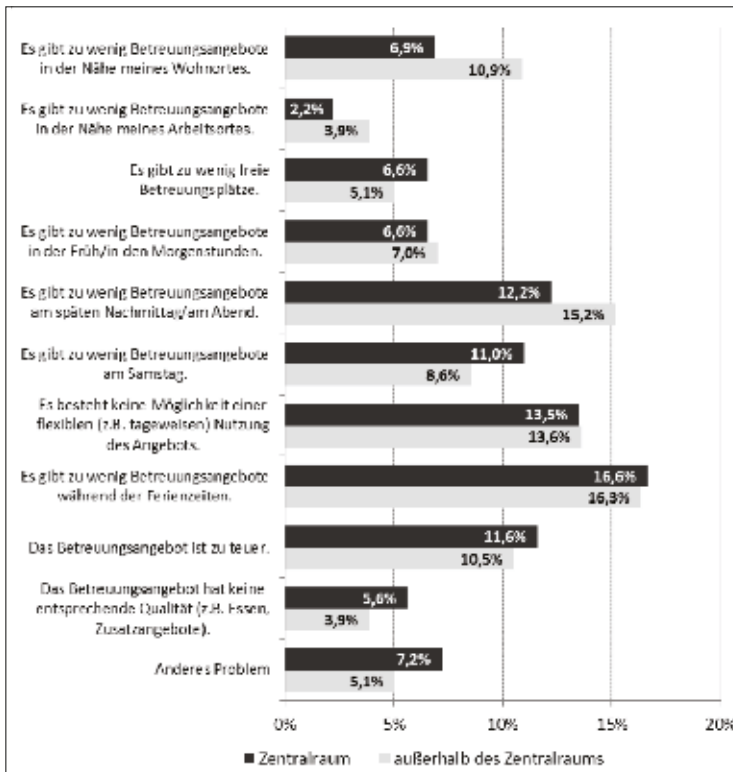
Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

Kinderbetreuung: Während in Wien neun von zehn Einrichtungen mindestens 10 Stunden täglich geöffnet haben, stehen im ländlichen Raum drei Viertel der Kindergärten weniger als 8 Stunden zu Verfügung (vgl. Bundeskanzleramt Österreich, 2010: 319 ff.).

Bestärkt wird dieser Befund auch durch den Umfang der durch das persönliche Umfeld (Großeltern, Verwandte, Freunde etc.) geleisteten Betreuungsunterstützung, wenn Frauen erwerbstätig sind (vgl. Abbildung 6). Während im Zentralraum die Betreuung des jüngsten Kindes mit durchschnittlich 14,0 Stunden pro Woche durch das persönliche Umfeld erfolgt, sind es in Oberkärnten durchschnittlich rund 18,3 Stunden pro Woche und in Unterkärnten durchschnittlich rund 15,6 Stunden pro Woche. Der Unterschied zwischen den NUTS-3-Regionen bezüglich der Betreuungsunterstützung durch das persönliche Umfeld ist statistisch signifikant (F-Statistik = 3,87, $p = 0,02$).

Bei den Angaben zu den Schwierigkeiten bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann ebenfalls ein Unterschied zwischen dem Zentralraum und den übrigen Regionen festgestellt werden. Aufgrund der geringen Fallzahl ist eine Unterscheidung auf NUTS-3-Ebene nicht sinnvoll, weshalb der Unterschied lediglich zwischen dem Zentralraum und den Regionen außerhalb des Zentralraums gesamt dargestellt wird. Für den ländlichen Raum sind neben den Schwierigkeiten bezüglich der Betreuung

Abbildung 7: Probleme mit außerfamiliärer Kinderbetreuung bei Erwerbstätigkeit der Frauen in Kärnten (n = 538, Mehrfachnennungen)

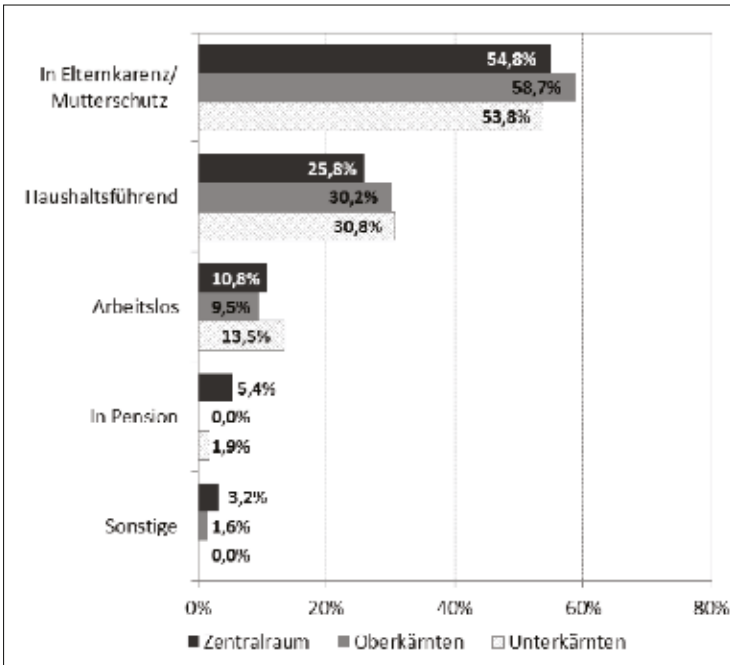


Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

während der Ferienzeiten, der Betreuung am späten Nachmittag/am Abend und der nicht vorhandenen Möglichkeit einer flexiblen Nutzung (stunden- oder tageweise) vor allem zu wenig Betreuungsmöglichkeiten in der Nähe des Wohnortes relevant; dieser Grund wurde im Vergleich zum Zentralraum erheblich häufiger genannt. Frauen im Zentralraum bemängeln hingegen fehlende Betreuungsangebote am Samstag deutlich stärker als jene im ländlichen Raum (vgl. Abbildung 7).

Bezug nehmend auf nicht erwerbstätige Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern zeigt sich, dass der Großteil in Elternkarenz bzw. Mutterschutz oder haushaltsführend ist. In Oberkärnten ist dabei ein höherer Anteil der befragten Frauen in Elternkarenz bzw. Mutterschutz (58,7 Prozent); die Werte für den Zentralraum (54,8 Prozent) und Unterkärnten (53,8 Prozent) unterscheiden sich hingegen nur marginal. Demgegenüber gibt in

Abbildung 8: Situation nicht erwerbstätiger Frauen in Kärnten, NUTS-3-Ebene (n = 208)

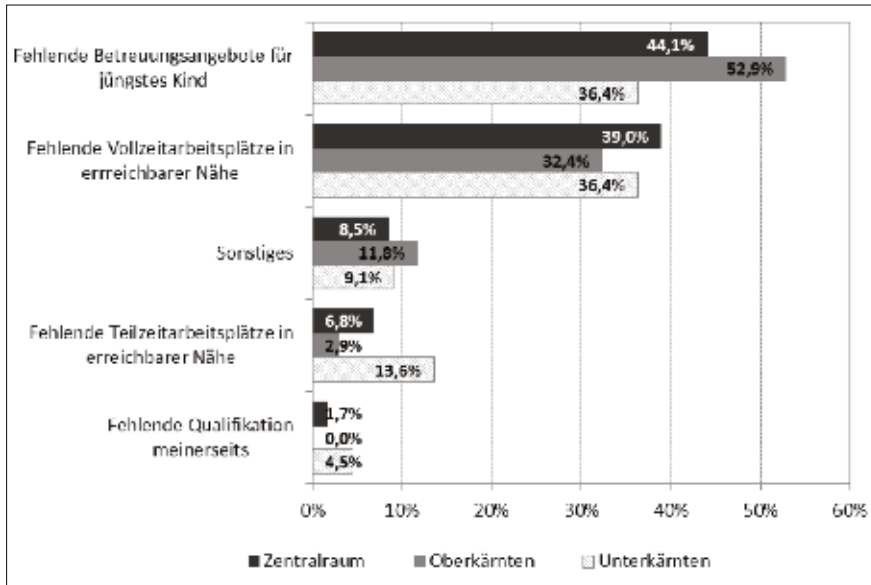


Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

Unterkärnten ein höherer Anteil an, arbeitslos zu sein (vgl. Abbildung 8). Zudem fällt auf, dass der Anteil haushaltsführender Frauen mit 25,8 Prozent im Zentralraum deutlich geringer ist (Oberkärnten: 30,2 Prozent; Unterkärnten: 30,8 Prozent). Die befragten Frauen, welche sich in Elternkarenz bzw. Mutterschutz befinden, haushaltsführend oder arbeitslos sind, wurden in weiterer Folge auch gebeten, anzugeben, ob ein (Wieder-)Einstieg in den Beruf geplant ist. Der Anteil an nicht erwerbstätigen Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern, welcher eine (Wieder-)Aufnahme der Erwerbstätigkeit anstrebt, ist dabei mit 81,2 Prozent im Zentralraum am höchsten, gefolgt von Oberkärnten (74,1 Prozent) und Unterkärnten (66,7 Prozent).

Von den nicht erwerbstätigen Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern, welche eine Erwerbstätigkeit anstreben, wird im Zentralraum von 44,1 Prozent der befragten Frauen das fehlende Kinderbetreuungsangebot als größtes Hindernis genannt. Deutlich höher ist dieser Wert in Oberkärnten; so gibt über die Hälfte der nicht erwerbstätigen Frauen das fehlende Kinderbetreuungsangebot als Haupthindernis für einen (Wieder-)Eintritt

Abbildung 9: Größtes Hindernis für Rückkehr ins Erwerbsleben nicht erwerbstätiger Frauen in Kärnten, NUTS-3-Ebene (n = 115)

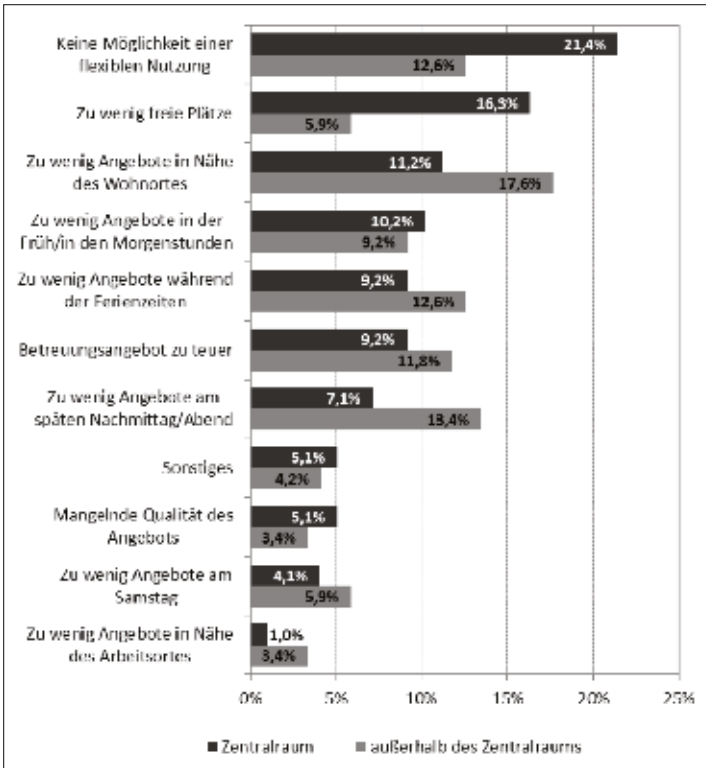


Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

ins Erwerbsleben an. In Unterkärnten scheint diese Problematik hingegen weniger ausgeprägt; hier wird die fehlende Kinderbetreuung lediglich von 36,4 Prozent der Befragten als größtes Hindernis gesehen. Dieses Ergebnis spiegelt auch sehr deutlich die in Kapitel 2 dargestellten Ergebnisse wider, wonach in Unterkärnten das Angebot von Betreuungseinrichtungen im Vergleich zu Oberkärnten deutlich höher ist. Überdurchschnittlich oft genannt wird hingegen in Unterkärnten das Problem fehlender Teilzeitarbeitsplätze (vgl. Abbildung 9).

Nicht erwerbstätige Frauen mit Kindern unter 15 Jahren, welche fehlende Kinderbetreuungsangebote als das größte Hindernis für eine Rückkehr bzw. einen Eintritt ins Erwerbsleben nannten, wurden nach den konkreten Problemen mit dem Kinderbetreuungsangebot für das jüngste Kind befragt. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen dem Zentralraum und den sonstigen Bezirken; aufgrund der geringen Fallzahl je Kategorie ist eine Darstellung auf NUTS-3-Ebene nicht sinnvoll. Während Frauen im Zentralraum mit 21,4 Prozent aller Nennungen keine Möglichkeit einer flexiblen (z. B. tageweisen) Nutzung des Betreuungsangebots und zu wenig freie Plätze (16,3 Prozent) am häufigsten angeben, ist für Frauen außerhalb des Zentralraums das zu geringe Betreuungsangebot in

Abbildung 10: Probleme mit außerfamiliärer Kinderbetreuung für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nicht erwerbstätiger Frauen in Kärnten (n = 217, Mehrfachnennungen)



Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

der Nähe des Wohnortes mit 17,6 Prozent aller Nennungen das Hauptproblem, gefolgt von zu wenig Angeboten am späten Nachmittag/Abend (13,4 Prozent) (vgl. Abbildung 10).

5. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag fasste regionale Unterschiede in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren und die Inanspruchnahme sowie Probleme mit Kinderbetreuungseinrichtungen auf Basis einer empirischen Erhebung für Kärnten zusammen. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es in Bezug auf die Kinderbetreuung in Kärnten in mehrerlei Hinsicht Verbesserungspotentiale gibt. Bereits aus der Analyse der Angebotsseite geht hervor, dass sich das vorhandene

Kinderbetreuungsangebot auf den Zentralraum konzentriert; nur der Bereich der Kindergärten ist flächendeckend ausgebaut. Daher müssen Frauen im ländlichen Raum – wie aus der empirischen Untersuchung hervorgeht – auch verstärkt auf die Unterstützung der Familie bzw. des persönlichen Umfeldes zurückgreifen. Insbesondere für unter 3-Jährige und Kinder im Schulalter besteht außerhalb des Zentralraumes ein geringes Angebot an Betreuungseinrichtungen.

Zur Erwerbstätigkeit der Frauen kann auf regionaler Ebene auf Basis von NUTS-3-Regionen zusammenfassend gesagt werden, dass Frauen im Zentralraum signifikant eher erwerbstätig sind als in Ober- oder Unterkärnten. Erwerbstätige Frauen im Zentralraum nehmen auch signifikant eher eine außerfamiliäre Betreuungseinrichtung in Anspruch als erwerbstätige Frauen in den ländlichen Gebieten. Die deutlich geringere Angebotssituation ist dabei eine mögliche Ursache. Erwerbstätige Frauen sind also auf die Unterstützung ihres persönlichen Umfeldes angewiesen. In Ober- bzw. Unterkärnten ist der durch die Familie geleistete Unterstützungsaufwand signifikant höher als im Zentralraum. Verbesserungsbedarf in Bezug auf das Betreuungsangebot wird sowohl im Zentralraum als auch in den ländlichen Gebieten vor allem beim Betreuungsangebot während der Ferienzeiten, der Möglichkeit einer flexiblen (z. B. stunden- oder tageweisen) Nutzung und Betreuungsangeboten am späten Nachmittag/Abend gesehen.

In Bezug auf nicht erwerbstätige Frauen zeigt sich bei einer regionalen Differenzierung, dass von jenen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren, welche eine Erwerbstätigkeit anstreben, im Zentralraum 44,1 Prozent der Befragten das fehlende Kinderbetreuungsangebot als größtes Hindernis nennen. Deutlich höher ist dieser Wert in Oberkärnten: hier gibt mehr als die Hälfte der nicht erwerbstätigen Frauen das fehlende Kinderbetreuungsangebot als Haupterschweris für einen (Wieder-)Eintritt ins Erwerbsleben an, während die Problematik in Unterkärnten weniger ausgeprägt scheint (36,4 Prozent). Als schwierig in Hinblick auf das Kinderbetreuungsangebot werden von nicht erwerbstätigen Frauen im Zentralraum vor allem die fehlende Möglichkeit einer flexiblen Nutzung des Betreuungsangebots und fehlende freie Plätze bezeichnet, während für Frauen außerhalb des Zentralraums das zu geringe Angebot an Betreuungsangeboten in der Nähe des Wohnortes sowie das fehlende Angebot am späten Nachmittag/Abend die Hauptprobleme darstellen.

Quellen

- Aigner-Walder, B. (2013): Serie Demographischer Wandel (VII): Die Rolle der Frau. In: Konjunkturreport des IHS Kärnten, Nr. 13/2, S. 5–7.
- Aigner-Walder, B. (2014): Familienpolitische Perspektiven zur Entgegnung des Fachkräftemangels. In: Political Science Applied, Heft 4, 4 S. (in Bearbeitung).

- Bliem, M., Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2012): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten. IHS Kärnten, Klagenfurt.
- Bliem, M., Friedl B., Klinglmair R., Rodiga-Laßnig P. (2012): Armutsbericht Kärnten 2012. Klagenfurt: IHS Kärnten.
- Bundeskanzleramt Österreich (2010): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien.
- Esch, K. und Stöbe-Blossey, S. (2005): Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung – Anforderungen an die Neustrukturierung eines Dienstleistungsangebots. In: Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Jahrbuch 2005. Gelsenkirchen, S. 133–152.
- Engelbrech, G. und Jungkunst, M. (2001): Erwerbsbeteiligung von Frauen. Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? IAB Kurzbericht, Nr. 7. Nürnberg.
- Fuchs, M. (2006): Kinderbetreuungsplätze in Österreich. „Fehlen keine oder bis zu 650.000?“ Bedarfsanalysen im Auftrag der Industriellenvereinigung. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung: Wien.
- Klüsener, S. (2014): Keine Kitas, keine Kinder. In: Demografische Forschung, Jg. 11, Nr. 2, S. 3.
- Rodiga-Laßnig, P., Aigner-Walder, B. (2013): Kinderbetreuung in Kärnten. Status quo und Bedarf. Klagenfurt: IHS Kärnten.
- Rodiga-Laßnig, P., Aigner-Walder, B. (2014): Kinderbetreuung und Beschäftigung von Frauen – Eine Analyse für Kärnten. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 40, Heft 2, S. 307–328.
- Statistik Austria (2011): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2010. Wien.
- Statistik Austria (2012a): Familien- und Haushaltsstatistik. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011. Wien.
- Statistik Austria (2012b): Bevölkerungsstand 1. 1. 2012. Wien.
- Statistik Austria (2014a): Arbeitsmarktstatistiken. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offenen-Stellen-Erhebung. Wien.
- Statistik Austria (2014b): Kindertagesheimstatistik 2013/14. Wien.

Abwanderung zu Arbeitszwecken – Eine empirische Analyse für Kärnten

1. Einleitung

Das Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten führte in Kooperation mit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt im Herbst 2013 eine umfassende empirische Untersuchung unter Kärntnerinnen und Kärntnern durch, welche in den vergangenen zehn Jahren den Hauptwohnsitz in ein anderes österreichisches Bundesland verlegt haben. Hintergrund der im Auftrag der Kärntner Sozialpartner und des Landes Kärnten durchgeführten Untersuchung ist der Umstand, dass Kärnten eine negative Binnenwanderungsbilanz verzeichnet und dementsprechend jährlich mehr Personen aus Kärnten in andere Bundesländer abwandern als dies umgekehrt der Fall ist, d. h. Personen aus den weiteren Bundesländern nach Kärnten ziehen. Ziel der Befragung war es daher, nach den Gründen für die Abwanderung aus Kärnten zu fragen sowie potentielle Rückkehrmotive und Schwierigkeiten in Bezug auf eine Rückkehr abzufragen. Die Abwanderung zu Arbeitszwecken wurde – neben dem Bildungsmotiv und familiären Gründen – als eine zentrale Komponente für die Verlegung des Hauptwohnsitzes in andere Bundesländer identifiziert. Im Rahmen des vorliegenden Beitrages wird ein detaillierter Blick auf jenen Personenkreis geworfen, welcher das Bundesland zu Arbeitszwecken verlassen hat.¹

Zu Beginn des Beitrages wird ein kurzer Einblick in die Wanderungsbilanz Kärntens gegeben, um das Ausmaß des Bevölkerungsverlustes durch die Abwanderung aus Kärnten aufzuzeigen. Darauf folgend werden die zentralen Eckpfeiler der empirischen Erhebung dargestellt, wobei auch einzelne deskriptive Ergebnisse für die gesamte Stichprobe dargelegt werden. In Kapitel vier erfolgt schließlich eine umfassende Beleuchtung der Abwanderung zu Arbeitszwecken. Dabei wird zu Beginn das Motiv der Abwanderung zu Arbeitszwecken aus theoretischer Sicht präsentiert sowie auf amtliche Daten zum Kärntner Arbeitsmarkt als wesentliche Bestimmungsmerkmale eingegangen. Die Auswertungsergebnisse der empirischen Erhebung fokussieren in weiterer Folge auf die Gründe für die Annahme einer beruflichen Tätigkeit außerhalb Kärntens, den Verlauf und die Zufriedenheit der Berufskarriere sowie die derzeitige berufliche Stellung der befragten Personen. Abschließend wird aufgezeigt, ob und

unter welchen Bedingungen jene Personen, welche zu Arbeitszwecken ausgewandert sind, eine Rückkehr nach Kärnten anstreben; darauf aufbauend werden Handlungsempfehlungen formuliert.

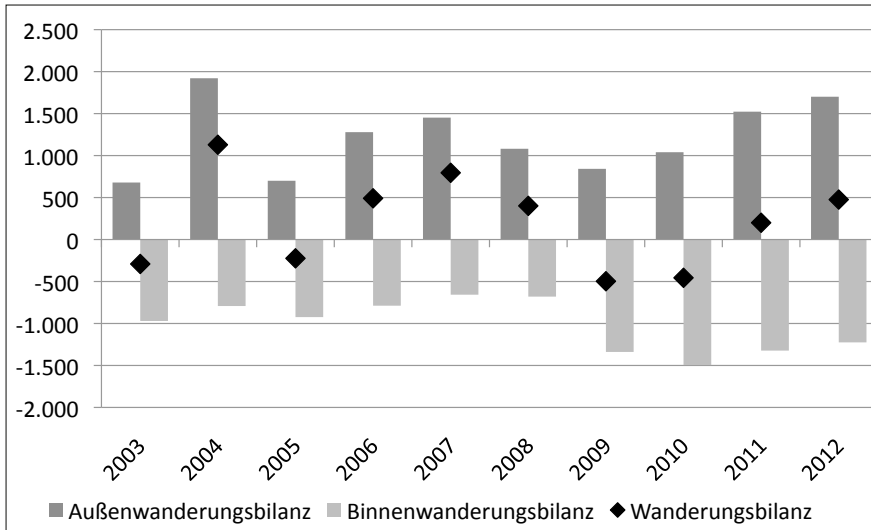
2. Bevölkerungsverlust in Kärnten durch Binnenwanderung

Das Bundesland Kärnten ist das einzige Bundesland in Österreich, welches in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung nicht mehr wächst, sondern Rückgänge verzeichnet. Gemäß den Daten der amtlichen Statistik lässt sich bereits für die vergangenen zehn Jahre eine stagnierende bzw. leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung von $-0,5$ Prozent feststellen, bei einem gesamtösterreichischen Anstieg von $3,8$ Prozent (vgl. Statistik Austria, 2013a, eigene Berechnungen). Die Prognosen attestieren dem Bundesland bis zum Jahr 2030 einen Bevölkerungsrückgang von $1,7$ Prozent, bei einem vorhergesagten Bevölkerungswachstum für Gesamtösterreich von $6,2$ Prozent (vgl. Statistik Austria, 2013b, eigene Berechnungen). Diese Entwicklung ist durchaus kritisch zu betrachten, da der Bevölkerungsrückgang nicht nur die Position Kärntens innerhalb Österreichs schwächt, sondern auch wirtschaftliche Folgen wie u. a. auf dem Arbeitsmarkt erwarten lässt (vgl. Bliem, Aigner-Walder und Klinglmair, 2012).

Der Bevölkerungsrückgang in Kärnten resultiert aus unterschiedlichen Entwicklungstendenzen. So ist einerseits die Geburtenbilanz seit dem Jahr 1999 negativ, d. h. es werden jährlich weniger Personen geboren als sterben. Diese Tendenz zeigt sich jedoch auch in weiteren Bundesländern; so weisen Niederösterreich, das Burgenland und die Steiermark ebenfalls bereits seit Jahren eine negative Geburtenbilanz auf (vgl. Aigner und Döring, 2010; Statistik Austria, 2013c). In den genannten drei Bundesländern reichen die Wanderungsgewinne jedoch aus, um den natürlichen Bevölkerungsrückgang zu kompensieren, während dies für Kärnten nicht in ausreichendem Maße gilt. Zwar ist die Wanderungsbilanz mit dem Ausland mit einem durchschnittlichen Plus von 1.222 Personen jährlich (2003 bis 2012) positiv, das Binnenwanderungsdefizit von im Mittel 1.019 Personen jährlich dämpft den Zuwachs allerdings deutlich (vgl. Statistik Austria, 2013d, eigene Berechnungen). In den Jahren 2003, 2005, 2009 und 2010 kam es sogar zu Wanderungsdefiziten (vgl. Abbildung 1).

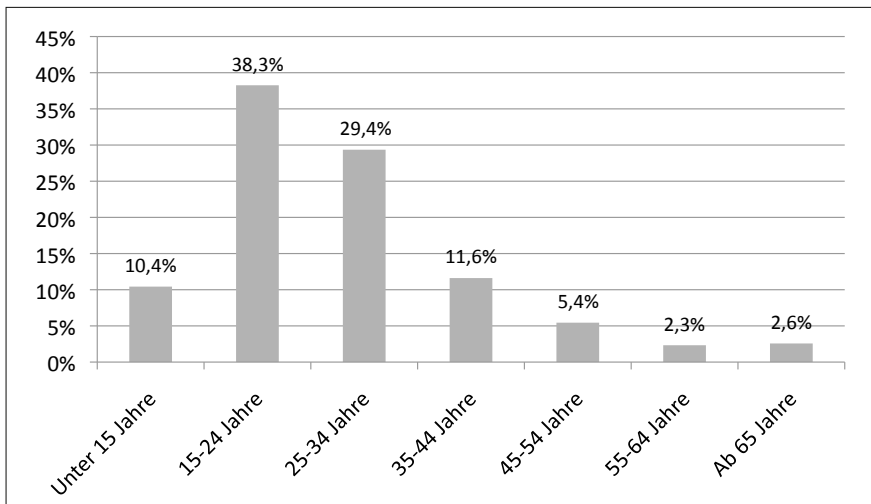
Ein detaillierter Blick auf die Binnenwanderungsbilanz zeigt, dass Kärnten zwar auch Zuzüge aus den weiteren Bundesländern von durchschnittlich 4.222 Personen pro Jahr (2003 bis 2012) verzeichnet, allerdings ist die Zahl der Wegzüge mit durchschnittlich 5.241 Personen pro Jahr deutlich höher (vgl. Statistik Austria, 2013b, eigene Berechnungen). Der Großteil der Kärntner/innen wandert dabei in die Bundesländer Wien und

Abbildung 1: Wanderungsbilanz Kärntens nach Außenwanderungen und Binnenwanderungen, 2003–2012 (in Personen)



Quelle: Statistik Austria (2013d), eigene Darstellung

Abbildung 2: Aus Kärnten in andere Bundesländer ziehende Personen nach Altersgruppen, 2003–2012 (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria (2013e), eigene Berechnungen und Darstellung

Steiermark ab (34,3 Prozent bzw. 33,3 Prozent). Zudem fällt auf, dass es vorwiegend junge Kärntner/innen sind, welche den Hauptwohnsitz aus Kärnten verlegen; dies treibt die Alterung in Kärnten noch rascher voran. Über zwei Drittel der zwischen 2003 und 2012 aus Kärnten in ein anderes Bundesland abgewanderten Personen waren zwischen 15 und 34 Jahre alt (vgl. Abbildung 2). Als unrichtig erweist sich jedoch die häufig gestellte Annahme, dass vorwiegend Frauen abwandern; die Geschlechter halten sich im Betrachtungszeitraum die Waage (Männer: 50,8 Prozent; Frauen: 49,2 Prozent), Frauen wandern allerdings in einem jüngeren Alter ab (vgl. Statistik Austria, 2013e, eigene Berechnungen; für Details siehe Aigner-Walder und Klinglmair, 2014a, S. 10 ff.).

3. Eckdaten der empirischen Erhebung

Wie in Kapitel 2 herausgearbeitet, trägt das Binnenwanderungsdefizit in Kärnten wesentlich zur negativen Bevölkerungsentwicklung des südlichsten Bundeslandes Österreichs bei. Auf diesen Befunden aufbauend, wurden – unter anderem – folgende forschungsleitende Fragestellungen für die empirische Erhebung definiert, wobei im vorliegenden Beitrag primär die beruflichen Abwanderungsmotive beleuchtet werden:

- Aufgrund welcher Motive wandern Kärntner/innen in andere österreichische Bundesländer ab?*
- Besteht unter den abgewanderten Kärntner/innen die Absicht, wieder in das Bundesland zurückzukehren?*
- In welchen Bereichen sehen die ehemaligen Kärntner/innen die größten Schwierigkeiten im Bundesland, welche zur Abwanderung führten bzw. eine Rückkehr nach Kärnten verhindern?*

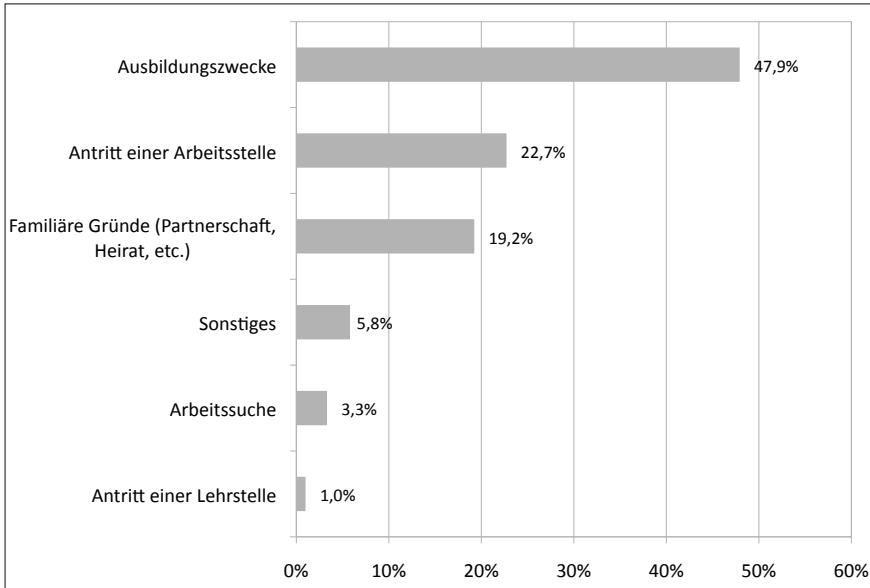
Die Zielgruppe der empirischen Erhebung umfasste jene Kärntnerinnen und Kärntner, welche ihren Hauptwohnsitz zwischen dem 1. 1. 2003 und dem 1. 1. 2013 in ein anderes Bundesland Österreichs verlegt haben und zum Zeitpunkt des Wohnortwechsels mindestens 15 Jahre alt waren. Die Wahl des zehnjährigen Zeitraumes resultierte vor dem Hintergrund, den Einfluss kurzfristiger wirtschaftlicher und politischer Schocks für die Wanderungsentscheidung zu minimieren. Die Grundgesamtheit umfasst laut Daten der amtlichen Statistik insgesamt 46.946 Personen (vgl. Statistik Austria, 2013e, eigene Berechnungen). Über das Zentrale Melderegister wurde in weiterer Folge eine uneingeschränkte 5-Prozent-Zufallsstichprobe (n = 2.350) gezogen und der – im Zuge der Untersuchung – entworfenen Fragebogen anschließend postalisch an diesen Personenkreis versendet.

Der modular aufgebaute Fragebogen beinhaltete insgesamt 41 Fragen, wobei neben den Fakten zum Wegzug aus Kärnten insbesondere

Fragestellungen zu den Motiven für die Abwanderung im Vordergrund standen. Für Personen, welche primär zu Ausbildungs- oder beruflichen Zwecken abgewandert sind, wurde jeweils ein Modul mit Detailfragen konzipiert. Ein weiterer Fokus wurde auf die Rückkehrabsichten der Befragten gelegt. Berufsbezogene und personenbezogene Fragen rundeten den Fragebogen ab. Die Befragung erfolgte ab Mitte Oktober 2013, wobei bis Mitte Dezember 2013 ein Rücklauf von 617 Fragebögen verzeichnet werden konnte. 12 Fragebögen waren nicht verwertbar, woraus sich eine Rücklaufquote von 25,7 Prozent ergibt. Neben dem hohen Rücklauf ist das verfügbare Datensample zusätzlich hoch repräsentativ: Sowohl in Hinblick auf die regionale Verteilung als auch die Altersverteilung und das Geschlecht zeigt die Stichprobe lediglich geringfügige Abweichungen von der Grundgesamtheit.

Rund 70 Prozent der Befragten hatten zum Zeitpunkt der Befragung ihren Hauptwohnsitz in Wien oder der Steiermark; dies entspricht, wie bereits in Kapitel 2 erörtert, der Grundgesamtheit. Auch die Verteilung nach dem Alter der befragten Personen zum Zeitpunkt der Verlegung des Hauptwohnsitzes spiegelt die Altersstruktur der Grundgesamtheit wider: Über 80 Prozent der Befragten sind im Alter zwischen 15 und 34 Jahren übersiedelt, wobei der größte Anteil mit 30,6 Prozent auf die Altersgruppe der

Abbildung 3: Hauptmotiv für den Wegzug aus Kärnten (n = 603)



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

20- bis 24-Jährigen entfällt.² Ein Anteil von 52,8 Prozent der befragten Personen hat ursprünglich im Zentralraum Kärntens (Klagenfurt Stadt, Villach Stadt, Klagenfurt Land und Villach Land) gelebt. Dies entspricht ebenfalls der Grundgesamtheit von 52,1 Prozent; auch die Streuung nach der Größe der Wohnortgemeinde entspricht weitgehend der Grundgesamtheit. Zudem bestätigt die Befragung, dass es sich in Bezug auf die Abwanderung tatsächlich um einen „Brain Drain“, d. h. wörtlich einen „Abfluss von Gehirnleistung“, handelt: Über 50 Prozent der befragten Personen können den Abschluss einer tertiären Bildungseinrichtung (Universität, Fachhochschule oder Pädagogische Hochschule) vorweisen. Der Anteil liegt damit deutlich über jenem der Grundgesamtheit (für Details zur Repräsentativität siehe Aigner-Walder und Klinglmair, 2014a, S. 26 ff.).

In weiterer Folge werden lediglich jene Personen näher betrachtet, welche das Bundesland Kärnten laut eigener Angabe primär zu Arbeitszwecken verlassen haben. 22,7 Prozent der Befragten gaben an, das Bundesland für den Antritt einer Arbeitsstelle verlassen zu haben, und machen damit, wie in Abbildung 3 ersichtlich, die zweitgrößte Gruppe aus. Der am häufigsten genannte Grund für die Verlegung des Hauptwohnsitzes aus dem Bundesland Kärnten in ein anderes Bundesland Österreichs ist mit 47,9 Prozent die Absolvierung einer Ausbildung außerhalb Kärntens; auf Platz drei liegen mit 19,2 Prozent familiäre Gründe (z. B. Partnerschaft, Heirat). Zudem gaben 3,3 Prozent der ehemaligen Kärntner/innen an, zum Zweck der Arbeitssuche weggezogen zu sein und 1,0 Prozent für den Antritt einer Lehrstelle. Knapp 6 Prozent der Befragten nannten „Sonstige Gründe“, wobei unter den häufigsten Nennungen die politische Situation in Kärnten sowie mangelnde Zukunftsperspektiven oder die Wohnungs-/ Hausübernahme in einem anderen Bundesland angeführt wurden.

4. Abwanderung aus Kärnten zu Arbeitszwecken

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Befragung mit speziellem Fokus auf die Abwanderung zu Arbeitszwecken dargestellt. Zuvor soll allerdings ein Blick auf die Motive für Wanderungsbewegungen laut Theorie – mit Fokus der Bedeutung der Situation auf dem Arbeitsmarkt – gegeben und diese – im Sinne einer umfassenden Darstellung – mit vorliegenden Daten der amtlichen Statistik verknüpft werden.

4.1 Ökonomisch motivierte Migrationstheorie und Daten der amtlichen Statistik

Bereits seit dem 19. Jahrhundert wird versucht, die Ursachen und das Ausmaß von Wanderungen mit Hilfe von formalen Modellen zu beschreiben. Geläufig ist dabei das so genannte „Push-Pull-Paradigma“,

welches davon ausgeht, dass bestimmte „Abstoßungsfaktoren“ (Push-Faktoren) einer Herkunftsregion in Kombination mit „Anziehungsfaktoren“ des Ziellandes (Pull-Faktoren) das Wanderungsgeschehen maßgeblich bestimmen (vgl. etwa Kröhnert, 2007; Breinbauer, 2008, S. 81). Das tatsächliche Wanderungsverhalten konnte mit den ursprünglich verwendeten makrotheoretischen Ansätzen allerdings nicht hinreichend beschrieben werden (vgl. Kröhnert, 2007, S. 1), und so wurde – zurückgehend auf Lee (1972) – in den letzten Jahrzehnten zunehmend versucht, Wanderungsentscheidungen auf der individuellen, mikroökonomischen Ebene zu erklären: Eine Migrationsentscheidung fällt grundsätzlich dann positiv aus, wenn die Summe der Push- und Pull-Faktoren das Herkunftsland negativ, das Zielland hingegen als positiv erscheinen lässt. Als zentraler Push-Pull-Faktor – insbesondere in Bezug auf Binnenwanderungen – hat sich in diesem Modell die Situation auf dem Arbeitsmarkt gezeigt (vgl. Treibel, 2008, S. 39 f.), wobei der erste Schritt für eine Abwanderung vielfach das Absolvieren einer Ausbildung darstellt (vgl. Gerloff, 2004; RegioKontext, 2010; Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, 2013), wie dies auch in der vorliegenden Untersuchung bestätigt werden konnte (vgl. Abbildung 3). Neben individuellen Entscheidungsmerkmalen – wie etwa dem Alter, Beruf oder familiären Gründen – sind vor allem Einkommensunterschiede oder fehlende Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten, aber auch zahlreiche makroökonomische Faktoren (Arbeitslosenquote oder allgemeiner Lebensstandard des Ziel- bzw. Herkunftslandes) aus theoretischer Sicht ausschlaggebend für eine Wanderung (vgl. Parnreiter, 2000, S. 26 ff.; Treibel, 2008, S. 40). Das *Humankapitalmodell*, welches Wanderungen als Investitionen in das eigene Humankapital interpretiert, zeigt einen ähnlichen Zusammenhang (vgl. Kröhnert, 2007, S. 3 f.).³

Für Kärnten können im Zuge eines Blickes auf Daten der amtlichen Statistik zahlreiche der theoretisch relevanten, arbeitsmarktspezifischen Push- wie auch Pull-Faktoren empirisch identifiziert werden. Gerade in den Jahren nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich ab dem Jahr 2009 zeitverzögert am Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, haben sich die Arbeitsmarktchancen in Kärnten relativ gesehen weiter verschlechtert und stellen – in Anlehnung an vorliegende Theorien – eindeutige Push-Faktoren für einen Wegzug aus Kärnten dar. Grundsätzlich bewirken Strukturschwächen der Region, die geografische Randlage sowie die Distanz zu wirtschaftsstarken Zentren eine schwächere Arbeitskräftenachfrage, speziell von Hochqualifizierten⁴, die sich in einer unterdurchschnittlichen Wirtschaftsleistung – gemessen am Bruttoregionalprodukt pro Kopf – äußert (vgl. Statistik Austria, 2014a). Seit vielen Jahren kennzeichnet – neben einer stark saisonabhängigen Beschäftigung und ausgeprägter saisonaler Arbeitslosigkeit (vgl. Klinglmair und Klinglmair, 2013, S. 106) – den Kärntner Arbeitsmarkt vor

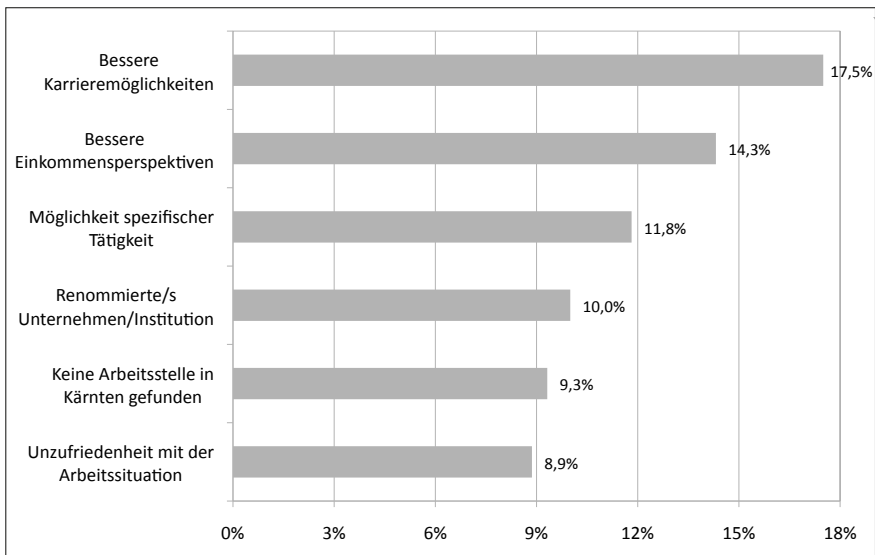
allem eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,2 Prozent (2013) liegt Kärnten im Bundesländervergleich lediglich an letzter Stelle und deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7,6 Prozent. Daneben wird für die einzelnen Arbeitsmarktbezirke Kärntens eine differenzierte Betroffenheit von Arbeitslosigkeit beobachtet, die von 7,6 Prozent im Bezirk Hermagor bis zu 12,1 Prozent in Spittal/Drau reicht (vgl. AMS-Arbeitsmarktdatenbank, 2014; Arbeitsmarktservice Kärnten, 2014). Seit Anfang des Jahres 2013 ging in Kärnten zudem die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent zurück, während österreichweit moderate Zuwächse verzeichnet wurden (+0,5 Prozent; vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2014).

Da aus theoretischer Sicht auch die Einkommensperspektiven eine maßgebliche Rolle für eine Abwanderung einnehmen, gilt es darüber hinaus etwaige Einkommens- bzw. Kaufkraftdifferenzen näher zu betrachten; abermals zeigt sich eine vergleichsweise ungünstige Ausgangssituation für Kärnten. So liegt das Bruttomedianeinkommen mit € 24.705 (2011) unter dem Wert von Österreich (€ 25.310; vgl. Statistik Austria, 2014b, S. 242). Auch hinsichtlich der Kaufkraft, welche die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten berücksichtigt, findet sich Kärnten mit € 17.800 je Einwohner/in (2012) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von € 18.800 (vgl. RegioData, 2014). Gemessen am „Kaufkraftindex“ liegt Kärnten laut RegioData (2014) mit einem Wert von 94,5 (2012) ebenfalls an letzter Stelle im Bundesländervergleich, während Wien mit einem Wert von 104,0 österreichweit an der Spitze rangiert (Österreich: 100; vgl. hierzu auch Saurer, 2013). Die ungünstigen Arbeitsmarktchancen in Kärnten, aber auch ein dazu einsetzender – über den Arbeitsmarkt hinausgehender – Prozess des „Sich-Beheimatens“, wie dies beispielsweise Sting und Leitner (2013, S. 9 bzw. 140) festhalten, stehen zudem einer möglichen Rückkehr nach Kärnten hinderlich gegenüber. Allerdings muss festgehalten werden, dass es sich bei einer Wanderungsentscheidung um einen multikausalen Prozess handelt, der von mehreren Rahmenbedingungen abhängt und nicht nur auf den Faktor „Arbeitsmarkt“ reduziert werden kann. Neben dem Alter und der Dauer des Wegzugs spielen etwa auch eine Änderung der Familiensituation, soziale Beziehungen (Freund/innen, Familie etc.), die Möglichkeit zur autonomen Lebensführung und/oder persönliche Präferenzen eine wesentliche Rolle (vgl. Sting und Leitner, 2013, S. 9). So ging auch aus der durchgeführten empirischen Erhebung hervor, dass knapp ein Fünftel der ehemaligen Kärntner/innen aus familiären Gründen in ein anderes Bundesland gezogen ist. Berufliche Abwanderungsmotive, die im folgenden Abschnitt detailliert betrachtet werden, stellen neben Ausbildungszwecken – in Einklang mit der Theorie – jedoch ein zentrales Abwanderungsmotiv dar.

4.2 Berufliche Abwanderungsmotive im Detail

Um einen tieferen Einblick in die beruflichen Abwanderungsmotive zu erhalten, wurden jene 23,7 Prozent⁵ der Befragten, die aufgrund des Antritts einer Arbeitsstelle (oder Lehrstelle) das Bundesland Kärnten verlassen haben, im Zuge der empirischen Erhebung zu den maßgeblichen Beweggründen für die Aufnahme einer Tätigkeit außerhalb Kärntens befragt. Diesbezüglich standen neben der Kategorie „Sonstiges“ insgesamt 13 berufliche Motive – unter der Möglichkeit von Mehrfachnennungen – zur Auswahl. Als Hauptgründe für den Antritt einer Arbeitsstelle außerhalb Kärntens wurde von den Befragten angegeben, bessere Karrieremöglichkeiten als in Kärnten vorgefunden zu haben (17,5 Prozent), gefolgt von besseren Einkommensperspektiven (14,3 Prozent) oder der Möglichkeit, einer spezifischen beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können (11,8 Prozent). Neben der Beschäftigungsmöglichkeit in einem renommierten Unternehmen/einer renommierten Institution (10,0 Prozent) wurde auch vielfach genannt, dass keine Arbeits- oder Lehrstelle innerhalb Kärntens gefunden werden konnte (9,3 Prozent) oder Unzufriedenheit mit der bestehenden Arbeitssituation in Kärnten bestand (8,9 Prozent; vgl. Abbildung 4). Bei den – im Zuge der Auswertungen – identifizierten beruflichen Abwanderungsmotiven handelt es sich damit vielfach um

Abbildung 4: Wesentliche Motive für eine berufliche Tätigkeit außerhalb Kärntens (n = 136)



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

klassische Einflussfaktoren des Push-Pull-Modells der ökonomisch motivierten Migrationstheorie.

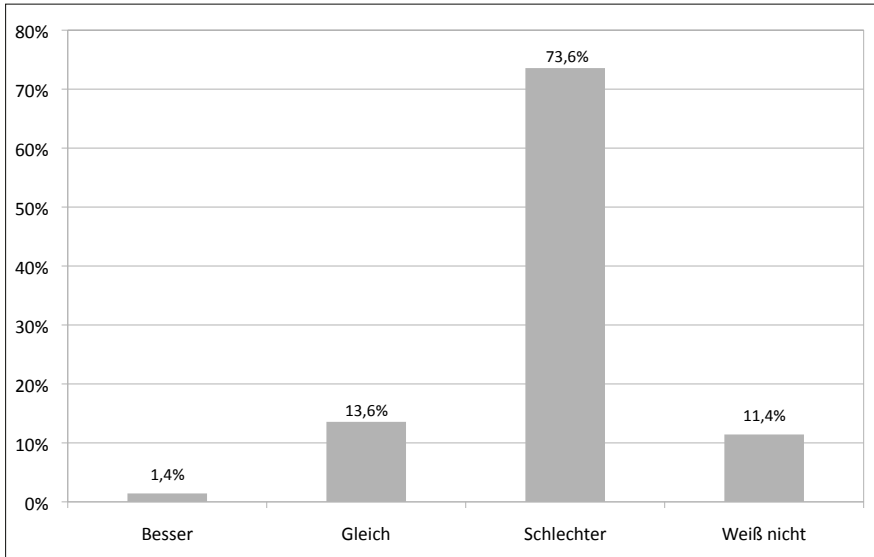
Neben den dargestellten „harten“ beruflichen Motiven sind von den Befragten auch weitere individuelle Gründe für die Aufnahme einer Tätigkeit außerhalb Kärntens genannt worden, wie etwa der Wunsch, auswärts neue Erfahrungen sammeln zu wollen oder dass die eigenen Werte und Vorstellungen außerhalb Kärntens besser verwirklicht werden können (jeweils 7,3 Prozent). Zu diesen „weichen“ Faktoren zählen mit 4,3 Prozent auch eine höhere Lebensqualität verglichen mit Kärnten und zahlreiche weitere Motive, wie etwa Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für Details sei aufgrund der Fülle auf Aigner-Walder und Klinglmair (2014a, S. 47 f.) verwiesen.

Daneben interessierte, ob jene Erwartungen, die an das neue Arbeitsverhältnis außerhalb Kärntens gestellt wurden, ex post auch tatsächlich erfüllt wurden, als dieser Umstand insbesondere für einen dauerhaften Verbleib am neu gewählten Wohn- und Arbeitsort relevant erscheint. Diesbezüglich konnten eindeutige Ergebnisse unter den Befragten identifiziert werden: Die überwiegende Mehrheit der zu Arbeitszwecken abgewanderten Kärntner/innen (97,1 Prozent) ist der persönlichen Ansicht, dass das gewählte Arbeitsverhältnis außerhalb Kärntens die Erwartungen „voll erfüllt“ (56,5 Prozent) bzw. „erfüllt“ (40,6 Prozent) hat. Lediglich ein geringer Anteil sieht die Erwartungen als „wenig erfüllt“ (2,2 Prozent) bis „nicht erfüllt“ (0,7 Prozent), wobei auf Basis eines Wilcoxon-Rangsummentests⁶ keine geschlechtsspezifischen Unterschiede identifiziert werden konnten ($z = 0,53$; $p = 0,593$).

Zusätzlich wurde erhoben, ob die Befragten der subjektiven Ansicht sind, dass ihre Berufskarriere in Kärnten ähnlich gut verlaufen wäre. Dahingehend zeigte sich, dass nur ein geringer Anteil von 1,4 Prozent davon ausgeht, dass die Berufskarriere in Kärnten „besser“ verlaufen wäre; fast drei Viertel der Befragten (73,6 Prozent) sind der gegenteiligen Ansicht und meinen, dass sich ihre Karriere in Kärnten vergleichsweise „schlechter“ entwickelt hätte (vgl. Abbildung 5).⁷ Jene Personen, die der Ansicht sind, ihre Berufskarriere wäre in Kärnten schlechter verlaufen, haben dabei signifikant geringere Absichten, ihren Lebensmittelpunkt in naher Zukunft wieder nach Kärnten zu verlegen ($z = -1,76$; $p = 0,078$).

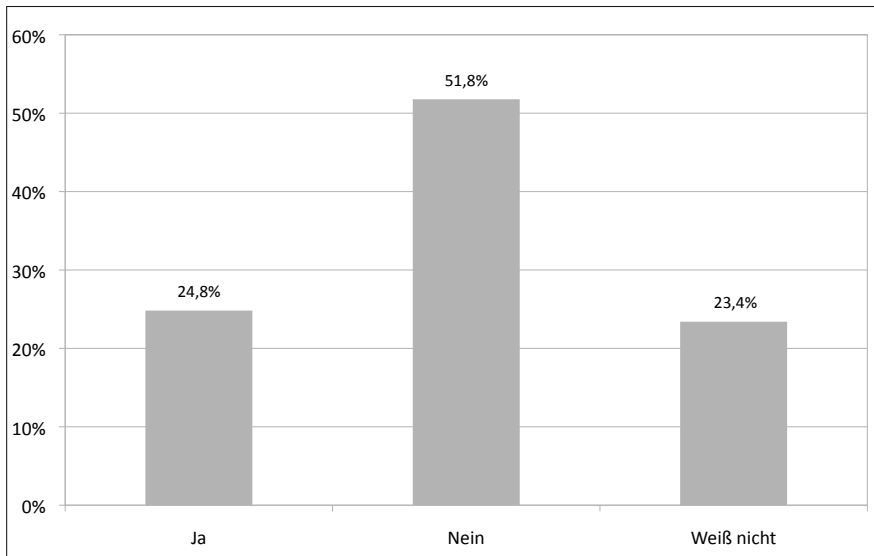
Positiv hervorzuheben gilt es allerdings, dass sich in den Daten eine starke „Verbundenheit“ mit dem Heimatort Kärnten zeigt: Eine Abwanderung hätte bei mehr als der Hälfte der Befragten (51,8 Prozent) nicht stattgefunden, wenn sich die beruflichen Rahmenbedingungen in Kärnten besser gestaltet hätten (vgl. Abbildung 6). Der genannte Personenkreis weist gemäß einer Kontingenztafelanalyse zudem statistisch signifikant häufigere Rückkehrabsichten auf (*Chi-Quadrat nach Pearson* = 12,46; $p = 0,014$).⁸

Abbildung 5: Berufskarriere in Kärnten ähnlich gut verlaufen? (n = 140)



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

Abbildung 6: Abwanderung bei besseren beruflichen Perspektiven in Kärnten? (n = 141)



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

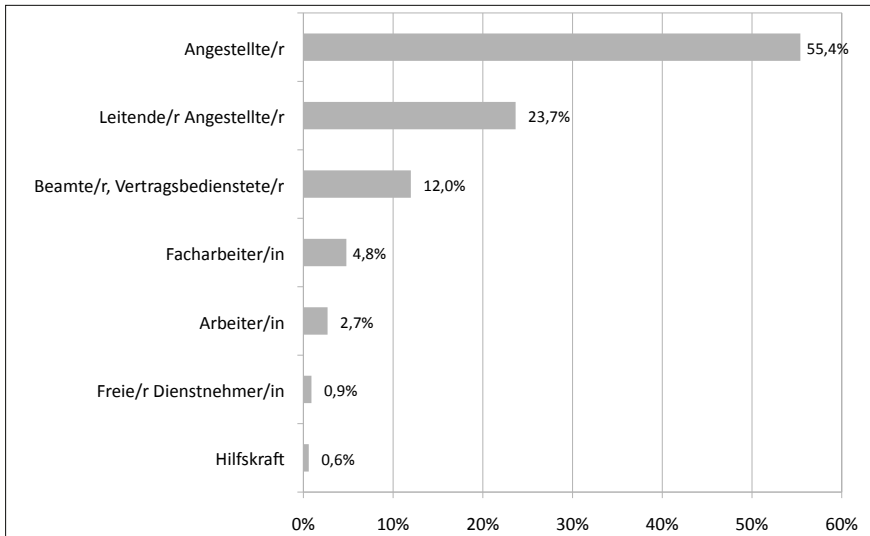
Demnach haben makroökonomische sowie individuelle arbeitsmarktbezogene Push-Pull-Motive die persönlichen Wünsche überwogen, und die berufliche Mobilität in ein anderes Bundesland wurde gewissermaßen „erzwungen“.

Zusätzlich wurde auch das Thema *Selbstständigkeit* beleuchtet, da eine Unternehmensgründung eine potentielle Möglichkeit für den – vielfach gewünschten – Verbleib in Kärnten darstellt, wenn die erfolgreiche und zufriedenstellende Integration in den Arbeitsmarkt im Rahmen eines unselbstständigen Beschäftigungsverhältnisses nicht gelingen sollte. Für den Großteil der Befragten stellte die Gründung eines eigenen Unternehmens in Kärnten jedoch keine Option dar; die überwiegende Mehrheit (83,0 Prozent) hat eine Unternehmensgründung nicht angedacht. Rund ein Achtel (12,8 Prozent) überlegte umgekehrt den Weg in die Selbstständigkeit, hat diesen jedoch nicht weiter verfolgt bzw. nicht umgesetzt, wobei als Gründe etwa das Fehlen eines entsprechenden Marktes für die Geschäftsidee in Kärnten, fehlendes Startkapital oder zu wenig Unterstützung bzw. zu wenige Informationen hinsichtlich einer Unternehmensgründung durch die öffentliche Hand genannt wurden; für Details sei auf Aigner-Walder und Klinglmair (2014a, S. 52) verwiesen.

Zur weiteren Vertiefung der Ergebnisse wurde auch ein detaillierter Blick auf die berufliche Situation jener abgewanderten Kärntner/innen gegeben, bei denen der Übertritt auf den Arbeitsmarkt – unabhängig vom Motiv der Abwanderung – bereits erfolgt ist. Diese stellt sich grundsätzlich als durchwegs positiv bzw. überdurchschnittlich dar: So zeigen Auswertungen zum Beschäftigungsumfang, dass Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse – vor allem bei Frauen – deutlich über dem Wert der amtlichen Statistik rangieren; Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse mit weniger als 20 Stunden pro Woche wie auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nehmen mit Anteilen von 2,4 Prozent respektive 1,5 Prozent lediglich einen geringen Stellenwert ein. Die aus Kärnten abgewanderten Personen partizipieren demnach in höherem zeitlichen Umfang am Arbeitsmarkt. Daneben weisen die Auswertungen auf eine qualifizierte berufliche Stellung der Befragten (Angestellte bzw. leitende Angestellte) hin, während Arbeiter/innen, prekäre Dienstverhältnisse (freie Dienstnehmer/in) und/oder Hilfstätigkeiten eine nur untergeordnete Rolle spielen (vgl. Abbildung 7). Dieser Befund sollte jedoch nicht weiter verwundern, da hinsichtlich der beruflichen Stellung ein enger Zusammenhang mit dem Bildungsniveau besteht (vgl. u. a. Klinglmair, 2013), welches, wie bereits dargestellt, unter den Befragten überdurchschnittlich hoch ausfällt.

Daneben sind die Personen überwiegend in dynamischen Wirtschaftssektoren beschäftigt, wobei es speziell den Bereich „Wissenschaft und Forschung“, in dem 9,6 Prozent der Befragten tätig sind, hervorzuheben gilt.

Abbildung 7: Derzeitige berufliche Stellung (n = 334)

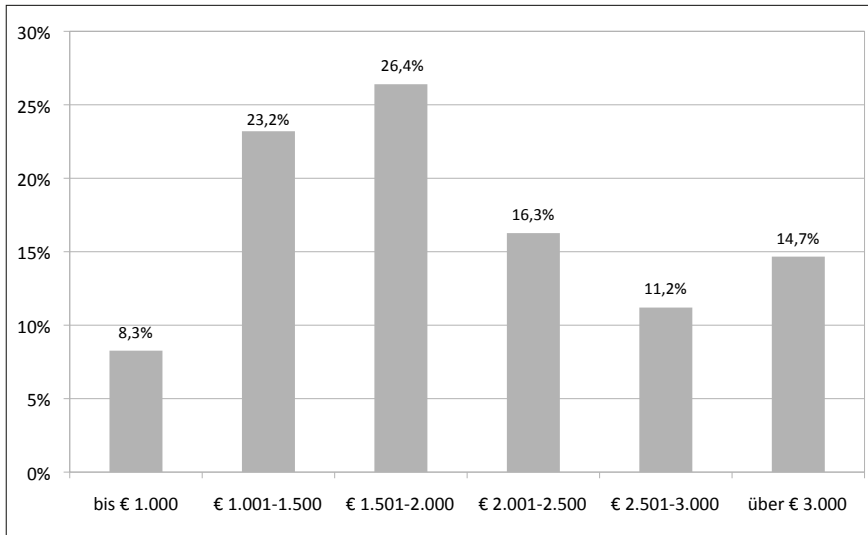


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

Aber auch der sonstige Dienstleistungsbereich (28,1 Prozent) oder der im Zuge des voranschreitenden demographischen Wandels an Bedeutung gewinnende Gesundheits- und Sozialbereich (14,2 Prozent) stellen die Hauptbranchen dar, in denen die Befragten tätig sind, während der Handel bzw. die Beherbergung und Gastronomie, welche von vergleichsweise stark ausgeprägter saisonaler Arbeitslosigkeit betroffen sind und/oder ein geringes Lohn- und Gehaltsniveau aufweisen (vgl. Statistik Austria, 2014b, S. 244; Klingmair und Klingmair, 2011, S. 310), nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Die dargestellte positive berufliche Stellung, kombiniert mit dem hohen Bildungsniveau, resultiert in weiterer Folge in einer überdurchschnittlichen Einkommenssituation (vgl. Abbildung 8). Das monatliche Nettomedianeinkommen fällt in die Einkommenskategorie zwischen € 1.501 bis € 2.000 und rangiert damit deutlich über dem Median-Wert der amtlichen Statistik von € 1.345 (vgl. Statistik Austria, 2014b, S. 241, eigene Berechnungen). Das vergleichsweise hohe Einkommen steht – wie auch die berufliche Stellung – in eindeutigem Zusammenhang mit dem Bildungsniveau. So weist eine Betrachtung des monatlichen Einkommens nach Bildungsniveau – auf Basis von Daten der amtlichen Statistik – im Sinne der Humankapitaltheorie⁹ auf eine private Rendite von Bildungsinvestitionen hin: Je höher das Bildungsniveau, desto höher das Einkommen (vgl. etwa Statistik Austria, 2014b, S. 258; Steiner et al., 2007; Vogtenhuber et al. 2013,

Abbildung 8: Monatliches Netto-Einkommen (n = 375)



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

S. 188 ff.). Dieser Zusammenhang konnte auch für die erhobenen Daten bestätigt werden; das monatliche Nettoeinkommen fällt bei höherem Bildungsniveau signifikant höher aus (*Chi-Quadrat nach Pearson* = 64,03; $p = 0,000$).¹⁰

Des Weiteren gestaltet eine tägliche Wegstrecke zum/vom Arbeitsplatz von durchschnittlich 15,2 Kilometern (Median: 7 Kilometer) den Arbeits- und Wohnort außerhalb Kärntens zusätzlich attraktiv, als die räumliche Struktur Kärntens in Kombination mit der starken wirtschaftlichen Fokussierung auf den Kärntner Zentralraum vielfach das Einpendeln der Beschäftigten zum Arbeitsplatz erfordert. So weisen Daten der amtlichen Statistik für Kärnten eine vergleichsweise hohe Pendeldistanz von durchschnittlich 31 Kilometern aus (vgl. Statistik Austria, 2013f, S. 94).

Insgesamt betrachtet verwundert es demnach nicht, dass die berufliche Zufriedenheit mit dem außerhalb Kärntens begonnenen Arbeitsverhältnis besonders hoch ausfällt; 92,9 Prozent der Befragten sind mit ihrer beruflichen Situation „sehr zufrieden“ (44,2 Prozent) bzw. „zufrieden“ (48,7 Prozent). Lediglich 1,3 Prozent sind mit ihrer Arbeitsstelle außerhalb Kärntens nicht zufrieden, hat doch das außerhalb Kärntens begonnene Arbeitsverhältnis die Erwartungen größtenteils (voll) erfüllt und stellen sich auch andere berufsbezogene Merkmale wie etwa der Beschäftigungsumfang, die Stellung im Beruf und vor allem die Einkommenssituation vergleichsweise überdurchschnittlich dar. Diese positiven beruflichen

Rahmenbedingungen und gemachten Arbeitsmarkterfahrungen außerhalb Kärntens stehen einer Verlegung des Lebensmittelpunktes zurück nach Kärnten demnach hemmend gegenüber, wie zahlreiche weitere Auswertungen sowie die Ergebnisse auf Fragen zu möglichen Rückkehrabsichten nach Kärnten zeigen; diese Befunde werden im folgenden abschließenden Kapitel samt Handlungsempfehlungen präsentiert.

5. Rückkehrabsichten und Handlungsempfehlungen

Die befragten ehemaligen Kärntner/innen wurden abschließend danach gefragt, ob die Absicht besteht, den Lebensmittelpunkt wieder in das Bundesland Kärnten zurück zu verlegen. Dabei zeigt sich, dass beinahe die Hälfte (44,9 Prozent) eine Rückkehr ins ehemalige Heimatland – zum Zeitpunkt der Befragung – ausschließt; 12,4 Prozent antworteten, dass die Absicht bestehe, und 42,6 Prozent zeigten sich unentschieden. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, dass jene Personen, welche das Bundesland zu Arbeitszwecken verlassen haben, weniger Unentschiedenheit in Bezug auf die Rückkehrabsicht aufweisen: So antworteten vergleichsweise geringe 37,8 Prozent mit „weiß nicht“, während 46,9 Prozent derzeit eine Rückkehr ausschließen, aber auch ein höherer Anteil (15,4 Prozent) eine Rückverlegung des Lebensmittelpunktes nach Kärnten anstrebt. Jene Kärntner/innen, welche das Bundesland zu Arbeitszwecken verlassen haben, weisen damit – in Abhängigkeit des Motivs der Abwanderung – die höchste Rückkehrabsicht auf.¹¹ Der Zusammenhang zwischen dem Motiv der Abwanderung und der Rückkehrabsicht ist statistisch signifikant, wie eine Kontingenztafelanalyse bestätigt (*Chi-Quadrat nach Pearson = 16,83; $p = 0,010$*).¹²

In weiterer Folge zeigt sich, dass für jene Personen, welche beabsichtigen, nach Kärnten zurückzukehren – unter Einbezug aller Befragten unabhängig vom Motiv der Abwanderung –, insbesondere weiche Standortfaktoren sowie gesellschaftliche Motive eine zentrale Rolle dafür spielen. An vorderster Stelle unter den Beweggründen für die geplante Rückkehr finden sich – unter der Möglichkeit von Mehrfachnennungen – eine höhere Lebensqualität in Kärnten (66,7 Prozent) sowie soziale Bindungen durch Familie und/oder Freunde (64,0 Prozent). Gute Freizeitmöglichkeiten, der Wunsch, die Kinder in Kärnten groß zu ziehen, sowie eine beabsichtigte Rückkehr im Ruhestand werden des Weiteren von bis zu 50 Prozent der Befragten als wesentliche Gründe genannt. Auch das attraktive Wohnangebot und familiäre Gründe (Partnerschaft, Heirat) sind von über einem Viertel der Befragten ausschlaggebend für die Rückkehrabsicht; für Details sei auf Aigner-Walder und Klinglmair (2014a, S. 65 f., sowie 2014b, S. 120 f.) verwiesen. Eine eindeutig untergeordnete Rolle für eine

Rückkehr nach Kärnten spielen hingegen wirtschaftliche Beweggründe bzw. arbeitsplatzbezogene Faktoren; so ist für lediglich 10,7 Prozent der Befragten ein attraktives Stellenangebot in Kärnten ein relevanter Grund für die geplante Rückkehr.

Demgegenüber sehen jene Personen, welche in Bezug auf die Rückkehrabsicht mit „nein“ oder „weiß nicht“ geantwortet haben, gerade diese arbeits-spezifischen Faktoren als wesentliche Voraussetzung, um eine potentielle Verlegung des Lebensmittelpunktes zurück nach Kärnten in Betracht zu ziehen. Mehr als die Hälfte gab an, dass ein ausreichendes Angebot an adäquaten Stellen in Kärnten verfügbar sein müsste, und 39,3 Prozent nannten die Voraussetzung eines entsprechenden Stellenangebots auch für den/die Lebenspartner/in. Ebenfalls über ein Drittel der Befragten sehen bessere Einkommensperspektiven sowie bessere Karrieremöglichkeiten als entsprechende notwendige Rahmenbedingungen, und ein Viertel gab des Weiteren an, dass die Präsenz des beruflichen Tätigkeitsbereiches in Kärnten sowie eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben sein müsste. Erst darauf folgend finden sich Nennungen wie ein attraktives Wohnangebot oder gute Freizeitmöglichkeiten (vgl. Aigner-Walder und Klinglmair, 2014a, S. 66 ff., sowie 2014b, S. 121 f.). Zusammengefasst gilt demnach, dass primär familiäre Gründe oder weiche Standortfaktoren ausschlaggebend für eine Rückkehr nach Kärnten sind, die bestehenden Arbeitsmarktbedingungen einer Verlegung des Hauptwohnsitzes zurück nach Kärnten jedoch hinderlich gegenüberstehen.

Die im Rahmen des Beitrages aufgezeigte Relevanz beruflicher Aspekte für die Abwanderung als auch eine potentielle Rückkehr nach Kärnten liefert Ansatzpunkte dafür, die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt entsprechend attraktiv zu gestalten, um zukünftigen Abwanderungstendenzen begegnen sowie eine verstärkte Rück- und Zuwanderung nach Kärnten fördern zu können. So müssen Reformmaßnahmen gerade am (harten) Hauptfaktor „Arbeitsmarktbedingungen“ sowie der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes ansetzen und speziell auf die Zielgruppe der (Jungen und) Hochqualifizierten abzielen, um einen weiteren „Brain Drain“ aus Kärnten zu vermeiden.¹³ Demnach ist vor allem am Ausbau von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte zu arbeiten, was etwa durch die Förderung von Forschung und Entwicklung und/oder Technik und Innovation vorangetrieben werden kann. Daneben wären entsprechende Betriebsansiedelungen von renommierten Unternehmen („Leuchtturmprojekte“) mit attraktiven Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten zu nennen. Die genannten Maßnahmen sollten darüber hinaus durch Unterstützung bei Unternehmensgründungen flankiert werden, da ein Anteil von mehr als zehn Prozent der Befragten eine Unternehmensgründung und damit einen Verbleib in Kärnten angedacht hat, dies – aus oben erwähnten Gründen – allerdings nicht in die Tat umgesetzt hat.

Zudem wurde von den Befragten angegeben, dass die geographische Lage und räumliche Struktur Kärntens als kritisch bzw. peripher und verkehrstechnisch zu wenig gut angebunden gesehen wird. Daraus resultieren lange Wegstrecken, um den Arbeitsplatz zu erreichen, welche den Arbeits- und Wohnort Kärnten zusätzlich unattraktiv machen. In diesem Bereich kann die Förderung von „Telearbeit“ dazu beitragen, die Distanzen zu minimieren. Entscheidend sind dafür die infrastrukturellen Voraussetzungen; so gilt es, den Ausbau des Breitbandinternets weiterhin zu forcieren. Um dem prognostizierten Fachkräftemangel (vgl. Bliem, Aigner-Walder und Klinglmair, 2012) in Kärnten zu begegnen, sollte – passend zu obigen Befunden – des Weiteren angedacht werden, berufsspezifische Rückkehrprogramme ehemaliger Kärntner/innen bzw. generell Programme für die Einwanderung Qualifizierter zu elaborieren, um zusätzlich von „Brain Circulation“ (vgl. Sippel, 2009, S. 3), d. h. den gemachten Erfahrungen und Horizonterweiterungen der Rückkehrer/innen, zu profitieren. Dies gilt vor allem auch vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der abgewanderten Kärntner/innen bei einem adäquaten Arbeitsplatz eine Rückkehr nach Kärnten in Erwägung ziehen würde.

Literatur

- Aigner, B., Döring, T. (2010): Bevölkerungsentwicklung in Österreich – regionale Unterschiede und Determinanten. Studie der FH Kärnten im Auftrag des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Villach: FH Kärnten.
- Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2014a): Brain Drain in Kärnten. Ursachen und mögliche Handlungsempfehlungen. IHS Kärnten: Klagenfurt.
- Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2014b): Brain Drain in Kärnten – Zentrale Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Abwanderung aus Kärnten. In: Wirtschaftspolitische Blätter – Sonderausgabe Wirtschaftsraum Südösterreich, S. 107–126.
- Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2015): Abwanderung zu Ausbildungszwecken – Eine empirische Analyse für Kärnten. In: Knapp, G., Klinglmair, R. (Hrsg.): Wirtschaftliche und soziale Brennpunkte in Kärnten, *in Bearbeitung*.
- AMS-Arbeitsmarktdatenbank (2014, online): Verfügbar unter <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>. Download am 27. 5. 2014.
- Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2013): Oberösterreich, die Jungen und die Zukunft. Was zieht Oberösterreicher/innen nach Wien und was wieder zurück? Erkenntnisse aus einer Motivstudie in Zusammenarbeit mit dem Linzer Institut für qualitative Analysen. Linz.
- Arbeitsmarktservice Kärnten (2014): Geschäftsbericht 2013 des Arbeitsmarktservice Kärnten. Klagenfurt.
- Bliem, M., Aigner-Walder, B., Klinglmair, R. (2012): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten. IHS Kärnten: Klagenfurt.
- Breinbauer, A. (2008): Mobilität österreichischer und ungarischer Mathematiker. Ein Beitrag zur Brain Drain-Debatte in einem kleinen Segment Hochqualifizierter. V&R unipress: Göttingen.

- Gerloff, A. (2004): Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie. In: Dienel, C., Gerloff, A., Lesske, L.: Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittsziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? Abschlussbericht. Landesregierung Sachsen-Anhalt, S. 100–171.
- Glocker, D., Stork, J. (2012): Uni, Fachhochschule oder Ausbildung – welche Fächer bringen die höchsten Löhne? In: DIW Wochenbericht 13/2012. DIW: Berlin, S. 3–8.
- Hafner, R. (2000): Statistik für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler – Band I. Zweite verbesserte Auflage. Springer: Wien.
- Hartung, J., Elpelt, B., Klöser, K. H. (2005): Statistik – Lehr- und Handbuch der angewandten Statistik. 14. Auflage. Oldenbourg: München.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2014): Statistische Daten aus der Sozialversicherung – Beschäftigte in Österreich, Jahresdurchschnitt 2013. Wien.
- Heß, B. (2009): Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland – Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. Working Paper 28 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Nürnberg.
- Klinglmair, R. (2013): Die Bedeutung von Bildung am Beispiel der Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen in Kärnten. WISO 36/3, S. 117–136.
- Klinglmair, A., Klinglmair, R. (2011): Determinanten der Arbeitsplatzzufriedenheit von Frauen im Bezirk Spittal/Drau. In: Anderwald, K., Filzmaier, P., Hren, K. (Hrsg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2011. Hermagoras/Mohorjewa: Klagenfurt, S. 300–324.
- Klinglmair, R., Klinglmair, A. (2013): Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Bildung. In: Bliem, M. (Hrsg.): Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2012. Studie des IHS Kärnten im Auftrag des Landes Kärnten, Klagenfurt, S. 101–126.
- Kröhnert, S. (2007): Migrationstheorien. Online-Handbuch Demographie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Verfügbar unter: <http://www.berlin-institut.org/index.php?id=11>. Download am 3. 2. 2014.
- Lee, E. S. (1972): Eine Theorie der Wanderung. In: Széll, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. Nymphenburger Verlagshandlung: München, S. 117–129.
- Parnreiter, C. (2000): Theorien und Forschungsansätze zu Migration. In: Huser, K., Parnreiter, C., Stacher, I. (Hrsg.): Internationale Migration: die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Brandes & Apsel/Südwind: Frankfurt a. M./Wien.
- RegioData (2014, online): Burgenland holt bei Kaufkraft auf. RegioData Kaufkraftkennziffern Österreich – Ausgabe 2012. Verfügbar unter http://www.regiodata.eu/sites/default/files/downloads/regiodata_BGLD_KK.jpg. Download am 27. 1. 2014.
- RegioKontext (2010): Wanderungsmotivumfrage für die Landeshauptstadt Potsdam. Berlin.
- Sauer, L. (2004): Migration hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Theoretische Analyse der Auswirkungen und nationale sowie internationale Politikoptionen. Transfer Verlag: Regensburg.
- Saurer, P. (2013): Einkommen in Kärnten 2011. Eine Analyse der Arbeiterkammer Kärnten, Abteilung Wirtschaft und Konsumentenschutz, Klagenfurt.
- Schira, J. (2005): Statistische Methoden der VWL und BWL. München u. a.: Person Studium.
- Schmid, K., Gruber, B., Petanovitsch, A. (2012): Bildungsstruktur und Qualifikationsbedarf in Kärnten mit Fokus auf den produzierenden Sektor. ibw-Forschungsbericht Nr. 169. Wien.
- Sippel, L. (2009): Von Brain Drain zu Brain Circulation. Online-Handbuch Demographie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Verfügbar unter: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Sippel_BrainGain.pdf. Download am 3. 2. 2014.

- Statistik Austria (2013a): Statistik des Bevölkerungsstandes. Bevölkerung zu Jahresbeginn ab 1982. Wien.
- Statistik Austria (2013b): Bildung in Zahlen 2011/12 – Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien.
- Statistik Austria (2013c): Geburtenbilanz lt. Statistik der Natürlichen Bevölkerungsbewegung. Wien.
- Statistik Austria (2013d): Wanderungsstatistik. Wien.
- Statistik Austria (2013e): Wanderungen innerhalb Österreichs. Wien.
- Statistik Austria (2013f): Census 2011 Kärnten – Ergebnisse zur Bevölkerung aus der Registerzählung. Wien.
- Statistik Austria (2014a, online): Bruttoregionalprodukt 2000–2011 nach Bundesländern – absolut und je Einwohner. Verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/static/bruttoregionalprodukt_2000-2011_nach_bundeslaendern_absolut_und_je_einwohn_019118.pdf. Download am 27. 1. 2014.
- Statistik Austria (2014b): Statistisches Jahrbuch Österreichs 2014. Verlag Österreich: Wien.
- Steiner, M., Schuster, J., Vogtenhuber, S. (2007): Bildungserträge in Österreich von 1999 bis 2005. Kooperationsstudie des IHS Wien mit Statistik Austria im Auftrag des BMUKK. Wien.
- Sting, S., Leitner, S. (2013): Zurück nach Kärnten? Eine Studie zur sozialräumlichen Selbstverortung von jungen Erwachsenen aus Kärnten. Forschungsbericht des Instituts für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung (IfEB) an der Alpen-Adria-Universität. Klagenfurt.
- Treibel, A. (2008): Migration in modernen Gesellschaften – Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 4., aktualisierte Auflage. Juventa Verlag: Weinheim und München.
- Vogtenhuber, S., Lassnig, L., Radinger, R., Gurtner-Reinthal, S. M. (2013): Outcome – Wirkungen des Schulsystems. In: Bruneforth, M., Lassnig, L. (2013): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012 – Band 1. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Leykam: Graz, S. 177–194.
- Weber, G., Fischer, T. (2010): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse. Wien: Universität für Bodenkultur Wien.
- WIBIS-Datenbank (2014, online): Verfügbar unter: www.kwf.at/wibis/. Download am 28. 1. 2014.

Anmerkungen

- 1 Eine gesamthafte Darstellung der Ergebnisse der Erhebung findet sich in Aigner-Walder und Klinglmair (2014a sowie 2014b). Eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse für jene Personen, welche das Bundesland zu Ausbildungszwecken verlassen haben, folgt in Aigner-Walder und Klinglmair (2015).
- 2 Hierbei ist zu beachten, dass die Grundgesamtheit lediglich Personen ab 15 Jahren beinhaltete, wodurch die Altersverteilung von der in Kapitel 2 dargestellten abweicht, welche auch unter 15-Jährige berücksichtigt.
- 3 Empirische Untersuchungen für Deutschland (vgl. Heß, 2009, S. 61 ff.) sowie für ländliche Regionen der Steiermark (vgl. Weber und Fischer, 2010) weisen auf eine ähnliche Motivlage hin und werden in Aigner-Walder und Klinglmair (2014a) detailliert dargestellt; für Kärnten können bislang keine repräsentativen Daten und/oder Studien präsentiert werden.

- 4 In Kärnten ist die Qualifikationsstruktur deutlich stärker auf die mittlere Qualifikationsebene gerichtet, auf welche 70,9 Prozent der Aktivbeschäftigten im Jahr 2012 entfielen (Österreich: 66,5 Prozent). Umgekehrt liegt der Anteil der Hochqualifizierten an der Gesamtbeschäftigung in Kärnten mit 17,2 Prozent unter dem Niveau von Österreich (19,5 Prozent; vgl. WIBIS-Datenbank, 2014). Dies hat zur Folge, dass sich für höher Qualifizierte aufgrund der Wirtschafts- und Qualifikationsstruktur in Kärnten eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt als vergleichsweise schwierig herausstellt. Umgekehrt bieten sich für Personen mit Lehrabschluss günstigere Arbeitsmarktchancen, da bereits gegenwärtig ein Fachkräftemangel beklagt wird, der sich in Zukunft weiter verstärken wird (vgl. Schmid, Gruber und Petanovitsch, 2012, S. 58, 89 und 187; Bliem, Aigner-Walder und Klinglmair, 2012, S. 62 f.).
- 5 Jene 3,6 Prozent der Befragten, die zum Zweck der Arbeitsuche aus Kärnten abgewandert sind, wurden in den folgenden Analysen ausgeklammert.
- 6 Zur Berechnung und Interpretation des Rangsummentests nach Wilcoxon für ordinal skalierte Variablen vgl. etwa Hartung et al. (2005, S. 243 ff.).
- 7 Auch hinsichtlich der Einschätzung des Verlaufs der Berufskarriere konnten keine geschlechtsspezifischen Unterschiede ermittelt werden ($z = 0,19$; $p = 0,846$).
- 8 Zu den methodischen Grundlagen und der Interpretation von Kontingenztafelanalysen vgl. etwa Hafner (2000, S. 164 ff.) oder Schira (2005, S. 519 ff.).
- 9 Für einen kurzen Überblick zur Humankapitaltheorie und Bildungsrenditen vgl. etwa Glocker und Stork (2012, S. 6).
- 10 In den Berechnungen wurden ausschließlich Vollbeschäftigungsverhältnisse herangezogen, um Verzerrungen durch einen geringeren Beschäftigungsumfang auszuschließen. Unabhängig vom Beschäftigungsumfang ist der Zusammenhang lediglich auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant (*Chi-Quadrat nach Pearson* = 40,50; $p = 0,096$).
- 11 Personen, welche familiäre Motive für die Abwanderung angaben, schließen hingegen eine Rückkehr nach Kärnten mehrheitlich aus. Die größte Unentschlossenheit zeigen jene Befragten, welche den Hauptwohnsitz zu Ausbildungszwecken aus dem Bundesland verlegt haben.
- 12 Ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang lässt sich zwischen dem Zeitraum der Abwanderung und der Rückkehrabsicht feststellen (*Chi-Quadrat nach Pearson* = 26,69; $p = 0,001$; vgl. Aigner-Walder und Klinglmair, 2014a, S. 64).
- 13 Dies gilt als wesentlich, können doch die Folgen eines Brain Drain für das Senderland durchaus als folgenschwer bezeichnet werden: So sind neben entgangenen Steuereinnahmen von besserverdienenden Personen vor allem ein Rückgang von Produktivität, fehlende Innovationen sowie mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bei der Produktion von humankapitalintensiven Produkten und Dienstleistungen unter dem entstehenden Mangel an Hochqualifizierten und dadurch langfristig gebremste Entwicklungschancen als potentielle Konsequenzen zu nennen (vgl. Sauer, 2004, S. 152; Sippel, 2009, S. 2).

Energiemasterplan Kärnten

Politisches Strohfeuer oder ernst zu nehmende Landesstrategie?

1. Einleitung

Das Bundesland Kärnten ist im Jahr 2013 von einem politischen Paradigmenwechsel gekennzeichnet. Die jahrelang währende Dominanz der mitte-rechts-gerichteten Partei(en) wird nicht zuletzt durch Skandale geprägt, die eine Veränderung im politischen System Kärntens bereits vor den Landtagswahlen erahnen lassen. Basierend auf den Recherchearbeiten von Journalisten und speziell jenen eines jetzigen Landesrates, verändert sich das politische Gleichgewicht in Kärnten in einer Art und Weise, die in dessen Prägnanz einzigartig in der Zweiten Republik ist.

Eine weitere Neuerung, die mit dieser Verteilung der Wählerstimmen im Zusammenhang steht, ist jene der in Österreich erstmalig in Erscheinung tretenden Koalition zwischen den drei Parteien – SPÖ/ÖVP/Die Grünen –, vielfach auch als „Kenia-Koalition“ bezeichnet. Es entsteht im Frühjahr 2013 der Eindruck, dass diese neue Regierung in Kärnten maßgeblich an der Zukunft Kärntens arbeiten will. Eine nach außen harmonisch wirkende Dreierkoalition lässt die Bevölkerung hoffen, dass sich Kärnten zukünftig – speziell bezogen auf seine Wirkung in anderen österreichischen Bundesländern – positiv entwickeln wird.

Eine der markantesten Aktionen in diesem Zusammenhang – initiiert durch Die Grünen in Kärnten – ist die Implementierung des so genannten „Energiemasterplanes“, kurz „Emap“. Der Energiemasterplan wird per Beschluss der gesamten Landesregierung am 7. Mai 2013 in ihrer dritten Regierungssitzung auf Schiene gebracht. Das Ziel des Masterplans ist es, Kärnten bis 2025 unabhängig von Importen hinsichtlich des Bedarfs an Strom und Wärme zu machen. Als weiteres – aber viel ambitionierteres – Ziel steht die vollständige Energieautonomie unter anderem auch im gesamten Verkehr (öffentlich und privat) bis zum Jahr 2035.

Der folgende Beitrag beschreibt in diesem Zusammenhang alle gesetzten Aktivitäten und Veranstaltungen, die im ersten Schritt dieses mehrjährigen Planes bis zum Juni 2014 erarbeitet wurden. Das erste Jahr des Energiemasterplans ist als konzeptionelle Phase zu verstehen, in der mit Hilfe von verschiedenen Peer-Groups eine Erarbeitung der Strategie

mehrdimensional und vor allem kärntenweit ermöglicht wurde. Im Vordergrund stehen neben den insgesamt 121 durchgeführten Gemeinde-Informationsveranstaltungen, in denen BürgerInnen aus Kärnten die Möglichkeit hatten, aktiv an der Diskussion und Gestaltung des Masterplans mitzuwirken, die rund 200 ExpertInnen aus verschiedensten Bereichen (Privatunternehmen, soziale Träger, Non-Profit-Organisationen, Forschung und Entwicklung, Gemeinden, Vereinen etc.), die gemeinsam in elf Arbeitsgruppen diese Strategie diskutierten und entwickelten.

2. Der Energiemasterplan im Detail

Die neue Kärntner Koalition hat im Regierungsprogramm 2013 ein aktives Bekenntnis zum Klimaschutz abgelegt. In der Präambel des Regierungsprogrammes wird definiert, dass die neue Regierung „die Verantwortung für einen besonders sorgsamem Umgang mit der Natur, der Umwelt und den natürlichen Ressourcen sowie die Forcierung erneuerbarer Energieformen“¹ anstrebt. Hinter diesem Vorhaben steht nicht nur eine Vision, die anfänglich vielfach als sehr ambitioniert angesehen wird, sondern vielmehr ein konkreter Handlungsbedarf, der unter anderem durch die EU vorgegeben wird.

Das im Jahr 2011 in Österreich erlassene Klimaschutzgesetz (KSG)² beschreibt dahingehend die innerstaatlichen Verpflichtungen und damit verbundenen Maßnahmen, die die Erreichung der durch die EU gesetzten Ziele zu regeln versucht. Das primäre Ziel der EU dabei ist es, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent auf der Basis von 1990 zu reduzieren. Eine weitere in diesem Zusammenhang stehende Strategie (bis 2020) beschreibt die EU20-20-20-Ziele³ aus dem Jahr 2008:

- 20 Prozent weniger Treibhausgasemissionen auf Basis 2005,
- 20 Prozent Gesamtanteil erneuerbarer Energieträger (am Gesamtenergieverbrauch),
- 20 Prozent mehr Energieeffizienz.

Das primäre Ziel aller Vorgaben ist es, den Ausstoß – speziell jenen des CO₂⁴ – auf ein mögliches Minimum zu reduzieren. Der damit in Verbindung zu bringende EU-Emissionshandel⁵ muss dabei jedoch effektiver gestaltet werden, da dieser aktuell kein wirksames Instrument für ein verbessertes Erreichen der Klimaschutzziele darstellt.

Alle diese Ziele werden vielfach unter dem Begriff der „Energiewende“ subsumiert. Das Ziel der Energiewende ist es, den weltweit vorherrschenden Bedarf an Energie mit ausschließlich solchen Energieträgern zu decken, die als erneuerbar eingestuft werden. Dazu zählen neben Wind-, Bio- und Sonnenenergie auch bis dato weniger bekannte Formen, wie

unter anderem Meeresenergie (Gezeiten) und Geothermie (Erdwärme). Mit der Ausnahme von Bioenergie sind alle übrigen hier aufgelisteten Energieträger direkt CO²-neutral und verursachen bei deren Konsumption keine Emissionen. Emissionen, die durch die Verbrennung von Biomasse erzeugt werden, sind bilanziell neutral und gelten somit als erneuerbar, da sie nur jenen Ausstoß verursachen, den sie wiederum beim erneuten Wachsen binden (Photosynthese).

Auf Basis dieser Vorgaben ist es seit Mai 2013 das Ziel des Landes Kärnten, hinsichtlich dieser zu erreichenden Ziele in Österreich und in weiterer Folge EU-weit eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Das Projekt Energiemasterplan sieht zwei wesentliche Meilensteine für die nächsten Jahrzehnte vor:⁶

- Bis 2025 – Energieautonomie im Bereich Strom- und Wärmeerzeugung
- Bis 2035 – Energieautonomie im Bereich Mobilität und Verkehr

Für das weitere Verständnis der zu erreichenden Ziele muss definiert werden, welche Bereiche den Gesamtenergiebedarf des Landes Kärnten umfassen. Vielfach werden dabei einzelne Bereiche – speziell jene des Verkehrs – übersehen.

Der Gesamtenergiebedarf des Bundeslandes Kärnten setzt sich wie folgt zusammen (jeweils Anteil erneuerbar und fossil):⁷

- Strom (98 Prozent erneuerbar, 2 Prozent fossil) – ca. 6.000 GWh⁸ p. a.
- Wärme (55 Prozent erneuerbar, 45 Prozent fossil) – ca. 7.500 GWh p. a.
- Mobilität (10 Prozent erneuerbar, 90 Prozent fossil) – ca. 7.500 GWh p. a.

Rund 21.000 GWh sind p. a. somit als Gesamtenergiebedarf in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität im Bundesland Kärnten anzunehmen. Darin nicht berücksichtigt ist der Bereich der so genannten „grauen Energie“. Dieser Begriff beschreibt jene Energie, die unter anderem zur Herstellung, Lagerung sowie Entsorgung von Produkten notwendig ist. Ein vollwertiges Abbild des Energiebedarfs inkl. jenem der grauen Energie ist nur unter Einbezug von Importen und Exporten von Produkten und dem damit verbundenen Energiebedarf möglich. In weiterer Folge wird dieser in den Angaben der zu erreichenden Ziele nicht berücksichtigt.⁹

2.1 Elf Arbeitsgruppen – 200 Kärntner ExpertInnen

Die Erarbeitung des Konzeptes zum Emap erfolgte auf zwei Ebenen. Eine dieser Ebenen ist jene der fachspezifischen ExpertInnen. Die ExpertInnenebene wurde in elf Teilbereiche gegliedert, um zu gewährleisten, dass möglichst alle relevanten themenspezifischen Bereiche abgedeckt werden. Konkret sind dies folgende Bereiche:¹⁰

□ Energieeffizienz¹¹

Eine Energiewende ist in Kärnten bzw. in weiterer Folge österreich- und EU-weit nur dann möglich, wenn die Energieeffizienz ganzheitlich in allen Lebensbereichen gesteigert wird. Der Begriff der Energieeffizienz wird vielfach in der Diskussion um das Thema der „Erneuerbaren Energie“ ausgeblendet. Festzuhalten ist, dass der Gesamtenergiebedarf in Österreich jährlich um ca. zwei bis drei Prozent zunimmt. Energieeffiziente Maßnahmen sollen dabei helfen, Energiekosten und den damit verbundenen Energiebedarf zu senken. Eine bereits bekannte – unter anderem auch durch die EU vorgegebene – Maßnahme ist die Abschaffung der klassischen Glühbirne bei gleichzeitigem Ersatz durch neue Leuchtmittel wie u. a. LEDs¹².

Im persönlichen Alltag der BürgerInnen sind mit der Begrifflichkeit der Energieeffizienz „Smart Homes“ – also intelligente Haussysteme – in Verbindung zu bringen. Zukünftig werden die Richtlinien für Gebäude weiter verschärft und dahingehend angepasst werden, dass deren Gesamtenergieverbrauch auf ein mögliches Minimum reduziert wird. Ein passendes Beispiel dazu wäre unter anderem ein Plus-Energie-Haus¹³.

□ Forschung und Entwicklung¹⁴

Erneuerbare Energie und Energieeffizienz sind Bereiche, denen ein hoher Grad an Technisierung und Innovation zu Grunde liegt. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten Forschung und Entwicklung. Kärnten bietet dazu mehrere lokale Unternehmen und Forschungseinrichtungen an, mit denen gemeinsam am Ziel der Energiewende in diesem Bereich gearbeitet wird. Ein weiterer damit in Verbindung zu bringender Punkt ist, dass durch die Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zugleich die Abwanderung von hoch qualifizierten Personen (speziell im Bereich Technik) minimiert werden kann. Der Wirtschaftsstandort Kärnten soll dahingehend zukünftig auch österreichweit eine Vorreiterrolle übernehmen.

□ Grüne Berufe¹⁵

Die Begrifflichkeit der „Grünen Berufe“ bzw. „Green Jobs“ ist weitestgehend nicht ausdefiniert. Generell werden unter diesem Begriff Berufe subsumiert, die im engeren Sinne mit umweltrelevanten Themen in Verbindung stehen. Als Beispiele können unter anderem Energieberater oder so genannte „Solarteure“¹⁶ genannt werden. Ein wesentlicher Aspekt, den die Gruppe „Grüne Berufe“ aufzeigt, ist jener, dass zukünftige Berufsbilder tendenziell „Green Skills“, also „grüne Fähigkeiten“, im Rahmen einer Berufsausbildung enthalten sollten. Diese Fähigkeiten umfassen in erster Linie ein Verständnis für einen wirtschaftlichen und zugleich ökologischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen sowohl im beruflichen als auch in weiterer Folge im privaten Alltag.

□ Energiearmutsbekämpfung

Rund 10.000 Menschen sind kärntenweit von Energiearmut betroffen. Energiearmut tritt in der Regel dann ein, wenn monetäre Mittel nicht mehr ausreichend vorhanden sind, um lebensnotwendige Alltagsenergie einzukaufen. Im engeren Sinne sind dies Strom, Holz, Gas bzw. andere Treibstoffe. Ein damit verbundenes und nicht zu unterschätzendes Problem ist jenes der vielfach prekären Wohn- und Lebensbedingungen von Personen mit geringem oder nicht vorhandenem Einkommen (u. a. SozialhilfebezieherInnen). Die Arbeitsgruppe rund um dieses Thema stellte fest, dass Energiekosten von den oben genannten Personen über jenen des Durchschnitts sind. Dies ist zurückzuführen auf:¹⁷

- veraltete Geräte (Kühl- und Gefrierschränke mit schlechter Effizienzklasse);
- schlechte Wohnverhältnisse (meist günstige Wohnungen = vielfach schlecht isoliert);
- Arbeitslosigkeit, die zur Folge hat, dass sich Personen überdurchschnittlich lange in der eigenen Wohnung aufhalten und somit verhältnismäßig mehr Strom benötigen.

Um der betroffenen Zielgruppe zu helfen, werden zukünftig – neben den bereits existierenden – spezielle Maßnahmen gestartet werden, die den betroffenen Personen Unterstützung hinsichtlich der vorhandenen Lebenssituation geben. Dies wird neben Beratung vor allem der Austausch von Altgeräten bzw. Leuchtmitteln sein.

□ Raumordnung¹⁸

Dem vielfach in der Diskussion um das Thema Energiemasterplan unterschätzten Bereich der Raumplanung ist eine besondere Bedeutung zuzuschreiben. Das Bundesland Kärnten verfügt über insgesamt 132 Gemeinden, vorwiegend im ländlichen Raum. Die Siedlungsstrukturen dieser Gemeinden sind vielfach von einer starken Zersiedelung geprägt. Mitunter ist dies auf die Widmungsmöglichkeiten der Gemeinden sowie auf den Wunsch der BürgerInnen, möglichst im Grünland zu wohnen, zurückzuführen. Die damit verbundenen hohen Infrastrukturkosten für Kommunen bzw. die Mobilitätskosten für BürgerInnen werden dabei nicht ins Auge gefasst. Das Ziel einer verbesserten Raumordnung ist es, die Siedlungskerne zu verdichten und dort zugleich die vorhandene Infrastruktur zu stärken, um daraus resultierend Kostenvorteile für Kommunen und BürgerInnen zu akquirieren.

□ Mobilität¹⁹

Kärnten gilt als eines der Bundesländer, die die höchsten Pro-Kopf-Pendlerstrecken pro Tag aufweisen. Die Gründe dafür sind neben geografischen

Faktoren ungleichmäßig verteilte Arbeitsplatzmöglichkeiten, die generell in Ballungszentren zu finden sind. Damit verbunden ist in weiterer Folge, dass das öffentliche Verkehrsnetz nur einen Teil der Pendler zufriedenstellend erreicht, um in angemessener Zeit an den jeweiligen Arbeitsplatz zu gelangen. Die Folge dieser Faktoren ist, dass somit meist ein privates Fahrzeug zur Anfahrt und Heimreise zum bzw. vom Arbeitsplatz gewählt wird.

□ Erneuerbare Energie²⁰

Der Begriff „Erneuerbare Energie“ subsumiert alle relevanten Bereiche, die im Rahmen der Erarbeitung des Energiemasterplans notwendig sind. Die Gruppe rund um dieses Thema befasste sich schwerpunktmäßig mit folgenden Bereichen:

- Stromproduktion aus Photovoltaik, Wind und Wasser,
- Wärmeproduktion aus Solarthermie, Biomasse und Tiefengeothermie.

Wesentlicher Bestandteil der Erarbeitungen ist das Aufzeigen von Potentialen in Kärnten, die nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind. Dazu zählen neben den Potentialen von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen vor allem förderrelevante Themen (Vereinfachung der Antragstellung und Konzentration der Zuständigkeiten auf eine Stelle) und Energieausweise, die ein Abbild eines Gesamtenergieverbrauchs (im konkreten Fall bei Gebäuden) ermöglichen.

□ Infrastruktur und Netze²¹

Um eine Versorgungssicherheit in Kärnten zu gewährleisten ist es notwendig, Netze zu installieren, die eine Integration von erneuerbaren Energiequellen in ausreichendem Maße unterstützen. Das klassische Nachfragemuster des Strombedarfs kann derzeit nicht ausschließlich durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden. Ein funktionierendes Netz schafft hierfür einen Ausgleich und nutzt dabei Speicher und andere Energieträger, um diese fehlenden Kapazitäten auszugleichen.

Tendenziell ist zu beobachten, dass die Energieversorgung nicht zuletzt durch die Installation von Photovoltaikanlagen zunehmend dezentralisiert wird. Eine Integration von dezentralen Stromquellen und Stromspeichern erfordert in diesem Zusammenhang eine Adaption der vorhandenen Verteilernetze zu intelligenten Netzen, so genannten „Smart Grids“²².

□ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit²³

Die Energiewende in Kärnten soll mittel- und langfristige auch in die umliegenden Regionen wirken und somit den Alpen-Adria-Gedanken stärken. Die EU bietet dahingehend eine Reihe von Förderprogrammen an, die eine solche grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinsichtlich der

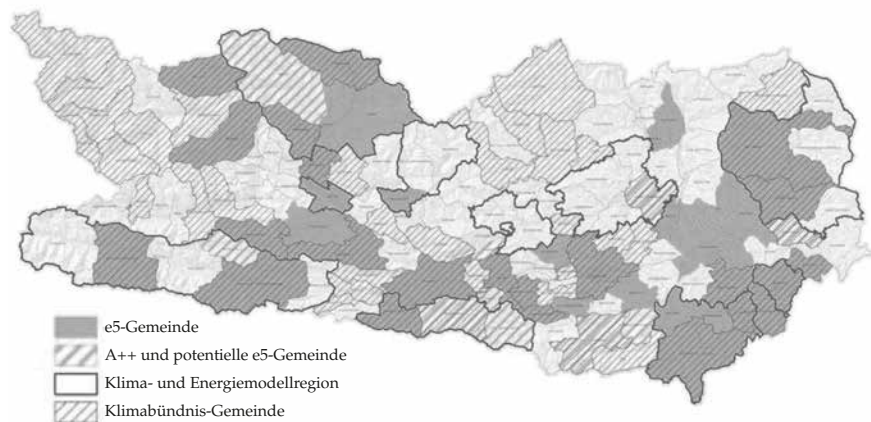
Entwicklung von Innovationen fördert. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Vernetzung und Zusammenarbeit der umliegenden Nachbarländer sein, um auch hier die europäischen Zielsetzungen zu erreichen.

□ Bewusstseinsbildung²⁴

Bewusstseinsbildung im Bereich der Erneuerbaren Energie gilt als wesentlichster Multiplikator, um diese Thematik in einer weit gestreuten Form in der Bevölkerung zu platzieren. Kärntenweit gibt es bereits mehrere Initiativen, die sich diesem Thema widmen:

- Klimabündnis-Gemeinden
- Klima- und Energiemodellregionen (KEM)
- e5-Gemeinden
- A++ und potentielle e5-Gemeinden

Abbildung 1: e5/KEM-Regionen/Klimabündnis-Gemeinden²⁵



Wie Abb. 1 zu entnehmen ist, sind kärntenweit nur wenige Gemeinden nicht Teil einer der genannten Initiativen. Im Rahmen der Gemeindeveranstaltungsreihe konnte in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass ein Interesse hinsichtlich dieser Initiativen jedoch unabhängig von der Tatsache, ob die jeweilige Gemeinde einer solchen angehört, vorhanden ist. e5-Gemeinden, Klima- und Energiemodell-Regionen und Klimabündnis-Gemeinden setzen ein positives Zeichen hinsichtlich der Thematik und schaffen bereits Strukturen, die es ermöglichen, an dem Ziel der Energiewende zu arbeiten. Die Einbindung der Bevölkerung ist dabei das

relevanteste und wichtigste Ziel, da die notwendige Sensibilisierung zum Thema noch zu rudimentär ausgeprägt ist.

□ Kreativgruppe²⁶

Neben technischen und fachlichen Fragestellungen, die im Fokus der Erarbeitung des Energiemasterplans standen, gab es speziell für all jene Themen, die nicht in einer der zehn spezifischen Arbeitsgruppen Platz fanden, eine Kreativgruppe, die Visionen und Ideen der nächsten Jahre und Jahrzehnte abbilden sollte. Diese Gruppe hatte als einzige der elf Arbeitsgruppen eine Vielzahl an Kindern und Jugendlichen integriert, um deren Visionen und Ideen gemeinsam mit Erwachsenen zu erarbeiten.

Die dabei erzielten Ergebnisse, wie unter anderem ein situativer und adaptiver Fahrplan für öffentliche Verkehrsmittel, der, basierend auf den tagesaktuellen Bedarf an Kapazitäten hin reagiert, oder bequeme Mobilitätsknotenpunkte, die nicht als klassische Haltestelle zu verstehen sind, sondern mit intelligenter Infrastruktur ausgestattet sind, waren nur einige der rund 40 eingebrachten Ideen. Festzuhalten ist, dass viele dieser Ideen bereits umgesetzt werden.

2.2 121 Gemeindeveranstaltungen – 2000 Kärntner BürgerInnen

Neben den elf Arbeitsgruppen wurden in insgesamt 121 von 132 Kärntner Gemeinden Veranstaltungen zum Energiemasterplan abgehalten. Diese BürgerInnen-Informationsveranstaltungen konnten rund 2000 KärntnerInnen zum aktiven Mitgestalten im Rahmen des Energiemasterplans bewegen.

Durch die Implementierung dieser Veranstaltungsreihe gelang es, das Thema in mehr als 90 Prozent der Kärntner Gemeinden zu präsentieren und dabei dem Auditorium ein möglichst hohes Maß an Bürgernähe zu gewährleisten. Im Zeitraum von Jänner bis Mai 2014 referierte ein Team von ca. 20 Personen individuell in Gruppen von zwei bis drei Personen in jeder der 121 Gemeinden. Alle ModeratorInnen weisen einen energie- und umweltaffinen Hintergrund auf und stammen aus Organisationen wie unter anderem energie:bewusst:kärnten, Klimabündnis Kärnten, Leader-Regionalmanagement sowie Klima- und Energiemodellregionen.

Jede der 121 durchgeführten Gemeindeveranstaltungen enthielt eine Präsentation zum Projekt Emap, zu den darin enthaltenen Zielen und Strategien sowie im Anschluss die Möglichkeit einer Diskussion bzw. eines Workshops zu Bereichen, die von den BürgerInnen mit großem Interesse verfolgt wurden. In diesem Zusammenhang sind folgende Interessensgebiete zum Thema für BürgerInnen tendenziell (aufgelistet nach prozentualer Verteilung der Interessen) festzustellen:²⁷

- ☐ Photovoltaik am Eigenheim
 - Kosten-Nutzen-Rechnung
 - Richtige Dimensionierung – Anlagenoptimierung
 - Förderungen (Bund/Land)
- ☐ Sanierung von Gebäuden
 - Kosten-Nutzen-Rechnung
 - Förderungen (Bund/Land)
 - Bautechnische Regelungen (u. a. Denkmalschutz, Schimmelbildung etc.)
- ☐ Elektromobilität
 - Kosten-Nutzen-Rechnung
 - Förderungen (Bund/Land)
 - Akkulaufzeit und -probleme
- ☐ Kleinwasserkraft
 - Hürden bei Genehmigungsverfahren
 - Einspeisetarife
- ☐ Windkraft
 - Rechtliche Grundlagen in Kärnten

Aus den Informationsveranstaltungen in den Kärntner Gemeinden sind relevante und hilfreiche Informationen für das Land Kärnten, speziell durch die teilweise akuten Bedürfnisse der BürgerInnen, zum Vorschein gekommen. Der gewählte Bottom up-Ansatz bewährte sich vielfach, da BürgerInnen erstmalig im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe die Möglichkeit hatten, aktiv und eigenständig an diesem Thema – vor Ort in der jeweiligen Gemeinde – mitzuwirken. Diese Art von politischer Partizipation ist für viele der BürgerInnen neuartig, bewährte sich jedoch sehr gut, da somit alle relevanten bürgerspezifischen Wünsche und Anregungen erkannt und bei der Erarbeitung des Masterplans berücksichtigt werden konnten. Für weitere Veranstaltungen dieser Art ist es wünschenswert, den Fokus der Zielgruppe der sich beteiligenden BürgerInnen auszuweiten. Grund dafür ist nicht zuletzt, dass klassische BesucherInnen der Veranstaltung zum Emap zu über 90 Prozent männlich waren sowie meist im Alter von 45+. Weiter ist anzumerken, dass ebenso tendenziell jene Personen diese Veranstaltungsreihe besuchten, die selbst mit diesem Thema bereits in Verbindung stehen (u. a. PV-Besitzer etc.). Es ist somit für zukünftige Veranstaltungen dieser Art wünschenswert, dass eine themenspezifische Sensibilisierung zum Thema auf Ebene der Gemeinden aktiv forciert wird, um Personen zur Mitarbeit an diesem Thema zu bewegen.²⁸

3. Umsetzung ab 2014

Für die Jahre nach der abschließenden Konzeption im Juni 2014 sieht der Energiemasterplan mehrere Ebenen der Umsetzung vor.

Bewusstseinsbildung, Information, Beratung und Bildung²⁹

Bewusstseinsbildung gilt bezugnehmend auf die Themen Energiewende bzw. Erneuerbare Energie als wesentlicher Hebel, um ein Umdenken in der Bevölkerung zu erreichen. Ein solches Umdenken kann nur schrittweise umgesetzt werden, soll zukünftig jedoch bereits im Kindesalter erfolgen. Aus diesem Grund wird es bereits in der Primarstufe der Schulen Maßnahmen geben, die Kindern das Thema näherbringen. Neben diesen Aktivitäten wird das Thema in weiterer Folge auch für die gesamte Bevölkerung in Kärnten in verschiedenster Art und Weise aufbereitet werden. Diese Informationen und Beratungen beginnen bei klassischen Themen wie unter anderem der Planung, Installation und Förderung bzw. Finanzierung von Photovoltaikanlagen am Eigenheim bis hin zur Beratung zur Nutzung von E-Fahrzeugen oder weiteren speziellen themenspezifischen Belangen.

Gesetze und Verordnungen³⁰

Im Rahmen von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene besteht die Möglichkeit, Anpassungen und Korrekturen an bestehenden Rechtsnormen vorzunehmen und diese den Bedürfnissen der BürgerInnen anzupassen. Auf Ebene des Bundes und der EU besteht zumindest die Möglichkeit, Einfluss auf die Gestaltung der jeweiligen Rechtsnormen zu nehmen.

Förderungen³¹

Durch einen verbesserten Zugang zu Förderungen sollen diese gezielt und wirkungsorientiert – „weg vom Gießkannenprinzip“ – erfolgen. Die vielfach zu bürokratischen Hürden sollen dabei abgeschafft bzw. vereinfacht werden. Eine zentrale Stelle zum Bereich der Förderungen soll Beratung und Abwicklung bereichsübergreifend abdecken.

Die Umsetzung der gesamten Maßnahmen wird dabei durch die Einbindung in bestehende Strukturen erfolgen, die speziell beim Land Kärnten (interne Verwaltungsstrukturen) liegen werden. Wesentlich ist dabei jedoch, die Einzelakteure kärntenweit in eine gemeinsame langfristige Erarbeitung miteinzubinden.

4. Resümee

Mit der Einführung des Projektes Energiemasterplan hat die neue Landesregierung in Kärnten versucht, ein Zeichen zu setzen. Im ersten Jahr der Erarbeitung dieses Projektes gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen

und medienwirksamen Aktivitäten, die Erwartungen in der Bevölkerung schürten. Kärntenweit war es erstmals möglich, eine gemeinsame und überregionale Plattform bzw. ein Projekt für Aktivitäten rund um das Thema der Energiewende bzw. Erneuerbaren Energie zu nutzen. Um diesen Trend aufrechterhalten zu können, wird es jedoch seitens des Landes notwendig sein, ausreichend Ressourcen hinsichtlich dieses Projektes zur Verfügung zu stellen. Die im Projekt angedachten Ziele und gesetzten Vorgaben sind nicht durch klassische Verwaltungsarbeit zu erreichen. Das Thema Energiemasterplan erfordert eine Vielzahl von verschiedenen Akteuren aus allen sozialen und fachlichen Schichten, da dieses Thema den Lebensalltag aller BürgerInnen in einer speziellen Art und Weise berührt. Bezugnehmend auf diese Notwendigkeit ist daher hervorzuheben, dass der gewählte Ansatz des Masterplans, auf der einen Seite Gemeindeveranstaltungen durchzuführen, auf der anderen ExpertInnen am Thema arbeiten zu lassen, als innovativ und potentialbehaftet erscheint. Mit Hilfe dieser Methode konnten im letzten Jahr viele KärntnerInnen zur Mitarbeit – diese erfolgte zu einem Großteil ehrenamtlich – gewonnen werden. Es ist daher den handelnden Akteuren zu wünschen, dass dieses Thema möglichst bald in eine Umsetzung gelangt, deren Ausgang eine positive Wirkung auf Kärnten mit sich bringt.

Für weitere Informationen zum Thema Energiemasterplan steht die Homepage des Landes Kärnten unter www.energie.ktn.gv.at zur Verfügung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 13.
- 2 Klimaschutzgesetz – KSG, [online] abrufbar unter: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007500&FassungVom=2014-09-13> – Stand: 13. 9. 2014.
- 3 Vgl. Europäische Kommission, [online] abrufbar unter: http://ec.europa.eu/clima/policies/package/index_en.htm – Stand: 13. 9. 2014.
- 4 Kohlendioxid.
- 5 Kurz: EU ETS – vielfach auch „Emissionsrechtehandel“ genannt – beschreibt ein Instrument zur (zwingenden) Senkung der Treibhausgasemissionen unter möglichst minimalen volkswirtschaftlichen Kosten.
- 6 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 13.
- 7 Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 24 ff.
- 8 Gigawattstunden.
- 9 Ein Abbild des Gesamtenergiebedarfs inkl. jenem der grauen Energie müsste ein autonomes System (= unabhängige Energie- und Warenproduktion) als Basis besitzen.
- 10 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 18.
- 11 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 32 f.
- 12 Leuchtdiode.
- 13 Gebäude, das bilanziell mehr Energie produziert als verbraucht (inkl. externen Energieträgern).

- 14 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 82 ff.
- 15 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014) S. 67 f.
- 16 Kombinationsbegriff aus Solarthermie und Installateur – beschreibt die Berufsgruppe der Installateure mit dem Spezialwissen zur Montage von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen.
- 17 Die in der Auflistung genannten Angaben beziehen sich auf eine Vielzahl der betroffenen Personen, stellen jedoch keinen Bezug auf Vollständigkeit dar.
- 18 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 70 f.
- 19 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 61 ff.
- 20 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 52 ff.
- 21 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 72 ff.
- 22 Intelligentes Stromnetz, das Verbraucher, Produzenten und Speicher untereinander vernetzt und überwacht.
- 23 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 85 ff.
- 24 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 46 ff.
- 25 Quelle: Kärntner Landesregierung – Abteilung 8 – ITU Umweltdaten – Stand: 14. 1. 2014.
- 26 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 90 f.
- 27 Vgl. Auswertung Energiemasterplan Kärnten (2014), o. S.
- 28 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 21.
- 29 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 100.
- 30 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 101.
- 31 Vgl. Energiemasterplan Kärnten (2014), S. 101.

Die Klagenfurter Legistik-Gespräche und die Elektronisierung der Landesgesetzblätter

Prolog

Als im November 2003 erstmals die Klagenfurter Legistik-Gespräche abgehalten wurden, erfolgte praktisch zeitgleich die Einführung der elektronischen authentischen **Kundmachung des Bundesgesetzblattes** mit Wirkung vom **1. Jänner 2004** durch das Kundmachungsreformgesetz 2004, BGBl. I Nr. 100/2003.¹

Zehn Jahre später, mit Wirkung vom **1. Jänner 2014**, sind die Bundesländer Kärnten, Steiermark, Tirol und Wien dazu übergegangen, ihre Landesgesetzblätter elektronisch authentisch im Rahmen des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) kundzumachen. In Kärnten wurde der Paradigmenwechsel vom gedruckten Landesgesetzblatt auf das im RIS authentisch kundgemachte Landesgesetzblatt mit dem **Kärntner Kundmachungsreformgesetz 2014**, LGBl. Nr. 39/2013², vollzogen. Mit 1. Jänner 2015 werden – vorbehaltlich der noch zu fassenden Landtagsbeschlüsse – die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg diesem Beispiel folgen.

Die Rolle der Klagenfurter Legistik-Gespräche³ als Forum der österreichischen Legistinnen und Legisten und als Wegbegleiter bei der Elektronisierung der Landesgesetzblätter ist Gegenstand dieses Beitrages.

Klagenfurter Legistik-Gespräche

Von 2003 bis 2013 fanden elfmal Legistik-Gespräche in Klagenfurt statt, die von der Kärntner Verwaltungsakademie in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ausgerichtet wurden.

Alljährlich im November trafen sich Mitarbeiter/-innen der legistischen Dienste des Bundes und der Länder, aber auch EDV-Experten und Vertreter internationaler Projekte und Forschungsgruppen, um jeweils an zwei Halbtagen über aktuelle Anliegen der legistischen Praxis zu diskutieren, die einerseits die inhaltliche Technik der Rechtsetzung und andererseits die Kundmachung von Rechtsvorschriften zum Inhalt hatten.

Die Tagungsbände der elf Klagenfurter Legistik-Gespräche sind sowohl in einer gedruckten Version im Rahmen der von der Kärntner Verwaltungsakademie herausgegebenen Schriftenreihe „Bildungsprotokolle“⁴ als auch als Internet-Publikation unter www.verwaltungsakademie.ktn.gv.at⁵ erschienen. Die Liste der Vorträge zu den jeweiligen Themenschwerpunkten ist aus dem Anhang ersichtlich.

Spiritus rector dieser Gespräche war **Friedrich Lachmayer**⁶, einer der Gründerväter des RIS, viele Jahre als Verfassungsjurist im Bundeskanzleramt tätig, Universitätsgelehrter, aber auch Magier der Theorie, der Praxis, der Sprache, der Logik und vor allem der Bilder des Rechts. Seine Gabe, Menschen zu aktivieren, seine Fähigkeit, über das logische Denken hinausgehende ganzheitliche Zugänge zu wählen, und sein „Management by Vorbild“ machten ihn zum Impulsgeber dieses Gesprächsforums, dem **Günther Schefbeck**, Abteilungsleiter der Parlamentsdirektion und langjähriger Gesprächsteilnehmer, folgenden Stellenwert einräumte: *„Seit zehn Jahren hat die professionelle Gemeinschaft der Legistinnen und Legisten in Österreich ein regelmäßiges Forum für Erfahrungsaustausch und innovatives Visionieren gefunden, das sich vor anderen Netzwerken insbesondere dadurch auszeichnet, dass es die legistischen Gemeinschaften des Bundes und der Länder mit ihren verwandten, aber einander ergänzenden Aufgabenstellungen und Sichtweisen vereint und darüber hinaus auch den Blick über die Grenzen Österreichs hinweg ermöglicht, indem immer wieder auf aktuelle Entwicklungen beispielsweise in der Schweiz oder auf europäischer Ebene Bezug genommen wird: die Klagenfurter Legistik-Gespräche.“*⁷

Hinter diesem Ergebnis steckt aber nicht nur ein besonderes Maß an sozialer Kompetenz, sondern auch sehr viel rationales Kalkül, das Lachmayer⁸ beispielsweise im Zusammenhang mit der eRechts-Prämierung so zum Ausdruck brachte: *„Grundsätzlich hat es sich gezeigt, dass die technischen Fragen bei der Rechtsinformation oft gar nicht so entscheidend sind, als vielmehr die Problematik, inwieweit es gelingt, die beteiligten Kreise zu dem Paradigmenwechsel in Richtung Rechtsdokumentation zu motivieren. Mit dem Einführen des technischen Workflows kommt auch sehr oft damit verbunden eine Neugestaltung der prozeduralen Organisation, also der Ablauforganisation, mit sich. Das – als eRecht bezeichnete – Workflow-System für die Erlassung von Bundesgesetzen in Österreich wurde im Themenfeld Electronic Government mit einem Speyer Preis 2005 ausgezeichnet. Die gleiche Auszeichnung erhielt auch der als GEMRISDOK bezeichnete Workflow, der das Rechtserzeugungsverfahren der Kärntner Gemeinden elektronisch abbildet.“*⁹

Vor diesem innovationsorientierten Hintergrund ist es Lachmayer und seiner RIS-community gelungen, aus den Klagenfurter Legistik-Gesprächen ein Forum der österreichischen Legistinnen und Legisten zu bilden,

das zehn Jahre lang die Entwicklungen im Bereich Elektronik und Recht begleitete, so auch die Elektronisierung der Landesgesetzblätter.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor bei diesen Gesprächen waren der institutionenübergreifende Kommunikationsrahmen und das gemeinsame Erlebnis des fachlichen Diskurses, aber auch die informellen Gesprächsmöglichkeiten in den „Sozialphasen“ und die Möglichkeit, Diskussionsbeiträge und Referate auszuformulieren und in den Tagungsbänden, vereinzelt auch in den juristischen Fachzeitschriften, zu publizieren.¹⁰

Elektronisierung der Landesgesetzblätter

Seit 1. Jänner 2004 wird das Bundesgesetzblatt authentisch elektronisch im RIS kundgemacht.¹¹ Die authentische Kundmachung der Landesgesetzblätter im RIS war nach der Rechtslage vor dem 1. Juli 2012 bundesverfassungsrechtlich ausgeschlossen.

Für **Karl Irresberger**, Verfassungsjurist im Bundeskanzleramt und Mitveranstanter der Klagenfurter Legistik-Gespräche, waren die Gründe hierfür im Wesentlichen folgende: *„Es würde sich dabei jedenfalls um eine Form der Mitwirkung des Bundeskanzlers an der Kundmachung von Landesgesetzen handeln; die Mitwirkung eines obersten Organs an der Vollziehung der Länder ist aber nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (VfSlg 9536/1982) unzulässig; auch die „selbstständige“, bloß „faktische“ Durchführung der Kundmachung ohne Zutun des Bundeskanzlers bzw. seines Geschäftsapparates, des Bundeskanzleramtes, durch „Einpflegen“ der Dokumente in die Datenbank setze voraus, dass sich der Landeshauptmann des RIS bediene ...*

Art. 97 Abs. 1 B-VG, wonach zu einem Landesgesetz u. a. die Kundmachung durch den Landeshauptmann im Landesgesetzblatt erforderlich ist (was eine Mitwirkung des Bundeskanzlers im oben beschriebenen Sinn ausschliesse), stehe einer solchen Mitwirkung entgegen.

Eine derartige Ermächtigung folge auch nicht aus Art. 97 Abs. 2 B-VG, der die Bedingungen der Kundmachung von Landesgesetzen regelt, sofern diese die Mitwirkung von Bundesorganen bei der Vollziehung vorsehen. Die Kundmachung von Gesetzesbeschlüssen sei nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (Verweis auf VfSlg. 16852/2003) als Mitwirkung eines Vollziehungsorgans an der Gesetzgebung – und daher wohl nicht als „Vollziehung“ iSd Art. 97 Abs. 2 B-VG – anzusehen.“¹²

Anstatt nun dem Beispiel Salzburgs¹³ zu folgen und die Landesgesetzblätter authentisch elektronisch auf der jeweiligen Landeshomepage zu publizieren, traten die Länder in einen sehr langwierigen Diskussionsprozess mit dem Bund ein.

Im verfassungsrechtlichen Diskurs sind auch zwei Kärntner Beiträge von substanzieller Bedeutung gewesen:

1. Der „Problemaufriss zur elektronischen Kundmachung des Landes- und Gemeinderechts“¹⁴ von **Edmund Primosch**, dem nunmehrigen Leiters des Verfassungsdienstes beim Amt der Kärntner Landesregierung, und
2. der Beitrag von **Barbara Gartner-Müller** „Ceterum censeo ius provinciarum in RIS pronuntiandum esse“,¹⁵ einer Autorin, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit im Verfassungsdienst des Amtes der Kärntner Landesregierung mit der legislatischen Ausarbeitung des Kärntner Kundmachungsreformgesetzes 2014 befasst war.

Weitere Beiträge sind aus dem Vortragsverzeichnis und den Tagungsbänden ersichtlich.

Die Initiativen der Länder in dieser Frage, beginnend im Jahr 2004 auf Ebene der Landesamtsdirektoren- und Landeshauptleute-Konferenzen, sind von **Andreas Rosner**, dem Leiter der Verbindungsstelle der Bundesländer, in einem Festschrift-Beitrag ausführlich dokumentiert worden.¹⁶ Die Umsetzung des Länderersuchens erfolgte schließlich durch die am 14. Dezember 2011 im Nationalrat eingebrachte Regierungsvorlage für eine Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, die im Art. I Z. 47 folgenden Art. 101 a B-VG vorsah:

„Artikel 101 a. Die Kundmachung der im Landesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften kann im Rahmen des Rechtsinformationssystems des Bundes erfolgen.“

In den Erläuterungen wird dazu ausgeführt:

„Entsprechend dem Wunsch einzelner Länder soll durch den vorgeschlagenen Artikel die Kundmachung der im Landesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften im Rahmen des Rechtsinformationssystems des Bundes ermöglicht werden. Ob die Länder von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder die Kundmachung im Landesgesetzblatt in ihrer bisherigen Form beibehalten, ist Sache der Landes(verfassungs)gesetzgebung.“

Die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle wurde am 15. Mai 2012 im Nationalrat und am 31. Mai 2012 im Bundesrat jeweils einstimmig beschlossen und mit BGBl. I Nr. 51/2012 am 5. Juni 2012 kundgemacht.¹⁷

Seit 1. Jänner 2014 machen folgende Bundesländer ihre Landesgesetzblätter im RIS rechtlich verbindlich kund:

- Kärnten¹⁸
- Steiermark¹⁹
- Tirol²⁰
- Wien²¹

Ausblick

Mit dem Paradigmenwechsel zur authentischen elektronischen Kundmachung der Landesgesetzblätter im RIS sind die Legistik-Gespräche in Klagenfurt zu Ende gegangen und werden ab November 2014 in Linz aufbauend auf den bisherigen Gepflogenheiten fortgesetzt werden.

Wir dürfen den 1. Linzer (und gesamt 12.) Legistik-Gesprächen auf diesem Wege einen erfolgreichen Verlauf wünschen.

Anhang

(Verzeichnis der Vorträge)

2003

INHALTSLEGISTIK – DOKUMENTLEGISTIK – VERFAHREN DER LEGISTIK

Andreas BITTERER/ Gerhard MÜNSTER	Legistische Richtlinien 1990
Markus BÖHEIMER	Formatvorlagen des Projektes e-RECHT
Felix GANTNER	Formularlegistik
Wolfgang KAHLIG	Netzplananalysen von Gesetzesentwürfen
Friedrich LACHMAYER	Zur Architektur elektronischer Legistischer Richtlinien
Christoph KLEISER	Anregungen zur Neugestaltung Legistischer Richtlinien – Erfahrungen in NÖ
Andreas ROSNER	Das Verfahren zur Erzeugung von Ländervereinbarungen gem. Art. 15a Abs. 2 B-VG
Adalbert SKARBAL	Jedem Gesetz seine Homepage
Wolfgang STEINER	Anregungen zur Neugestaltung der legistischen Praxis

2004

RECHTSETZUNGSTECHNIK – ELEKTRONISCHE KUNDMACHUNG

Manfred BASCHIERA	Strukturierung und Kategorisierung juristischer Texte in der Finanzverwaltung
Wolfgang ENGELJEHRINGER	Projekt E-Recht in Österreich
Christine GASTER	Gender-Mainstreaming für LegistInnen und Legisten?
Meinrad HANDSTANGER	Legistik und Rechtskontrolle
Elisabeth JANESCHITZ	Projekt GEMRISDOK: e-Workflow des Gemeinderechts
Friedrich LACHMAYER	Elektronische Kodifikation
Peter NOVAK	Mitwirkung von Bundesorganen an der Landesvollziehung
Brigitte OHMS	Die Verweisung – Alte Fragestellungen in neuem Kontext
Edmund PRIMOSCH	Rechtsfragen zur elektronischen Kundmachung des Landesrechts
Andreas ROSNER	Consulting für den Normsetzer – Begutachtungsverfahren, Anhörungsverfahren und verwandte Phänomene

Günther SCHEFBECK	Legal XML
Karl SCHIESSL	Vereinheitlichung von Amtsblättern
Helga STÖGER	Erfahrungen mit dem elektronischen Bundesgesetzblatt
Helmut WEICHSEL	Projekt Gemeinderecht im RIS
Ewald WIEDERIN	Impulse des Österreich-Konvents für die Legistik

2005

LEGISLATIVE INFORMATICS – LEGISTIK

T. AGNOLONI/ C. BIAGIOLI/ E. FRANCESCONI/ P. SPINOSA/ M. TADDEI	Towards a shared platform for legislative editors based on XML national standards
Helmut AUER Carlo BIAGIOLI	XML and the electronic accounting documents Law Making Enviroment, DAO: a model for explaining pragmatic and semantic features of legislative texts fragments
Alexander BOER	Recent developments in MetaLex and Legislative XML in the Netherlands
Alexander BOER Harald EBERHARD Wolfgang ENGELJEHRINGER/ Günther SCHEFBECK	Comparing XML standards Rechtsetzungstechniken der Selbstverwaltung Electronic support for law-making in the Austrian Parliament
Christian FREIBERGER/ Renate KRENN-MAYER	Legistisches Handbuch für die Steiermark – Innovative Aspekte
Anna GAMPER	Gesetzgebungskompetenzen europäischer Regionalparlamente
Gerald GRABENSTEINER Meinrad HANDSTANGER Harald HOFFMANN Elisabeth JANESCHITZ Wolfgang KAHLIG Friedrich LACHMAYER Friedrich LACHMAYER Hubert MÜNST	Follow up zum Österreich-Konvent Zum Gesetzgebungsstil Legislative business processes Legislative workflow of local communities Neue Denkansätze in der Legistik Vom Legistik-Handbuch zur e-Legistik Visualisation of the Societal Context of Legislation Presentation and discussion of the results of implementing the Palmirani documents
Brigitte OHMS Monica PALMIRANI	Legistik als Berufsfeld A Multi-agent System for Managing the Normative Consolidation
Herald REICHEL	Freely Structured Segments in Rigidly Structured Documents
Andreas ROSNER	Richtlinienumsetzung im Bundesstaat am Beispiel der Strategischen Umweltprüfung
Giovanni SARTOR	Project ONE-LEX

Günther SCHEFBECK Paul SIEBERER	Beyond Legal-XML Verfassungs- und gemeinschaftsrechtliche Fragen der Handymasten-Besteuerung
Pierluigi SPINOSA Helga STÖGER/ Helmut WEICHSEL Daniela TISCORNIA	Internationalization of the URN standard for legal measures Entwicklungstrends von RIS und eRecht From Legal Language to a Legal Lexicon: semantic standards for law
Fabio VITALI	Presentation and discussion of the results of implementing the Palmirani documents
Fabio VITALI Peter WARTA Helmut WEICHSEL	Differences between NormeInRete and PAPI „ex iubeat non doceat! – ?“ The electronic production and publication of legislative texts in Austria

2006

LEGISTIK UND RECHTSINFORMATION – GESETZESFOLGENABSCHÄTZUNG – EU-RECHTSETZUNG VS. INNERSTAATLICHE GESETZGEBUNG

Meinrad HANDSTANGER	EU-Rechtsetzung vs. innerstaatliche Gesetzgebung aus Sicht des VwGH
Klaus HEISSENBERGER	Konsultationsmechanismus: Betrachtungen aus der Sicht eines Landes
Gerhard HÖRMANSEDER Harald HOFFMANN/ Friedrich LACHMAYER	Probleme der EU-Richtlinien – Umsetzung aus Ländersicht Legistik-Anwendungen der Rechtsinformatik als Mainstream
Doris LIEBWALD	Semantische Räume als Strukturhintergrund der Rechtset- zung
Peter NOVAK Gabriele OSTANEK/ Maximilian WEISS Peter PARYCEK Andreas ROSNER	Aktuelle Beispiele der Umsetzung von EU-Richtlinien PALLAST – der papierlose Landtag der Steiermark Kosten(-Vorteile) durch E-Government Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung als Herausforderung für die Selbstkoordination der österrei- chischen Länder
Angela STÖGER-FRANK Helmut WEICHSEL Thomas WIDMER Martina WINKLER	Dokumentalistische Probleme dezentraler elektronischer Normsetzung Relaunch des RIS Gesetzesevaluation in der Schweiz Probleme der EU-Richtlinien-Umsetzung aus Sicht der innerstaatlichen Koordination

2007

LEGISTIK – FORMULARE – RECHTSPOLITIK

Doris BURGSTALLER	Legistische Richtlinien für die elektronische Erzeugung von kommunalen Rechtsvorschriften
-------------------	--

Felix GANTNER	Theorie der juristischen Formulare: Implikationen für die Legistik
Gerold GLANTSCHNIG	Organisationsformen der Legistik aus der Perspektive eines Landes
Meinrad HANDSTANGER	Formulare als Thema des Rechtsschutzes
Karl IRRESBERGER	Organisationsformen der Legistik aus der Sicht des Bundes
Josef MAKOLM	Das elektronische Formular als kontext-sensitives Hilfe-System
Clemens MUNGENAST	Reduktion von Verwaltungskosten für Unternehmen aus gesetzlichen Informationsverpflichtungen
Brigitte OHMS	Vereinheitlichung des Anlagenrechts: Bericht aus der Arbeitsgruppe des Bundeskanzleramtes
Michael RAFFLER	Erfahrungen mit Formularen im Landesbereich
Andreas ROSNER	Die unendliche Geschichte? Historisches und Aktuelles zur Staats- und Verwaltungsreform
Günther SCHEFBECK	E-participation und elektronisches Begutachtungsverfahren
Eva SOUHRADA-KIRCHMAYER	Datenschutzrechtliche Anforderungen an die Legistik: Instruktionen für die Praxis

2008

KONSOLIDIERUNG – RECHTSPOLITIK

Pascale BERTELOOT	Konsolidierung des EU-Rechts und Konsolidierung in den Mitgliedstaaten: heutige Praxis und Möglichkeiten für die Zukunft
Peter BUSSJÄGER	Perspektiven der Staats- und Verwaltungsreform in den nächsten Jahren aus Sicht der Länder: Welchen Beitrag können Verfassungsdienste leisten?
Meinrad HANDSTANGER	Konsolidierung von Rechtsbegriffen – Juristische Terminologie in Legistik und Judikatur
Karl IRRESBERGER	Konsolidierung des Bundesrechts: die rechtliche Sicht
Renate KRENN-MAYER	Konsolidierung in Konsultationsprozessen – Projektbericht PleBS
Christoph RITZ	Vereinheitlichung der Abgabenordnungen und landesgesetzlicher Regelungsspielraum
Günther SCHEFBECK	Konsolidierung: Konzepte und Werkzeuge
Erich SCHWEIGHOFER/ Anton GEIST	Typen der Konsolidierung im internationalen Vergleich
Paul SIEBERER	Screening landesrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie
Helmut WEICHSEL	Konsolidierung von Rechtstexten im RIS: die technische Sicht
Brigitte WINDISCH	Gesetzesfolgenabschätzung: Einführung einer Klimaverträglichkeitsprüfung

2009

LEGISLATIVES FEHLER- UND WISSENSMANAGEMENT – RECHTSPOLITIK

Helmut BERGER	Staats- und Verwaltungsreform aus der Sicht des Rechnungshofes
---------------	--

Christian FREIBERGER/ Renate KRENN-MAYER Felix GANTNER Karl GARNITSCHNIG Robert GMEINER	Lernen aus Fehlern Gibt es einen „Stufenbau der Formatierungen“? Anpassung und Lernen Korruption – eine Herausforderung (nicht nur) für die Legistik?
Harald HOFFMANN Gerhard MÜNSTER Marius ROTH	Legistische Richtlinien für Afrika Wissenstransfer durch Rechtsetzung Legislatives Fehler- und Wissensmanagement aus schweizerischer Sicht
Eva SOUHRADA-KIRCHMAYER Thomas UEBE	Aktuelle Entwicklungen des Datenschutzrechts Kundmachung von Plänen

2010

DAS ÜBERGANGSFELD VON DER POLITIK ZUR LEGISTIK – RIS-LANDESRECHTS-ERFASSUNG NEU (workshop) – ÖSTERREICHISCHE LEGISTIK IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

Martin ATTLMAYR Waltraud BAUER Ronald FABER	Fondsaufsicht in legistischer Sicht EU-Dienstleistungsrichtlinie – Evaluierung der Umsetzung Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz – Legislativer und organisatorischer Handlungsbedarf der Länder
Felix GANTNER Karl GARNITSCHNIG Meinrad HANDSTANGER	Hidden-XML für die Legistik Politik – seit je ein philosophischer Begriff Europäische Rechtsumsetzung aus der Sicht der Gerichtsbarkeit
Wolfgang KECK Kornelia LOIDL	Planungsmanagement Gemeinsame Bund-Länder-Redaktion von Textbausteinen für Gesetzesentwürfe
Gerhard MÜNSTER Michael RAFFLER Marius ROTH Günther SCHEFBECK	Das rechtspolitische Vorhaben Legistik als sachpolitisches Anliegen Rechtssprache – auch ein politisches Thema Policy Making – Law Making

2011

LEGISTISCHE AUSBILDUNG – RECHTSPOLITIK

Gerhard BAUMGARTNER Karl GARNITSCHNIG Anton GEIST	Reformbedarf der Gerichtsbarkeit öffentlichen Rechts Bildung – Einbildung – Ausbildung Aktualisierung des juristischen Wissens durch elektronische Recherchen
Klaus HEISSENBERGER Karl IRRESBERGER Christoph KLEISER Renate KRENN-MAYER Michael RAFFLER Marius ROTH	Aktuelle Verwaltungsreformbestrebungen Fragen der Landeslegistik aus vergleichender Sicht Ausbildung und Legistik am VwGH Legistikausbildung in der Steiermark Legistikausbildung in Wien Legistikausbildung in der Schweiz

2012

LGBLA IM RIS (workshop)²² – INTERNATIONALE UND KOOPERATIVE ASPEKTE DER LEGISTIK – RECHTSPOLITIK – NATURSCHUTZRECHT IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN KONTEXT

Martin ATTLMAYR	Dreierlandtage Tirol/Südtirol/Trentino und Europaregion Tirol: Umsetzung von Beschlüssen im Landesbereich
Philip BITTNER	Formen der internationalen Zusammenarbeit der Länder
Lieselotte FELDMANN	Aarhus-Konvention
Meinrad HANDSTANGER	EU-Grundrechte-Charta als Prüfungsmaßstab
Doris HATTENBERGER	Instrumente des Naturschutzrechts
Christian JANITSCH	Zukunft der Bodenreform – Auswirkungen der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 auf Behördenstruktur, Verfahrensrecht und Materiengesetze
Renate KRENN-MAYER/ Michael RAFFLER	Legistische Standards von Vereinbarungen nach Art. 15a B-VG
Peter NOVAK	Haftung für Umweltschäden nach dem K-NSG
Andreas ROSNER	Hauptstraße 15a: Die erste Adresse des kooperativen Bundesstaates
Marius ROTH	Die staatsvertragliche Kooperation der Schweizer Kantone
Dieter WOLF	Ausgewählte Organisations-, Zuständigkeits- und Verfahrensfragen der Verwaltungsgerichte erster Instanz

2013

PARTIZIPATION – ZUKUNFT DER LEGISTIK-GESPRÄCHE – RECHTSPOLITIK

Wolfgang ENGELJEHRINGER	Untersuchungsausschüsse
Kristina FUCHS	Wirkungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung aus der Sicht des Budgetdienstes des Parlaments
Meinrad HANDSTANGER	Gravierende Rechtsanwendungsfehler und Revisionszuständigkeit des VwGH
Renate KRENN-MAYER	ePartizipation in der Steiermark
Armin RAGOßNIG	Rechtspolitische Fragen und Aspekte der Organisation der Landesverwaltungsgerichte
Marius ROTH/ Daniela IVANOV	Vernehmlassverfahren in der Schweiz
Günther SCHEFBECK	ePartizipation im Parlament
Helmut WEICHSEL	Neue Anwendungen im RIS ab 2014

Anmerkungen:

1. Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Rechts-Überleitungsgesetz und das Finanz-Verfassungsgesetz 1948 geändert, ein Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt 2004 erlassen, das Verlautbarungsgesetz 1985 und das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 geändert und einige Bundesverfassungsgesetze, Bundesgesetze und in Bundesgesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen aufgehoben werden (Kundmachungserformgesetz 2004), BGBl. I Nr. 100/2003.

2. Gesetze vom 16. Mai 2013, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Kärntner Kundmachungsgesetz und das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz geändert werden (Kärntner Kundmachungsreformgesetz 2014), LGBl. Nr. 39/2013.
3. Vgl. Simon Korenjak/Friedrich Lachmayer, Zur Entwicklung der Klagenfurter Legistik-Gespräche, in: Festschrift Charlotte Havranek zum 65. Geburtstag, hg. von der Abteilung Verfassungsdienst, Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt 2007, 119–130; Günther Schefbeck/Carmen Breitwieser, Legistik zwischen Klagenfurt und Linz; in: 11. Klagenfurter Legistik-Gespräche 2013, Band 22 der Bildungsprotokolle der Kärntner Verwaltungsakademie, Klagenfurt 2014, 7–19.
4. Die Tagungsbände der elf Klagenfurter Legistik-Gespräche sind in den Bänden 8, 10, 12, 13, 15, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 der Bildungsprotokolle der Kärntner Verwaltungsakademie enthalten.
5. Als Internet-Publikation sind die Tagungsbände jeweils ein Jahr nach der gedruckten Version unter www.verwaltungsakademie.ktn.gv.at/service/publikationen zugänglich gemacht worden.
6. Vgl. dazu die Würdigung Lachmayers, in: E. Schweighofer/M. Handstanger/H. Hoffmann/F. Kummer/E. Primosch/G. Schefbeck/G. Withalm (Hrsg.), Zeichen und Zauber des Rechts: Festschrift für Friedrich Lachmayer, Bern 2014, VII–XV.
7. Vgl. Günther Schefbeck/Carmen Breitwieser, Legistik zwischen Klagenfurt und Linz: aaO (FN 3), Klagenfurt 2014, 11.
8. Vgl. Simon Korenjak/Friedrich Lachmayer, Zur Konzeption der Klagenfurter Legistik-Gespräche, in: Klagenfurter Legistik-Gespräche 2006, Band 13 der Bildungsprotokolle der Kärntner Verwaltungsakademie, Klagenfurt 2007, 9.
9. Vgl. Elisabeth Janeschitz, Simon Korenjak, Friedrich Lachmayer und Helmut Weichsel, Die Gemeinderechtsdokumentation im RIS in: Karl Anderwald/Peter Karpf/Hellwig Valentin (Hgg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2002, Klagenfurt 2002, 213–226, bzw. in der Version Das Gemeinderecht im RIS in: Verwaltung Innovativ, Beilage zur Wiener Zeitung am 4. Februar 2003, 8–10;
Simon Korenjak und Helmut Weichsel, Der Zugang zum Recht aller Gemeinden über das RIS in: Schweighofer/Menzel/Kreuzbauer/Liebwald (Hgg.), Zwischen Rechtstheorie und e-Government, Schriftenreihe Rechtsinformatik, Band 7, Wien 2003, 347–352;
Elisabeth Janeschitz/Simon Korenjak, Gemeinderecht im RIS und Gemeinderechtsdokumentation online GEMRISDOK in: Dearing/Hack/Hill/Klages (Hgg.), Spitzenleistungen zukunftsorientierter Verwaltungen. Eine Dokumentation zum 7. Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb, Wien–Graz 2005, 190 ff.
10. Siehe FN 7.
11. Siehe FN 1.
12. Vgl. Karl Irresberger, Der Weg zur Kundmachung der Landesgesetzblätter im RIS, in: 10. Klagenfurter Legistik-Gespräche 2012, Band 21 der Bildungsprotokolle der Kärntner Verwaltungsakademie, Klagenfurt 2013, 38.
13. Salzburg hatte als einziges Bundesland aufgrund des Salzburger Kundmachungsreformgesetzes 2005, LGBl. Nr. 18, seit 1. April 2005 sein Landesgesetzblatt auf einem Landesserver elektronisch authentisch kundgemacht, beabsichtigt aber nunmehr auch die Kundmachung der LGBl. im RIS.
14. Dieser Beitrag ist im Band 10 der Bildungsprotokolle, Klagenfurt 2005, 49–69, erschienen.
15. Dieser Beitrag ist im Band 21 der Bildungsprotokolle, Klagenfurt 2013, 41–53, erschienen.
16. Vgl. dazu Andreas Rosner, Authentische Kundmachung der Landesgesetzblätter im Rechtsinformationssystem des Bundes, in: aaO (FN 6), Bern 2014, 661–668.

17. Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Finanz-Verfassungsgesetz 1948, das Finanzstrafgesetz, das Bundesgesetz, mit dem das Invalideinstellungsgesetz 1969 geändert wird, das Bundessozialamtsgesetz, das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, das Bundesgesetzblattgesetz, das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 und das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 geändert und einige Bundesverfassungsgesetze und in einfachen Bundesgesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen aufgehoben werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012), BGBl. I Nr. 51/2012.
18. Siehe FN 2.
19. Gesetz vom 17. September 2013, mit dem das Kundmachungsgesetz geändert wird, LGBl. Nr. 135/2013.
20. Gesetz vom 2. Oktober 2013 über das Landesgesetzblatt und das Amtsblatt „Bote für Tirol“ (Landes-Verlautbarungsgesetz 2013), LGBl. Nr. 125/2013.
21. Gesetz, mit dem die Wiener Stadtverfassung, die Bauordnung für Wien, das Wiener Jagdgesetz und das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht geändert werden, LGBl. Nr. 46/2013.
22. Aus diesem workshop sind insbesondere zwei Impulsreferate zu erwähnen, die von Gartner-Müller und Weichsel gehalten wurden: Gartner-Müller beleuchtete die Perspektiven aus der Sicht des Landes Kärnten mit Schwerpunkt auf das Kundmachungsreformgesetz; Weichsel erörterte die technische Umsetzung, die von den Ländern bei der Kundmachung im RIS zu beachten ist. Vgl. dazu auch Michael Raffler, Die Kundmachung des Wiener Landesrechts im RIS, in: aaO (FN 6), Bern 2014, 669–693.

CHRONOLOGIE

Chronologie der Ereignisse in Kärnten November 2013 bis Oktober 2014

November 2013

1. Laut dem Sprecher der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, Erich Mayer, ist in der Causa „Top-Team“ noch im November ein Abschlussbericht zu erwarten.
2. Für Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ist eine Abwahl der Landesräte Gerhard Köfer (Team Stronach) und Christian Ragger (FPÖ) „kein Thema“.
4. Nach dem durch den Wechsel von Siegfried Schalli zur FPÖ eingetretenen Verlust des Klubstatus strebt das Team Stronach in einem Gespräch mit dem 1. Präsidenten des Landtags, Reinhart Rohr (SPÖ), den Status einer Interessengemeinschaft an.
5. Die fünf Landesräte von SPÖ, ÖVP und den Grünen präsentieren nach der Sitzung der Landesregierung die Eckpfeiler für das Budget 2014 und für das Budgetprogramm bis 2018.

Der Verfassungsgerichtshof weist die Beschwerde des BZÖ gegen die Auswertung der Stimmen bei der Landtagswahl ab. Das Mandatsverhältnis im Landtag bleibt daher unverändert.

Der Landtag beschließt einstimmig, dass der Landesrechnungshof die Bestellung des Büroleiters von Landeshauptmann Peter Kaiser, Arnold Gabriel, zum neuen Vorstand der Kabeg überprüfen soll.

7. Der Slowenische Wirtschaftsverband feiert in St. Kanzian sein 25-Jahre-Jubiläum.
8. Innerhalb der FPÖ gibt es Kritik gegen die Aufnahme von Siegfried Schalli. Nach dem Klagenfurter Stadtrat Wolfgang Germ spricht sich auch Nationalratsabgeordneter Harald Jannach dagegen aus.
10. Umweltlandesrat Rolf Holub (Grüne) plädiert laut Kronenzeitung für den Bau eines Scheiteltunnels der Plöcken-Straße zwischen Kärnten und Italien.
12. Der Aufsichtsrat der Kabeg bestellt mit der Mehrheit von SPÖ, Grünen und BZÖ Arnold Gabriel zum neuen Vorstand der Landesspitäler-Holding. ÖVP, FPÖ und Team Stronach bleiben bei ihrer ablehnenden Haltung.

14. FPÖ-Klubobmann Christian Leyrouz wertet die Bestellung Gabriels als „Skandal“ und bezeichnet die Kritik der ÖVP als „Scheingefecht“. Hohe Beteiligung bei den Betriebsratswahlen in Kärntens Landes- spitälern. Im LKH Klagenfurt kommt die Fraktion Sozialdemokrati- scher Gewerkschafter (FSG) mit ihrer Namensliste Arnold Auer auf 19 Mandate. Je ein Mandat erreichen die Grünen Gewerkschafter, die Liste Costisella CUT und die Fraktion Christlicher Gewerkschafter. In Villach verteidigt die FSG-Liste Karl Binder mit 9 Mandaten die abso- lute Mehrheit. Je 3 Mandate erreichen die hauseigene Konkurrenz, die FSG-Liste Spieß/Blum, sowie die Liste „Villach – Bündnis Ärzte“. In den übrigen Landeskrankenhäusern kandidierte nur die FSG.
15. Beim „OGM-Vertrauensindex“ im eigenen Bundesland erreicht Lan- deshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hinter den Landeshauptleuten von Burgenland, Oberösterreich und Niederösterreich den viertbesten Wert.
17. Josef Ruthardt (SPÖ) wird zum neuen Bürgermeister von Lavamünd gewählt. Der bisherige Vizebürgermeister setzt sich bereits im ersten Wahlgang durch und erzielt einen Stimmenanteil von 60,71 Prozent. Für die Mitbewerber Erich Pachler (ÖVP) und Rudolf Grubelnig (FPÖ) stimmen 31,69 bzw. 7,60 Prozent. Die Wahlbeteiligung beträgt 78,20 Prozent. Die Nachwahl war durch den Rücktritt des langjähri- gen Bürgermeisters Herbert Hantinger (ÖVP) notwendig geworden.
18. Die „1. Wörtherseekonferenz“ in der Wirtschaftskammer ergibt, dass eine Untertunnelung der Eisenbahntrasse mittelfristig nicht finanzier- bar ist. Die Bahnhöfe in Krumpendorf, Pörschach und Velden sollen barrierefrei ausgebaut werden.
19. Die Regierungskoalition will nach Jahren der Nullrunden die Politi- kergehälter in Kärnten im Jahr 2014 wieder erhöhen.
20. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) fordert eine differenzierte Regelung bei der Erhöhung der Politikergehälter. Bezüge über 4000 Euro sollten von einer Erhöhung ausgenommen werden.
21. Der Landtag beschließt, dem Team Stronach den Status einer Interes- sengemeinschaft zu billigen.
22. Der slowenische Landwirtschafts- und Umweltminister Dejan Židan und Staatssekretär Boris Jesih führen in Klagenfurt Gespräche mit Ver- tretern der Landesregierung.
24. Das Kontrollamt der Landeshauptstadt Klagenfurt kritisiert die hohen Ausgaben für Repräsentationen.
25. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) vereinbart in Venedig mit der Präsidentin der Region Friaul-Julisch Venetien, Deborah Serrachiani,

und mit dem Präsidenten der Region Veneto, Luca Zaia, ein Aktionsprogramm für die Euregio „Senza Confini“.

26. In einer Enquete des Landtags werden die Förderkulisse der EU und deren Auswirkung auf Kärnten behandelt.
27. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) übt Kritik an Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ). Er befürchtet, dass durch die beabsichtigte Änderung des Finanzausgleichs größere Städte benachteiligt werden.
28. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) bilanziert nach einem Gespräch mit EU-Regionalkommissar Johannes Hahn in Brüssel, dass die EU-Gelder für Kärnten gesichert sind.
30. Landtagsabgeordnete Johanna Trodt-Limpl wird beim Landeskonvent des BZÖ in Klagenfurt ohne Gegenkandidatur zur neuen Parteiobfrau gewählt. Von den 90 anwesenden Delegierten erhält sie eine Zustimmung von 63,3 Prozent.

In Spittal an der Drau wird von der Fachhochschule Kärnten der „Tag der Kommunalpolitik“ veranstaltet.

Dezember 2013

1. Trauer um den im 77. Lebensjahr verstorbenen langjährigen 2. Präsidenten des Landtages, Leo Uster (ÖVP).
3. Die Landesregierung berät mit den Vertretern der Sozialpartner die Situation am Arbeitsmarkt.
4. Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ) will mit Sondervertrag den früheren LH-Stellvertreter Martin Strutz als neuen Büroleiter ins Rathaus holen.
5. Der Klubobmann der FPÖ, Christian Leyroutz, wirft der Finanzreferentin LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) „Budgettricks“ vor. Seine Partei werde daher dem Budget nicht zustimmen.

Der EU-Verkehrsmisterrats segnet bei seiner Sitzung in Brüssel endgültig die Mitfinanzierung der Koralmbahn ab.

6. Landesrat Rolf Holub (Grüne) und der Regionalmanager der ÖBB, Manfred Oberrauner, stellen bei einer Pressekonferenz das Verkehrskonzept 2014 für Kärnten vor.
7. Bei der Landesversammlung der Grünen in Klagenfurt nennt Landesprecher Frank Frey eine Verdoppelung der Stimmen als Ziel für die Gemeinderatswahlen 2015.

9. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) bedankt sich beim scheidenden Patientenanwalt Erwin Kalbhenn für 14 Jahre aufopferungsvolle Tätigkeit.
10. ÖVP-Obmann Gabriel Obernosterer kündigt nach einer Sitzung des Parteivorstandes ein neues Programm an, das bis Ende März 2014 vorliegen soll.
11. Im Grünen Saal des Landhauses in Klagenfurt wird das 20. Kärntner Jahrbuch für Politik vorgestellt.
12. In Klagenfurt und St. Veit demonstrieren Schüler gegen die Zentralmatura.
Der neue Bundesminister Josef Ostermayer (SPÖ) informiert in Klagenfurt die Landesgremien seiner Partei über die Regierungsbildung.
13. Der Landtag beschließt das Landesbudget 2014. Neben den Parteien der Dreierkoalition stimmt auch das Team Stronach dem Voranschlag zu.
14. Der Kärntner Menschenrechtspreis 2013 wird an Silke Mallmann vom Kärntner Caritasverband und an die Kriminalbeamtin Annemarie Herzl verliehen.
15. Landesschulratspräsident Rudi Altersberger setzt zur Überprüfung von Schulstandorten eine Arbeitsgruppe ein. Es soll künftig eine klare Entscheidung geben: Schließung oder verbindliche Standortgarantie.
16. Eklat beim Seniorenbund der ÖVP: Bundesobmann Andreas Khol, dem die Teilnahme an einer Sitzung in Klagenfurt verweigert wird, schließt den bisherigen Landesobmann Bürgermeister Karl Petritz, dessen Stellvertreter Helmut Baumgartner sowie Landesgeschäftsführer Franz Josef Martinz aus und enthebt sie ihrer Ämter.
17. In der Universität Klagenfurt demonstrieren Studenten gegen die Auflösung eines eigenen Wissenschaftsministeriums. Rektor Oliver Vitouch wirft der Bundesregierung Planlosigkeit vor.
18. Der bisherige Landesobmann des ÖVP-Seniorenbundes, Karl Petritz, will an der Eigenständigkeit seiner Organisation festhalten und sich gegen „Eingriffe von außen“ zur Wehr setzen. Der nächste Landestag soll erst im März 2014 stattfinden.
19. Nach Differenzen mit Landesrat Gerhard Köfer legt die Landesobfrau des Teams Stronach, Andrea Krainer, ihre Funktion per E-Mail an die Bundesparteileitung mit sofortiger Wirkung zurück.
20. In St. Veit findet ein von Bundesobmann Andreas Khol im Einvernehmen mit ÖVP-Obmann Nationalrat Gabriel Obernosterer einberufener Landestag des Seniorenbundes statt. Mit der Mehrheit von 90,7

Prozent der anwesenden 232 Delegierten wird der 74jährige Carsten Johannsen aus Maria Rain zum neuen Landesobmann gewählt.

21. Der Spittaler Gemeindebeamte Gerhard Klocker übernimmt die Interimsführung beim Team Stronach in Kärnten.
23. Karl Petritz erklärt in Radio Kärnten, dass er sich weiterhin als geschäftsführender Obmann des Seniorenbundes fühlt. Die Wahl Johannsens werde gerichtlich angefochten.
24. Klagenfurts Kulturstadtrat Albert Gunzer (FPÖ) verlangt einen höheren Anteil des Landes zur Finanzierung des Stadttheaters. Von Kulturlandesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) kommt dazu eine klare Absage.
30. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sichert in einem Gespräch mit der Kleinen Zeitung zu, dass es in Kärntens Bezirken zu keiner Personalreduktion bei der Polizei kommen wird. Entlang der Staatsgrenzen sei der Ausbau von Videoüberwachungen vorgesehen.

Jänner 2014

2. Laut Bericht im Nachrichtenmagazin „profil“ hat das Oberlandesgericht Graz über eine Auslieferung des Geschäftsführers der Kärntner Tageszeitung, Dietmar Wassermann, nach Deutschland zu entscheiden.

Auf wenig Gegenliebe bei Kulturreferent Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) stößt ein neuer Plan für die Nutzung der Klagenfurter Seebühne, laut dem die Finanzierung des Umbaus teilweise durch die Vermietung von Liegeflächen an eine private Marina abgedeckt werden soll.

3. Beim Neujahrsempfang des Renner-Institutes in Klagenfurt wird Harry Koller als neuer Leiter dieser Bildungsakademie der Kärntner SPÖ vorgestellt.
7. Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher begrüßt den Vorstoß der Tourismusverbände, 40 Prozent der Anteile an der Kärnten Werbung zu übernehmen.
8. Ein Sechs-Augen-Gespräch der Parteiobmänner der Regierungskoalition, Peter Kaiser (SPÖ), Gabriel Obernosterer (ÖVP) und Frank Frey (Grüne) bringt eine Einigung in der Frage der Objektivierung, aber keine Übereinstimmung zur Wohnbaupolitik.
9. Der Koalitionsausschuss beschließt das endgültige Aus für die Landestankstellen.

11. Nach Vorwürfen in einem Bericht des Nachrichtenmagazins „profil“ kündigt Landesrat Christian Ragger (FPÖ) Anzeigen wegen Amtsmissbrauchs und Datenmissbrauchs an. Er wolle prüfen lassen, wie interne Daten aus der Landesregierung an die Öffentlichkeit gelangt seien.
13. Die SPÖ nominiert den in St. Kanzian beheimateten ehemaligen ORF-Moderator Eugen Freund zum Spitzenkandidaten für die EU-Wahl.
14. Die Landesregierung beschließt, dass für Auftragsvergaben bereits ab einer Summe von 250.000 Euro eine Zustimmung des Regierungskollegiums erforderlich ist. Bisher betrug diese Grenze 500.000 Euro.
15. Antrittsbesuch der neuen Botschafterin der USA, Alexa Wesner, in Klagenfurt.
16. Da der ehemalige Finanz-Landesrat Harald Dobernig Vorladungen durch den Landtags-Untersuchungsausschuss ignoriert, wird beim Bezirksgericht Klagenfurt um Amtshilfe angesucht.
17. Die für den Verkehr zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Desirée Oen, ist in St. Paul Ehrengast beim Tunnelanschlag für den letzten Abschnitt der Koralmbahn.
18. Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) steht der von Parlamentspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) erhobenen Forderung nach Abschaffung des Bundesrates skeptisch gegenüber.
19. Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP) eröffnet die Landwirtschaftsmesse in Klagenfurt. Als Ehrengast wird der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler begrüßt.
20. Zum Neujahrsempfang des Landes in Velden laden erstmals alle Mitglieder der Landesregierung gemeinsam ein.
21. Der russische Botschafter in Österreich, Sergej Netschajew, bespricht in Klagenfurt Kooperationen mit Kärnten.
23. Der Bürgermeister von Velden und Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Ferdinand Vouk (SPÖ), kritisiert mangelnde Informationen bei der beabsichtigten Schließung von Dienststellen der Polizei.
24. Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Konrad Kogler, und der Kabinettschef der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), Michael Kloibmüller, informieren in Klagenfurt, dass 30 der 96 Kärntner Polizeidienststellen geschlossen werden sollen. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fühlt sich „übrerrumpelt“.
25. Die Meldung von der beabsichtigten Schließung der Polizeiinspektionen löst massive Proteste aus.

26. ÖVP-Obmann Gabriel Obernosterer verteidigt das Vorhaben der Innenministerin und wirft Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) vor, „populistisch gespielt zu haben“.
27. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) verhandelt in Wien zweieinhalb Stunden mit der Innenministerin. Er habe aber „besonders auf Beamtenebene keine Bereitschaft für Bewegung“ erkannt.
28. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) verkündet das Zusperrn von bundesweit 122 Polizeiinspektionen. In Kärnten sind endgültig nunmehr 22 Dienststellen betroffen.
29. Noch immer heftige Proteste gegen die Schließung der Polizeiposten. Nur die Spitze der Landes-ÖVP steht weiterhin hinter der Ministerin.
30. Bei der Landtagsitzung bringen – mit Ausnahme der ÖVP – alle Fraktionen einzelne Dringlichkeitsanträge zur Schließung der Polizeidienststellen ein. Eine gemeinsame Protestresolution kommt nicht zustande.
31. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nimmt in Brüssel an der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) teil.

Februar 2014

3. Beim „Dialogforum für die Entwicklung des gemischtsprachigen Gebietes“ wird eine Arbeitsgruppe für die Lösung der Fragen im Zusammenhang mit der slowenischen Musikschule Glasbena Šola eingerichtet.
Landespolizeidirektorin Michaela Kohlweiß informiert das Regierungskollegium über die Polizeireform des Innenministeriums.
4. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) will im Gebiet der Petzen in Kooperation mit slowenischen Gemeinden einen grenzüberschreitenden Biosphärenpark einrichten.
5. Diskussionen im Nationalrat um ein Gutachten der US-Beraterfirma Oliver Wyman, in dem ein Konkurs für die Hypo Alpe-Adria-Bank vorgeschlagen wird. Da in diesem Fall das Land Kärnten mit 12,4 Milliarden Euro haften müsste, gibt es heftige Reaktionen. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) geht in der ZiB 2-Sendung im ORF davon aus, dass dieses Szenario nicht eintritt. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) lässt prüfen, ob die Landeshaftung überhaupt noch aufrecht sei.
6. Erster Besuch der neuen Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) in Kärnten.
7. „Polizei-Gipfel“ im Spiegelsaal der Landesregierung: Die 22 betroffenen Bürgermeister, Gemeindebund und Vertreter aller Landtagsfraktionen

verlangen eine Überarbeitung des Sicherheitskonzeptes der Innenministerin.

8. ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter fordert von SPÖ und Grünen die Zustimmung zur Erweiterung des Schigebietes Mölltaler Gletscher als Voraussetzung für die Verwirklichung eines Hoteldorf-Projektes am Fuß des Gletschers.
10. Die Landesregierung beschließt einen Antrag auf Anhebung der Politikergehälter um 1,6 Prozent.
11. Tourismus-Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) und Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher besuchen an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation die Olympiastadt Sotschi.
12. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt erhebt nun Anklage gegen Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach). Ihm wird in seiner früheren Funktion als Bürgermeister von Spittal an der Drau Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit der Verweigerung der Errichtung von Handymasten vorgeworfen. Auch gegen die Mitglieder des damaligen Spittaler Gemeinderates wird Anklage erhoben.
13. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) bleibt anlässlich einer Aussprache in Klagenfurt mit den von der Schließung von Polizeidienststellen betroffenen Kärntner Bürgermeistern bei ihrem Standpunkt.
14. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) entschuldigt sich in der Kleinen Zeitung bei den Österreichern für die Folgen des Hypo-Desasters.
15. Die Rating-Agentur Moody's senkt die Bonität des Landes Kärnten um eine Stufe von A1 auf A2. Eine weitere Herabstufung werde geprüft.
Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) ist Gast beim Landestag der Jungen ÖVP in Klagenfurt. JVP-Landesobmann Sebastian Schuschnig übt massive Kritik an der Stadtpartei der Landeshauptstadt.
16. Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) fordert, dass auch Kärnten einen „namhaften Beitrag“ zur Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank leisten soll.
17. Kärntens Landespolitiker wollen die 500 Millionen Euro des „Zukunftsfonds“ weiterhin unter Verschluss halten.
18. Ferdinand Stefitz, Klagenfurter Ex-Parteichef des Teams Stronach und scharfer Kritiker von Landesrat Gerhard Köfer, kündigt eine eigene Kandidatur bei der Gemeinderatswahl an und hat sich bereits den Namen „Team Kärnten“ eintragen lassen.

19. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) absolviert in Wien Antrittsbesuche bei den neuen Mitgliedern der Bundesregierung.
20. In der Aktuellen Stunde des Kärntner Landtages gibt es zur Frage der Haftung für die Hypo Alpe-Adria-Bank gegenseitige Schuldzuweisungen.
Der neue Eigentümer der Hypo Österreich, Sanjeev Kanoria, ändert den Namen der Bank auf „Austrian Anadi Bank“.
21. Antrittsbesuch des neuen Botschafters der Tschechischen Republik, Jan Sechter, bei Landeshauptmann Peter Kaiser.
23. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) erklärt in der ORF-Pressestunde, er wolle über Leistungen des Landes erst reden, wenn der genaue Fehlbetrag bei der Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank feststehe. Es könne jedenfalls nicht darum gehen, ein Bundesland „in den Ruin zu treiben oder auszulöschen“.
24. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) wehrt sich gegen die Übersiedlung der „International School Carinthia“ von Oberwollanig nach Velden.
25. Über die „Kärntner Tageszeitung“ wird das Insolvenzverfahren eröffnet. Geschäftsführer und Eigentümer Dietmar Wassermann wird mit internationalem Haftbefehl gesucht.
Jörg Haiders Tochter, Ulrike Haider-Quercia, will bei der EU-Wahl als Spitzenkandidatin des BZÖ antreten. Als Voraussetzung für die Kandidatur muss das BZÖ 2600 Unterstützungserklärungen sammeln.
27. Eine Umfrage des Linzer Instituts IMAS über Auftrag der Kronenzeitung vermittelt ein Jahr nach der Landtagswahl in Kärnten zur Sonntagsfrage folgendes Ergebnis: SPÖ: 35–37 Prozent, FPÖ: 17–19 Prozent, ÖVP: 9–11 Prozent, Grüne: 14–16 Prozent, Team Stronach: 7–9 Prozent, Neos: 9–11 Prozent, BZÖ: 1–2 Prozent.
28. Die im Jahr 1945 als „Neue Zeit“ gegründete „Kärntner Tageszeitung“ stellt ihr Erscheinen ein.

März 2014

1. Die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten nahm im Februar gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent zu. Mehr als 35.000 Kärntnerinnen und Kärntner waren davon betroffen.
3. Ein Jahr nach der Landtagswahl ziehen die Parteien unterschiedliche Bilanzen.

4. ÖVP-Obmann Gabriel Obernosterer zieht die IMAS-Umfrage in Zweifel. Eine Umfrage der Bundes-ÖVP habe für seine Partei in Kärnten einen Anteil von 14 bis 15 Prozent ermittelt.
5. Die Kleine Zeitung veröffentlicht eine von der FPÖ Klagenfurt im Auftrag gegebene Meinungsumfrage über die politische Stimmungslage in der Landeshauptstadt. Demnach hätten Gemeinderatswahlen im Februar 2014 folgende Wähleranteile der Rathausparteien ergeben: unentschlossene Wähler: 12 Prozent, FPÖ: 29 Prozent, SPÖ: 28 Prozent, ÖVP: 20,4 Prozent, Grüne: 4 Prozent.
6. Bei der Landesversammlung der Einheitsliste/Enotna lista in Tainach wird Gabriel Hribar, Fraktionssprecher der EL im Gemeinderat von Eisenkappel, zum neuen Landesobmann gewählt. Der bisherige Parteichef Vladimir Smrtnik stellte sich nicht mehr der Wahl.
7. FPÖ-Klubobmann Christian Leyrouz zeigt auf, dass in den Regierungsbüros 71 statt den vor einem Jahr angekündigten 63 Mitarbeitern beschäftigt sind.

Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nimmt in Athen am europäischen Gipfeltreffen der Regionen teil.
8. Zwist innerhalb der Führungsspitze der Kärntner ÖVP: Wirtschaftsbund-Obmann Franz Pacher kritisiert den Aktionsradius von Landesrat Wolfgang Waldner und bietet an, das ÖVP-Mandat in der Landesregierung selbst zu übernehmen. Waldner erklärt dazu gegenüber der Kleinen Zeitung, dass „sich dieser Stil und diese Aussagen von selbst richten“.
9. Der Gouverneur der Notenbank und Vorsitzende der Taskforce Hypo Alpe-Adria, Ewald Nowotny, fordert in der ORF-Pressestunde einen angemessenen Beitrag des Landes Kärnten bei der Abwicklung ein.
10. Knalleffekt bei der Spitze der ÖVP: Parteiobmann Gabriel Obernosterer und Landesrat Wolfgang Waldner stellen ihre Ämter zur Verfügung. Beide Funktionen übernimmt der 52jährige Unternehmer und Forstwirt Christian Bengner aus Griffen. Der Landespartei Vorstand stimmt dieser Lösung zu. Die einzige Gegenstimme kommt vom Moosburger Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Herbert Gaggl. Laut dem scheidenden Obmann Gabriel Obernosterer sei diese „strategische Rochade“ schon seit einigen Monaten geplant gewesen. Wegen der Querschüsse Franz Pachers habe man die Ablöse vorgezogen.
11. Der OGH bestätigt alle vier Schuldsprüche im Birnbacher-Prozess. Die Haftstrafe für den früheren ÖVP-Landesobmann und Landesrat Josef Martinz wird auf viereinhalb Jahre herabgesetzt.

12. Nach einem erstinstanzlichen Urteil des Arbeits- und Sozialgerichts Klagenfurt ist Claudia Koroschetz weiterhin in der Funktion der Magistratsdirektorin. Da die Stadt Klagenfurt im Vorjahr Peter Jost zurückgeholt hat, gibt es in der Landeshauptstadt quasi zwei Magistratsdirektoren.
13. Bei den Arbeiterkammerwahlen in Kärnten kommt die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) auf einen Anteil von mehr als drei Viertel der gültigen Stimmen. Das vorläufige Endergebnis: wahlberechtigt: 159.551, abgegebene Stimmen: 64.735, Wahlbeteiligung: 40,57 Prozent (-3,79 Prozent). Von den 63.458 gültigen Stimmen entfallen 48.833 (76,9 Prozent) auf die FSG; BZÖ: 2.511 Stimmen (4,0 Prozent), ÖAAB: 3.278 (5,2 Prozent), Grüne: 3.447 (5,4 Prozent), FPÖ: 5.389 (8,5 Prozent). Mandate in der Vollversammlung: FSG 56 (+8), BZÖ 2 (-12), ÖAAB 3 (-1), Grüne 3 (+1), FPÖ 6 (+4). Mandatsverhältnis im Vorstand: FSG 10 Mandate, FPÖ 1 Mandat.
14. Antrittsbesuch von Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) in der Landesregierung.

Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) erklärt, dass Kärnten seinen Beitrag zur Hypo-Lösung bringen müsse. Das umfasse „mindestens die Mittel des Zukunftsfonds“.
15. Krisensitzung der Klagenfurter FPÖ. Nach einer Kontroverse mit seinem Vizebürgermeister Albert Gunzer stellt Bürgermeister Christian Scheider die Vertrauensfrage und erhält die Rückendeckung des FPÖ-Gemeinderatsklubs.
16. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) stellt in Abrede, dass er die Öffnung des Zukunftsfonds bereits zugesagt habe. Er habe mit dem Finanzminister noch keinen direkten Kontakt gehabt.
17. Nun nennt auch Bundeskanzler Werner Faymann „eine Zielgröße von 500 Millionen Euro“, die Kärnten für die Hypo zu leisten habe.
18. Der designierte Parteiobmann und Landesrat der ÖVP, Christian Benger, erläutert in Krastowitz bei Klagenfurt vor 250 eingeladenen Funktionären seine Ziele.
19. Mit 1382 Asylwerbern aus 58 Nationen erfüllt Kärnten seine Quote mit 92,6 Prozent und hat sich im Bundesländervergleich vom Schlusslicht an die vierte Stelle vorgearbeitet.
21. Disput zwischen der Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig, und Landesrat Rolf Holub zur Hypo. Holub begrüßt die Anstaltslösung, die Glawischnig als „dramatische historische Fehlentscheidung“ sieht.

22. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fordert bei der Diskussion über die Hypo auch die Rücksichtnahme auf die dort beschäftigten Mitarbeiter ein.
24. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) schwenkt in der ORF-Sendung „Streitkultur“ auf die Linie seines Bundesparteiobmannes Heinz-Christian Strache ein: Man müsse über eine Insolvenz der Hypo nachdenken.
25. Die Landesregierung entsendet neuerlich den Trebesinger Hotelier Siggie Neuschitzer als Vertreter Kärntens in den ORF-Stiftungsrat. Grünen-Landesrat Rolf Holub nimmt an der Abstimmung nicht teil.
26. Die habilitierte Philosophin Susanne Dungs und der Betriebswirt Peter Granig werden zur neuen Rektorin und zum neuen Vizerektor der Fachhochschule Kärnten gewählt.
27. Der 50jährige Gemeinde- und Arbeiterkammerrat Erwin Baumann ist der Kandidat der FPÖ für die Bürgermeisterwahl 2015 in Villach.
28. Das Team Stronach nominiert Willy Haslitzer als ORF-Stiftungsrat. Haslitzer legt seine Funktion als stellvertretender Landesrat zurück.
29. In einem Interview im „Standard“ zeigt Bundespräsident Heinz Fischer Verständnis für die Heranziehung des Zukunftsfonds zur Abdeckung der Hypo-Verpflichtungen. Dessen 500 Millionen würden „ja aus dem Hypo-Verkauf stammen“.
31. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes stellt fest, dass Willy Haslitzer (Team Stronach) nicht die Funktion eines ORF-Stiftungsrats einnehmen kann, da er als stellvertretender Landesrat an zwei Regierungssitzungen teilgenommen hat.
Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft stellt das Verfahren um die FPÖ-Agentur „Connect“ ein. Der Verdacht der Parteienfinanzierung habe sich nicht erhärtet.

April 2014

1. Mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP beschließt der Klagenfurter Stadtsenat, die Seebühne um 50.000 Euro von der Messegesellschaft zu kaufen und an die Wörthersee-Schiffahrt zu verpachten.
2. Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) absolviert ein Besuchsprogramm in Kärnten.
4. Ex-ORF-Landesdirektor Willy Haslitzer gibt „mit sofortiger Wirkung“ seinen Austritt aus dem Team Stronach bekannt. Die Partei habe ihn bei der Bewerbung für den ORF-Stiftungsrat im Stich gelassen.

Kärntens Koalitionsspitze mit Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ), Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP), Landesrat Rolf Holub (Grüne) stellt bei einer Pressekonferenz in Wien klar, dass keine Rechtsgrundlage für die vom Bund geforderten 500 Millionen Euro gesehen wird.

5. Massive Proteste gegen den Kärntner EU-Abgeordneten Andreas Mölzer (FPÖ), der die EU mit dem Dritten Reich verglichen und als „Negerkonglomerat“ bezeichnet haben soll.
6. ÖVP-Obmann Gabriel Obernosterer fordert den Rücktritt von Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ), weil dieser einen ÖVP-Gemeinderat mit „NS-Schergen“ verglichen habe.
7. Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) verteidigt Bürgermeister Manzenreiter. Obernosterers Attacken seien eine Belastung für die Regierungskoalition im Lande.
8. Nach einem Gespräch mit FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache zieht Andreas Mölzer seine Kandidatur für die EU-Wahl zurück.

Ulrike Haider-Quercia tritt nun doch nicht als Spitzenkandidatin des BZÖ bei der EU-Wahl an. Es habe sich gezeigt, dass „eine unabhängige und von allen Vorurteilen freie Kandidatur nicht möglich“ sei.

Mit Beschluss der Landesregierung wird Michaela Slamanig zur neuen Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragten bestellt. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) und Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach) stimmen dagegen.

Ex-Hypo-Vorstand Tilo Berlin wird im Untreueprozess am Landesgericht Klagenfurt zu einer unbedingten Haftstrafe von 26 Monaten verurteilt.

10. Die „Aktuelle Stunde“ im Kärntner Landtag ist dem Hotelprojekt in der Fragant gewidmet. Mit Ausnahme der Grünen befürworten alle Fraktionen die damit verbundene Talabfahrt.
11. Der Spittaler Gemeindebeamte Gerhard Klocker wird in Pörtschach nun auch definitiv zum Landesobmann des Teams Stronach gewählt.
12. Kärntens ÖGB-Chef und Abgeordneter zum Nationalrat, Hermann Lipitsch (SPÖ), wird für weitere fünf Jahre zum Vorsitzenden der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft Vida gewählt.
14. Der Landesparteiobmann der ÖVP wählt Christian Bengler einstimmig zum geschäftsführenden Parteiobmann und beruft für 14. Juni den Landesparteitag ein.

15. Laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft Klagenfurt laufen im Zusammenhang mit dem Konkurs der Kärntner Tageszeitung Ermittlungen gegen sieben Beschuldigte wegen des Verdachts des Betrugs und der Untreue.
16. Proteste gegen die Verordnung der Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), mit der den Ländern ein höherer Betrag für die über den Stellenplan hinaus beschäftigten Lehrer vorgeschrieben wird. Kärnten müsste künftig 22,2 statt 14 Millionen Euro entrichten.
18. Die Unterrichtsministerin nimmt diese Verordnung wieder zurück.
Gesundheitsreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) veranlasst eine Untersuchung sämtlicher Abrechnungen von hausärztlichen Bereitschaftsdiensten.
22. Der slowenische EU-Kommissar Janez Potočnik hält in Klagenfurt einen Vortrag über Energieeffizienz.
Der Naturschutzbeirat lehnt eine Aufhebung der Naturschutzgebiete in der Kleinfrauental für die Schiabfahrt vom Mölltaler Gletscher zum geplanten Hoteldorf ab.
23. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) wird vom Regierungskollegium ermächtigt, Gespräche mit den Initiatoren des Projektes, Heinz Schulz und Hans-Peter Haselsteiner, zu führen.
24. Günther Goach (SPÖ) wird von der Vollversammlung der Kärntner Arbeiterkammer einstimmig in seinem Amt als Präsident bestätigt. Mit der Friesacher Stadträtin Uschi Heizer wird erstmals eine Frau zur Vizepräsidentin gewählt.
25. Unter der Leitung des slowenischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Karl Erjavec, und von Landeshauptmann Peter Kaiser findet in Brdo die erste Sitzung des „Gemeinsamen Komitees Kärnten-Slowenien“ statt.
26. Dritter Landtagspräsident Josef Lobnig (FPÖ) kritisiert bei der Jahrestagung des Kärntner Abwehrkämpferbundes „überzogene Forderungen“ des Rates der Kärntner Slowenen.
Antrittsbesuch des Chinesischen Botschafters Zhao Bin in Klagenfurt.
27. Die FPÖ hält in Pörtschach eine Bürgermeisterkonferenz ab.
28. Der scheidende Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) wird zum Leiter der Kultursektion im Außenministerium bestellt. Ein Termin für die Amtsübergabe an ÖVP-Obmann Christian Bengler im Landtag ist noch nicht fixiert.

29. Der Rechnungsabschluss in Klagenfurt ergibt, dass die Landeshauptstadt die Maastrich-Vorgaben mit einem Abgang von 21 Millionen Euro verfehlt und damit alle Kärntner Gemeinden ins Minus reißt. Eine Pönalzahlung von 15 Prozent an den Bund kann nur vermieden werden, weil das Land die Vorgaben übererfüllt und die Differenz den Gemeinden zur Verfügung stellt.
30. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) warnt die Politiker der Landeshauptstadt, dass „die Finanzierung von Großprojekten unwahrscheinlicher“ werde.

Mai 2014

1. Im Rahmen des traditionellen Familienfestes der Klagenfurter SPÖ gibt Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz ihre Kandidatur zum Bürgermeisteramt bei der Wahl 2015 bekannt.
2. Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ) und sein Parteifreund Vizebürgermeister Albert Gunzer machen für die Budgetsituation der Landeshauptstadt Klagenfurt die Erhöhung der Transferzahlungen an das Land verantwortlich.
4. Der Wolfsberger Vizebürgermeister Heinz Hohegger legt sein Mandat zurück und tritt aus der FPÖ aus. Er begründet dies mit Differenzen mit der Kärntner Parteispitze.
5. Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) ist Ehrengast bei der Eröffnung des Forschungszentrums Josef Ressel der FH Kärnten in Villach.
6. In der Regierungssitzung gibt Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) bekannt, dass seine Ablöse bereits bei der Landtagssitzung am 8. Mai erfolgen wird. Ob er ein Mandat als Landtagsabgeordneter annehmen wird, lässt er offen.
7. Die Landeshauptstadt Klagenfurt ist nunmehr Eigentümerin der Seebühne. Arbeiten für den Rückbau können allerdings erst im Spätherbst durchgeführt werden.
8. ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter übergibt dem Landtag eine parteiübergreifende Petition der Bürgermeister aus dem Bezirk Spittal. Es geht um Arbeitsplätze für die Region, die „durch das Hotelprojekt am Mölltaler Gletscher samt Skipiste und den Erhalt der Reißeck-Bahn“ möglich würden.

Der designierte ÖVP-Obmann Christian Benger wird im Landtag zum neuen Landesrat der Volkspartei gewählt. Er erhält 21 der 34 abgegebenen Stimmen.

10. Die Bundesorganisation des Teams Stronach verzichtet auf die Rückzahlung des der Landesgruppe Kärnten gewährten Kredits in der Höhe von 750.000 Euro und verbucht diesen Betrag als Parteispende.
12. Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ) schlägt vor, den Song-Contest der Eurovision 2015 im Wörthersee-Stadion zu veranstalten.
14. Landwirtschaftskammerpräsident Johann Mößler protestiert gegen die geplante Novellierung des Naturschutzgesetzes. 50.000 bis 60.000 Hektar neue Schutzflächen wären von der Landwirtschaft nicht zu verkraften.
15. Der Vorstandschef des deutschen Energieriesens RWE, Peter Terium, spricht sich in Klagenfurt für eine weitere Zusammenarbeit mit der Kelag aus.
17. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft weist die Beschwerde von Gerhard Dörfler, Uwe Scheuch und Stefan Petzner gegen die Anklage in der Causa BZÖ-Wahlbroschüre zurück.
19. Ex-Landesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) legt nun auch das Mandat als Abgeordneter zum Landtag zurück.
Die scheidende slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratušek absolviert einen Abschiedsbesuch in Südkärnten.
20. In den Gremien der Landeshauptstadt Klagenfurt wird über eine Reduzierung des Stadtsenates von neun auf sieben Mitglieder diskutiert.
21. Der Wirtschaftsausschuss des Landtages unter dem Vorsitz von Franz Wieser (ÖVP) trifft sich bei einem Ortsaugenschein am Mölltaler Gletscher.
22. Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP) verspricht bei einem Besuch in Klagenfurt den Kärntner Almbauern Rückzahlungen in Millionenhöhe durch die AMA.
23. Antrittsbesuch des lettischen Botschafters Edgars Skuja in Klagenfurt.
25. Das vorläufige Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament in Kärnten: Wahlberechtigte: 445.394, abgegebene Stimmen: 155.564, Wahlbeteiligung 34,93 % (-1,17 %). ÖVP: 29.972 Stimmen bzw. 19,90 % (-0,84 %), SPÖ: 49.661 bzw. 32,98 % (+7,61 %), FPÖ: 31.445 bzw. 20,88 % (+14,17 %), Grüne: 18.057 bzw. 11,99 % (+4,50 %), BZÖ: 2.154 bzw. 1,43 % (-19,55 %), Neos: 9.254 bzw. 6,14 %, Rekos: 1.653 bzw. 1,10 %, Anders: 2.068 bzw. 1,37 %, EUStop: 6.341 bzw. 4,21 %.

26. Die Auszählung der rund 18.000 Wahlkarten bringt kleinere Verschiebungen. ÖVP: 33.586 Stimmen bzw. 19,95 % (-0,79 %), SPÖ: 55.158 bzw. 32,76 % (+7,39 %), FPÖ: 34.002 bzw. 20,20 % (+13,49 %), Grüne: 20.987 bzw. 12,47 % (+4,98 %), Neos: 11.035 bzw. 6,55 %. Die Wahlbeteiligung ergibt mit 38,99 % gegenüber 2009 nunmehr eine Veränderung von +2,89 %.
27. Die Kärntner Europa-Abgeordnete Elisabeth Köstinger (ÖVP) erhielt bundesweit 58.668 Vorzugsstimmen, davon 7.970 aus Kärnten. Dem SPÖ-Spitzenkandidaten Eugen Freund gaben 45.847 Wähler den Vorzug, davon 7.375 aus Kärnten. FPÖ-Kandidat Erwin Angerer brachte es in Kärnten auf 1.050 Vorzugsstimmen, die neue Europa-Abgeordnete der Neos, Angelika Mlinar, verbuchte für sich hier 840 Vorzugsstimmen.

Proteste aller Landtagsparteien gegen einen Gesetzesentwurf von Finanzstaatssekretär Jochen Danninger (ÖVP) über ein Hypo-Sondergesetz, mit dem Kärnten ein Betrag von 500 Millionen Euro abverlangt werden soll.

Auf Einladung von Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) findet ein Treffen der Landtagspräsidenten der österreichischen Bundesländer in Villach statt.
28. Der Landesvorstand des Wirtschaftsbundes schlägt den 49jährigen Unternehmer Jürgen Mandl für die Funktion des Wirtschaftskammerpräsidenten vor. Mandl soll am 2. Juli die Nachfolge von Franz Pacher antreten.
29. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) erklärt, dass er dem beabsichtigten Hypo- Sondergesetz nicht zustimmen wird.
30. Kärnten-Tag der Bundesminister Josef Ostermayer (SPÖ) und Wolfgang Brandstetter (ÖVP).
31. Die 24 erschienenen Mitglieder der Landesgruppe Kärnten der Neos wählen den 49jährigen Berater für Softwarefirmen und Sohn des früheren Klagenfurter ÖVP-Stadtrates Dieter Jandl, Klaus-Jürgen Jandl, zum Landessprecher.

Juni 2014

2. Streit um die gebührenpflichtige Kurzparkzone in Klagenfurt. Finanzreferent Albert Gunzer (FPÖ) sagt eine dazu anberaumte Gemeinderatssitzung kurzfristig ab.
3. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) legt in der Causa Hypo zur Forderung des Bundes auf Zahlung einen Betrags von 500 Millionen Euro

eine Gegenrechnung vor und kommt auf einen Betrag von 667 Millionen Euro, den Kärnten für die Hypo ab der Notverstaatlichung geleistet habe.

4. Der Mühldorfer Bürgermeister Erwin Angerer (FPÖ) zieht als Nachfolger des in das EU-Parlament gewählten FPÖ-EU-Spitzenkandidaten Harald Vilimsky in den Nationalrat ein.
6. Tauziehen um einen günstigen 100-Millionen-Kredit, den das Land von der Bundesfinanzierungsagentur (BFA) erhalten sollte und der nicht freigegeben wird. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) vermutet, „dass wir unter Druck gesetzt werden, um einen Beitrag für die Hypo zu leisten“.
7. Gegen das Vorgehen der Bundesfinanzagentur protestieren in Kärnten nun auch die Präsidenten von Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung.
9. Kärnten betreut 1.432 Asylwerber und erfüllt damit 91 Prozent der „Soll-Quote“.
10. Landesrat Christian Benger (ÖVP) verlangt vom Bund, dass die Steuerreform nicht mit der Hypo vermischt werden darf. Sein Parteifreund Finanzminister Michael Spindelegger sei beim Vorschlag, dass Kärnten 500 Millionen Euro zur Steuerreform beitragen soll, offenbar „ein Opfer der Hitze“ geworden.
11. Der Bund wandelt mit 55 Millionen Euro den Rest jenes Partizipationskapitals, das Kärnten bei der Verstaatlichung der Hypo leisten musste, in Eigenkapital der Bank um. Laut Finanzreferentin LHStv. Gaby Schaunig (SPÖ) entsteht aber dadurch für das Land „keine Liquiditäts- oder Bilanzlücke“.
12. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) informiert die Öffentlichkeit, dass er den Parteivorsitz an Vizebürgermeister Günther Albel abgeben und zur Bürgermeisterwahl am 1. März 2015 nicht mehr antreten wird.
13. ÖVP-Obmann Landesrat Christian Benger will den Parteivorstand um „Basis- bzw. Gemeindefunktionäre“ erweitern, die über Briefwahl in den Bezirken ermittelt werden.
14. Die Klagenfurter Stadtwerke weigern sich, an die Wirtschaftskammer die für 2014 vorgeschriebene Kammerumlage in der Höhe von 85.000 Euro zu bezahlen. Hintergrund sind Meinungsverschiedenheiten um die korrekte Abwicklung der Klagenfurter Wärmeversorgung.
15. Vom Finanzministerium wird die baldige Freigabe des 100-Millionen-Kredits durch die Bundesfinanzierungsagentur signalisiert.

16. Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher will den Beitrag der Klagenfurter Stadtwerke notfalls im Exekutionswege hereinbringen. Dieses Unternehmen würde überdies „Energiepolitik aus der Steinzeit“ betreiben.
17. Mit den Stimmen der Koalition beschließt die Landesregierung eine Erhöhung der Gehälter für Landespolitiker um 1,6 Prozent und eine Erhöhung der Bezüge der Bürgermeister um 2,4 Prozent.
19. Landeshauptmann Peter Kaiser, seine Stellvertreterin Gaby Schaunig, Landesholding-Aufsichtsratsvorsitzender Gilbert Isep (alle SPÖ), Landesrat Christian Benger, Wirtschaftskammerpräsident Franz Pacher (beide ÖVP) und Landesrat Rolf Holub (Grüne) finden sich im SPÖ-Klub zu einem kurzfristig anberaumten Koalitionstreffen ein.
21. Der ORF erteilt den Bemühungen der Landeshauptstadt um Abhaltung des Song Contests 2015 in Klagenfurt eine Absage.
23. Die Zahl der Insolvenzverfahren ist in Kärnten im ersten Halbjahr 2014 um 12,5 Prozent zurückgegangen.
24. Antrittsbesuch des neuen Botschafters von Aserbaidschan, Galib Israfilov, in Klagenfurt.
25. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter und sein Vize Günther Albel nehmen in Brüssel die Auszeichnung „Europas Energie-Champion“ entgegen. Die Draustadt hat sich im Rahmen der „RES Champions League“ gegen 10.000 Gemeinden aus zwölf Ländern durchgesetzt.
26. Spatenstich für die erste Baustufe des High Tech Campus (HTC) in Villach-St. Magdalen.
Der Halbleiter-Konzern Infineon gibt bekannt, dass 2017 insgesamt 290 Millionen Euro in den Standort Villach investiert werden.
27. Die Stadt Spittal an der Drau schließt einen Partnerschaftsvertrag mit der Stadt Kočevje/Gottschee ab.
28. Beim Landesparteitag der ÖVP in Feldkirchen sind Vizekanzler Michael Spindelegger, Außenminister Sebastian Kurz und Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter zu Gast. Für Landesrat Christian Benger als neuen Landesparteiobmann sprechen sich 96,79 Prozent der Delegierten aus. Fast einstimmig werden auch EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger, Bundesrat Christian Poglitsch, Maria Schallehn und Christian Waldmann zu Stellvertretern gewählt.
30. Kärnten übernimmt für ein halbes Jahr den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz. Auch im Bundesrat nimmt die Kärntner

Abgeordnete Ana Blatnik (SPÖ) nun bis 31. Dezember die Funktion der Präsidentin ein.

Bei einer Volksabstimmung in der steirischen Gemeinde Dürnstein sprechen sich 73 Prozent der wahlberechtigten Bürger gegen eine Fusion mit Neumarkt und für eine Eingemeindung zu Friesach aus.

Juli 2014

1. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) spricht sich gegen eine Eingemeindung der steirischen Gemeinde Dürnstein aus.
2. Der Klagenfurter Unternehmer Jürgen Mandl wird in der Vollversammlung der Wirtschaftskammer als neuer Präsident angelobt und tritt die Nachfolge von Franz Pacher an. Pacher bleibt aber Landesobmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes.

Bei der Wahl der drei neuen Landesschulsprecher setzen sich die Kandidaten der Schülerunion durch: Sasha Ohorn (Berufsschulen), Alexander Lagger (AHS) und Simon Jandl (Berufsbildende mittlere und höhere Schulen).

3. Nach einer neuerlichen Ablehnung der geplanten Abfahrt in der Kleinfragant erklärt Investor Heinz Schultz, dass sämtliche Investitionen für Hotel- und Liftprojekte im Mölltal gestoppt werden.
4. Nach einer Intervention von Landesrat Christian Benger (ÖVP) sagt Heinz Schultz zu, an den Verhandlungstisch zurückkehren zu wollen.
7. Das Verpackungs- und Papierunternehmen Mondi investiert weitere 24 Millionen Euro in den Standort Frantschach.
8. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) schlägt eine Verkleinerung des Aufsichtsrates der Kabeg vor.
9. Arbeitsgespräch von Landesrat Christian Benger (ÖVP) mit dem EU-Beauftragten Frank Vassen zum Thema Natura 2000.

Im Schloss Mageregg in Klagenfurt wird der Generalvergleich zwischen dem Land, den Gemeinden und den betroffenen Grundeigentümern zur Schaffung des Biosphärenparks Nockberge unterschrieben.

Wahlkampfauftakt der Grünen für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 1. März 2015. Landessprecher Frank Frey kündigt eine Kandidatur in mindestens der Hälfte der 132 Kärntner Gemeinden an.

10. Die Indexanpassung der Gehälter von Regierungsmitgliedern, Landtagsabgeordneten und Bürgermeistern wird nun auch im Landtag mit

den Stimmen der Koalitionsparteien abgesegnet. Von der Opposition hagelt es Kritik.

11. Sozialreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettnner (SPÖ) informiert über die geplanten Verbesserungen bei den Pflegeheimen.

14. Die Landesregierung beschließt eine Finanzierungs- und Leistungsvereinbarung mit der Fachhochschule Kärnten.

Eine Präsentation der Außenhandelsbilanz attestiert Kärntens Unternehmen für 2013 ein Plus von 13,9 Prozent und einen Überschuss von 990 Millionen Euro.

15. Der Klubobmann der Bundes-SPÖ, Andreas Schieder, besucht im Rahmen seiner „Sommer-Dialog-Tour“ Kärnten.

17. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) schlägt eine Beteiligung der Grünen an der Bundesregierung vor. Die Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig, spricht sich dagegen aus.

Die Kleine Zeitung berichtet von Hausdurchsuchungen in der Klagenfurter FPÖ-Zentrale und in der Wohnung des früheren Finanz-Landesrats Harald Dobernig. Es geht um Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit den beiden letzten Landtagswahlen.

18. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen wegen Untreue-Verdacht rund um den Verkauf des Schlosses Reifnitz ein.

20. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zeigt sich als Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz reserviert zum Vorschlag der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), künftig Asyl-Anträge in jedem Bundesland einer Schnellprüfung zu unterziehen.

21. ÖVP-Chef Landesrat Christian Bengner und der Landesgeschäftsführer der Partei, Josef Anichhofer, planen eine Urwahl des 45-köpfigen Landespartei Vorstandes durch die ca. 30.000 Kärntner Parteimitglieder.

22. Nach einer Wertung des Wiener Zentrums für Verwaltungsforschung KDZ zur Bonität der österreichischen Gemeinden liegt Wernberg auf Platz 54.

24. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft stellt das Verfahren gegen Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPÖ) in der Causa Sonderanstalt Saualm ein.

25. Nach der Freigabe der Bundesmittel kann nun mit der Auszahlung der Hilfe für die Dürreschäden des Jahres 2013 begonnen werden. Laut Agrarreferent Christian Bengner (ÖVP) wird an die 2.294 Antragsteller ein Betrag von 3,3 Millionen Euro ausbezahlt.

27. Nach Unwetterschäden und einen Wassereinbruch im Landesmuseum Klagenfurt gibt es Diskussionen um die Verantwortung.
28. Kulturlandesrat Christian Benger (ÖVP) verfügt für das Landesmuseum einen totalen Veranstaltungs- und Ausstellungsstopp.
29. Eine Bürgerinitiative verlangt eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Abfallverbrennung des Unternehmens Fundermax in St. Veit an der Glan. Landesrat Rolf Holub (Grüne) sichert „Transparenz und jedwede Unterstützung“ zu.
31. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hält laut einem Gespräch mit der Kronenzeitung nichts von Plänen, leerstehende Kasernen als Asylanaltenheime zur Verfügung zu stellen. 50 Personen pro Quartier sollten die Obergrenze sein.

Das Bezirksgericht Klagenfurt entscheidet, dass die am 20. Dezember 2013 erfolgte Wahl von Carsten Johannsen zum Landesobmann des ÖVP-Seniorenbundes rechtmäßig zustande gekommen ist.

August 2014

1. Der Bürgermeister von St. Veit an der Glan, Gerhard Mock (SPÖ), hält eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Fundermax für nicht nötig.
2. Betroffenheit über den Tod der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. In einem Nachruf spricht Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) von einer „guten Freundin“, die Kärnten verloren habe.
3. Der Landesrechnungshof empfiehlt eine Überführung der Mittel des Zukunftsfonds in den Landeshaushalt und somit in die Budgethoheit des Landtages.
5. Proteste aus Kreisen der Wirtschaft gegen die auf Initiative der Klagenfurter Stadträtin Andrea Wulz (Grüne) gegründete Klagenfurter „Werbewatchgroup“, die ihrer Meinung nach frauenfeindliche Werbung im Internet anprangert.
6. Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ) verfügt den „sofortigen Stopp sämtlicher Aktivitäten“ der „Werbewatchgroup“. Die Homepage, die sich als offizielle Seite des Magistrats präsentierte, wird vom Netz genommen. Wirtschaftskammer-Vizepräsidentin Silvia Gstättnner verlangt eine Offenlegung der Kosten und der Mitglieder der Initiative. Die Klagenfurter ÖVP will eine Prüfung durch das Kontrollamt. Stadträtin Andrea Wulz (Grüne) fühlt sich hingegen bestätigt, „in ein Wespennest gestochen zu haben“.

7. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) bespricht als Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz in Wien mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) die Vorsorge für Flüchtlingsströme.
8. Klagenfurt bietet ein neues System an, bei dem Parken in der Landeshauptstadt billiger sein wird.
10. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) spricht sich gegen jedes weitere Asylquartier aus. Unter Flüchtlingsreferent Peter Kaiser sei es zu einer „wahren Asylschwemme“ gekommen.
12. Konstituierung des neuen Kinder- und Jugendhilfebeirats der Landesregierung.
Landesrat Christian Benger und der Villacher Stadtrat Peter Weidinger (beide ÖVP) schlagen die Bewerbung von Villach zur „Europäischen Kulturhauptstadt“ für das Jahr 2024 vor.
13. Villachs Vizebürgermeister Günther Albel (SPÖ) erteilt der Bewerbungsidee eine klare Absage.
14. Diskussionen über die von der Landesholding beauftragte Prüfung des Businessplans für den Klagenfurter Flughafen durch die Unternehmensberatung Roland Berger für ein Honorar von 168.000 Euro.
16. Familienfest der Kärntner ÖVP in St. Georgen am Längsee mit Ehren-gast Außenminister Sebastian Kurz.
18. Die Betreiber der Buslinie Klagenfurt–Laibach fordern von FPÖ und BZÖ, die „kreditschädigenden Behauptungen“ von den Homepages zu nehmen.
19. SPÖ-Landesgeschäftsführer Daniel Fellner kritisiert, dass Personalro-chaden seiner Partei auf Bundesebene „wieder einmal nicht kommuniziert wurden“.
21. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) wiederholt seine Kritik an der Buslinie Klagenfurt–Laibach. Anstatt den Klagenfurter Flughafen zu fördern, „erhöht man die Erreichbarkeit und die Attraktivität des Airports bei Laibach“.
23. Der Obmann der Klagenfurter ÖVP, Stadtrat Peter Steinkellner, verlangt ein Veto der Landes-ÖVP gegen die Verkleinerung des Stadtse-nats der Landeshauptstadt von neun auf sieben Mitglieder.
25. Das Oberlandesgericht Graz weist die Anklage der Korruptionsstaats-anwaltschaft gegen Bundesrat Gerhard Dörfler (FPÖ), Uwe Scheuch, Harald Dobernik und Stefan Petzner wegen der „Broschürenaffäre“ vor der Landtagswahl 2009 zurück und sieht noch weiteren Aufklä-rungsbedarf.

26. Zum überraschenden Rücktritt des Vizekanzlers und Finanzministers Michael Spindelegger (ÖVP) gibt es unterschiedliche Reaktionen von Mandataren der Kärntner Volkspartei.
27. Der Bundesrechnungshof übt heftige Kritik am Kärntner Verkehrsverband.
Landesrat Christian Ragger (FPÖ) gibt bekannt, dass auf Grund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes das Verfahren für den Betrieb von Glückspielautomaten wiederholt werden muss.
28. Antrittsbesuch des australischen Botschafters David Gordon Stuart bei Landeshauptmann Peter Kaiser.
Wolfsbergs Bürgermeister Hans-Peter Schlagholz (SPÖ) kündigt Konsequenzen aus dem negativen Rechnungshofbericht über die Stadtwerke an.
29. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) bestätigt, dass es Gespräche mit dem Kärntner BZÖ über eine Wiedervereinigung gibt.
30. Landesrat Christian Benger (ÖVP) fordert in seinen Grußworten zur Eröffnung des Bleiburger Wiesenmarktes ein Bekenntnis der Gemeinden des Jauntales für einen Güterbahnhof in Kühnsdorf ein.
31. Kärnten-Bezug des neuen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium: Harald Mahrer (ÖVP) ist der Ehegatte der Spittaler Krankenhausdirektorin Andrea Mahrer-Samonigg.

September 2014

1. Der Landessprecher der Grünen, Frank Frey, will eine Demonstration der Jungen Grünen für den legalen Konsum von Cannabis verhindern.
SPÖ-Landesgeschäftsführer Daniel Fellner gibt als Ziel für die Gemeinderatswahlen am 1. März 2015 das Halten der Zahl der Bürgermeister an.
2. Der Bundesobmann der Jungen Grünen, Cengiz Kulac, zeigt kein Verständnis dafür, dass Landesrat Rolf Holub und Landessprecher Frank Frey die Legalisierung von Cannabis ablehnen: „Wer mit der FPÖ paktiert und grüne Grundsätze verrät, sollte zurücktreten.“
3. Ein Antrag von FPÖ- und SPÖ-Bauern, Beratungen der Landwirtschaftskammer für EU-Förderungen gratis zur Verfügung zu stellen, findet bei der außerordentlichen Vollversammlung in Krastowitz keine Mehrheit.

4. Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Christoph Leitl, hält die Eröffnungsrede bei der internationalen Holzmesse in Klagenfurt.
5. Das Strafverfahren in der Parkstrafen-Stornoaffäre gegen den Klagenfurter Altbürgermeister Harald Scheucher und seinen früheren Stellvertreter Walter Zwick (beide ÖVP) wird nach einer Diversion eingestellt.
7. Kärnten wird laut LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) im Rahmen des Projektes INTERREG V mit Italien von der EU insgesamt 11,9 Millionen Euro an Fördergeldern erhalten.
8. Landesrat Rolf Holub (Grüne) stellt in Krainburg 27 slowenischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern den Kärntner Energiemassterplan als Vorzeigemodell vor.
9. Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach) stimmt in der Sitzung der Landesregierung als einziges Regierungsmitglied gegen ein ländliches Wegebauprojekt im Bezirk St. Veit. Es sei die „Verhältnismäßigkeit nicht gegeben“, weil für die Sanierung der 4,5 Kilometer langen Straße 1,7 Millionen Euro aufgewendet werden.
10. Laut Landesparteiobfrau Johanna Trodt-Limpl wird das BZÖ bei den kommenden Gemeinderatswahlen nur in Villach mit einer eigenen Liste kandidieren. In 19 weiteren Gemeinden soll es gemeinsame Listen mit der FPÖ oder dem Team Stronach geben.
11. Landesschulratspräsident Rudolf Altersberger (SPÖ) sieht keine Notwendigkeit, das Amt des Vizepräsidenten im Kärntner Landesschulrat abzuschaffen.
12. Nachdem die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen im Zusammenhang mit den früheren Landestankstellen eingestellt hat, fordert Bundesrat Gerhard Dörfler (FPÖ) Landesrat Gerhard Köfer (Team Stronach) auf, „blitzartig die Landestankstellen wieder aufzusperren und sich bei den Mitarbeitern zu entschuldigen“.
13. Landesrat Christian Ragger (FPÖ) fordert in einer Aussendung den Rücktritt von Landesschulratspräsident Rudolf Altersberger (SPÖ) und dessen Stellvertreterin Elisabeth Dieringer-Granza (FPÖ). Diese Ämter sollten abgeschafft und dem Ressort von Bildungsreferent und Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zugeordnet werden.

Die Gemeinde Magdalensberg wird zur Marktgemeinde erhoben.
14. Der Vizebürgermeister von Moosburg, Georg Malle (ÖVP), tritt zurück und will bei der kommenden Gemeinderatswahl mit einer eigenen Liste antreten.

15. Nationalratsabgeordneter Gernot Darmann (FPÖ) verlangt auf Grund „der Ohnmacht Italiens in Flüchtlingsfragen“ die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.
16. Der Parteivorstand der Klagenfurter ÖVP nominiert einstimmig den parteifreien 64jährigen Unternehmer Otto Umlauf als Bürgermeisterkandidaten.
17. Antrittsbesuch des neuen Staatssekretärs Harald Mahrer (ÖVP) in Kärnten.
In einem Interview mit der Kleinen Zeitung betont der Gurker Bürgermeister Siegfried Kampl (FPÖ), dass die Einführung von Kindergeld, Altersvorsorge und Kirchenbeitrag unter Hitler „Errungenschaften gewesen sind“.
18. Siegfried Kampl wird wegen des in der Kleinen Zeitung veröffentlichten Textes von Bundesobmann Heinz-Christian Strache aus der FPÖ ausgeschlossen. Laut Kärntens FPÖ-Obmann Landesrat Christian Ragger gab es dazu ein einstimmiges Votum. Der Obmann der Ortsgruppe Gurk, Siegfried Wuzella, betont jedoch, dass man geschlossen hinter Kampl stehe.
19. Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl kritisiert, dass bei Förderungen des KWF Kleinbetriebe benachteiligt werden.
20. Bei der Mitgliederversammlung der Klagenfurter Grünen wird Landessprecher Frank Frey zum Spitzenkandidaten für die Bürgermeisterwahl gekürt. Er setzt sich dabei gegen seine Mitbewerber Stadträtin Andrea Wulz und Reinhard Lebersorger durch.
22. Wechsel im Vorsitz der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Klagenfurt. Gabriele Kern folgt auf Moritz Moerkel.
21. Nach zähen Verhandlungen gibt es für Kärnten eine Einigung im Kollektivvertrag für das Gastgewerbe.
23. Die Landesregierung beschließt einstimmig einen Antrag auf Verkleinerung der Stadtsenatssitze in Klagenfurt und Wolfsberg. Ebenso einstimmig werden Beiträge von 15 Millionen Euro bzw. 28 Millionen Euro für die Sanierung der Landebahn sowie für die Belegung des Klagenfurter Flughafens beschlossen.
FPÖ-Klubobmann Christian Leyrouz fordert die Einführung genereller Grenzkontrollen zur Vermeidung des Flüchtlingsstromes.
24. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) leitet die Flüchtlingsreferentenkonferenz der Bundesländer in Pörtschach, an der auch Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) teilnimmt.
25. Im Rahmen von Betriebsversammlungen in allen fünf Spitälern der Kabeg fordern die Krankenhausärzte um 30 Prozent höhere Gehälter und kündigen Protestmaßnahmen an.

26. Nun erweist es sich, dass die im Jahr 2009 vom Land Kärnten als Partizipationskapital an die Hypo eingezahlten 180 Millionen Euro wertlos sind und von der Bank eingezogen werden.
27. In einer gemeinsamen Pressekonferenz fordern die Bürgermeister von Klagenfurt und Villach, Christian Scheider (FPÖ) und Helmut Manzenreiter (SPÖ), vom Land Klarheit über die Finanzierung der Eishallen.
29. Während ein Großteil der Bundesländer in der Zeit zwischen Mai und August 2014 ein Plus bei Ankünften und Nächtigungen im Tourismus verzeichnet, ist Kärnten mit einem Minus von 4,9 Prozent der negative Ausreißer.
30. Die Spittaler SPÖ nominiert ihren Bürgermeister Gerhard Pirih als Spitzenkandidaten für die Wahl am 1. März 2015.
Klagenfurts FPÖ-Vizebürgermeister Albert Gunzer teilt mit, dass er bei der Gemeinderatswahl am 1. März 2015 mit einer eigenen Liste ins Rennen gehen wird.

Oktober 2014

1. Albert Gunzer verzichtet trotz gegenteiligem Versprechen nicht auf die Funktion des Vizebürgermeisters der Landeshauptstadt. Er wolle weiter für die Stadt arbeiten. Ein kurzfristig organisierter Versuch, die zur Abberufung erforderlichen Unterschriften von zehn FPÖ-Gemeinderäten zu erlangen, scheitert. Stadtparteiobmann Wolfgang Germ stellt daraufhin Gunzer ein Ultimatum für einen freiwilligen Rücktritt.
Bei einem Treffen mit Medienexperten aus dem Alpen-Adria-Raum in Arnoldstein heben die Regionspräsidentin von Friaul-Julisch Venetien, Debora Serracchiani, und Landtagspräsident Reinhart Rohr den Stellenwert der grenzüberschreitenden Kommunikation hervor.
2. Die Budgetklausur der Regierungskoalition überprüft Sparvorschläge auf ihre Umsetzung.
Der St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock (SPÖ) kündigt seine Wiederkandidatur an.
3. Albert Gunzer unterfertigt eine Erklärung, dass er am 17. Oktober alle Ämter zurücklegen wird.
4. Landesrat Gerhard Köfer gibt bekannt, dass Stefan Petzner das Team Stronach in Kärnten beraten wird. Eine Einbindung Petzners in die Partei sei nicht vorgesehen.

5. Eine von der FPÖ im Auftrag gegebene Umfrage der Wiener Agentur „AKonsult“ ergibt ein halbes Jahr vor der Gemeinderatswahl folgendes Kräfteverhältnis in der Landeshauptstadt Klagenfurt: SPÖ 34 Prozent, FPÖ 26 Prozent, Grüne 18 Prozent, ÖVP 14 Prozent, Neos ein Prozent und „Andere“ fünf Prozent.
6. Die Landesregierung beschließt eine Resolution an den Bund, in der gefordert wird, dass juristisch alle Möglichkeiten für eine Kaufrückabwicklung der Eurofighter geprüft werden. Mit dem Geld könnten die geplanten Schließungen der Kaserne Bleiburg und des Hubschrauberstützpunktes Klagenfurt abgewendet werden.
8. Tourismus-Landesrat Christian Benger (ÖVP) ladet unter dem Motto „Take-off für den Flughafen“ zu einem Gespräch über die Zukunft des Klagenfurter Airports ein.
9. Die „Konsensgruppe“ veranstaltet in Völkermarkt ein gemeinsames Gedenken von Kärntnern und Slowenen an die Opfer des Kärntner Abwehrkampfes.
Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) wird in Brüssel mit dem „European Projects Award“ ausgezeichnet.
10. In Annabichl und im Landhaushof in Klagenfurt finden die offiziellen Feiern des Landes zum Gedenken an den 10. Oktober 1920 statt.
11. In Klagenfurt protestiert ein Aktionskomitee gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU.
13. Die Kärntner SPÖ startet unter dem Motto „Starke Menschen – starkes Land“ eine 60.000 Euro teure Werbekampagne.
14. Eine Klausur der Koalitionsparteien über das Budget 2015 geht ergebnislos zu Ende.
15. Landtagsabgeordneter Michael Johann (Grüne) fordert eine neue Diskussion über den Flughafen Klagenfurt.
16. Landesrat Rolf Holub (Grüne) qualifiziert die Wortmeldung seines Parteifreundes Michael Johann zum Klagenfurter Flughafen als „Privatmeinung“.
17. Nach dem Rücktritt von Albert Gunzer wird Wolfgang Germ als neuer FPÖ-Vizebürgermeister von Klagenfurt angelobt. Neue FPÖ-Stadträtin für Wirtschaft und Kultur wird die frühere SPÖ-Gemeinderätin Brigitte Schmelzer.
18. In Spittal an der Drau wird von der FH Kärnten der „Tag der Kommunalpolitik“ veranstaltet.
19. Eine in Klagenfurt abgehaltene außerordentliche Konferenz der Flüchtlingsreferenten der Bundesländer spricht sich gegen den Vorschlag

der Innenministerin aus, dass jede Gemeinde je 1000 Einwohner vier Asylwerber aufnehmen soll.

21. Die Landesregierung beschließt eine „letztmalige Förderung“ des Schigebietes Petzen in der Höhe von 100.000 Euro.
22. Nach einer Urabstimmung innerhalb der Funktionäre der ÖVP werden 15 Bezirksvertreter neu in den Landesvorstand der Partei gewählt.
23. Eine 28 Personen umfassende Delegation mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft absolviert einen Zwei-Tage-Besuch in Brüssel, „um sich mit anderen Regionen zu vernetzen“. Mit Ausnahme von LH-Stellvertreterin Beate Prettner nehmen auch alle Regierungsmitglieder daran teil.
25. Parlamentsabgeordnete aus Kroatien, Slowenien, Serbien und Bosnien-Herzegowina kommen auf Einladung der Bundesratspräsidentin Ana Blatnik (SPÖ) zu einer Balkan-Konferenz nach Klagenfurt.
27. Der Bundesvorstand der ÖVP nominiert die Kärntner EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger zu einer Stellvertreterin des Bundesparteiobmannes.
28. Der Kontrollausschuss des Kärntner Landtages einigt sich in der Frage der Neubestellung des Direktors des Landesrechnungshofes auf den 45jährigen Experten des Bundesrechnungshofes Hermann Primig.
29. Der designierte Direktor des Landesrechnungshofes Hermann Primig sagt überraschend ab.
30. Der Kärntner Landtag bestellt einstimmig den 42jährigen Juristen Günter Bauer, der beim Hearing Zweitgereihter war, zum neuen Chef des Landesrechnungshofes.
31. Die Regierungskoalition aus SPÖ, ÖVP und Grüne einigt sich auf das Landesbudget 2015.

Die Autoren

Birgit AIGNER-WALDER, Dr., geboren 1983 in Klagenfurt, Kärnten; von 2001 bis 2005 Diplomstudium des Public Managements an der Fachhochschule Kärnten und der Hochschule Harz; von 2010 bis 2012 Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; von 2005 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studiengang Public Management der Fachhochschule Kärnten, darunter zweimaliger Forschungsaufenthalt an der University of Illinois at Urbana-Champaign, USA, sowie Bildungsaufenthalt an der London School of Economics and Political Science, GB; von 2011 bis 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten, parallel dazu nebenberuflich Lehrende an der Fachhochschule Kärnten; seit Juli 2014 Professorin für Volkswirtschaftslehre am Studienbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kärnten; die Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bevölkerungsökonomie, Regionalökonomie und Public Finance.

Karl ANDERWALD, Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an der Drau; Gemeinderat und Stadtrat in Spittal an der Drau (1973–1984); stellvertretender Landesamtsdirektor von Kärnten (1992–2002). Vorsitzender des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats der Fachhochschule Kärnten. Arbeitsschwerpunkte. Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik, Wahlkampfbeobachtung.

Josef Johann BERNHART, Mag., Dr., Jahrgang 1969, Diplomstudium der Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkten Unternehmensführung und Verwaltungsmanagement sowie Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck, Österreich. Stellvertretender Leiter des Institutes für Public Management der Europäischen Akademie Bozen (EURAC research), Italien. Lehrtätigkeiten u. a. an der Universität Innsbruck und an der Fachhochschule Kärnten. Forschungs- und Beratungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Qualitätsmanagement, Internationale Public Management-Reformen und nachhaltige Gemeindeentwicklung. Aufbauend darauf Initiator und Koordinator mehrerer grenzüberschreitender Projekte (u. a. INTERREG-Projekt „Entwicklung eines innovativen Online-Systems für individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen“ O-STAR zwischen Südtirol und Kärnten 2012–2014). Seit 2004 Südtirol-Koordinator des grenzüberschreitenden Gemeinde-Innovationsnetzwerkes GemNova.net zwischen Tirol und Südtirol (www.gemnova.net). Weitere Interessen liegen in der Wissenschaftskommunikation, politischen Kommunikation und journalistischen Medienarbeit für die Bereiche Sport, Kultur und Soziales. Hierzu auch Vortragstätigkeit zum professionellen Sportmarketing an Oberschulen und Gymnasien in Südtirol und Österreich.

Dieter BÖGENHOLD, Univ.-Prof. Dr., geboren 1955 in Oldenburg, Deutschland. Studium der Soziologie an der Universität Bielefeld, 1984 Promotion, 1993 Habilitation im Fach Soziologie. Aktuell Institutsvorstand des Instituts für Soziologie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Lehre und Forschung in den Bereichen Entrepreneurship, soziologische und ökonomische Ideengeschichte, Sozial- und Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt sowie Interdisziplinarität.

Jan BROUSEK, Mag. phil., Studium der Philosophie, Soziologie und Religionswissenschaften an den Universitäten Wien, Macerata (I) und Calgary (CAN); Projektmanager am Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation (vormals Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding) in Wien sowie Lehrbeauftragter für Konfliktbearbeitung an den Universitäten Wien, Graz und Klagenfurt.

Peter DECARLI, MSc, Jahrgang 1988, Bachelorstudium Wirtschaftswissenschaften – Management and Economics und anschließendes Masterstudium Strategic Management (Strategi-

ches Management) mit den Schwerpunkten Strategie & Leadership, Innovation sowie Markenführung an der Universität Innsbruck, Österreich. Researcher am Institut für Public Management der Europäischen Akademie Bozen (EURAC research), Italien. Forschungs- und Beratungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Stadt- und Ortsmarketing, eGovernment und Informations- und Kommunikationstechnologien sowie quantitative Sozialforschung. Mitarbeit an mehreren lokalen und grenzüberschreitenden Projekten (u. a. INTERREG-Projekt „Entwicklung eines innovativen Online-Systems für individuelle Touren- und Routenempfehlungen in alpinen Regionen“ O-STAR zwischen Südtirol und Kärnten 2012–2014).

Marius EGGER, Mag. (FH), geb. 1986, Studium Public Management (2008–2012), seit 2012 Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Arbeits- und Umweltökonomie, seit 2013 Masterstudium Soziale Arbeit; Projektmitarbeiter und Projektleiter verschiedener Organisationen in diversen Arbeitsmarkt- und Umweltprojekten, Referent des Energiemasterplans der Kärntner Landesregierung.

Peter FILZMAIER, Dr., Univ.-Prof., Politikwissenschaftler, Professor für Politische Kommunikation an der Karl-Franzens-Universität Graz, Leiter der Plattform Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik- und Wahlanalysen, Politische Bildung und Partizipationsforschung, Politik und Medien bzw. Internet und Demokratie, „public goods“ und öffentliche Kommunikation sowie Vergleich politischer Systeme (insbesondere politisches System und politischer Prozess in den USA).

Wilfried GRAF, Dr. phil., Studium der Soziologie und Pädagogik an der Universität Wien; arbeitet als Forscher, Berater und Trainer in Konfliktregionen und Nachkriegsgesellschaften (wie Sri Lanka, Zentralasien und momentan vor allem in Israel/Palästina). Von 1983 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf der Burg Schlaining. Seit 2005, als Mitbegründer, geschäftsführender Co-Direktor des Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation (vormals Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding) in Wien. Weiters Senior Researcher am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik (ZFF) der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt sowie Lehrbeauftragter an den Universitäten Wien, Graz, Klagenfurt und der OSZE-Akademie in Zentralasien (Bishkek/Kirgistan).

Andreas HOLZER, Mag., geboren 1976 in Klagenfurt, Politikwissenschaftler und Coach; seit 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Politikberater am Institute for Social Research and Consulting (SORA). Arbeitsschwerpunkte: Wahlen und Politik (forschungsbasierte Politikberatung).

Fritz KIMESWENGER, Mag., geb. 22. 2. 1959 in Wien, aufgewachsen in Wien und St. Veit, wohnhaft in Feld am See; Geschichte- sowie Philosophiestudium an der Universität Klagenfurt mit Schwerpunkt Zeitgeschichte; seit 1984 journalistisch tätig, beginnend bei der „Volkszeitung“, danach beim „Standard“ und nun Redakteur und Leiter des Ressorts Landespolitik in der „Kärntner Krone“; Autor einer Biografie über Klagenfurts Langzeitbürgermeister Leopold Guggenberger („Bitte kein Denkmal!“, Carinthia-Verlag) sowie lokalhistorischer Bücher über die Stadt St. Veit.

Martin KLEMENJAK, Mag. (FH) Mag. phil., geb. 1977 in Klagenfurt; studierte Kommunales Management an der Fachhochschule Kärnten in Spittal an der Drau und Pädagogik im Studienbereich Erwachsenen- und Berufsbildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Inhaber der Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben an der Fachhochschule Kärnten am Standort Feldkirchen, Studienbereich Gesundheit und Soziales; Lektor an der Fachhochschule Salzburg am Campus Urstein in Puch, Studiengang „Innovationsentwicklung im Social-Profit-Sektor“; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Lehrlingsausbildung, Politische Partizipation, Betriebliche Sozialberatung, Kommunal- und Regionalentwicklung.

Andrea KLINGLMAIR, Dr., geboren 1983 in Steyr, Oberösterreich. Von 2002 bis 2006 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz. Im Zeitraum 2010 bis 2013 Doktoratsstudium an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt im Fachbereich Volkswirtschaft (Arbeitstitel: „Exploring the Public Value of Renewable Energy in Austria. A Stated Preference Study focussing on Hydropower“). Seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten. Zusätzlich Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie sowie externe Lektorin am Institut für Volkswirtschaftslehre der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Die Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Regionalökonomie und Wirtschaftspolitik, Energie- und Umweltökonomik sowie Unternehmertum.

Robert KLINGLMAIR, Dr., geboren 1979 in Steyr, Oberösterreich. Von 1999 bis 2004 Diplomstudium der Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität (JKU) Linz, von 2009 bis 2012 Dissertationsstudium der Volkswirtschaftslehre an der Alpen-Adria-Universität (AAU) Klagenfurt. Von Ende 2004 bis August 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Volkswirtschaftslehre der JKU Linz. Zwischen August 2006 und September 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten. Seit Oktober 2012 Senior Lecturer und Researcher am Institut für Volkswirtschaftslehre der AAU Klagenfurt. Daneben seit November 2012 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am IHS Kärnten. Die Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Bildungsökonomik, Evaluierung sowie Regionalökonomik.

Simon KORENJAK, geb. 1954 in Rosenbach; Studium der Rechtswissenschaften in Graz; Dr. jur.; Gerichtspraxis; seit 1978 im Kärntner Landesdienst, Tätigkeit u. a. im Verfassungsdienst und als Sekretär von Regierungsmitgliedern, seit 1998 Direktor der Kärntner Verwaltungsakademie; Mitglied des Aufsichtsrates der FH Kärnten; Arbeitsschwerpunkte: Landesrechtsdokumentation und Organisation der berufsbegleitenden Aus- und Fortbildung.

Adresse: Kärntner Verwaltungsakademie; Bahnhofplatz 5, A-9021 Klagenfurt
e-mail: kvak@ktn.gv.at – <http://www.verwaltungsakademie.ktn.gv.at>.

Gerd LEITNER, geboren 1975; Matura am BG Tanzenberg (1993), Studium der Anglistik, Amerikanistik und Medienkommunikation (im zweiten Abschnitt abgebrochen). Einige journalistische Stationen seit 1995: 1995–1997 Kärntner Monat (freier Mitarbeiter), 1997–2000 Kärntner WOCHEN (freier Mitarbeiter, Ressortleiter und später Regionalleiter), 2000–2002 Steirer Monat (Chef vom Dienst), seit 2006 durchgehend bei der Kärntner WOCHEN, Funktionen seitdem: Leiter des Wirtschaftsressorts, stellvertretender Chefredakteur, seit April 2012 Chefredakteur der Kärntner WOCHEN.

Alfred MERL, Mag., Dr., Prof. (FH), Jahrgang 1950, Studium der Pädagogik und Psychologie an der Universität Wien, Diplomstudium der Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt interdisziplinäre Unternehmensführung, Doktoratsstudium an der Universität Klagenfurt. Tätigkeit als Professor für Tourismusmanagement an der Hochschule München und an den Fachhochschulen in Österreich mit touristischem Schwerpunkt. Beratungs- und Trainingstätigkeit mit Schwerpunkt Organisationsentwicklung und Human Skills Development in Unternehmen und Organisationen. Tätigkeit als Gemeinderat und Vorsitzender vom Tourismusausschuss in der Kurgemeinde Bad Kleinkirchheim. Als Obmann des Vereins Zukunftsforum Initiator von diversen regionalen touristischen Entwicklungsprojekten.

Flooh PERLOT, Dr., Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik und Medien, Internet und Demokratie, politische Kommunikation und Wahlforschung.

Heinz Stefan PICHLER, Mag., ist seit 1996 als Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen die Entwicklung von Bildungsprojekten, Vortragstätigkeiten zu bildungspolitischen Fachthemen, die Aus- und Weiterbildung von Betriebsräten/innen, die Abwicklung des

AK-Bildungsgutscheins, die Planung und Abhaltung von Seminaren und Fachtagungen, die Herausgabe der AK-Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ und thematischer Publikationen.

Er vertritt die Arbeiterkammer in diversen Fachgremien, erstellt sozial- und bildungspolitische Arbeitsgrundlagen sowie Gesetzesbegutachtungen und wirkte bereits an zahlreichen Pilotprojekten mit. Als Vortragender lehrt er an den Kärntner Gewerkschaftsschulen, der Kärntner Fachhochschule und der Universität Klagenfurt. Das (nebenberufliche) Studium absolvierte er an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt im Lehrfach Pädagogik mit dem Schwerpunkt Erwachsenen- und Berufsbildung. Nebenberuflich ist er u. a. im sozialökonomischen Beschäftigungsbetrieb „Zweirad Impulse“ und dem Projekt „Kultur-Rad-Pfade“ engagiert.

Jürgen PIRKER, geb. 1985, Mag. iur. et Mag. phil. (Rechtswissenschaften und Geschichte), Systemischer Coach (ECA, ICI), derzeit tätig als Universitätsassistent am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft, Karl-Franzens-Universität Graz.

Peter PLAICKNER, geb. 1960, Medienberater, Politikanalyst, Publizist; 1981–2005 Tiroler Tageszeitung, dort ab 1995 stv. Chefredakteur; seit 2005 selbständig mit plaicknerpublic medienarbeit – Innsbruck/Wien/Klagenfurt, strategische Kommunikationsberatung; politischer Wochenkolumnist der Tiroler Tageszeitung und der Kärntner WOCHE; Medienkolumnist der Wochenzeitung Die Furche; Lehrgangsmanger für politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems; Leiter der Sommerakademie „Journalismus, Redaktion und Medien“ am Management Center Innsbruck (MCI); Moderationen, Vorträge, Lehrtätigkeit u. a. an der österreichischen Medienakademie/Kuratorium für Journalistenausbildung Salzburg, am Management Center Innsbruck, an der Universität Graz, an den Fachhochschulen Vorarlberg, Salzburg und Kärnten und der Pädagogischen Hochschule Kärnten; Autor von: „Luis Durnwalder. Der Südtiroler und Europäer“ (Styria 2011); Herausgeber von: Burgenländisches Jahrbuch für Politik (Facultas 2012); Vorarlberger Jahrbuch für Politik (Facultas 2010), Tiroler Jahrbuch für Politik (Athesia 2003, Facultas 2008), Edition Politische Kommunikation (Böhlau 2006, 2008, Facultas 2012, 2013), Ecoregio 2020 – Die wirtschaftliche Zukunft von Tirol, Südtirol und Trentino (Studienverlag 2008).

Martina RATTINGER, Mag. M. A.; Studium der Rechtswissenschaften in Graz und Triest (Italien), Wirtschaftskurse an der Universität Exeter (GB), akademischer betriebswirtschaftlicher Lehrgang an der Universität Hagen (D), Spezialisierung in strategischem Management, internationalem Marketing und Finanzierung, Masterstudium „International Relations“ in Brüssel und Weltwirtschaft und -politik in Paris. Internationale Wirtschaftsanwaltskanzlei in Chicago und St-Louis (USA); Europäische Kommission: Leiterin des EU-Infopoints im Rahmen der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU; Assistentin für Europarecht, Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Graz; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Europäischen Parlament; Leiterin des Kärnten-Büros in Brüssel (internationales Schnittstellenmanagement, Lobbyingstrategien, EU-Beihilfenrecht); Leiterin der Unterabteilung der Landesamtsdirektion „Europäische und internationale Angelegenheiten des Landes Kärnten“.

Petra RODIGA-LASSNIG, DI Dr.; Studium der Technischen Mathematik an der Technischen Universität Graz, Dipl.-Ing. 1994; 1994–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Angewandte Statistik und Systemanalyse der Joanneum research Forschungsgesellschaft mbH; seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung Kärnten; Promotion zur Doktorin der Technischen Wissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt 2006; seit 2014 Lektorin an der Fachhochschule Joanneum, Graz. Forschungsschwerpunkte: Statistische Modellierung, Evaluierung, Regionalökonomie.

Uwe Markus SOMMERGUTER, Bakk. Mag.; geboren 1970. Leitender Deskchef bei der Kleinen Zeitung; studierte Angewandte Betriebswirtschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Mitverfasser mehrerer politischer Bücher; war langjähriger Chefredakteur des

Kärntner Monat, Steirer Monat und der Kärntner Woche. Lebt mit seiner Familie in Feistritz im Rosental.

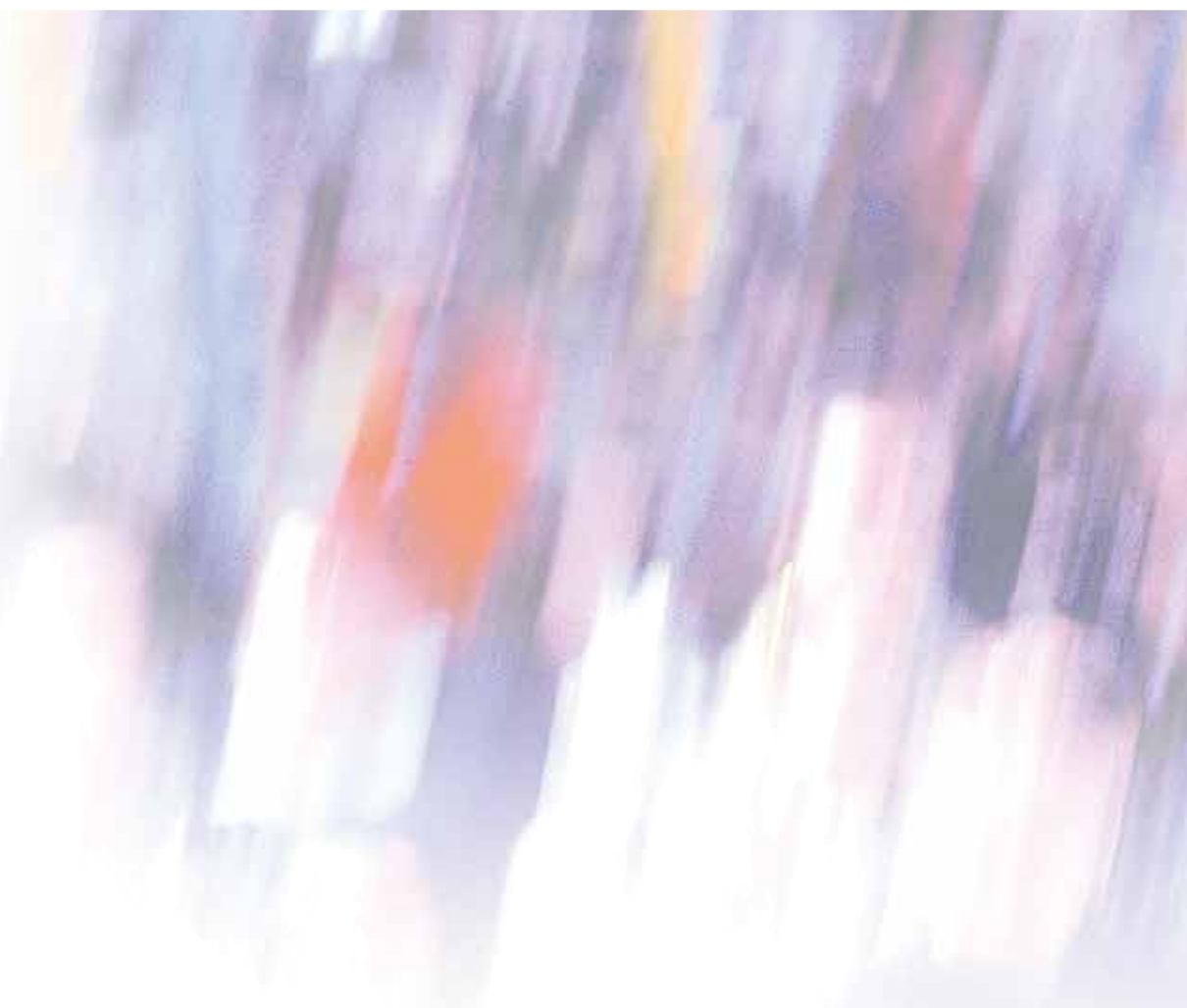
Kathrin STAINER-HÄMMERLE, MMag. Dr., geb. 1969 in Hohenems; Politik- und Rechtswissenschaftlerin an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt (IFF), seit 2009 Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten. Lehraufträge u. a. an der Universität Klagenfurt, zuvor Steuerung des Master-Lehrgangs Politische Bildung in Kooperation mit der Donau-Universität Krems; Mitglied des Leitungsteams des ULG Politische Bildung/ MSc-Programme; 2005 bis 2009 Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW). Studien und Publikationen in den Bereichen Politische Bildung, Wahlrecht, Partizipations- und Demokratieforschung.

Borut Marjan STURM, Dr. M.E.S, geb. 13. 12. 1951; Matura (1971) am Slowenischen Gymnasium in Klagenfurt, Studium der Volkswirtschaft, der Osteuropäischen Geschichte und Slavistik an der Universität Wien. Dr. phil., 1999/2000 Masterstudium (Aufbaustudium europäische Integration) an der Donauuniversität Krems. Master in european studies (M.E.S), 2006 Hochschullehrgang über Integrative Konfliktbearbeitung – Methoden der sozialen, interkulturellen und internationalen Konflikttransformation an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seit 1992 Obmann des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen in Kärnten (ZSO) und Vorsitzender des Beirats für die slowenische Volksgruppe im Bundeskanzleramt; ausgezeichnet mit dem Verfassungspreis (2009), dem Kulturpreis der Stadt Villach (2009) und dem Bürgerpreis des Europäischen Parlaments (2009), Träger des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich (2012).

Eva-Maria WUTTE-KIRCHGATTERER, Mag. Dr., geboren 1972 in Vöcklabruck, Interdisziplinäres DoktorandInnenkolleg Interventionsforschung am Institut für Kulturelle Nachhaltigkeit und Interventionsforschung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, 2014 Promotion; Studium der Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien, 1999 Sponson; seit 2004 beim KWF Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds in verschiedenen Aufgabenfeldern, u. a. Entwicklung und Begleitung grenzüberschreitender Projekte, tätig; Aufsichtsratsmitglied der Kompetenzzentrum Holz GmbH.

Daniel WUTTI, MMag., ist als Psychologe und Medien- und Kommunikationswissenschaftler Lehrbeauftragter an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Mitarbeiter des Slowenischen wissenschaftlichen Instituts und Vorstandsmitglied des Vereins ASPIS – Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt in Klagenfurt. daniel.wutti@aau.at

Martina ZANDONELLA, Mag.^a, Sozialpsychologin bei SORA (Institute for Social Research and Consulting) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politische Kultur und Partizipation, Inklusion und Exklusion, Vorurteils- und Diskriminierungsforschung.



ISBN: 978-3708608167



9 783708 608167 >

www.hermagoras.at



Mohorjeva
Hermagoras